

BIBLIOTHECA

IBERO-AMERICANA

ARMANDO ABAD FRANCO

Parteiensystem und Oligarchie in Ecuador

1830 trennt sich Ecuador von der Konföderation Großkolumbien und konstituiert sich als unabhängige Republik. Die weitere Geschichte des Landes ist gekennzeichnet durch eine wirre Folge von personalistischen Kämpfen, Diktaturen, Bürgerkriegen und „Pronunciamientos“ — Hauptursache der wirtschaftlichen Unterentwicklung Ecuadors. — Die bisherige Parteienforschung Lateinamerikas war weitgehend fremdbestimmt. Die meisten theoretischen Konzeptionen stammen aus Nordamerika und Westeuropa, wo die Parteien eine anerkannte Rolle spielen und mehr oder weniger stark an der Organisation und Integration der legislativen Einrichtungen partizipieren. Anders in Lateinamerika: Dort gibt es keine Abgrenzung und Etablierung des politischen Systems. Die lateinamerikanischen Parteien sind ein direktes Spiegelbild der anachronistischen sozio-ökonomischen Strukturen. Sie sind bloße demokratische Dekoration, rein personalistisch, ohne permanente Organisation. Die repräsentative Demokratie westlicher Prägung ist zudem eines der stärksten Mechanismen der Oligarchie, um ihre privilegierte Stellung im Staat und gleichzeitig die gesellschaftliche Margi-



COLLOQUIUM VERLAG

BERLIN



BIBLIOTHECA IBERO-AMERICANA

Veröffentlichungen des Ibero-Amerikanischen Instituts
Preußischer Kulturbesitz
Herausgegeben von Hans-Joachim Bock †
Band 19

BIBLIOTHECA IBERO-AMERICANA

ARMANDO ABAD FRANCO

Parteiensystem
und Oligarchie
in Ecuador

COLLOQUIUM VERLAG BERLIN 1974

Meiner Frau Gerlinde

© 1974 Colloquium Verlag Otto H. Hess, Berlin
Fotosatz: Gleißberg & Wittstock, Berlin
Druck: Color-Druck, Berlin
Schrift: Garamond Fototronic
Buchausstattung: Georg Goedecker
Printed in Germany · ISBN 3 7678 0363 1

Die vorliegende Untersuchung hat einen allgemeinen Überblick über den Begriff von Partei oder Parteiensystem in Ecuador zum Ziel. Am Beispiel des dysfunktionellen Agierens der Parteien sollen die relevanten Aspekte der realen politischen und sozialen Ordnung des Landes, also die Situation der Unterentwicklung, in der es sich befindet, aufgezeigt werden. Dies bedeutet indes nicht eine allgemeine Einführung in alle institutionellen Bereiche dessen, was in Ecuador politisches System genannt werden könnte, sondern es ist vielmehr der Versuch einer Determinierung der wichtigsten „contenders of power“, die dieses System ausmachen und seinen oligarchischen Charakter prägen.

Den ersten Anstoß zu dieser Arbeit gab ein Oberseminar, das Prof. von Beyme am Politischen Institut der Universität Tübingen im Sommersemester 1968 unter dem Thema „Politik und soziale Entwicklung in Lateinamerika“ abhielt. Ich hatte seinerzeit das erste Semester eines Vertiefungsstudiums in Staats- und Verfassungsrecht an der Juristischen Fakultät der Universität Tübingen begonnen, dank einem Stipendium, das mir der Deutsche Akademische Austauschdienst in Deutschland bewilligt hatte. In meinem Heimatland Ecuador hatte ich sechs Jahre Jura studiert und kurz zuvor den Titel eines „Licenciado en Ciencias Sociales“ an der Juristischen Fakultät der Universität Guayaquil erworben. Während der Teilnahme an dem Seminar bei Prof. von Beyme wurde mir trotz meiner unzulänglichen Deutschkenntnisse plötzlich die sozio-kulturelle Entfremdung klar, in der ich bisher gefangen gewesen war. In kultureller Hinsicht hatte meine typisch humanistische Ausbildung innerhalb der traditionellen Regeln einer der vielen „Advokatenuniversitäten“, die in Lateinamerika vorherrschen, den Horizont für wissenschaftliche Forschung in einem Maße getrübt und beschränkt, daß die Probleme der Unterentwicklung und der internen sowie externen politisch-ökonomischen Dependenz lediglich einer zuweilen irrationalen Kritik ausgesetzt waren, die jedoch auf stereotypen Parolen und nicht auf bewußter Reflexion beruhte. Was die soziale Entfremdung betraf, so hing diese eng mit der kulturellen Dekoration der humanistischen Ausbildung, dank der ich den privilegierten Status des Akademikers erlangt hatte, zusammen. Meine Kenntnisse und Haltung gegenüber den gesell-

schaftlichen Problemen basierten unter anderem auf einem oberflächlichen Studium des Corpus Juris Civilis, der politischen Ökonomie und der Ansätze von Georg Jellinek oder Carl Schmitt, den Repräsentanten der „Staatswissenschaft“.

Außer diesem „kritischen Verständnis“ über Probleme von Staat und Gesellschaft bestand meine ganze humanistische Bildung, auf die sich mein Stolz als intellektueller und glücklicher Akademiker gründete, in der – ebenfalls oberflächlichen – Kenntnis europäischer Literatur – Kafka, Joyce, Camus oder Sartre –, wie sie an den Stammtischen der Intellektuellen Guayaquils vermittelt wird. Für den aus der Mittelschicht stammenden Akademiker war soziale Gerechtigkeit angesichts der unbeschreiblichen Ausbeutung und Armut des Volkes nicht mehr als eine leere und sich in Worten erschöpfende Gefühlsduselei, wobei Verhaltensnormen und Wertsystem der Mittelschicht sowie der beständige Wunsch nach einem luxuriösen Lebensstil, die dem paternalistischen und traditionalistischen Modell der Oberschicht haargenau glichen, der Idee sozialer Gerechtigkeit Hohn sprachen.

Das Bewußtwerden der historischen Realität der Unterentwicklung Lateinamerikas verdanke ich in erster Linie den Teilnehmern an dem genannten Seminar, mit denen mich in vielen Fällen noch heute eine enge und herzliche Freundschaft verbindet. Wenn es auch im ersten Moment bitter, schmerzlich und – das muß ebenfalls gesagt werden – beschämend ist, zu erfahren, daß ein Ausländer mehr weiß über das eigene Heimatland und über jenen Subkontinent, der Lateinamerika genannt wird, über die strukturelle politische und wirtschaftliche Abhängigkeit, die ihn in der Form eines Satelliten, eines Hinterhofs und Exporteurs von Rohstoffen vor allem an die Vereinigten Staaten bindet, daß er die nationalen und ausländischen Oligarchien und ihr Verhalten als Kolonisatoren in einem eroberten Land besser kennt als man selbst, so bedeutet es doch schließlich eine wirkliche geistige Befreiung, sich der eigenen Situation bewußt zu werden.

Die vorliegende Arbeit wurde als Dissertation beim Fachbereich Sozial- und Verhaltenswissenschaften, Pädagogik, der Eberhard-Karls-Universität zu Tübingen eingereicht. Sie begann im Januar 1970, nach einem sechsmonatigen Aufenthalt in Ecuador, Gestalt anzunehmen. Ein großer Teil des hier verwendeten Materials, vor allem spanischsprachige Literatur über Ecuador, Bücher, Interviews, Zeitschriften, Dokumente und insbesondere Zeitungen, wurde in jener Zeit erworben. Ich will damit nur einen kleinen Beitrag zur Interpretation der ecuadorianischen politischen Realität leisten, zumal hier wahrhaftig ein Vakuum an Literatur existiert. Was die Durchführung dieser Arbeit betrifft, so möchte ich meinem Dank an meinen „Doktorvater“ Prof. von Beyme Ausdruck geben für seine Lehre, seine Hilfe, seine

Geduld und auch seine Freundschaft. Er hat entscheidend dazu beigetragen, daß diese Arbeit zu einem guten Ende geführt werden konnte. Ich bin ferner einer Unzahl von Personen zu Dank verpflichtet für den Ansporn und die Anregungen, die sie mir gegeben haben, für ihre Hilfe bei der Beschaffung von Material und ihren intellektuellen Beistand. Auf die Gefahr hin, einige zu übersehen, will ich ihre Namen hier nennen. Es sind meine deutschen Freunde Dieter Rauscher, Lothar Maier, Andreas Boeck, Burkhard Finke, Gernod Ruoff, Ekkehard Gaus, Karl Buck, Margot Schmid, Theresa Müller, Joachim Herudek, Hans Ulrich Reh, sowie meine Freunde in Ecuador, Nancy Vela Oviedo und Iván Carvajal (Quito) und Manuel Donoso Armas, José Cevallos, Manuel de J. Real, José Gómez Izquierdo, Ofelia Herrera und Nicolás Rodríguez in Guayaquil; meine südamerikanischen Freunde, welche sich in Deutschland aufhalten, César Maldonado, Petronio Espinoza, Miguel Maldonado und Joaquín Donoso aus Ecuador, Orilio Leoncini aus Brasilien und Esteban Barrenechea aus Argentinien. Mein Dank für die mir gezeigte Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft gilt ferner dem Personal der Universitätsbibliothek und des Politischen Instituts in Tübingen, den Mitarbeitern des Instituts für Ibero-Amerika-Kunde in Hamburg und des Ibero-Amerikanischen Instituts in Berlin sowie den Angehörigen des Arnold-Bergstraesser-Instituts in Freiburg.

Hamburg 1973

Armando Abad Franco

I · DAS LAND

Ecuador, an der Westküste des lateinamerikanischen Subkontinents gelegen, wird nach dem Äquator benannt, von dem es durchquert wird. Es grenzt im Norden an Kolumbien, im Süden und Osten an Peru und im Westen an den Pazifischen Ozean. Die Flächengröße wird heute auf ca. 300 000 km² geschätzt, jedoch sind die diesbezüglichen Angaben infolge ungenauer Vermessungen widersprüchlich¹.

Ecuador ist das zweitkleinste Land Südamerikas. Die Bevölkerung wird für das Jahr 1972 auf 6 598 300 geschätzt².

1. *Regionen*

Die Andenkette gliedert das Land in drei natürliche Hauptregionen: das Küstengebiet (Costa), das Andenhochland (Sierra) und die östliche Tiefebene (Oriente). Außerdem gibt es eine vierte Region (la región marítima), die aus den Galapagos-Inseln besteht. Die einzelnen Regionen des Landes stehen untereinander kaum in Verbindung. Der Mangel an Kommunikationsmitteln und die Verschiedenheit der ethnischen Zusammensetzung sowie der Produktionsstrukturen zwischen den beiden Hauptregionen Costa und Sierra, in denen sich das politische und wirtschaftliche Leben des Landes fast ausschließlich abspielt, ziehen das Fehlen nationaler Integration und eines sozialen Solidaritätsgefühls nach sich. Das gesamte Leben des Landes wird von einem ausgeprägten und irrationalen Regionalismus beherrscht. Die einzelnen Regionen können schlaglichtartig so charakterisiert werden:

a) *Costa*: Küstenland am Pazifischen Ozean, tropisch feuchtheißes Klima, umfaßt etwa $\frac{1}{4}$ des gesamten Landes Ecuador und die Hälfte seiner Bevölkerung. Wirtschaftlich bedeutendste Region; landwirtschaftliche Großplantagen für den Export (Bananen, Kakao). Anfänge von Konsumgüterindustrie kleineren Ausmaßes. Die größte Stadt des Landes, Handelszentrum und Hafen Guayaquil (heute ca. 879 000 Ew.) liegt in diesem Gebiet.

- b) *Sierra*: Wird von zwei parallel verlaufenden Andenkette, der West- und der Ost-Kordillere, gebildet. Umfaßt etwa $\frac{1}{4}$ der Gesamtfläche und etwa die Hälfte der Bevölkerung. Dicht besiedelte Hochtäler auf 2 – 3000 m Höhe. Hauptstadt und Regierungssitz Quito (ca. 575 000 Einwohner) auf 2800 m. Intensive Landwirtschaft, beruhend auf dem Latifundiensystem.
- c) *Oriente*: Tropische Urwälder, kaum erschlossen und besiedelt. Hauptsächlich von wilden Indianerstämmen bewohnt. Umfaßt 50 % der Gesamtfläche. Infolge Entdeckung reicher Erdölvorkommen hat die Region in letzter Zeit große Bedeutung als Devisenbringerin gewonnen. Erdölförderung fast ausschließlich in Händen nordamerikanischer Gesellschaften.
- d) *Galapagos-Inseln*: 7340 km², ca. 900 km westlich der Küste im Pazifik gelegen, umfassen 12 Hauptinseln und andere kleine Inseln vulkanischen Ursprungs. Nur teilweise und sehr dünn besiedelt. Trotz großen Fischreichtums nur geringe wirtschaftliche Bedeutung für das Land. Fischfang hauptsächlich in Händen nordamerikanischer und japanischer Flotten.

2. Bevölkerung

Trotz großer Kindersterblichkeit (86,1 pro Tausend) ist die jährliche Bevölkerungszuwachsrates mit 3,4 % eine der höchsten der Erde. Seit der Volkszählung von 1950 (3 202 757) bis zur Schätzung der „Junta de Planificación“ für das Jahr 1972 (6 598 300) hat sich die Bevölkerung mehr als verdoppelt. 40 % der Einwohner sind Indios, 40 % Mestizen, je 5 % Neger und Mulatten, 10 % Weiße, zumeist Abkömmlinge der spanischen Eroberer. Von der für 1972 geschätzten Gesamtbevölkerung sind 60,7 % Land- und 39,3 % Stadtbewohner. Anteil an Analphabeten (1969): 30,3 % der Erwachsenen über 15 Jahre. Zu bemerken ist noch, daß über 25 % der Bevölkerung nur die Indiosprache Quechua spricht und die offizielle Landessprache Spanisch nicht beherrscht.

3. Politische und administrative Organisation³

Ecuador ist Republik mit einem „präsidentiellen und daher wählbaren, repräsentativen und alternativen Regierungssystem“. Die Exekutive liegt in Händen des Präsidenten, der alle vier Jahre gewählt wird und nicht unmittelbar wiedergewählt werden kann. Die Legislative besteht aus zwei Kammern: dem Senat (Wahl alle vier Jahre) und dem Abgeordnetenhaus (Wahl alle zwei Jahre).

Durch die letzte demokratisch in Kraft gesetzte Verfassung aus dem Jahre 1967 wurden die anerkannten Parteien zum ersten Mal ausdrücklich auf gesetzlichem Wege in die institutionelle Organisation der Republik aufgenommen. Nach dem Prinzip des Unitarismus in der politisch-administrativen Organisation ist das Land in 19 Provinzen und ein Nationales Territorium, die Galapagos-Inseln, gegliedert. Jede Provinz wählt einen Abgeordneten pro 50 000 Einwohner sowie zwei Senatoren.

4. *Geschichte*

Vor der Eroberung durch die Spanier gehörte das Gebiet des heutigen Ecuador zum Inka-Reich. Während der Kolonialzeit war es ein Teil der „Real Audiencia de Quito“. 1822 erlangt es seine Unabhängigkeit von Spanien und bildet unter dem Namen „Estado Sur de Colombia“ zusammen mit Kolumbien und Venezuela die Konföderation Großkolumbien, ein Werk des Befreiers Simón Bolívar, der diesem Staat auch als Präsident vorsteht. 1830 trennt sich Ecuador von Großkolumbien und konstituiert sich als unabhängige Republik unter dem Namen Ecuador. Seit dieser Zeit ist die Geschichte des Landes gekennzeichnet von einem wirren Durcheinander von personalistischen Kämpfen der politischen Cliquen, Diktaturen, Bürgerkriegen, systematisch organisiertem Wahlbetrug, gelungenen und mißlungenen Staatsstreichen („Pronunciamientos“), zahlreichen Verfassungen und unzähligen Präsidenten sowie einer minimalen Transformation der traditionellen sozio-ökonomischen Strukturen. Bis heute hatte das Land 17 Verfassungen, und ein Präsident erreichte im Durchschnitt eine Amtszeit von 2 Jahren.

II · PARTEIENTHEORIE UND ENTWICKLUNGSLÄNDER

1. Trotz zahlloser Untersuchungen im Reich der politischen Wissenschaft ist es bisher nicht gelungen, für eine Theorie der politischen Parteien eine präzise und allgemein anerkannte Begriffsbestimmung zu finden. Schon zu Beginn der 50er Jahre hat Maurice Duverger auf diese fundamentale Schwierigkeit hingewiesen, als er ausführte, daß lediglich zahlreiche und gründliche Monographien zu einer solchen allgemeinen Theorie führen können, diese Monographien jedoch so lange nicht wirklich gründlich sein können, als es keine allgemeine Theorie der Parteien gibt⁴.

Das Problem wird noch komplizierter, weil heutzutage eine Theorie der

Politik sich nicht nur mit der relativ einheitlichen Problematik der westlichen repräsentativen Demokratien befassen, sondern auch „Entwicklungsländer“ einbeziehen muß⁵. So kritisiert Lipset in einer Studie⁶, daß der Ausgangspunkt vieler Erörterungen der Probleme der Dritten Welt die Frage ist, ob die Entwicklungsländer demokratische Modelle absorbieren können, und er bestreitet, daß es legitim ist, von einem „westlichen“ System zu sprechen. Er argumentiert, daß verschiedenartige Faktoren, wie zum Beispiel die Voraussetzungen, unter welchen die Ideologien der Arbeiterparteien entstanden sind, die Struktur und Art der Parteibildung etc., verschiedene Systemvarianten bedingt haben. Obwohl diese Variationen von spezifischen historischen Determinanten bestimmt werden, sind allgemeine Aussagen über die Entwicklung von Parteien in den Industriestaaten möglich, um so die Unterschiede zu den Entwicklungsländern, das heißt die Andersartigkeit der politischen Konfliktsituationen sowie die Gegensätze auf politisch-sozialem Gebiet und ihre unterschiedlichen Ursachen aufzuzeigen.

In Wirklichkeit scheinen die Wurzeln des Problems jedoch tiefer zu liegen. Es handelt sich um eine Situation, die auf alle Entwicklungsländer zutrifft: „Der institutionelle Ansatz des herkömmlichen ‚comparative government‘ hat sich als entschieden zu eng herausgestellt. Da in vielen Entwicklungsländern eine starke Diskrepanz zwischen formaler Position und tatsächlicher Rolle besteht, kann jener Ansatz die spezifischen Prozesse und Strukturen nicht erfassen“⁷.

2. Was die lateinamerikanische „area“ betrifft, stammen die meisten theoretischen Konzeptionen, die bis jetzt über das Funktionieren von Parteien und Parteiensystemen vorgelegt worden sind, aus Nordamerika und Westeuropa, wo die Parteien als Struktur des politischen Systems eine anerkannte Rolle spielen und mehr oder weniger eine essentielle Partizipation bei der Organisation und Integration der legislativen Einrichtungen sowie dem „decision making process“ ausüben⁸. Diese Erfahrungen lassen sich auf Lateinamerika, und besonders auf Ecuador nicht übertragen⁹, weil es dort keine Abgrenzung und Etablierung der Institutionen des politischen Systems gibt¹⁰ und selbst die Elemente der Staatsgewalt, vor allem die Legislative, von der Exekutive usurpiert werden, welche einer Clique, genannt Partei, vorsteht, falls nicht das Militär selbst die Regierung stellt¹¹.

Dem Versuch, ein Rahmenwerk von abstrakten Begriffen und Kategorien aus westlichen Erfahrungen als Leitfaden für die Beschreibung und Identifizierung lateinamerikanischer politischer Prozesse aufzustellen, mangelt es an Brauchbarkeit, und zwar nicht nur deswegen, weil solche Begriffe nicht tale quale auf ganz andere gesellschaftliche Verhältnisse angewandt oder übertragen werden können¹². Die große Schwierigkeit liegt hauptsächlich

darin, daß dieser theoretische Ballast für die Analyse von Parteien und politischen Phänomenen geschaffen wurde, welche unter ganz anderen Umständen entstanden sind¹³, und daß er nichts anderes beinhaltet als die Festlegung von westlichen ethnozentristischen Normen und unilinearen Evolutionsschemata, die die besonderen historischen Bedingungen der zu analysierenden Umgebung und die daraus resultierenden politischen und sozioökonomischen Determinanten einer nicht dynamischen und unterentwickelten Gesellschaftsordnung nur sehr oberflächlich berühren¹⁴.

Die vielfältigen Versuche, die lateinamerikanischen Parteien und Parteiensysteme auf der Basis herkömmlicher typologischer Ansätze der Parteienforschung zu analysieren, haben bis jetzt, wenn sie – wie dies allerdings oft geschieht – auf einer rein deskriptiven Stufe stehenbleiben, zu tautologischen Ergebnissen geführt, da „die methodischen Prämissen in variiert und unterschiedlicher Form in die vorgenommenen Untersuchungen eingegangen sind“¹⁵. Eine Betrachtung der verschiedenen Faktoren, die herangezogen werden, um das Gebilde der lateinamerikanischen Parteien und Parteiensysteme zu erklären (Ideologien, Einstellung zur politischen Modernisierung, Stärke der Organisation auf regionaler und nationaler Basis, innere Struktur etc.) ergibt, daß die methodischen Erwägungen oder die Entwicklung des angewandten Methodenbewußtseins den Forschungsgegenstand aus dem Blickfeld verloren haben¹⁶.

Mit dem vorher Gesagten bestreiten wir jedoch nicht, daß das Gebiet der Typologien lateinamerikanischer Parteien und Parteiensysteme vorwiegend als methodisches Problem zu begreifen ist. Wir wenden uns nur gegen eine methodische Konstruktion, die voreingenommen und überheblich die wirklichen Dimensionen ihres Untersuchungsgebieteskennt und mit der erzwungenen Transplantation dogmatischer Kategorien auf ein Konglomerat unstabiler Parteien keinen Beitrag zum besseren Verständnis des Problems leistet, somit also zur Fruchtlosigkeit verurteilt ist.

Zur unbestreitbaren Fremdbestimmung der lateinamerikanischen Parteienforschung tritt – und das darf nicht unerwähnt bleiben, obwohl die von Lateinamerikanern durchgeführten Forschungen auf dem Gebiet der Sozialwissenschaften mit der neu geprägten Dependenztheorie in letzter Zeit einen großen Aufschwung genommen haben – die ideologische und kulturelle Entfremdung auch der lateinamerikanischen Sozialwissenschaftler und folglich auch der Politologen, da sie im Dienst fremder Interessen stehen. Obwohl sie die Unterentwicklung beklagen und die These aufstellen, daß Lateinamerika indirekt vom Westen ausgebeutet wird, schreiben sie alle Übel der mangelnden Entwicklung der Tatsache zu, daß der ganze Modernisierungsprozeß vom Ausland bestimmt wird. Die koloniale interne Struktur des Kontinents und die Verflechtung der Großgrundbesitzer sowie der

sogenannten nationalen Bourgeoisie mit den imperialistischen Interessen des Kapitalismus werden in Wirklichkeit nicht von einem wissenschaftlichen politischen Standpunkt aus analysiert¹⁷. Die Konsequenz ist, wie Lechner richtig bemerkt, „daß die einheimischen Sozialwissenschaften an der Rationalisierung des status quo arbeiten statt zur gesellschaftlichen Emanzipation beizutragen“¹⁸.

Damit ist auch das zweite große Problem angesprochen, mit dem wir uns konfrontiert sehen: das klägliche theoretische Niveau und das Fehlen eines methodisch-empirischen Instrumentariums in der Parteienforschung der Lateinamerikaner. Es mangelt an brauchbaren Einzelstudien¹⁹, in denen die wirkliche Bedeutung der Parteien oder des Parteiensystems als Instrumente politischer Entwicklung und ihre Partizipation am Entscheidungsprozeß analysiert werden. Mit anderen Worten: es sollte die Transzendenz der Parteien in den jeweiligen politischen Systemen deutlich gemacht werden, zumal die Geschichte der meisten lateinamerikanischen Länder klar zu beweisen scheint, daß die Beherrschung der Politik durch das Militär die Funktion der Parteien auf eine, wie Behrendt sich ausdrückt, „quasi demokratische Dekoration“ reduziert^{20,21}. So sollte der Zweck der Parteienforschung durch lateinamerikanische Wissenschaftler kein anderer sein als das Vermeiden einer weiteren Anhäufung tautologischer Hypothesen westlicher Reflexionen, die weit davon entfernt sind, einen wirklichen wissenschaftlichen Fortschritt zu bedeuten; man sollte sich vielmehr auf die unbedingt erklärungsbedürftigen Kernpunkte der negativen und dysfunktionalen Rolle der Parteien im Modernisierungsprozeß konzentrieren²², einer Folge oder abhängigen Variablen der internen Kolonialstrukturen und der direkten Verflechtungen der Interessen der herrschenden Schichten mit dem internationalen Kapitalismus.

3. In bezug auf die Wirklichkeit eines Entwicklungslandes wie Ecuador (einem der wirtschaftlich und politisch rückständigsten Länder Lateinamerikas), dem Thema unserer Untersuchung, haben wir außer summarischen Hinweisen nur kleine, mehr deskriptive Aufsätze gefunden, welche mehr das beschreiben, was die Parteien sein sollten, als das, was sie sind. Die politische Situation Ecuadors, gekennzeichnet von permanenter Instabilität, Diktaturen und „Pronunciamientos“ als Instrumente der lokalen und regionalen oligarchischen Cliquen zur Beilegung ihrer politischen beziehungsweise wirtschaftlichen Auseinandersetzungen, spricht der Idee der repräsentativen Demokratie, die nach der Verfassung auf Parteien beruhen soll, Hohn. Es ist daher auch unmöglich, das, was in Ecuador Partei genannt wird, zu analysieren als eine institutionelle, unabhängige Kraft von permanenter und kontinuierlicher Organisation auf nationaler Ebene, die als Vehikel dient, den gesellschaftlichen Wandel durch die Herbeiführung oder das Treffen

von politischen Entscheidungen voranzutreiben²³.

Außer der historischen Tatsache, daß etwa im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts neue politische Kräfte wie zum Beispiel die „populistische“ Bewegung des „Velasquismo“ oder die „ideologische“ der Sozialistischen und Kommunistischen Partei auftauchen, die – vor allem im Fall des „Velasquismo“ – das Monopol der traditionellen Parteien der Liberalen und Konservativen brechen, welche die politische Szene seit den Tagen der Unabhängigkeit beherrscht hatten, kann man kein erfaßbares Kriterium aufstellen, das wirklich als Basis dienen könnte, um das Gebilde der Parteien im Hinblick auf die Ausübung grundlegender modernisierender Funktionen im politischen System systematisch zu erfassen²⁴. Wir denken dabei unter anderem an die vor jeder Wahl auftauchenden personalistischen Parteien, die als Manipulationsvehikel dienen und nach Erreichen bestimmter Ziele sofort verschwinden, an die unwahrscheinlichen Koalitionen zwischen scheinbar ideologisch verschiedenartigen Parteien, an das beständige Comeback der „Caudillos“, an das von den Parteien geförderte Patronagesystem und an die direkte Intervention der Verwaltung bei Wahlen und schließlich an den großen Einfluß der USA bei der Bestimmung der Politik durch die Parteien selbst oder direkt durch das Militär.

Auf den Fall der Parteien in Ecuador, die rein personalistischer und caudillistischer Natur und exklusive Repräsentanten partikularistischer Interessen sind, scheint das zuzutreffen, was Duverger von der archaischen Form der Parteien in einigen Ländern Lateinamerikas sagt. Sie seien „... simples clientèles groupées auprès d'un personnage influent, clans constitués autour d'une famille feudale, camarillas réunies par un chef militaire“²⁵.

Da das dysfunktionelle Agieren der Parteien Ecuadors in einer direkten Relation steht zu der weitgehend negativen Rolle, die das politische System in dem Entwicklungsprozeß spielt, ist es notwendig, die sozio-ökonomischen Faktoren des Milieus in Betracht zu ziehen, in dem sie operieren. Die Betrachtung des Nährbodens, auf dem Parteien ihre Wurzel schlagen, ist in unserem Falle von besonderer Bedeutung, nicht nur weil die Parteien die sozio-ökonomischen Strukturen der Gesellschaft widerspiegeln, sondern auch weil das politische System und die Prozesse politischer Entwicklung, als deren Träger die Parteien fungieren sollten, von dem Agrarsystem des Latifundiums bestimmt werden²⁶. Obwohl sich unsere Studie mit der Gegenwart befaßt, ist es aus demselben Grunde unerläßlich und unvermeidbar, auf die historische Entwicklung des Landes einzugehen. Die Neuzeit der Parteien beginnt für uns mit der Revolution vom 9. Juli 1925 (s. Kap. III, S. 84 f.), die dem Monopol der traditionellen Parteien, der Konservativen und Liberalen, ein Ende setzte und die unmittelbare Ursache für das Auftauchen des „Velasquismo“ bildete, dem beherrschenden Faktor im po-

litischen Leben des Landes bis hinein in die Gegenwart (siehe Kap. III). Unsere Absicht ist außerdem die Hervorhebung der Rolle der Parteien im politischen System als einem unter anderen Verteidigungsmechanismen, mit Hilfe derer die Oligarchie ihre fragmentierten und traditionellen Interessen wahrnimmt.

4. Zur Determinierung des Kerns unserer Untersuchung, das heißt zu einem besseren methodischen Verständnis derselben, stellen wir folgende Hypothesen auf, die für diese Arbeit als Leitfaden dienen sollen:

1. Die archaischen sozio-ökonomischen Strukturen beziehungsweise der Traditionalismus verhindern die Bildung von Massenparteien, die die politische Entwicklung, das heißt die Diversifikation der verschiedenen gesellschaftlichen Interessen vorantreiben könnten. Abgesehen von der dichotomisch-regionalen Teilung der Oberschicht in die Einflußzonen von Costa und Sierra und ihren Kämpfen um die Kontrolle der Regierungsämter existieren keine wirklichen Interessenkonflikte zwischen Klassen.
2. Da politische Auseinandersetzungen sich nur unter der kleinen weißen Oberschicht abspielen, dienen die Parteien als Instrumente zur Erhaltung des gesellschaftlichen Status quo und üben somit keine andere Funktion aus als die der Vertretung dieser Interessen, es sei denn die Beschaffung von Ämtern auch für die parasitäre Mittelschicht (vgl. Kap. II).
3. Das Funktionieren der Parteien spiegelt die Desintegration der Gesellschaft wider. Sie stützen sich auf die bedingungslose Gefolgschaft gegenüber dem Kaziken (vgl. Kap. III, S. 114) beziehungsweise dem „Caudillo“ (vgl. Kap. III, S. 112), dessen Partizipation am politischen Leben nicht von nationalen, sondern von rein regionalen beziehungsweise partikularistischen Interessen bestimmt wird (vgl. Kap. II).
4. Um der politischen Rentabilität der fraktionierenden Oligarchie willen finden die verschiedenen Gruppierungen ihre Kristallisationsform im „Populismo“ (vgl. Kap. III), das heißt einem politischen Phänomen, das sich dank einem charismatischen „Caudillo“ und Manipulierung der Massen auf nationaler Ebene ausbreitet.
5. Die wirkliche politische Macht, das heißt die grundlegende politische Ordnung, basiert nicht auf Parteien. Die Artikulation und Repräsentation von Interessen, die Rekrutierung, ja die Organisation der Regierung selbst bleiben anderen Strukturen überlassen, deren Breite und nationale Reichweite für die Ausübung dieser Grundfunktionen im politischen System besser geeignet sind. An erster Stelle steht das Militär. Die erste „pressure group“ im Lande ist die Exekutive selbst, die, wenn sie nicht von den Militärs selbst gebildet wird, in jedem Falle auf sie angewiesen ist (vgl. Kap. IV/V).

6. Das Parteiensystem ist in seinem Aktionsradius beschränkt, nicht nur wegen der inneren politischen Desintegration, sondern vor allem auch wegen der wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeit der Oligarchie vom ausländischen Kapitalismus.

KAPITEL I: WIRTSCHAFTS- UND GESELLSCHAFTSSTRUKTUR IN ECUADOR

I · DIE WIRTSCHAFTSSTRUKTUR

1. Grundsätzliches

Ecuador ist ein Agrar- und unterentwickeltes Land, und dies nicht deshalb, weil, wie die Experten meinen, die Vorherrschaft der Landwirtschaft eines der Hauptkriterien für die Einstufung eines Landes als Entwicklungsland darstellt, das heißt, daß in den meisten Ländern der sogenannten Dritten Welt die Bevölkerung von der Landwirtschaft lebt und im allgemeinen – ausgenommen einige mit Bodenschätzen ausgestatteten Länder – der größte Teil des Nationaleinkommens aus der Landwirtschaft stammt. Wie Stavenhagen formuliert, ist die besondere Bedeutung des Agrarsektors und der landwirtschaftlichen Strukturen an sich kein Zeichen der Unterentwicklung¹.

Bei der Unterentwicklung der Wirtschaftsstruktur Ecuadors und deren tiefgreifender Auswirkung auf die sozialen und politischen Strukturen handelt es sich vor allem um einen aus der Geschichte ableitbaren Zustand, unter dem alle unterentwickelten Gesellschaften Lateinamerikas leiden.

Er kann auf zwei Begriffe gebracht werden:

- a) die von der internationalen Arbeitsteilung, welche sich „kapitalistischer Markt“ nennt, auferlegte Konzentration auf die Erzeugung von einem oder zwei Produkten und
- b) die wirtschaftliche Abhängigkeit von einem Land oder einer Gruppe anderer Länder, hervorgerufen durch die ständige Investition ausländischen Kapitals in der einheimischen Wirtschaft².

Dieser historische Zustand der wirtschaftlichen Unterentwicklung ist die Folge gewisser spezifischer, von wirtschaftlicher Ungleichheit bestimmten Relationen, die seit Jahrhunderten zwischen den lateinamerikanischen und den führenden kapitalistischen Ländern der Welt unterhalten werden, zuerst während der Kolonialzeit mit Spanien und Portugal, später in Form eines Neokolonialismus seitens der USA und Westeuropas. Die daraus resultierende Dependenz ist nicht nur wirtschaftlicher, sondern auch politischer Natur. Einerseits erlauben die ausländischen Investoren keine politischen

Tabelle 1

Anteil der wichtigsten Exportprodukte lateinamerikanischer Länder am Gesamtexport 1967 in %

Land	Wichtigste Exportprodukte	Anteil am Gesamtexport in %
Argentinien	Getreide	28
	Fleisch	23
Bolivien	Zinn	72
Brasilien	Kaffee	50
Chile	Kupfer	68
Costa Rica	Kaffee	44
	Bananen	26
Dominik. Republik	Zucker	53
	Kaffee	15
Ecuador	Bananen	57
	Erdöl (1973) *	32
	Kaffee	13
	Kakao	13
El Salvador	Kaffee	51
	Baumwolle	22
Guatemala	Kaffee	49
	Baumwolle	16
Haiti	Kaffee	47
Honduras	Bananen	39
	Kaffee	17
	Holz	10
Kolumbien	Kaffee	68
	Erdöl	16
Mexiko	Baumwolle	18
Nicaragua	Baumwolle	44
	Kaffee	18
Panama	Bananen	45
	Erdöl (raffiniert)	34
Paraguay	Fleisch	30
	Holz	15
Peru	Fisch	25
	Kupfer	17
Uruguay	Wolle	48
	Fleisch	31
Venezuela	Erdöl	93

Tabelle 2

Direktinvestitionen und Gewinne westlicher Industrieländer in einigen lateinamerikanischen Ländern 1960–1968

	Direktinvestitionen westl. Industrieländer in Millionen Dollar	Gewinne der Geberländer aus Direktinvestitionen in Millionen Dollar
Insgesamt in 31 Ländern	7 378	19 104
darunter u. a. in:		
Chile	78	663
Ecuador (1970/72: 933) *	101	161
Honduras	30	78
Kolumbien	241	294
Mexiko	1 243	2 074
Panama	107	120
Peru	166	682

Quelle: DER SPIEGEL, Nr. 48, 1971, S. 106, nach: Internationaler Währungsfonds.

* *Anm.*: Dieses gigantische Wachstum der Auslandsinvestitionen ab 1970 steht im Zeichen der im Osten Ecuadors entdeckten großen Erdölvorkommen. Nach der Deutsch-Südamerikanischen Bank: Kurzbericht über Lateinamerika, Stand Febr. 1972, Nr. 1/72: Ecuador, S. 61, werden die Investitionen des Texaco-Gulf-Konsortiums für das Jahr 1972 auf 721 Millionen Dollar beziffert. Nach derselben Quelle: Mitteilungen für den Außenhandel: Ecuador 16/71 vom 24. 11. 1971, S. 2, beliefen sich die Investitionen für das Erdöl in den Jahren 1970 und 1971 auf 72 Millionen bzw. 140 Millionen Dollar. Wenn man die übrigen Wirtschaftssektoren dazuzählt, werden diese Beträge wahrscheinlich noch weit überschritten. Es versteht sich, daß die Gewinne entsprechend hoch sein müssen.

Quelle *Tabelle 1*: Deutsche Überseeische Bank, Beilage zum Wirtschaftsbericht September 1969, S. 4.

* *Anm.*: Der Anteil des Erdölexports aus den im Osten Ecuadors (Oriente) neu entdeckten Quellen machte 1973 fast 32% der Gesamtausfuhr aus, Bananen nur noch ein Drittel; der Rest entfiel auf Kaffee, Kakao und sonstiges. Siehe: Deutsch-Südamerikanische Bank: Kurzbericht über Lateinamerika, Stand November 1973 (Nr. 4/73), S. 65.

Entscheidungen, die gegen ihre Interessen, das heißt gegen die von ihnen erreichte Profitmaximierung gerichtet sind, auf der anderen Seite wird die auf der Monokultur von Rohstoffen basierende Entwicklung der nationalen Wirtschaft „nach außen“, wenn sie sich nicht in Händen des ausländischen Kapitals befindet, von nationalen Oligarchien beherrscht, welche ihrerseits ebenfalls vom kapitalistischen Weltmarkt abhängen, der Handelsbedingungen und Preise diktiert. Hieraus entsteht die Situation der Volkswirtschaften lateinamerikanischer Länder, die als „Teufelskreis der Unterentwicklung“ definiert wird³.

Das durchschnittliche jährliche Wachstum des Bruttoinlandsprodukts Ecuadors betrug zwischen 1965 und 1969 4,8 %. Bei einer Bevölkerungswachstumsrate von 3,4 % belief sich der Anstieg nur auf jährlich 1,4 % pro Kopf der Bevölkerung anstatt 3,3 %, wie der Nationale Plan 1964 – 73 vorgesehen hatte. Für das Jahr 1970 wurde das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf auf 270 US Dollar geschätzt (kalkuliert vom „Banco Central del Ecuador“ zu dem vor der Abwertung des Sucre im August 1970 gültigen Kurs von 1 US Dollar = 18 Sucres. – Jetziger Kurs 1 US Dollar = 25 Sucres; dies entspricht einer Abwertung von 28 %) ⁴. Das Bruttosozialprodukt wurde für 1970 auf 28,8 bis 30,2 Mrd. Sucres (zum derzeit gültigen Kurs) geschätzt und dürfte sich ähnlich wie 1969 zusammensetzen ⁵.

Bei der folgenden Behandlung einiger Hauptprobleme, mit denen sich die ecuadorianische Wirtschaft konfrontiert sieht, werden wir Gelegenheit haben, ein deutliches Bild von der strukturell-wirtschaftlichen Stagnation zu gewinnen.

2. Die Landwirtschaft

Die Landwirtschaft hatte 1968 am Bruttoinlandsprodukt einen Anteil von 32 %. Mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate von 2,4 % (1966–68) schnitt die Landwirtschaft schlechter ab als alle anderen Wirtschaftsbereiche. Wenn man die Bevölkerungswachstumsrate in Betracht zieht, so ist die Erzeugung von landwirtschaftlichen Produkten pro Einwohner geringer geworden ⁶. Im Jahr 1968 waren 53,7 % der erwerbstätigen Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt (vgl. Tabelle 4). Die Landwirtschaft bestritt bis vor kurzem fast ausschließlich den Export Ecuadors, nämlich 90 % des Exporteinkommens ⁷. Erst seit 1973 ist, nachdem die Erdölförderung in der östlichen Tiefebene (Oriente) verstärkt worden ist, der Anteil der Landwirtschaft am Gesamtexport des Landes um etwa ein Drittel zurückgegangen (siehe Tabelle 1 und Anmerkung).

Tabelle 3

Beschäftigte in den 3 Sektoren der ecuadorianischen Wirtschaft

(Zahlen in vollen Tausend und in %, sowie Zuwachsraten der einzelnen Sektoren und Arbeitsbereiche)

Sektor bzw. Arbeitsbereich	1950		1962		Zuwachs an Beschäftigten in %
	Absolut	%	Absolut	%	
<i>I. Primärsektor</i>	646	53,6	806	55,9	24,8
1. Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Jagd und Fischfang	641	53,2	802	55,6	25,1
2. Bergbau und Steinbrüche	5	0,4	4	0,3	- 20,0
<i>II. Sekundärsektor</i>	260	21,6	258	17,9	- 0,8
3. Verarbeitende Industrie	233	19,4	210	14,6	- 9,9
4. Bauwesen	27	2,2	48	3,3	77,8
<i>III. Tertiärsektor</i>	299	24,8	379	26,2	26,8
5. Elektrizität, Gas, Wasser etc.	1	0,1	5	0,3	400,0
6. Transport, Lagerei und Kommunikationsmittel	27	2,3	43	3,0	59,3
7. Handel	70	5,8	89	6,2	27,1
8. Banken, Versicherungen und Immobilien	5	0,4	8	0,5	60,0
9. Verwaltung und Verteidigung	72	5,1	76	5,3	22,6
10. Allgemeine Dienstleistungen	134	11,1	158	10,9	17,9
Beschäftigte insgesamt	1205	100,0	1443	100,0	19,8

Quelle: Oswaldo Hurtado, *Dos mundos superpuestos – Ensayo de diagnóstico de la realidad ecuatoriana*. Quito 1969, nach: Memoria del Banco Central del Ecuador 1967, S. 27.

Tabelle 4
Beschäftigte in der Landwirtschaft
 (in % der erwerbstätigen Bevölkerung 1968)

Über 60 %		50 % bis 60 %		30 % bis 50 %		Unter 30 %	
–	–	–	–	–	–	Chile	25,5
–	–	–	–	–	–	Venezuela	24,5
–	–	–	–	Costa Rica	46,7	Jamaica	22,4
Haiti	83,2	El Salvador	57,6	Brasilien	46,4	Barbados	22,0
Honduras	65,5	Bolivien	57,1	Mexiko	46,1	Trinidad und	
Guatemala	64,1	Nicaragua	56,0	Kolumbien	45,1	Tobago	20,9
Dominik.		Paraguay	54,5	Peru	44,6	Uruguay	17,9
Republik	60,4	Ecuador	53,7	Panama	42,3	Argentinien	15,8
Lateinamerika: 42,9							

Quelle: Deutsch-Südamerikanische Bank: Kurzbericht über Lateinamerika, Stand August 1971 (Nr. 3/71), S. 11.

Anm.: Die Angaben der Tabelle 4 ausgenommen, waren keine neueren Daten über die erwerbstätige Bevölkerung erhältlich. Die Wirklichkeit ist die, daß angesichts der archaischen Strukturierung der ecuadorianischen Wirtschaft vor allem in der Landwirtschaft und im tertiären Sektor ein hoher Prozentsatz der „Beschäftigten“ ohne Umschweife der Gruppe der Arbeitslosen oder der Unterbeschäftigten zugeordnet werden kann.

Wie die Tabellen 1, 3 und 4 zeigen, ist die Landwirtschaft noch immer die Grundlage der Wirtschaftsstruktur Ecuadors. Die folgende Analyse der Besitzstrukturen bestätigt, daß die während der Kolonialzeit geschaffenen Verhältnisse noch heute fortbestehen.

Was aus dieser Übersicht zuerst ins Auge fällt, ist die sehr große Zahl von winzigen Betrieben (Minifundien) einerseits und die übermäßig großen Besitztümer (Latifundien), deren Zahl sehr begrenzt ist. Der Besitz von 45,1 % des Agrarlandes liegt in Händen von 1369 Familien mit einem Landbesitz über 500 Hektar, während 7,2 % in Parzellen unter 5 Hektar auf 251 686 Familien verteilt sind. Besonders bemerkenswert ist, daß allein die Latifundien über 2500 Hektar (241 Familien) 26 % der Gesamtnutzfläche ausmachen. Diese Art der Landbesitzverteilung führt zu einer Reihe von Problemen, die sich für die Arbeitsproduktivität der Landwirtschaft als hemmend erweisen.

Tabelle 5

Anzahl und Gesamtnutzfläche der landwirtschaftlichen Betriebe in Ecuador nach ihrer Größe

Betriebsgröße	Betriebe		Gesamtnutzfläche	
	Anzahl	% Anteil	ha.	% Anteil
Weniger als 5 ha.	251 686	73,1	432 200	7,2
5 – 19,9 ha.	57 650	16,7	565 800	9,4
20 – 99,9 ha.	27 742	8,0	1 138 700	19,0
100 – 499,9 ha.	5 787	1,7	1 156 300	19,3
500 – 999,9 ha.	664	0,2	464 700	7,7
1 000 – 2 499,9 ha.	464	0,2	685 300	11,4
2 500 und mehr ha.	241	0,1	1 556 700	26,0
Insgesamt:	344 234	100,0	5 999 700	100,0

Quelle: Manuel Arias B., Análisis de la estructura agraria del Ecuador, Junta Nacional de Planificación, Quito 1969, S. 9.

Siehe auch: Oswaldo Hurtado, Dos Mundos Superpuestos, a. a. O., S. 55.

a) Minifundien und Latifundien

Der durch die intensive Bewirtschaftung erschöpfte Boden der Minifundien und die veralteten Anbaumethoden bringen eine minimale Arbeitsproduktivität und niedrige Einkommen mit sich, das heißt, daß es sich hier um eine Subsistenzwirtschaft handelt, die gerade den Eigenbedarf zu decken vermag. Bei den Latifundien muß je nach Lage der Betriebe in den beiden Hauptregionen des Landes differenziert werden. In der Sierra wird die Bewirtschaftung extensiv betrieben, die Arbeitsproduktivität ist niedrig und die Produktion dient in erster Linie dem Binnenmarkt (Weizen, Hopfen, Kartoffeln, Obst und Gemüse). Die Arbeit in den Betrieben wird auf mittelalterliche Art und Weise verrichtet, unter anderem nach dem bekannten System des „*huasipungo*“, welches darin besteht, daß der Landarbeiter nominell einen Teil seines Lohnes in Geld ausbezahlt bekommt, den anderen Teil in Form der Überlassung einer kleinen Parzelle meist unfruchtbaren Bodens, den er bebauen darf⁸. An der Küste ist die Arbeitsproduktivität relativ hoch, und die Betriebe sind technisch moderner ausgestattet. Die auf den Großplantagen erzeugten landwirtschaftlichen Produkte sind in erster Linie für den Export bestimmt (Bananen, Kaffee, Kakao). Auch die kleineren Betriebe zwischen 5 und 100 ha. haben in diesem Gebiet eine gewisse Bedeutung für den Export. Das Verhältnis des Landarbeiters zum

„Patrón“ ist ebenfalls nicht so starr wie in der Sierra, wo die Lage der Indios, welche die Mehrheit der Bevölkerung bilden, der von Sklaven gleichkommt.

Die Systeme der Minifundien und Latifundien üben in beiden Regionen einen tiefgreifenden Einfluß auf die sozialen Strukturen der Landbevölkerung aus. Die große Mehrheit der Bevölkerung vegetiert dahin, ist chronisch unterernährt, ohne ärztliche Betreuung, mit geringer Lebenserwartung, großer Kindersterblichkeit und im Analphabetentum gefangen. Da das Leben und Arbeiten des größten Teils der Landbevölkerung am Rande des marktwirtschaftlichen Sektors stattfindet, herrscht ein Zustand der permanenten versteckten Arbeitslosigkeit, der sich durch die Bevölkerungsexplosion und das Überangebot an Arbeitskräften bei geringer Produktionskapazität des Agrarsystems beständig verschlimmert. Es ist fast die Regel, daß der Tagelöhner seine Arbeitskraft dem „Patrón“ gratis anbietet, vielmehr lediglich geringe Kost und unwürdige Behausung sowie einen gewissen paternalistischen Schutz gegen die Willkür der Behörden erhält⁹. Bei den Besitzern von Minifundien ergibt sich eine ähnliche Situation, da der kleine Landbesitz nicht die gesamte Arbeitskraft der Familie absorbieren und ihr somit keinen angemessenen Lebensstandard sichern, ja kaum die Chance des Überlebens bieten kann¹⁰.

Die Konsequenz dieser Lage ist eine allgemeine Landflucht, getragen von der Hoffnung der verzweifelten Massen auf einen Arbeitsplatz in der Stadt, und somit das tägliche Anwachsen der Elendsviertel in den Städten. Diese Marginalbevölkerung, die sich ständig und mit rasender Schnelligkeit vergrößert, schafft neue Probleme nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in sozialer und politischer Hinsicht.

b) Die Agrarreform

Bis zur kubanischen Revolution war die Agrarreform ein Tabu. Von jenem Zeitpunkt an wurde sie jedoch zu einem Modethema für alle Politiker und Regierenden im Lande. In Wirklichkeit ist jedoch bis heute – auch in den anderen Ländern Lateinamerikas, mit Ausnahme von Kuba, Chile und vielleicht auch Peru – keine wahrhaft bedeutende Agrarreform durchgeführt worden¹¹. Im Jahre 1964 verabschiedete die „Junta Militar“ zum ersten Mal ein Gesetz zur Agrarreform¹². Es sah vor, daß „der Ecuadorianer einen menschenwürdigen Lebensstandard erreichen und einen seinen Fähigkeiten entsprechenden Beitrag an Arbeit zur Bewältigung der Aufgaben in der Gesellschaft leisten kann“. Und es heißt weiter: „Zur Erreichung dieses Ziels ist die Abschaffung der anachronistischen Landbesitzverteilung und der Arbeitsverhältnisse in ihrer bisher bestehenden Form unerlässlich, beides große Hindernisse auf dem Weg zu einem persönlichen und sozialen

Wohlergehen der Mehrheit der Landarbeiter sowie für die allgemeine Entwicklung des Landes¹³.“

Eine nennenswerte Änderung in den Besitzstrukturen und der Produktionseffektivität hat dieses Gesetz nicht gebracht. Für die Diktatoren, die dieses Reformprogramm verkündeten, diente es lediglich als Mittel zur Erreichung demagogischer Effekte: „Die vier Militärs der Junta de Gobierno waren völlig überlastet mit der Übergabe der nicht übertragbaren Besitztitel an die *Huasipungeros* [Landarbeiter auf einem Großgrundbesitz der Sierra, s. Kap. I, S. 25] staatlicher und privater Haciendas. Um dem Ereignis mehr Bedeutung zu verschaffen, wurden die Besitztümer in *Quadratmetern* vermessen, so daß der Eindruck entstehen mußte, die ‚Begünstigten‘ seien zu neuen Großgrundbesitzern geworden¹⁴.“

Da ja das Gesetz von den Großgrundbesitzern selbst geschaffen wurde, ist damit lediglich die Beibehaltung und Garantie für die Latifundien sowie die besitzrechtliche Regelung eines kleinen Teils der schon jahrhundertlang bestehenden Minifundien erreicht worden; die schon chronischen Probleme der Agrarstruktur wurden dadurch jedoch nur noch größer. Die Regierungen, die bis heute auf die Junta gefolgt sind, verfochten wie diese die Wirtschaftspolitik der meisten lateinamerikanischen Länder, nämlich des sogenannten „*desarrollismo*“, die auf dem Gebiet der Landwirtschaft eine gewisse „Technisierung“ und „Modernisierung“ anstrebt, ohne die Besitzstrukturen zu verändern¹⁵. Das Streben gilt also lediglich der Durchführung eines landwirtschaftlichen Programms, das folgende grundlegende Elemente beinhaltet: „Besiedelung, Verteilung von Land auf den staatlichen Haciendas und Unterstützung der Landwirtschaft in Form von kostenloser Verteilung von Sämereien besserer Qualität oder deren Verkauf zu Niedrigpreisen“¹⁶.

Gerade dies war die Wirtschaftspolitik, welche den Großgrundbesitzern diente und von diesen durch ihre Instrumente, die sogenannten „*Cámaras de Agricultura*“ (Landwirtschaftskammern), ganz offen unterstützt wurde. Die Mehrzahl der relativ gut technisierten und intensiv produzierenden Latifundien befinden sich in Händen von Kapitalgesellschaften. In der Sierra sind viele vom reinen Ackerbau abgekommen und zur modernen Viehzucht übergewechselt; an der Küste wird außer den für den Export erzeugten Bananen, Kaffee und Kakao vor allem Zuckerrohr angebaut. Diese Zuckerproduzenten besitzen eine Monopolstellung auf dem Binnenmarkt. Die Monopole der Latifundien für den Binnenmarkt (Milch, Zuckerrohr) genießen den Schutz des Staates, und die exporttypischen Erzeugnisse werden auf Grund der im „landwirtschaftlichen Programm“ festgelegten „Modernisierungsmaßnahmen“ für die Landwirtschaft unterstützt. „Die Tendenz zur Monoproduktion wird dadurch wirtschaftspolitisch institutionalisiert¹⁷.“

3. Die Industrie

Zusammen mit Bolivien, den mittelamerikanischen Ländern, Kolumbien und Venezuela, gehört Ecuador zu den Ländern mit der geringsten Industrialisierung in Lateinamerika¹⁸. Wenn auch der Anteil der verarbeitenden Industrie am Bruttoinlandsprodukt von 15,4 % im Jahre 1962 auf 17 % in 1968 gestiegen war¹⁹ und die Wachstumsrate zwischen 1965 und 1970 4,7 % betrug (vgl. Tabelle 6), ist doch eine rückläufige Tendenz in bezug auf den von der Industrie absorbierten Anteil der Gesamtheit der Arbeitskräfte zu bemerken, und zwar von 19,4 % im Jahre 1950 auf 14,6 % im Jahre 1962

Tabelle 6

Wachstumsraten der verarbeitenden Industrie in Lateinamerika

Land	1965 – 1968	1969	1970	1965 – 1970
Argentinien	2,4	7,3	6,0	3,8
Bolivien	6,9	5,3	13,5	7,7
Brasilien	9,2	10,8	10,2	9,6
Chile	4,5	3,5	0,8	3,7
Costa Rica	10,3	8,2	8,4	9,6
Dominik. Republik	7,6	9,4	13,0	8,8
Ecuador	2,9	4,9	11,6	4,7
El Salvador	8,0	2,9	2,1	6,2
Guatemala	9,0	5,6	8,0	8,3
Haiti	2,7	1,5	6,0	3,1
Honduras	10,0	6,5	5,2	8,6
Kolumbien	5,4	7,5	10,7	6,6
Mexiko	8,7	7,8	8,5	8,5
Nicaragua	10,3	10,2	11,6	10,5
Panama	11,0	12,1	8,7	10,8
Paraguay	5,1	5,5	5,0	5,2
Peru	7,1	1,9	10,5	6,8
Uruguay	0,8	4,8	5,2	2,2
Venezuela	4,3	4,4	7,5	4,9
Lateinamerika	6,6	7,7	8,0	6,8

Quelle: Deutsch-Südamerikanische Bank, Kurzbericht über Lateinamerika, Stand November 1971 (Nr. 4/71), S. 10/11.

(vgl. Tabelle 3). Andererseits muß dieser Prozentsatz der Beschäftigten in der verarbeitenden Industrie auch zu seiner wirklichen Bedeutung und Transzendenz für die wirtschaftliche Entwicklung in eine Beziehung gebracht werden. 90 % der Beschäftigten dieses Bereichs waren in Handwerksbetrieben tätig²⁰.

Die Industrialisierungspolitik strebt die sogenannte „Substitution der Importe“ an, vor allem in der Branche der Massenkonsumgüter wie Nahrungsmittel, Getränke, Textilien, chemische Erzeugnisse, Papier etc. Doch gerade dieser Industriezweig mit der relativ größten Dynamik geriet in immer größere Abhängigkeit von importierten Rohstoffen. Während 1961 noch 64 % der von oben genannter Industrie verarbeiteten Rohstoffe aus dem Ausland kamen, waren es 1965 schon 77,8 %²¹.

Diese vom Staat direkt geförderte Politik der „Substitution der Importe“ führt nicht nur zur Schaffung einer auch in technischer Hinsicht vom Ausland abhängigen fiktiven Industrie, welche die Zahlungsbilanz immer mehr belastet, sondern trägt ebenfalls dazu bei, daß der Prozentsatz der in der „modernen“ Industrie beschäftigten Arbeitskräfte immer geringer wird, da solche hochmechanisierten Industriezweige nur wenige Arbeitskräfte absorbieren. Die Industrie wird somit zum Zentrum einer wahrhaften „Arbeiteraristokratie“ im marxistischen Sinne. Verglichen mit der Landwirtschaft, war 1968 die Wertschöpfung pro Beschäftigter in der Industrie mehr als doppelt so hoch und lag 30 % über dem Landesdurchschnitt²².

Bis vor kurzem lag der Schwerpunkt ausländischer Investitionen – vor allem der USA – eindeutig im Bereich Chemie; es folgten mit Abstand die Getränke-, Nahrungsmittel- und Papierindustrie. Im Jahre 1970 war das Kapital in über 80 % dieser Unternehmen gemischt aus Anteilen von Einheimischen und Ausländern („Compañías mixtas“), wobei der Anteil des nordamerikanischen Kapitals 90 % betrug²³.

Die Politik der „Substitution der Importe“ und der „Entwicklung einer einheimischen Industrie“, mit deren Hilfe es den großen ausländischen Investoren gelungen ist, unter dem Deckmantel der gemischten Kapitalgesellschaften den ecuadorianischen Markt zu beherrschen, zieht in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht ernste Konsequenzen nach sich, nicht allein infolge der Tatsache, daß die hochentwickelte Technik die schwerwiegenden Probleme der Arbeitslosigkeit und der Unterbeschäftigung noch verschärft und die Entwicklung kleiner und mittlerer einheimischer Industriebetriebe verhindert oder diese sogar in den Bankrott treibt; hinzu kommt noch „die Tendenz zur Konzentration auf eine Konsumgüterindustrie, die einer dünnen Schicht von Privilegierten dient und zum Schaden für die charakteristischen Werte unserer Kultur indirekt extensive Normen und Arten des Konsums schafft“²⁴.

Was den Bereich der politischen Entscheidung betrifft, so gelingt es den industrialisierten Ländern nicht nur, durch die in den gemischten Kapitalgesellschaften realisierte Fusion mit den Interessen der herrschenden Schicht die Mechanismen der technischen und wirtschaftlichen Dependenz aufrecht zu erhalten, sondern das ausländische Kapital ist durch die Eigenschaft „einheimischer“ Gesellschaften, die den gemischten Kapitalgesellschaften zugesprochen werden, nicht mehr nur ein Faktor, der – als offener Imperialismus erkennbar – von außen her Einfluß nimmt. Durch ihre Verflechtung mit der inneren Struktur dienen diese Gesellschaften dem ausländischen Kapital vielmehr als äußerst geeignetes Instrument, um von innen her ihren Einfluß geltend zu machen und die Politik der Regierung zu kontrollieren²⁵. Dies geht so weit, daß eine Regierung sich nur an der Macht halten kann, wenn die Garantie für die Sicherheit der Interessen oben genannter Industriegesellschaften gegeben ist. Die – nicht nur in Ecuador – in den letzten Jahren immer wiederkehrenden Rechtsdiktaturen zur Wahrung von Ruhe und Ordnung können als das geeignetste Mittel zur Erreichung dieses Ziels angesehen werden.

Anläßlich des Erdölbooms²⁶ ist in der jüngsten Vergangenheit eine bisher nicht genau bekannte große Menge ausländischen Kapitals in das Land geflossen. Während die Erdölgesellschaften, welche das Öl fördern und in deren Händen sich die bis jetzt existierenden beiden Raffinerien befinden, fast ausnahmslos ausländischer Herkunft sind (Texaco-Gulf an der Spitze), gibt es eine fieberhafte Welle von Gründungen gemischter Kapitalgesellschaften; so hatte die verarbeitende Industrie eine Wachstumsrate von 11,6 % im Jahre 1970, während 1969 nur 4,9 % und zwischen 1965 – 68 lediglich 2,9 % verzeichnet sind (vgl. Tabelle 6). Somit wird nicht nur das Wirtschaftssystem immer mehr abhängig von den Schwankungen des Weltmarkts und von Entscheidungen, die außerhalb der Einflußsphäre des Staates liegen, sondern es gerät auch die Politik von außen und von innen her in zunehmendem Maße unter die Herrschaft ausländischer Interessen.

4. Der tertiäre Sektor

Nach den Statistiken der „Banco Central del Ecuador“ war der tertiäre Sektor (Handels-, Transport-, Bank- und Versicherungswesen etc.) 1966 mit 42,4 % am Bruttoinlandsprodukt beteiligt²⁷. 26,2 % der Erwerbstätigen sind in diesem Sektor beschäftigt (vgl. Tabelle 3). Was seine Bedeutung für die ecuadorianische Wirtschaft betrifft, so haben wir es hier ebenfalls mit einem für die unterentwickelten Gesellschaften typischen Phänomen zu tun. Das Wachstum des Dienstleistungssektors ist eher ein Index der Unterent-

wicklung als die Folge einer dynamischen allgemeinen Entfaltung der Wirtschaft. In den Industrieländern dagegen bildet der sekundäre Sektor die Grundlage für die Entwicklung des Dienstleistungsbereichs; hier wächst dieser „linear mit der industriellen Produktion in der Weise, daß in den entwickelten Ländern dieses Wachstum die Entwicklung des sekundären Sektors und deswegen die zentrale Dynamik der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung spiegelt“²⁸.

Die Zunahme der Erwerbstätigen in diesem Sektor ist in Ecuador nur Ausdruck der strukturellen Deformation der Wirtschaft. Dies wird um so deutlicher, als das ständige Wachstum in direktem Zusammenhang steht mit der Abwanderung der Landbevölkerung zur Stadt und der Unfähigkeit des Industriesektors, diese neu hinzukommenden Arbeitskräfte zu absorbieren. Die Tatsache, daß sie sich nun an den tertiären Sektor wenden, hat eine Hypertrophie desselben zur Folge.

Das niedrige Bildungsniveau der großen Masse der migrierenden Landbevölkerung – bei den meisten handelt es sich um Analphabeten – erlaubt ihr nur die Ausübung von Tätigkeiten, die innerhalb der wirtschaftlichen Struktur sowohl produktivitätsmäßig als auch in bezug auf den volkswirtschaftlichen Nutzen als marginal zu bezeichnen sind: Losverkäufer, Schuhputzer, fliegende Verkäufer, Gelegenheitsarbeiter etc. Diese Arbeitskräfte tragen nicht oder nur in sehr geringem Maße zur Produktivitätssteigerung in diesem Sektor bei, vergrößern jedoch seine Bedeutung innerhalb der wirtschaftlichen Struktur²⁹.

Die Unterentwicklung des sekundären Sektors findet auch ihren Ausdruck in der Tatsache, daß im Bereich der Dienstleistungen ein wesentlicher Teil der Beschäftigten (vor allem Angestellte) auf den Öffentlichen Dienst entfällt. Nach Mechthild König war von allen Beschäftigten im Dienstleistungsbereich (ohne Handel) ein Drittel im Staatsdienst tätig (vgl. Tabelle 3), von den Angestellten wahrscheinlich fast die Gesamtheit³⁰. Die Angestellten sind die typischen Vertreter der Mittelschichten, und ihre Funktion in der ecuadorianischen Gesellschaft ist rein parasitär. Der Großteil des akademischen Proletariats und andere Gruppen der Mittelschichten, die von der privaten Wirtschaft nicht absorbiert werden können, tragen ständig zur Aufblähung des Staatsapparates und zur weiteren Reduzierung der an sich niedrigen Arbeitsproduktivität im Öffentlichen Dienst bei. Der Staat übernimmt die Funktion der Futterkrippe fast ausschließlich für die Arbeitslosen der Mittelschichten. Wie wir später sehen werden, wirkt sich dies auch direkt auf die politische Struktur aus.

Innerhalb der übrigen Bereiche dieses Sektors, vor allem derer, die zur Bildung seines Produkts entscheidend beitragen, ist ausländisches Kapital aktiv. Der Exporthandel – vor allem mit dem gegenwärtig bedeutendsten Ex-

portartikel Bananen – befindet sich zum größten Teil, der Transport dieser Produkte aber ausschließlich in Händen von ausländischem Kapital³¹. Auch bei den Versicherungsgesellschaften, die als einheimische Unternehmen auftreten, ist die Beteiligung ausländischen Kapitals offensichtlich. Was die Banken betrifft, so handelt es sich bei einem Großteil derselben um ausländische Unternehmen.

5. Schlußbemerkung

Dieser Überblick über einige Probleme der wirtschaftlichen Struktur zeigt uns deutlich, wie schwer es für Ecuador ist, wenn nicht gar unmöglich, unter den gegenwärtigen Bedingungen aus dem Teufelskreis der Unterentwicklung herauszufinden. Wie wir anschließend noch genauer sehen werden, wirken sich diese Probleme auf die soziale und politische Struktur entscheidend aus. Angesichts der Sackgasse der Unterentwicklung, in der sich die ecuadorianische Wirtschaft befindet, zeugt es von unwahrscheinlicher Naivität, anzunehmen, daß der „desarrollismo“, Lieblingskind der Wirtschaftspolitik der herrschenden Schicht, in der Lage ist, auf der Basis einer „Modernisierung“ der Produktionssysteme – sei es nun die Durchführung der „Agrarreform“ oder die „Substitution der Importe“ als Mittel zur Industrialisierung – die Misere und die wirtschaftliche Stagnation im Lande zu überwinden. An die Stelle einer wirtschaftlichen Entwicklung auf der Basis des Exports von ein oder zwei Rohstoffen und der „Substitution der Importe“ sollte eine Strategie treten, welche durch eine fundamentale Veränderung der Wirtschaftsstrukturen sowie die Mobilisierung und Partizipation des menschlichen Potentials im allumfassenden Wirtschaftsprozess der Dependenz vom Kapitalismus entgegentritt. Dies kann nur durch eine adäquate staatliche Planwirtschaft erreicht werden, welche die Deformation der Wirtschaft und die Marginalität des größten Teils der Bevölkerung beseitigt.

Alles scheint darauf hinzuweisen, daß in der gegenwärtigen Situation der wirtschaftliche Aufschwung, den – wie die Herrschenden behaupten – das Erdöl mit sich bringen wird, nicht im geringsten dazu beiträgt, die Dependenz abzubauen und den engen Rahmen der sozialen Transzendenz der Wirtschaftsstruktur zu sprengen. Das Erdöl wird nur dazu dienen, den Teufelskreis der Armut und die sozialen Konflikte noch zu verschärfen. Venezuela ist ein paradigmatisches Beispiel dafür, daß die Ausbeutung des Öls in Händen von ausländischem Kapital keinen wirklichen Prozeß der Kapitalakkumulation erlaubt³², was die erste Voraussetzung für eine sich selbst reproduzierende wirtschaftliche Entwicklung wäre³³. Die Situation

für Ecuador ist in dieser Beziehung noch schwieriger als in Venezuela. Wenn Venezuela 50 % der von den Erdölgesellschaften erzielten Gewinne erhält, so sind es in Ecuador nur 12 %³⁴.

Wenn man neben der Handelsbilanz (vgl. Tabelle 7), die sich auf Grund der Tatsache, daß die Exporte nicht den zur Deckung der Importe nötigen Gewinn abwerfen, ständig im Zustand des „instabilen Gleichgewichts“ befindet, die Zahlungsbilanz der ecuadorianischen Volkswirtschaft berücksichtigt, kommen noch andere Probleme der Unterentwicklung zum Ausdruck, die die strukturelle Abhängigkeit deutlicher zeigen. Die Zahlungsbilanz ist tendenziell zunehmend negativ, und zwar nicht nur deshalb, weil die Handelsbilanz in der Regel einen Passivsaldo aufweist, sondern auch infolge der ständig wachsenden Verschuldung der Wirtschaft. Die Amortisationen an Kapital, hohe Zinsen für Kredite und ausländische Finanzanleihen, die zur Modernisierung der Infrastruktur, zur Zahlung fälliger Kredite und zur Nivellierung des beständigen Haushaltsdefizits aufgenommen werden, haben längst die Kapazität der Volkswirtschaft überschritten. Am Ende des Jahres 1969 beliefen sich die Auslandsschulden Ecuadors auf 211,1 Millionen US Dollar; für Amortisationen und Zinsen für die Auslandsschulden war in diesem Jahr eine Rate von 23,6 Millionen Dollar zu bezahlen, das heißt 14 % des für den Import 1969 freigesetzten Geldes³⁵. Hinzu kommt der Transfer großer Mengen an Gewinnen und Zinsen aus dem nicht nur im Erdöl, sondern auch in anderen Wirtschaftszweigen investierten ausländischen Kapital.

Mit Elena Hochman und Heinz Rudolf Sonntag, denen wir bei dieser Analyse weitgehend gefolgt sind, fassen wir zusammen: Dieser Teufelskreis der Armut der ecuadorianischen Wirtschaft wird fortbestehen, solange die grund-

Tabelle 7

Exporte, Importe und Bilanzen in Ecuador 1969 bis 1971

(in Millionen US-Dollar)

Jahr	Exporte	Importe	Bilanz
1969 ^{a)}	145,4	168,5	– 23,1
1970 ^{a)}	194,0	234,1	– 40,1
Jan./Nov. 1971 ^{b)}	199,3	235,8	– 36,5

Quelle:

- a) Deutsch-Südamerikanische Bank, Kurzbericht über Lateinamerika, Ecuador: Stand Februar 1971 (Nr. 1/71), S. 56.
- b) Deutsch-Südamerikanische Bank, Kurzbericht über Lateinamerika, Ecuador: Stand Februar 1972 (Nr. 1/72), S. 60.

legenden Merkmale der Unterentwicklung der wirtschaftlichen Struktur – Mono- oder Bi-Produktion und strukturelle Abhängigkeit – nicht überwunden sind³⁶.

II · DIE SOZIALE STRUKTUR

1. *Einleitender Exkurs*

Das System der Landbesitzverteilung, mit dem wir uns bereits beschäftigt haben, ist, wie zur Kolonialzeit, auch heute noch der determinierende Faktor für die soziale Struktur in Ecuador. Das Latifundien- oder Haciendasystem, dessen Ursprung in der Kolonialzeit liegt, hat als Fortsetzung der „*Encomienda*“³⁷, dem Instrument der Konquistadoren zur Kontrolle und Ausbeutung der Eingeborenen, eine Reihe besonderer Formen sozialer Interaktion geschaffen. Bei der Hacienda handelt es sich um ein soziales System, in dem die abhängigen Arbeiter und Pächter mit dem Großgrundbesitzer oder seinem Vertreter, dem Verwalter, primär durch ein ökonomisches Abhängigkeitsverhältnis eng verbunden sind, das jedoch durch paternalistische, hochgradig persönliche und auf langer Bekanntschaft beruhende soziale Beziehungen überdeckt wird³⁸. Zu der Funktion, die dem „*Patrón*“ in der Hacienda gegenüber seinen Untergebenen zugeschrieben wird und die sich mit nur wenigen, unerheblichen Variationen in der Stadt wiederfindet, wie wir vor allem in Kapitel III bei der Analyse des ecuadorianischen „*Populismo*“ („*Velasquismo*“) als Modell der politischen Entwicklung der ecuadorianischen Gesellschaft sehen werden, kommt eine Art ethnische Überlagerung hinzu, die für die Analyse der sozialen Struktur im Lande eine besondere Bedeutung hat.

Wenn schon zur Kolonialzeit zwischen den Kulturen der Spanier und der Indios kein enger sozialer Kontakt existierte und als Resultat die ethnische Überlagerung zu einer Art Kastensystem führte, so steht man heute vor zwei streng getrennten hierarchischen Ordnungen, nämlich den „*Weiß*en“ einerseits, welche die Dominanz der Eroberer und ihren Lebensstil, ihre Verhaltensweise und ihr Wertsystem (Verachtung Farbiger, vor allem der Indios, und manueller Arbeit, humanistische Ausbildung, große und luxuriöse Konsumansprüche etc.) der Gesellschaft im sozialen, ökonomischen, kulturellen und politischen Bereich aufprägen, und der großen Mehrheit der Bevölkerung andererseits, die sich aus Mestizen, Negeren, Indios, Mulatten etc. zusammensetzt. Obwohl anerkannt werden muß, daß im Verlauf des 20. Jahrhunderts mit dem Aufstieg der Mittelschichten und der Urbanisierung die ursprüng-

liche Starrheit der sozialen Struktur etwas gelockert wurde und nicht von einem offenen Rassismus gesprochen werden kann, bleiben doch die Rasse und das Wertsystem der Weißen wichtigste Faktoren bei der Analyse sozialer Positionen in der ecuadorianischen Gesellschaft, „zumal die Zugehörigkeit zur Gruppe der Weißen noch heute das Eigentum an den Produktionsmitteln – besonders Grund und Boden – sowie die Ausübung der höchsten Staatsämter und demzufolge wirtschaftliche, kulturelle und politische Macht bedeuten“³⁹.

Wenn wir bei der Analyse der sozialen Struktur die Unterteilung der Gesellschaft nach dem klassisch statischen Modell Oberschicht-Mittelschicht-Unterschicht vornehmen, springt zunächst ins Auge, daß sich diese Gliederung mit der ethnologischen kulturellen Heterogenität deckt: oben die kleine herrschende Schicht, die sich als weiß betrachtet, und unten die Unterschicht, zu der vier Fünftel der Bevölkerung gehören (Mestizen, Indios, Schwarze, Mulatten etc.). Die folgende Tabelle zeigt dies deutlich.

Tabelle 8

Die sozio-ökonomischen Schichten in Ecuador

(nach der Volkszählung von 1950)

Bevölkerung	Unterschicht		Mittelschicht		Oberschicht	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Stadt	1 139 856	35,59	428 729	13,39	28 072	0,88
Land	1 361 953	42,52	234 440	7,32	9 593	0,30
Insgesamt	2 501 809	78,11	662 939	20,71	37 665	1,18

Quelle: Reinaldo Torres Caicedo, *Los Estratos Socioeconómicos del Ecuador*, Junta de Planificación, Quito 1960, S. 28; bei Oswaldo Hurtado (INEDES): *Dos Mundos . . .*, a. a. O., S. 176.

Nach dieser knappen, aber unerläßlichen Einführung werden wir im folgenden die Probleme der sozialen Struktur vor allem in Hinblick auf die politische Haltung der „Schichten“ kurz beleuchten.

2. Die Unterschicht

Wie aus der vorhergehenden Tabelle ersichtlich, beträgt der Anteil der Unterschicht an der Gesamtheit der Gesellschaft rund 80 %. Sie zerfällt in zwei Teile: die ländliche und die städtische Unterschicht.

a) Die ländliche Unterschicht macht mehr als die Hälfte der gesamten Unterschicht aus (vgl. Tabelle 8). Zu ihm gehören die Landarbeiter verschiedener Abhängigkeitsverhältnisse zum „Patrón“ („huasipungero“ und „arri-mado“ in der Sierra, „finquero“ oder „sebrador“ an der Küste, etc.) und die Minifundienbesitzer. Das vorherrschende Element in der Sierra sind die Eingeborenen oder Indios (etwa 40 % der Gesamtbevölkerung). Die katholische Kirche spielt hier eine wichtige Rolle, und ihre „geistige Mission“ hat dazu beigetragen, diese Gruppen in einer fatalistischen Haltung der Resignation und der Unterprivilegierung gegenüber der Ausbeutung und Unterdrückung durch die herrschende weiße Schicht zu halten. Ein deutscher Journalist äußerte sich einmal über die Indios in Peru, wo eine ähnliche Lage besteht wie in Ecuador: „Die Eingeborenen sind nicht einmal Untertanen, sie sind lediglich vorhanden“⁴⁰.

Das mehrheitliche Element an der Küste sind die Mestizen und in einigen, aber sehr kleinen Gebieten Neger und Mulatten. In dieser Region lebt die Mehrzahl der Lohnarbeiter, da die Produktion der Latifundien hier auf den Export gerichtet ist; sie machen jedoch nur einen kleinen Teil der ländlichen Unterschicht aus.

Wenn man von der Situation der Gesamtheit der ecuadorianischen Gesellschaft ausgeht, ist festzustellen, daß es sich bei der ländlichen Unterschicht um eine rein marginale Bevölkerung handelt. Sie hat am Zustandekommen des Bruttosozialprodukts keinen oder nur einen geringen Anteil. Die Partizipation am politischen Prozeß seitens jener Gruppen, die mit Mühe und Not lesen und schreiben können und daher nach dem Gesetz zur Wahl zugelassen werden, beschränkt sich auf die gehorsame Befolgung der Anweisungen des „Patrón“ oder des Ortspfarrers.

b) Die städtische Unterschicht umfaßt Handwerker, Industriearbeiter, Teile aus den untersten Rängen der Angestelltenhierarchie und des Militärs, Arbeiter in Handel und Verkehr und schließlich die große Masse der Ungelernten, die dem Dienstleistungsbereich angehören, meist aber arbeitslos oder nur Gelegenheitsarbeiter sind, und die das große Heer der marginalen Bevölkerung in den Städten bilden.

An der Spitze der oberen Ränge in der städtischen Unterschicht stehen die Industriearbeiter. Besonders Arbeiter in ausländischen Unternehmen sind überprivilegiert und können ihrem Einkommen nach schon das Niveau großer Teile der Mittelschicht erreichen. Sie stellen den kleinsten Teil der städtischen Unterschicht. „Ihre Verhaltensformen und ihr Wertsystem sind im Sinne der kapitalistischen Verfassung ‚rational‘ und ‚modern‘. Ihre Interessen sind objektiv mehr mit denen der Arbeiter in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften, vor allem den USA, zu vergleichen als mit denen der Klasse, zu der sie in der eigenen Gesellschaft gehören“⁴¹.

Zu dieser kleinen Gruppe gehören noch die Arbeiter, die in dem intern kapitalistischen System der Industrie beschäftigt sind und die, mit Ausnahme kleiner Unterschiede in ihrem Einkommen und ihrer sozialen Sicherheit, ebenfalls zur ecuadorianischen „Arbeiteraristokratie“ gerechnet werden müssen. Wie wir bei der Behandlung der Gewerkschaften später noch sehen werden (vgl. Kapitel V), gehören die überprivilegierten Gruppen der Industriearbeiter im allgemeinen Gewerkschaften an, die politisch und finanziell von den USA beeinflußt sind.

Die Tatsache, daß die politische Haltung der ecuadorianischen Arbeiterschaft, und besonders der Industriearbeiter, einen rein reformistischen Charakter hat und sich kein auf der Erkenntnis der Identität der Interessen beruhendes Klassenbewußtsein entwickeln konnte – was zum Beispiel bei der europäischen Arbeiterschaft des 19. Jahrhunderts der Fall war –, muß im Zusammenhang mit einer Reihe von Faktoren gesehen werden, die nichts anderes als die Situation der Unterentwicklung und die wirtschaftliche und politische Abhängigkeit widerspiegeln, in der sich das Land befindet. Ihre politischen Aktionen werden lediglich von „Caudillos“ oder Demagogen oder von Gewerkschaften aufgefangen, die kein Instrument sozialer Revolution, sondern vielmehr Organisationen sind, die zwar materielle Vorteile verschaffen, aber die Legitimität des Herrschaftsverhältnisses unangetastet lassen. Unter den wichtigsten dieser Faktoren können folgende genannt werden:

1. Bei der ecuadorianischen Arbeiterschaft handelt es sich nicht um festgefügte, städtisch-industrielle Gruppen. Die soziale Herkunft des überwiegenden Teiles der Arbeiter bestimmt noch ihr politisches Bewußtsein.
2. Eine Integration von Individuen mit einer traditionell-agrarischen Kultur in eine industrielle Gesellschaft findet nicht statt. Im Gegenteil, das Fehlen industrieller Arbeitsplätze macht die Zahl der arbeitslosen Landflüchtigen überwältigend groß. Die Folge zeigt sich einerseits im Wachstum weiterer Kreise der marginalen Bevölkerung in den Städten (Elendsviertel) und andererseits in der Verteidigung der Privilegien seitens der in der Stadt aufgewachsenen Industriearbeiter, die mit allen Mitteln zu verhindern versuchen, daß sie arbeitslos oder von den großen Gruppen der migrierten Bevölkerung ersetzt oder überstimmt werden.
3. Obwohl die Parteien wie die Gewerkschaften vor allem nach dem Ersten Weltkrieg und noch mehr seit der Weltwirtschaftskrise 1929, also seit der Zeit, in der die Sozialistische, die Kommunistische Partei und der „Velasquismo“ auftauchten, den Weg für eine relative und schrittweise Partizipation der Arbeiter am politischen Willensbildungsprozeß freigemacht haben, nehmen sie angesichts des paternalistischen Autoritätsverhältnisses im Haciendasystem nur den Platz eines Surrogats ein. Andererseits verhindert die von

den Parteien oder den Gewerkschaften den kleinen, im ökonomisch-sozialen System integrierten Arbeitergruppen vermittelte soziale Sicherheit, die rein reformistische und systemkonforme Züge trägt, die Abwendung des städtischen Arbeiters von den herrschenden politischen Verhältnissen und damit den Kampf um soziale und politische Emanzipation.

3. Die Mittelschicht

Über den Prozentsatz der zur Mittelschicht zählenden Bevölkerung – in der Literatur oft auch „Kleinbourgeoisie“ genannt – gibt es nicht nur in Ecuador, sondern auch in den anderen lateinamerikanischen Ländern widersprüchliche Angaben. Der Widerspruch ergibt sich daraus, daß die Begriffsbestimmung der „Mittelklasse“ Zweideutigkeiten enthält. Wie Stavenhagen meint, wird darunter einerseits die Schicht der Bevölkerung verstanden, die sich zwischen den beiden Extremen der sozialen Pyramide befindet und in ökonomischer Hinsicht über mittlere Einkommen verfügt. In diesem Fall handelt es sich nur um eine statische Gruppe, nicht um eine soziale Klasse. Andererseits wird der Begriff auf Personen angewandt, die einen bestimmten Beruf im Tertiärsektor der Wirtschaftsstruktur ausüben und vor allem in urbanen Sektoren zu finden sind: Angestellte, Bürokraten, Händler und Freie Berufe. Diese Begriffsbestimmung trifft also teilweise auf jene sozialen Gruppen zu, die nicht zur traditionellen lateinamerikanischen Gesellschaftsstruktur gehören. Die Eigenschaften und Grenzen der „Mittelklasse“ werden somit so verworren definiert, daß die gesamte städtische Bevölkerung als solche, nämlich als nicht zur traditionellen Struktur passend, betrachtet werden könnte⁴².

Was Ecuador betrifft, so gehören (vgl. Tabelle 8) 20,71 % der Bevölkerung der Mittelschicht an; 7,32 % davon zählen zum ländlichen Bereich. Daß die letztere Zahl wie auch der Prozentsatz der Mittelschichten im allgemeinen nur unter Vorbehalt genannt werden können, zeigt Mechthild König⁴³ in ihrer Arbeit über die Mittelschichten in Ecuador. In Anlehnung an eine Studie von Gino Germani gibt sie für das Jahr 1962 den Anteil der Mittelschichten an der erwerbstätigen Bevölkerung mit 10 % an, wobei bemerkt werden muß, daß ihrer Meinung nach eine bäuerliche Mittelschicht praktisch nicht vorhanden ist. Andererseits muß darauf hingewiesen werden, daß die in der Tabelle genannten 20,71 % in keiner Weise eine homogene Gruppe bilden. Die Mittelschicht ist vielmehr gekennzeichnet von sehr heterogener sozialer Herkunft, großer kultureller Spaltung und Unterschieden in Höhe und Quelle des Einkommens, was wiederum die Entwicklung eines starken Identitätsbewußtseins verhindert hat. Ihr Wertsystem und Verhaltensmuster orientiert sich absolut an dem der traditionellen Oberschicht.

Wenn man von den beiden objektiven Hauptkriterien für den Mittelschichtstatus, einem gehobenen Einkommen und einer längeren, humanistisch ausgerichteten Schulbildung, ausgeht, korrelieren diese nicht hoch, so daß es innerhalb dieser Schicht erhebliche Statusinkonsistenzen gibt. Diese Problematik kann auf Grund folgender Einteilung in drei Hauptgruppen gesehen werden:

a) Die untere Mittelschicht

Sie rekrutiert sich hauptsächlich aus früheren Angehörigen der Unterschicht und besteht aus hochqualifizierten Arbeitern, kleinen Angestellten, kleinen selbständigen Händlern und anderen. Einkommensniveau und Berufsausbildung trennen diese Gruppen in ihrem Bewußtsein von der Unterschicht; ihr Lebensstil ist jedoch lange nicht so verfeinert wie der der mittleren und oberen Mittelschicht. Ihre Zugehörigkeit zur Mittelschicht ist äußerst zweifelhaft, zumal deren Hauptmerkmal in Ecuador und in ganz Lateinamerika noch immer die aristokratische Verachtung manueller Arbeit ist und gerade diese die Haupteinnahmequelle für die genannten Gruppen darstellt⁴⁴.

b) Die mittlere Mittelschicht

Sie setzt sich zusammen aus Staatsbeamten, Angestellten mit mittleren Einkommen, Akademikern im allgemeinen und anderen. Was sie hauptsächlich von der unteren Mittelschicht unterscheidet, sind ihre gute Erziehung und ihre gehobenen Konsumansprüche, die sich nach der Ober- und der oberen Mittelschicht richten. Gleichzeitig besteht jedoch eine gewaltige Diskrepanz zwischen niedrigem Einkommen und der dekorativen Notwendigkeit einer „standesgemäßen“ Lebenshaltung⁴⁵. Die daraus resultierende Statusinkonsistenz führt zu einer verbreiteten Statusunsicherheit dieser Schicht.

c) Die obere Mittelschicht

Zu dieser Gruppe gehören die Offiziere mittlerer Ränge, der einfache Klerus, „glückliche“ Akademiker, die auf Grund ihres „erarbeiteten“ Reichtums in diesen Stand gelangt sind, Bürokraten in relevanten Positionen, mittlere Landbesitzer, Industrielle und Kaufleute und andere. Manchmal fehlt in diesen Gruppen nur ein Spritzer „blaues Blut“, ein besserer, traditionsreicher Familienname, um zur Oberschicht gezählt zu werden. Zusammen mit der mittleren Mittelschicht und der Oberschicht bilden sie fast die gesamten 10 % der in Ecuador geschätzten weißen Bevölkerung. Auch bei

dieser Gruppe zeigt sich eine ähnliche Diskrepanz zwischen Konsumwünschen und finanzieller Möglichkeit, wenngleich auf einem höheren Niveau als im vorgenannten Falle. Diese Gruppe versucht den luxuriösen Lebensstil der Oberschicht gewissenhaft nachzuahmen.

„Caught between low incomes and high standards of consumption modeled after those of the upper class, the middle class is forced to devote a large part of its income to items of high display value such as fashionable apartments, stylish clothing, and greatly overpriced automobiles. Thus, in contrast to the middle classes of other world areas, the Latin American metropolitan middle class appears not to have developed an emphasis on savings nor as yet to have a distinctive „middle class ideology“⁴⁶.“

Die Bedeutung der Mittelschichten im Prozeß der politischen Entwicklung wird sehr unterschiedlich beurteilt. Stavenhagen spricht davon, daß die Bezeichnung „Mittelklasse“ nur ein beschönigender Ausdruck für den Begriff „herrschende Klasse“ ist⁴⁷. Andererseits wird ihr von vielen Sozialwissenschaftlern eine Modernisierungsfunktion zugeschrieben. Der beschleunigte Urbanisierungsprozeß fördere diese inmanente Funktion, zumal die Mittelschicht ein Produkt des sozialen und wirtschaftlichen Wandels darstelle, der sich im Laufe des 20. Jahrhunderts in Lateinamerika in unterschiedlichem Ausmaß vollzieht⁴⁸. Untersuchungen auf diesem Gebiet führen jedoch zu einem gegenteiligen Ergebnis. Hoselitz zeigt zum Beispiel auf, daß die Entwicklung in jenen Ländern, die eine breite Mittelschicht aufweisen, noch langsamer vor sich geht⁴⁹.

Wie wir bei der Behandlung des „Velasquismo“ in Kapitel III noch sehen werden, erlaubt es die Entwicklung der Mittelschichten aus marginalen Elementen zu Anfang dieses Jahrhunderts zum determinierenden Faktor des politischen Lebens – vor allem seit dem Zeitpunkt der Integration in das soziale System nach dem Zweiten Weltkrieg – nicht, daß diese in Ecuador als modernisierende Kräfte bezeichnet werden: sie sind vielmehr rein restaurativ. Wenn sich also die aus ihnen hervorgehenden politischen Eliten in den ersten Zeiten auch durch reformistische und sogar revolutionäre Ideen charakterisierten (in der Theorie erscheinen die Programme der neu gegründeten Sozialistischen und der Kommunistischen Partei durchaus revolutionär), wird doch die wirkliche Integration der Mittelschichten in den „Velasquismo“, das Sammelbecken aller Linksparteien und modernisierenden Ideen, nichts anderes bedeuten als die Erlangung von Privilegien und die Schaffung eines neuen Gleichgewichts unter Berücksichtigung ihrer Interessen im politischen System, auch wenn sie die Abschaffung der Verfügungsgewalt der beiden traditionellen Cliquen über die politischen Institutionen anstreben und erreichen; denn zu sehr ist der „Velasquismo“ von Bündnissen mit den traditionellen liberalen und konservativen Oligarchien geprägt. Die

Mittelschicht ist dabei nicht an demokratische Formen gebunden, für die sie dem Anschein nach gekämpft hatte, sondern neigt vielmehr um der Aufrechterhaltung erreichter Privilegien willen zum „golpismo“ oder zur Anwendung des Putsches als ultima ratio, wenn sie ihre Interessen von einer ultra-reaktionären oder einer „zu weit“ nach links neigenden Regierung bedroht sieht. Beide Extreme liegen nicht im Interesse einer sich als modernisierend ausgebenden Elite. Ihr bestes Instrument ist das Militär, zumal es seiner sozialen Herkunft nach eng mit ihr verbunden ist.

Die Mittelschichten waren und sind der beste Motor für die Prinzipien der „Allianz für den Fortschritt“. Der Reformismus, den ihre technokratischen Eliten vor allem in der Wirtschaftspolitik des „Desarrollismo“ zur Schau tragen, ändert in Wirklichkeit nichts an den bestehenden Strukturen, sondern verschlimmert die Situation, wie wir schon bei der Analyse der Wirtschaftsstrukturen feststellen konnten. Die Angehörigen der Mittelschicht sind diejenigen, die – abgesehen von den ausländischen Gesellschaften und der Oberschicht – von der Situation der Unterentwicklung am meisten profitieren. Die Bezeichnung „nationale Bourgeoisie“, unter der oft ihre wahre Funktion verschleiert wird, spricht der Realität Hohn, da die Mittelschicht als beste Vertreterin oder Verbündete des internationalen Kapitalismus auftritt⁵⁰. In diesem Sinn müssen jedoch einige Einschränkungen gemacht werden. Die Situation eben dieser Dependenz, in der sie sich befindet, und ihre heterogene Zusammensetzung haben zur Folge, daß sie als „einheitlicher Block“ in Wirklichkeit besonders inkonsistent und krisenanfällig ist. Vor allem die Elemente der unteren und Teile der mittleren Mittelschicht, die oft am Rande der Verarmung leben, wenn die Konjunktur nicht günstig ist, stellen ein disponibles politisches Potential dar, welches leicht gegen die „eigene Klasse“ zu mobilisieren ist und für eine wirkliche künftige politische Modernisierung den nutzbaren und „revolutionären“ Sektor der „Klasse“ bilden könnte.

4. Die Oberschicht

Sie umfaßt die Großgrundbesitzer der Sierra und der Küste, die Import- und Export-Großbourgeoisie, Industrielle, Bankiers, die Spitze der kirchlichen Hierarchie und die hohen Offiziere der Armee. Trotz ihrer äußerst geringen Zahl – nach Torres Caicedo 1,18 % der Gesamtbevölkerung (vgl. Tabelle 8) besitzt die Oberschicht eine außerordentlich große Macht. Das Haciendasystem als Grundlage des wirtschaftlichen und politischen Lebens bildet noch immer die Basis ihrer Herrschaft.

Während des 19. Jahrhunderts und im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts

drehte sich die Politik des Landes um den zeitweise blutigen Kampf zwischen den beiden Hauptregionen Ecuadors, der Sierra und der Costa, beziehungsweise zwischen den beiden traditionellen Gruppen der Oligarchie, die in der Politik den Namen Konservative und Liberale Partei annahmen. Beide Parteien verbergen ihren rein oligarchischen Charakter unter dem Deckmantel europäischer politischer Ideologien, welche ihnen dem Namen nach als Leitbild dienen. In Wirklichkeit besteht der Unterschied zwischen Liberalen und Konservativen lediglich darin, daß „die einen um 10, die anderen um 12 Uhr zur Messe gehen“⁵¹ – um die kolumbianische Redensweise zu gebrauchen, die dort ebenfalls auf die Parteien der Konservativen und Liberalen angewandt wird, welche sowohl in ihrer geschichtlichen Entwicklung als auch in der Gegenwart eine große Ähnlichkeit mit ihren ecuadorianischen Pendants aufweisen.

Mit dem Beginn der Partizipation seitens der Mittelschicht und gewisser Gruppen der Unterschicht am politischen Prozeß seit dem 1. Drittel des 20. Jahrhunderts wird das Monopol der traditionellen Oberschicht auf die Institutionen des Staates durchbrochen, „ohne daß dies jedoch, nebenbei bemerkt, den Tod der oligarchischen Geisteshaltung bedeuten würde, die sich in Hochmut, Abscheu gegen Handarbeit, (luxuriösen Konsumansprüchen), Verachtung der Indios, und der Überzeugung ausdrückt, zu einer auserwählten Minderheit zu gehören. Diese vom spanischen Paternalismus ererbten Eigenschaften leben in den neuen, aus den Mittelschichten hervorgegangenen Eliten weiter“⁵².

Bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges war es typisch für das Verhalten der liberalen und konservativen Oligarchien, daß sie aus Furcht vor dem Entstehen einer Arbeiterklasse, die ihre Privilegien in bezug auf die Kontrolle des Staates hätte in Gefahr bringen können, die Industrialisierung nicht vorangetrieben haben⁵³. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg, vor allem seit den 50er Jahren, läuft sowohl bei den Großgrundbesitzern der Küste, das heißt bei der liberalen Export-Oligarchie, als auch denen der Sierra ein Adaptationsprozeß, „der darauf abzielt, die importierten Werte des ‚rationalen‘ Kapitalismus mit der eigenen Überlieferung zu verknüpfen“⁵⁴. Auf wirtschaftlichem Gebiet verflochten sich beide Oligarchien auf der Basis der neu eingeführten Wirtschaftspolitik des „Desarrollismo“ noch enger mit dem ausländischen Kapital und gründeten im Zeichen der „Substitution der Importe“ kleine Konsumgüterindustrien. In der Politik neigen sie zur Anwendung populistischer Methoden zur Manipulierung der Massen. Konservative und Liberale geben sich nicht mehr als rein elitäre Gruppierungen, sondern versuchen als „Parteien des Volkes“ aufzutreten. Zusammen mit den Mittelschichten, sei es über den „Velasquismo“, ihre eigenen traditionellen Parteien oder militärische „Pronunciamientos“, gelingt es der Ober-

schicht, sich die Schlüsselpositionen im Staate zu erhalten. Im Zeichen der Adaptation an den „rationalen“ Kapitalismus und trotz der Aufrechterhaltung des Rassismus als psychologischer Konstante und im Glauben daran, daß ihre Mitglieder von den Konquistadoren abstammen und deshalb das Recht zur paternalistischen Herrschaft über die restliche Bevölkerung für sich in Anspruch nehmen können⁵⁵, ist die Oberschicht außerdem gezwungen, aus Gründen der politischen Taktik die aufstrebenden Gruppen der Mittelschichten, vor allem die Militärs der oberen Ränge, in ihren Kreisen zu akzeptieren, ebenso wie bestimmte Gruppen, die sie aus rassistischen Motiven heraus nicht als gleichwertig ansieht, an deren wirtschaftlicher Macht sie jedoch nicht vorbeigehen kann. Bei den letzteren handelt es sich um die Nachkommen arabischer Einwanderer, die durch Handel zu großem Reichtum gelangt sind und meist durch Heirat in der Oberschicht Aufnahme gefunden haben⁵⁶.

KAPITEL II: PARTEIEN UND POLITISCHE UNTERENTWICKLUNG

Mit diesem Kapitel wird versucht, die Funktionen der Parteien – soweit eine solche Bezeichnung angesichts der Realität der Funktionen bei den Parteien Ecuadors überhaupt zulässig ist – im Hinblick auf die sozio-ökonomischen Hintergründe aufzuzeigen, die sich direkt und dysfunktionell auf die Parteien auswirken und von vornherein verhindern, daß struktureller Wandel der Gesellschaft als Konsequenz einer von den Parteien vorangetriebenen oder beeinflussten politischen Umwälzung stattfinden kann. Wir gehen von folgender Prämisse aus:

„The operation of Ecuadorian political process reflects, in large part, the state of political integration of the society. Political parties tend to function in ways expressing the class systems, the political regionalism, and the rural-urban divisions which are fundamentally representative of Ecuadorian national life¹.“

Nachdem wir die Realität des Parteiensystems als untergeordnete Struktur des politischen Systems kurz skizziert haben, werden wir die Rolle der Parteien in bezug auf die nationale Integration, die Überwindung des gesellschaftlichen Status quo und die Transzendenz von Ideologien untersuchen.

I · ZUR REALITÄT DES PARTEIENSYSTEMS

Unter den vielen Versuchen einer Analyse lateinamerikanischer Parteiensysteme verdient der von Robert Scott², obwohl er als Nordamerikaner den Einfluß des externen Faktors bei der Entwicklung der lateinamerikanischen Parteien außer acht läßt, besondere Anerkennung, da er in seiner Arbeit nicht nur vor der Anwendung voreiliger und unreflektierter konventioneller Typologien warnt, sondern auf die Tatsache hinweist, daß in einem aus traditionellen Parteien zusammengesetzten System die beständige Veränderung der Parteifunktionen keine konsistente Klassifizierung erlaubt. Nach Scott ist der politische Prozeß in Lateinamerika nicht in erster Linie von den durch Parteiensysteme ausgeübten Hilfsfunktionen abhängig, son-

dern vor allem von anderen Machtstrukturen des politischen Systems, wie zum Beispiel vom Militär und sogenannten „privaten Regierungen“ (Industrie- und Handelskammern, Bankgesellschaften etc.), die die Funktion und Aktivität der Parteien bestimmen und beschränken. Nur wenn wir uns diesen wirklichen Machtfaktoren zuwendeten, könne die eigentliche Art der jeweils in einem Lande operierenden Parteien und Parteiensysteme untersucht werden. Scott versucht in Anlehnung an die von LaPalombara und Myron Weiner aufgestellte Klassifikation für „competitive party systems“³, eine Einteilung von Parteiensystemen zwanzig lateinamerikanischer Länder anzubieten, bemerkt aber, daß nur sechs dieser Systeme in der Art ihrer politischen Funktion als „consistent“ bezeichnet werden könnten. Seine Einteilung ergibt folgendes Bild:

a) „One party system“:

autoritäre – Kuba und Paraguay,

pragmatisch-pluralistisch – Mexiko.

b) „Competitive party systems“ („turnover types“):

Zweiparteiensystem – Uruguay,

Mehrparteiensystem – Costa Rica, Chile.

c) Die anderen 14 Länder, darunter *Ecuador*, schwanken zwischen pluralistisch-kompetitivem System und unterdrückter Parteiaktivität, wobei in beiden Fällen das *Militär* einen übergeordneten Machtfaktor darstellt.

Nach Scotts Meinung sei Mexiko das einzige Land mit einem modernisierenden Parteiensystem, das als Mechanismus für eine expansive und integrierende Politik angesehen werden könne. Paraguay werde nur als „consistent“ klassifiziert, weil die dortige – zwar im Namen einer Partei herrschende – Diktatur konstant ihrer Funktion der Beibehaltung des Status quo nachkomme; unseres Erachtens könnte man jedoch genauso gut behaupten, daß es sich um einen analogen Fall zu Ländern wie zum Beispiel Haiti handelt, wo das Existieren eines Parteiensystems von vornherein verneint werden kann. In dieser Hinsicht kann Paraguay auch auf keinen Fall auf eine Ebene mit Kuba gebracht werden. Bei den Systemen in Uruguay, Costa Rica und Chile⁴ kann man – Scott selbst weist darauf hin – weder von pluralistischen noch kompetitiven Modellen im Sinne westlicher Parteiensysteme sprechen. In allen drei Fällen gibt es politischen Wettbewerb, der sich auf eine beschränkte Sphäre von Fragen bezieht, nur innerhalb der traditionellen Parteien, die darüber hinaus nur die Interessen der Oberschicht repräsentieren. Ein Wechsel in der Regierung bedeutet somit eigentlich keine neue Orientierung der Politik, und deshalb kann die Bezeichnung „turnover“ nur mit Vorbehalt gegeben werden.

Die Zuordnung Ecuadors zur dritten Gruppe erscheint uns sehr berechtigt. Die Parteien, die bis heute in dem politischen System operieren, sind weder

in der Lage gewesen, sich effektiv für die Gestaltung einer national-integrierenden Entwicklungspolitik einzusetzen, noch zeigten sie sich imstande, eine eigene Entwicklungsideologie als politische Strategie zur Veränderung des gesellschaftlichen Status quo zu schaffen. Keine Partei kann von sich behaupten, daß sie breite Massen des Volkes repräsentiert und deren Wünsche und Forderungen artikuliert. Sie treten nur unmittelbar vor Wahlen in Erscheinung und rechnen mit der Unterstützung derjenigen, die sie zu einer sporadischen und manipulierten Partizipation verführen⁵. Die Konstellation von personalistischen Parteien, die das Parteiensystem bilden, stellt, wie Blanksten richtig konstatiert, ein Paradoxon dar:

„The Ecuadorian party system sidesteps the familiar dichotomy of biparty and multiparty systems. It may be said with equal truth, depending on the emphasis adopted, that both bi-party and multi-party systems exist in Ecuador, or that neither of those systems exists⁶.“

Velasco Ibarra, der Demagoge, der an der Spitze seiner caudillistischen Bewegung „El Velasquismo“ („Federación Nacional Velasquista“) während der letzten vierzig Jahre das politische Leben Ecuadors in seiner Länge und Breite beherrschte, läßt keine Gelegenheit ungenutzt verstreichen, um seiner tiefen Verachtung gegenüber den politischen Parteien des Landes Ausdruck zu verleihen. Über die Liberalen zum Beispiel schreibt er: „In Ecuador gibt es weder einen Liberalismus noch eine liberale Partei. Es gibt pseudo-liberale Faktionen. Sie nennen sich liberal um des Namens willen, ihre Handlungsweise ist aber niederträchtig in jeder Beziehung. Mit gutem Gewissen und um der Wahrheit die Ehre zu geben, nenne ich sie daher liberale Faktionen⁷.“

Und mit dem Hinweis auf die übrigen Parteien und das Nichtexistieren von originellen Ideologien sagt er: „In Ecuador gibt es keine einzige politische Partei, kein einziges politisches Programm und keine doktrinaire Schule, die diesen Namen verdienten⁸.“ Auf Grund seiner eigenen politischen Erfahrungen muß Velasco die Intrigen und Manipulationen der „Ehrgeizigen und Ruhmsüchtigen“ in den politischen Parteien aller Schattierungen gründlich kennen.

In der Tat, Velasco übertreibt nicht. Die Regierungsform einer konstitutionellen Demokratie, die auf einem Parteiensystem beruht, hatte es in Ecuador bisher nicht gegeben. Es können bis heute lediglich zwei Regierungsformen festgestellt werden:

1. Die sogenannte repräsentative Demokratie, welche von den Oligarchien getragen wird und von deren Vorteilen nur eine Minorität, nämlich die Ober- und Mittelschicht, profitiert, während die Landbevölkerung, das städtische Proletariat und die sogenannten „marginados“ oder Entwurzelten,

die am Rande der Gesellschaft dahinvegetieren, und das sind ungefähr vier Fünftel der Bevölkerung, ausgeschlossen sind⁹.

2. Die Diktatur, an deren Spitze in der Regel ein Militär beziehungsweise eine „Junta Militar de Gobierno“ oder ein ziviler, aber von den Militärs eingesetzter Diktator stehen. Die Regierungsform der Diktatur ist in der ecuadorianischen politischen Tradition tief verwurzelt und wird von den dominierenden Cliquen offen oder verschleiert unterstützt, heutzutage unter dem Vorwand, daß die Institutionen der Nation kommunistisch unterwandert sind und Freiheit und Rechte, die das System der repräsentativen Demokratie anbietet, anarchisch mißbraucht werden¹⁰.

Die Entartung einer funktionierenden repräsentativen Demokratie angelsächsischer Prägung äußert sich am deutlichsten in der übergeordneten Rolle der Armee, der einzigen organisierten politischen Kraft, die als bewaffnete Partei den politischen Prozeß bestimmt und kontrolliert, sei es in Form eines Vetorechts gegenüber einer zivilen Regierung, sei es durch direkte Intervention mittels „Pronunciamientos“¹¹. Selbst in dem im Auftrag Präsident Nixons 1969 verfaßten Rockefeller-Bericht, der sich mit den Kräften des Wandels innerhalb einer „friedlichen und demokratischen Entwicklung“ beschäftigt, werden die Parteien als Modernisierungsinstrumente völlig totgeschwiegen. Im Gegensatz dazu stellt der Bericht klar und deutlich fest, daß sich die Politik des guten Nachbarn USA in Lateinamerika neu orientieren müsse, und zwar in bezug auf ihr Verhältnis zu den „Kräften des Wandels“ innerhalb der lateinamerikanischen politischen Systeme, wobei das Militär als Haupttriebkraft für einen konstruktiven Wandel der Gesellschaft betrachtet wird¹². In diesem Zusammenhang darf die Meinung des Generalsekretärs der OAS, des Großgrundbesitzers und ehemaligen Präsidenten von Ecuador, Galo Plaza, zitiert werden, der in einem Interview erklärte, daß „das geringe staatsbürgerliche Niveau und ungeeignete politische Strukturen demokratische Regierungsmethoden verhindern, so daß Militärregimes ein normales Phänomen darstellen“¹³.

II · PARTEIEN UND NATIONALE DESINTEGRATION

Das letzte „Pronunciamiento“ vom 15. Februar 1972, durch das der 1968 zum fünften Male „demokratisch“ gewählte und am 22. Juni 1970 von der Armee als Diktator eingesetzte Präsident Velasco Ibarra wieder abgesetzt wurde, kann nicht nur als Symptom einer gegenwärtigen Krise interpretiert werden, sondern vielmehr als ein Beweis der Unfähigkeit eines anachronistischen politischen Systems, das in etwa 150 Jahren uneinge-

schränkter Herrschaft nicht in der Lage gewesen ist, die Probleme der Unterentwicklung zu bewältigen. Die Tatsache, daß die Oligarchie nicht fähig oder nicht gewillt ist, ein politisches System zu schaffen, das geeignet wäre, eine beschleunigte soziale Entwicklung zum Wohle der Mehrheit zu erreichen, sondern daß vielmehr das dysfunktionelle Agieren der Parteien im politischen System wie auch die chronische politische Instabilität Ausdruck der politischen Desintegration der heutigen Gesellschaft sind, steht im Zusammenhang mit einer Reihe von sozio-ökonomischen Faktoren, die wir im folgenden analysieren. Von besonderer Wichtigkeit für das Verständnis dieser Analyse ist ein historischer Einblick in die politische Entwicklung des Landes.

1. Die politische Befreiung

Die vielgepriesenen Unabhängigkeitskriege der kreolischen Oberschicht Ecuadors waren nur die Karikatur einer revolutionären Umstrukturierung der sozialen Verhältnisse, im Grunde genommen nur Kriege der einheimischen Großgrundbesitzer gegen ihren Feudalherrn, den König von Spanien. Die Emanzipation war ihrem Wesen nach eine ausschließlich politische Bewegung und beschränkte sich auf die Amputation des Hauptes der gesellschaftlichen Ordnung. Die Kolonialherren blieben jedoch im Lande und mit ihnen eine dichotomische und starre Herrschaftsstruktur, die auf dem Agrarsystem der Latifundien basierte¹⁴, das bis heute – wie in der Kolonialzeit – eine Eigendynamik der sozio-ökonomischen Entwicklung verhindert¹⁵.

Der Prozeß der Befreiung und dessen Ursachen sind in den meisten lateinamerikanischen Ländern viel diskutiert worden. Er kann nur als ein Prozeß verstanden werden, der schon lange vor dem Ausbruch der Befreiungskriege begann und sich nach der Trennung von der spanischen Kolonialherrschaft fortsetzte. Die wesentlichen Ursachen für den Niedergang der iberischen Kolonialherrschaft können in Anlehnung an Beyhaut¹⁶ folgendermaßen synthetisiert werden:

1. Festigung der britischen Interessen in Lateinamerika durch Piraterie und Schmuggel, die die Handelsmonopole der wirtschaftlich nicht entwickelten Macht Spanien nach und nach ausschalteten.
2. Expansion des Kapitalismus und darüber hinaus der „Industriellen Revolution“ in England, USA und einigen europäischen Nationen, die mit dem Aufstieg des Bürgertums tiefgreifende Veränderungen innerhalb der gesellschaftlichen Strukturen dieser Länder brachten.
3. Forderung der kreolischen Oberschichten nach mehr Gewinnbeteiligung beim Handel mit der Metropole.

4. Große kulturelle Wandlungen in der Oberschicht im Zusammenhang mit der Verbreitung der europäischen Aufklärung.

Von diesen vorher genannten Faktoren ist das Phänomen des Kapitalismus maßgebend und von größerer Transzendenz für die Verwirklichung der Unabhängigkeit als die vielgelobte Philosophie des Positivismus, welche offenbar von der herrschenden Minorität als Dogma ihrer politischen Weltanschauung betrachtet wurde¹⁷.

Die Ursachen der Unabhängigkeitsbestrebung lassen sich kaum ideologisch ergründen. Die scheinbare ideologische Erneuerung der kreolischen Elite entbehrte eines revolutionären Inhalts. Die Kritik an dem von Spanien in seinen Kolonien eingeführten Handelsmonopol und den sich daraus ergebenden ökonomischen Nachteilen für die Kreolen sowie die Unzufriedenheit wegen der Ausschließlichkeit, mit der die Verwaltungsämter von den Spaniern beansprucht wurden, stellten die Legitimität der Monarchie und die Verbundenheit der Kolonien mit dem Mutterland nicht in Frage¹⁸. Sowohl die Aufklärung in ihrer spanischen Eigenart als auch die in den Kolonien dachte nicht im geringsten an einen völligen Bruch mit der Vergangenheit, wie Halperin richtig bemerkt: „Vieles von der monarchischen Tradition des vergangenen Jahrhunderts lebte in ihr weiter, und bei fast allen ihren Repräsentanten erscheint der Glaube an die Krone als Instrument der Erneuerung wie eine Rationalisierung eines noch älteren Glaubens an den König als Haupt jenes mystischen Körpers, den das Imperium darstellt“¹⁹.

Es ist in der Tat keine Übertreibung, wenn behauptet wird, daß die „Revolution der Unabhängigkeit“ eher alle Charakteristiken eines Bürgerkriegs zwischen Großgrundbesitzern als die einer ideologisch ausgerichteten politischen Bewegung zur Erreichung sozialer Veränderungen aufwies²⁰.

Der gesamte Prozeß wurde letztlich beschleunigt durch einen entscheidenden, wenn auch zufälligen Einfluß von außen, nämlich die napoleonische Intervention in Spanien im Jahre 1807. Den Anstoß zur Trennung vom Mutterland gaben die sogenannten *Juntas*, die nach spanischem Muster gegründet worden waren und ihre Aufgabe ursprünglich in der Verteidigung Ferdinands VII. gesehen hatten. Wegen des in der Metropole herrschenden Chaos wurde die militärische Präsenz Spaniens in den Kolonien vorübergehend ausgeschaltet und so dem latenten politischen Konflikt zwischen zwei traditionalistischen und autoritären Parteien (den Anhängern der von Spanien ausgehenden zentralistischen Regierung und denen, die für mehr Autonomie plädierten) neuer Auftrieb gegeben. Auf beider Seiten waren sowohl Spanier als auch Kreolen vertreten. Der innere Kampf weitete sich zum bewaffneten Konflikt aus, wobei sich die Gruppe der nach Autonomie Strebenden im Laufe der Zeit nicht nur auf die Bekundung der Loyalität gegenüber Ferdinand VII. und gleichzeitige Forderungen nach Autonomie beschränkte, son-

dern unter der Führung von Simón Bolívar als Endziel die Lostrennung vom Mutterland verfolgte, die im Jahre 1822 erreicht wurde²¹. Diese Spaltung der herrschenden Elite in Monarchisten und Republikaner, die sich noch lange nach Erreichung der Unabhängigkeit fortsetzte, war in ihren Grundzügen typisch für den regionalen Kampf, den sich Liberale und Konservative beziehungsweise die beiden Segmente der Oligarchie Ecuadors, Großgrundbesitzer der Sierra und Export-Großbourgeoisie der Küste, fast bis in die neueste Zeit hinein geliefert haben.

In Kapitel III, wo wir den „Velasquismo“ als den beherrschenden Faktor der ecuadorianischen Politik in den letzten vierzig Jahren analysieren, werden wir Gelegenheit haben, noch genauer auf diese Zusammenhänge einzugehen.

2. „Caudillismo“

Nach der formellen Proklamation der Unabhängigkeit setzte sich die kreolische Elite das Ziel, die politischen Institutionen der anglo-amerikanischen Regierungsform an die feudalen sozio-ökonomischen Strukturen zu adaptieren. Die importierte Ideologie des Liberalismus mit ihren Forderungen nach Gleichheit und Menschenwürde wurde jedoch angesichts der Macht der Großgrundbesitzer bald zur Farce. Als Antwort auf die hochtrabende Proklamation der Prinzipien der repräsentativen Demokratie tauchte ein gesellschaftliches Phänomen *sui generis* auf, das des „Caudillismo“, quasi ein Surrogat nicht definierter politischer Institutionen²². Der „Caudillismo“ hat die gesamte politische Entwicklung des Landes bis heute bestimmt²³, und wir wollen versuchen, seine Ursachen an Hand von drei strukturellen Realitäten zu determinieren:

a) Die politische Fassade

Das neue Regierungssystem der Republik, dessen Institutionen das Funktionieren einer leistungsfähigen Staatsordnung sichern sollten, erstickt in der Realität feudalistischer Praktiken. Es stellt nicht mehr als eine legalistische Dekoration zweier überlagerter Welten dar: eines juristischen Gebäudes von Gesetzen einerseits, welche von den „imitationsvergifteten“ Theoretikern der kreolischen Elite erlassen worden waren, und der Realität einer Gesellschaftsordnung andererseits²⁴, dem Erbe eines veralteten monarchischen Absolutismus, in dem die personalistische Autorität des Königs von Anbeginn der Kolonisation an tief verwurzelt war; der alte indianische „Cacique“ wurde durch den neuen Typ des Konquistadoren und die von ihm mitge-

brachte mittelalterliche Institution der „Encomienda“ ersetzt, dann durch den spanischen und später den kreolischen Großgrundbesitzer als Herrn und Meister über Leben und Hacienda²⁵.

Das mit der Verfassung neu eingeführte Präsidialsystem wird bis heute nicht als ein Zusammenspiel von Einrichtungen betrachtet, die das politische Leben und die sozialen Konflikte regeln sollen. In den Augen der weißen Oberschicht erscheint es lediglich als geeignetes Instrument zur Füllung eines politischen Vakuums, welches im übrigen die überkommenen Strukturen zementieren soll. Der Präsidialismus ist somit nur eine nominelle Veränderung oder, mit anderen Worten, ein Surrogat für den Machtmystizismus der alten Monarchie²⁶. Genau das kam bereits in den lapidaren Redensweisen zum Ausdruck, die bei Beginn der Unabhängigkeit in den Kreisen der Intellektuellen Quitos von Mund zu Mund gingen, wie zum Beispiel „Ultimo día del despotismo y primero de lo mismo“ (letzter Tag des Despotismus und erster Tag desselben), das heißt, daß es für das Volk zwischen dem kolonialen monarchischen System und der Republik keinen Unterschied gab²⁷.

Jedoch, ohne den Schutz der paternalistischen und autoritären Macht der spanischen Krone, dem integrierenden Faktor der zentrifugalen Interessen der verschiedenen Gruppen von Großgrundbesitzern, muß eine Regierungsform, in der sich die Staatsangelegenheiten um Personen, nicht um Institutionen drehen, notwendigerweise in Anarchie enden, und zwar auf Grund der individualistischen Prinzipien des proklamierten Liberalismus, der so die Oligarchien zu Opfern ihrer eigenen Politik macht²⁸. Das Fehlen von verbindlichen und anerkannten Normen zur Schaffung einer leistungsfähigen Staatsordnung bringt im „Caudillismo“ – seiner militärischen und seiner zivilen Variante – als übersteigerter Form des Präsidialismus²⁹ einen Katalysator für die permanente und zersetzende Krise der gesellschaftlichen Strukturen hervor. Der „Caudillismo“ trägt in der Tat monarchische Züge. Es ist erwiesen, daß die Theoretiker und Doktrinäre der Unabhängigkeitskriege keine klare Vorstellung von einem Präsidialsystem hatten. Francisco de Miranda, einer der Lehrer Bolívars, lobte die Monarchie als eine Regierungsform, die auf dem amerikanischen Kontinent die meisten Anhänger hatte³⁰. Selbst Simón Bolívar, der sich zuerst als Diktator proklamiert hatte, verfocht angesichts der ungeheuren Schwierigkeit, etwas Beständiges an die Stelle des Zerschlagenen zu setzen, in seinen letzten Jahren eine Regierungsform mit einem auf Lebenszeit gewählten Monarchen³¹.

Es erscheint tatsächlich paradox und ziemlich unbegreiflich, daß in Ländern wie den lateinamerikanischen, die bis heute auf die Verfassung schwören und sich Republik nennen, die Staatshäupter („los caudillos“) sich im gesamten Verlauf der Geschichte nie an die Verfassungsnormen gehalten haben, sondern

in ihrer politischen Praxis stets danach trachteten, wie ein „Imperator in aeternum“ zu regieren, jedoch ohne den Rückhalt der Legitimation einer Monarchie je erlangt zu haben. So konnte zum Beispiel der erste Präsident in Ecuador, Juan José Flores, eine Zeit von fünfzehn Jahren an der Macht registrieren (1830–45); nach seiner Absetzung versuchte er sogar, mit Hilfe einer Invasion die Monarchie mit einem Mitglied der spanischen Krone an der Spitze wieder einzuführen. García Moreno regierte ebenfalls fünfzehn Jahre (1860–75); während dieser Zeit wurde eine theokratische Verfassung eingeführt und das Land dem Herzen Jesu geweiht; nur die Ermordung dieses Präsidenten konnte seiner Herrschaft ein Ende setzen. Der liberale und machtbesessene „Caudillo“ Eloy Alfaro, der durch die „Revolution“ von 1895 an die Macht gelangte, beherrschte die politische Szenerie praktisch bis 1911. Nach erzwungenem Rücktritt versuchte er, mit Waffengewalt die Macht wieder an sich zu reißen, was ihn aber das Leben kostete³². Die dominierende Figur der letzten vierzig Jahre war Velasco Ibarra, der fünfmal zum Präsidenten gewählt wurde, wovon er jedoch nur eine Amtszeit normal beenden konnte – am 15. Februar 1972 wurde er zuletzt gestürzt –, und ohne den eine Regierung während der jüngsten Vergangenheit in Ecuador unvorstellbar gewesen ist: Velasco war entweder Präsident oder im Exil³³.

b) Haciendasystem und „Caciquismo“

Das Haciendasystem mit seinen paternalistischen und hierarchischen Formen der Autorität und Abhängigkeit findet auf politischer Ebene seinen Ausdruck im „Caciquismo“. Hierbei handelt es sich um nichts anderes als um die Ausdehnung der Macht des Großgrundbesitzers jenseits der Grenze seiner Hacienda oder, wie Espinoza Tamayo richtig formuliert, „eine Institution auf regionaler Ebene, die mit ihrer despotischen Willkürherrschaft an die Stelle der zentralen Regierungsgewalt tritt“³⁴. Der „Cacique“ wird zum „Caudillo“, wenn es ihm durch Charisma und wirtschaftliche Macht gelingt, seinen Einfluß über seine Provinz oder Region hinaus geltend zu machen.

Die Hacienda als praktisch einzige Stätte der Produktion beherrscht sämtliche Sphären des gesellschaftlichen Lebens, und zwar sowohl auf dem Lande als auch in den urbanen Sektoren³⁵. Die Macht der Hacienda als bestimmender Struktur für das politische Leben im Staate muß vor dem Hintergrund der Land-Stadt-Beziehung gesehen werden. Auf diese Weise wird die politische Macht der Großgrundbesitzer deutlich, die sich um den „Cacique“ beziehungsweise den „Caudillo“ herum gruppieren.

In den ländlichen Gebieten ist der Staat abhängig von der lokalen Ver-

waltung, die der „Cacique“ oder seine „Partei“ unangefochten beherrscht. Gesetze sind absolut wertlos und werden nur angewandt und ausgelegt zugunsten des „Patrón“ und des ihn umgebenden Freundeskreises³⁶. Insoweit Parteiorganisation existiert, wird sie nicht anders verstanden als ein Manipulationsinstrument, das, eng verbunden mit den mächtigen lokalen Familien, meist im Kampf mit rivalisierenden mächtigen Gruppen um die lokale Macht eingesetzt wird³⁷. Sie tritt nur vor Wahlen in Erscheinung, um die „clientelas electorales“ zusammenzutrommeln, das heißt den Teil der Landbevölkerung, der als alphabetisiert gilt³⁸.

Was die *urbane Sphäre*³⁹ betrifft, so kommt hier die wirkliche Dimension der politischen Macht der Großgrundbesitzer im Leben des Landes deutlich zum Ausdruck. Sie beruht auf der Tatsache, daß die Großgrundbesitzer allgemein in der Großstadt leben und dort ihre Aktivitäten entwickeln, und daß das, was in Ecuador unter „nationaler Politik“ verstanden wird, lediglich ein Kampf zwischen rivalisierenden urbanen Eliten ist⁴⁰. Der wirtschaftliche und soziale Rückhalt der Hacienda dient vor allem der Stärkung der politischen Macht der Großgrundbesitzer in der urbanen Umgebung und ist ein geeignetes Mittel, um auf die Zentralregierung Druck auszuüben und sie unter Kontrolle zu halten.

Die politische Macht der Großgrundbesitzer als städtische Oligarchie darf indessen nicht nur direkt auf das Latifundium zurückgeführt werden. Durch die Adaptation an die „moderne kapitalistische Welt“ übt der Großgrundbesitzer heutzutage eine Unternehmerfunktion aus. Seine politische Macht wird gestärkt durch die Symbiose von Grundbesitz und Kapitaloligarchie. Diese Adaptation an die urbane Umgebung äußert sich auf politischer Ebene in einer Strategie der Integration der migrierten Landbevölkerung und der Kanalisierung ihrer „steigenden Erwartungen“ mittels personalistischer Bindungen an den charismatischen „starken Mann mit nationalen Perspektiven“, nämlich den „Caudillo“. Im Grunde genommen kann nicht von wesentlichen Unterschieden in der Politik der ländlichen und der urbanen Gebiete gesprochen werden; die urbane Politik wird vom gleichen Paternalismus beherrscht wie die auf dem Lande und verfolgt lediglich die Aufrechterhaltung des Status quo, nicht die Schaffung eines politischen Bewußtseins bei den Massen. Sie weist auch keine kontinuierliche und strukturierte Parteienorganisation auf nationaler Ebene auf. Bei den ad hoc-Bewegungen der „Caudillos“, die zum Beispiel vor Präsidentschaftswahlen gebildet werden und auf nationaler Ebene operieren, handelt es sich um reine Zweckallianzen der verschiedenen regionalen oder lokalen oligarchischen Gruppen mit dem Ziel, ihre soziale und wirtschaftliche Macht über ihren Aktionsradius hinaus zu erweitern und zu konsolidieren.

Von diesen „Caudillos“, um die sich die Großgrundbesitzer in den letzten

vier Dekaden gruppiert haben, um auf nationaler Ebene zu agieren, waren einige selbst Großgrundbesitzer. Die Präsidenten Galo Plaza (1948–1952) und Ponce Enríquez (1956–60) gehörten zu dieser Kategorie. Der typische Fall jedoch war Velasco Ibarra, der, ohne selbst Großgrundbesitzer zu sein, die zentrifugalen Tendenzen der verschiedenen regionalen Gruppen relativ gut ausgleichen konnte, ihre Privilegien aufrechterhielt und so einen Faktor von bedeutender politischer Rentabilität darstellte. Im folgenden Kapitel werden wir dieses Phänomen näher betrachten.

Das politische System Ecuadors hängt in seiner gegenwärtigen Strukturierung zweifellos vom Haciendasystem ab. Jeder Präsident braucht die Unterstützung der Großgrundbesitzer und muß im Namen der Stabilität der Regierung deren Wünsche ständig berücksichtigen. Trotz gegenteiliger Beteuerungen spiegelt sich auch in allen Verfassungen die Macht der Großgrundbesitzer wider. Schon im Jahre 1830 finden wir unter den Bedingungen für das Präsidentenamt einen Grundbesitz im Werte von 30 000 Pesos in Gold⁴¹. In den neueren Verfassungen gibt es die Einrichtung der sogenannten „legisladores funcionales“, Parlamentarier, die nicht direkt gewählt, sondern teils aus dem Kreis der Großgrundbesitzer berufen werden (vgl. Kap. IV, S. 146 f.). Man kann daher durchaus dem Klassiker unter den Analytikern des spanischen „Caciquismo“, Joaquín Costa, in seiner Analyse der Rolle des „Caciquismo“ und der spanischen Misere folgen, wenn er darauf hinweist, daß sich unter dem Deckmantel der repräsentativen Demokratie eine egoistische, heuchlerische und nicht legitimierte Oligarchie von Großgrundbesitzern versteckt, welche die Verfassung personifiziert⁴².

c) „Regionalismo“

Die politische Desintegration des Landes, eine Folge sowohl der mit dem spanischen Kolonialsystem eingeführten regionalen Aufteilung als auch des durch die Geographie bedingten Transport- und Kommunikationsmangels, hat ebenfalls entscheidend zum Gedeihen des „Caudillismo“ beigetragen. Die Geschichte Ecuadors als Nationalstaat ist ein Prozeß der nationalen politischen Zersplitterung, der sich in politischem Lokalismus und in der Intensität eines Regionalismus reflektiert, der das Land in einem solchen Maße spaltet, daß seine Geschichte wie die zweier getrennter erscheint⁴³. Seit den ersten Tagen der Republik wird der Kampf um die Führung des Staates zwischen den beiden Hauptregionen, der Costa (mit Zentrum Guayaquil) und der Sierra (mit Zentrum Quito), ausgetragen⁴⁴. Die Rivalität beruht bis heute auf der Verschiedenheit der geographischen Lage und vor allem auf den Grundlagen für die wirtschaftlichen Interessen der weißen

Oberschicht in beiden Regionen. Diese Unterschiede finden ihren Ausdruck in der politischen Haltung der beiden Sektoren der herrschenden Elite, nämlich einer stark konservativen in der Sierra, bestimmt von den traditionellen Werten des spanischen Landadels und der Kirche als mächtigstem Großgrundbesitzer, und in einem Bekenntnis zum europäischen Liberalismus an der Küste, der von dieser Elite als Ideologie zur Schau getragen wird, sich im Grunde aber auf die Forderung der Trennung zwischen Kirche und Staat beschränkt⁴⁵. Das liberale Ideal wird von der Handelsoligarchie der Küste nicht als Element zur Modernisierung oder Umstrukturierung gesellschaftlicher Verhältnisse verstanden. Es ist ihr jedoch gelungen, mit dem Laizismus als Paradepony eine gewichtige Rolle im politischen Prozeß zu spielen und, ohne die traditionellen sozio-ökonomischen Strukturen anzutasten, ein relatives Gleichgewicht zwischen den beiden Sektoren der herrschenden Klasse, das heißt den beiden Regionen herzustellen⁴⁶. Ein politischer Umschwung beziehungsweise die beständigen „Revolutionen“, die im Lande stattgefunden haben und bis in unsere Tage hinein immer wieder stattfinden, bedeuten meist nichts anderes als die Verlagerung des Zentrums der Politik von einer Region in die andere und einen entsprechenden Wechsel der machthabenden Familien, „Caciques“ und „Caudillos“⁴⁷.

Wenn man die Liste der Präsidenten Ecuadors betrachtet, kann man je nach ihrer „politischen Richtung“ deutlich feststellen, wie die beiden Hauptregionen des Landes sich an der Macht abwechselten. So wird zum Beispiel die Zeit von 1830 bis 1895 von den Geschichtsbüchern die Konservative Epoche genannt. Ihr folgte die Liberale Epoche (1895–1944), während der die Regierenden fast ausnahmslos aus dem Küstengebiet stammten. Von diesem Zeitpunkt an, dem Beginn der zweiten Amtszeit Velascos, kann man nicht mehr uneingeschränkt von einer direkten Identifizierung eines „Caudillo“ mit einer Region oder von der Herrschaft einer Region über die andere sprechen. Obwohl Velasco, der bedeutendste Politiker dieser Zeit, nicht als „Caudillo“ auftrat und seine Politik nicht nur einer der beiden Regionen diente, verfolgte er auch keine modernisierende und nationalisierende Politik, welche der regionalistischen oder lokalen Macht der Cliquen in beiden Regionen hätte ein Ende setzen können.

Diese Situation der nationalen Desintegration fördert die Beherrschung der Politik durch die Regionen und den Lokalismus innerhalb derselben, eine Folge der Abgeschiedenheit der Dörfer voneinander und von der Stadt. Daraus ergibt sich eine monopolistische Kontrolle der politischen Macht durch die weiße Minderheit, die weiter zur Isolierung der unterprivilegierten Bevölkerungsschichten beiträgt, welche abseits von einer Eingliederung in das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben des Landes stehen. Somit bleibt die Macht der „Caudillos“ ungebrochen⁴⁸.

3. Parteien und Status quo

Das Nichtexistieren von Massenparteien, die auf Grund einer nationalen Organisation und Entwicklungsideologie zur Transformation der traditionellen politischen Macht geführt und darüber hinaus im politischen Entscheidungsprozeß die Allmacht der Oligarchie gebrochen hätten, hat zur Folge, daß das politische Leben vorwiegend partikularistische Züge trägt und eine Entwicklung zu einer wirklichen Demokratie mit breiter Partizipation des Volkes nicht erreicht wird.

Die Charakteristiken der Parteifunktionen und ihre dysfunktionelle Transzendenz in der Gesellschaft soll an Hand von drei Faktoren verdeutlicht werden:

a) Beschränkung der politischen Partizipation

Anläßlich seines Versuchs, eine Typologie der verschiedenen Grade der Entwicklung und der sozialen Mobilität in Lateinamerika aufzustellen, beschreibt der argentinische Soziologe Gino Germani⁴⁹ die politische Evolution der lateinamerikanischen Länder in sechs Stadien, an Hand derer der Stand der politischen Entwicklung jedes einzelnen Landes in dem „Übergangsprozeß“ von einer traditionellen Gesellschaft zu einer solchen mit totaler Partizipation bestimmt werden könnte. Es sind folgende Stadien:

1. Befreiungskriege und formelle Proklamation der Unabhängigkeit,
2. Bürgerkriege, „Caudillismo“, Anarchie,
3. Integrierende Autokratien,
4. Repräsentative Demokratien mit „limitierter“ Partizipation oder Oligarchie,
5. Repräsentative Demokratien mit erweiterter Partizipation,
6. Repräsentative Demokratien mit totaler Partizipation; und, als mögliche Alternative zu den genannten Formen der Demokratie, „Nationale Volksrevolutionen“.

Nach Germani gehört Ecuador zur Gruppe jener Länder, die keine bedeutende Mittelschicht hervorgebracht haben. Der traditionelle „Patrón“ hat die Vergangenheit bis heute überlebt. Es herrschen ein ausgeprägter Regionalismus, eine große ethnische und kulturelle Heterogenität, und ein großer Teil der Bevölkerung ist – hauptsächlich in den ländlichen Gebieten – vom nationalen Leben ausgeschlossen. Diese Merkmale würden auf das vierte Stadium – Demokratie mit „limitierter“ Partizipation – zutreffen. Hier beruht das Funktionieren der repräsentativen Demokratie auf der Tatsache, daß nur ein kleiner Teil der Bevölkerung von den sogenannten politischen Institutionen profitiert; es dreht sich hierbei nicht nur

darum, daß die Bevölkerung ländlicher Gebiete nicht partizipiert, sondern auch um die eingeschränkte Partizipation des städtischen Proletariats.

Die Herrschaftsstrukturen, auf denen sich die „repräsentative Demokratie“ Ecuadors aufbaut, prägen den aristokratischen Charakter der Gesellschaft. Das Privileg der politischen Partizipation ist beschränkt auf die kleine Zahl der Nutznießer des „Fortschritts“: die Ober- und Mittelschicht und ein gewisses städtisches Proletariat, die alle im Wirtschaftsprozess integriert sind und nicht nur die marginalen Sektoren der ländlichen, städtischen und der übrigen Bevölkerung in Abhängigkeit halten, sondern auch direkt oder indirekt dazu beitragen, die Macht der traditionellen Strukturen zu vergrößern⁵⁰. Von der Ausschließlichkeit, mit der eine Minderheit das Land beherrscht, sagt Víctor Alba, daß diese nicht nur in bezug auf die politische Macht gesehen werden müsse, sondern auch im Hinblick auf die Art, in der der Ecuadorianer den Sinn der Demokratie interpretiere, einer Art offensichtlicher sozialer Diskriminierung den übrigen Schichten gegenüber, die abseits des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens dahinvegetieren: „Wer auch immer regieren mag, es wird regiert für die halbe Million Ecuadorianer... und vier Millionen arme Indios werden verwaltet. Wahrscheinlich gibt es kein Land in Lateinamerika, wo die Aristokratie so deutlich Tag für Tag spürbar wird. Der Ecuadorianer ist – verhält sich, reagiert und denkt – wie ein Aristokrat gegenüber dem Rest der Bevölkerung des Landes. Und dies haben die Kommunisten, die Semifaschisten, die Demagogen und die Liberalen gemein⁵¹.“

Die politische Desintegration des Landes wird bei Wahlen noch durch die formelle und manipulierte Partizipation von Unterschicht und Teilen der Marginalbevölkerung verstärkt. Diese Partizipation verändert den traditionellen Charakter der gesellschaftlichen Strukturen absolut nicht: Da diese neu hinzukommenden Gruppen in die traditionelle Ordnung eingegliedert sind, stellt ihr konkretes politisches Verhalten kein Vehikel der politischen Modernisierung und des Strukturwandels dar, sondern durch die Beibehaltung von patriarchalischen Formen wird die lokale Macht der „Caudillos“ zementiert, und es entsteht ein Wachstum der Wählerschaft für die Parteien des „Establishments“⁵².

b) „Personalismo“

Im Gegensatz zu Gesellschaften, in denen ein Säkularisierungsprozeß stattgefunden hat, beruht die politische Organisation Ecuadors prinzipiell auf Verwandtschaftsverhältnissen und familiären Beziehungen und nicht auf der Grundlage von Institutionen⁵³. Je weniger national ein Land ist, desto personalistischer sind die Parteien und desto weniger sind sie in der Lage,

die Existenz politischer Institutionen anstatt traditionalistischer Strukturen anzuerkennen⁵⁴.

„The political parties operating under most nonwestern parliamentary systems do not as a rule represent organized forces so much as factions centered around personalities⁵⁵.“

Die Artikulation der Interessen der herrschenden Elite findet ihren Niederschlag in einem verwirrenden Kaleidoskop von personalistischen und partikularistischen Parteien, „was weniger ein Beweis für politische Freiheit ist als vielmehr ein Zeichen dafür, daß der Boden für die Bildung stabiler, in den Volksmassen verwurzelter Parteien nicht günstig ist“⁵⁶. Eine Partei ist nur eine Vereinigung von Freunden, die die gleichen politischen Interessen vertreten, und sie bleibt dies auch, wenn sie sich des Staates bemächtigt und die Regierung bildet. Da Parteien sich nicht mit nationalen Angelegenheiten befassen, beruhen politische Entscheidungen lediglich auf einem reziproker materieller Vorteile wegen geschlossenen Pakt zwischen mächtigen urbanen „Camarillas“ und regionalen „Caciques“, die zur Wahrnehmung ihrer speziellen Interessen ihre Kristallisationsform um die charismatische Persönlichkeit eines „Caudillo“ finden.⁵⁷

Die politische Organisation der Gesellschaft wie auch der politische Wille des Volkes werden nicht durch die Mediatisierung von Parteien geformt. Nicht die von einer Partei verkörperte Ideologie oder ein konkretes Programm sind maßgebend für die Willensbildung der Wähler, die sich nicht mit dem Namen der Partei oder ihres Programms identifizieren, sondern mit dem ihres „Caudillo“, das heißt, die Anhänger der Parteien bezeichnen sich als „Velasquistas“, „Poncistas“, „Bucaramistas“ und ähnlich. Hinzuzufügen ist noch, daß auch die Parteien selbst den Personenkult ihren Führern gegenüber betreiben, indem sie deren Namen annehmen, zum Beispiel „Federación Nacional Velasquista“, „Frente Poncista Nacional“, „Partido Nacional Guevarista“⁵⁸.

Die Fragmentierung der ecuadorianischen Gesellschaft reflektiert sich nicht nur in dem parochialistischen Charakter der politischen Kultur, Nährboden für die Macht der „Caudillos“ und für den „Personalismo“, sondern manifestiert sich auch deutlich in der ständigen Zersplitterung und Neugründung von Parteien, deren primäres Ziel es ist, der Priorität der Interessengruppen im politischen System Ausdruck zu verleihen. Bezugnehmend auf diese Proliferation der Parteien – vom „Tribunal Supremo Electoral“⁵⁹ wurden bisher dreizehn anerkannt (vgl. Kap. IV, S. 149 ff.) und bilden theoretisch das gegenwärtige Parteiensystem Ecuadors – bemerkt Gustavo Salgado:

„Einige von ihnen bestehen lediglich aus einer Handvoll ehrgeiziger Führer, einem Briefkopf, einigen Blättern Papier mit den Unterschriften und Kenn-

kartennummern der Mitglieder und einem doktrinären Programm, das eilends aus irgendeinem Handbuch der politischen Wissenschaften abgeschrieben wurde⁶⁰.“

Das verworrene Parteienspektrum, das die Integrationsprozesse der ecuadorianischen Gesellschaft behindert, kann in seinem wahren Charakter besser verstanden werden, wenn man bedenkt, daß häufig sich umgruppierende Zweckallianzen eine wichtigere Rolle spielen als die einzelnen Parteien⁶¹. Die scheinbare Heterogenität der Kräfte, aus denen sich die Allianzen zusammensetzen (Konservative, Liberale, „Velasquistas“, Sozialisten, Kommunisten und andere), zeigt die direkte Relation zwischen der symbolischen Umsetzung von Parteiprogrammen in Politik und dem wirklichen, personalistischen Charakter der Parteien, die das Fundament für die Scheinwelt der repräsentativen Demokratie Ecuadors darstellen.

„... es hat gewisse Koalitionen oder Allianzen gegeben zwischen seriösen Parteien mit ehrenwerter Tradition, Kampfgeist und Tatkraft [gemeint sind die sogenannten traditionellen Parteien!!] und eindeutig personalistischen Gruppen, die für die ersteren sehr schädlich gewesen sind, da sie für die Bürger, welche Zeugen solcher Koalitionen waren, eine Quelle der Desorientierung bildeten, und da eine von demokratischen Idealen erfüllte politische Kraft keinen Pakt mit Körperschaften schließen kann, in denen sich Programme und Kampfparolen um Individuen drehen, und die somit im Gegensatz stehen zu den Institutionen, welche zur Rettung des demokratischen Systems ins Leben gerufen wurden, und die im geeigneten Augenblick für ihre Verbündeten zur destruktiven Kraft werden“⁶².

c) Die Funktion der Parteien

Das ecuadorianische Parteiensystem ist trotz seiner Vielzahl an Parteien nicht in der Lage, die Funktion der Artikulation der verschiedenartigen Interessen zu erfüllen. Die dreizehn Parteien, die sich anmaßen, die Interessen der etwa sechs Millionen Ecuadorianer zu repräsentieren, wirken nicht als Integrationsfaktoren der zentrifugalen Kräfte regionaler und partikularistischer Interessen, sondern werden vielmehr von ihnen beherrscht, und berauben somit die Bürger der Möglichkeit, ein einheitliches Nationalbewußtsein zu entwickeln⁶³.

Die Verpflichtung der Parteien den herrschenden Gruppen gegenüber macht die Verfechtung objektiver Werte der Gesellschaft und die Beeinflussung der Staatspolitik zur Verwirklichung des „bien común“ zu einer Privatangelegenheit der Oberschicht. Politische Entscheidungen werden durch das Wertesystem der traditionellen Elite mit dem Ziel determiniert, die Autoritätsstrukturen und die Geschlossenheit des Systems zu erhalten. Die Unfä-

higkeit der Parteien, die Forderungen der breiten Massen politisch zu artikulieren und damit den Prozeß der Integration mit einer echten Partizipation des Bürgers zu beschleunigen, übt einen paralysierenden Einfluß auf die hierarchischen Strukturen des politischen Systems aus⁶⁴.

Daß die Parteien als integrierende Faktoren in der Gesellschaft wirken, wird von der ecuadorianischen Verfassung 1967⁶⁵ zum ersten Mal als Voraussetzung für das einwandfreie Funktionieren der repräsentativen Demokratie betrachtet. Mehr noch: nach dem Dekret Nr. 021 der Verfassungsgebenden Versammlung des Jahres 1967 wird ihnen die Rolle eines direkten Modernisierungsinstruments in der Gesellschaft übertragen und damit die Pflicht auferlegt, bei der Alphabetisierungskampagne als tragende Kraft zu fungieren⁶⁶. Wie „ernst“ diese Rolle von den Parteien aufgefaßt wird, zeigt die Tatsache, daß dieses Gesetz bis zu den letzten Parlaments- und Kommunalwahlen im Juni 1970 von keiner Partei beachtet worden war: „In bezug auf die Alphabetisierung muß festgestellt werden, daß noch am Vorabend der Einschreibung der Kandidaten beim Tribunal Provincial Electoral kein einziges Anzeichen dafür vorlag, daß die politischen Parteien je zwei Alphabetisierungszentren errichtet hätten, wie dies die Verfassungsgebende Versammlung mit Dekret Nr. 021 vorschreibt⁶⁷.“

Die Parteien als Vertreter spezieller Interessen sind in Wirklichkeit nicht daran interessiert, eine politische Infrastruktur zu bilden, die die effektive Eingliederung anderer Gruppen als die der Privilegierten und deren Beteiligung an der Kontrolle des Staatsapparates erlauben würde. Allein die Tatsache, daß bisher nicht einmal auf dem Papier ein konkretes Programm zur nationalen und wirtschaftlichen Integration der Marginalbevölkerung in den urbanen Gebieten, geschweige denn der Indios auf dem Lande, von irgendeiner Partei entwickelt worden ist⁶⁸, zeigt, in welchem Maße die aristokratische Einstellung der wirtschaftlich und politisch dominierenden privilegierten weißen Minderheit und ihr Anspruch auf die Ausübung der Macht nur innerhalb ihrer geschlossenen Sphäre noch immer latent ist.

Die eigentliche Funktion der Parteien – wenn man in Ecuador überhaupt von einer solchen sprechen kann – besteht in der Koordinierung der regionalen und personalistischen Aktivitäten der „Weißen“ im Hinblick auf den politischen Einfluß und auf die wirtschaftlichen Vorteile in der Zentralregierung. Nach George Blanksten können drei Hauptaspekte dieser Funktion genannt werden⁶⁹:

- 1) die Arbeitsvermittlung und somit die Befestigung der Dominanz der Oberschicht beziehungsweise der Parteidiquen in der Regierung und darüber hinaus die Versorgung der Gefolgsleute des „Caudillo“ mit Ämtern, was wiederum dem „Caudillo“ eine starke Rückendeckung für eventuelle Machtkämpfe sichert.

2) der Versuch, den Kampf innerhalb der weißen Elite vor allem in bezug auf die regionalen Interessen der Oberschicht der Costa und der Sierra zu überwinden. Hauptzweck ist die Errichtung einer Regierung der „nationalen Einheit“, mit anderen Worten, die Herstellung eines Gleichgewichts der regionalen Kräfte.

3) das Bestreben, ein dauerhaftes harmonisches Verhältnis zu den einflußreichsten Machtinstrumenten des politischen Systems, der Armee und der Kirche herzustellen, um so die dominierende Stellung der Weißen zu erhalten und zu stärken.

Es kann behauptet werden, daß die Funktion der Parteien unter diesen Aspekten als erfolgreich zu bezeichnen ist, da sich das Monopol der politischen Macht fest in Händen der Weißen befindet und eine einheitliche Front gegenüber systemfeindlichen Elementen, welche prinzipiell als Werkzeuge des internationalen Kommunismus gebrandmarkt werden, besteht.

III · PARTEIEN UND IDEOLOGIEN

In Gesellschaften, in denen ein dynamischer Prozeß des Wandels stattfindet, setzt die Existenz von Parteien voraus, daß die politische Elite bei der Formulierung der Politik zur Bewältigung der komplexen Aufgaben, vor die sich eine moderne Gesellschaft gestellt sieht, die Partizipation des Volkes vorsieht. Dies gilt sowohl für die politischen Systeme des „Freien Westens“ als auch für die „autoritären“ des Ostens. In beiden Fällen wird die politische Entwicklung durch die mehr oder weniger verbindliche Verpflichtung der Parteien gegenüber Ideologien oder Doktrinen, dem Leitfaden ihrer Mitwirkung am politischen Prozeß, vorangetrieben⁷⁰.

Die Charakterisierung der Parteien als Zusammenschluß von Menschen, welche gemeinsame Ideale oder Doktrinen beim Kampf um die Macht und die Verwirklichung ihrer politischen Konzeption einsetzen, ist für die Parteien im Falle Ecuadors noch weniger zutreffend als anderswo⁷¹.

Der allgemeine Inhalt der Politik des buntschillernden Kaleidoskops von in ihrer Organisation und Weltanschauung traditionellen Gruppierungen oder Parteien umfaßt eine limitierte Sphäre pragmatischer Fragen und basiert vor allem auf der sozio-ökonomischen Relation einer im großen und ganzen geschlossenen Gesellschaft: Rückständigkeit in der Agrarwirtschaft und paternalistische Domination. Vor dem Hintergrund dieser Strukturen sind Ideologien in erster Linie das Symbol der „Modernität“ und dienen den „Caudillos“ und „Caciques“ als strategisches Mittel im Wahlkampf, als Manipulationslokomotiven, also als simple Mechanismen zur Erlangung der

Macht, nicht als Leitfaden für die Gestaltung der Politik⁷². Die politischen Auseinandersetzungen haben nur den Zweck, die Ämter im Staatsapparat zu besetzen, und die Parteien in ihrer durchaus pragmatischen Einstellung gegenüber staatlichen und gesellschaftlichen Problemen sind Werkzeuge zur Stärkung der Position der Oligarchie.

Diese Zusammenhänge sollen in dreifacher Weise verdeutlicht werden:

1. Ideologie und sozialer Status,
2. Bürokratie als Grundlage der Politik,
3. Der Kampf um die Futterkrippe.

1. Ideologie und sozialer Status

Die nicht ideologische Orientierung der ecuadorianischen Politik wird charakterisiert in der rein elitären Funktion des Parteiengbildes, die weitgehend darauf ausgerichtet ist, den sozio-ökonomischen Status der Oberschicht sowie ihr Monopol in den politischen Institutionen und die Legitimität der Klassenstruktur zu stärken. Man kann daher nicht von einer Identifizierung der Parteien mit bestimmten Klassen sprechen:

„En effet, le système des partis en Amérique latine montre la non-coïncidence entre partis et classes. Cette Hétérogénéité sociale assimile la plupart des grands partis à des „rassemblements“ et non à des partis de classes comme ailleurs, en dépit de l'idéologie attestée dans le programme.

... Le „polyclassisme“ est enfin renforcé par les survivances du système quasi féodal qui assure, grâce à la solidité des liens personnels et au maintien du régime de clientèle, une base de masse aux partis de l'oligarchie traditionnelle. Régions, races, classes et même survivances de castes sont la substance de cette complexité sociale et leurs chassés-croisés, combinés avec les conditions de naissance et de développement des partis, ont donné le „polyclassisme“ actuel des partis latinoaméricains⁷³.“

Was die politische Partizipation der „modernen“ oder der urbanen Segmente betrifft, kann das Abhängigkeitsverhältnis in der sozialen Struktur Ecuadors als Ersatz des klassischen „Patrón“ des Haciendasystems durch einen neuen Typ des Beschützers aufgefaßt werden, der durch die Vermittlung von Arbeitsplätzen in den dem Staat zur Verfügung stehenden Institutionen hilft und ernährt. *Unter dem Namen Partei* nimmt er für sich das Recht der politischen Entscheidung in Anspruch, mit der einzigen Motivation, daß er seiner Anhängerschaft („Clientela“) Vorteile gegenüber anderen Gruppen verschafft hat. Die Konvergenz der Interessen der Anhängerschaft mit denen ihrer Partei beziehungsweise des „Caudillo“ beruht vor allem auf dem Desinteresse der Anhänger für die sozialen Pro-

bleme, die nur insoweit Beachtung finden, als die vom „Caudillo“ getroffenen politischen Entscheidungen seine Anhänger direkt betreffen⁷⁴. Der hemmende Einfluß der Parteien auf die Entwicklung einer Ideologie, die den Status quo verändern würde, reflektiert sich im traditionalistischen Fundament ihrer Politik, die den Prozeß der Intensivierung gesellschaftlicher Gegensätze und die Bildung eines Klassenbewußtseins verhindert, im Unterschied zu einigen europäischen Ländern – wenn dieser Vergleich erlaubt ist –, wo die Forderungen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie im Zeichen der Industrialisierung politische Konflikte hervorriefen⁷⁵.

Konfliktsituationen, die durch eine Mobilisierung und gleichzeitige Bewußtseinsbildung, nämlich durch die Erkenntnis der eigenen geschichtlichen sozialen Situation seitens der Massen entstehen könnten, werden von den Parteien im Keim erstickt. Dies ist der Grund dafür, daß die Arbeiter- und Bauernschaft gerade von den traditionellen und populistischen Parteien (vgl. Kap. III) für deren Zwecke manipuliert werden können. Selbst die sogenannten „revolutionären Parteien“, Sozialisten und Kommunisten, die Ideologie par excellence für sich beanspruchen und die zur Bewußtseinsbildung der Massen beitragen sollten, haben keine Strategie zur Mobilisierung breiter Bevölkerungsschichten entwickelt, sondern rekrutieren ihre Kräfte vorwiegend aus den intellektuellen Kreisen der Mittelschicht, die ihren Charakter prägen: „They have become increasingly doctrinaire, academic and intellectualized“⁷⁶. Sie treiben außerdem eine opportunistische Politik, die auf einer vagen populistischen Ideologie basiert, welche weit davon entfernt ist, die Interessen der unterdrückten Massen zu repräsentieren. Sie ziehen es vielmehr vor, innerhalb einer bürgerlichen „Übergangsdemokratie“ als Vorstufe zu einer sozialistischen Revolution zu arbeiten. Da das Industrie-proletariat, welches nach ihrer Auffassung die Basis für eine solche Revolution bildet, noch nicht vorhanden ist, fördern sie lediglich das Gedeihen einer anpassungsfähigen Arbeiteraristokratie, die im Grunde genommen das System nicht antastet⁷⁷.

„Es ist logisch, daß eine opportunistische Politik der Arbeiterparteien, die es nicht versteht, die revolutionären Gefühle dieser sich selbst nicht bewußten Klasse, nämlich des Mittelstands (!), aufzufangen und die der Großbourgeoisie und der bürgerlichen Demokratie Konzessionen macht, indem sie mit liberalen Regierungen kollaboriert oder sie unterstützt, während große Teile der Kleinbourgeoisie diese bekämpfen, darin endet, daß die verzweifelten und desorientierten Kleinbourgeoisie sich in die Arme des reaktionären Faschismus wirft“⁷⁸.

Was die Parteien im Namen der Ideologie betreiben, ist nichts anderes als eine bewußte Täuschung der unterdrückten und ausgebeuteten Massen. Die ideologischen Farben dienen nur zur Verschleierung der Stabilität des

Systems, und die obsoleete soziale und wirtschaftliche Ordnung wird von keiner der Cliques in Frage gestellt.

„This important stability is sometimes further hidden by the tendency of contesting cliques to assume party labels (like Conservatives, Liberals, Radicals, and Socialists) which derive what connotation they have from the experience of industrialized countries and are hence meaningless in an agrarian environment. The same is true of the labels ‚rightist‘ und ‚leftist‘ which Western observers often insist on attaching to contesting cliques in a futile effort to make their conflicts more understandable to those whose political experience is entirely different⁷⁹.“

2. *Bürokratie als Grundlage der Politik*

Bei der politischen Betrachtung von Agrargesellschaften und traditionellen „Übergangsgesellschaften“ wird allgemein als Tatsache angenommen, daß es bei politischen Konflikten beinahe ausschließlich um die Besetzung und Erhaltung von regionalen oder nationalen Ämtern geht⁸⁰. Ein Regierungswechsel bedeutet nicht nur jedesmal eine Umbesetzung fast aller Ämter des Verwaltungsapparats, sondern auch die Schaffung von immer neuen Posten für jene, die dem „Caudillo“ in Erwartung von persönlichen Benefizien zum Wahlsieg verholfen haben.

Die Interessenkonflikte, welche innerhalb der Oligarchie beim Kampf um Schlüsselpositionen im Staatsapparat, mit dem sie sich identifiziert, auftauchen und die aus dem Beweggrund heraus entstehen, den politischen Einfluß und die partikularistischen Interessen zu bewahren und zu verteidigen, arten regelmäßig in Gewaltanwendung verschiedenster Form aus („Pronunciamiento“ oder Staatsstreich, ziviler oder Militärdiktatur, „revolución“ etc.) – vgl. Kap. IV –, was auf den ersten Blick als typisches Charakteristikum der politischen Instabilität nicht nur des ecuadorianischen, sondern der lateinamerikanischen politischen Systeme im allgemeinen definiert werden könnte⁸¹. Da es jedoch bei diesem Kampf einfach um die Verteilung der Ämter geht, dreht sich das Ganze um nichts anderes als um eine „Bürokratisierung der Politik ohne Ideologie“, bei der diese aufhört, Politik zu sein und zum *modus vivendi* wird, wobei nicht den gesellschaftlichen, sondern den Interessen der oligarchischen Cliques Rechnung getragen wird⁸².

Diese These erhärtet sich, wenn man bedenkt, daß die Investitionsrate für Entwicklungsprojekte in 120 Jahren Republik (1830 – 1950) nicht einmal 5 % der Staatseinnahmen ausmachte und heute von einem „país paralizado“ (gelähmten Land) gesprochen wird, „einem Land, das sich nicht um die für

seinen Fortschritt notwendige Infrastruktur kümmert und die unter gewaltigen Anstrengungen aufgebrauchten Steuermittel dazu verwendet, eine auf alle erdenklichen Arten wachsende Bürokratie zu finanzieren, – höchstens aber für großzügige Vorauszahlungen an die Vertragspartner für die Durchführung von Entwicklungsprojekten, die nicht angefangen werden sollen, und wenn angefangen, nie zu Ende geführt werden“⁸⁵.

Bei der letzten Volkszählung im Jahre 1962 waren 5,3 % der arbeitsfähigen Bevölkerung, das heißt 76 000 Personen, im Öffentlichen Dienst (gesamter öffentlicher Sektor einschließlich Verteidigung) beschäftigt, wie aus der folgenden Tabelle ersichtlich ist:

Tabelle 9

<i>Gesamtzahl der Beschäftigten (1962):</i>	1 443 000 = 100 %
Primärer Wirtschaftssektor (Landwirtschaft)	806 000 = 55,9 %
Sekundärer Wirtschaftssektor (Handwerk und Industrie)	258 000 = 17,9 %
Tertiärer Wirtschaftssektor (Dienstleistungen), davon Verwaltung und Verteidigung:	379 000 = 26,2 % 76 000 = 5,3 %

Quelle: Oswaldo Hurtado, Dos Mundos . . . , a. a. O., S. 49 (vgl. Tabelle 3).

Angesichts der Tatsache, daß es sehr schwierig, wenn nicht unmöglich ist, genaue Angaben über den Umfang des Verwaltungsapparats und die darin beschäftigten Personen zu bekommen, da Statistiken entweder fehlen oder nur lückenhaft vorhanden sind, konnten obige Zahlen schon zu Zeiten der Volkszählung nur unter Vorbehalt genannt werden⁸⁴ und sind selbstverständlich keine Orientierung für die heutige Situation. Laut Aussagen des Finanzministers Gómez Izquierdo war die Zahl der in der Verwaltung Beschäftigten 1970 auf 300 000 (!) angewachsen⁸⁵.

Diese von Jahr zu Jahr wachsende Aufblähung des Verwaltungsapparats ist durch das Verhalten der Parteien gekennzeichnet, die den Staat in eine rein bürokratische Rolle hineinmanövriert haben und in der Arbeitsvermittlung die einzige „Modernisierungsfunktion“ sehen. Diese Tätigkeit stellt den beherrschenden Faktor jeglicher Parteiorganisation dar⁸⁶.

Rafael Galarza Arízaga beschreibt in sehr einleuchtender und objektiver Art die Fundamente, auf denen sich die Politik eines auf die Beibehaltung des traditionellen Status quo abzielenden Parteiensystems aufbaut:

„In einem Land wie Ecuador, ohne Industrie, ohne entwickelte und für die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung zugängliche Landwirtschaft und mit

geringen Verdienstmöglichkeiten, ist der Hunger nach der Bürokratie die Epidemie, von der in alarmierender Weise Tausende arbeitsloser Ecuadorianer aller sozialen Schichten befallen sind; hauptsächlich aber Leute aus dem Mittelstand und Handwerker, schlecht bezahlt oder arbeitslos, lassen sich bei Wahlen auf niederträchtige Weise bestechen und drängen sich um einen Posten in der Verwaltung, für den sie sogar Werkstätten, die nur geringen Gewinn abwerfen, verlassen. Ihrer Sache sicher, klammern sie sich dann beizeiten an den Kandidaten, der als erfolgversprechend gilt. Diese Experten der Wahlindustrie haben das ganz neue System der Wahllotterie im Lande eingeführt, welches die Möglichkeit bietet, sich auf bequeme Weise in das Heer der in der Administration Tätigen einzureihen oder in den Stand der *Neureichen* zu gelangen, je nach dem intellektuellen Beitrag des Einzelnen oder seiner Investition in die *herrlichen Tage der bürgerlichen Tugend*. [Gemeint ist der Wahlkampf!]

Für diese Opportunisten haben weder Doktrinen noch Parteien, noch die Vorbildung für die Ausübung öffentlicher Ämter eine Bedeutung. Es sind farb- und parteilose Gelegenheitspolitiker, die bedingungslosen Diener eines jeden Regimes. Und dieser beklagenswerte Opportunismus, verstärkt durch die Armut, hat das Durcheinander in den politischen Parteien gefördert, die Instabilität und Leistungsunfähigkeit der Administration und die persönliche Verantwortungslosigkeit in der ecuadorianischen Gesellschaft, die sich in einem alarmierenden Zersetzungsprozeß befindet⁸⁷.“

3. Der Kampf um die Futterkrippe – ein paradigmatisches Beispiel

Welche Bedeutung der Politik als einem Prozeß der Ämterpatronage zukommt, läßt sich am besten am Beispiel der bei den Wahlen im Jahre 1968 erfolgreichen Partei „Federación Nacional Velasquista“ aufzeigen: Velasco Ibarra, der zum fünften Male zum Präsidenten gewählt worden war, wurde von seiner Anhängerschaft und seinen Wahlmäzenen derart unter Druck gesetzt, daß er damit drohte, das Präsidentenamt nicht zu übernehmen, falls der amtierende Präsident Otto Arosemena nicht einige Reformen des Gesetzes zur Sicherung der Arbeitsplätze für Staatsangestellte rückgängig machen würde, nach denen beispielsweise alle Angestellten, deren Arbeitsverhältnis länger als vier Jahre bestanden hatte, nicht entlassen werden konnten⁸⁸. In diesem Fall hätte Velasco seine Anhänger nicht in den von ihnen angestrebten Ämtern unterbringen können, und nach seiner Argumentation wäre es für ihn unmöglich gewesen, mit Leuten zusammenzuarbeiten, die mit Protektion seiner Vorgänger (sprich: politischer Gegner) in ihr Amt gekommen waren und sich inzwischen als „Techniker“ und „Wirtschafts-

experten“ ausgaben. Seine Logik hierbei ist es wert, wörtlich erwähnt zu werden, zumal sie die übergeordnete Rolle der Patronage im politischen System deutlich macht:

„Ich war nie damit einverstanden, daß Verwaltungsangestellte hinausgeworfen werden und erachte die Stabilität im Prinzip (!) für gerecht, aber eine Sache ist es, dem bescheidenen Angestellten Garantien zu geben, und eine andere, sich eine Diktatur zunutze zu machen und sich der Ämter zu bemächtigen, zum Techniker und Wirtschaftsexperten zu werden und dann *noch ein neues Gesetz* (zur Sicherung der Arbeitsplätze!) oder eine Art *eigener Verfassung* mit besonderen Institutionen zu schaffen⁸⁹.“ (Hervorhebung vom Verf.)

Die Forderungen Velascos wurden von seinen Anhängern massiv unterstützt. Es war keine Seltenheit, daß Abordnungen von Anhängern Velascos bei dem amtierenden Präsidenten vorstellig wurden, um mit Parolen wie „Das Volk wartet auf Ihre Entscheidung“ und „Sie haben das Schicksal des Vaterlandes in Ihren Händen“ dem Wunsch nach sofortiger Annullierung der besagten Reformen Nachdruck zu verleihen. Eine dieser Abordnungen, das „Movimiento Femenino Velasquista“, brachte zusammen mit diesem Wunsch sogar seine Absicht zum Ausdruck, „daß im Falle eines Entgegenkommens der ‚Velasquismo‘ den Präsidenten Otto Arosemena bei der Wahl 1972 unterstützen könne“ (!), wobei sie ihm in Erinnerung rief, daß „diejenigen, die den ‚Velasquismo‘ verraten haben, noch nie in politische Schlüsselstellungen zurückgekehrt sind“⁹⁰.

Achtzehn Monate nach der Machtübernahme Velascos und der Absorption von Tausenden seiner Anhänger durch den Verwaltungsapparat war der Kampf noch fieberhafter geworden, und die „Velasquistas“ waren mit der Verteilung der Ämter nicht zufrieden. So berichtete die Zeitung *El Telégrafo* über die bittere Klage wegen einer vermutlichen „Diskriminierung“ der „Velasquistas“ durch ihren eigenen „Caudillo“:

„Bei der Versammlung führender Velasquistas in Quito wurde die Anwesenheit von Nichtvelasquistas als Funktionäre und Angestellte im Öffentlichen Dienst scharf kritisiert, und es wurde ausdrücklich als das ausschließliche Recht der Mitglieder dieser Partei bezeichnet, die Posten in der staatlichen Verwaltung und in den indirekt vom Staat abhängigen Organisationen zu besetzen⁹¹.“

Der Zorn vor allem einiger hoher Persönlichkeiten des „Velasquismo“ auf ihren „Caudillo“, weil dieser sie nicht nach ihren Wünschen an der Pfründe der Macht teilhaben ließ, war bereits im September 1968 nach der Machtübernahme Velascos aufgeflammt. Da der „Velasquismo“ nicht über eine Parlamentsmehrheit verfügte, schlossen Velasco und der enge Kreis seiner „Camarilla“ einen „pacto a nivel parlamentario“ (auf deutsch

etwa: Koalition auf parlamentarischer Ebene) mit den Führern der liberalen Fraktion, um sich die Unterstützung eines Großteils der Opposition zu sichern. Theoretisch handelte es sich hierbei um ein Übereinkommen zwischen Regierungspartei und Opposition, im Parlament zusammenzuarbeiten, mit dem Vorbehalt der Opposition, eine unabhängige politische Haltung einzunehmen und die Regierung zu tadeln, wenn sie glaubte, daß die Handlungen des Präsidenten nicht richtig waren⁹². In der Praxis war das Ganze jedoch ein Kuhhandel, bei dem einige einträgliche Posten für die Spitzenfunktionäre der „Opposition“ heraussprangen, deren Gegenleistung darin bestand, den Anschein einer Opposition zu wahren, in Wirklichkeit aber mit dem Präsidenten und seiner „Camarilla“ zusammenarbeiteten.

Velasco Ibarra, der sich dieses Mal an die Liberalen hielt, obwohl er bei jeder Gelegenheit erklärte, daß die sogenannten traditionellen Parteien, Konservative und Liberale, anachronistisch seien und kein Gefühl für die Massen hätten, und daß nur der „Velasquismo“ eine spontane Volksbewegung ohne irgendwelche Bindung an Doktrinen sei, gab in einer seiner Reden eine fast klassische Definition der Einstellung und Zielsetzung der beiden traditionellen Parteien im Hinblick auf Politik und Ideologie. Trotz des Abkommens mit den Liberalen waren seine Worte über den Koalitionspartner äußerst verächtlich. Ein Journalist, der sich selbst als liberal bezeichnete, gab diese Rede, die nach seiner Meinung „die Führer der Liberalen erröten lassen mußte“, wie folgt wieder:

„Die Parteien, jede zu ihrer Zeit, sind immer schnell dabei gewesen, sich von den Velasquistas einspannen zu lassen, mit dem einzigen Unterschied, daß die Konservativen einen höheren Preis an Ämtern für ihre Kollaboration forderten, während es die Liberalen für nur einige wenige Posten in der Verwaltung tun⁹³.“

Diese Gepflogenheit der Parteifunktionäre, die Ämter im Staatsapparat unter sich zu teilen, ist die direkte Ursache für das regelmäßige Auftreten von „ideologischen“ Schismen innerhalb der Cliques und die beständige Zersplitterung derselben⁹⁴. Es erübrigt sich, hinzuzufügen, daß jede der gegeneinander kämpfenden Gruppen dabei für sich den Anspruch erhebt, aus Treue gegenüber der politischen Linie und den Parteiprinzipien zu handeln.

KAPITEL III: „POPULISMO“ ALS MODELL DER ENTWICKLUNG – „VELASQUISMO“ UND MASSENMANIPULATION

Die Verflechtung der traditionsbeladenen sozio-ökonomischen Strukturen mit der mangelnden Dynamik des ecuadorianischen Parteiensystems und die Unfähigkeit des letzteren, als historisches Vehikel zur radikalen Transformation der Gesellschaft zu dienen, haben wir im vorigen Kapitel zu behandeln versucht. Die politischen Parteien sind also nichts anderes als von den sozio-ökonomischen und sozio-kulturellen Bedingungen abhängige politische Variable. Die Art und Weise, in der die herrschende Schicht ihr Modell für die Entwicklung der Gesellschaft in der Politik durchsetzt, findet ihre Kristallisationsform im „Populismo“, einem politischen Phänomen, das wir in diesem Kapitel analysieren wollen.

Die Wechselwirkungen zwischen „Populismo“ als Modell für die nationale politische Entwicklung und der Rentabilität der oligarchischen Interessen werden hier beleuchtet, wobei wir besonders auf die direkte Relation des „Populismo“ zu der fiktiven Mobilisierung und Manipulation der Massen bei gleichzeitiger Starrheit der traditionellen Strukturen eingehen möchten. Zum besseren Verständnis des Phänomens, sowohl in seiner allgemeinen Bedeutung als auch in seiner für die ecuadorianische Gesellschaft spezifischen Erscheinungsform, ist als Einführung ein schematischer theoretischer Rahmen unerlässlich. Danach werden wir sowohl die direkten Ursachen für das Auftreten und den Fortbestand des „Populismo“ als auch seine Verwurzelung und seine Prosperität im politischen Leben des Landes behandeln.

I · EINFÜHRUNG IN DEN „POPULISMO“

Die Weltwirtschaftskrise des Jahres 1929 hatte einen tiefgreifenden Einfluß auf das soziale und politische Gleichgewicht der traditionellen lateinamerikanischen Strukturen. Das kapitalistische System wurde dort zu jener Zeit geprägt von der durch England und den USA anlässlich der formellen Unabhängigkeitserklärung lateinamerikanischer Länder im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts vorangetriebenen politischen und wirtschaftlichen Re-

kolonialisierung¹. Infolge der Unfähigkeit des von der Krise befallenen Systems, die hegemonialen Beziehungen der Abhängigkeit auf dem Weltmarkt aufrechtzuerhalten, das heißt die Überfremdung der Nationalökonomien dieser Länder mit ausländischem Kapital und ihre Rolle als Rohstoffproduzenten und Konsumenten von Industriegütern sicherzustellen, wurde die Integration der lateinamerikanischen Länder in das System des Weltkapitalismus in der Tat geschwächt.

Die Verringerung der Bindungen an die Industrieländer während dieser Epoche, die als „Übergangsperiode“ bekannt geworden ist, – tatsächlich dauert sie noch heute an, denn die Wirklichkeit zeigt, daß das gegenwärtige kapitalistische Herrschaftssystem in Lateinamerika die Eigendynamik sozialer, politischer und ökonomischer Prozesse bremst –, findet in den Ländern, die vor Auftreten der Krise ein bestimmtes Niveau wirtschaftlicher Entwicklung erreicht hatten, ihren entscheidenden Ausdruck in zweifacher Hinsicht:

- a) Auf wirtschaftlichem Gebiet spielt sich unter dem Namen „Substitution der Importe“ in den Produktionsstrukturen ein Prozeß des Wandels ab von einem traditionellen, exportorientierten Agrarsystem zur Konsolidierung und Expansion des internen Marktes und nationaler Industrialisierung.
- b) Die Reorganisation des sozialpolitischen Systems wird determiniert von den verschiedenen strukturellen Situationen der einzelnen Länder und der Entstehung einer neuen Art der Arbeitsteilung, die sich auf politischem Gebiet in einer verstärkten Partizipation an der Organisation des Staates seitens der Nationalbourgeoisie² und der Mittelschichten niederschlägt. Neben diesen sozialen Kräften kommt dem neu entstehenden Industrieproletariat sowie der heranwachsenden Masse einer vom Land in die Stadt gewanderten Bevölkerung bei der Umstrukturierung der Machtverhältnisse eine ständig wachsende Rolle zu³.

Das Auftauchen von bürgerlichen Parteien bzw. Bewegungen in dieser „Übergangsperiode“ nach der Weltwirtschaftskrise von 1929 war für das politische Leben Lateinamerikas in der Folgezeit typisch. Diese Organisationen, die in der politischen Literatur als „Populismo“ bezeichnet werden, stellen noch in der gegenwärtigen Strukturierung der Parteiensysteme den beherrschenden Faktor dar⁴. Obwohl unterschiedlich in bezug auf den reformistischen Charakter und die Entwicklung einer Strategie des Staates für eine nationale Industrialisierung, haben diese Bewegungen wie beispielsweise der „Peronismo“ in Argentinien oder der „Getulismo“ (benannt nach dem Präsidenten Getulio Vargas) in Brasilien im Hinblick auf die Anwendung von Methoden und Mechanismen zur Mobilisierung beziehungsweise Manipulierung der Massen besondere Affinitäten mit den Populismen in Ländern mit vorwiegend vom Agrarwesen geprägter Gesellschaft

wie Peru („Acción Popular Revolucionaria Americana“ – A. P. R. A.) und Ecuador („Velasquismo“).

Conditio sine qua non für ein besseres Verständnis der in Ecuador auftretenden Art von „Populismo“ ist, wie wir glauben, vor allem aus methodischen Gründen die Aufstellung von theoretischen Prämissen im ersten Stadium der Analyse dieses Kapitels, als Weg zu einer Operationalisierung des Begriffsschemas *Populismo* in den zu untersuchenden konkreten Situationen. Dies wird uns eine Interpretation der Tatsache erleichtern, warum der „Velasquismo“ in den vierzig Jahren, seit denen er die ecuadorianische Politik beherrscht – im Gegensatz zu den reformistischen populistischen Bewegungen wie „Peronismo“ in Argentinien, „Getulismo“ in Brasilien oder A. P. R. A. in Peru (obwohl letztere nie direkt an die Macht gelangte) –, die traditionelle Antwort beziehungsweise die politische Variable der Oligarchie zur Überwindung der latenten sozio-ökonomischen Krise darstellt, welche, verstärkt durch die weltweite Erschütterung des Kapitalismus, die Basis der internen strukturellen Domination ins Wanken bringt.

1. Wesen des „Populismo“

Was das 20. Jahrhundert anbelangt, besteht Übereinstimmung darüber, daß von den in Lateinamerika gestarteten Versuchen zur Lösung der gesellschaftspolitischen Krise der „Populismo“ eines der interessantesten Phänomene im politischen Leben des Subkontinents darstellt. Trotz des heterogenen Charakters der populistischen Bewegungen und der Verschiedenartigkeit ihrer Zusammensetzung und Ziele scheinen sie im allgemeinen folgende gemeinsame Züge aufzuweisen:

- a) Eine nominell antidiktatorische Haltung und das Bekenntnis zur repräsentativen Demokratie mit „freien Wahlen“ als legitimer Form zur Erlangung der Macht;
- b) Sie stützen sich vor allem auf die im politisch-sozialen System nicht integrierten urbanen Massen und fördern deren Mobilisierung auf breiter Basis, um mit ihrer Hilfe an die Macht zu gelangen;
- c) Sie werden geführt von einer charismatischen Persönlichkeit beziehungsweise einem „Caudillo“;
- d) Prägung pseudo-sozialistischer und -revolutionärer Gedanken, wobei unter Sozialismus der „welfare state“ verstanden wird, bei gleichzeitiger Ablehnung der willkürlichen Interpretation des Rechtsstaates;
- e) Hang zur staatlichen Planwirtschaft mittels direkter Verstaatlichung oder Schaffung von Kontrollorganen bei gigantischer Aufblähung der Bürokratie;

f) Übersäumender, fast mystischer Nationalismus und Bekämpfung der „imperialistischen Interessen“⁵.

Die vorangegangene Aufzählung von einigen anerkannten Charakteristiken des „Populismo“ soll uns nicht über die Schwierigkeiten hinwegtäuschen, die bei der Analyse der Natur dieses Phänomens auftauchen. Neben der Tatsache, daß es bis jetzt keine allgemein akzeptierte Definition des „Populismo“ gibt, wird das Fehlen einer systematischen Studie spürbar, die die Gründe für das Auftauchen des „Populismo“ sowie seine verschiedenen Spielarten und seine Auswirkungen auf den Wandel der lateinamerikanischen Gesellschaft aufzeigen⁶. Abgesehen von der Pluralität der Standpunkte und Auffassungen bei der Beschreibung dieses Phänomens, scheint uns in einem Punkt der Diskussion Einigkeit zu herrschen, nämlich in der Anwendung des Konzepts des „Populismo“ auf eine kapitalistische Politik, betrieben von jenen bürgerlichen Organisationen mit ursprünglich sozial-reformatorischem Charakter, die nach der Weltwirtschaftskrise in der politischen Szenerie erschienen und infolge der Mobilisierung der marginalen urbanen Massen⁷ in Konflikt mit den traditionellen Parteien, den Säulen der herkömmlichen Machtstrukturen, gerieten⁸. Es besteht kein Zweifel darüber, daß der „Populismo“ im Vergleich zu dem System, das die Rhetorik des Liberalismus anbot, ein erweitertes System der Partizipation geschaffen hat. Die berechtigte Frage bei der Determinierung seines Wesens ist jedoch, ob der „Populismo“, der in der Politik als Entwicklungsmodell dominiert, in seinen praktischen Beziehungen zu den politischen Systemen in Lateinamerika nichts anderes als einen Mechanismus zur Konsolidierung der traditionellen Strukturen darstellt, wie die bisher gemachten Erfahrungen zeigen⁹.

Die Art der Mobilisierung der Massen, wie sie durch den „Populismo“ betrieben wird, erlaubt weder von einer Massenpartei in der Form, wie beispielsweise Duverger die sozialistischen Parteien Europas beschreibt, noch von einem wirksamen Modernisierungswerkzeug zu sprechen, welches fähig wäre, das Bewußtsein der Massen zu wecken und deren Forderungen zu artikulieren, damit ihre Partizipation am politischen Prozeß von traditionellen Wertvorstellungen befreit werde¹⁰. Daß es den populistischen Organisationen an notwendiger struktureller Konsistenz mangelt, um eine Funktion als Repräsentanten von Interessen, die in Wirklichkeit mit denen der traditionellen Parteien inkompatibel sind, ausüben zu können, wird deutlich, wenn wir folgende Realitäten ihrer Komponenten betrachten:

a) Die heterogene Herkunft der Elite („moderne“ Großgrundbesitzer, Industrielle, Militärs, Intellektuelle der Kleinbourgeoisie, Arbeiter etc.) und ihre politischen Ziele setzen der Durchschlagskraft dieser Organisationen

gegenüber den etablierten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen enge Grenzen¹¹.

b) Eine vage Ideologie verschleiert und kanalisiert das Kriterium der Klasse und den Interessenkonflikt der Massen mit den Gruppen, die den Status quo verteidigen, durch die charismatische Faszination des „Caudillo“.

c) Das in der Regel sporadische Auftreten der Organisation führt dazu, daß die populistischen Parteien lediglich bei Wahlen als bloße Empfänger von Wünschen und Aspirationen der manipulierten Massen fungieren, anstatt als dynamische Träger sozialen Wandels.

Trotzdem kann man dem „Populismo“ nicht absprechen, daß die Massen durch die Bewegung als solche und ihre Erlangung der Macht einen bestimmten Grad effektiver Partizipation erreichen – wie auch immer die Manipulation durch die Elite aussehen mag¹². Offen bleibt jedoch die Frage, inwieweit sich diese Partizipation innerhalb des traditionellen Systems abspielt.

Nach Neira und seinem Aufsatz über den „Populismo“, dem wir uns anschließen möchten, ist das Wesen dieser Bewegungen durch den paternalistischen Charakter gegeben, dem die von ihm hervorgerufenen Prozesse sozialer Mobilität unterliegen: „Ils ont en commun la manipulation de la masse par la voie charismatique et la propension de cette masse au caudillisme, au paternalisme et au culte de la personnalité¹³.“

Er geht soweit, zu behaupten, daß sich unter dem Deckmantel moderner Organisationen die lateinamerikanische politische Tradition des 19. Jahrhunderts verbirgt, und schlägt sogar eine Änderung des vagen Ausdrucks „Populismo“ vor: „Nous suggérons que la notion de césarisme, prise dans le sens d'une forme de despotisme qui tente de combiner pouvoir personnel et consentement populaire, remplace celle de populisme¹⁴.“

Die paternalistischen Züge des „Populismo“ werden durch zwei Faktoren verstärkt, die die Wechselwirkungen zwischen der Haltung der Elite und der Art der Mobilisierung der Massen widerspiegeln:

a) Wenn auch als Folge der Industrialisierung, Urbanisierung und Verbesserung der Kommunikationsmittel der Aufbruch der Massen vom Lande und ihre Integration in die populistischen Bewegungen einen Bruch mit dem alten normativ-institutionellen System bedeuten, welches die traditionellen Parteien als Rahmen für die oligarchische Domination eingeführt hatten, so geschieht die Artikulation ihrer Wünsche und Forderungen durch die Elite jedoch nicht auf Grund einer typischen Konfrontierung der mobilisierten Massen als Klasse mit der traditionellen Ordnung¹⁵. Die rapide Umstellung der Landbevölkerung auf das städtische Leben geht nicht mit einem Säkularisierungsprozeß einher, da die urbanen Eliten selbst nicht die dynamischen Kräfte sind, die den Geltungsbereich eines traditionellen Wert-

und Normensystems einengen könnten. Die alten paternalistischen Bindungen zum „Patrón“ bestehen weiter in der Form des modernen „Caudillismo“, und der „Caudillo“ scheint berufen, die mit wachsender Modernisierung steigenden Hoffnungen und Aspirationen zu realisieren¹⁶.

b) Der zweite sehr wichtige Faktor, der ebenfalls eine Stärkung des paternalistischen Wesens des „Populismo“ bedeutet, ist durch den reaktionären Charakter der Mittelschicht gegeben, aus der sich die Elite dieser Bewegung vorwiegend rekrutiert. Die Tatsache, daß sich die Gruppen der Mittelschicht, welche zur Zeit der „Substitution der Importe“ ebenfalls zur marginalen Bevölkerungsschicht gehörten und antioligarchische Prinzipien proklamierten, bald in das System traditioneller Domination integriert haben, hat bewirkt, daß sie die nicht traditionellen Prozesse sozialer Mobilität für die Massen verschlossen hielten¹⁷. Sie sind vielmehr daran interessiert, zur Festigung ihrer errungenen Privilegien mit der Oligarchie zusammenzuarbeiten, indem sie sich des „Populismo“ bedienen, um das Verlangen der Massen nach mehr Partizipation in ihrem Sinne zu manipulieren¹⁸. In der Tat kann das paternalistische Wesen des „Populismo“ und seine Manipulationsfunktion für die Massen am besten verstanden werden, wenn man die Rolle betrachtet, die den Eliten der Mittelschicht im politischen System zukommt:

„Die dekadenten Reste der konservativen Institutionen aus der Halbkolonialzeit (gemeint ist die Zeit vor 1929. A. A.) haben sich dank einer neuen Taktik unter anderem Deckmantel konsolidiert, das heißt durch die Integration der verschiedenen Gruppen der Mittelschicht, welche von dem plötzlichen Aufbruch der Massen ebenso erschreckt waren wie die Oligarchie¹⁹.“

2. Mechanismen der Manipulation

Im „Populismo“ als Bewegung, welche allgemeine Begeisterung hervorruft, die Massen mitreißt und „soziale Gerechtigkeit für die Besitzlosen“ predigt, kommt gleichzeitig am besten zum Ausdruck, in welchem Maße die Mehrheit der lateinamerikanischen Völker quasi sakralen sozio-ökonomischen Strukturen unterliegt. Die von den populistischen Eliten angewandten Methoden zur Massenmobilisierung des politischen Potentials der urbanen marginalen Massen beruhen auf rein irrationalen Erwägungen und sind ohne Zweifel bisher ihre beste Erfolgsgarantie gewesen. Wir möchten hier einige der relevantesten Komponenten aufzeigen, aus denen sich die Art der populistischen Manipulation zusammensetzt, und zwar unter besonderer Berücksichtigung des „Velasquismo“ in Ecuador.

a) Die Bedeutung des Charisma

Das Legitimitätsvakuum, in dem sich die politischen Systeme Lateinamerikas seit der sogenannten Unabhängigkeit bis zur derzeitigen „Übergangs“-Epoche befinden, ist von der Macht des Charisma ausgefüllt worden.

Für das Konglomerat mobilisierter marginaler Gruppen in den Städten, das die Bastion des „Populismo“ bildet, seien es nun die „cabecillas negras“ oder „los descamisados“ zu Zeiten Peróns in Argentinien oder einfach die „chusma“²⁰ des „Velasquismo“, ist aus der durch die Migration vom Land in die Stadt entstandenen Konfliktsituation heraus die Figur des „Caudillo“ als Äquivalent des beschützenden „Patrón“ ein direktes Vehikel zur Integration in die neue Umgebung.

„So ist der Velasquismo die Religion des Subproletariats. Im ecuadorianischen sozio-kulturellen Schachspiel dient Velasco als mythische Figur, die es dem abgewanderten Bauern erlaubt, sich recht und schlecht der entmystifizierten Realität des urbanen Lebens anzupassen, ohne seine geheiligte Vorstellung von charismatischer Macht völlig aufzugeben“²¹.

Max Weber hat auf diese rein persönliche soziale Beziehung hingewiesen, welche die charismatische Herrschaft kennzeichnet²². Für die Anhänger des „Populismo“ bedeutet der „Caudillo“ konkrete soziale und wirtschaftliche Vorteile. Reformistisch erscheinende populistische Bewegungen wie die von Perón und Vargas benutzten die Massen höchstens als Instrument, um auf das traditionelle Herrschaftssystem Druck auszuüben, erlaubten jedoch keine direkte Partizipation dieser Gruppen bei politischen Entscheidungen, sondern verwiesen sie ganz im Gegenteil in eine direkte paternalistische Unterwürfigkeit gegenüber dem Führer, der die Bewegung verkörperte²³. Die demagogische Gesellschaftspolitik war vielmehr darauf ausgerichtet, den Kampfgeist der Massen zu brechen, anstatt aus ihrem politischen Verhalten Innovationskräfte für die Gesellschaft zu schöpfen²⁴.

Das Fehlen der politischen Strukturierung des „Populismo“ hat zur Folge, daß er sich von oben direkt an die Öffentlichkeit wendet, um sich mit dem Charisma des „Caudillo“ durchzusetzen. Diese irrationale Form der Politik, die in ganz Lateinamerika nicht ihresgleichen findet, wird repräsentiert durch die Figur von Velasco Ibarra, dem Führer des „Velasquismo“ in Ecuador. Für Velasco, den routinierten Demagogen, der mit der Macht seines Charisma prahlt: „Gebt mir einen Balkon in jedem Dorf, und ich kann überall zum Präsidenten gewählt werden“²⁵„, besteht die Politik der Täuschung darin, in den Massen, die auf ihn vertrauen, falsche Hoffnungen zu wecken, die nicht erfüllt werden. In jeder seiner feurigen Reden spricht er vor seiner „chusma“ von einem Kampf auf Leben und Tod gegen die unverschämte und ausbeuterische Oligarchie, welche die Funda-

mente der Nation (sprich: das Volk) im Elend hält. Versprechungen von Agrarreformen, Krankenhäusern, Straßen und Schulen, besserer Ernährung sind an der Tagesordnung. Es wird erzählt, daß Velasco einmal per Hub-schrauber in ein abgelegenes Dorf kam und dort den Bau einer Brücke versprach. Als ihm einer seiner Berater bedeutete, daß es dort keinen Fluß gebe, brachte er die armen Bauern noch mehr in Ekstase durch die Bemerkung, daß mit der modernen Technik auch die Konstruktion eines Flusses kein Problem sei²⁶.

Was die „charismatische Macht des Wortes und der zweifellos eine magnetische Attraktion ausstrahlende erhobene Zeigefinger Velascos für die von Hoffnungen erfüllten Herzen“, die ihn zum fünften Mal wählten, bedeuteten, hat ein Journalist und Bewunderer der charismatischen Faszination Velascos einmal so zusammengefaßt: „Die Regierung läßt den Potentaten, den authentischen Oligarchen, die Behandlung zukommen, die sie den Armen schuldig wäre: Schutz, Freiheit, Protektion, wirtschaftlichen Rückhalt . . . und den Armen, den Arbeitern etc. eine Behandlung von zum Hungertod Verurteilten, dem Hungertod, der der Oligarchie vor zwei Jahren versprochen worden war“²⁷.

b) Nationalismus

Ein anderer Manipulationsmechanismus, den die herrschende Klasse mit Hilfe des „Populismo“ anwendet, ist der Nationalismus. Er manifestiert sich erstens in der Form eines übertriebenen Patriotismus, der aus den Großtaten der Nationalhelden gespeist wird, und zweitens in der Hervorhebung der Außenpolitik als Plattform für die Schaffung eines Solidaritätsgefühls mit dem Regime zur Verteidigung der „nationalen Souveränität“. Das dabei wirklich verfolgte Ziel ist die Ablenkung des Volkes von den Problemen der inneren Krise.

Der Patriotismus als Politik ist nichts anderes als die Betonung der einzigartigen traditionellen Werte der eigenen Nation. Mit militärischem Pomp, Zeremonien und martialischen Hymnen anläßlich der Feiertage zur Erinnerung an die verschiedenen Unabhängigkeitskriege wird die europäische Praxis nachgeahmt, eingeführt von der weißen Oberschicht, die auf diese Weise in der Lage versetzt wird, dem Volk eine nationale Idee zu suggerieren²⁸. So ist, wie Bastide sagt, die Nation eine rein mystische Realität, der eine Funktion zugeschrieben wird, durch die die Herrschenden die Manipulation des Klassenbewußtseins und die Kontrolle über die anderen Schichten in den Griff bekommen²⁹. Dieser Patriotismus als nationale Ideologie bedeutet lediglich einen fortwährenden Kampf um die Aufrechterhaltung der Werte des „christlich-demokratischen Systems“ und eine Ab-

schirmung desselben gegen die „falschen Apostel“, welche die Abschaffung der Freien Marktwirtschaft und die Einführung eines „kommunistischen Systems der Unterdrückung“ anstreben³⁰. Daraus resultiert die Stärkung der Armee als der wahren Trägerin der Würde der Nation, denn, wie Velasco sagt, sie bedeutet „die einzige konstruktive Kraft, die Realität und die Hoffnung des Vaterlandes“³¹.

Die nationalistische Haltung, welche die populistischen Bewegungen in ihrer Außenpolitik einnehmen, scheint kaum einer Ideologie zu entsprechen, die auf einer selbständigen Stellung der nationalen Gesellschaft beruht³². Die nationalen Solidaritätsgefühle, die beim Volk hervorgerufen werden, haben mit Nationalbewußtsein überhaupt nichts zu tun. Sie sind vielmehr ein künstlich geschaffenes Produkt und werden meist als Druckmittel verwendet, wenn die Interessen der Oligarchie mit denen des nordamerikanischen Imperialismus oder der Nachbarländer kollidieren. Die Regelmäßigkeit derartiger Konflikte verhilft dem System dazu, die großen sozialen Probleme beiseite zu schieben, für die der „Populismo“ eine Lösung versprochen hatte, und gleichzeitig das interne System der Domination zu stärken und den Klassenkampf zu unterdrücken³³.

Für Velasco Ibarra zum Beispiel ist das Grenzproblem mit Peru während seiner Wahlkampagne wie auch während seiner Präsidentschaften immer ein Lieblingsthema gewesen. Der Verlust von fast der Hälfte des ecuadorianischen Territoriums bei der peruanischen Invasion von 1941 hat sich als geeignetster Vorwand erwiesen, um die Aufmerksamkeit der auf die Einlösung von Versprechen wartenden Massen nach der Grenze hin abzulenken. Als er während der Zeit seiner vierten Präsidentschaft (1960 – 61) die Nichtigkeit des mit Peru geschlossenen Grenzabkommens erklärte und offen von der Möglichkeit eines Krieges zur Verteidigung der heiligen Interessen des Vaterlandes sprach, riefen seine demagogischen Reden, die ohne Zweifel an Hitler und Goebbels erinnern, ein wahres Delirium bei der Menge hervor, als er zum Beispiel ausrief: „Die stinkenden Schweißfüße der Invasoren werden nie auch nur einen Zentimeter unseres heiligen Heimatbodens betreten“³⁴. Während seiner fünften Amtsperiode (1968 – 1972) waren seine Forderungen in unwahrscheinlicher Weise zusammengeschumpft und beschränkten sich auf einen Freihafen, der Ecuador den Zugang zum Amazonas in dem von Peru usurpierten Gebiet garantieren sollte³⁵. Sein Lieblingsthema schien jetzt der nordamerikanische Imperialismus zu sein, wobei er aber gleichzeitig den nordamerikanischen Ölgesellschaften umfassende Privilegien und Konzessionen für die Ausbeutung der neu entdeckten Erdölvorkommen zubilligte³⁶. Zum Ausgleich für diese Politik und als Beweis völliger „nationaler Souveränität“ stimmte der ecuadorianische Delegierte für die Aufnahme Chinas in die Vereinten Nationen.

c) Die anti-oligarchische Ideologie

Der Zustand der Exaltation und des Enthusiasmus, den der Führer bei den „meetings“ mit schwulstigen Redewendungen von sozialer Gerechtigkeit, Freiheit, ökonomischem Fortschritt, nationaler Souveränität etc. hervorruft, bestimmt die politische Verhaltensweise der Massen in der Gesellschaft. Der „Populismo“ zielt nicht auf die Verwirklichung irgendeiner Ideologie zur gesellschaftlichen Emanzipation als Regierungsdoktrin ab, sondern „the ideologies are used instrumentally, as a means of social control and mobilization of the masses, to an extent unparalleled in the older countries. The corpus of the doctrine is reinterpreted and blended with nationalist elements, and above all, ritualized out of recognition“³⁷.

Die lateinamerikanischen Populismen einschließlich der A.P.R.A., welche scheinbar mit mehr Ideologie beladen ist als die anderen, haben bei den Massen keine politische Bewußtseinsänderung vollbracht. Die A.P.R.A. zum Beispiel bezeichnet sich als marxistische Partei und versucht auf Grund des analytischen Instrumentariums des Marxismus die lateinamerikanische Realität zu interpretieren, jedoch mit dem Vorbehalt, daß das Revolutionsschema auf Lateinamerika nicht übertragbar ist³⁸. In der Praxis aber ist die A.P.R.A. eine rein bürgerliche Partei – die Tatsache, daß die Armee ihre Machtergreifung verhinderte, hat andere geschichtliche Hintergründe –, und ihre offenbar radikalen ideologischen Anschauungen bleiben immer beschränkt auf die Reden ihres Caudillo Haya de la Torre, dessen magisches Vokabular von Revolution, anti-oligarchischem und anti-imperialistischem Kampf direkt auf die Manipulation der Massen gerichtet ist. Die aus dem Machthunger ihres „Caudillo“ heraus entstandenen Pakte mit ihren „unversöhnlichen Feinden“ wie zum Beispiel dem nordamerikanischen Imperialismus, der großen peruanischen Oligarchie oder dem Todfeind von Haya de la Torre, dem Ex-Diktator Odría, enthüllen die A.P.R.A. im Verein lateinamerikanischer Parteien³⁹ als eine von vielen politischen Kräften ohne ideologische Konsistenz.

In Ecuador hat Velasco Ibarra nach seinen eigenen Erklärungen als Leitfaden seiner Politik den Liberalismus in der Prägung des 18. Jahrhunderts gewählt: „Ich bin ein Liberaler des 18. Jahrhunderts“⁴⁰. Außer für den Liberalismus plädiert er auch für die direkte Intervention des Staates zur Unterdrückung dessen, was er „das Unwesen des Kapitalismus“ nennt⁴¹. Carlos Widmann hat anläßlich der fünften Wiederwahl Velascos zum Präsidenten im Jahre 1968 die „ideologische“ Standfestigkeit des „Velasquismo“ kurz und sehr objektiv beschrieben:

„Die Wahlbündnisse Velascos waren immer unkonventionell und verwirrend: Zum 1. Mal (1934) wurde er Präsident als Kandidat der Konservativen, aber mit den Stimmen der Liberalen. Bei anderen Gelegenheiten

haben ihn Kommunisten und Sozialisten unterstützt, obwohl seine Wahlkampagne von reaktionären Großgrundbesitzern finanziert wurde. Diesmal stuften ihn die Nachrichtenagenturen als „rechtsgerichtet“ ein, aber das ist sicher nur eine Verlegenheitslösung: Velasco steht über den Parteilagen, und seine nationale Bewegung ist ein erfolgreicher Wahlverein ohne Ideologie⁴².“

Velasco selbst hat immer wieder bestritten, daß der „Velasquismo“ eine Partei sei. „Er ist nur eine Bewegung oder eine Gruppe“⁴³. Und obwohl er immer von der tiefen Ideologie seiner Bewegung spricht, wird seine Schaukelpolitik, nämlich mit den verschiedenen Sektoren der Oligarchie zu paktieren, von ihm selbst so verstanden:

„Natürlich kann man nicht verhindern, daß meine Freunde, die Abgeordneten des Velasquismo, im gegebenen Augenblick umstände halber zu einer Übereinstimmung (mit anderen Gruppen) kommen, um ein bestimmtes Problem zu lösen . . . Die Velasquistas im Parlament werden unter Liberalen, Konservativen und Sozialisten immer Patrioten finden, mit deren Hilfe praktische Probleme gelöst und Gesetze verabschiedet werden können, die dem Land erlauben, aktiv zu werden und zu handeln“⁴⁴.“

3. Typen

Die diversen und manchmal undefinierbaren Schattierungen der politischen Gruppen, denen der „Populismo“ als Sammelbecken dient (Konservative, Liberale, Sozialisten, Kommunisten, Neo-Nazis, Trotzkisten, Anarchisten etc.), machen eine Klassifizierung seiner verschiedenen Spielarten, die vom „gemäßigten“ und „Rechtssozialismus“ bis zum „Nationalismus“ reichen, unmöglich. Die Geschichte Lateinamerikas zeigt jedoch, daß sie im Hinblick auf den Grad der Partizipation der mobilisierten Massen in den einzelnen Ländern und die teilweise Verwirklichung ihrer Aspirationen eine gewisse Differenzierung zulassen. Wir erlauben uns auf Grund dessen zwei Typen zu unterscheiden:

a) Reformistischer „Populismo“

In die Epoche des sich aus der „Substitution der Importe“ ergebenden industriellen Wachstums von 1930–40 und vor allem in das darauf folgende Jahrzehnt 1940–50 fiel die Blütezeit einer Anzahl populistischer Bewegungen, die als reformistisch bezeichnet werden können⁴⁵. Die neue politische Variable, gegeben durch den „Populismo“ als Modernisierungsinstrument der Gruppen der nationalen Bourgeoisie und der Mittelschichten, war in dieser Phase durch drei Charakteristika gekennzeichnet, welche die Rolle

verdeutlichen, die diesen Bewegungen in dem geschwächten traditionellen Herrschaftssystem zukommt:

a1) Eine Situation des inneren Kampfes um die hegemoniale Machtstellung im Staate zwischen den verschiedenen Gruppen der Nationalbourgeoisie und der Mittelschichten, gestützt auf die Mobilisierung der Massen, als Druckmittel gegenüber den traditionellen herrschenden Gruppen⁴⁶.

a2) Mangel an Solidität und sozialer Kohäsion, um ihre eigenen Interessen durchzusetzen und die traditionelle herrschende Klasse an der Macht abzulösen.

a3) Die Unfähigkeit der Elite, ein politisches Repräsentationssystem zu schaffen, welches auf einer realen Mobilisierung und Partizipation der Massen beruht.

Trotz einer Programmatik anti-imperialistischen und anti-oligarchischen Inhalts waren diese Bewegungen nicht in der Lage, die nötigen objektiven und subjektiven Bedingungen zu schaffen, um die Grundlagen des traditionellen oligarchischen Systems zu zerstören. Die traditionelle Oligarchie wird – obgleich ihre unumstrittene Herrschaft in der Organisation des Staates beendet ist – nicht durch die Nationalbourgeoisie oder die Mittelschichten abgelöst; vielmehr wird durch eine Anzahl von Pakten, Vereinbarungen und Kompromissen ein momentanes politisches Gleichgewicht zwischen den rivalisierenden Kräften hergestellt⁴⁷. Einige Autoren gehen so weit, vor allem im Hinblick auf den „Peronismo“, dieses neu entstandene Gleichgewicht als seinem Wesen nach bonapartistisches System zu bezeichnen⁴⁸.

Es kann nicht bestritten werden, daß die mobilisierten Massen durch diese Art von „Populismo“ einen gewissen Grad effektiver politischer Partizipation erreichen und bestimmte soziale Reformen durchgeführt werden. Eine weitere Tatsache ist jedoch, daß sich die Reformen für die sozial und wirtschaftlich mächtigsten Gruppen in annehmbaren Grenzen halten. Die klassischen populistischen Bewegungen von Vargas und Perón beispielsweise, die als die bisher stärksten Repräsentanten des reformistischen „Populismo“ gelten, kennzeichnen sich gerade dadurch, daß sie die Loyalität und Unterstützung der Arbeitermassen mit einer fortschrittlichen Sozialgesetzgebung erkaufen, wobei sie gleichzeitig die Gewerkschaften unter strenger Kontrolle hielten, um ihr Auftreten als unabhängige politische Kräfte zu verhindern⁴⁹.

Die von 1930 an sich abzeichnende Erschöpfung von ökonomischen, politischen und sozialen Entwicklungsmöglichkeiten innerhalb der existierenden Strukturen und die daraus resultierende Interessengemeinschaft zwischen dem ausländischen Kapital⁵⁰, Großgrundbesitzern, Handels-, Finanz- und Industriebourgeoisie und den Mittelschichten, die sich mit der Erholung

des kapitalistischen Systems formierte und die bis heute besteht, zeigt, daß der Anstrich von Dynamik und Modernität, den sich der „Populismo“ gegeben hat, in der Praxis weder einen radikalen Bruch mit der Vergangenheit noch mit dem vielgeschmähten Imperialismus bedeutet⁵¹.

Die reibungslosen „Pronunciamientos“, die von diesem Zeitpunkt an mit erstaunlicher Regelmäßigkeit stattfinden, um die populistischen „Caudillos“ von der politischen Bühne zu fegen, reflektieren die neue Konstellation von reaktionären Kräften, die sich gegen eine erweiterte Partizipation der Massen richtet. Es scheint, daß das vom charismatischen „Caudillo“ verkörperte Manipulationsinstrument der Massen für die restaurativen Kräfte untragbar wird, wenn die Forderungen der Massen an den Staat das „soziale Gleichgewicht“ und die Stabilität des Systems bedrohen. Die populistischen Organisationen üben somit nur eine „reformistische“ Funktion aus, solange sie in der Lage sind, mit ihren Reformen die Forderungen der Massen zu kanalisieren und so dem System als Stabilisierungs- und Konsolidierungsfaktor zu dienen.

b) Restaurativer „Populismo“

Wenn von den Populismen, die seit 1929 auf der politischen Bühne Lateinamerikas aufgetaucht sind, einer ohne Umschweife als reaktionär oder restaurativ bezeichnet werden kann, so ist dies der „Velasquismo“ in Ecuador. Es hat in anderen Ländern mit einer Ecuador sehr ähnlichen sozioökonomischen Struktur ebenfalls Populismen gegeben, aber im Gegensatz zum „Velasquismo“ zeigte die politische Orientierung der Führerelite dort reformistische Züge. Beispiele dafür sind die Bewegung von Arévalo und Arbenz in Guatemala, Juan Bosch in der Dominikanischen Republik und Haya de la Torre in Peru. Zum besseren Verständnis des Nährbodens, auf dem der „Velasquismo“ heranwuchs, und damit des ihm eigenen Wesens, möchten wir, bevor wir dieses Phänomen einer eingehenden Analyse unterziehen, auf einige Prämissen hinweisen, die uns zu seiner Charakterisierung nützlich erscheinen:

b1) Im Gegensatz zu den Ländern, in denen während der Zeit der Industrialisierung eine nationale Bourgeoisie, welche die Kontrolle über die Produktion ausübte, reformistische populistische Organisationen hervorbrachte, entwickelte sich in Ecuador keine der Gruppen des traditionellen Agrarexportsystems zu einer nationalen Bourgeoisie, welche die Wirtschaft hätte beherrschen und das hegemoniale politisch-soziale System der Oligarchie hätte verändern können.

b2) Das politische System funktionierte auf der Basis eines Klassenmonopols der traditionellen Oligarchie. Die neu auftauchenden Gruppen sind klein (Mittelschicht, städtisches Proletariat) und zu schwach organisiert, um

politische Entscheidungen zu beeinflussen oder die Macht der Oligarchie zu brechen und ein neues politisches Gleichgewicht herzustellen.

b3) Wenn es einen Konsensus im Staate gibt, so bedeutet dies nichts anderes als ein stillschweigendes Einverständnis in bezug auf die Anerkennung von politischen Einflußzonen unter den einzelnen Gruppen der Oligarchie, das heißt den Großgrundbesitzern in den Anden und der Handelsoligarchie an der Küste, deren Export auf der Monokultur ihrer Latifundien beruht⁵².

b4) Die sozialistische und die kommunistische Partei, die vor der Krise auftauchten, rekrutierten ihre Elite aus der Kleinbourgeoisie, waren sehr stark intellektuell geprägt und spielten eine marginale Rolle bei der Organisation und Artikulierung der Interessen der neuen Mittelschicht und eines urbanen Subproletariats.

Die vor allem für die liberale Export-Großbourgeoisie der Küste prekäre Situation, in der sich die ecuadorianische Oligarchie in den zwanziger Jahren befand infolge der Seuche, von der die Kakaopflanzungen als die hauptsächlichste und beinahe ausschließliche Exportquelle heimgesucht wurden, sowie durch den von der Superproduktion anderer Anbauggebiete wie beispielsweise Brasilien und Afrika hervorgerufenen Preisverfall auf dem Weltmarkt, verschlechterte sich noch mit dem Auftreten der weltweiten Krise des kapitalistischen Systems⁵³. Obwohl die Oberschicht das Monopol auf die politischen Institutionen hatte, die neue Mittelschicht und das urbane Subproletariat unterdrückte und diese Verhältnisse fast unverändert aufrechterhalten wurden, konnten letztere politisch nicht zum Schweigen gebracht werden. Trotz minimaler Möglichkeiten sozialer Mobilität, welche die Stadt mit der geringen Differenzierung ihrer produktiven Strukturen bot, beschleunigte sich das demographische Wachstum rapide. Es wurde jeden Tag schwieriger, die soziale Rebellion der neuen Gruppen durch so archaisch organisierte Parteien wie die Liberalen und Konservativen zu kanalisieren, zumal in den Kreisen der Mittelschicht und der neu entstehenden Gewerkschaften von Handwerkern und Arbeitern einer unbedeutenden Industrie die Prinzipien der russischen Revolution einen starken Einfluß ausübten. Gerade während dieser Zeit entstanden die kommunistischen und die sozialistischen Parteien.

Zum Bankrott der zur Manipulation der Massen eingesetzten traditionellen Parteien kam noch die Schwächung des oligarchischen Systems durch ständige Machtkämpfe zwischen den verschiedenen dominierenden Gruppen. In dieser Zeit der Krise der Oligarchie und der neu im System operierenden, auf Wandel bedachten Gruppen erschien im Jahre 1933 auf der politischen Bühne Ecuadors die Figur Velasco Ibarra als Bannerträger für die Belange des Volkes, soziale Gerechtigkeit und als Todfeind der oligarchischen Interessen. Auf ihn konzentrierten sich die Hoffnungen auf Ver-

änderung der sozialen Strukturen seitens des Subproletariats und einer wenigstens während dieser Zeit reformistischen Mittelschicht. In Wirklichkeit war Velasco jedoch von Anfang an ein Instrument zur Verteidigung der Interessen der Oligarchie.

„L'Equateur apparait comme l'image inversée du cas péruvien ou, en d'autres termes, il est l'exemple de ce qui advient quand le populisme local n'interrompt pas mais utilise le système des partis traditionnels. C'est le cas de Velasco Ibarra⁵⁴.“

II · DER „VELASQUISMO“: SEINE HINTERGRÜNDE IN VERGANGENHEIT UND GEGENWART

Zweifelloos ist in den letzten vierzig Jahren der „Velasquismo“ die rentabelste politische Variable der herrschenden Klasse Ecuadors zur Erreichung und Ausübung der Macht gewesen. Fünfmal war Velasco Präsident: 1934 – 35, 1944 – 47, 1952 – 56, 1960 – 61, 1968 – 72. Bemerkenswert ist, daß er nur einmal seine verfassungsmäßige Amtszeit beenden konnte (1952 – 56); in den restlichen vier Fällen ernannte er sich zum Diktator und endete viermal im Exil.

Der „Velasquismo“ hat der politischen Entwicklung des Landes seinen Stempel aufgedrückt. Er hat der Oligarchie mit seiner Manipulationspolitik nicht nur dazu verholfen, den Status quo der Strukturen permanenter externer und interner Domination aufrechtzuerhalten; obwohl seine Regierungen in der Regel in Diktaturen ausarteten, ist die Tatsache, daß Velasco mit Hilfe „freier Wahlen“ an die Macht kam, auch eine geeignete Dekoration für das System der Repräsentativen Demokratie, dem sich die ecuadorianische Oligarchie, welche sich als integren Bestandteil des „Freien Westens“ betrachtet, verschworen hat⁵⁵. Die unmittelbaren Ursachen für das Entstehen des „Velasquismo“ und seine Fortdauer als politisches Modell der Entwicklung werden wir hier untersuchen.

1. Die unmittelbaren Ursachen

In den dem „Velasquismo“ vorangehenden Jahren entbrannte ein erbitterter Kampf um die Macht zwischen den „Camarillas“ der traditionellen Parteien, der Konservativen und der Liberalen. Die Liberalen, welche dank der „Revolution“ des 5. Juni 1895 die Konservativen aus dem Feld schlagen konnten, verloren bald ihren reformerischen Elan und konzentrierten sich auf einen „ideologischen“ Kampf, in dem der Antikleri-

kalismus sowie die Trennung von Staat und Kirche die Hauptrolle spielten⁵⁶. Im Gegensatz zu dem einheitlichen Block der konservativen Kräfte, welche durch die Kirche und die Großgrundbesitzer der Sierra personifiziert wurden, wurde das liberale Lager von einem internen Kampf zwischen den verschiedenen, vom Streben nach Macht besessenen, caudillistischen Faktionen erschüttert.

Die Institutionalisierung des Wahlbetrugs, die Anwendung von Gewalt durch das vom Liberalismus geschaffene ausführende Organ der Berufsarmee⁵⁷ sowie eine Politik des geschlossenen Kreises (de „argolla“) auf der Basis von Pakten und Vereinbarungen zwischen den mächtigen Wirtschaftsgruppen der Export- und der Banken-Oligarchie an der Küste waren die einzigen Mittel, mit denen der Liberalismus versuchte, sich an der Macht zu halten und sich gegen die revanchistischen Pläne der Gruppen konservativer Großgrundbesitzer zu verteidigen. Unterstützt von der Kirche, sind die letzteren auf dem Weg, alle Anstrengungen zu unternehmen, um wieder an die Macht zu gelangen. Ein weiterer, nicht zu unterschätzender Gegner des Liberalismus sind die auf Grund der ökologisch-demographischen Veränderungen durch Migration und Urbanisierung auf der politischen Bühne erscheinenden Volksgruppen einer neu entstehenden Kleinbourgeoisie und des Subproletariats. Der Zerfall des durch den Liberalismus eingeführten hegemonialen Machtsystems der Oligarchie wird bei der Betrachtung dreier Begebenheiten, die in direktem Zusammenhang mit dem Auftauchen des „Velasismo“ standen, besser verständlich.

a) Die „Revolution“ vom 9. Juli 1925⁵⁸: Das Debüt der Kleinbourgeoisie. Die Krise infolge der Erkrankung der Kakaopflanzen, der Vernichtung der Ernte und des Preisverfalls auf dem Weltmarkt, von der die exportorientierte liberale Oligarchie an der Küste direkt betroffen war, die Anfang der 20er Jahre beginnende, galoppierende Inflation, Geldentwertung und der auf die Politik der Sozialisierung der Verluste zurückzuführende zunehmende Pauperismus im Volke⁵⁹ fanden auf politischem Gebiet ihren Niederschlag in einer Reihe von Rebellionen gegen die liberalen Regime, bei denen die neu entstehende Kleinbourgeoisie und das Subproletariat die aktiven Unruheherde darstellten.

Das für die nationale politische Entwicklung jener Epoche bedeutendste Ereignis war ohne Zweifel die sogenannte Julirevolution von 1925. Bei dieser „Revolution“ tauchte die Mittelschicht zum ersten Mal, wenn auch nur flüchtig, auf der politischen Bühne auf, und zwar in der Uniform der Militärs, und es wurde ihr ein Mitspracherecht bei politischen Entscheidungen zubilligt. Die jungen Offiziere, die hauptsächlich aus der aufstrebenden Kleinbourgeoisie stammten, machten die Angelegenheit der Besitzlosen zu

der ihrigen und wandten sich gegen die engen Verflechtungen der Interessen der korrupten Offizierscliquen der oberen Ränge mit denen der liberalen Regierung, die sogenannte Tyrannei der Banken an der Küste. Wenn es auch dem bescheidenen Reformprogramm⁶⁰ der jungen und unerfahrenen Offiziere an einer Ideologie mangelte, die als Basis für einen Wandel der herrschenden archaischen Strukturen hätte dienen können, so konnte es doch nicht nur an den spärlichen sozialen Errungenschaften gemessen werden, die während der wenige Monate dauernden Revolutionsregierung zustande gekommen waren, bevor diese Regierung ein Opfer der internen Unterminierung und des Drucks der vereinten Oligarchie wurde. Aus Furcht vor einem möglichen – aber dem Programm nach noch weit entfernten – Angriff auf die geheiligten Interessen des Privateigentums (vor allem des Latifundiums) besann sich die Oligarchie nunmehr auf die „Einheit der Klasse“, rief die verschiedenen liberalen Faktionen zu gemeinsamen Kampf auf und erreichte dabei ebenfalls die Mitarbeit der Großgrundbesitzer aus der Sierra, welche die Konservative Partei bildeten. Daraus entstanden wichtige politische Konsequenzen, die in der weiteren Entwicklung des Landes und beim Auftauchen des „Velasquismo“ nicht zu übersehen sind:

- a1) eine rasch fortschreitende Schwächung der politischen Macht der liberalen Oligarchie, welche wiederum ans Ruder gekommen war;
- a2) eine „ideologische Umstrukturierung“ der konservativen Oligarchie, welche nun nicht nur um eine Partizipation, sondern jetzt und immer in der Folgezeit um die Macht selbst, das heißt die Alleinherrschaft kämpfte;
- a3) das Auftauchen einer Reihe von Gruppen, welche sich unabhängige Parteien nennen, jedoch nichts anderes sind als Faktionen oder Instrumente, deren sich eben die liberalen und konservativen Oligarchien bedienen, um so die Massen von neuem auf ihre Seite zu bekommen;
- a4) die Präsenz und das Vorgehen der Kleinbourgeoisie als Elite der neuen marxistischen Parteien, der Sozialisten und Kommunisten, die den Anspruch erheben, die Arbeiterklasse zu repräsentieren;
- a5) der Aufschwung und die Stärkung der Organisationen des Subproletariats, die durch ihre Streiks für mehr soziale Gerechtigkeit und politische Partizipation Druck ausüben⁶¹.

b) Die „Umstrukturierung“ in der Konservativen Partei

Die Revolution von 1925 war ein Alarmzeichen für die beiden traditionellen Parteien vor allem deshalb, weil ein offener Kampf beiden nur zum Nachteil hätte gereichen können. Die zu dieser Zeit latente Kakaokrise und später die Weltwirtschaftskrise 1929, welche eine noch stärkere Verringerung der Einnahmen und folglich des wirtschaftlichen Potentials der liberalen Oligarchie mit sich brachte, wirkten sich in der Abschwächung

des Antiklerikalismus als Ideologie aus. Der zeitweise blutige Kampf, den sich die beiden Gruppen im Namen der Religion bisher geliefert hatten, endete mit dem freundlichen Angebot der Liberalen an die „hombres notables“ der Konservativen Partei, sich an der Regierung zu beteiligen und bei der Lösung der großen nationalen Probleme mitzuhelfen beziehungsweise bei der „Verteilung der Beute der öffentlichen Ämter“ dabei zu sein⁶².

Die Konservativen modernisierten ihrerseits ihre Ideologie. Das neue Programm, welches von der „Asamblea Conservadora“ nur drei Monate nach der Juli-Revolution verabschiedet wurde, sprach nicht mehr vom Staat als der Stütze oder dem „säkulären“ Arm der Kirche, sondern von der Freiheit des Unterrichts (vorher sollte dieser der Kirche anvertraut werden), vor allem von religiöser Toleranz, Kampf gegen die Ausbeutung der Indios (!) und noch einer Reihe vager Reformen⁶³, jedoch ohne Nennung geeigneter Maßnahmen zur Abschaffung der Versklavung der Indios in dem Latifundiensystem, welches die Hauptbasis der konservativen politischen Macht darstellte.

Der rein reaktionäre Charakter der konservativen Politik, welche zwecks Erlangung wirtschaftlicher Vorteile für eine Minderheit den Status quo verteidigte, und ihre Unfähigkeit, die Interessen der neu auftauchenden Schichten als Träger sozialen Wandels zu artikulieren, treten offen zutage, wenn man die Komponenten betrachtet, aus denen sich die Partei zusammensetzte. Zu jener Zeit (auch heute sind sie nicht anders!) konnten diese nach Manuel Enrique Ayala unter anderem so resümiert werden:

- b1) Die Elite der Konservativen wird gebildet von Mächtigen aus Wirtschaft, Gesellschaft und Kirche, Großgrundbesitzern aus der Sierra und Akademikern der Oberschicht;
- b2) Unterstützung vom Volk, vor allem seitens der katholischen Wählerschaft in den Provinzen der Sierra mit vorwiegend indianischer Bevölkerung, wo die Kirche die erste Großgrundbesitzerin ist.
- b3) Fundament der Doktrin ist der Kampf um die Erringung von Freiheiten, vor allem Wahlen und Religion betreffend, unter Beibehaltung der alten Struktur des Staates, welche auf Familie, Religion und Eigentum aufgebaut ist.

- b4) Ausgeprägter Sinn für elitäre Organisation und starre Disziplin in der Partei mit dem Ziel, die „Einheit der Klasse“ zu erhalten⁶⁴.

Abgesehen von ihrem aristokratischen Charakter, der es ihr nicht erlaubte, die Massen des Volkes und der aufstrebenden Gruppen als Druckmittel gegen ihr eigenes System zu mobilisieren, befand sich die Konservative Partei trotz direkter Partizipation an der Regierung im Nachteil gegenüber der korrupten und trotz Krisen immer noch wirtschaftlich mächtigen Oligarchie der Liberalen, da der im politischen Kampf zwischen den beiden

Gruppen ausschlaggebende Faktor, nämlich die Armee, dem Liberalismus ergeben war. Diese aussichtslose Situation in bezug auf die Wiedererlangung der Macht wird von Ayala so gesehen:

„Die Konservative Partei hat an allen Wahlen bis 1940 teilgenommen. Man wußte, daß die Liberalen die Wahl fälschen würden und daß der Sieg eine Utopie war, aber die Männer kämpften . . . Die Partei war stark, aber es fehlte ihr ‚etwas‘, um an die Macht zu kommen. *Dieses ‚Etwas‘ war VELASCO IBARRA*, der 1934 die Wahl mit Unterstützung der Konservativen gewann⁶⁵.“

c) Der Kampf um „freie Wahlen“

Wenn es eine Partei gibt, die durch den „Velasquismo“ wesentlich gestärkt worden ist, so ist dies, das muß hier gesagt werden, die Konservative Partei. Andererseits hat auch Velasco seine politische Existenz in erster Linie den Konservativen zu verdanken⁶⁶. Der reaktionäre Charakter des „Populismo Velasquista“ kann daher nicht verwundern. Eines der Ereignisse, die als Katapult für das Auftauchen Velascos im politischen Leben dienen sollte, bezog sich gerade auf den Kampf der Konservativen um die Wiedererlangung der Macht. Im Jahre 1932 wurde der konservative Kandidat Neptalí Bonifaz zum Präsidenten der Republik gewählt. Nach Ansicht der Liberalen konnte jedoch der Großgrundbesitzer und Millionär Bonifaz infolge seiner peruanischen Abstammung das Präsidentenamt nicht ausüben. Nach seiner Disqualifizierung durch den Kongreß und viertägigem grausamen Kampf zwischen zwei feindlichen Gruppen der Armee um die Respektierung des Verfassungsmandats gewannen die Liberalen wiederum die Oberhand. Bei den Ende desselben Jahres (1932) durchgeführten Präsidentschaftswahlen gewann der liberale Kandidat Juan de Dios Martínez Mera. Velasco, der als „unabhängiger“ Kandidat an den Parlamentswahlen des gleichen Jahres teilnahm, wurde durch die Unterstützung der Mittelschichten und des Subproletariats von Quito mit großer Mehrheit in den Kongreß gewählt. Schon damals zeigte er sich in seinen leidenschaftlichen Reden als Demagoge und Meister der Massenmanipulation. An der Spitze der starken Opposition reaktionärer Bonifazisten wurde er zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses („Cámara de Diputados“) gewählt⁶⁷.

Jetzt begann Velasco seine zermürbende Kampagne gegen Martínez Mera, den er beschuldigte, „durch Wahlfälschung an die Macht gekommen zu sein“, wobei sich Velasco als Anwalt der Volksinteressen und der freien Wahlen ausgab. Sein erster großer politischer Triumph ließ nicht auf sich warten. Ein von Velasco und seinen konservativen Bonifazisten im Parlament eingebrachter Antrag forderte den Präsidenten Martínez auf, „mit einer patriotischen Geste die demokratischen Wege zu ebnen *für eine neue*,

*freie und spontane Demonstration des Volkswillens*⁶⁸. Mit dem Rücktritt von Martínez – er war weniger als ein Jahr Präsident gewesen – begann praktisch die Ära des „Velasquismo“ für das Land. Im Dezember desselben Jahres (1933) kam Velasco als gemeinsamer Kandidat der Liberalen und Konservativen – ohne Gegenkandidat – mit „überwältigender Mehrheit“ als Präsident der Republik an die Macht. Am 1. September 1934 übernahm er zum ersten Mal die Führung des Staates, und „von nun an [ließ] sich das Land gefangennehmen von dieser Redegewandtheit, die zwar keine konkreten Aktionsprogramme“ anbot, aber versprach, „die Fesseln zu sprengen“, „Schluß zu machen mit der Vetternwirtschaft“, „die Korrupten und Bestechlichen an die Wand zu drücken“ und ähnliches⁶⁹.

2. Traditionelle Oligarchie versus Kleinbourgeoisie: Velasco als politische Variable

Das taktische Manöver der konservativen und liberalen Oligarchie (vor allem der letzteren, die sich mit dem Staat identifiziert hatte und jetzt sogar ihren Gegenkandidaten zurückzog), bei den Präsidentschaftswahlen 1934 die Macht kampflos Velasco zu überlassen, ist nur vor dem Hintergrund der vom „Caudillo“ bei den Massen (gemeint ist hier vor allem die Kleinbourgeoisie, außerdem das kaum organisierte Subproletariat und große Teile der marginalen Bevölkerung) verursachten Hypnose zu verstehen, welche zur Stabilisierung des Systems und einer größeren politischen Rentabilität sowie der sozialen Kontrolle eben dieser mobilisierten Massen genutzt werden sollte. Diese Taktik sollte jedoch nur von kurzer Dauer sein. Velasco konnte nur 11 Monate regieren. Gerade die liberale Oligarchie, welche der Umstände halber auf die Erhaltung des „demokratischen“ Zweiparteiensystems verzichtet hatte, um den parteilosen „Caudillo“ zugunsten der „nationalen Einheit“ zu lancieren, fühlte sich angesichts der Tatsache, daß das von Velasco geschaffene neue Gleichgewicht ihren Interessen anscheinend nicht entsprach, bald benachteiligt. Wenn auch einerseits seine Demagogie eine gewisse politische Rentabilität insofern sicherte, als sie die nach Partizipation verlangenden Gruppen so manipulierte, daß sie über den politisch-sozialen Status quo nicht hinauswachsen konnten, so wurde ihm andererseits von den Liberalen vorgeworfen, er verkaufe sich an die Konservativen und ließe das Land vom Klerus beherrschen, er sei ein Mann voller Widersprüche und ein Verräter der Liberalen Partei, mit anderen Worten: ein verkappter Konservativer⁷⁰. So wurde Velasco nach einem im Alleingang unternommenen Versuch, sich als Diktator zu proklamieren, von der Armee als dem Instrument der liberalen Oligarchie ab-

gesetzt. Seit dem Sturz Velascos im Jahre 1935 wurde der Pakt der Oligarchie zwischen den „Camarillas“ der Konservativen und der Liberalen Partei immer wieder geschlossen und aufgelöst, unter striktem Ausschluß der aufstrebenden Gruppen an Prozessen politischer Entscheidungen, bis zum Jahre 1944, dem Jahr der sogenannten „Glorreichen Revolution des 28. Mai“, die dem Regime des Präsidenten Arroyo del Río, des Vertreters des aristokratischen Flügels der Liberalen, ein Ende setzte.

Die Repräsentanten der verschiedensten politischen Richtungen – zu denen nun auch die Vertreter der Kleinbourgeoisie und des ebenfalls von dieser in der Kommunistischen und der Sozialistischen Partei repräsentierten organisierten Subproletariats zählen –, die sich in einer um die Figur Velasco gruppierten ad hoc-Organisation mit Namen „Alianza Democrática Ecuatoriana“ (A. D. E.) zusammengeschlossen hatten, riefen Velasco nach dem Sieg der Revolution als Retter des Vaterlandes aus dem Exil zurück. Von diesem Zeitpunkt an begann der „Velasquismo“ als unerläßliche und bestimmende politische Kraft im Parteiensystem Ecuadors seine Wurzeln zu schlagen.

Zur Erhärtung unserer These, daß der „Velasquismo“ als „Populismo“ eine ganz reaktionäre Kraft ist, möchten wir hier auf die Beschaffenheit und die Einstellung der politischen Kräfte eingehen, aus denen sich die „Alianza Democrática Ecuatoriana“ zusammensetzt und die von 1944 an mutatis mutandis die eigentlichen Fundamente des „Velasquismo“ darstellen.

a) Die traditionellen Parteien

Werfen wir angesichts der Gärung in den Volksmassen, die die Revolution des 28. Mai hervorrief, einen Blick auf die Situation, die Ziele und das Verhalten der beiden traditionellen Parteien.

a1) Die von der Konservativen Partei vertretene Großgrundbesitzeroligarchie war ein entscheidender Faktor in der neuen, um Velasco gebildeten Allianz. Ihre Opposition gegenüber der liberalen Regierung beruhte auf rein pragmatischen Gründen: Der Führer des aristokratischen Flügels der Liberalen Partei oder des „Arroyismo“, Präsident Arroyo del Río, mit seinen Terrormaßnahmen und seinem Polizeistaat, war keine Garantie mehr für das Funktionieren des Systems. Ein weiterer Verbleib Arroyos an der Macht hieß eine Rebellion des Volkes auslösen, welche nicht mehr hätte kontrolliert werden können und sich ohne Zweifel gegen die Interessen der Großgrundbesitzer-Oligarchie gerichtet hätte.

a2) Die liberale Oligarchie der Küste war in der Allianz ebenfalls vertreten. Sie wirkte unter dem Namen „Partido Liberal Radical Independiente“ und trug den klangvollen Beinamen „Linker und progressiver

Flügel des ecuadorianischen Liberalismus“⁷¹. Diese Bezeichnung, welche sich die gegen Arroyo del Río gerichteten Faktionen der Liberalen Partei gaben, darf uns nicht zu der irrtümlichen Annahme verleiten, daß sie die Funktion einer Nationalbourgeoisie im politischen System übernahmen und sich in ihrer Haltung von den Gruppen um Arroyo del Río, welche als direkte Repräsentanten der im Lande ansässigen ausländischen Unternehmen auftraten, unterschieden⁷². Ganz im Gegenteil: keine von ihnen, zu welchem Sektor sie auch gehören mochten – zur traditionellen Handelsbourgeoisie oder zu den „modernen“ Sektoren der Banken und der Industrie –, war weder während der Epoche der „Substitution der Importe“ noch zur Zeit des durch den Zweiten Weltkrieg hervorgerufenen Wirtschaftsbooms in der Lage gewesen, die nationale Produktion als kapitalistische Unternehmer zu organisieren und zu kontrollieren, die Industrialisierung voranzutreiben und eine modernisierende politische Elite zu bilden, welche zu den Großgrundbesitzern der Sierra ein Gegengewicht hätte darstellen und auf diese Druck ausüben können. Die liberale und die konservative Oligarchie ergänzten sich vielmehr bestens, wenn es darum ging, die soziale Kontrolle über die Massen zu behalten, um für sich selbst aus ihren Ämtern im Staate ein Maximum an Gewinn herauszuwirtschaften. Die Opposition gegen den „Arroyismo“ von seiten der liberalen Gruppen und deren Teilnahme an der neuen Allianz zugunsten Velascos wurde vom gleichen Ziel geleitet wie die konservative Elite, nämlich von der Stabilität des Systems.

a3) Sowohl für die Großgrundbesitzer-Oligarchie in den Anden, wo die große Zahl indianischer Bevölkerung an sich ein „politisch-soziales Gleichgewicht“ schafft, wie auch für die wirtschaftlich viel stärkere Großbourgeoisie der Küste, – die sich jedoch größeren Problemen gegenüber sieht, denn in ihrer „Region“ (das heißt im Hafen von Guayaquil) mit ihrer vom Ausland abhängigen Wirtschaft und der durch die Landflucht ständig wachsenden Stadtbevölkerung konzentrierte sich und gährte die Rebellion der aufstrebenden Gruppen – fungierte Velasco als Katalysator für den Status quo, zumal die Integration der neuen Gruppen in das System nicht auf institutionellem Wege vor sich gehen konnte, sondern mit Hilfe persönlicher beziehungsweise paternalistischer Protektion, was eine bessere Kontrolle und Manipulation erlaubte. Mit anderen Worten: Eine gewisse politische „Modernisierung“ für die neuen urbanen Gruppen wurde zugestanden, jedoch ohne Veränderung der traditionellen Machtstrukturen⁷³.

b) Die Situation der Kleinbourgeoisie

Es kann gesagt werden, daß der „Velasquismo“ in Ecuador als eigentliche „Ideologie“ der Kleinbourgeoisie auftritt, als Instrument der aufsteigenden

Mittelschichten zur Artikulierung ihrer Interessen bei ihrem Streben nach Partizipation im politischen Entscheidungsprozeß⁷⁴. Dies bedeutet aber auf keinen Fall, daß seine Politik gegen die Oberschicht gerichtet ist, zumal sich ein großer Teil der Elite aus Elementen aller Schattierungen der traditionellen Oligarchie von Liberalen über „Unabhängige“ bis zu den Konservativen rekrutiert.

In der politischen Theorie des lateinamerikanischen „Populismo“ charakterisiert sich jedoch der „Velasquismo“ besonders dadurch, daß die urbanen Mittelschichten sich seiner im Kampf mit den traditionellen Gruppen um die politische Macht bedienen, und dies im Widerspruch zu den anderen Typen des „Industrialisierungspopulismo“, welche, obwohl sich ihre Eliten ebenfalls zum großen Teil aus der Mittelschicht bilden, sich den Anstrich einer Ideologie der Arbeiterklasse geben. Die Fälle Brasilien und Argentinien beispielsweise haben gezeigt, daß die Massen der Arbeiter in den Städten der Elite der Nationalbourgeoisie folgten, während die Mittelschichten aus Furcht vor der Vernachlässigung ihrer Interessen nicht ohne weiteres diese Politik unterstützten⁷⁵. Das Fehlen einer organisierten Arbeiterschaft und einer Politik der Industrialisierung bewirkt aber in Ecuador, daß die Kleinbourgeoisie an die Stelle der Arbeiterschaft tritt⁷⁶.

„[Der Velasquismo] weckt nicht die Interessen einer Arbeitermasse, sondern die eines Halbproletariats mit einer viel weniger entwickelten Organisation und längst nicht so ausgeprägten ideologischen Definition⁷⁷.“

Dies erklärt, wie der in seiner Art einmalige „Velasquismo“ trotz seines ausgeprägt restaurativen Charakters die Massen manipulieren, im politischen Leben Ecuadors Wurzeln schlagen und auf Grund der Integration und Wahrnehmung der Interessen der Kleinbourgeoisie ohne die Notwendigkeit der Neutralisierung der Arbeiterschaft durch eine geschickte Sozialpolitik erfolgreich sein konnte. In gleicher Weise unterscheidet er sich von anderen Populismen in den Andengebieten, wie der A.P.R.A. und der M.N.R., deren Eliten sich ebenfalls zum größten Teil aus Elementen der aufstrebenden Kleinbourgeoisie zusammensetzen, die sich aber direkt an die Arbeiterschaft wandten und soziale Reformen anstrebten und auch durchführen konnten⁷⁸.

Die Kleinbourgeoisie erreichte durch den „Velasquismo“ ihre Vollmündigkeit, und zwar mit der „Revolution“ vom 28. Mai 1944. Der Kern der politischen Elite der „Alianza Democrática Ecuatoriana“ bestand hauptsächlich aus Männern des Mittelstandes. Sowohl die Offiziere, die die Bewegung anführten, als auch die Politiker, die die neuen politischen Kräfte des Landes vertraten, gehörten zu dieser Schicht. Die Führungsspitzen der neuen Parteien, die zusammen mit den traditionellen Parteien die A. D. E. bildeten (mit der Kommunistischen und der Sozialistischen Partei an der

Spitze) und sich um Velasco gruppierten, repräsentierten zu jener Zeit den modernen Zweig der nationalen Politik. Diese neue urbane Bourgeoisie, Resultat eines Prozesses der Urbanisierung, der sich innerhalb des archaischen traditionellen Systems vollzog, hing in Wirklichkeit sozial und ökonomisch direkt von der Oberschicht ab. Daher fehlte auch dieser Kleinbourgeoisie das Klassenbewußtsein, eine Ideologie und ein politisches Programm, welche die Mobilisierung und Integrierung des Subproletariats außerhalb der traditionellen Kanäle hätte herbeiführen können⁷⁹. Die Konkretisierung der Politik der Kleinbourgeoisie durch Velasco bedeutete ihrerseits, daß letzterer als einziger möglicher Träger des Wandels betrachtet wurde⁸⁰.

Vor allem wenn man die Serie pathetischer Deklarationen und die Festlegung fortschrittlicher Prinzipien in der neuen Verfassung betrachtet, welche nach dem 28. Mai in Kraft trat, ist es nicht übertrieben, zu behaupten, daß die Anerkennung ihrer Rolle in dem politischen Entscheidungsprozeß seitens der traditionellen Gruppen das erklärte Ziel der Kleinbourgeoisie darstellte, zumal sie bis zu diesem Zeitpunkt von diesem Prozeß ausgeschlossen war⁸¹. Um jedoch klarzustellen, daß diese neue Rolle der Kleinbourgeoisie keinen Wandel im System bedeutete, muß andererseits darauf hingewiesen werden, daß Velasco nicht nur als ihr Repräsentant handelte, sondern gleichzeitig als solcher der traditionellen Parteien, und vor allem der Konservativen, die mit Unterstützung der Kirche in den Andenprovinzen ihre unumschränkte Herrschaft ausübten und in der neuen Allianz eine maßgebende Position einnahmen. Die Tatsache, daß die Kleinbourgeoisie sich mit den traditionellen Parteien zusammentat, bedeutet, daß sie das System anerkannte und sich darin integrierte, somit also einen Beitrag zur Stärkung der traditionellen Strukturen, das heißt der Interessen leistete, welche die traditionellen Parteien vertraten. Der vage Inhalt des Aktionsprogramms der „Alianza Democrática Ecuatoriana“ ist in diesem Sinne aufschlußreich:

c) Glanz und Elend der „Alianza Democrática Ecuatoriana“

Das Programm, auf welches sich die Koalition zwischen den traditionellen Gruppen und der aufstrebenden Kleinbourgeoisie gründete, zeigte deutlich das Fehlen konkreter Ziele, die einen wirklichen politischen Wandel ins Auge faßten. Velasco, der als Beauftragter der Parteien zur Durchführung dieses Programms fungierte, war nichts anderes als der Vermittler zwischen den traditionellen Gruppen einerseits, welche die Partizipation der Kleinbourgeoisie in der nationalen Politik duldeten, und der Kleinbourgeoisie andererseits, die auf den Einflußbereich der traditionellen Oligarchie im System Rücksicht nahm – was im Programm die schöne Bezeichnung „Nationale Einheit“ erhielt. In diesem Zusammenhang sind einige Punkte

aus dem besagten Programm erwähnenswert:

Zuerst werden die Motivation und die Komponenten der Koalition genannt:

„Die A. D. E. wird gebildet zum Zwecke des Kampfes für die *Wiederherstellung der demokratischen Ordnung* und der *nationalen Einheit* und setzt sich zusammen aus folgenden Parteien: Conservador, Liberal Radical Independiente (linker und progressiver Flügel des ecuadorianischen Liberalismus), Socialista, Vanguardia Socialista Ecuatoriana, Comunista, Frente Democrático Nacional, Unión Democrática Universitaria del Ecuador. *Ihr sofort zu verwirklichendes Programm ist fortschrittlich, national, einmalig in Ecuador und bedeutet: Die Kräfte der nationalen Einheit und der rechten Entwicklung der ecuadorianischen Geschichte sind am Werk*⁸².“

Bei der Analyse der sich aus der internationalen Situation ergebenden Probleme verwies man wieder auf die „Unidad Nacional“, deren Hauptziel es war, „alle verfügbaren Kräfte im Lande zur Verteidigung nicht nur gegen die Gefahren des Nazismus, Faschismus und des japanischen Militarismus etc. zu mobilisieren, sondern auch gegen jede mögliche Gefahr der Aggression von außen“⁸³.

Was diesen Abschnitt betrifft, so ist aus ihm die Sprache der Kommunisten von 1944 deutlich herauszuhören.

Im weiteren Verlauf des Textes liest man folgende wohlklingenden Äußerungen über Nationale Einheit und Demokratie:

„Die *Nationale Einheit* ist der *klarste, einfachste und loyalste Weg zur Wiederherstellung der demokratischen Ordnung im Lande*, einer demokratischen Ordnung, die sich in der Regierungsform ausdrückt; eine Regierung, die mit der Unterstützung und Duldung der gesamten Bürgerschaft rechnen kann und in ihr einen sicheren Rückhalt hat, wird das Land in die Lage versetzen, zu seinem Vorteil die besten schöpferischen Kräfte zu vereinigen, um die Laster zu überwinden, welche unsere Geschichte infiziert haben“⁸⁴.

Lediglich im letzten Teil des Programms wird definiert, was eigentlich unter „Nationaler Einheit“ zu verstehen ist. Diese letzten Leitsätze bleiben also auf einem rein theoretischen Niveau stehen und bieten keine konkrete Alternative zur Erreichung dieses Ziels:

„Wenn wir von der Eigenschaft der Nationalen Einheit sprechen, so meinen wir damit die Einbeziehung der Gesamtheit der Bürger, der für Innungs- und gewerkschaftliche Kämpfe organisierten Gruppen, welche die Durchsetzung ihrer spezifischen Rechte anstreben; die weder politisch noch gewerkschaftlich organisierten Teile der Bevölkerung; und unser Programm möchte dieser Nationalen Einheit gerecht werden“⁸⁵.

In Wirklichkeit besagt dieses Programm nichts Konkretes. Für die ein-

zelen Gruppen bedeutete die nationale Einheit nichts anderes als Velasco selbst. Als Velasco nach der Revolution des 28. Mai die Macht erlangte, wurde bereits noch ein besonderes Merkmal des „Populismo Velasquista“ offenkundig, nämlich das Fehlen jeglicher ideologischer Definition. Wir müssen Del Campo recht geben, wenn er behauptet: „Der ‚Velasquismo‘ ist zwischen der Rechten und der Linken hin und her gependelt, immer den Umständen entsprechend und je nach Druck der Gruppen, die sich zur Verteidigung seiner Möglichkeiten zur Manipulation der Staatsorgane bildeten“⁸⁶.

Obwohl diese Fähigkeit der politischen Transaktion zwischen den verschiedenen Gruppen nicht nur für den „Velasquismo“, sondern ebenfalls für andere Populismen typisch ist, stellt Velasco doch einen Sonderfall dar. Im Gegensatz zu den anderen, die einen mehr oder weniger klaren Weg nach „links“ oder „rechts“ eingeschlagen haben, verfolgt er eine opportunistische Politik und ist stets an der Seite derer zu finden, die er jeweils als die Stärkeren vermutet. So wurden zum Beispiel die in Velasco gesetzten Hoffnungen der Kleinbourgeoisie kurze Zeit nach dem 28. Mai zerstört, als die zu jener Zeit mächtigste Gruppe der traditionellen Oligarchie, repräsentiert in der Konservativen Partei, das politische Gleichgewicht infolge angenommenen Drucks seitens der linken Gruppen (vor allem der Sozialistischen und der Kommunistischen Partei) in Gefahr sah. Am 30. März 1946 proklamierte sich Velasco zum Diktator und schlug sich ganz offen auf die Seite der Konservativen.

Ayala beschreibt diese Situation so: „Obwohl der Prophet (so wird Velasco auch genannt, d. Verf.) 1944 mit ‚dem Herz auf der Linken‘ erschien, geschah es, daß er schon bis 1946 eine Verfassungsgebende Versammlung aufgelöst hatte, die er als *politisches Komitee der extremen Linken* bezeichnete, und seine Regierung klar und deutlich auf die Kräfte der Rechten, besonders die Konservative Partei, stützte“⁸⁷.

Dieser Vorgang wiederholte sich seither in jeder seiner Amtsperioden mit erstaunlicher Regelmäßigkeit.

3. Die interne und externe Domination: Integration der Mittelschichten und Imperialismus

Der Verrat Velascos an den Gruppen der Kleinbourgeoisie, welche die Revolution vom 28. Mai 1944 auslösten, seine Selbsternennung zum Diktator und seine bedingungslose Unterstützung der konservativen Großgrundbesitzer-Oligarchie fanden im Jahre 1947 ein Ende, als sein eigener Verteidigungsminister, Carlos Mancheno, Velasco absetzte. Seitdem er – von 1946

an – als Diktator regiert hatte, hatte er auf alle Elemente Jagd gemacht, welche in den Verdacht gerieten, mit dem Kommunismus zu sympathisieren. Die Kleinbourgeoisie, für die er als von der Vorsehung Gesandter erschienen war, wurde sein direktes Opfer. Nach seinem Sturz verschwand er von der politischen Bühne und wurde als „politischer Leichnam“ betrachtet⁸⁸. Im Jahre 1952 tauchte er jedoch wieder auf und beendete diesmal sogar seine verfassungsmäßige Amtszeit. 1960 wurde er zum vierten Mal zum Präsidenten gewählt und 1961 wieder gestürzt. Seine 5. Amtszeit trat er nach der Wahl 1968 an und regierte von 1970 an als Diktator, bis das Militär seiner Regierung am 15. 2. 1972 ein Ende bereitete.

Um die weiteren Hintergründe aufzuhellen, welche dazu beigetragen haben, daß das Phänomen des „Velasquismo“ im politischen Leben des Landes Wurzeln schlagen und erstarken konnte, möchten wir von dem Verhalten der neuen Kräfte in der politischen Konstellation des Landes ausgehen, das heißt von den verschiedenen Gruppen der Mittelschichten einschließlich der „Linksparteien“ in bezug auf die nach dem Sturz Velascos 1947 verfolgte Politik und ihre totale Integration in das interne Dominationssystem sowie ihren Einfluß auf die Kontinuität Velascos als politische Variable bis in die Gegenwart. Auf diese Weise werden wir die Rolle der traditionellen Parteien nicht direkt behandeln, da diese einmal schon aus den vorhergehenden Abschnitten bekannt ist und schließlich auch aus dieser Analyse abgeleitet werden kann. Außerdem muß der Einfluß von außen in Betracht gezogen werden, welcher nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet eine unbestreitbar maßgebende Rolle spielt, sondern sich auch durch die herrschenden Gruppen in den politischen Entscheidungen widerspiegelt.

a) Die Integration der Mittelschichten

a.1. Die Epoche von 1948 – 1960

Die Jahre von 1948 – 1960 brachten dem Land einen wirtschaftlichen Aufschwung. Die durch die neu eingeführte Bananen-Monokultur erreichten Exportzahlen stellten ein immenses Wirtschaftswachstum dar. Die Exporte stiegen in fünfzehn Jahren von 22 769 400 Dollar im Jahre 1945 auf 102 661 039 Dollar 1960⁸⁹. Die wirtschaftliche Expansion hatte eine Zeit politischer Stabilität zur Folge, die in der Geschichte des Landes ohne Beispiel ist. Es folgten einander drei Regierungen gewählter Präsidenten: Galo Plaza (1948–52), Velasco (1952–56) und Ponce Enríquez (1956–60), alle drei im Zeichen der direkten Integration der Mittelschichten.

a.1.1. Galo Plaza und der „Desarrollismo“ (1948 – 1952)

Mit der Wahl Galo Plasas zum Präsidenten der Republik im Jahre 1948 wurde ein neues politisches Modell eingeführt, das der Kleinbourgeoisie

die Rolle des Regulativs für die Stabilität des Systems zusprach. So erhielten die Sozialisten wichtige Posten in der Regierung, und die Kommunisten verloren deutlich an Kampfgeist. Die mächtige Großbourgeoisie der Küste, und mit ihr die Liberale Partei, hatte ihre Kräfte wieder gesammelt und kontrollierte von neuem die politische Macht. Das von ihr bestimmte politische Modell kann folgendermaßen zusammengefaßt werden:

- Unterordnung unter das ausländische Kapital, vor allem die „United Fruit Company“, welche den Bananenhandel kontrollierte und Galo Plaza selbst als „Vertrauensmann“ hatte.
- Partizipation der Großgrundbesitzer der Konservativen Partei in der Regierung, jedoch abhängig von der Großbourgeoisie der Küste.
- Direkte Zusammenarbeit mit der Kleinbourgeoisie als Stütze und Ausgleich, erforderlich für das normale Funktionieren des Systems, und darüber hinaus Partizipation der Kleinbourgeoisie an den wirtschaftlichen und politischen Machtmechanismen.
- Durchführung peripherer Reformen beziehungsweise „*Desarrollismo*“ des sozial-wirtschaftlichen Systems mittels einer Expansion nicht nur nach außen, sondern durch die Politik der „Substitution der Importe“ der Konsumgüterindustrie auch nach innen, ohne die Notwendigkeit einer radikalen Änderung des Systems⁹⁰.

In den vier Jahren unter der Herrschaft von Galo Plaza konnten die Mittelschichten fast völlig integriert werden und wichtige wirtschaftliche, soziale und politische Privilegien erlangen.

a.1.2 Die dritte Amtszeit Velascos oder „Die goldene Epoche“ (1952 – 1956)

Im Jahre 1952, zur Glanzzeit des Bananenbooms, erschien Velasco erneut auf der politischen Bühne und zeigte denjenigen, welche ihn für einen politischen Leichnam gehalten hatten, klar und deutlich, daß der „Velasquismo“ aus dem politischen Leben der Nation nicht mehr wegzudenken war. Die Kleinbourgeoisie einschließlich ihres linken Flügels, der in den Jahren 1946 und 1947 Opfer der Verfolgung durch Velasco geworden war, hatte zu jener Zeit ihre Rachegelüste vergessen und ebnete nicht nur den Weg für die Rückkehr Velascos aus dem Exil, sondern unterstützte ihn direkt bei seinem Kampf um die Macht. Velasco erschien dieses Mal vor den Augen der Kleinbourgeoisie nicht mehr als der besondere Schlichter, durch den sie ihre Interessen gegenüber der traditionellen Oligarchie zu wahren hoffte, wie dies nach der „Revolution des 28. Mai“ der Fall gewesen war. Die Kleinbourgeoisie hatte ihre politischen und ökonomischen Interessen mit denen der traditionellen Oligarchie eng verbunden und stellte einen der Hauptpfeiler für den Status quo dar.

Diese dritte Präsidentschaft Velascos – die nebenbei bemerkt die einzige

war, welche er normal beendete –, bedeutete ohne Zweifel eine „goldene Zeit“ für die Kleinbourgeoisie. Mit dieser Behauptung möchten wir uns nicht in eine sinnlose Diskussion verwickeln, indem wir eine Zunahme von Privilegien in allen Gruppen der Kleinbourgeoisie annehmen, ohne eine gewisse Heterogenität derselben, vor allem bestimmter links gerichteter Gruppen, gegenüber dem „Velasquismo“ zu berücksichtigen. So sind zum Beispiel bestimmte Kreise der Intelligenz und vor allem die Studentenschaft (obwohl diese Gruppe infolge der Besonderheit ihrer Situation nicht als „im System integriert“ betrachtet werden kann) immer Gegner des „Velasquismo“ gewesen⁹¹. Die besagte Heterogenität beruht jedoch keinesfalls auf sozialen Widersprüchen infolge des Klassenbewußtseins einiger Gruppen gegenüber der Oberschicht. Die Linksgruppen der Kleinbourgeoisie haben sich vielmehr durch ihr mehr oder weniger großes Talent zum politischen Opportunismus bis zur Erpressung, mit dem Ziel der Erlangung von Pfründen (sprich: öffentlichen Ämtern) durch den „Velasquismo“, charakterisiert. Wie Del Campo zutreffend bemerkt, ist die Stärke des „Velasquismo“ nicht umsonst bis heute besonders auf diese Tatsache zurückzuführen.

„Dem ‚Velasquismo‘ ist es gelungen, sich auf Grund der strukturellen Schwäche der Linken zu festigen; er konnte die Kontrolle der gesamten Politik erreichen, da er sich keiner wirklichen Opposition gegenüber sah; denn zur Zeit der Krise in der Konservativen und der Liberalen Partei existierten keine wirklich revolutionären Parteien, und auch in späteren Zeiten mangelte es diesen an einem wünschenswerten Niveau“⁹².

Während dieser dritten Amtszeit Velascos beherrschten die Rechtsgruppen der Kleinbourgeoisie, wie zum Beispiel die A.R.N.E. („Acción Revolucionaria Nacional Ecuatoriana“), eine falangistische Partei, die aus der konservativen Kleinbourgeoisie hervorgegangen war, auf gleicher Ebene mit den Konservativen, den Unabhängigen und den Liberalen das politische Leben. Auch die sogenannten „unabhängigen“ und „linken“ Gruppen der Kleinbourgeoisie taten nichts anderes, als einen möglichst großen Profit für sich aus der Situation zu ziehen. Von dieser Zeit an ist die Mittelschicht ein integraler Bestandteil der Oligarchie und stellt einen Teil dessen, was als strukturelles Netz der permanenten internen Domination oder interne Abhängigkeit bezeichnet wird und bis heute existiert⁹³. So widersetzt sich die Mittelschicht, zusammen mit den seitherigen Machthabern und gewissen Gruppen der Arbeiterklasse, die wegen ihrer Privilegien als „Arbeiteraristokratie“ bezeichnet werden, jeglicher strukturellen Veränderung, die ihren Interessen entgegenstehen könnte⁹⁴. Auf die etablierte Mittelschicht als direktem Instrument zur Erhaltung des Systems und des Status quo sowie zur Manipulation des politischen Lebens trifft zu, was Alba zwar nicht ihr, sondern den traditionellen Gruppen der Oligarchie als Komponenten des „Popu-

lismo“ anlastet: „Die lateinamerikanischen Oligarchien wecken den Gedanken an Dirnen, die in einer Zeit der Askese Schuhe ohne Absätze, lange Röcke und hochgeschlossene Blusen tragen, jedoch nicht darauf verzichten, sich ihren Unterhalt auf der Straße zu verdienen; ihr neues, bescheidenes Auftreten kann ihnen sogar noch viel mehr Kunden verschaffen“⁹⁵.

a.2. Die Jahre von 1960 bis heute

Der reaktionäre Charakter der Mittelschicht ist seit 1960 noch spürbarer geworden. Die günstige Konjunktur, eine Folge des 1948 mit Plaza beginnenden „Desarrollismo“, fing an, sich ab 1955 mit dem Ende des Koreakrieges rapide abzuschwächen. Schon bei Ausgang der 50er Jahre, zur Amtszeit von Präsident Ponce Enríquez (1956–60), war aus der Stabilität eine wahrhaftige Krise und ein soziales Elend geworden, die eine Serie von Umständen zur Folge hatten. Der bedeutendste war die Rebellion des Subproletariats von Guayaquil im Jahre 1959, welche nur durch die Intervention und blutige Unterdrückung seitens der Armee beendet werden konnte. Zu Anfang der 60er Jahre fand der Bananenboom sein Ende, und die sich anschließende schwere wirtschaftliche und soziale Krise ähnelte stark der Wirtschaftskrise und der sozialen Unruhe vor 1948⁹⁶. Diese Zeit prägte auch eine totale politische Instabilität; nicht weniger als zehn Regierungen wechselten sich ab (vgl. Kap. IV, Tab. 13, S. 122).

Am Anfang des Jahrzehnts stand wiederum Velasco als Präsident. Dieses Mal wurde er als Kandidat eines Unternehmens vorgestellt, welches sich aus den mächtigen Bankiers und Industriellen Guayaquils zusammensetzte, die in ihm das beste Instrument zur Beschäftigung der brodelnden Massen sahen. Obwohl Velasco die Präsidentschaft mit dem größten Stimmenanteil in der Geschichte des Landes erreichte (s. Kap. III, Tab. 11, S. 119), dauerte seine Regierung lediglich vierzehn Monate. Er wurde Opfer derselben Oligarchie, die seine Präsenz nicht mehr für notwendig hielt, sobald sich seine Politik als unfähig erwies, die ihr vorschwebenden Ziele zu erreichen: Manipulation und soziale Kontrolle der Massen bei gleichzeitiger Rentabilität der Interessen der herrschenden Gruppen. Die kubanische Revolution, welche auf die Intellektuellen und die Studentenschaft einen großen Einfluß ausübte, diente der herrschenden Klasse als Mittel zum Zweck, um die Aufmerksamkeit von den inneren Spannungen auf das Ausland abzulenken. Obwohl die Anklage der kommunistischen Infiltration in der Regierung in keiner Weise für den Sturz Velascos entscheidend war, sondern vielmehr die Rebellion des Volkes⁹⁷, war es nicht weniger zutreffend, daß in seiner vierten Amtszeit der Beginn der antikommunistischen Hysterie lag, welche bis heute die Politik des Landes beherrscht und deren einziges Ziel es ist, die wirtschaftliche, politische und soziale Krise zu verschleiern.

Die Mittelschichten, die dieses Mal Plaza, den Gegenkandidaten Velasco, als beste Garantie für eine neue Auflage des „Desarrollismo“ vorgezogen hatten, versuchten zusammen mit den traditionellen oligarchischen Gruppen – an der Spitze die Kirche –, in „einer gemeinsamen patriotischen Front ohne ideologische Unterschiede“ die sozialen Spannungen zu beheben. Zur Verteidigung des demokratischen Systems und zu seiner Rettung aus den Krallen des internationalen Kommunismus wurden Demonstrationen veranstaltet, und die Bischöfe verfaßten Hirtenbriefe. In einem solchen Brief des Kardinals Carlos María de la Torre, der am 16. Dezember 1960 in allen Zeitungen erschien, war unter anderem zu lesen:

„Die Religion und das Vaterland sind in Gefahr. Diese Gefahr ist äußerst groß und steht unmittelbar vor der Tür: der Kommunismus, der schreckliche Kommunismus, versucht sich unseres geliebten Vaterlandes zu bemächtigen ... Er klopft an unsere Pforten – was sage ich? – er ist schon in unser glorreiches Quito eingedrungen. Was bedeuten die laut tönenden Schreie, die durch die Lüfte Ecuadors hallen: ‚Ecuador, Cuba und Rußland?‘ Wir benötigen absolut kein Cuba noch ein Rußland. Uns genügt unser Ecuador⁹⁸!“

Als technokratische Elite arbeitete die Mittelschicht auch mit der „Junta Militar de Gobierno“ zusammen, die im Jahre 1963 unter dem Vorwand der kommunistischen Gefahr die Regierung des Präsidenten Arosemena, welcher Velasco abgelöst hatte, stürzte. Dabei kümmerte sie der repressive Charakter der Militärregierung wenig; denn es ging nicht nur um die „Verteidigung der Demokratie“, sondern auch darum, mit gewissen peripheren Reformen eine radikale Veränderung zu verhindern, die sich gegen ihre Interessen gerichtet hätte. So bemerkt Cueva: „Diese Klasse, die den Prozeß ihrer Verbürgerlichung zur Zeit des Bananenbooms abgeschlossen hatte und Plaza 1960 direkt unterstützte, hielt jetzt den geeigneten Zeitpunkt für gekommen, eine andere ‚desarrollistische‘ Karte auszuspielen, auch wenn diese faschistoide Züge tragen sollte⁹⁹.“

Die Tatsache, daß große Teile der Mittelschicht Velasco 1960 und auch bei seiner letzten Wahl 1968 nicht direkt unterstützt und sich angesichts seiner paternalistischen und unberechenbaren Regierungsweise für den modernen und mit „sex appeal“ beladenen „Desarrollismo“ à la Galo Plaza entschieden hatten, bedeutet nicht, daß sie nicht mit ihm zusammengearbeitet hatten. Durch Velasco konnte die Mittelschicht ihre Position in der Politik weiter festigen und sich mit Hilfe von Regierungsämtern durch Spekulation und Korruption bereichern. Beim letzten Streich Velascos, dem reaktionären „Pronunciamiento“ vom 22. Juni 1970, befanden sich weite Kreise der Mittelschicht in einer privilegierten Lage. Sie beherrschten zusammen mit den reaktionärsten Gruppen der Oligarchie die Schlüsselpositionen in

der Regierung. Das „Pronunciamiento“ der Militärs vom 15. Februar 1972, das die Regierung Velasco beendete, war ein typisches „Pronunciamiento“ der gehobenen Mittelschicht.

b) Die externe Abhängigkeit

Die von Nordamerikanern unternommenen Analysen der lateinamerikanischen Parteiensysteme erkennen zum Teil an, wie wir schon zu Beginn des zweiten Kapitels gesehen haben, daß die Dynamik der politischen Systeme nicht in erster Linie von Parteien, sondern von Militär, Kirche und den verschiedenen „pressure groups“ beeinflußt wird. Es ist jedoch auch üblich, daß in diesen Arbeiten der Einfluß der USA auf die dysfunktionelle Rolle der Parteiensysteme im politischen Leben Lateinamerikas übergangen wird. In diesem Teil unserer Analyse über die Hintergründe für das Gedeihen des „Velasquismo“ möchten wir auf die externe Abhängigkeit, das heißt auf die engen Bindungen der herrschenden Schichten an die USA und die Kontrolle der innenpolitischen Entwicklung durch die Vereinigten Staaten, eingehen. Es wäre in der Tat absurd, außer acht zu lassen, daß „l'influence des États-Unis est un facteur non négligeable à coté duquel l'action du système de partis peut ne pas être décisive dans la détermination du destin politique national“¹⁰⁰.

Das Zweite Seminar Lateinamerikanischer Priester faßt den Charakter der politischen Abhängigkeit (welche auch wirtschaftlicher, kultureller und technischer Art ist) und ihre Bedeutung als Hemmschuh für den Wandel der inneren Strukturen der betreffenden Länder wie folgt in kurzer und prägnanter Form zusammen: „Die politische Abhängigkeit hat unbestreitbare Auswirkungen. Den Interventionismus von seiten der Außenpolitik der USA in den inneren Angelegenheiten der einzelnen Länder, der sich zum Beispiel in der CIA und anderen Geheimdienst- und politischen Beraterorganisationen manifestiert, sowie in kürzlich formulierten Äußerungen, die der Errichtung von rechtsgerichteten Militärregimen Vorschub leisten; die Politik der Blöcke, die uns als Mitglieder einer Allianz festnagelt, welche im Grunde nichts anderes verteidigt als die imperialistischen Interessen eines Staates“¹⁰¹.

Wenn wir die Entwicklung der populistischen Bewegungen in der Geschichte berücksichtigen, so hängen diese mit der von Präsident Franklin D. Roosevelt im Jahre 1933 und den folgenden Jahren eingeführten „Good Neighbour Policy“ zusammen. Diese Politik, die in ihrem Kern genauso neokolonialistisch war wie die zu Anfang dieses Jahrhunderts von Theodore Roosevelt praktizierte Politik des „big stick“, war auf die Verteidigung der wirtschaftlichen Interessen der USA ausgerichtet. Der Unterschied lag darin, daß diese Politik jetzt nicht mehr nur auf den karibischen Raum

beschränkt blieb, sondern daß die USA trotz der aus der Weltwirtschaftskrise und der deutschen Aufrüstung hervorgegangenen neuen politisch-ökonomischen Konstellation in der Welt in einer zweiten Phase imperialistischer Expansion ihre politische und ökonomische Vorherrschaft auch auf Südamerika ausdehnten und die anderen kapitalistischen Länder (England, Deutschland) zu verdrängen suchten, zumal sich die Schlüsselpositionen in der Wirtschaft der karibischen Länder in Händen der nordamerikanischen Monopole befanden. Obwohl die populistischen Bewegungen sich auf Grund der Schwächung des kapitalistischen Systems entwickeln und in einigen Ländern eine Politik der „Substitution der Importe“ einführen konnten, trifft es nicht weniger zu, daß die „Good Neighbour Policy“ eine rein imperialistische politische Konzeption aufwies und mit allen Mitteln versuchte, die Politik dieser Länder zu beherrschen; dies wiederholte sich später durch die „Allianz für den Fortschritt“ in den 60er Jahren¹⁰². Die Feindseligkeit der USA gegenüber den populistischen Bewegungen ist offensichtlich. So spricht beispielsweise Neira in bezug auf die A.P.R.A., den „Peronismo“ und „Getulismo“, von dem durch die Vereinigten Staaten ausgeübten Druck, der darauf abgezielt habe, daß das nordamerikanische Kapital als Instrument des Fortschritts von der Elite dieser Partei anerkannt und gutgeheißen werde¹⁰³.

Während des Zweiten Weltkriegs konzentrierte sich die Politik der USA darauf, die nationalistischen Organisationen der modernisierenden Elite, wozu auch der „Populismo“ zu rechnen ist, zu bekämpfen und sie als faschistisch zu brandmarken. José María Alvarez beschreibt diese Situation folgendermaßen: „Die USA, beeindruckt von der Entwicklung der nationalistischen Bewegungen in den dreißiger und vierziger Jahren, nutzten den Zweiten Weltkrieg, einen der vortrefflichsten Erpressungsfeldzüge auf dem Kontinent zu starten, um eine völlige Entkräftung dieser Bewegungen zu erreichen. Um zum Ziel zu gelangen, wurden alle möglichen Mittel angewandt, einschließlich des diplomatischen Zwangs, der politischen Verfolgung, der üblen Nachrede, bis zum Boykott der privaten Einkünfte politischer Führer, die von den nordamerikanischen Geheimdiensten in langen schwarzen Listen genauestens bezeichnet wurden“¹⁰⁴.

Was Alvarez beschreibt, war zu jener Zeit auch das Schicksal der reformistischen Eliten der Kleinbourgeoisie in Ecuador, die praktisch an die Wand gedrückt wurden und angesichts der Ausweglosigkeit der Lage keine andere Alternative hatten, als sich in dem System zu integrieren. So wurden zum Beispiel die Mitglieder der Intelligenz, die im Deutschland des Dritten Reichs studiert hatten und noch vor oder während des Krieges zurückgekommen waren, verfolgt, überwacht und manchmal jeglicher Möglichkeiten beraubt, ihren Beruf auszuüben und ihren Lebensunterhalt zu verdie-

nen¹⁰⁵. Dasselbe geschah nach dem Kriege gegen die Linkskräfte, die vor allem nach der Proklamation Velascos zum Diktator im Jahre 1946 als Opposition auftraten. Auch heute ergeht es den fortschrittlichen oppositionellen Kräften nicht anders.

Wir sind an einem Punkt angekommen, wo wir nach dem Verhalten der USA gegenüber dem „Velasquismo“ fragen müssen. Ist der „Velasquismo“ zu gewissen Zeiten als Gefahr für die nordamerikanischen Interessen, für die Stabilität der Demokratie in der „Freien Welt“ des Subkontinents betrachtet worden? Oder ist der wiederholte Sturz Velascos mit der anti-amerikanischen und nationalistischen Politik, die dieser vielfach zum Ausdruck gebracht hat, in Verbindung zu bringen? Die Antwort ist ein klares Nein. Der restaurative und Manipulationscharakter des „Velasquismo“ war die beste Garantie für die Wahrung der Interessen der USA und für den politischen und wirtschaftlichen Status quo sowohl in der internen als auch in der externen Dependenz. Wir können vielmehr zu der Feststellung gelangen, daß der nordamerikanische Imperialismus versucht haben mußte, Velasco Ratschläge für eine demokratische Regierungsweise zu erteilen. Es ist fast sicher, daß seine restaurative Politik in nordamerikanischen Regierungskreisen einen gewissen Widerstand verursacht haben mußte, vor allem zu Anfang der sechziger Jahre (4. Amtszeit Velascos 1960–61), in denen die USA als Antwort auf die kubanische Revolution die sogenannte „Allianz für den Fortschritt“ ins Leben riefen und versuchten, dem Kontinent eine „neue demokratische Orientierung“ zu vermitteln. Diese Behauptung ist nicht aus der Luft gegriffen. In einem offiziellen Dokument über technische und wirtschaftliche Hilfe an Venezuela wurde diese neue Konzeption der USA gegenüber den lateinamerikanischen Regierungen – in diesem Falle Venezuela – von den Herren Irvin Tragen und Robert Cox dargelegt:

„Die Vereinigten Staaten sehen sich veranlaßt . . . , die Konservativen, die Oligarchie, die Neureichen, die einheimischen und ausländischen Unternehmer im allgemeinen, die Politik und den Klerus darauf hinzuweisen, daß sie letztlich zwischen zwei Dingen zu wählen haben werden: zur Errichtung einer *Massengesellschaft in Venezuela beizutragen, wobei sie einen Teil ihres Status quo und ihrer Reichtümer behalten*, oder den Verlust von beiden hinzunehmen (und wahrscheinlich sogar den Tod im Paredón), wenn die gemäßigten Kräfte und der Fortschritt in Venezuela ausgeschaltet werden¹⁰⁶.“

Dieser neue Demokratiebegriff der Massengesellschaft, der die Prinzipien der „Allianz für den Fortschritt“ beseelte, war von kurzer Dauer. Schon im Jahre 1963 verlor er seine absolute Gültigkeit. Carlos Julio Arosemena wurde zum Beispiel von der „Junta Militar de Gobierno“ nach einem

Plan abgesetzt, der in den Räumen der nordamerikanischen Botschaft ausgearbeitet worden war¹⁰⁷. Die Anklage der USA und der Oligarchie gegen Arosemena lautete: Sympathisieren mit Fidel Castro und zu große Schwäche oder gar Unfähigkeit, den Kampf gegen den internationalen Kommunismus zu führen. Der gleiche Trend zur restaurativen Haltung und Verteidigung des Status quo von außen her war zu jener Zeit auch in anderen lateinamerikanischen Ländern zu beobachten¹⁰⁸.

Die Unterwerfung der Oligarchie Ecuadors unter die wirtschaftlichen und politischen Interessen der USA wurde von 1963 an noch vollständiger. Mit der erneuten Wahl Velascos 1968 und seiner Proklamation zum Diktator durch die Armee 1970 setzte sich nicht nur der hysterische Kampf im Namen des Antikommunismus fort, sondern auch eine Zeit offenen Terrors begann. Velasco zeigt sich als größter Verfechter nordamerikanischer Interessen, vor allem ihrer Vorrechte bei der Förderung der Ölvorkommen im Osten des Landes. Dies ging so weit, daß sogar gewisse den USA verbundene Kreise das neue Gesetz, welches die Ausbeutung der Ölquellen sowie unter anderem Bezahlung, Devisenverkehr und Gewinntransfer regelte, als Skandal empfanden¹⁰⁹.

III · MASSENMobilisierung UND POLITISCHE KRISE

Nachdem wir in der Verflechtung der Faktoren interner Domination untereinander (traditionelle und „moderne“ Oligarchie mit der Mittelschicht) und dieser wiederum mit dem Imperialismus die reaktionäre Natur des „Velasquismo“ erkannt haben, wollen wir hier versuchen, auf die bedeutsamen Zusammenhänge zwischen „Populismo“ und dem Prozeß der Massenmobilisierung einzugehen, wie er in Ecuador seit dem Auftauchen des Velasquismo stattfindet. Dabei befassen wir uns

1. mit dem Mangel an organisatorischer Konsistenz und der Funktion des „Velasquismo“ als Wahllokomotive beziehungsweise als Instrument zur formellen Partizipation und Aufrechterhaltung der traditionellen Strukturen,
2. mit der Anwendung illegaler Mittel durch den „Velasquismo“ beziehungsweise den „Pronunciamientos“, um die Partizipation der mobilisierten Massen an der Kontrolle des Staatsapparats zu verhindern, und mit dem Verhalten der Parteien zu den Diktaturen Velascos sowie
3. mit der Relation zwischen dem Wachstum der urbanen Gebiete, vor allem jener, welche sich in direktem Kontakt mit dem Exporthandel befinden, und mit den Wahlsiegen des „Velasquismo“ und dem neuen Trend zu-

gunsten der traditionellen Parteien, der sich auch in diesen Bastionen des „Velasquismo“ nach der Präsidentschaftswahl 1968 anzubahnen scheint.

1. Die formelle Partizipation

Die Originalität der populistischen Strategie im Vergleich zu der anderer politischer Gruppen besteht zweifellos in der außerordentlich intensiven Mobilisierung der Wählerschaft in den Städten. Der Einsatz des Führers, um die von ihm mobilisierten, aber noch nicht im politischen Entscheidungsprozeß integrierten Massen während der Wahlkampagne in einem permanenten Zustand der Auflehnung zu halten, endet nach Erreichung des unmittelbaren Ziels, das heißt der Erlangung der politischen Macht, und beschränkt sich dann auf die sporadische Forderung nach Unterstützung seiner Politik oder Akklamation für seine Person. In der Tat beruht die Dimension dieser Problematik, welche der richtigen Feststellung Costa Pintos zufolge nur einen „Zustand politischer Pseudopartizipation“ darstellt¹¹⁰, auf der Tatsache, daß die Vergabe politischer Rechte an große Teile der städtischen Bevölkerung an sich keine konkrete Mobilisierung bedeutet und nicht zur politischen Veränderung oder Modernisierung beiträgt¹¹¹. Die traditionellen und paternalistischen Methoden des „Caudillo“ zur Mobilisierung sind, wie der „Velasquismo“ deutlich zeigt, im Gegenteil ein Ersatz für eine Entwicklungsideologie sowie für eine starke und permanente Organisation, die zur Artikulierung und Kanalisierung der Interessen der Massen dienen würde.

a) Die Diskontinuität der „Mystik“

Im Verlaufe des Interviews eines Journalisten mit Velasco während dessen letzter Amtszeit wurde die Frage gestellt, ob eine wirkliche Organisation des „Velasquismo“ existiere. Die Antwort:

„Wenn ich ehrlich sein soll, glaube ich, daß eine wirkliche Organisation im Velasquismo nicht existiert. Wenn es sie nur geben würde! ... Wenn es keine Disziplin, keine Organisation, keine Mystik gibt, verbleibt das Land im Chaos, und ich müßte dem Velasquismo dasselbe raten, was ich von den anderen Parteien fordere, nämlich etwas mehr ernstzunehmende Ideologie, begleitet von etwas mehr Mystik, damit diese Ideologie wirklich und effektiv werde. Das ecuadorianische Volk hat mich, wie Sie wissen, fünfmal zum Präsidenten gemacht. *Aber dies war nur der spontane Wille des Volkes, denn jedesmal nach dem Sieg verschwindet der ‚Velasquismo‘, es bleiben sieben oder acht Freunde, die anderen verschwinden.* Wenn es hier eine Bewegung wie den ‚Peronismo‘ in Argentinien oder den ‚Aprismo‘ in Peru gäbe, wäre die Situation im Lande eine andere“¹¹².

Wenn Velasco das Fehlen von Organisation und ein bißchen „ideologischer Mystik“ zugibt, und wenn er vor allem auch erwähnt, daß nach den Wahlsiegen lediglich „sieben oder acht Freunde“, das heißt die Interessengruppen, welche seine Wahlkampagne finanziert haben, in seiner Nähe bleiben, so ist dies eine vielleicht klassische Charakterisierung des „Velasquismo“. Der „Velasquismo“, nach Erklärungen von Velasco selbst „eine politische Bewegung, die seit 1934 eng mit den Hoffnungen des Volkes verbunden ist“¹¹³, hat nur für die Wahlkampagnen Velascos „funktionierte“, und die politische Bildung, vom „Caudillo“ oft mit „Traktaten politischer Philosophie und kreativer Soziologie“¹¹⁴ versprochen, endet praktisch mit der Erlangung der Macht. Die politische Partizipation der mobilisierten Massen hört damit im Grunde am Wahltag auf.

Politik bedeutet für die Cliques des „Velasquismo“ nichts anderes als eine direkte Ausübung und Nutznießung der Macht mit Velasco über die Exekutive. Wahlen werden nur als Teil des politischen Entscheidungsprozesses betrachtet, wenn sie direkt mit der Wahl Velascos zu tun haben. Ein solches Verhalten der Elite des „Velasquismo“ war die Regel in der Geschichte der Bewegung. In der „goldenen Zeit“ des „Velasquismo“ (1952 – 1956), als Velasco das einzige Mal seine Amtszeit normal beenden konnte, waren lediglich ein Jahr nach dem Wahlsieg in der Zeitung „El Comercio“ diese merkwürdigen Sätze zu lesen:

„Nach Ende der gesetzlichen Frist für die Einschreibung im Wahlregister haben die politischen Gruppen, die sich um die Sitze im Gemeinderat (municipio) und Landrat (Consejos Provinciales) bewerben, ihre Kandidaten eingetragen. In Quito und in Guayaquil ist ein Kuriosum festzustellen: es gibt keine Listen für den Velasquismo. Die Kräfte, welche Dr. Velasco an die Macht gebracht haben, verschwinden auf mysteriöse Weise aus der Arena“¹¹⁵.

Als Velasco nach dem Grund für die Niederlage des „Velasquismo“ bei den Parlaments-, Landrats- und Gemeinderatswahlen im Juni 1970 gefragt wurde, gab er zur Antwort: „Ich habe keine Erklärung für diese Niederlage. Das einzige, was ich weiß, ist, daß das ecuadorianische Volk Anhänger des Velasquismo ist. Das Verhalten derjenigen, die sich Führer des Velasquismo nennen, kann ich mir ebenfalls nicht erklären. Ich weiß nichts von diesen seltsamen Vorgängen“¹¹⁶.

Diese für Velasco unerklärlichen Vorgänge sind der deutlichste Beweis für den faktionalistischen Charakter der Elite des „Velasquismo“, welche nach den Worten des Ex-Präsidenten Carlos Arosemena aus „einer Camarilla von geldbesessenen Leuten“ besteht, die nach der Erlangung der Macht nicht mehr an der Einheit der Bewegung, sondern vornehmlich an der Verteidigung ihrer rein partikularistischen Interessen und einer nicht

direkt an den „Velasquismo“ gebundenen Manipulation der Massen interessiert sind. Zu diesem Zweck gründeten sie entweder eine eigene Partei oder kehrten zurück zu ihren Parteien, die lediglich während der Wahlkampagne in Zweckallianzen den „Velasquismo“ unterstützt hatten.

b) Die Typen der Partizipation

Die persönlichen Beziehungen zum „Patrón“, wie sie im traditionellen Agrarsystem üblich sind, erfahren durch den „Velasquismo“ eine Neuaufgabe in städtischer Umgebung. Für die von Velasco mobilisierten „clientelas electorales“, die sich auf Grund ihrer historischen Eigenart und soziologischen Herkunft in einem Stadium „ideologischer Disponibilität“ befinden, bedeutet politische Partizipation in erster Linie Gunstbezeugung von seiten des Staates. Mit den Geschenken, die der Beschützer Velasco für politische Loyalität und Unterstützung verspricht und gibt (und während seiner Regierungszeiten teilweise auch gab) – Arbeitsplätze in der staatlichen Verwaltung, beim Zoll und bei der Post, ein Schwimmbad und die Trockenlegung der sumpfigen Außenbezirke von Städten, ein Fußballstadion für die Jugend, ein Stück Friedhof für die in den Wirren der Wahlkampagne für die „Sache“ der Partei gefallenen Kämpfer –, gelingt es den herrschenden Schichten, die Interessen der Massen für sich zu nutzen, und zwar so, daß der „Wandel der Strukturen“, den Velasco wie ein Messias ankündigt, Synonym für die Geschenke des Führers an sein Volk ist¹¹⁷. Selbst Velasco versteht Strukturwandel unter diesem paternalistischen Aspekt. Sein gesamtes Regierungsprogramm kann auf die einfache Formel „Bau von Straßen und Schulen“ gebracht werden¹¹⁸.

Die politische Partizipation der vom „Velasquismo“ mobilisierten Massen muß gerade im Hinblick auf diesen „Strukturwandel“ betrachtet werden. Zwei Arten sind zu unterscheiden:

b.1) Die Partizipation durch Akklamation

Diese steht im Zusammenhang mit den vereinzelt und planlos „Geschenken“ der Infrastruktur, die der „Caudillo“ seinem Volk macht, und bedeutet fast nie eine direkte wirtschaftliche, politische und soziale Integration in die Gesamtheit. Sie hat vielmehr einen propagandistischen Charakter und besteht vor allem im Beifall, der dem „Caudillo“ von den Begünstigten gezollt wird, wenn er Schulen oder Straßen einweiht und seine berühmten Reden hält.

b.2) Die Partizipation durch Legitimierung

Diese bezieht sich auf die „Geschenke“ des „Caudillo“ an gewisse privilegierte Gruppen innerhalb der Massen, vor allem die Führer der politischen

Komitees, welche ihn während der Wahlkampagne unterstützen. Die „Geschenke“ bestehen hauptsächlich aus Ämtern in der Verwaltung, deren Sicherheit zumindest während der Amtszeit des „Caudillo“ gewährleistet ist und die somit eine fast totale Integration in die Gesellschaft darstellen. Was die Unterstützung der Politik des „Caudillo“ betrifft, so sind diese Gruppen seine Avantgarde und als loyale Diener des „Velasquismo“ schnell bei der Hand, wenn es um die Mobilisierung der Massen geht. Ihre politische Partizipation besteht darin, die Regierung zu „legitimieren“, indem sie an Massendemonstrationen zur Unterstützung Velascos teilnehmen, wenn dieser sich innenpolitischen Problemen gegenübersteht, sich zum Diktator ernennt oder irgendein „Pronunciamiento“ fürchtet oder niederschlagen muß. Diese Unterstützung ist relativ kontinuierlich und zielt darauf ab, jeden gegebenen Anlaß zu benutzen, um das Volk unter Kontrolle zu behalten.

Anläßlich der Entführung eines Luftwaffengenerals, welche „linksgerichteten Terroristen“ zugeschrieben und als Verbrechen gegen das Vaterland bezeichnet wurde¹¹⁹, legten die „Velasquistas“ die gesamte Verwaltung Guayaquils lahm und inszenierten eine große Demonstration zur Unterstützung Velascos. Die Art, in der in einer Zeitung Guayaquils darüber berichtet wurde, ist der Erwähnung wert, denn solche Vorfälle sind typisch für die Form der Partizipation im politischen Kampf seitens der Verwaltung als einem Instrument der Regierungspolitik in Ecuador:

„In einer halbstündigen Rede wandte sich der Gouverneur der Provinz, Don Pedro Menéndez Gilbert, an eine vor dem Gouverneurspalast der Provinz versammelte Menge von Velasquistas und *dankte für die Demonstration zur Unterstützung der Regierung der Republik in diesen Tagen der Krise für das Land*. Die Finanzverwaltung legte um 11.15 Uhr vormittags die Arbeit nieder.

Vor 12 Uhr mittags ruhte die Arbeit aus dem erwähnten Grund u. a. in folgenden Verwaltungen: Stadtverwaltung Guayaquil, Post, Immigrationsbehörde, Verwaltung der Provinz Guayas, Zentralstelle für die Überwachung der Mühlen, Arbeitsgericht, Rentenverwaltung, Polizeikommissariate, Provinzkasse, Institut für Soziale Sicherheit, Zolldirektion und -verwaltung¹²⁰.“

Auch der Präsident der Bundesrepublik Deutschland, Gustav Heinemann, war bei seinem Besuch am 29. 3./1. 4. 1971 nahe daran, sich von einer solchen „Demonstration zur Unterstützung der Regierung in schwieriger Zeit“ überzeugen zu können. Wahrscheinlich hatte nur seine Anwesenheit den Erfolg eines Putschversuchs verhindert und Velasco Zeit gegeben, sich unter den Schutz der Garnison Guayaquils und der Demonstration seiner Anhänger in dieser Stadt zu stellen¹²¹.

2. Das „Pronunciamiento“ als Regulativ

Außer der oben beschriebenen politischen Partizipation, welche der „Velasquismo“ den mobilisierten Massen anbietet, haben laut Velasco selbst zwei Hauptfaktoren die „Entwicklungsideologie“ des „Velasquismo“ während der vierzig Jahre seiner politischen Herrschaft inspiriert:

- a) der Kampf gegen den Wahlbetrug der Liberalen und Konservativen,
- b) der Kampf um eine ausreichende Garantie für freie Wahlen¹²².

Wie sieht diese Behauptung Velascos in der Wirklichkeit aus? Die vielfachen Erfahrungen mit dem „Velasquismo“ haben gezeigt, daß seine politische Strategie in erster Linie auf die Erlangung der Macht als einzigem und höchstem Zweck und auf die Anwendung aller möglichen illegalen Mittel, um an der Macht zu bleiben, ausgerichtet ist. Es besteht kein Zweifel, daß die Tatsachen uns Recht zu geben scheinen:

Von fünf Präsidentschaften hatte Velasco vier durch Wahlen erreicht (1934, 1952, 1960, 1968). Bei folgenden Gelegenheiten hatte er sich zum Diktator ernannt: 1935; 1944 kam er durch die glorreiche Revolution des 28. Mai (s. S. 88 ff.) an die Macht (es war dies das einzige Mal, daß er nicht direkt gewählt wurde), wurde später als Präsident legalisiert und ernannte sich wiederum mit einem „Pronunciamiento“ 1946 zum Diktator; er wurde ebenfalls Diktator im Jahre 1961 sowie 1970, nachdem er seit 1968 als gewählter Präsident amtierte hatte.

Das Ende der velasquistischen Regierungen mit Rechtsdikturen von rein restaurativem und der Stabilität des politischen Systems dienendem Charakter muß in erster Linie in bezug auf die paternalistische Legitimation des „Velasquismo“ gesehen werden, das heißt als Antwort auf die Forderung der mobilisierten Gruppen nach größerer politischer Partizipation und Teilnahme an der Kontrolle des Staatsapparates¹²³.

a) Die Dämonie der Macht

Die dem „Velasquismo“ innewohnende Neigung, durch „Pronunciamientos“ seine paternalistische Macht durchzusetzen, die Obsession Velascos, mit allen Mitteln – auch dem der Diktatur – an der Macht zu bleiben und dadurch die Privilegien der Armee und der Oligarchie im allgemeinen zu verteidigen und zu stärken, sprechen dem Gedanken der Verteidigung legitimer Volksinteressen Hohn, die der versierte Demagoge in jeder seiner Reden beschwört.

„Velasco hat in seinen fünf Amtszeiten ohne Gesetze – deren Insuffizienz er kritisierte –, ohne Ideologie und ohne Pläne oder Regierungsprogramme regiert. Nichts kann seine Handlungsfreiheit einschränken oder binden. Nichts kann ihn daran hindern, seine Ideologie oder seine politische

Haltung zu ändern. Er regiert mit der Macht des Populismo, hypnotisiert die Massen mit seinen blendenden Reden und predigt den Kampf gegen die Oligarchie, welche nie besser gediehen ist als unter seinen Regierungen¹²⁴.“

Nach Velasco ist die Identifizierung des Volkes mit ihm die Antwort an die übrigen Parteien hinsichtlich ihrer Entfremdung von der ecuadorianischen Mentalität. Er fühlt sich daher als der einzige, der Anspruch darauf erheben kann, „direkt mit dem Volk zu regieren“.

„Heute regiert man nicht auf der Basis kleiner Gruppen, auf der Basis unglücklicher Parteichen, die keinerlei Verbindung mit den Volksmassen haben; heute regiert man, indem man den Schmerz und die Hoffnungen der Volksmassen fühlt, und ich möchte mitten im Schmerz und den Hoffnungen der Volksmassen leben¹²⁵.“

„Das Ideal der politischen Parteien besteht darin, kleine Komitees aus Leuten zu bilden, die sich Sozialisten, Konservative oder Liberale nennen, ohne Kontakt mit dem Volk zu haben, ohne Kontakt mit der Nation, ohne Verbindung mit dem Kollektiv. Und all das betitelt sich ‚Doktrin der Avantgarde‘, und im Namen all dessen will man mir verbieten, in mein Land zurückzukehren und mit dem Volk zu regieren¹²⁶.“

Das „Pronunciamiento“ vom 22. Juni 1970, durch das Velasco sich mit Unterstützung der Armee zum Diktator ernannte und wieder einmal der zivilen Regierung, die er seit seinem Wahlsieg 1968 ausgeübt hatte, ein Ende setzte, wird von der Demagogie Velascos als Beweis für die Übergabe der absoluten Machtbefugnisse seitens des vom „Mythos der Verfassung“ befreiten Volkes interpretiert¹²⁷. Hören wir Velasco selbst:

„Ich habe das Amt des Diktators angenommen. Und es erhebt sich nicht eine Stimme des Protestes. Es wird von allen akzeptiert und vom souveränen Volk auf den Plätzen von Quito und Guayaquil, das mir einstimmig zujubelt gutgeheißen . . . Das ecuadorianische Volk bestätigt diesen Schritt . . .“¹²⁸

„Ich werde nämlich unterstützt von der Erhabenheit des Volkes selbst, nicht von der Volksmasse auf einem Papier, welches Verfassung genannt wird, sondern von der wirklichen und authentischen Masse des Volkes, von ihr werde ich getragen¹²⁹.“

Davon besessen, dieses Mal an der Macht zu bleiben und mit dem Volk ohne das Stigma des Diktators zu regieren, bekennt er doch: „Ich bin ein Republikaner, ein Liberaler, ein Demokrat, der trotz der spontanen Unterstützung der Armee und des Volkes die Macht möglichst nicht auf unbestimmte Zeit übernehmen will“¹³⁰, und versucht, eine neue Art der Ausübung der Macht in der ecuadorianischen Politik des 20. Jahrhunderts einzuführen. Mit einem Plebiszit, das jedoch infolge der Opposition der mit seiner Politik unzufriedenen Gruppen der Oligarchie nicht durch-

geführt wurde, wollte er die Diktatur legalisiert sehen. Das Ja oder Nein des Volkes sollte darüber entscheiden, ob die „schreckliche“ Verfassung von 1967, der scheinbare Anlaß für das „Pronunciamiento“ vom 22. Juni 1970, durch jene aus dem Jahre 1946, welche Velasco selbst geschaffen hatte, abgelöst werden konnte. Wie Professor Carlos Cueva Tamariz richtig sagte, „entsprang der ganze Plan der vorgetäuschten Regierungsmaßnahmen für die Rückkehr zur Verfassungsmäßigkeit einem narzistischen Ewigkeitswahn, dem Velasco alles opfert“¹³¹.

b) Der Schwindel mit der Sozialisierung

Es gehört zu den typischen Merkmalen des „Velasquismo“, restaurative „Pronunciamientos“ herbeizuführen. Erinnern wir uns der wichtigsten: 1946 löste Velasco das Parlament auf und stellte es unter die Anklage, „ein politisches Komitee der extremen Linken“ zu sein; 1961 löste er nicht nur das Parlament auf und ließ den Vizepräsidenten wegen „kommunistischer Umtriebe“ verhaften, sondern gab sogar die Anordnung, auf seine protestierende „chusma“ und auf die Studenten zu schießen, wodurch viele Opfer zu beklagen waren; das letzte „Pronunciamiento“ vom 22. Juni 1970, das wir hier als Modell zur Verdeutlichung nehmen, wurde scheinbar zu dem Zweck durchgeführt, „das Land vor der gefräßigen Oligarchie zu retten“ und zu „sozialisieren“. Der starke Mann der revolutionären Bewegung, der Neffe Velascos und Verteidigungsminister Jorge Acosta Velasco, scheute sich nicht, zu erklären: „Dies [das Pronunciamiento] mußte um einer raschen *Sozialisierung* des Landes willen geschehen. Das Volk konnte nicht weiter in Ungewißheit und Elend leben. Wir befinden uns im Augenblick des Seins oder Nichtseins“¹³².

Oberst Héctor Jácome, Chef der II. Zona Militar mit Sitz in Guayaquil, bezeichnete seinerseits die Übernahme der diktatorischen Staatsgewalt durch Velasco als „einen Strukturwandel, einen Wandel der sozialen, wirtschaftlichen und finanziellen Aspekte, jedoch nicht einen cuartelazo (restaurativen Staatsstreich der Militärs) . . . Dieser Strukturwandel kann als soziale Revolution bezeichnet werden“¹³³.

Was verbirgt sich hinter diesen klangvollen Beteuerungen nach den mit dieser „Revolution“ gemachten Erfahrungen? Welches sind die wirklichen Gründe und Ziele dieses „Pronunciamientos“? Sie können nach José Rodríguez¹³⁴ wie folgt zusammengefaßt werden:

b.1.) Der erste Grund steht im Zusammenhang mit der Entdeckung der großen Erdölvorkommen im Osten des Landes. Ecuador, das infolge seines Ölreichtums in der Presse der USA jetzt als das wahrhaftige „Eldorado der Inkas“ gefeiert wird, ist das Aktionszentrum für das nord-amerikanische Großkapital und die Erdöl-Monopolgesellschaften. Es darf

nicht vergessen werden, daß allein die Texaco-Gulf zwischen 1970 und 1972 933 Millionen US Dollar investiert hatte, das war mehr als neunmal so viel wie die gesamten Auslandsinvestitionen in Ecuador von 1960 – 1968 (siehe Kap. I, Tabelle 2 und Anmerkung). Es ist eine bekannte Tatsache, daß diese Gesellschaften als *conditio sine qua non* von den Oligarchien ein Regime des „law and order“ fordern, welches die Sicherheit der Investitionen und Profitmaximierungen garantiert. Gewalttätige Regierungen, wie sie auch in anderen lateinamerikanischen Ländern, Brasilien an der Spitze, zu finden sind, wo die Interessen der nordamerikanischen Gesellschaften groß geschrieben werden, sind die beste Garantie dafür, daß Auflehnungen, die angesichts der Unfähigkeit des Systems der „repräsentativen Demokratie“ aus der Frustration großer Teile der Bevölkerung entstehen, ausgeschaltet werden.

Daß die Verteidigung der großen Interessen des nordamerikanischen Kapitals das Hauptziel des „Pronunciamiento“ war, ist nicht im geringsten anzuzweifeln. Wenige Monate vor dem fünften Sturz Velascos (15. 2. 72), im November 1971, forderte Minister Arroyo Robelly in einer Pressekonferenz, „daß das Erdöl kein Gegenstand politischer Diskussion und noch weniger die Grundlage für eine Wahlplattform sein soll, denn dies würde einen Angriff auf ein Grundprinzip der Existenz Ecuadors als Nation bedeuten (!)“¹³⁵.

b.2.) Der zweite Grund hängt mit der wirtschaftlichen Krise des Landes, Folge des abhängigen und semikolonialen Kapitalismus, dem die ecuadorianische Wirtschaft unterliegt, zusammen. Der Verlust der Kaufkraft des Sucres, die immer stärker ansteigenden Lebenshaltungskosten, wachsende Arbeitslosigkeit, Not und Elend aller Art für die Mehrheit der Bevölkerung, sind deutliche Zeichen dieses Zustandes. Daß jedoch mit dem „Pronunciamiento“ weder ein Strukturwandel noch eine „Sozialisierung“ des Landes zur Linderung der Not des Volkes verfolgt wurde, zeigt vor allem die Tatsache, daß die wenige Tage vor dem „Pronunciamiento“ neu eingeführten Steuern gegen die „wirtschaftliche Erpressung der Oligarchie“, mit denen dem Vorgehen ein revolutionärer und antioligarchischer Anstrich gegeben wurde, in Wirklichkeit zur Reduzierung des Defizits im Staatshaushalt dienen sollten, um die Privilegien der Armee und der Bürokratie zu sichern und zu verteidigen.

„Die neuen Steuern bringen dem Staat 460 Millionen Sucres. Wie werden diese Beträge ausgegeben und investiert? Der größte Teil kommt der Bürokratie und der Armee zugute. Welche Belohnung wird das Volk von seinen Streitkräften erhalten, die mit 40 % die Hauptnutznießer dieser Steuern sind?“¹³⁶

Das Ziel des „Pronunciamiento“, nämlich die übergeordnete Rolle der

Armee als zentrales Organ der politischen Entscheidung und wirkliche Stütze der Macht Velascos und somit der Stabilität des Systems, trat offen zutage, wenn Velasco schon einige Tage vor dem „Pronunciamiento“ immer wieder ohne Umschweife sagte: „Der derzeitigen Regierung ist es eine Befriedigung und eine Ehre, mit der Unterstützung des Volkes und der Armee Ecuadors rechnen zu können. Mit der Unterstützung des Volkes und der Streitkräfte Ecuadors hat die Regierung nichts zu fürchten . . .¹³⁷.“ „Nur das Volk der Velasquistas, vereint mit der Armee und der Polizei, kann Ecuador retten!“¹³⁸

b.3.) Der dritte Grund ist nicht mehr als die Folge der beiden vorhergehenden. In der Tat erfüllte sich mit dem „Pronunciamiento“ ein typisches Axiom der populistischen Bewegungen: auf Grund der ihnen eigenen Wesenszüge der Demagogie und Improvisation machen sie die Erfüllung von Erwartungen, die während der Wahlkampagne geweckt werden, unmöglich und haben in der Regel keine andere Alternative, als zur Aufrechterhaltung der Kontrolle über die von ihnen mobilisierten Massen Gewalt anzuwenden. Die nach dem „Pronunciamiento“ offen eingeleitete Säuberungsaktion gegen regierungsfeindliche Elemente beschränkte sich daher nicht nur auf die Anhänger der „nihilistischen Revolution“, wie Velasco die Studentenschaft nannte¹³⁹, in Form von Verfolgungen, Ermordungen und Schließung der Universitäten, sondern richtete sich gleichfalls gegen die gärenden vorrevolutionären Aktivitäten bei Teilen des Subproletariats, das in den letzten Jahren allem Anschein nach gegen die immer wieder nicht erfüllten Versprechungen Velascos und der anderen Parteien allergisch geworden war, sowie gegen die infolge der chaotischen Wirtschaftspolitik des Regimes verarmten Teile der Mittelschicht¹⁴⁰. Daß das „Pronunciamiento“ in erster Linie das Ziel verfolgte, jene Gruppen von Unzufriedenen zum Schweigen zu bringen, die ein „normales“ Funktionieren des Systems verhinderten, wurde offensichtlich, als Verteidigungsminister Acosta Velasco den reaktionären Charakter des Systems, mit dem bekannten Gespenst des Kommunismus zu rechtfertigen oder zu verschleiern suchte: „Das Land befand sich am Rande einer Katastrophe . . . Organisierter Terror der Linksextremisten, der mit allen Mitteln und systematisch versuchte, Chaos und Verwirrung zu stiften und für ihre antinationalen Ziele die öffentliche Ordnung zu stören“¹⁴¹.

c) Die Parteien und die Diktatur

Die besondere Macht der Armee als „bewaffneter Partei“ und der Interessengruppen, die sich hinter der Figur Velascos verbergen, zeigt die ganze Misere der repräsentativen Demokratie und des Parteiensystems. Die Parteien sind immer bereit gewesen, nicht nur die Diktaturen Velascos zu

begünstigen und zu unterstützen, sondern auch offene Militärdiktaturen wie zum Beispiel die der „Junta Militar de Gobierno“ (1963 – 66) mit ihren faschistischen Zügen. Dabei darf nicht vergessen werden, daß gerade die letztere mit großer Begeisterung als Retterin der Demokratie aus den Klauen des Kommunismus gefeiert wurde. Die Ausrichtung der politischen Parteien auf die Verteidigung privater Interessen – Clans, Kaziken, Familien oder Finanzgruppen – haben die Konsequenz nach sich gezogen, daß sich Privilegien im politischen System in einem Maße akkumuliert haben, welches seine Rolle in den Prozessen politischer Modernisierung völlig dysfunktionell werden läßt. Die sich daraus natürlicherweise ergebende Diktatur ist ein adäquates Instrument nicht nur zur Verhinderung der Integration neuer Interessen, welche den geschlossenen Charakter und die Stabilität des Systems in Gefahr bringen könnten, sondern in gleicher Weise auch – und dies ist meist Hauptzweck – zur Beibehaltung des Machtgleichgewichts innerhalb der oligarchischen Gruppen¹⁴².

Der „Velasquismo“ hat sich an den innerhalb der herrschenden Schichten bestehenden sozialen Widersprüchen bereichert. Der Grund für die wiederholten Allianzen und Pakte dieser Gruppen mit dem „Velasquismo“ muß vor allem in der Suche nach einer Anerkennung der Interessensphäre und der Stärkung ihrer Privilegien sowie der sozialen Kontrolle über die Massen gesehen werden. Nicht umsonst gelangt durch den „Velasquismo“ „das politische Manövrieren in ein Stadium wirklicher politischer Schule, in der alle möglichen politischen Tendenzen harmonisiert werden“¹⁴³. Die Diktatur Velascos als Mittel zum Verbleib an der Macht ist in Wirklichkeit der Versuch, wiewohl ein stets mißlingender Versuch, ein Gleichgewicht der zentrifugalen politisch-wirtschaftlichen Kräfte im System zu schaffen und eine „nationale Einigung“ herbeizuführen¹⁴⁴.

Die spöttische und geringschätzige Art, in der Velasco von den politischen Parteien spricht, und seine immer wiederholte Behauptung, daß es keine politischen Parteien gebe, hängt mit der Tatsache zusammen, daß Velasco einfach über den Gruppen steht, die sich Parteien nennen. Es erstaunt daher in keiner Weise, daß angesichts des Versuchs eines Zusammenschlusses zweier unversöhnlicher Parteien, nämlich der Liberalen und der Konservativen, zum Zwecke der Opposition gegen die Diktatur Velascos, letzterer bitter bemerkte, daß dies eine Vereinigung „zweier Nichtexistenzen, zweier Nullitäten“ bedeutet hätte¹⁴⁵. Die Kritik des Chefs der Konservativen Partei, Francisco Salazar Alvarado, daß der ungesunde Einfluß Velascos der Grund für die besagte Krise der Parteien sei, schlägt er in vernichtender Weise zurück. Die in dieser Arbeit schon mehrmals genannte Zeitschrift „Vistazo“ gab dazu folgende Version: „Der Jefe Supremo erwiderte die Erklärung des Führers der Konservativen Partei mit der Be-

merkung, daß dieser zum Beifall für Diktaturen bereit sei, wenn ihm diese Posten anböten, und daß er sich gegen sie wende, wenn dies nicht der Fall sei. Er bezeichnete ihn als „Bettler bei den Diktaturen“¹⁴⁶.

Nach Enrique Ayala¹⁴⁷ kann die von den Parteien eingenommene Haltung zu der am 22. Juni 1970 beginnenden Diktatur Velascos schlaglichtartig wie folgt beschrieben werden:

c.1.) Die Konservative Partei („Partido Conservador“) nahm eine abwartende Haltung ein: „Wenn auch die Konservativen mit der Diktatur nicht einverstanden sind, so kann doch nach Lage der Dinge der Moment kommen, wo sie das Regime unterstützen müssen. Wenn sie sich jedoch auf die Seite der Opposition schlagen würden, müßte diese Kampfgeist besitzen, denn eine verfassungsmäßige und konstruktive Opposition ist gegenüber einer Diktatur fehl am Platze“¹⁴⁸.

c.2.) Die Liberale Partei („Partido Liberal“) war ein Ausbund politischer Inkonsequenz. Sie machte Velasco für jegliches Übel in Ecuador verantwortlich. Ihre Opposition zur Diktatur, die sie als „nicht zu rechtfertigen und schändlich“ bezeichnete, brachte sie freimütig zum Ausdruck.

„Diese – rein theoretische – Haltung ist darauf zurückzuführen, daß sich die Liberalen mittels der „verfassungsmäßigen Ordnung“ in ihren Ämtern halten konnten, die sie durch einen dunklen Pakt mit der Regierung erhielten, die sie nun für die mißliche Lage Ecuadors verantwortlich machen“¹⁴⁹.

c.3.) Die Christlich-Soziale Partei („Partido Social-Cristiano“) blieb abwartend und sympathisierte mit der Diktatur. Ihre Logik: Obwohl die Diktatur nicht auf Grund von Terror und einer schlechten Verfassung gerechtfertigt werden kann, ist sie doch durch die vorangegangenen Ereignisse zu erklären.

c.4.) Die C. I. D. („Coalición Institucionalista Demócrata“) definierte ihre eigene Position nicht, obwohl sie dazu aufrief, eine entschlossene Haltung zu zeigen.

c.5.) Die C. F. P. („Concentración de Fuerzas Populares“) mit ihrem Führer Bucaram wollte zu der politischen Situation nicht Stellung nehmen.

c.6.) Die A. R. N. E. („Acción Revolucionaria Nacionalista Ecuatoriana“) befürwortete Diktaturen, jedoch nicht solche, an denen sie nicht teilhaben konnte.

c.7.) Die Christlich-Demokratische Partei („Partido Demócrata-Cristiano“) beschränkte sich statt einer Stellungnahme zur Diktatur auf eine Analyse der Situation des Landes.

c.8.) Die Demokratische Linke („Izquierda Democrática“) als dissidente Fraktion der Liberalen Partei verurteilte vor allem die „Kollaborateure“ der Liberalen. Ihre Haltung war reine Theorie.

- c.9.) Die Sozialistische Partei („Partido Socialista“), Fraktion von Oleas Zambrano, kokettierte mit dem Regime in einem zweideutigen Communiqué, welches unter anderem ihren „Glauben an die Demokratie“ zum Ausdruck brachte und soziale Gerechtigkeit forderte.
- c.10.) Die „Partido Nacionalista Revolucionario“ („Arosemenismo“) opponierte nach Bruch mit dem „Velasquismo“ klar gegen das Regime.
- c.11.) Die „Socialismo Revolucionario“ stellte sich in eine absolute Opposition und forderte als Ausdruck ihrer Ablehnung der Diktatur die Arbeiterklassen und das Volk zum Generalstreik auf.
- c.12.) Die „Partido Comunista“ („Línea Moscú“) stand, nachdem die Regierungsämter, die Mitglieder dieser Partei während der verfassungsmäßigen Amtszeit Velascos innegehabt hatten, unter der Diktatur verloren gegangen sind, in totaler Opposition zu dieser Diktatur.
- c.13.) Der „Velasquismo“ unterstützte natürlich das Regime. Da seine Anhänger befürchteten, daß sich Velasco nicht lange an der Macht halten würde, waren sie darauf aus, den größtmöglichen Nutzen aus der Situation zu ziehen, und versuchten mit allen Mitteln, persönliche Vorteile zu erlangen, selbst auf Kosten des Fiskus.

3. *Das Wachstum des Parteien-Establishments*

Zu der Tatsache, daß der „Velasquismo“ den mobilisierten Massen lediglich eine formelle und vom Paternalismus geprägte Partizipation anbietet, kommt hinzu, daß die Partizipation am politischen Prozeß de jure offensichtlich limitiert ist und die Analphabeten nicht berücksichtigt¹⁵⁰. Die Beschränkung der Wahlpartizipation trat anläßlich der letzten Präsidentschaftswahl im Jahre 1968, bei der Velasco wiederum den Wahlsieg errang, offen zutage:

Wie aus der Tabelle 10 zu entnehmen ist, hatten sich 68 % der alphabetisierten Ecuadorianer zur Wahl gemeldet; nur 77 % der Eingeschriebenen gingen zur Wahl; der Wahlsieger erhielt 30 % der insgesamt abgegebenen Stimmen. Die Relativität dieser Zahlen wird noch offenkundiger, wenn man einerseits bedenkt, daß 23 % der zur Wahl eingeschriebenen Bürger nicht gewählt hatten, 75 507 (8 %) Stimmen ungültig und andererseits die Analphabeten von der repräsentativen Demokratie Ecuadors ausgeschlossen waren. So stellten die Wähler nur 35 % der Gesamtheit der Personen über 18 Jahre dar, und Velasco als Wahlsieger erhielt somit lediglich ungefähr 10 % der Stimmen der Gesamtbevölkerung über 18 Jahren.

Das relative Wachstum der Zahl partizipierender Bürger, die dank der velasquistischen Mobilisierung am politischen Prozeß teilnehmen, konzen-

Tabelle 10

Wahlbeteiligung der Ecuadorianer bei den Präsidentschaftswahlen vom Juni 1968

Personen über 18 Jahre	2 587 058	100 %	
Analphabeten	827 858	32 %	
Alphabeten	1 758 200	68 %	100 %
Für die Wahl einschreiben ließen sich	1 198 887	68 %	100 %
Darunter wählten:			
gültige Stimmen	853 474		
ungültige Stimmen	75 507		
Insgesamt abgegebene Stimmen	928 981		77 %
Es wählten nicht	269 906		23 %

Anteil der insgesamt abgegebenen Stimmen
für den Sieger Velasco: 280 350 = 30 %.

Quelle: Oswaldo Hurtado (INEDES), *Dos Mundos Superpuestos*, a.a.O., S. 237.

Anm.: Diese Daten, denen wir vor allem deshalb folgen, weil sie einen allgemeinen statistischen Überblick über die Partizipation der Ecuadorianer bei den Wahlen 1968 anbieten, differieren, was die auf die einzelnen Kandidaten entfallenden gültigen Stimmen betrifft, geringfügig von den vom „Tribunal Supremo Electoral“ dem Verfasser persönlich überlassenen und in der Tabelle 12 angegebenen Zahlen.

triert sich fast ausschließlich auf die Gebiete, die für die Migration besonders attraktiv sind, das heißt auf die Küstenprovinzen Guayas, Los Ríos und El Oro, welche Exportgüter herstellen, und hier wiederum hauptsächlich auf die Städte, in denen sich der Handel mit diesen Produkten abspielt¹⁵¹.

Obwohl es zutrifft, daß sich diese „ideologisch“ disponiblen Wählermassen, entwurzelt aus der traditionellen agrarischen Umgebung und in die modernen Produktionsprozesse der urbanen Gebiete noch nicht integriert, anlässlich der Wahlen von 1968 wieder einmal als Bastion des „Velasquismo“ erwiesen hatten, ist es nicht weniger richtig, daß der Trend trotz des fünften Wahlsiegs von Velasco dahin zu gehen scheint, daß die traditionellen Parteien und die um diese Parteien herum gebildeten Zweckallianzen sich im Stadium der Erholung und des Wachstums gegenüber dem „Velasquismo“ befinden und als Artikulationsinstrumente der „Inter-

essen dieser Massen“ auftreten. Das Stimmenwachstum für die traditionellen Parteien in diesen Bastionen des „Velasquismo“ steht offenbar nicht nur im Zusammenhang mit der Unzufriedenheit großer Teile der Wählerschaft in den Städten der Küstenprovinzen wegen der leeren Versprechungen des nun schon fast 80jährigen „Caudillo“, sondern ist vor allem auf die Anwendung von Manipulationsmethoden rein populistischer Natur aus der Schule des „Velasquismo“ zurückzuführen, welche sich die traditionellen Parteien gewissenhaft angeeignet haben. Ein kurzer Vergleich der Wahlergebnisse von 1960, als Velasco den überwältigendsten Wahlsieg in der Geschichte Ecuadors davontrug, mit der knappen Mehrheit im Jahre 1968 wird dies verdeutlichen.

a) Die Wahl von 1960

Im Jahre 1960 erhielt Velasco mit 48,2 % Stimmenanteil fast genauso viele Stimmen wie alle drei seiner Rivalen zusammen. Der Kandidat der „Frente Democrático“, der Liberale Galo Plaza, konnte 23,4 %, der Konservative Gonzalo Cordero 22,4 % und der Kandidat der Linksgruppen, Antonio Parra, 6 % der Stimmen für sich verbuchen (siehe Tabelle 11). Wenn auch Velasco dieses Mal in fast allen Provinzen des Landes siegte, so fand er doch in den Provinzen Guayas, Los Ríos und El Oro die stärkste Unterstützung. Er erhielt 63 % der gesamten Wählerstimmen in Los Ríos, 65,9 % in El Oro und 58,2 % in Guayas. Während bei dieser Wahl die nicht integrierten Massen in den Städten im Zustand der sich steigernden Erwartungen in Velasco ihren Messias und Retter sahen und wieder einmal Opfer seiner Demagogie und seiner Versprechungen in bezug auf die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage wurden, schlossen sich die Eliten der Parteien dem „Velasquismo“ in dem Bestreben an, die Wirtschaftskrise (s. Kap. III, S. 98 f.) zu überwinden und aus der velasquistischen Manipulation den größtmöglichen Nutzen zu ziehen. Dieses Wahlergebnis ist ein Beweis für die horizontale soziale Teilung der ecuadorianischen Wählerschaft sowie für das Fehlen einer ideologischen Definition in den Parteien¹⁵². In der Tat, „Männer, die als prokommunistisch galten, marschierten Arm in Arm mit erklärten Konservativen; Reste der Liberal-Radikalen Partei, bewegt von Habgier und Machtstucht, setzten sich an einen Tisch mit kreolischen Falangisten und vereinbarten die gegenseitige Entfremdung ihrer Doktrinen, den Blick auf den Staatshaushalt gerichtet“¹⁵³.

b) Die Wahl von 1968

Die Erfahrungen der ecuadorianischen Oligarchie mit den Launen Velascos schienen diese zu einer „ideologischen Umstrukturierung“ der traditio-

nellen Parteien veranlaßt zu haben. Es darf nicht vergessen werden, daß die 1960 aufgestellte politische Rechnung der Oligarchie mit Velasco nicht aufgegangen war, was so weit führte, daß sich die erstere angesichts der Unfähigkeit Velascos, die Massen unter seiner sozialen Kontrolle zu halten, vierzehn Monate später gezwungen sah, seinen Sturz herbeizuführen. Wenn auch die neue „ideologische Abgrenzung“ der traditionellen Parteien nicht verhindern konnte, daß Velasco 1968 zum fünften Mal die Präsidentschaftswahlen gewann, so konnten doch die traditionellen Parteien ihr Terrain gewaltig erweitern. Velasco gewann nur mit knapper Mehrheit und erhielt 32,8 % der abgegebenen gültigen Stimmen. Der liberale Kandidat Córdova erhielt 31,1 %, der Konservative Ponce Enríquez 30,4 %, der Falangist Crespo 3,7 % und der Kandidat der Kommunisten 2 % (siehe Tabelle 12).

Es ist erwähnenswert, daß Velasco im Gegensatz zu seinem überwältigenden Sieg im Jahre 1960 in fast allen Provinzen des Landes diesmal nur in seinen drei Bastionen Guayas, El Oro und Los Ríos gewinnen konnte, wenngleich er auch hier trotz des Bevölkerungswachstums weniger Stimmen erhielt als im Jahre 1960; für den Gesamtsieg war das aber nicht ausschlaggebend. Velasco erhielt in der Provinz Guayas 44,3 %, in El Oro 46,5 % und in Los Ríos 47,6 % der abgegebenen gültigen Stimmen.

Nicht übersehen werden darf der hohe Stimmenanteil der Konservativen Partei in diesen Bastionen des „Velasquismo“. Im Gegensatz zur Liberalen Partei hatten die Konservativen früher keinerlei Einfluß in den Küstenprovinzen. Bei diesen Wahlen erreichten die Konservativen mit 21,5 % den höchsten Stimmenanteil, den sie je in der Provinz Guayas, der volkreichsten und „säkularisiertesten“ des Landes, erreicht hatten.

Die neue Strategie der populistischen Taktik schien sich für die traditionellen Parteien bei den Wahlen 1968 bezahlt gemacht zu haben. Während die Liberale Partei mit einer rein populistischen Partei, welche in der Provinz Guayas ihr Wahlreservoir hat, der C.F.P., koalitiert, zeigt sich die Konservative Partei als „populistische Organisation, deren Ideologie auf der sozialen Doktrin der Kirche basiert“¹⁵⁴.

Ohne Furcht vor einem Irrtum möchten wir feststellen, daß mit dem erneuten Sturz des alternden „Caudillo“ durch das Militär am 15. Februar 1972 – Velasco war damals schon fast achtzig Jahre alt – ein Kräfteschwund seiner Organisation als Massenmanipulationsinstrument verbunden sein wird. Die traditionellen Parteien und die sich um sie herum bildenden politischen Gruppierungen werden, solange die Militärs nicht anders entscheiden, daher die fast ausschließlichen Erben des „Velasquismo“ und Determinanten der politischen Orientierung dessen sein, was in Ecuador Parteiensystem genannt wird. Das Fehlen von Linksparteien als Vehikel zur Integration und Artikulation der Interessen der Massen und zur Mo-

dernisierung ihres politischen Verhaltens scheint diese These nur zu bestätigen.

Tabelle 11
Präsidentenwahlen 1960

PROVINZEN	KANDIDATEN			
	Velasco	Cordero	Plaza	Parra
Azuay	15 928	19 223	12 806	948
Bolívar	4 025	6 667	4 973	447
Cañar	5 871	7 423	2 539	166
Carchi	2 763	12 032	8 020	568
Coropaxi	12 202	7 252	3 897	330
Chimborazo	15 959	9 857	5 239	1 979
El Oro	23 943	6 205	5 197	1 004
Esmeraldas	4 287	1 250	13 695	1 074
Guayas	100 290	11 168	32 591	25 621
Imbabura	10 594	13 615	5 271	936
Loja	18 631	23 768	8 888	1 985
Los Ríos	22 000	2 379	5 785	1 850
Manabí	42 900	12 834	34 765	2 580
Morona-Santiago	2 468	1 678	262	10
Napo	528	754	440	20
Pastaza	1 588	262	385	37
Pichincha	65 337	23 193	28 278	4 310
Tungurahua	18 063	11 843	6 345	1 868
Zamora-Chinchipec	1 644	658	230	75
Arch. Colón	440	56	99	14
Gesamt	369 461	172 117	179 705	45 822

Quelle: Tribunal Supremo Electoral, Quito.

PROVINZEN	KANDIDATEN				
	Córdova	Velasco	Crespo	Gallegos	Ponce
Azuay	12 662	11 508	1 229	759	22 894
Bolívar	5 668	3 492	1 236	497	7 355
Cañar	7 113	2 728	516	365	6 198
Carchi	11 617	2 411	808	309	10 597
Cotopaxi	7 621	6 739	1 284	661	11 245
Chimborazo	11 427	11 129	2 316	842	12 344
El Oro	8 868	17 491	1 025	750	9 476
Esmeraldas	5 296	3 471	352	278	4 767
Guayas	57 587	85 129	4 044	4 252	41 312
Imbabura	9 760	8 106	2 348	526	15 269
Loja	9 000	16 021	913	697	21 542
Los Ríos	5 851	12 847	1 305	1 072	5 933
Manabí	30 462	26 057	1 454	1 154	17 977
Morona-Santiago	1 252	767	150	84	2 944
Napo	886	505	136	24	1 470
Pastaza	840	1 129	91	33	1 264
Pichincha	64 979	56 205	9 999	2 813	48 305
Tungurahua	12 537	13 301	2 634	1 872	17 231
Zamora-Chinchipe	620	1 165	131	41	1 522
Arch. Colón	266	169	20	11	188
Gesamt	264 312	280 370	31 991	17 040	259 833

Quelle: Tribunal Supremo Electoral, Quito.

KAPITEL IV: PARTEIEN UND POLITISCHE MACHT

Die Art und Weise, in der Macht gewonnen und ausgeübt wird, reflektiert die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Determinanten der Umgebung, aus der sich politische Phänomene in Ecuador entwickeln, sowie die Tatsache, daß die grundlegende politische Machtordnung nicht auf Parteien beruht und daß die Parteien nur als eine „quasi demokratische Dekoration“ im politischen System fungieren¹. Ohne die formelle Organisation des präsidentiellen Regierungssystems in Ecuador eingehend beschreiben zu wollen, möchten wir die Rolle der Parteien im Entscheidungsprozeß aufzeigen mit Hilfe der relevantesten Charakteristika der realen Strukturen des politischen Systems und deren determinanten Einfluß auf die Organisation und das Verhalten der Parteien. Zu diesem Zweck werfen wir zuerst einen Blick auf das Wesen des politischen Systems in Ecuador; dann behandeln wir die typischen Mechanismen der ecuadorianischen politischen Kultur zur Erlangung und Ausübung politischer Macht und analysieren schließlich die Relation der Exekutive und der Legislative zu den Parteien, sowie die Repräsentation der Interessen innerhalb des Parteiensystems.

I · DAS WESEN DES POLITISCHEN SYSTEMS

Das präsidentielle Regierungssystem (s. Kap. II:II), das als Nachahmung des nordamerikanischen Vorbildes nach der Unabhängigkeitserklärung in Ecuador als neue politische Organisationsform eingeführt wurde, war und ist etwas Künstliches geblieben. Sein Funktionieren zeigt in paradigmatischer Form den semifeudalen und semikolonialen Charakter der sozio-ökonomischen Strukturen, das heißt die wirklichen Machtverhältnisse (die übergeordnete Rolle der Armee, der Kirche und der Großgrundbesitzer etc.) und das Anrecht auf Herrschaft seitens der politischen Elite auf Grund von Normen und traditionellen Wertvorstellungen (Status, Familie, Besitz, Ethnos, Region etc.), und nicht „durch demokratische Legitimation und verfassungsmäßig sanktionierte Mechanismen der Delegation von Befugnissen“, wie Klaus von Beyme es ausdrückt².

1. Die diversen Machthaber

In der Tat kann die Dynamik des politischen Systems in Ecuador nicht durch den in der Verfassungsurkunde festgelegten institutionellen Rahmen definiert werden³. Charles Anderson verdeutlicht in zutreffender Weise diese Problematik, indem er darauf hinweist, daß vielmehr ein adäquates Bild der Wirklichkeit der politischen Systeme in Lateinamerika in den verschiedensten Variationen immer wiederkehrender Methoden zu sehen ist, deren sich die Elite bedient, um an die Macht zu gelangen und ihren politischen Einfluß zu bewahren (Diktatur, „imposición“, Wahlbetrug etc.). Eine Reihe von oligarchischen beziehungsweise traditionalistischen „contenders of power“ (Armee, Kirche, „Caciques“ etc.) mit mehr oder weniger großen Machtbefugnissen erhebt auf die Führung des Staatsapparats Anspruch, und nach reziprokem Versprechen politischer, ökonomischer und sozialer Vorteile sowie Konsolidierung der eigenen Position werden Abmachungen getroffen, die jederzeit revidiert werden können, wenn nach der Erreichung der politischen Macht die Regierung oder einer der Beteiligten sich anscheinend gegen die Interessen des Partners stellt⁴ oder Verrat an der Klasse übt⁵.

Tabelle 13

Präsidenten Ecuadors ab 1925

	Von	Bis
Provisional Junta Militar	10. Juli 1925	1. April 1926
Isidro Ayora	1. April 1926	24. Aug. 1931
Colonel Luis Larrea Alba	24. Aug. 1931	15. Okt. 1931
Alfredo Baquerizo Moreno	15. Okt. 1931	2. Sept. 1932
Alberto Guerrero Martínez	2. Sept. 1932	5. Dez. 1932
Juan de Dios Martínez Mera	5. Dez. 1932	20. Okt. 1933
Abelardo Montalvo	20. Okt. 1933	1. Sept. 1934
José María Velasco Ibarra	1. Sept. 1934	21. Aug. 1935
Antonio Pons	21. Aug. 1935	26. Sept. 1935
Federico Páez	26. Sept. 1935	23. Okt. 1937
General Alberto Enríquez Gallo	23. Okt. 1937	10. Aug. 1938
Manuel María Borrero	10. Aug. 1938	2. Dez. 1938
Aurelio Mosquera Narváez	2. Dez. 1938	16. Nov. 1939
Carlos Alberto Arroyo del Río	16. Nov. 1939	11. Dez. 1939
Andrés F. Córdova	11. Dez. 1939	1. Sept. 1940
Carlos Alberto Arroyo del Río	1. Sept. 1940	28. Mai 1944
Provisional Junta	28. Mai 1944	31. Mai 1944

	Von	Bis
José María Velasco Ibarra	1. Juni 1944	23. Aug. 1947
Colonel Carlos Mancheno	23. Aug. 1947	2. Sept. 1947
Mariano Suárez Veintimilla	2. Sept. 1947	17. Sept. 1947
Carlos Julio Arosemena	17. Sept. 1947	31. Aug. 1948
Galo Plaza Lasso ¹	1. Sept. 1948	31. Aug. 1952
José María Velasco Ibarra ²	1. Sept. 1952	31. Aug. 1956
Camilo Ponce Enríquez	1. Sept. 1956	31. Aug. 1960
José María Velasco Ibarra	1. Sept. 1960	7. Nov. 1961
Carlos Julio Arosemena (Sohn)	7. Nov. 1961	11. Juli 1963
Junta Militar de Gobierno	11. Juli 1963	28. März 1966
Alto Mando del Ejército ³	28. März 1966	29. März 1966
Clemente Yerovi Indabura ⁴	29. März 1966	19. Nov. 1966
Otto Arosemena Gómez	19. Nov. 1966	31. Aug. 1968
José María Velasco Ibarra	1. Sept. 1968	15. Febr. 1972
Gral. Guillermo Rodríguez Lara und Consejo de Gobierno ⁵	15. Febr. 1972	21. Febr. 1972
Gral. Guillermo Rodríguez Lara ⁶	21. Febr. 1972	–

Quellen:

¹ George I. Blanksten, Ecuador: Constitutions and Caudillos, New York 1964, S. 10 – 11.

² Federico E. Trabucco, Síntesis histórica de la República del Ecuador, Quito 1968, S. 677 ff.

³ Als am 28. März 1966 die „Junta Militar de Gobierno“ überstürzt zurücktrat, übernahm eine Gruppe von Stabsoffizieren die Regierung für 24 Stunden. Wie die NZZ, 6. Juli 1966, Blatt 3 („Ecuador auf dem Weg von der Militärdiktatur zur Demokratie“) nicht zu Unrecht behauptet, war das Land praktisch 24 Stunden lang ohne Regierung.

⁴ Federico E. Trabucco, Síntesis histórica . . ., a. a. O., S. 700 ff.

^{5, 6} El Comercio, 27. Februar 1972, S. 16.

Die laufenden Neuauflagen der Verfassungen – Velasco hat während seiner letzten Diktatur (22. 6. 1970–15. 2. 1972) die Ausarbeitung der achtzehnten in Auftrag gegeben, die jedoch unter der Militärdiktatur, von der er gestürzt wurde, nicht weiter fortgesetzt worden ist – bestätigen deutlich, daß das politische System Ecuadors von den verschiedenen traditionellen Machthabern nicht als legitime Ordnung der Gesellschaft in dem Sinn be-

trachtet wird, daß es ein anerkanntes Prinzip der Autorität gibt oder geben muß. Zivile Regierungen werden in rascher Folge von autoritären Diktaturen abgelöst, und nur wenige von ihnen haben die von der Verfassung vorgeschriebene Amtszeit, die in der Regel vier Jahre beträgt, zu beenden vermocht⁶ (vgl. Tab. 13).

2. *Die Hypertrophie des Politischen*

Trotz der scheinbaren Instabilität, die diese Tabelle zeigt, möchten wir feststellen, daß das System in seinem Kern als stabil bezeichnet werden kann. Was seine ideologische Zielsetzung betrifft, so kann es sogar als „legitim“ angesehen werden, zumal die Regeln des politischen Spiels, obwohl sie nicht verfassungsmäßig gebunden sind, innerhalb der Klasse praktiziert und anerkannt werden, die angewandten Methoden aber immer darauf ausgerichtet sind, das Gleichgewicht bei der Erhaltung des politischen, ökonomischen und sozialen Status quo und den strikten Ausschluß aller von außen kommenden Interessen zu sichern⁷.

Was in Ecuador als politische Instabilität bezeichnet werden könnte, ist nichts anderes als das Resultat der Unterentwicklung der betreffenden sozio-ökonomischen Strukturen beziehungsweise eines Monopols der Machtmechanismen im politischen Bereich und damit der politischen Entscheidung in Händen der verschiedenen Faktionen der traditionellen Elite⁸, denn je kleiner der Aktionsradius des wechselseitigen Zusammenwirkens von politischen Kräften ist, die gleiche, aber fragmentarische Interessen in einer Gesellschaft artikulieren, desto größer sind die Spannungen und die Hypertrophie des politischen Lebens. Die Desintegration der Gesellschaft (Regionalismus, Vorherrschaft der „Caciques“ in den Provinzen etc.) und die scharfe Trennung zwischen dem sozialen Status der Oberschicht und den Besitzlosen, die fast nahezu jede Form vertikaler Mobilität zwischen den Klassen verhindert, konkretisieren sich in der Weise, daß eine Differenzierung zwischen Politik und den übrigen Sphären der Gesellschaft (kultureller, sozialer, familiärer und wirtschaftlicher Art) nicht existiert, besser gesagt, in einer absoluten Dominanz des Politischen, auf deren Boden die Cliques der Oberschicht um die Manipulation und Gewinnung der Besitzlosen für ihre partikularistischen Ziele kämpfen. Die erbitterten Auseinandersetzungen um die Erlangung der Macht konzentrieren sich um die Verteidigung wirtschaftlicher Interessen, die in erster Linie auf dem Lati-fundium beruhen⁹.

Die Instabilität des Systems infolge seiner Unfähigkeit, politische Modernisierung durchzuführen, ist daher die logische Konsequenz der archaischen

sozio-ökonomischen Strukturen beziehungsweise des Fehlens einer strukturellen Differenzierung und einer funktionellen Spezifizierung der teilhabenden, nicht integrierten Elemente auf nationaler Ebene und der daher sehr leichten Ersetzbarkeit der in der Verfassung vorgezeichneten politisch relevanten Institutionen durch „Personalismo“¹⁰. Da die Struktur der herrschenden Schicht stärker ist als die künstliche Organisation der politischen Institutionen und es sich bei den letzteren um Mechanismen für den personalistischen Kampf der Cliques handelt, „fehlt es dem repräsentativen System an Inhalt, es ist vielmehr ein bloßer Formalismus, ein Mythos, der sich in ein Instrument zur Verteidigung derer verwandelt hat, die gegenwärtig die Macht in Händen haben, und nicht in einen Weg zur Partizipation der Volksmassen in der Politik und der Kontrolle der politischen Mechanismen“¹¹.

3. „Revolution“ als Faktor der politischen Kultur

Die einzige Struktur, die eine regulative Funktion im politischen System ausübt, ist das Militär. Als stärkste auf nationaler Ebene organisierte Kraft ist es immer in der Lage – wie die Geschichte mit ihrer unübersehbaren Zahl von „Pronunciamientos“ und Militärdiktaturen zeigt –, die Macht an sich zu reißen und die Interessenkonflikte der Oberschicht als Chef der Exekutive oder als Schiedsrichter der Politik beizulegen, oder den Status quo direkt gegen das vermutliche Auftauchen der „nihilistischen Kräfte“ im System zu verteidigen, wie das im vorhergehenden Kapitel über den „Velasquismo“ analysierte „Pronunciamiento“ vom 22. Juni 1970 in beispielhafter Form zeigt (s. Kap. III, S. 110 ff.).

Die Institutionalisierung des Staatsstreichs beziehungsweise die Anwendung von Gewalt als Mittel zum Regierungswechsel läßt Merle Kling in bezug auf die lateinamerikanischen politischen Systeme den Begriff der „Culture of political violence“ prägen:

„The legal and formal aspect of Latin American political systems thus serve to maintain and perpetuate violence . . . constitutions do not inspire respect, prescribed rules do not impose effective restraints, decision making by the executive is customary, and the rule of asylum, by protecting the loser in a violent political struggle, does not discourage revolutionary conspiracies“¹².

Wenn auch chronische, aber meist unblutige Gewalt und „Revolutionen“ als bezeichnende Faktoren der lateinamerikanischen politischen Kultur betrachtet werden können, so trifft es nicht weniger zu – und in dieser Hinsicht ist Ecuador ein Modellfall –, daß das Wesen des politischen

Systems eben von der Tatsache geprägt wird, daß grundlegende politische, ökonomische und soziale Veränderungen nicht stattfinden¹³.

II · METHODEN ZUR ERLANGUNG DER MACHT

Das Spektrum der seit dem Bestehen der Republik von der ecuadorianischen Oligarchie angewandten Methoden zur Erlangung, Erhaltung und Ausübung politischer Macht ist äußerst breit und vielfältig. Die folgende Tabelle soll uns einen allgemeinen Überblick verschaffen:

Tabelle 14

Regierungen und Regierungszeiten zwischen 1830 und 1972 (Zahlen abgerundet)

	Anzahl	Jahre
Direkt vom Volk gewählte Regierungen	18	50
Regierungen, welche von Verfassungsgebenden Versammlungen und Kongressen gewählt wurden	23	70
Diktaturen und nicht demokratische Regierungen	25	22
	66	142

Quelle: Nach Oswaldo Hurtado (INEDES), *Dos Mundos Superpuestos – Ensayo de diagnóstico de la realidad ecuatoriana*, Quito 1969, S. 238.

Unter den wichtigsten Mechanismen oder politischen Variablen¹⁴ der Oligarchie zur Legitimierung der Herrschaft sollen die folgenden näher betrachtet werden:

1. „Pronunciamiento“

Dies ist die gebräuchliche Art zur Erlangung oder Beibehaltung politischer Macht. In der deutschen politischen Literatur heißt sie Staatsstreich, während sie in Lateinamerika als „Revolution“ bezeichnet wird. Die Wurzel des „Pronunciamiento“ liegen in der spanischen Tradition des 19. Jahrhunderts¹⁵, und seine typischen Merkmale sind fast ausschließlich mili-

tärischer Art, das heißt, die Mittel, welche eingesetzt werden, um sich des Staatsapparates zu bemächtigen und ihn unter Kontrolle zu bekommen, haben ihren Ursprung in den Kasernen.

Die in Ecuador erfolgreich durchgeführten und im allgemeinen unblutigen „Pronunciamientos“ gehören alle zum restaurativ-reaktionären Typ¹⁶. Die von den „Pronunciamientos“ hervorgebrachten Diktaturen werden von der ecuadorianischen Oligarchie – so paradox es auch klingen mag – als Mittel zur Rettung der repräsentativen Demokratie betrachtet¹⁷. Sie regulieren in erster Linie den Status quo und haben im letzten Jahrzehnt rein faschistoide Züge angenommen. Terrormaßnahmen gegen regimefeindliche Elemente sind an der Tagesordnung.

Die Beherrschung des politischen Lebens mit Hilfe des „Pronunciamiento“ wird nicht in ihrer ganzen Tragweite klar, wenn wir die Intervention des militärischen Instrumentariums des Staates („Pronunciamiento“) im politischen Leben nur auf die in der Tabelle angegebene Zahl und Dauer der diktatorischen Regierungen beziehen. Die Wirklichkeit ist, wie wir anschließend sehen werden, daß mit Ausnahme von außergewöhnlichen Perioden, in denen von den Oligarchien getragene Demokratien funktioniert haben und politische Kontroversen durch Wahlen „institutionalisiert“ wurden, die Mechanismen der Oligarchie (Verfassungsgebende Versammlung, „Imposición“, Wahl durch das Parlament etc.) zur Rückkehr von einer „de facto Demokratie“ zur Verfassungsmäßigkeit im großen und ganzen von der Diktatur ausgingen und von ihr bestimmt wurden. Die Diktaturen, die auf ein „Pronunciamiento“ folgten, weisen zwei verschiedene Haupttypen auf:

a) Ein-Mann-Diktatur:

Dieser Typ hat zwei Varianten:

a.1.) Militärische Ein-Mann-Diktatur

Obwohl diese Art auch im 20. Jahrhundert vorgekommen ist, kann sie als typisch für den militärischen „Caudillo“, den „man of horse“ des 19. Jahrhunderts, gelten. Die seit Februar 1972 bestehende Diktatur von General Rodríguez Lara entspricht durchaus diesem Typus, wenngleich mit den Beschränkungen, die den technokratischen Militarismus Lateinamerikas der Gegenwart prägen. In Wirklichkeit erscheint die Diktatur von Rodríguez Lara zuerst als „Junta Militar de Gobierno“, die jedoch nur von kurzer Dauer war (vgl. Tabelle 13, S. 122–23).

a.2.) Zivile Ein-Mann-Diktatur

Ihr größter Repräsentant im 19. Jahrhundert war der religiöse Fanatiker

und Tyrann García Moreno (1860–75). Dieser Typ ist jedoch auch noch in der Gegenwart vorhanden. Velasco Ibarra beispielsweise regierte als Diktator vom 22. Juni 1970, als ihn die Militärs durch ein „Pronunciamiento“ einsetzten, bis 15. Februar 1972; auch bei früheren Gelegenheiten hatte er sich schon zum Diktator ernannt.

b) „Junta Militar de Gobierno“:

Dies ist die modernste Form der Militärdiktatur. Sie erschien fast allgemein mit der Einführung des Berufssoldatentums im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts beziehungsweise nach der Wirtschaftskrise, die Lateinamerika von 1920 an erschütterte, besonders aber seit der Weltwirtschaftskrise von 1929¹⁸. Die Regierung setzt sich in der Regel aus einem Triumvirat von Männern der drei Waffengattungen zusammen, was praktisch eine Teilung der Gewalten bedeutet¹⁹.

2. *Verfassungsgebende Versammlung*

Sie ist in der Geschichte Ecuadors die beliebteste Methode der Oligarchie, um den Anschein der verfassungsmäßigen Legitimität zu wahren. Die bisher herausgegebenen siebzehn Verfassungen, die später alle wieder außer Kraft gesetzt wurden, sind von solchen Versammlungen ausgearbeitet worden. Ihre Existenz ist im allgemeinen auf die Tatsache zurückzuführen, daß die „Caudillos“ nach Erlangung der politischen Macht durch ein „Pronunciamiento“, um sich den Mantel der Legitimität umzuhängen, Wahlen für ein *ad-hoc-Parlament* ausschreiben und dieses wiederum eine den Vorstellungen des Diktators entsprechende Verfassung proklamiert, die den ersteren mit dem Anstrich eines verfassungsmäßigen Präsidenten in seinem Amt bestätigt²⁰.

Die letzte Neuauflage der Verfassungsgebenden Versammlung stammt aus dem Jahre 1966, wobei die Geschichte ihrer Entstehung jedoch von der allgemeinen Regel abwich²¹. Damals war es nämlich der nach dem Sturz der „Junta Militar de Gobierno“ von der Oligarchie am 29. März 1966 eingesetzte provisorische Präsident Yerovi (vgl. „Imposición de facto“, Kap. IV, S. 130), der die Wahlen für die Verfassungsgebende Versammlung ausrief. Diese nominierte Otto Arosemena Gómez am 19. November 1966 als „Verfassungsmäßigen Interimspräsidenten“. Die Wahl Arosemenas ist der deutlichste Beweis dafür, auf welche Weise die Parteien dem politischen Kuhhandel dienen und die partikularischen Interessen der Oligarchie verteidigen. Der spätere Interimspräsident erhielt bei den Wahlen für die Verfassungsgebende Versammlung von 1966 mit seiner winzigen Partei

„CID“ („Coalición Institucionalista Demócrata“), die erst ein Jahr vorher gegründet worden war, lediglich 3 von 79 Sitzen. Arosemena, der sich links gerichtet gab und lautstark von sozialen Reformen und Wohlergehen des Volkes redete, obwohl er selbst ein echter Repräsentant der Bankieroligarchie der Küste war, war im Begriff, zusammen mit den Liberalen, den „Unabhängigen“ und den „Linken“ einen Mehrheitsblock gegen den Präsidentschaftskandidaten der Konservativen, den früheren Präsidenten Camilo Ponce Enríquez, zu bilden. Er zögerte jedoch keinen Augenblick, in das Lager der Konservativen überzuwechseln, als ihm von diesen die Interimspräsidentschaft angeboten wurde, allerdings mit der Bedingung, bei den darauffolgenden Wahlen 1968 den Kandidaten der Konservativen zu unterstützen²². Wie aus dem dazu feierlich abgegebenen Ehrenwort auf Gegenseitigkeit hervorgeht, sollte diese schriftlich fixierte Vereinbarung „der Rettung der Republik und der Konsolidierung der konstitutionellen Ordnung“ dienen²³.

3. Wahlen

Auch in den Verfassungen Ecuadors werden Wahlen als ausdrückliches Merkmal der Repräsentativen Demokratie betrachtet. In Art. 1 der letzten Verfassung hieß es, „el gobierno es republicano presidencial, y por tanto electivo, representativo, responsable y alternativo“²⁴. Die wirkliche Bedeutung der Wahlen ist aus der Tabelle über die Anzahl der Regierungen und Regierungszeiten seit der Unabhängigkeit leicht zu erkennen. Daß es keine verfassungsmäßige Kontinuität gegeben hat, wird noch deutlicher, wenn man bedenkt, daß in 142 Jahren republikanischer Geschichte nur neun der direkt gewählten Präsidenten ihre Amtszeit beenden konnten. Dem Vater der Liberalen Partei, dem „Caudillo“ Eloy Alfaro (1895–1912), wird der von manchen als zynisch bezeichnete Satz zugeschrieben, den er als Antwort auf eine Kritik an dem von der Liberalen Partei praktizierten Wahlbetrug gesprochen haben soll: „Wir wollen nicht mit Papierchen verlieren, was wir mit Gewehren gewonnen haben“²⁵. Diese Haltung – ganz gleich ob der zitierte Ausspruch getan worden ist oder nicht – kommt der politischen Realität in Ecuador nahe.

Die Tatsache, daß Wahlen nur dazu gedient haben, den personalistischen Kampf und die Gewaltanwendung innerhalb der Cliquen zu institutionalisieren, statt eine institutionelle Konzeption der politischen Parteien hervorzubringen, zeigt, daß sie lediglich als Instrument betrachtet werden, mit dem man die „clientelas electorales“ betrügen und persönliche Vorteile erringen kann. Sowohl in den ländlichen Gegenden, wo die Stimmabgabe als Dienst

für den „Patrón“ angesehen wird, als auch in den urbanen Gebieten ist der Prozeß der Wahl ein reiner Betrug. In den Elendsvierteln des Subproletariats der Städte werden Wählerstimmen nicht nur mit den Versprechungen des „Caudillo“ gewonnen, sondern auch von den Mäzenen, die den Wahlkampf finanzieren, die Stimme wie eine Ware durch Barzahlung erworben²⁶, oder im Tausch für große Mengen Alkohol zur Hebung der Lebensfreude ihrer Anhänger in den organisierten Komitees während der Tage des Wahlfestes.

4. „Imposición“

Zwei Typen lassen sich unterscheiden:

a) „Imposición de facto“

Im Gegensatz zur Einsetzung einer zivilen oder Militär-Diktatur, die im Grunde aus der regulativen Funktion der Armee hervorgeht, ist die „Imposición“ nichts anderes als das Resultat einer Übereinkunft der politischen Kräfte beziehungsweise der wirtschaftlichen „pressure groups“, die sich in einer „Junta Patriótica Nacional“ (bestehend aus den „Juntas Constitucionalistas“ in den verschiedenen Provinzen) zusammenschließen, um die Armee im Namen der Legalität zur Übergabe der Macht an einen Interimspräsidenten zu zwingen. Es soll damit vermieden werden, daß die infolge der chaotischen Wirtschaftspolitik der Militärs und ihrer Repression sogar gegen die Mitglieder der Oligarchie sich zuspitzenden internen Rivalitäten das Gleichgewicht der Privilegien und der Einflußnahmen auf den Staatsapparat ernsthaft gefährden.

Ein klassisches Beispiel für eine derartige Situation finden wir im Sturz der „Junta Militar de Gobierno“ am 28. März 1966. Angesichts ihrer Unfähigkeit, einer Reihe von Streiks, die sich in allen Zweigen der Wirtschaft ausbreiteten, Herr zu werden und den von den Gruppen der mächtigen Oligarchie der Küste gegen die Diktatur gerichteten Wirtschaftsboykott zu brechen, wurden die Diktatoren vom Oberkommando der Armee gezwungen, ihre Ämter niederzulegen. Nach einer raschen Einberufung der maßgebenden Vertreter der „Junta Patriótica Nacional“ durch das Oberkommando setzten die „Notables“, mit den Ex-Präsidenten und Großgrundbesitzern Galo Plaza und Ponce Enríquez an der Spitze, kaum 24 Stunden später in einer im Verteidigungsministerium improvisierten Zeremonie einstimmig Clemente Yerovi als Interimspräsidenten ein²⁷.

b) „Imposición Constitucional“

Diese steht in direkter Relation zum Funktionieren des Parteiensystems

und manifestiert sich in einem „Continuismo Constitucional“, das heißt, der Präsident, sei es nun ein Diktator oder nicht, designiert im Falle von Wahlen a priori seinen Favoriten, damit dieser das Werk seiner Regierung fortsetze; somit wird die Fassade der Verfassungsmäßigkeit gewahrt, welche eine unmittelbare Wiederwahl ausschließt. Wenn auch heute der Wahlbetrug nicht mehr in gleicher Weise institutionalisiert ist wie früher, so tritt doch die Intervention des Präsidenten und des Staatsapparates (vor allem der Bürokratie) offen zutage²⁸.

Bei den Präsidentschaftswahlen von 1956 beispielsweise stellte sich der amtierende Präsident Velasco Ibarra offen hinter seinen früheren Minister und zu der Zeit Kandidaten der Konservativen Partei, Ponce Enríquez. In einer seiner berühmten Reden wandte sich Velasco gegen die Koalition der „Frente Democrático Nacional“, von der dem Sieg seines Favoriten Gefahr zu drohen schien (in der Tat wurde der knappe Wahlsieg von Ponce Enríquez auch vielfach angezweifelt), mit den Worten: „Entweder ich zerquetsche die Frente Democrático oder die Frente Democrático zerquetscht mich!“²⁹. Das Bemerkenswerte daran war, daß eine solche Aktion in krassem Widerspruch zur Verfassung stand, deren Artikel 98 lautet: „Es ist dem Präsidenten der Republik verboten, . . . den Prozeß der Wahlen zu verhindern oder zu beschränken, physischen oder moralischen Zwang anzuwenden oder den Ausgang der Wahlen in einer bestimmten Richtung zu beeinflussen“³⁰.

5. Einsetzung des Präsidenten durch das Parlament

Dieser wenngleich nur in Ausnahmefällen praktizierte Vorgang war typisch für die Epochen, in denen das Parlament infolge von politischen Wirren und Kämpfen innerhalb der Armee ein Supremat über die Exekutive erlangte. Er bestand darin, daß das Parlament entweder den Präsidenten stürzte oder die Amtsübernahme eines gewählten Präsidenten verhinderte und eine der führenden Persönlichkeiten aus seinen eigenen Reihen (in der Regel diejenige mit dem höchsten Rang, nämlich den Präsidenten des Senats) zum Beauftragten Präsidenten ernannte („encargado del poder“). Bei dieser Ernennung handelte es sich nicht um einen verfassungsmäßigen Akt, sondern einfach um einen Putsch seitens des Parlaments. Die Mission des neuen Präsidenten war rein provisorischer Art und beschränkte sich darauf, erneut „demokratische“ Präsidentschaftswahlen auszuschreiben. In den letzten vierzig Jahren gab es zwei bedeutende Fälle. Der erste ereignete sich Ende 1932, als der gewählte Präsident Neptalí Bonifaz vom Kongreß im Namen der öffentlichen Ordnung disqualifiziert wurde, weil

er angeblich ein Peruaner war. Nachdem sich der gewählte Präsident der Entscheidung des Parlaments nicht unterwerfen wollte, lieferten sich die für Bonifaz und die für das Parlament streitenden Faktionen der Armee unter dem Motto „Es lebe die Verfassung“ vier Tage lang blutige Gefechte, die mit dem Sieg des Parlaments endeten. Der zweite Fall hing mit dem vorgenannten direkt zusammen. Die vom Beauftragten Präsidenten aus- geschriebenen Neuwahlen brachten mit der bewußten Methode des Wahl- betrugs einen Sieg für den Liberalen Martínez Mera, der vom Kongreß im Dezember 1932 als rechtmäßiger Präsident eingesetzt wurde. Unter der Anschuldigung einer falschen Außenpolitik³¹, und vor allem unter dem Eindruck der demagogischen Reden des noch jungen Präsidenten der Ab- geordnetenversammlung, Velasco Ibarra, der nicht müde wurde, die Regierung des Wahlbetrugs zu bezichtigen, setzte der Kongreß im Oktober 1933 Martínez Mera ab (vgl. Kap. III, S. 87 ff.) und ernannte wiederum einen Beauftragten Präsidenten, der demokratische Neuwahlen ausrufen sollte³². Pareja Diez Canseco kritisiert diese Entscheidung des Parlaments folgen- dermaßen: Es war „ein Kongreß, der aus denselben Wahlen wie der Prä- sident hervorgegangen war, das heißt an demselben Übel krankte: dem Zwang von oben und der Wahlfälschung. Es gab also keinerlei moralische Rechtfertigung für das Vorgehen des Parlaments und auch keine Legalität. Dieses Mal hat der Kongreß den Staatsstreich ausgeführt“³³.

6. *Plebiszit*

Diese Methode ist in der politischen Entwicklung Ecuadors nicht sehr häufig praktiziert worden. Sie besteht darin, daß das Volk zum Entscheid über eine von einem Diktator vorgeschlagene Verfassung aufgerufen wird, mit deren Hilfe dieser zum ordentlichen zivilen Präsidenten eingesetzt wird. Das Ple- biszit hat bisher zweimal stattgefunden.

Im Jahre 1869 ließ der Diktator García Moreno einen Volksentscheid durchführen, um das von ihm eingeführte theokratische Terrorregime durch ein ihm nach Maß geschneidertes Grundgesetz, die „Carta Negra“, zu legitimieren.

Die vor der letzten Diktatur Velascos gültige Verfassung von 1967 be- trachtete das Plebiszit als ein Mittel unter anderen zur Reformierung des Grundgesetzes. Nachdem er Diktator geworden war, setzte es sich Velasco in den Kopf, zur Legalisierung seiner Diktatur die „scheußliche Verfassung von 1967“ mittels eines Plebiszits durch die Wiedereinführung des von ihm 1946 aufgestellten Grundgesetzes – allerdings mit kleinen Re- formen – abzulösen und so zur verfassungsmäßigen Ordnung zurück-

zukehren. Den Grund für den Volksentscheid erklärte Velasco auf einer Pressekonferenz: „Neulich beklagte ich in einer meiner Reden, daß ich meine politische Laufbahn als Diktator beenden werde. Es wurde mir geraten, nicht als Diktator, sondern als verfassungsmäßiger Präsident abzutreten. Wir werden daher in diesem Jahr zum Rechtsstaat zurückkehren. Es wird deshalb dieses Jahr zum Volksentscheid aufgerufen³⁴.“

Es ist verblüffend, wie sich Velasco die einzelnen Schritte für die Rückkehr zur Verfassungsmäßigkeit durch das Plebiszit vorstellte. Seine Strategie war diese: „Unmittelbar nach der Zustimmung zur Verfassung und ihren Reformen werden wir zur konstitutionellen Ordnung zurückkehren. Die Verfassung wird Übergangsregelungen beinhalten müssen. Eine davon soll es mir ermöglichen, als verfassungsmäßiger Präsident direkt vor dem Obersten Gerichtshof vereidigt zu werden³⁵.“

Das eigentliche Plebiszit fand nicht statt, da sich Velasco gegenüber der vereinten Opposition der unzufriedenen traditionellen Parteien seines Sieges nicht sicher war und im Fall seiner Niederlage ein gegen ihn gerichtetes „Pronunciamiento“ seitens der Armee unvermeidlich gewesen wäre. Ein Jahr nach dem Scheitern dieses Schachzuges zur Abschaffung der Diktatur und stolzen Beendigung seiner politischen Laufbahn als verfassungsmäßiger Präsident beendete die Armee mit dem schon erwähnten „Pronunciamiento“ vom 15. Februar 1972 seine Regierung.

III · DIE MACHT DES PRÄSIDENTEN

In den Analysen der Präsidentialregierungssysteme Lateinamerikas besteht nahezu Einstimmigkeit darüber, daß der Fassade der Gewaltenteilung in Exekutive, Legislative und Judikative und dem nominellen Wert anderer konstitutioneller Formalitäten die überragende Stellung der Exekutivgewalt, das heißt des Staatspräsidenten, gegenübersteht³⁶. Obwohl diese Feststellung im großen und ganzen nicht der Wahrheit entbehrt, liegt das Hauptproblem – wie am Anfang des Kapitels gesagt wurde – darin, daß das Wesen und die Funktionalität des politischen Systems beziehungsweise die von den verschiedenen traditionellen Machthabern verkörperte politische Realität und die von ihnen geprägte Verfassungspraxis die wirkliche Transzendenz der zentralen Machtstellung der Exekutive sehr beschränkt.

Wenn wir die Verfassungskonstruktion³⁷ betrachten, weist das präsidentielle Regierungssystem Ecuadors folgende Hauptkennzeichen auf:

a) Der Präsident, welcher gleichzeitig Regierungschef ist, wird vom Volk für eine vierjährige Amtszeit gewählt – im Gegensatz zum parlamen-

tarischen System, wo der Präsident im allgemeinen vom Parlament bestellt wird.

b) Eine unmittelbare Wiederwahl ist ausgeschlossen. Ein Präsident kann frühestens nach einer Zeit von vier⁸ Jahren, vom Ende seiner letzten Amtszeit an gerechnet, wieder gewählt werden.

c) Die Regierung ist allein dem Präsidenten, nicht dem Parlament verantwortlich. Der Präsident nominiert und entläßt die Minister oder Staatssekretäre nach seinem Ermessen.

d) Ministeramt und Abgeordnetenmandat sind inkompatibel.

e) Es ist dem Präsidenten strikt untersagt, das Parlament aufzulösen oder es an der freien Ausübung seiner Funktionen zu hindern. Umgekehrt wird dem Parlament nur das Recht eingeräumt, den Präsidenten wegen permanenter physischer oder geistiger Unfähigkeit oder „Unwürdigkeit“ zu stürzen.

f) Dem Präsidenten kommt nicht nur die Gesetzesinitiative zu; er hat auch ein suspensives Vetorecht gegen die Gesetze des Parlaments.

In Anlehnung an Scott³⁸ möchten wir innerhalb des begrenzten Rahmens dieses Teils unserer Arbeit die Funktion des Präsidenten sowie die Art und Reichweite seiner Autorität als einen der wichtigsten Aspekte, die die Struktur und das Verhalten des Parteiensystems beeinflussen, auf Grund von drei Hypothesen verdeutlichen:

1. Die Gefolgschaft des Präsidenten, die sich Partei nennt, ist rein personalistischer Natur und spielt keine Rolle bei der Bewältigung nationaler Probleme.

2. Die Exekutive unterliegt in ihren politischen Entscheidungen den Kontrollen „autonomer Republiken“ oder „privater Regierungen“, die als Instrumente der Industrie- und Handelskammern, Banken, Landwirtschaftskammern etc. fungieren.

3. Die zentrale Machtstellung des Präsidenten wird ebenfalls beschränkt durch das Auftreten der Armee als Schiedsrichter in politischen Entscheidungen, sofern sie nicht selbst die exekutive Gewalt usurpiert und die Regierung bildet.

1. Die Exekutive und das Parteiensystem

Karl Loewensteins Einstufung Ecuadors sowie der Mehrzahl lateinamerikanischer Regierungssysteme in die Rubrik „Präsidentialismus alten Stils“³⁹ ist zweifellos am besten mit dem Fehlen von Parteien zu erklären, die als Hilfseinrichtungen dienen könnten, um eine expandierende und integrierende Politik zur Schaffung eines Nationalbewußtseins zu entwickeln.

Wenn auch der „Caudillismo“ oder „Autoritarismo“, Synonym für den „Präsidentalismus alten Stils“, die totale Desintegration der zentralen Kräfte verhindern kann und dem Präsidenten gegenüber den übrigen regionalen oder lokalen Gruppen eine scheinbar absolute politische Macht verleiht, so trifft es nicht weniger zu, daß der rein personalistische Charakter seiner politischen Entscheidungen die nationalstaatliche Reichweite seines Aktionsradius einschränkt.

a) Die Umstrukturierung des Parteiensystems

Die neuere Geschichte Ecuadors hat seit dem Bruch des Machtmonopols von Konservativen und Liberalen durch das Auftauchen des „Velasquismo“ im Jahre 1934 und der sogenannten modernen Parteien mit Sozialisten und Kommunisten an der Spitze bis heute kein strukturiertes Parteiensystem gekannt⁴⁰. Die rasche Umstrukturierung des Parteiensystems und die Zweckallianzen zwischen Parteien aller Schattierungen, die den „Caudillos“ und Ex-Präsidenten (an erster Stelle dem „Velasquismo“, wie auch dem „Poncismo“, dem „Placismo“ etc.) als Plattform für ihre Come-back-Bewegungen dienen sollten, sind die hervorstechendsten Merkmale in der ecuadorianischen Politik. Es hat nicht einen einzigen Präsidentschaftskandidaten gegeben, der Wahlen im Namen einer Partei oder Koalition gewonnen hätte, welche eine bestimmte Zeit lang auf nationaler Ebene gearbeitet hat. Die politischen Allianzen zwischen Parteien beziehungsweise „Caciques“ oder um „Caudillos“ gebildeten Gruppen aller möglichen „ideologischen“ Tendenzen hatten stets eine sehr kurze Lebensdauer. Es handelte sich um rein populistische beziehungsweise caudillistische Organisationen, die nur zum Zwecke der Erreichung der Macht gegründet worden waren und nach den Wahlen ausnahmslos verschwanden⁴¹.

Galo Plaza beispielsweise stellte sich 1948 als unabhängiger Kandidat zur Wahl. Um ihn bildete sich eine ad-hoc-Organisation, die sich „Movimiento Cívico Democrático Nacional“ nannte. Sie diente „unabhängigen progressiven“ Gruppen der Ober- und Mittelschichten von Andenhochland und Küste, „fortschrittlichen“ Konservativen, dissidenten Liberalen, Sozialisten des rechten Flügels und anderen als Sammelbecken. 1960 war Galo Plaza wieder Präsidentschaftskandidat, und zwar dieses Mal für die Liberale Partei, der er kurz vor den Wahlen beitrug, beziehungsweise für die sogenannte „Frente Democrático Nacional“, welcher außer den Liberalen alle Schattierungen der „progressiven Mitte-Links-Gruppen“ angehörten. – Ponce Enríquez gewann 1956 die Präsidentschaftswahlen als gemeinsamer Kandidat seiner Partei („social cristiano“) und der Konservativen. Die Wahlplattform bildete eine ad-hoc-Organisation mit dem Namen „Alianza Popular“, die außer den obengenannten Parteien noch

die „Velasquistas“ ohne Velasco, die „Velasquistas“ mit Velasco sowie Liberale des rechten Flügels etc. umfaßte⁴². Dem „Velasquismo“ als klassischem Beispiel für solche ideologischen „Harmonisierungen“ haben wir bereits ein eigenes Kapitel gewidmet.

b) „Amiguismo“

Die personalistische Struktur der Parteien kommt am deutlichsten in der Person des Präsidenten und in der direkten Beherrschung der Politik durch ihn zum Ausdruck. Da das Parlament im Entscheidungsprozeß nur eine untergeordnete Rolle spielt, erscheint die Zentralisierung der Entscheidungsbefugnisse in den Händen der Exekutive – wie wir später noch sehen werden – größer, als sie in Wirklichkeit ist. Die Regierungspolitik kann nämlich nicht als solche betrachtet werden, sondern erschöpft sich in der Verteilung der Früchte der Macht unter die Verwandten und Freunde beziehungsweise die „Camarilla“ des Präsidenten („Amiguismo“)⁴³.

Nach der politischen Literatur Ecuadors und Lateinamerikas kann dieses Phänomen des „Amiguismo“ seinem wahren Inhalt nach definiert werden als Überlassung bestimmter Aktionsfelder an die „Camarilla“ des Präsidenten zur Berufung ihrer Gefolgsleute in die Ämter der Bürokratie, je nach deren finanzieller Beteiligung am Wahlkampf oder einem „Pronunciamiento“⁴⁴.

Der „Amiguismo“ nahm nach dem Sturz der „Junta Militar de Gobierno“ im Jahre 1966 einzigartige Formen an. Die „Notables“ von Guayaquil, welche zum Sturz der Junta beigetragen hatten, machten sich auf den Weg nach Quito, um Yerovi als Interimspräsidenten einzusetzen (s. Kap. IV, S. 130) und die Schlüsselpositionen in den Ministerien und anderen wichtigen Staatsbehörden untereinander aufzuteilen, in nicht wenigen Fällen zum Ärger Yerovis. Einem Zeitungskommentar zufolge ist es vorgekommen, daß einer der „Notables“ als Pressechef einen seiner Vertrauensleute eingesetzt hatte, obwohl diese Ernennung einzig und allein Sache des Präsidenten ist. Bei einem Rundgang durch die Verwaltung wurde Yerovi am Tag nach seiner Amtsübernahme von einem neuen Pressechef überrascht. Als er ihn fragte, wer ihn ernannt habe, bekam Yerovi die Antwort: „Ein bekannter Rechtsanwalt aus Guayaquil“⁴⁵.

c) Kompromiß oder Sturz

Diese Politik des geschlossenen Kreises oder des „Amiguismo“, des Ausschlusses anderer oligarchischer Gruppen von der direkten Partizipation an den Pfründen politischer Macht, bestimmt die Heftigkeit der Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Opposition, sie ist mit anderen Worten die Konsequenz des kolonialen Charakters der ecuadorianischen Wirtschaft.

„Government does not merely constitute the stakes of a struggle among rival economic interests; in Latin America, government itself is a unique base of economic power which, unlike the conventional economic bases of power, is subject to fluctuations in possession“⁴⁶.

Das ganze wirtschaftliche und politische Gewicht, welches die von der Regierung ausgeschlossenen Gruppen der Großgrundbesitzer, des Handels und der Industrie einsetzen, um den Einfluß auf die Zentralregierung nicht zu verlieren und sich ihrer durch ein „Pronunciamiento“ zu bemächtigen, muß als Abwehrinstrument gegen wirtschaftliche Maßnahmen der Regierung (Steuererhöhungen, Zentralisierung des Steuereinnahmeverfahrens, Neufestsetzung von Richtlinien für die Erteilung von Import- und Exportlizenzen, Herabsetzung von Import- und Exportquoten etc.), gesehen werden, die von den politischen und wirtschaftlichen Cliquen in der Umgebung des Präsidenten ausgehen und die Interessen der besagten Gruppen beeinträchtigen können.

Die Stabilität einer Regierung hängt daher weithin von der Kompromißbereitschaft des Präsidenten und seiner Fähigkeit ab, im Namen der „nationalen Einheit“ den Kreis seiner „Freunde“ zu erweitern⁴⁷. Der Sturz der „Junta Militar de Gobierno“ im Jahre 1966 sowie das letzte „Pronunciamiento“ gegen Velasco waren typische, wenn auch negative Beispiele für diese These. In dem alleinigen Bestreben, an der Macht zu bleiben, öffnete Velasco den hermetisch geschlossenen Kreis seiner oligarchischen Freunde, indem er seine Minister ständig und in geradezu wahnsinniger Weise wechselte⁴⁸. Anstatt die Grundlage für Kompromisse und Stabilität zu sichern, hat sich diese Strategie, das heißt die Unvorhersehbarkeit von Velascos Politik, als Unruheherd erwiesen. Das Geschäft mit den Privilegien zwischen den verschiedenen oligarchischen Gruppen und Velasco entbehrte daher der Koordinierung und Kanalisierung der Interessen, welche für ein politisches Gleichgewicht notwendig gewesen wären.

2. Die „sieben Exekutiven“

Der negative Einfluß des Parteiensystems auf den politischen Entscheidungsprozeß sowie die dysfunktionelle Art und Weise, in der das präsidentielle Regierungssystem auf die komplexen Prozesse politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wandels reagiert, haben eine Zuspitzung der Desintegration Ecuadors als Nationalstaat zur Folge.

Die zentrale Stellung der Exekutive als integrierendem Faktor der nationalen Einheit oder einzigem Träger der Modernisierung, als der sie im allgemeinen betrachtet wird, ist in der Praxis sehr eingeschränkt. Durch ihre

politische und administrative Unfähigkeit, spezifische und differenzierte Aufgaben zu bewältigen, wie sie einer modernen Gesellschaft gestellt werden, wird die Zentralregierung, wie Peñaherrera treffend bemerkt, zu „einer Art Agentur für den Kuhhandel mit (oligarchischen) Interessen“⁴⁹ degradiert. Mit anderen Worten: die Exekutive selbst ist nichts anderes als das Ergebnis der Manipulationen dieser traditionellen Kräfte oder Interessengruppen⁵⁰.

Die Oligarchie bedient sich primär nicht der Parteien als Instrumente, um ihre sozio-ökonomischen Privilegien zu verteidigen und auf die Exekutive Druck auszuüben, sondern mächtiger und meist partikularistischer, nicht gubernamentaler Strukturen, die sich wie private Regierungen gebärden. Die sogenannten autonomen Körperschaften („entidades autónomas“)⁵¹ öffentlichen, halböffentlichen und einfach nicht gubernamentalen Charakters sowie die Organisationen, die sich hinter ihrem Schild verbergen – Vereinigungen der Großgrundbesitzer und der Landwirtschaft für den Exporthandel, Industrie- und Handelskammern, Bankgesellschaften, meist verflochten mit ausländischem Kapital –, besitzen in Ecuador größeren politischen Einfluß als die Regierung, sowohl auf lokaler, provinzieller als auch auf regionaler Ebene. Die politischen Entscheidungen werden von ihnen bestimmt, und ihre wirtschaftliche Macht ist so stark, daß ein Boykott der Zentralregierung von ihrer Seite nicht selten gleichzusetzen ist mit dem Sturz der Regierung und einem „Pronunciamiento“⁵². Velasco Ibarra, der immer betonte, daß eine Stärkung der Exekutive zur Förderung des „republikanischen Bewußtseins“ im Lande notwendig sei⁵³, beklagte in einer seiner Reden bitter die „schreckliche Verfassung“ von 1967, die für die Unfähigkeit der Exekutive zur Erfüllung und Koordinierung der administrativen Funktionen des Staates verantwortlich zu machen sei. Nach seiner Meinung hat diese Verfassung nichts anderes geschaffen als Protektionen und Garantien für die Existenz von *sieben Exekutiven* in Ecuador⁵⁴.

Aus der Regierungserklärung Velascos bei seinem Amtsantritt 1968 sind die folgenden Sätze erwähnenswert, da sie das Supremat der wirtschaftlichen Interessen über die Exekutive verdeutlichen:

„In Ecuador ist die Macht der Exekutive völlig auseinandergebrochen. Dienste, die direkt und unmittelbar das Vorwärtsskommen der Nation, ihre Entwicklung, ihre Wirtschaft, den Ausbau der Landwirtschaft, das Interesse der Arbeiter betreffen, sind von der Machtsphäre der Exekutive abgetrennt und *superstaatlichen Einrichtungen* anvertraut worden, in denen die Stimme der Exekutive eine unter vielen oder eine einer Mehrheit bedeutet“⁵⁵.

Zweck des „Pronunciamiento“ vom 22. Juni 1970 war es – wenigstens

auf dem Papier –, in erster Linie die von der Verfassung 1967 garantierte Übermacht dieser Institutionen zu bekämpfen. In Dekret Nr. 1, das Velasco anlässlich seiner Selbsterkennung zum Diktator herausgab, ist folgendes zu lesen:

„In Anbetracht dessen, daß das derzeitige Parlament die Administration des Staates völlig dezentralisiert und so die Macht der Exekutive total zerstört hat ...⁵⁶“

Velascos Neffe, der damalige Verteidigungsminister Acosta Velasco, begründete das „Pronunciamiento“ nicht nur damit, daß der Terror von links das Land an den Rand der Katastrophe gebracht habe, sondern erklärte die Schwäche der Exekutive gegenüber den „pressure groups“ noch eingehender:

„Es konnte nicht länger angehen, daß es die Vertreter privater Unternehmen (Cámaras de la Producción Privada) und ähnliche Organisationen sind, die das Land regieren wollen, und so ein ganzes Volk opfern, das im Elend leben muß, weil die finanziellen Mittel zur Deckung der elementarsten Ausgaben für die Öffentliche Verwaltung fehlen; und noch viel schlimmer, zur Verwirklichung unerläßlicher Arbeiten für den Fortschritt der Nation, weil nämlich die Mächtigen sich gegen eine Übergabe – oder besser gesagt Rückgabe – wenigstens eines Teils der unermesslichen Gewinne wehren, die sie infolge des von ihnen aufrecht erhaltenen Zustands fortlaufend eingesteckt haben⁵⁷.“

Die Überzeugung, daß eine ausreichend starke und zentralisierte Exekutive das Allheilmittel für sämtliche Übel im Lande wäre, wird fast einmütig vom „politischen Methusalem“ Ecuadors, Velasco, sowie allen übrigen politischen Vertretern der Oligarchie geteilt⁵⁸. Eine Reform der Verfassung in diesem Sinne würde nach ihrer Ansicht dem Regionalismus ein Ende machen, die Entwicklung auf allen Gebieten ankurbeln, der Machtlosigkeit der zentralen Administration gegenüber den Machthabern aus Wirtschaft und Politik, die beinahe unabhängig im Lande regieren, vorbeugen sowie den ständigen willkürlichen Interventionen der Militärs einen Riegel vorschieben und den personalistischen Kämpfen der verschiedenen Gruppen der Oligarchie ein Ende setzen.

Das zentrale Problem, das die herrschende Klasse infolge ihrer soziokulturellen Entfremdung nicht begreift und vielleicht nie begreifen wird, besteht darin, daß die Erweiterung der Autorität des Präsidenten durch eine von ihr durchgeführte und unter ihrer Kontrolle stehende Reform innerhalb des engen Rahmens, den die gegenwärtigen sozio-ökonomischen Strukturen für eine außerhalb der Tradition liegende Politik bedeuten, nichts anderes wäre als eine neuerliche Karikatur der Legalität, welche die soziostrukturelle Realität Ecuadors nicht im geringsten berücksichtigt. Das

Theater immer vollkommenerer Verfassungen und Reformen kann daher nur die unvermeidlichen Konsequenzen eines weiteren Wachstums des „Personalismo“ und der daraus sich ergebenden größeren Dysfunktionalität des Systems nach sich ziehen.

3. *Der Präsident und das Militär*

Der traditionelle Machtfaktor, welcher die Autorität der Zivilmacht am meisten einschränkt, ist die Armee. Wir wollen an dieser Stelle die wichtigsten Wesenszüge dieser Beziehung aufzuzeigen, ohne die Interventionsarten der Armee als „pressure group“ direkt zu analysieren, was Gegenstand des Kapitels V dieser Arbeit sein wird.

Die Rolle der Militärs im politischen Leben Ecuadors ist seit dem ersten Tag der Republik klar umrissen: mehr als ein Drittel der Präsidenten waren Militärs⁵⁹. Angesichts der Fragilität des Systems, des Primats des „Personalismo“ über die Institutionen, des zentrifugalen Charakters der sozio-ökonomischen Strukturen, kommt der Armee als einziger auf nationaler Ebene organisierter Machtstruktur die Funktion eines politischen Ersatzmechanismus zu, der das Fehlen eines auf nationaler Grundlage funktionierenden und integrierenden Regierungssystems ausgleicht. Da sie als Instrument des Staates, welches das Monopol der Gewalt besitzt und bei der Ergreifung der Führungsmacht auch davon Gebrauch macht, diese politische Macht als höchstes Ziel verfolgt⁶⁰, erscheint die Funktion der Armee als die einer politischen Partei sui generis, nämlich die einer „bewaffneten politischen Partei“⁶¹. Diese Rolle der Armee und ihr fortwährender Anspruch auf das Regierungsamt kann auf keinen Fall von den konstitutionellen Normen abgeleitet werden, welche die Rolle der Armee viel eher auf die eines Verfassungsgaranten klar und deutlich beschränken. So Art. 248, Abs. 2, der Verfassung von 1967: „Las Fuerzas Armadas tienen la misión de asegurar la soberanía del Estado, garantizar el orden constitucional y defender de ataques externos a la Nación.“ Und Art. 249, Abs. 1: „La Fuerza Pública no es deliberante. Sólo las autoridades emanantes son responsables por las órdenes contrarias a la Constitución y las Leyes.“

In der Verfassungswirklichkeit wird dieser konstitutionellen Definition der Armee, nämlich „non political“, überhaupt kein Wert beigemessen; sie ist vielmehr rein fiktiv. Die zentrale Bedeutung der Armee für das politische Leben kommt am besten in der Tatsache zum Ausdruck, daß sowohl die Wahl eines zivilen Präsidenten als auch seine verfassungsmäßige Stellung und Amtsführung lediglich dann garantiert ist, wenn dieser mit der Unter-

stützung wenigstens eines Teils der Armee rechnen kann, auf keinen Fall jedoch dann, wenn die Armee gegen ihn ist.

„No administration, least of all an elected civilian one, could remain in office a day without the acquiescence of the armed forces, nor could it tamper with their privileged status with immunity⁶².“

Diese Verhättschelungspolitik gegenüber der Armee, welche für zivile Präsidenten quasi lebensnotwendig ist, geht schließlich auf Kosten einer Modernisierung der obsoleten Strukturen im Lande, und ihre Konsequenz sind Staatsfinanzen, die sich ständig am Rande des Bankerotts bewegen⁶³.

Aber auch die Gewährung von vielfältigen Privilegien mit dem Ziel, dadurch das „völlige Vertrauen“ der Armee zu erringen und so die Stabilität der Regierung zu sichern, ist keine Garantie für die unumschränkte Herrschaft des Präsidenten und sein Verbleiben im Amt. Die Überlegungen politischer Rentabilität haben für die Armee als Bewahrerin der tradierten Strukturen Primat vor der Stabilität des Präsidenten, den sie unterstützt, auch wenn dieser nach wie vor ihre Sympathie genießt. Im Fall einer politischen Perspektive, welche die Gefahr der Verringerung ihres Einflusses auf die Zentralregierung in sich birgt – zum Beispiel auf Grund von Zusammenschlüssen von wirtschaftlichen und politischen Cliques, die unter der demokratischen Maskerade von Wahlen einen Angriff auf die Macht starten –, hat die Armee jederzeit die Möglichkeit, einen Präventivschlag („Pronunciamiento“) zu führen, um selbst die Macht an sich zu reißen. Das neueste Beispiel dafür war das „Pronunciamiento“ gegen Velasco am 15. Februar 1972⁶⁴.

IV · DIE MACHT DER LEGISLATIVE

In den ecuadorianischen Verfassungen wird das Parlament als das für das Funktionieren des repräsentativen Systems wichtigste Organ betrachtet. Die krasse Irrealität tritt offen zutage, wenn man die Politik des Parlaments im Verlauf der Geschichte der Republik betrachtet. Außer in jenen Ausnahmefällen, in denen das Parlament die politische Anarchie für sich nutzen und seine Funktion zu einer wahrhaften Diktatur umwandeln konnte (vgl. Kap. IV, S. 131 f.), hat es nie eine eigene Politik betrieben, an der sich die Nation hätte orientieren können. In der Regel ist es nie etwas anderes gewesen als ein Instrument für die partikularistischen Interessen des Präsidenten und der ihn umgebenden „Camarilla“.

Der Kongreß ist das klarste Spiegelbild der politischen Zerrissenheit des Landes. Zu den Hauptfaktoren, welche dazu beigetragen haben, daß dem

Parlament als Instanz politischer Entscheidung eine chronisch untergeordnete Rolle zukommt, zählt vor allem das starre Klassensystem, die organisatorische Inkonsistenz beziehungsweise die Personalisierung der Parteien und die daraus resultierende totale Entpolitisierung des Parlaments beziehungsweise die Diktatur als Regierungsform. Die Situation des ecuadorianischen Parlaments wird hier an Hand dieser drei Aspekte analysiert. Ohne auf Details näher einzugehen, geben wir im folgenden ein allgemeines Bild seiner Organisation.

1. Das starre Klassensystem

Die repräsentative Demokratie Ecuadors ist eine Demokratie der Weißen. Die Kontrolle, die diese über den Staat ausüben, spiegelt sich im Parlament wider.

„The ruling classes, constituting approximately 20 percent of the population of the republic, monopolizes control of the legislative function, in which are represented the basic instruments of power upon which the Ecuadorian political process rests. Members of congress are the landowners, officers of the armed forces, de facto agents of the Church, and men of letters and the liberal professions⁶⁵.“

Keine einzige der Parteien, die bisher im Parlament vertreten waren, ist in der Lage gewesen, ein tragfähiges und konkretes Programm zur nationalen und wirtschaftlichen Integrierung der marginalen Gruppen aufzustellen, wie auch immer diese heißen mögen (Indios, Neger, Cholos, Montuvios etc.)⁶⁶. Es verdient erwähnt zu werden, daß gerade die neuen Parteien, die Träger von Modernisierungsideologien sein sollten, dieses Problem der Marginalität übergehen. Die Entfremdung der politischen Cliquen von der Realität geht so weit, daß die traditionellen Parteien fast ausnahmslos als wahre Muster an Demokratie im umfassendsten Sinne des Wortes betrachtet werden. Ein für den Außenstehenden unfäßbarer, geradezu romantischer Glaube an das, was derzeit in Ecuador repräsentative Demokratie genannt wird, spricht aus den Worten eines jungen Abgeordneten der neuen Partei C. I. D. („Coalición Institucionalista Demócrata“):

„Wie herrlich leuchtet die Sonne nach einer Gewitternacht. Ihr Licht ist dann noch stärker. Und mit welcher inneren Bewegung muß ich, *nachdem ich die alten und erfahrenen Legislatoren der traditionellen Parteien gehört habe, im Namen der neuen Generation Ecuadors sagen, daß die Sonne der Demokratie nicht untergehen wird.* Ich wollte, Herr Präsident und verehrte Abgeordnete, meine Stimme mit der der alten Parteien vereinigen. Ich wollte, auf die Gefahr hin, daß meine Lippen Worte wiederholen, die

in diesem Parlament bereits gesprochen wurden, den Protest desjenigen zum Ausdruck bringen, der *fest an die repräsentative Demokratie als Regierungsform glaubt, die unsere Verfassung im Congreso Nacional festlegt*. Wir haben bereits zuviel Widerspruch gehört. Wir haben Bestätigungen des Glaubens gehört von Abgeordneten aller politischen Richtungen in diesem Kongreß, der außerordentlich oft, von innen her, der Krise bezichtigt wird. Und als oberste Macht proklamieren wir heute, durch Sie, Herr Präsident, und die Abgeordneten, den Respekt, den die Einrichtungen des Staates verdienen, vor allem die Legislative, die den Ausdruck der Souveränität des Volkes darstellt⁶⁷.“

Die Beherrschung des Parlaments durch immer die gleichen Familiennamen der Oligarchie oder der sie vertretenden „Berufspolitiker“ ist lediglich Ausdruck oder Spiegelbild der Herrschaft der archaischen sozio-ökonomischen Strukturen über die politischen Prozesse. Das Parlament selbst ist ein direktes Produkt der regierenden Oberschicht, vor allem des Sektors der Oligarchie, die sich auf die aus dem Latifundiensystem erwachsende politische Macht stützt⁶⁸. Es darf uns daher nicht verwundern, daß die Verwirklichung so grundlegender Reformen wie die Agrarreform bis heute aufgeschoben worden sind, da ja die Privilegien und die politische Macht der Oligarchie durch einen solchen Schritt zweifellos in Frage gestellt würden⁶⁹.

Da die Legislative den Kristallisationspunkt aller partikularistischen und zentrifugalen Tendenzen der Oligarchie im Lande darstellt, bleibt ihre Rolle in der lokalen und nationalen Entwicklungspolitik beschränkt auf „a kind of rubber stamp endorsing and ratifying the actions of the executive“⁷⁰. In der Figur des Präsidenten personifiziert sich die nationale Einheit; er stellt den Katalysator dar, um den sich die mächtigsten Gruppen des Parlaments konzentrieren und regieren. Die Kehrseite der Medaille ist, daß das Parlament als oppositionelle Kraft gegenüber der Exekutive nichts anderes ist als das Zentrum politischer Anarchie; das trifft beispielsweise für den Fall zu, daß sich die Parlamentarier aus regionalistischen oder persönlichen Interessen angesichts möglicher Reformen der Exekutive im „Klassenkonflikt“ befinden. In diesem Fall ist das Resultat in der Regel die Auflösung des Parlaments durch die Exekutive mit Hilfe eines „Pronunciamiento“.

2. Die Organisation der Parteien

Die negative Rolle des Parlaments im politischen Entscheidungsprozeß muß auch im direkten Zusammenhang mit dem rein caudillistischen Charakter

der Parteien gesehen werden. Die Parlamentswahlen, die oft zusammen mit den Präsidentschaftswahlen abgehalten werden, spielen den letzteren gegenüber nicht nur eine untergeordnete Rolle, sondern beschränken sich angesichts der Schwäche der Parteien und der Konzentration ihrer Macht auf ihre „starken Männer“ darauf, als Trampolin für die verschiedensten partikularistischen Interessen zu dienen, deren ewiges und einziges Ziel es ist, Privilegien durch die Exekutive zu erlangen.

Diese Behauptung kann objektiver und verständlicher werden, wenn man den Prozeß der Bildung von Wahlplattformen und die Ziele der beteiligten politischen Gruppen analysiert, und zwar unter dem Gesichtspunkt der existierenden Relation zwischen Präsidentschafts- und Parlamentswahl, wenn diese gleichzeitig stattfinden. Diese Relation kann in zwei Punkten synthetisiert werden:

a) Es darf nicht vergessen werden, daß bei der Präsidentschaftswahl mangels einer Partei, die auf nationaler Ebene operiert, die Wahlplattform um den „Caudillo“ aus einer Reihe von kurzlebigen taktischen Verbindungen und Zweckallianzen zwischen Parteien, Gruppen und ad-hoc-Organisationen aller Couleur besteht, die alle von demselben Ziel geleitet werden, nämlich dem der Erlangung von Posten und Pfründen im Staatsapparat (Patronage bzw. „amiguismo“ etc.).

b) Die Reihe personalistischer Organisationen, welche die Koalition bilden, legen, begünstigt durch das Verhältniswahlrecht, bei den Parlamentswahlen in der Regel ihre eigenen *unabhängigen Listen* vor („Independientes“)⁷¹, mit Ausnahme der „Camarilla“, welche die Partei des Präsidentschaftskandidaten direkt vertritt. Im Falle des Wahlsieges des von ihrer Partei unterstützten „Caudillo“ sind die gewählten Abgeordneten, seien es nun „Independientes“ oder „Parteigebundene“, lediglich Instrumente seiner Politik, wofür andererseits politische und ökonomische Vorteile eingehandelt werden. Im Fall der Niederlage des „Caudillo“ bedeutet das Parlamentsmandat immerhin eine Versicherungspolice in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht, läßt es doch auch auf der Seite der Opposition immer die Möglichkeit zur Zusammenarbeit und Unterstützung des amtierenden Präsidenten offen.

Bei den letzten gültigen Parlamentswahlen im Jahre 1968 zum Beispiel – die letzten Wahlen im Jahre 1970 wurden von Velasco nicht anerkannt – erhielt der „Velasquismo“ als Partei weniger Sitze im Parlament als der Block der Konservativen (vgl. Tabelle 15, S. 148), obwohl Velasco als Präsident den Wahlsieg davontrug⁷². Angesichts dieser Tatsache ging der „Velasquismo“ eine Koalition ein mit den Parteien der linken Mitte und den „Unabhängigen“, um sich so die Parlamentsmehrheit zu sichern, –

nicht auf der Basis von Parteiprogrammen, sondern einzig und allein zu dem Zweck, die leitenden Posten in Kongreß und Regierung untereinander aufzuteilen⁷³.

Diese Art von Pakten „a nivel parlamentario“ (vgl. Kap. II, S. 67 f.) zwischen Regierung und „Kollaborateuren“ der Opposition sind gang und gäbe.

„Es ist deprimierend, mitanzusehen, wie die Abgeordneten nach nur wenigen Tagen der Ausübung des ihnen vom Volk übertragenen Amtes dieses für ein Ministerium oder eine Botschaft eintauschen. Dies ist ein Beweis dafür, daß das Mandat lediglich ein Mittel zur Irreführung der Massen und zur Erreichung künftiger Vorteile gewesen ist⁷⁴.“

3. Entpolitisierung und Diktatur

Die Tatsache, daß die Oligarchie das Parlament als Tribüne für die Verteidigung ihrer partikularistischen Interessen betrachtet, hat das Parlament in seiner Funktion als gesetzgebender Mechanismus entpolitisiert. In der Praxis beschränkt sich seine ganze Tätigkeit auf die Debatte über den Staatshaushalt⁷⁵. Das Geschäft mit den Interessen der Nation unter dem Deckmantel einer Demagogie, welche vor allem den Applaus des Volkes hervorrufen und dabei gleichzeitig vor diesem vertuschen soll, daß es nicht die nationalen Interessen sind, die hier verteidigt werden, macht das Parlament, wie einer seiner Vertreter es ausdrückte, zu einer wahren Brutstätte politischer Kuppelei⁷⁶.

Die Entpolitisierung des Parlaments und das Fehlen von Alternativen und politischen Richtlinien zur Überwindung der Unterentwicklung hat den Trend zur militärischen Intervention im politischen Leben verstärkt. Nicht umsonst begründen nicht nur in Ecuador, sondern auch in allen anderen latein-amerikanischen Ländern, in denen Militärputsche auftreten, die Militärs ihre Intervention in der Politik mit der Zerrissenheit der Parteien sowie mit dem Umstand, daß wirtschaftliche Interessengruppen für die letzteren eine größere Bedeutung haben als nationale Angelegenheiten⁷⁷. Diese „Krisensituation“ der repräsentativen Demokratie in Ecuador beschrieb die Zeitschrift „Vistazo“ einen Monat vor dem Wahlsieg Velascos im Jahre 1968 wie folgt:

„Eine der Institutionen, die in den Jahren vor dem Staatsstreich vom 11. Juli 1963 in höchst beunruhigender Weise an Prestige verloren hatten, war das Parlament, das oft zu einer Ausstellung der Eitelkeiten, zum Ausverkauf des Gewissens und zum Ort endloser Debatten wurde, die, anstatt Abhilfe zu schaffen für die Übel, an denen die Nation krankt, diese nur noch ver-

größerten. Die Diktaturen führen die Schädlichkeit oder Nutzlosigkeit des Kongresses immer als eines der besten Argumente zu ihrer Rechtfertigung ins Feld⁷⁸.

Die Auflösung des Parlaments zwei Jahre später durch ein „Pronunciamiento“ zugunsten Velascos am 22. Juni 1970 zerschlug jedoch wieder einmal die in bestimmten Kreisen der Oligarchie, nämlich unter den Anhängern des „Desarrollismo“, gehegten Hoffnungen auf das Wunder, daß das Parlament seine „geschichtliche Mission“ erfülle und die repräsentative Demokratie aus der „Krise“ herausführe. Das letzte „Pronunciamiento“ der Militärs vom 15. Februar 1972, welches dann nicht direkt gegen die Diktatur Velascos gerichtet war, sondern eben die Rückkehr zur konstitutionellen Ordnung verhindern sollte, muß in Wirklichkeit im Hinblick auf die Tatsache gesehen werden, daß die militärische Interventionen der Gegenwart – reaktionärer Art wie bisher in Ecuador oder relativ fortschrittlich wie in anderen Ländern, zum Beispiel Peru – nicht nur als Katalysator für innere Kämpfe der Oligarchie gedacht sind, sondern insbesondere dazu dienen sollen, den unter den Bedingungen der repräsentativen Demokratie schnell voranschreitenden revolutionären Prozeß, der heute mehr oder weniger stark in allen Ländern Lateinamerikas zu spüren ist, zu bremsen oder wenigstens zu verlangsamen. Im Zusammenhang mit der totalen politischen Entmachtung des Parlaments und der Intervention der Militärs – direkt oder durch zivile Diktatoren beziehungsweise nach der Verfassung gewählte Präsidenten – als einziger Realität der „repräsentativen Demokratie“ in Lateinamerika sind die Worte des früheren Präsidenten von Kolumbien, Alberto Lleras, erwähnenswert, der indirekt nur diese Tendenz bestätigt: „Das kommende Jahrzehnt kann einen politischen Wandel in der Organisation und Effektivität der politischen Parteien und ihrer parlamentarischen Aktion oder Entscheidungen gegen die ersteren und zugunsten der Schwächung oder des Verschwindens der letzteren bringen“⁷⁹.

4. *Das Parlament aus der Sicht der Verfassungsnorm*⁸⁰

a) Zusammensetzung

Der Kongreß besteht aus Senat und Abgeordnetenkammer.

a.1.) *Der Senat* setzt sich zusammen aus 39 direkt gewählten „senadores provinciales“ (zwei aus jeder Provinz und einer von den Galapagos-Inseln) und 15 nicht direkt gewählten „senadores funcionales“ als Vertreter regionaler bzw. nationaler Interessen. Fünf dieser 15 Senatoren sollen nationale Interessen vertreten: je einer das staatliche Erziehungswesen, das private Erziehungswesen, die Kommunikationsmittel sowie die wissenschaft-

lichen und kulturellen Vereinigungen, die Armee und die nationale Polizei. Die zehn verbleibenden „senadores funcionales“ vertreten regionale Interessen aus den zwei Hauptregionen Andenhochland und Küste: je zwei die der Landwirtschaft, die des Handels, die der Industrie und vier die der Arbeiter.

Diese „senadores funcionales“ werden von den sogenannten „Colegios Electorales“ ernannt, die sich aus einer variablen Anzahl von Repräsentanten der oben genannten Bereiche zusammensetzen. Die „senadores funcionales“, eine typische Einrichtung Ecuadors, gibt es seit dem Jahre 1929. Wie Blanksten richtig bemerkt, geben sie die politische Realität am deutlichsten wieder und erfüllen einen doppelten Zweck: sie geben einerseits Kräften wie zum Beispiel der Armee, den Großgrundbesitzern, Industrie-monopolen und auch dem privaten Erziehungswesen einen besonderen Schutz und tragen andererseits zur Erhaltung des Gleichgewichts zwischen den beiden Hauptregionen des Landes, dem Andenhochland und der Küste, bei⁸¹.

Sowohl für die direkt gewählten „senadores provinciales“ als auch für die „senadores funcionales“ gilt eine Amtszeit von vier Jahren.

a.2.) Die *Abgeordneten-kammer* setzt sich zusammen aus den in den Provinzen der Republik einschließlich der Galapagos-Inseln im Verhältnis zu ihren Einwohnerzahlen gewählten Abgeordneten. Die Provinzen wählen pro 80 000 Einwohner einen Abgeordneten, bei einem Überhang von 40 000 oder mehr einen weiteren Abgeordneten. Keine Provinz entsendet jedoch weniger als zwei Abgeordnete. Die Galapagos-Inseln wählen nur einen. Die Amtszeit der Abgeordneten beträgt zwei Jahre.

b) Voraussetzungen für die Wahl zum Volksvertreter

Sowohl für die Wahl in den Senat als auch in die Abgeordneten-kammer müssen einige Voraussetzungen erfüllt sein. Zu den wichtigsten zählen: Jeder Kandidat muß gebürtiger Ecuadorianer und wahlberechtigt sowie in der Provinz, in der er gewählt wird, geboren sein oder muß seinen Wohnsitz vor der Wahl mindestens drei Jahre lang dort gehabt haben; die „senadores funcionales“ müssen dem von ihnen vertretenen Berufsstand, wiederum wenigstens in den obenerwähnten drei Jahren, angehört haben; das Mindestalter für Senatoren ist 35, für Abgeordnete 25 Jahre. Die von der Verfassung und den Gesetzen vorgesehenen Inkompatibilitäten sind zu beachten.

c) Rechte und Pflichten

Aus dem Text der Verfassung (Art. 131 ff.) ist das nominelle Supremat der Legislative über die Exekutive klar zu entnehmen. Unter den wichtigsten

Punkten sind folgende erwähnenswert: Der Kongreß muß die Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten der Republik bestätigen, ihnen den Amtseid abnehmen, ihre Amtsablehnung oder ihren Rücktritt annehmen oder verweigern sowie ihre physische oder geistige Unfähigkeit oder ihre Unwürdigkeit zur Ausübung des Amtes erklären. Außerdem hat er Gesetze

Tabelle 15

Wahlergebnisse der Parlamentswahlen am 2. Juni 1968

Provinz	Senat				Abgeordnetenkommission						
	Konservative	Liberal	„Velasquismo“	Unabhängige	Konservative	Liberal	„Coalición Liberal“ CFP	„Socialistas“	„Velasquismo“	Unabhängige	
Carchi	1	1			1	1					
Imbabura	2				3						
Pichincha	1		1		3		2	1	3	1	
Cotopaxi	2				2				1		
Tungurahua	2				2				1		
Chimborazo	2				2	1			1		
Bolívar	1	1			1	1					
Cañar	2				1					1	
Azuay	2				2		1		1		
Loja	1		1		2	1			1		
Guayas			2		3		5		7	1	
El Oro			2		1				2		
Los Ríos			1	1					2	2	
Manabí		1	1		2	4			3		
Esmeraldas				2						2	
Napo	1			1	1					1	
Pastaza				2						2	
Morona Santiago				2						2	
Zamora Chinchipe	2				1				1		
Galápagos-Inseln				1						1	
Insgesamt	19	3	8	9	27	8	8	1	23	13	
	+ 15 „senadores funcionales“										

Quelle: Tribunal Supremo Electoral 1968.

auszuarbeiten und allgemein verpflichtend zu interpretieren; in gleicher Weise muß der Kongreß die Verfassung interpretieren und reformieren, den Staatshaushalt billigen, den Präsidenten zur Kreditaufnahme oder zum Abschluß von Verträgen, die die Staatsfinanzen belasten, ermächtigen sowie die Amtsausübung der Minister überwachen und nötigenfalls anfechten.

V · DAS PARTEIENSYSTEM

Das Wort System wird hier nicht im Sinne der Anerkennung der Existenz einer strukturierten und definierten Gruppe von Parteien, die am politischen Prozeß teilnehmen, verwandt. Dies würde zu unserer These vom personalistischen, fragmentarischen, lokalen oder regionalen Charakter der Parteien in Widerspruch stehen. Wir beziehen uns hier auf die politische Macht und die Art der Interessen, die jede einzelne Partei vertritt, wobei wir uns auf die dreizehn Parteien beschränken, die vom „Tribunal Supremo Electoral“ zur Zeit der Außerkraftsetzung der konstitutionellen Ordnung und Proklamation der Diktatur Velascos (22. Juni 1970) anerkannt waren⁸².

1. „Partido Conservador“

Historischer Überblick

Die Konservative Partei tauchte im politischen Leben Ecuadors als erste auf und ist neben der Liberalen Partei eine der sogenannten traditionellen Parteien. Ihr Hauptrepräsentant ist der „Vater der Partei“, der Tyrann García Moreno (1860–75), der im politischen Leben Lateinamerikas vor allem durch die Einführung einer theokratischen Diktatur in Ecuador berühmt geworden war. Seit den Tagen der Unabhängigkeit identifiziert die Partei-Elite die Interessen der Nation mit den ihrigen. Zur Herstellung der Ordnung innerhalb der repräsentativen Demokratie, zur Verteidigung der Prinzipien christlicher Zivilisation und Erhaltung ihrer Mechanismen zur sozialen Kontrolle unterstützte die Partei die Intervention der Armee in der Politik immer direkt oder indirekt. Sie war in den letzten vierzig Jahren in allen Regierungen Velascos vertreten, errang 1956 mit ihrem eigenen Kandidaten Ponce Enríquez die Macht und setzte mit ihrer parlamentarischen Mehrheit 1966 den konstitutionellen Interimspräsidenten Otto Arosemena ein. Für die Präsidentschaftswahl, die für Juni 1972 vor-

gesehen war, hatte die Parteiversammlung Carlos Arízaga Vega als Kandidaten nominiert. Infolge interner Auseinandersetzungen in der Partei schien diese Nominierung jedoch noch nicht endgültig.

Ideologie und Programm

Die Politik der Partei kann nicht von der politischen Macht getrennt werden, welche die katholische Kirche, als deren Instrument die Konservativen zu betrachten sind, in Ecuador besitzt. Einer der Partei-Ideologen sieht diese Beziehung folgendermaßen:

„Die Politik der Konservativen Partei Ecuadors beruht gestern, heute und morgen auf einer äußerst soliden und unveränderlichen Basis, nämlich auf den Doktrinen der katholischen Wissenschaften, deren Geschichte nicht die eines einzigen Tages ist. Diese Schule wird von den unfehlbaren Lehren der Kirche inspiriert, die mit den von den größten Denkern mit der natürlichen Vernunft erzielten Erkenntnissen im Einklang stehen⁸³.“

Nach Art. 1 der Parteistatuten werden die Ziele der Partei ebenfalls in den Rahmen der katholischen Religion gestellt:

„Ziel der Konservativen Partei Ecuadors ist es, ein soziales, wirtschaftliches und politisches Programm der Freiheit, Gerechtigkeit und des nationalen Fortschritts, welches von den Prinzipien der katholischen Doktrin inspiriert ist, in die Tat umzusetzen⁸⁴.“

Als Programmpunkte der Konservativen Partei können genannt werden: die Verteidigung der Demokratie als politisches System, das Recht auf individuellen oder kollektiven Privatbesitz von Gütern einschließlich denen der Produktion, jedoch immer im Bewußtsein ihrer sozialen Funktion; eine umfassende Agrarreform in bezug auf Landbesitz und -bewirtschaftung, jedoch Respektierung des Eigentums, welches seine soziale Funktion erfüllt; das unveräußerliche Recht auf Bildung für alle Ecuadorianer, ohne Rücksicht auf ihre Herkunft, Rasse, Vermögensverhältnisse und Religion; die besondere Hilfestellung für Mutter und Kind sowie die Alphabetisierung⁸⁵.

Soziale Zusammensetzung von Partei-Elite und Wählerschaft

Die Partei-Elite rekrutiert sich aus den Großgrundbesitzern des Andenhochlandes, aber auch aus denen der Küste, aus Persönlichkeiten aus der Wirtschaft und aus Intellektuellen der Oberschicht. Die meisten Anhänger hat die Partei im Andenhochland, was in direktem Zusammenhang zu sehen ist mit der Macht, die der „Patrón“ über die Massen der Landarbeiter (Indios, Mestizen) besitzt, sowie mit der Macht der Religion in diesem Gebiet. Hinzu kommen die katholischen Gruppen der aufsteigenden städtischen Mittelschichten, die am sozialen Status quo interessiert sind.

Parteistruktur

Die Konservative Partei ist nicht gut organisiert. Der Einfluß der Kirche gibt ihr jedoch einen ausgeprägten Sinn für Disziplin, der sie bei Wahlen und Koalitionsbildung als stabilste Kraft im politischen System Ecuadors erscheinen läßt⁸⁶. Die Nominierung des Präsidentschaftskandidaten und der Legislatoren ist Aufgabe des nationalen Parteikonvents.

In der Konservativen Partei haben drei Bewegungen, aus denen folgende Parteien hervorgegangen sind, ihren Ursprung:

1.1.) „Partido Social Cristiano“

Seit ihrer Gründung im Jahre 1951 versucht diese Partei, als linker Flügel der konservativen Handelsoligarchie und als ausführendes Organ der „sozialen Doktrin der Kirche“ in Erscheinung zu treten, im Gegensatz zum starren Festhalten am Status quo seitens der alten Garde der Konservativen Partei⁸⁷. Parteiführer ist der frühere Präsident Camilo Ponce Enríquez. Es handelt sich um eine Bewegung, typisch personalistischer und aristokratischer Prägung. Wie die Konservativen vertritt sie mit allen Mitteln das Prinzip der „law and order“-Politik und ist, wie ihr Führer Ponce Enríquez bestätigt, immer bereit, zur Verteidigung der repräsentativen Demokratie eine Diktatur in Kauf zu nehmen (vgl. S. 127). Ihre Wählerschaft beschränkt sich auf das Andenhochland; im Wahlkampf arbeitet sie stets mit der Konservativen Partei zusammen, in letzter Zeit auch mit einer winzigen, von ihrem Führer gegründeten Gruppe, der „Frente Puncista Nacional“. Für die Wahlen 1972 trat Ponce als Kandidat in Erscheinung und versuchte mit allen Mitteln, die Kandidatur von Arfzaga Vega zu unterminieren, um selbst auch als Kandidat der Konservativen Partei zu fungieren⁸⁸.

1.2.) „Acción Revolucionaria Nacionalista Ecuatoriana“ (A. R. N. E.)

Sie wurde 1942 gegründet und ist nichts anderes als der faschistische Flügel der Konservativen Partei. Ihr Vorbild ist die spanische Falange⁸⁹. Ihre Elite sowie ihre Anhänger rekrutieren sich vor allem aus den „katholischen Jugendorganisationen“ der Großbourgeoisie. Ihr Wahlpotential ist minimal und beschränkt sich auf das Andenhochland. Ihre Ideologie nimmt die Attribute „nationalistisch“ und „christlich“ für sich in Anspruch, ist aber vor allem antikomunistisch.

„Angesichts der Mystik einer wirkungsvollen (kommunistischen) Wissenschaft und messianischen Kraft hat nur eine andere einheitliche Mystik Platz, nämlich die wahre Mystik des weltweiten katholischen Glaubens⁹⁰.“ Die elitäre und geschlossene Organisation erlaubt der Partei eine strenge Disziplin. A. R. N. E. war sowohl mit Velasco als auch mit den Konser-

vativen Nutznießer der Macht. In ihrem Streben, sich von den Konservativen unabhängig zu zeigen und aus eigener Kraft den Wahlkampf zu bestreiten, ist die Partei bisher völlig gescheitert.

1.3.) „Partido Patriótico Popular“ (P. P. P.)

Diese Partei wurde im Jahre 1967 von Ruperto Alarcón Falconí, dem Präsidentschaftskandidaten der Konservativen im Jahre 1952, wenige Monate nach seinem Austritt aus der Konservativen Partei gegründet⁹¹. Bei der Partei handelt es sich um eine winzige Gruppe, die ihren Sitz und ihr einziges Aktionsfeld in Quito beziehungsweise in der Provinz Pichincha hat. Sie stellt den nicht aristokratischen oder „roten Flügel“ der Konservativen dar. In ihm sammeln sich Elemente der oberen Mittelschicht und der Großbourgeoisie, welche von der Parteileitung der Konservativen nicht als „blaublütig“ anerkannt werden. Die Partei hat mit dem „Velasquismo“ zusammengearbeitet und in den für ungültig erklärten Wahlen von 1970 ein Kongreßmandat in der Provinz Pichincha errungen.

2. „Partido Liberal Radical“

Ihre Gründung geht auf das Jahr 1878 zurück. Im Gegensatz zu den Konservativen und ihrer Doktrin der Einheit von Kirche und Staat erscheint die Liberale Partei als Bannerträger des Laizismus. Unter der Führung des „Vaters der Partei“, Eloy Alfaro, gelangte sie durch die Revolution vom 5. Juni 1895 zum ersten Male an die Macht. Von diesem Zeitpunkt an regierte sie fast ununterbrochen bis zum Jahre 1944. Seitdem ist es ihr nicht mehr gelungen, mit ihren eigenen Kandidaten an die Macht zu kommen. Sie hat jedoch an allen Regierungen teilgenommen und dabei eine besondere Fertigkeit bewiesen, sich Schlüsselpositionen im Staate zu sichern. Wegen ihrer übergroßen Bereitschaft, mit jeder Regierung zu paktieren, ist die Fraktionierung der Partei in Dissidenten und „oficialistas“ üblich geworden. Für die 1972 vorgesehenen Präsidentschaftswahlen schlossen die offiziellen Liberalen einen Pakt mit der C.F.P., um deren Präsidentschaftskandidaten Bucaram zu unterstützen.

Ideologie und Programm

Außer in der Frage des Laizismus bestehen gegenwärtig keinerlei Unterschiede zwischen den beiden traditionellen Parteien. Gleich der Konservativen Partei präsentieren sich die Liberalen als Verfechter von Recht und Ordnung, des Status quo, der Freien Marktwirtschaft, des Privateigentums und der Legitimität des Präsidentialismus und der Repräsentation.

tiven Demokratie. In ihrem Programm finden sich wohlklingende und hochgesteckte Ziele wie die Bekämpfung des „Caudillismo“, des Imperialismus sowie aller Arten des Totalitarismus von rechts und links; der Schutz der Indianer; die Abschaffung des Hacienda-Systems; die Agrarreform; der Schutz der Familie; die Alphabetisierung und die Anhebung des Lebensstandards⁹² etc.

Soziale Zusammensetzung von Partei-Elite und Wählerschaft

Die Elite der Liberalen rekrutiert sich aus privilegierten Mitgliedern der Groß-Bourgeoisie der Industrie, des Handels und der Banken an der Küste, hauptsächlich aus der Stadt Guayaquil. Ihre Wählerschaft ist klein und findet sich vornehmlich in den „laizistischen“ Mittelschichten im Andenhochland und an der Küste.

Parteistruktur

Im Gegensatz zu der anderen typisch traditionellen Partei, der Konservativen, ist die Struktur der Liberalen Partei äußerst schwach. Sie präsentiert sich als eine Gruppierung lokaler Interessen. Ihre Kandidaten für Präsidentschafts- und Kongreßwahlen werden vom nationalen Parteikonvent nominiert.

3. „Partido Socialista Ecuatoriano“ (P. S. E.)

Mit ihrem offiziellen Auftauchen am 13. Dezember 1925 im politischen Leben Ecuadors setzte der Kampf ein, den die unter dem Einfluß der russischen Revolution stehenden intellektuellen Kreise der Kleinbourgeoisie führen, um das politische Monopol der traditionellen Parteien zu brechen. Die Partei bekennt sich zum Marxismus. Im Laufe der Zeit haben sich viele Splittergruppen gebildet; eine davon gründete 1928 die Kommunistische Partei⁹³. Als die Sozialistische Partei während der Präsidentschaft von Golo Plaza (1948–52) an der Regierung teilnahm, verlor ihre Elite den reformistischen Charakter. Wegen der bürokratischen Politik und direkten Zusammenarbeit der Parteiführung mit der liberalen Oligarchie ist die Partei seit 1960 in drei Fraktionen gespalten: in die „Partido Socialista Ecuatoriano“, die als einzige vom „Tribunal Supremo Electoral“ anerkannt ist, in die „Partido Socialista Revolucionario“ und in die „Partido Socialista Unificado“. Auf Grund ihres intellektuellen Charakters und ihrer Abgeschlossenheit vom Volk vermag die Partei nicht die Interessen der Massen zu artikulieren. Ihr Einfluß auf das politische Leben ist mehr als unbedeutend; bei den letzten Parlamentswahlen im Jahre 1970 konnte sie nicht ein einziges Mandat erringen⁹⁴.

4. „*Union Democrática Popular*“ (U. D. P.)

Unter dem Namen dieser am 29. April 1968 beim „Tribunal Supremo Electoral“ eingetragenen Partei verbirgt sich allem Anschein nach nichts anderes als eine kommunistische Partei Moskauer Prägung⁹⁵. Ihr Ziel ist es, durch Wahlen an die Macht zu kommen. Ihr Einfluß auf die Wählerschaft ist sehr gering, jedoch ist die politische Bedeutung der Partei angesichts ihres Einflusses auf intellektuelle Kreise, auf einen großen Teil der Gewerkschaften und vor allem auf die staatlichen Universitäten nicht zu unterschätzen⁹⁶.

5. „*Velasquismo*“

Als dominierender Faktor im politischen Leben der letzten vierzig Jahre bedeutet diese Partei nichts anderes als Velasco selbst. Trotz der Bezeichnungen des „Caudillo“, daß es sich nur um eine Bewegung handle, ist der „Velasquismo“ als Partei eingetragen. Im übrigen verweisen wir auf die ausführliche Behandlung dieses Phänomens in Kapitel III dieser Arbeit.

6. „*Partido Republicano Independiente Ecuatoriano*“

Hier handelt es sich wiederum um eine winzige politische Gruppe, die vom „Tribunal Supremo Electoral“ als Partei anerkannt worden ist. Seit ihrer Gründung im Jahre 1963 teilt sie das politische Schicksal vieler anderer personalistischer lokaler ad-hoc-Bewegungen, im Schatten Velascos zu stehen. Mit ihrer velasquistischen Politik errang sie zwar 1968 ein Parlamentsmandat in der Provinz Guayas, aber nach der Verfeindung ihres Führers Vincente Leví Castillo mit Velasco⁹⁷ mußte die Partei 1970 sogar in der Provinz Guayas beziehungsweise an ihrem Hauptsitz Guayaquil eine vernichtende Wahlniederlage hinnehmen⁹⁸.

7. „*Concentración de Fuerzas Populares*“ (C. F. P.) und „*Movimiento Nacional Guevarista*“

Die C. F. P. wurde 1947 von Carlos Guevara Moreno gegründet. Es handelt sich um eine rein caudillistische und populistische Bewegung nach dem Muster von Velasco Ibarra. Ihr Wahlpotential ist auf die Provinz Guayas

und vor allem auf die Stadt Guayaquil regional begrenzt. Bei den Wahlen 1956 entwickelte sich die Partei zur drittgrößten politischen Kraft des Landes. Der Abstieg des Parteiführers Guevara Moreno war eine Folge seiner großen politischen Ambitionen, aber gleichzeitig geringen politischen Ethik, und vor allem eine Folge des Umstandes, daß er sowohl die liberalen als auch die konservative Oligarchie, ja selbst Velasco gegen sich hatte. Die C. F. P. ist gegenwärtig in zwei Flügel gespalten: in den kleineren Flügel, der dem Gründer und „Caudillo“ Carlos Guevara Moreno treu ergeben und 1970 unter dem Namen „Partido Nacional Guevarista“ vom „Tribunal Supremo Electoral“ anerkannt worden ist, und in den dissidenten Flügel, der als legitimer Nachfolger der C. F. P. unter demselben Namen vom „Tribunal Supremo Electoral“ anerkannt ist; dieser wird von Bucaram angeführt. Seine Popularität ist vor allem unter den marginalen Massen der Provinz Guayas und vornehmlich des Hafens Guayaquil, der Hauptstadt der Provinz, sehr groß. Die Demagogie des Parteiführers erinnert in vielem an Velasco. Um sich einen nationalen Anstrich zu geben und auch für die Oligarchie wählbar zu erscheinen, ist die Partei in den letzten Jahren ein Wahlbündnis mit den Liberalen eingegangen. Als Präsidentschaftskandidat für die C. F. P. und den „offiziellen“ Flügel der Liberalen war der C. F. P.-Führer Assad Bucaram für die Wahlen 1972 vorgesehen und schien große Erfolgchancen zu haben.

8. „Partido Nacionalista Revolucionario“ (P. N. R.)

Die Wurzel dieser im Jahre 1966 von dem früheren Präsidenten Carlos Julio Arosemena gegründeten Partei sind im „Velasquismo“ zu suchen. Obwohl ihr Gründer und Führer Carlos Julio Arosemena einer der reichen Bankiersfamilien aus Guayaquil angehört, könnte seine Politik und die der Partielite sehr wohl als die einer „Nationalbourgeoisie“ verstanden werden. Die Partei verfolgt eine nationalistische und antiimperialistische Politik, was ihr in den Kreisen der Oligarchie und des nordamerikanischen Kapitals keinerlei Sympathien eingebracht hat. Ihr Wahlpotential befindet sich vor allem in Guayaquil. Die Zukunft der Partei hängt zweifellos von der ideologischen Definition und dem nationalen Charakter ab, die ihr die Parteiführer geben können. Es ist erwähnenswert, daß Arosemena für die 1972 vorgesehenen Präsidentschaftswahlen nominiert worden war und er mit der Unterstützung der „Frente de Izquierda Nacional“ rechnen konnte, der sich nicht nur die Kommunisten und Sozialisten, sondern auch die junge Partei der Christlichen Demokraten angeschlossen hatten.

9. „*Coalición Institucionalista Demócrata*“ (C. I. D.)

Bei dieser 1965 gegründeten Partei handelt es sich um ein Unternehmen von Millionären, die die Flagge der Demokratie einzig und allein zur Vergrößerung ihres Vermögens mißbrauchen. Das Wahlreservoir ist klein, und der Einfluß der Partei beschränkt sich fast ausschließlich auf die Stadt Guayaquil, wo sie sich dank ihrer wirtschaftlichen Macht stets an dem traditionellen politischen Spiel der Pakte und Transaktionen der Oligarchie beteiligt. Parteiführer ist der Guayaquiler Bankier und frühere Präsident Otto Arosemena Gómez, der, wie wir bereits gesehen haben (vgl. S. 128 ff.), 1966 als konstitutioneller Interimspräsident durch ein Bündnis mit den Konservativen an die Macht kam, obwohl seine Partei nur drei Parlamentsmandate errungen hatte. In der Zeitschrift „Vistazo“ war über diese Regierung Arosemena Gómez folgendes zu lesen: „Die Regierung des Dr. Arosemena Gómez war in ausgeprägter Weise plutokratisch. Abgesprungene Liberale, Konservative und Christlich-Soziale (Velasquistas) taten sich in einem Pakt zusammen, unter dessen Schutz sie sich den Genuß der Macht sowie die Annehmlichkeiten und Pfründen teilen konnten, die ein Kreis von Oligarchen zu vergeben hat⁹⁹.“

KAPITEL V: DIE INTERESSENGRUPPEN

Infolge des Mangels an Pluralität und Komplexität in der ecuadorianischen Gesellschaft kann man nicht von organisierten, eine spezielle Funktion ausübenden Interessengruppen sprechen, wie sie in den Industrienationen des Westens zu finden sind. Wir befassen uns hier mit den Interessengruppen in einem relativ weiten Sinn dieses Wortes und meinen damit jene Gruppen, die, mehr oder weniger straff organisiert, politische, ökonomische und soziale Ziele verfolgen und die politischen Entscheidungen bestimmen oder beeinflussen. Wir denken dabei in erster Linie an jene Gruppen, die einen Teil des Staatsapparates darstellen, wie zum Beispiel die Armee, oder indirekt mit ihm verflochten sind, wie zum Beispiel die Kirche, und die innerhalb des diffusen und traditionell strukturierten politischen Systems sich nominell nicht politisch betätigen, in der Praxis jedoch häufig Funktionen ausüben, die in den USA oder Westeuropa sehr wohl den politischen Parteien zukommen¹. Außer einer besonderen Untersuchung der Armee als „pressure group“ sollen hier auch die Kirche sowie die Wirtschaftsgruppen oder „Oligarchien“ und die Gewerkschaften analysiert werden.

I · DAS MILITÄR

Die Beherrschung der Politik durch das Militär ist sowohl in Ecuador als auch in ganz Lateinamerika von endemischer Natur. Im vorigen Kapitel haben wir bereits darauf hingewiesen, daß es nutzlos ist, die Rolle der Armee auf Grund der formell in der Verfassung festgelegten Normen zu untersuchen. Die Realität und die Erfahrungen mit der Intervention der Militärs in der Politik haben gezeigt, daß die Bestimmungen, welche die Vorherrschaft der zivilen Gewalt über die militärische sicherstellen sollen, nur theoretischen Wert besitzen.

Da sich unsere Untersuchung auf das komplexe Verhältnis von Militär und Politik im Gebiet Ecuadors beschränkt, möchten wir vor allem die Faktoren

unter die Lupe nehmen, die zur Vorrangstellung der Militärs im Staat geführt haben, sowie die Formen, unter denen Interventionen in der Politik zustande kommen. Zum besseren Verständnis der politischen Rolle der Militärs geben wir einen allgemeinen Überblick über die relevantesten theoretischen Ansätze des Militarismus in Lateinamerika und seine historische Entwicklung in Ecuador.

1. Ansätze der Forschung

Das Studium der Armee und des Militarismus in Lateinamerika wird erst seit kurzer Zeit mehr oder weniger systematisch betrieben. Die Rolle der Streitkräfte als Faktor der Politik wird vor allem unter dem Aspekt der Bedeutung militärischer Intervention in den Prozessen sozialen Wandels analysiert. Die Situationen der einzelnen Länder werden dabei direkt oder indirekt vor dem Hintergrund der westlichen repräsentativen Demokratien dargestellt und beurteilt, wobei zu bemerken ist, daß diese Arbeiten über eine historische Beschreibung kaum hinausgehen. Die Ansätze der Nordamerikaner Edwin Lieuwen² und John J. Johnson³ gehören vielleicht zu den wichtigsten Beiträgen ausländischer Literatur auf diesem Gebiet. Lieuwen stellt kritisch die These auf, daß die Intervention der Militärs in der Politik nichts anderes ist als die Variable des Traditionalismus und warnt vor dem wachsenden Einfluß des Militarismus als bestimmendem Faktor des Wandels. Johnson dagegen betrachtet die Armee vor allem wegen der mittelständischen Herkunft ihrer Mitglieder als dynamische Kraft der Modernisierung, die einer Intelligenzia nasseristischen Typs in Uniform gleichkommt. Eine scharfe Kritik beider Positionen mit dem Vorwurf der Verallgemeinerung der strukturellen Faktoren sowie der Umstände, von denen die militärische Intervention bestimmt wird, finden wir in der lateinamerikanischen Literatur bei José Nun⁴. Für Nun dienen die Staatsstriche einer Interessenvertretung zugunsten der Mittelschichten und nicht der Oligarchie, stellen also für die Mittelschichten keine Bedrohung ihrer Interessen dar, wie etwa Lieuwen in seiner auf dem „demokratisch-konstitutionellen Modell“ beruhenden „Theorie“ behauptet, noch sind sie ein Ersatz für das Fehlen eines Mittelstandes, wie es Johnson in seiner These der „Entwicklungstheorie“ darstellt. Die Arbeiten von Nun erreichen unseres Erachtens bis jetzt das höchste theoretische Niveau, sind jedoch empirisch nicht hinlänglich gesichert, wodurch die meisten Aussagen der Untersuchungsergebnisse Gefahr laufen, nur Vermutungen zu bleiben.

2. Gesellschaftlicher Wandel und Militarismus

In Anlehnung an die entsprechende Literatur über das Militär in Lateinamerika unternehmen wir hier den Versuch einer kurzen Skizzierung der geschichtlich-politischen Entwicklung der ecuadorianischen Gesellschaft, welche zum besseren Verständnis der von den Militärs übernommenen politischen Rolle beitragen soll. Eine Einteilung in folgende Epochen bietet sich an:

a) 1830 – 1895

Nach Erlangung der Unabhängigkeit hielten die Militärs das Monopol der politischen Macht. Der politische Kampf der kreolischen Aristokratie, die eine Verteidigung ihrer Interessen auf nationaler Ebene anstrebte, wurde entweder im militärischen Bereich ausgetragen oder von zivilen „Caudillos“, welche der Unterstützung der Militärs sicher sein konnten. Obwohl sich im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts die sogenannten Parteien der Konservativen und Liberalen bildeten, handelte es sich hierbei doch nur um kleine Gruppen, die die regionalen Interessen der Oligarchien von Costa und Sierra vertraten⁵.

b) 1895 – 9. Juli 1925

Mit der Machtübernahme durch die Liberalen im Jahre 1895 entstand auch das Berufssoldatentum. Der liberale „Caudillo“ Eloy Alfaro gründete die erste Militärakademie. Die Liberalen führten die Professionalisierung der Armee hauptsächlich durch, um ein Gegengewicht zur Macht der Kirche und der Großgrundbesitzer in der Sierra zu schaffen, mit anderen Worten, der Militärberuf wurde als Instrument der liberalen Politik geboren. Obwohl dies zwar nicht das Verschwinden des „Caudillismo“ alten Stils bewirkte, zumal Alfaro den Prototyp desselben darstellte, schritt die Professionalisierung weiter fort, und es machte sich vor allem ein mehr oder weniger offenes soziales System der Rekrutierung des Offizierscorps bemerkbar. Die Armee erfüllte die Funktion der sozialen Integrierung für die Gruppen der aufsteigenden Kleinbourgeoisie. Mit ihrer Hilfe erreichten sie eine Art soziales Gleichgewicht gegenüber der Monopolstellung der Oberschicht innerhalb einer Gesellschaftsstruktur, die vertikale soziale Mobilität praktisch ausschloß⁶. Die Einführung des Berufssoldatentums bedeutete für diese Epoche, daß sich die Armee im großen und ganzen auf ihre spezifischen Aufgaben besann und gegenüber der bekannten Dreiecksherrschaft Kirche-Großgrundbesitzer-Armee eine passive Haltung der Anerkennung einnahm⁷.

c) 9. Juli 1925 – 28. Mai 1944

Die restaurative Gesinnung der Armee als Instrument der liberalen Oligarchie zerbrach mit dem 9. Juli 1925. Die neue Generation der Berufsoffiziere aus der Mittelschicht führte eine Revolution an und versuchte ein reformistisches Regierungsprogramm durchzusetzen (s. Kap. III, S. 84 ff.). Bemerkenswert war dabei das Bestreben, die oligarchischen und korrupten Strukturen der Armee zu verändern⁸. Diese Intervention der Armee stellte die erste direkte Partizipation der Mittelschichten an der politischen Macht in der Geschichte Ecuadors dar. Die Ausführungen Huntingtons über das Sozialverhalten der aus den Mittelschichten von Übergangsgesellschaften rekrutierten Militärs können sehr wohl auf Ecuador bezogen werden: „Die Mittelklasse gibt ihr Debüt auf politischer Szene nicht im Anzug des Kaufmanns, sondern unter den Epauletten des Obersten“⁹.

Nach dem Fehlschlag der Revolution von 1925 vor der geschlossenen Front der Oligarchie intervenierte die Armee häufig und griff direkt in die politischen Entscheidungen ein. Ihren „Pronunciamientos“ fehlte zwar die einheitliche Organisation, sie zeigten jedoch stets einen reaktionären Charakter. Ausnahmen bildeten dabei die Regierung des Generals Enríquez Gallo (1937 – 1938) und die „Revolution“ vom 28. Mai 1944, die von Velasco jedoch bald zu einer rein reaktionären Bewegung umfunktioniert wurde (vgl. Kap. III, S. 88 ff.).

d) 28. Mai 1944 bis heute

Seit der „Revolution“ vom 28. Mai 1944, mit der die jungen Offiziere der Kleinbourgeoisie der Herrschaft der korrupten liberalen Oligarchie ein Ende machten, hat das Erscheinen der Militärs als „veto group“ auf der politischen Bühne oder ihre direkte Ausübung der Staatsgewalt immer eine restaurative Funktion gehabt. Durch ihre Intervention bremsen sie den Verfall der traditionellen Strukturen und verteidigten die Interessen des nationalen und vor allem des ausländischen Kapitals.

Obwohl gegenwärtig nicht unbedingt behauptet werden kann, daß sich die Militärs mit der zivilen Oligarchie identifizieren oder nur deren Instrument darstellen, trifft es doch nicht weniger zu, daß die proklamierte Adaptation an den sozialen Wandel, soweit überhaupt von einem solchen gesprochen werden kann, unter dem Mantel der von den ecuadorianischen Militärs betriebenen Politik des „Desarrollismo“ beziehungsweise einer Politik, die wirtschaftliches Wachstum anstrebt, aber die Gesellschaft in ihren Grundstrukturen nicht antasten will, in Wirklichkeit lediglich eine Verzögerungstaktik angesichts der gärenden sozialen Revolution bedeutet, nicht aber eine Alternative.

3. *Die Institution Militär: Ihr politisches Supremat*

Nachdem wir die historische Entwicklung der Militärs vor dem gesellschaftlichen und politischen Hintergrund aufgezeigt haben, wollen wir uns nun mit den relevantesten Faktoren befassen, die in Ecuador zu einer solch starken Tendenz der militärischen Intervention in der Politik führen und die Vorrangstellung der Militärs in Staats- und Gesellschaftsordnung verursachen.

a) Organisation

Wie in den meisten Entwicklungsländern, in denen der Mangel an Konsensus eine permanente politische Instabilität und eine reelle oder latente nationale Desintegration zur Folge hat, stellt auch in Ecuador die Armee die einzige organisierte politische Kraft dar. Sie ist nicht eine Institution, die von zivilen politischen Kräften in das System integriert wird, sondern wirkt vielmehr selbst als Integrationsmechanismus des politischen Systems. Die Armee ist also nicht nur autonom als Subsystem, sondern geht, indem sie das Machtvakuum im Staatsgefüge ausfüllt, in Wirklichkeit über das ihr zugeschriebene Konzept des Staates im Staate hinaus, sie wird zur einzigen rational funktionierenden Gewalt¹⁰. Ihre Mitglieder unterliegen innerhalb der Institution fast immer dem Einfluß der militärischen Organisation und ihrer hierarchischen Ordnung. Die Grundprinzipien von Disziplin, Befehl und Gehorsam tragen in eben diesem Sinne dazu bei, ein von der Norm abweichendes Verhalten zu verhindern und die Armee bei ihren politischen Interventionen als beinahe monolithischen Block erscheinen zu lassen, und sind wohl geeignet, das durch den Verfall und das Versagen der Zivilgewalt hervorgerufene Machtvakuum auszufüllen¹¹.

b) Rekrutierung

Die Herkunft spielt eine große Rolle – vielleicht die größte – für den wirklichen Modernisierungsbeitrag und die Sozialisierungsfunktion des Militärs. Wie in den meisten lateinamerikanischen Ländern, sind auch in Ecuador die Gruppen der Oberschicht in der Armee am wenigsten vertreten. Die Offiziere rekrutieren sich im allgemeinen hauptsächlich aus jenen Schichten der Kleinbourgeoisie, die einen höheren Status als den ihrer Herkunft anstreben und für die der Eintritt in das Offizierscorps auch die Chance mit sich bringt, der Arbeitslosigkeit zu entgehen und eine geordnete Laufbahn einzuschlagen¹². Die Streitkräfte bieten mit ihren Mechanismen der Beförderung, der Professionalisierung, Technifizierung, wirtschaftlichen Privilegien etc. die besten Aufstiegschancen auf der gesellschaftlichen Leiter.

Das politische Verhalten der Offiziere ist – und hier müssen wir José Nun beipflichten – eine Kompensation für die Unfähigkeit der Mittelschicht, die während des ganzen 20. Jahrhunderts nicht in der Lage gewesen ist, die Macht an sich zu reißen und die Hegemonie der oligarchischen Gruppen zu brechen¹³. Bis heute waren die Interventionen der Militärs in der Politik und ihre direkten Machtergreifungen von der Verteidigung der Interessen der Mittelschicht mit Hilfe populistischer Maßnahmen zur Ordnung der Finanzen und messianischen Ankündigungen eines Strukturwandels bestimmt. Mit ihrem Streben nach Verteidigung der traditionellen Werte und des inneren Friedens, dem Kampf gegen den Kommunismus und dem Prinzip von „law and order“ macht sich die Mittelschicht gleichzeitig auch die Interessen der Oligarchie zu eigen.

Für ein vollständigeres Gesamtbild von der Armee und deren politischem Verhalten muß zum Schluß noch auf die Rekrutierung der Truppe¹⁴ hingewiesen werden. Diese agiert nicht nur als blindes Instrument der Offiziere, weil sie sich aus den weniger säkularisierten und daher von den paternalistischen Methoden der militärischen Hierarchie besser zu beeinflussenden Schichten rekrutiert (Eingeborene und verarmte Mestizen des Andenhochlandes), sondern weil ihre Mitglieder auch im Vergleich zu den übrigen Gruppen ihrer Klasse eine privilegierte Stellung einnehmen, die sie nicht aufs Spiel setzen wollen¹⁵.

c) Der externe Faktor

Der externe Faktor, besser gesagt, die Intervention der USA, kann bei der Betrachtung des außermilitärischen Verhaltens und der Denkweise der ecuadorianischen Armee nicht außer acht gelassen werden. Abgesehen davon, daß die Waffen fast ausschließlich nordamerikanischen Ursprungs sind und als Entwicklungshilfe deklariert werden, unterliegt auch die Ausbildung der Offiziere – die technische Seite ausgenommen – einer intensiven antikomunistischen Indoktrination¹⁶. Da ein Krieg innerhalb des Kontinents unwahrscheinlich und die Armee zur Bewältigung eines über den Kontinent hinausgehenden Krieges nicht in der Lage ist, fühlt sie sich auf Grund dieser Indoktrination als integraler Bestandteil der Front zur Verteidigung „westlicher Zivilisation“ und ist der Auffassung, daß der innere Feind, welcher das Vaterland und seine nationale Identität bedroht, im internationalen Kommunismus verkörpert wird¹⁷. Solange die USA sich zum militärischen Schutz des Kontinents berufen fühlen, zielt die militärische Hilfe und politische Indoktrination darauf ab, im Namen des Antikommunismus und verschleiert durch den Mantel der Demokratie aus der Armee den wichtigsten Machtfaktor zur Unterdrückung interner nichtkonservativer Kräfte zu machen. Diese Politik des Kampfes gegen den inneren Feind oder der

„counter-insurgency“ zur Erhaltung des Status quo und damit der Verteidigung der nordamerikanischen Interessen ist durch die USA seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und besonders nach der kubanischen Revolution in verstärktem Maße gefördert worden¹⁸. Sehr deutlich kommen die Ziele der Militärhilfe der USA in einem Dokument des Senats der Vereinigten Staaten zum Ausdruck:

„Das Hauptziel des militärischen Programms für Lateinamerika besteht darin, diese Nationen bei der Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und der politischen Stabilität zu unterstützen; der counter-insurgency wird dabei eine besondere Bedeutung zugemessen. Die Militärhilfe dient dem Ziel, die Fähigkeit dieser Regierung zur Unterdrückung interner Unruhen und Bekämpfung von Aufständen zu erhöhen¹⁹.“

Der von Gouverneur Rockefeller nach seiner im Jahre 1969 unternommenen Lateinamerikareise verfaßte Bericht an Präsident Nixon ist im Hinblick auf das Verhalten der USA gegenüber dem lateinamerikanischen Militarismus von Bedeutung. Rockefeller geht von der Annahme aus, daß es bestimmte Offiziere gibt, die für die sozialpolitischen Probleme ihrer Länder Verständnis haben, und er bringt, vielleicht unter dem Eindruck des sogenannten „Peruanismo“, die Gefahr zum Ausdruck, daß sie sich von der nordamerikanischen Vormundschaft zu befreien suchen. Um die Interessen der USA mit Hilfe der Militärs, die Rockefeller ganz offen als die einzige organisierte politische Kraft bezeichnet, zu verteidigen, sieht er für die Außenpolitik der USA zwei wichtige Alternativen: Die Vereinigten Staaten müssen erstens die Lieferungen von Kriegsmaterial erhöhen, um einer Entfremdung der Militärs von den USA vorzubeugen und somit im Kampf gegen den Kommunismus besser gewappnet zu sein, und zweitens ihren ideologischen Paternalismus in eine offene Doktrin des guten Verbündeten gegen den Kommunismus umwandeln. Der Name „Programm für militärische Hilfe“ sollte, da es die Interessen der USA nicht mehr ausreichend sichert, geändert und durch die Bezeichnung „Programm für die Sicherheit der westlichen Hemisphäre ersetzt werden²⁰.

d) Stärke und Bewaffnung

Im Vergleich zu anderen Ländern erscheint die zahlenmäßige Stärke der Armee Ecuadors nicht sehr groß (siehe Tabelle 16). Wenn man jedoch ihre wirkliche Funktion betrachtet, die heute kaum noch eine außenpolitische Schutz-, sondern eine innenpolitische Repressionsfunktion ist, und wenn man dabei berücksichtigt, daß der für die Streitkräfte ausgeworfene Betrag etwa 25 – 35 % des Staatshaushaltes beträgt²¹, kommt man zu dem Schluß, daß weder ihre zahlenmäßige Stärke noch ihre Funktion als interne Polizeimacht in irgendeinem Verhältnis zu den nationalen Aufgaben stehen.

Tabelle 16

Land	Reguläre Streitkräfte ¹	Paramilitärische Einheiten z. B. Staats- und Grenzpolizei, Miliz ¹	Zahl der Angehörigen beider Verbände auf je 10 000 Einwohner ¹	Anteil des Militär- budgets am Gesamt- haushalt in % ²
Argentinien	137 000	25 000	67	13,2
Bolivien	21 800	5 000	54	11,0
Brasilien	194 000	120 000	34	11,4
Chile	61 000	22 500	85	18,0
Costa Rica	keine Armee	—	—	1,0
Dominik. Republik	19 300	10 000	68	26,0
Ecuador	20 000	5 800	42	
El Salvador	5 630	2 500	23	12,0
Guatemala	9 000	3 000	23	
Haiti	5 500	13 000	39	23,0
Honduras	4 725	2 500	28	7,0
Kolumbien	64 000	35 000	47	
Kuba	—	—	—	—
Mexiko	65 800	—	14	1,0
Nicaragua	7 100	4 000	56	
Panama	keine Armee	3 400	27	
Paraguay	20 200	8 500	121	
Peru	54 650	18 000	53	18,0
Uruguay	15 400	—	53	1,0
Venezuela	30 500	10 000	68	8,0

Quelle:

¹ Der Spiegel, 14. September 1970, Nr. 38, S. 178.² Diese Daten werden nur unter Vorbehalt genannt, da sie aus dem Jahr 1963 stammen und neuere, erwähnenswerte Daten vom Autor nicht ausfindig gemacht werden konnten. Da die Regierungen anscheinend an der Veröffentlichung der wirklichen Zahlen nicht interessiert sind, stößt man hier auf ein Vakuum. Obige Daten stammen aus dem Artikel von Irving L. Horowitz, *The military Elites*, in: Seymour Martin Lipset und Aldo Solari (Hrsg.), *Elites in Latin America*, New York 1967, S. 146 ff., hier S. 155.

Bei den Streitkräften Ecuadors handelt es sich um eine relativ modern ausgerüstete Armee. Ihr Waffenarsenal reicht bei der Luftwaffe bis zu Canberra-Bombern, und kürzlich sollten sogar Überschalljäger vom Typ Mirage erworben werden. Zwei oder drei davon würden nach den Aussagen einer Zeitschrift 100 Mill. Sucres kosten (= 5 % des Staatshaushaltes)²². Stärke, Technik und Waffenmonopol verleihen der Armee eine klare Überlegenheit gegenüber der Zivilgewalt. Es muß außerdem anerkannt werden, daß die Armee ihre Schiedsrichterrolle in der Politik nicht nur ihrer Bewaffnung zuzuschreiben hat, sondern viel eher der schwachen Organisation der zivilen Kräfte. Der Unterstaatssekretär für Lateinamerika in der Regierung Johnson, Mr. Lincoln Gordon, machte einmal die zynische Bemerkung, daß „eine lateinamerikanische Regierung jederzeit von der Armee gestürzt werden kann, auch wenn diese nur mit Aschenbechern bewaffnet wäre“²³.

e) Technokraten und Bürokraten

Die Tatsache, daß „Pronunciamientos“ für die ecuadorianische Armee zum Kriegersatz geworden sind, ist unter anderem mit dem Typus des Offiziers zu erklären. Dieser wiederum steht im Zusammenhang mit dem Wandel in der inneren Struktur der Armee, welcher infolge der wachsenden Technisierung der Waffen seit dem Zweiten Weltkrieg stattgefunden hat. Die letzten „Pronunciamientos“ von 1963 und 1972 beispielsweise waren das Werk sogenannter Technokraten unter den Militärs. Sie, die Techniker in der Armee, repräsentieren den Militär neuen Stils, der eine Ausbildung in den USA oder einem anderen westlichen Land erhalten hat, und rechtfertigen ihre Intervention in der Politik mit der Begründung, daß das Problem des von der Zivilgewalt hinterlassenen Machtvakuum nur durch eine Modernisierung der Strukturen gelöst werden könne. Wie die Erfahrung zeigt, verbirgt sich dahinter aber der Versuch einer Rationalisierung des Status quo ohne grundlegende Veränderung mittels einer Spielart des „Desarrollismo“. Diese Gruppe der *Technokraten*, die fast immer der Marine und der Luftwaffe angehören, befinden sich im Vorteil gegenüber ihren Kollegen, den sogenannten *Bürokraten*, welche hauptsächlich im Heer zu finden sind²⁴. Ihr Vorteil beruht nicht nur darauf, daß die Oligarchie, die sich damit den Anschein der Modernität geben will, immer wieder die Technokraten mit ihrer modernistischen Politik an die Regierung ruft, sondern besteht auch darin, daß gerade ihnen viele Möglichkeiten zur Ausübung ihres Berufes offenstehen und sie sich nach ihrem Ausscheiden aus den Diensten der Armee ohne weiteres in das zivile Leben eingliedern oder aber als Techniker in Industrieländern, vor allem in den USA Arbeit finden können²⁵.

Für die Gruppe der Bürokraten ist es nicht von Bedeutung, ob das „Pronunciamiento“ zum Zweck der Einführung wissenschaftlicher Regierungsmethoden stattfindet. Angesichts ihrer Unterlegenheit in dem Sinne, daß ihnen eine technische Spezialausbildung fehlt, die ihnen die Integration in das zivile Leben leicht machen würde, sowie der ständig latenten Gefahr, vor ihrer Pensionierung aus politischen Gründen entlassen zu werden, ist für sie das „Pronunciamiento“ das beste Mittel zur Stärkung und Konsolidierung ihrer Privilegien im Staatsapparat.

Die Rivalitäten und Spannungen, die in den Militärregierungen regelmäßig zwischen den einzelnen Waffengattungen und Generationen auftreten, stehen in engem Zusammenhang mit diesen Verhältnissen im Offizierscorps. Nicht umsonst werden die Rivalitäten und inneren Spannungen in der Regel dadurch beigelegt, daß erweiterte Käufe von Kriegsmaterial zugebilligt werden und ein großzügiges Beförderungssystem in Kraft tritt, welches vor allem der wirtschaftlichen Sicherung der wenigen privilegierten Bürokraten dient²⁶.

„Im Fall des Heeres (mit Ausnahme der Ingenieure z. B.) sind die Aussichten auf eine Beschäftigung außerhalb der Kaserne weit schlechter. Die Lösung dieses Problems wurde in der Form gefunden, die die Militärklasse eine verführerische Abfindung nennt, sowie in der Möglichkeit einer kurzfristigen Pensionierung (nach mindestens 15 Jahren Dienstzeit). Ersteres ist korrekt, letzteres aber für ein Land wie das unsere ungeeignet, da es sich ja bei denjenigen, die nach so kurzer Zeit ausscheiden, um junge Leute handelt, die, falls die Anlage der Abfindungssumme nicht bereits festliegt (in Landwirtschaft, Industrie etc.) unter weit günstigeren Bedingungen mit Zivilpersonen konkurrieren und offenkundig die Arbeitskraft abwerten. Wenn es so weitergeht, wird Ecuador bald zu einem Land junger Pensionäre, welche die Arbeitsplätze einnehmen, die eigentlich für die übrige Bevölkerung bestimmt sind²⁷.“

f) Der Mythos des Nationalismus

Einer der wichtigsten Faktoren, der aber im allgemeinen bei der Betrachtung des besonderen Sendungsbewußtseins, mit dem die Militärs an ihre Rolle als Schiedsrichter in der Politik glauben, übersehen wird, besteht in einem Nationalismus, der seit den ersten Tagen der Republik die Funktion eines Mythos ausübt. Diesem konfusen Nationalismus ohne ideologischen Inhalt, der sich beliebig drehen und wenden läßt, fehlt es im Grunde nicht an Kohäsion in dem Sinne, daß die herrschende Klasse mit seiner Hilfe die Bewußtseinsbildung der besitzlosen Schichten manipuliert und innerhalb des traditionell paternalistischen Systems kanalisiert. Dieser Nationalismus nimmt in der Armee Gestalt an. Sie ist die Institution, der die Oli-

garchie dank der ihr zugeschriebenen glorreichen Tradition und ihrem Heroismus, die sich in den Geschichtsbüchern in einer übertriebenen Vergötterung der Armee ausdrücken, die Rolle der Retterin des Vaterlandes überträgt.

„Im Laufe unserer Geschichte gab es häufig kriegerische Auseinandersetzungen und heroische Taten, denn es springt ins Auge, daß wir die kleineren Brüder der Südpazifischen Familie sind, und daß unsere Feinde viel zahlreicher und stärker sind. In jedem Fall legt jedoch der Ecuadorianer Zeugnisse einzigartigen Mutes ab, die für eine übertriebene Lobpreisung in den Geschichtsbüchern dienen, denn in Wahrheit verlieren wir unaufhörlich an Terrain. Es genügt, sich zu erinnern, daß uns, obwohl wir seit dem ersten Tag der Republik eine Armee gehabt haben, unsere „Brüder“ Kolumbien und Peru bis heute etwas mehr als eine Million Quadratkilometer unseres geheiligten nationalen Bodens abgenommen haben²⁸.“

Da also die ganze ideologische Perspektive des Nationalismus auf eine Konzeption des Patriotismus beschränkt bleibt, in der die Armee als einzige rational organisierte Kraft die aggressiven Gefühle und zentrifugalen Emotionen der Oligarchie gegen einen bestimmten Feind von außen – Peru, und nicht selten auch USA –, und gegen die „nihilistischen Kräfte des Kommunismus, die im Inneren die Existenz des Vaterlandes selbst bedrohen“, artikuliert, ist es nicht verwunderlich, daß die innere Funktion der Armee mit den Interessen der Nation identisch erscheint: Die Armee ist die „Schule der Nation“. Ihre zentrale und unverrückbare Stellung im politischen System gleicht einem Tabu, und es ist unmöglich, an dieser Institution Kritik zu üben, sei es nun positiv oder negativ, wenn man nicht dem Verdacht des Vaterlandsverrats ausgesetzt sein will²⁹. Der frühere Verteidigungsminister Acosta Velasco konnte sich anläßlich einer Abschlußfeier für die Absolventen der Militärakademie im Jahre 1970 nicht klarer ausdrücken: „Wir Ecuadorianer haben einen ehrenvollen Auftrag zu erfüllen: nämlich die Streitkräfte zu stärken, und der, welcher sich dieser Stärkung der Armee widersetzt, ist offensichtlich ein Verräter des Vaterlandes³⁰.“

4. Formen der Intervention

Die Skala der politischen Intervention der Militärs reicht von der bekannten offenen Machtergreifung durch die klassischen „Pronunciamientos“ bis zu einer Art Veto bei zivilen Regierungen mit dem Ziel, bestimmte Maßnahmen zugunsten der Militärs durchzusetzen oder solche zu verhindern, wenn sie sich gegen die Interessen der Streitkräfte richten.

a) Intervention durch Veto

Diese Art der Intervention, bei der sich die Armee darauf beschränkt, politische Entscheidungen zu beeinflussen, prägt die Handlungsweise jeder zivilen Regierung und Opposition. Der geringe Rückhalt beim Volk, die caudillistische Organisation der Parteien sowie die Tatsache, daß die Stabilität in einem direkten Zusammenhang steht mit der Unterstützung, die sie bei der Armee finden, läßt der zivilen Regierung und der eingeschüchterten Opposition keine andere Alternative als die Erfüllung der Wünsche der Armee³¹. Einige der hervorstechendsten Beispiele dieser Vetofunktion der Armee während des letzten Jahrzehnts wollen wir hier kurz beleuchten.

Die vielleicht typischste Situation der letzten Jahre ergab sich während der Regierungszeit von Carlos Julio Arosemena (1961 – 63) im Jahre 1962. Im Sog einer von den USA ausgelösten Welle von Antikommunismus, die im Ausschluß Kubas aus der OAS ihren Höhepunkt fand, zwangen die ecuadorianischen Militärs Arosemena, der sich der von Washington diktierten Politik widersetzen wollte, die Beziehungen mit Kuba sowie den anderen sozialistischen Ländern abubrechen. Um an der Macht bleiben zu können, mußte Arosemena nachgeben³². Diese Intervention der Armee durch Veto kann nicht als Einzelfall gelten. Bei der genannten Gelegenheit erhoben die Militärs ihr Veto unter dem Vorwand, daß sie angesichts der Bitten und des Drängens des Volkes nicht indifferent bleiben konnten: „Die Geduld des Volkes war erschöpft, und wir mußten uns daher loyal verhalten gegenüber dem Volk, dem wir angehören³³.“ Nach Meinung der Oligarchie stellte die Handlungsweise der Armee nichts anderes dar als die Erfüllung ihrer durch die Verfassung festgelegten Pflicht zur Verteidigung der Republik, da der internationale Kommunismus die „Souveränität, die Unabhängigkeit und die Demokratie zu zerstören drohte“³⁴. Eine andere Art der Intervention durch Veto, die nicht, wie im vorgenannten Fall, auf die Erhaltung der internen Ordnung und der Demokratie ausgerichtet war, sondern sich direkt gegen gewisse Maßnahmen richtete, welche die Privilegien der Armee hätten einschränken können, fand im Jahre 1966 statt.

„Der Generalstab protestierte öffentlich gegen gewisse Verfassungsregelungen, die nach dem Plan des Rechtsausschusses von der Verfassungsgebenden Versammlung von 1966 ausgearbeitet worden sind, und die den Einfluß und die Prerogativen der Streitkräfte einzuschränken suchten³⁵.“

Während der Amtszeit Velascos als verfassungsmäßiger Präsident (1968 – 70) wurde diese Vetofunktion dazu benutzt, jegliche Kritik an der Regierung auszuschalten. Die Armee verteidigte ihren Minister Acosta Velasco gegen die von seiten der Opposition erhobene Anklage der Komplizenschaft in der sogenannten Eisenimport-Affäre. In einem offiziellen Kommuniqué

der Obersten Heeresleitung vom 8. Dezember 1969 war davon die Rede, daß die Armee den Verteidigungsminister unterstützte „gegen die unbegründeten Angriffe derer, die umsonst versuchen, seine Ehrbarkeit in Zweifel zu stellen ... Die Armee ist Zeuge seines lauterer Handelns bei der Führung des Verteidigungsministeriums, wo er seine Qualitäten als Kavalier und dynamische Persönlichkeit in den Dienst der Armee und des ganzen Vaterlandes stellt“³⁶.

Der Führer der Liberalen Partei, Huerta Montalvo, traf den Nagel auf den Kopf, als er diese Veto-Intervention gegen die Opposition, die als Vorspiel zu der mit dem 22. Juni 1970 beginnenden Diktatur Velascos dienen sollte, beurteilte: „Das plumpe Vorgehen gewisser Teile der Streitkräfte, die unter Mitwissen und mit Unterstützung des Verteidigungsministers eine potentielle Diktatur eingeführt haben, ist schon nicht mehr zu tolerieren“³⁷.

Abschließend muß bemerkt werden, daß die Intervention durch Veto praktisch ständig stattfindet, jedoch angesichts der Unterordnung der zivilen Gewalt nur selten in offenen Konflikt ausartet. Der erwähnte Vorfall während der Regierungszeit von Carlos Julio Arosemena stellt daher eine Ausnahme dar.

b) Direkte Intervention

Hierbei handelt es sich um nichts anderes als um die Entscheidung der Militärs, mit Hilfe des klassischen Mittels „Pronunciamiento“ direkt die politische Macht zu ergreifen, wenn sie die Veto-Intervention für nicht mehr ausreichend erachten, um die interne Situation im Lande zu kontrollieren. Das heißt, die Armee nimmt beispielsweise das „Pronunciamiento“ als Handhabe, wenn sie glaubt, durch die Unfähigkeit der Zivilregierung sei ein Machtvakuum entstanden, in dem die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Probleme nicht mehr bewältigt werden können³⁸. Um Vorwände, unter denen sie ihre Intervention durchführen, wie zum Beispiel „Krise der politischen Institutionen“, „Korruption der Regierung“, „Rettung des Vaterlandes“, „kommunistische Bedrohung“, „Sozialisierung“ und ähnliches, sind die Militärs nie verlegen³⁹.

Wenn wir die direkten Interventionen der Militärs und ihre Regierungen während des letzten Jahrzehnts betrachten (1963 – 66, 1970 – 72 durch Velasco, 1972 bis heute), kommen wir zu dem Schluß, daß diese Art der Intervention heutzutage nicht mehr nur die Folge einer Krise ziviler Regierungen darstellt und daher als Übergangslösung bis zur Wiederherstellung der demokratischen Ordnung gedacht ist; alles scheint vielmehr darauf hinzuweisen, daß die Militärregierungen heute nach Permanenz trachten und die Qualifikation einer Interimslösung ablehnen⁴⁰. Wie wir bei unserer Be-

trachtung der Technokraten in der Armee gesehen haben, ist die Neuorientierung der Militärs darauf ausgerichtet, ihren Verbleib an der Macht auf der Basis einer rein desarrollistisch-populistischen Ideologie, die als Rettung für die Interessen der Nation gepriesen wird, zu rechtfertigen. Dieses Verhalten der Militärs wird von der Oligarchie gefördert, die angesichts ihrer eigenen Unfähigkeit in der Armee das einzige Instrument sieht, welches die Erhaltung des Status quo garantieren kann.

José de Imaz macht in diesem Sinne eine Aussage in bezug auf die Rolle der Streitkräfte in Argentinien, die sehr gut tale quale auf die ecuadorianische Szene übertragen werden kann und einer wörtlichen Erwähnung wert ist:

„Mangels offenkundiger Aufgaben – es hat keine Kriege gegeben – ist es soweit gekommen, daß der Kriegsapparat der Streitkräfte von allen politischen Gruppen als potentiell Instrument zur Erreichung ihrer eigenen Ziele angesehen wird. So ist es ein ungeschriebenes Gesetz im politischen Spiel Argentiniens, sich auf die Armee als Quelle der Legitimation zu berufen – eine Regel, die niemand offen ausspricht, von der aber alle politischen Gruppen schon mindestens einmal profitiert haben, ein Gesetz, das zwar alle in der Öffentlichkeit abstreiten müssen, das aber insgeheim nicht unbekannt ist für die argentinischen Politiker, die das eine oder andere Mal im Verlauf dieses Vierteljahrhunderts an die Tür der Kaserne geklopft haben⁴¹.“

Die Militärregierungen – nehmen wir als Beispiel die beiden letzten Militärdiktaturen von 1963 und 1972⁴² – sind fast einstimmig vom ecuadorianischen Establishment (Großgrundbesitzer, Großbourgeoisie, verflochten mit dem ausländischen Kapital, sowie Gruppen der Mittelschicht, die auf Grund ihres sozialen Status gewisse gemeinsame Interessen verbinden) wie ein Messias begrüßt worden, der allen Übeln im Lande hätte ein Ende bereiten können. Bezeichnungen wie „Regierung von historischer Bedeutung“, „einmalige“ oder „revolutionäre Regierung“ waren keine Seltenheit. Das Experiment der „Junta Militar de Gobierno“ von 1963, deren Programm und Machtergreifung im großen und ganzen lediglich auf einem krankhaft übertriebenen Antikommunismus beruhte, und die 1966 ein klägliches Ende fand (vgl. Kap. IV, S. 130 f.), wurde von der öffentlichen Meinung begeistert aufgenommen. Lesen wir die Stellungnahmen einiger der repräsentativsten Presseorgane des Landes: „Die Umwandlung, die stattgefunden hat, war der einzige Weg, den Schaden abzuwenden, der das ecuadorianische Volk bedrohte...“⁴³. „Die Junta Militar ist zur Lösung der tausend Probleme berufen, in denen wir ersticken...“⁴⁴. „Die Ablösung unserer zivilen Regierung ist voll und ganz gerechtfertigt...“⁴⁵. „Das ecuadorianische Volk ist aus seinen Häusern auf die Straßen ge-

kommen, um die Armee auf ihrem rechten Weg zu begleiten. Seit einigen Monaten lag das Land praktisch gelähmt, in Erwartung von jemanden, der bereit war, die Verantwortung auf sich zu nehmen, Ordnung in das Chaos zu bringen und zu verhindern, daß das Vaterland in den Abgrund der Anarchie stürzt, und es konnte niemand anderes sein als die Armee, die von der Nation mit militärischen Mitteln und der nötigen Vorbildung ausgestattet wurde, um die Integrität unseres Territoriums und das Fortbestehen der demokratischen Institutionen zu verteidigen⁴⁶.“

„Für die Interessen des Vaterlandes müssen alle übrigen den Weg frei machen; es liegt mir fern, Dr. Arosemena Monroy nahezutreten, denn diese Betrachtungen sind weder gegen ihn noch gegen sonst jemanden, sondern konkret auf die Verteidigung der Ehre der Republik gerichtet, d. h., wenn ihm sein Gesundheitszustand (dies ist eine Anspielung auf das von der Oligarchie weitverbreitete Gerücht, daß Arosemena an Alkoholismus leide. Der Verf.) eine Weiterführung der Regierungsgeschäfte nicht erlaubt, muß er sich als Patriot, der Würde des Landes zuliebe, überwinden und zurücktreten, und so entspricht das Vorgehen der Militärs voll und ganz dem Gefühl des Volkes für die höchsten Interessen des Vaterlandes⁴⁷.“

Die Neuauflage der direkten militärischen Intervention durch das „Pronunciamiento“ vom 15. Februar 1972 hatte ebenfalls die fast einstimmige Unterstützung der Oligarchie. Die Militärregierung erhielt das Attribut „revolutionär“, und sie selbst nannte sich eine „revolutionäre Regierung mit einer klaren nationalistischen Konzeption“:

„Vor dem Kreuzweg, auf dem die Nation infolge Mißwirtschaft und politischer Ambitionen angelangt ist, hat die Armee, die sich selbst als den unverfälschten Ausdruck der Gefühle der Nation und als Interpretin der Gefühle der Mehrheit des wirklichen ecuadorianischen Volkes begreift, beschlossen, die Kontrolle über die Republik zu übernehmen, um eine revolutionäre Regierung mit einer klaren nationalistischen Konzeption im Lande einzuführen⁴⁸.“

In den Erklärungen („Proclama“) der Junta⁴⁹ anläßlich des Putsches wurde unter anderem von der „Veränderung der Grundstrukturen und der Erhöhung des Lebensstandards, der Technifizierung und Moralisierung der öffentlichen Verwaltung“ gesprochen.

„Wir können nicht länger in einer Atmosphäre des Chaos leben, welches von jenen privilegierten Gruppen hervorgerufen worden ist, die während der ganzen Zeit der republikanischen Geschichte unrechtmäßig Macht und Reichtum der Nation besessen haben, nur mit dem Ziel der Befriedigung ihrer zügellosen Ambitionen, und die das Volk ausbeuten, in dessen Namen sie mit lyrischen Worten sprechen und dem sie die elementarsten Rechte verweigern⁵⁰.“

Da diese Regierung ebenso wie die „Junta Militar“ von 1963 in den Händen von Technokraten liegt, die sich an freiwirtschaftlichen Vorbildern aus der Welt der Industrienationen orientieren, gibt es auch wenig Grund zu der Annahme, daß sie eine andere Politik als jene betreiben wird oder kann. Obwohl man bei eingehendem Studium des Regierungsprogramms nicht darüber hinweggehen kann, daß eine wirtschaftliche und soziale Umstrukturierung vorgesehen ist – Zuteilung des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens an solche natürlichen Personen, die das Land mit gesamtwirtschaftlichem Nutzen bebauen und zur Erhöhung der Agrarproduktion beitragen, Kontrolle beziehungsweise Abschaffung von Exportmonopolen, Verbesserung des Steuereinzugssystems, Reform der Erdöl-Gesetzgebung etc. –, muß man doch um die national-revolutionären Züge besorgt sein, zumal über die Beteiligungen und die enormen Gewinne der ausländischen Ölgesellschaften kein Wort verloren wird⁵¹.

Wir möchten weder einseitig sein, noch ein endgültiges Urteil abgeben, da dies zweifellos verfrüht wäre. Wir wollen lediglich feststellen, daß sich, je mehr die Regierung in den Diensten der Interessen ausländischen Kapitals steht und dieses in übertriebener Weise unterstützt, desto schlimmer die alten Probleme Ecuadors ausprägen werden.

II · DIE KIRCHE

Neben der Armee ist die Katholische Kirche eine zweite tragende Säule des in Ecuador herrschenden rückständigen und abhängigen kapitalistischen Systems. Im Verlauf der Geschichte Ecuadors als selbständigem Staat stellte die Kirche einen dominierenden Faktor im politischen Leben der Nation dar. Um zu verstehen, welche entscheidende Rolle der Kirche im politischen System zukommt, wie tief sie darin verwurzelt ist und in welchem Maße Ecuador im Vergleich zu anderen lateinamerikanischen Ländern hier einen Sonderfall darstellt – nicht umsonst hat Ecuador die Funktion des „Klosters des Vatikan“ in Lateinamerika erfüllt und konnte sich nur dank der Hilfe des letzteren und der Jesuiten als Staat behaupten –⁵², ist eine Bezugnahme auf die Geschichte vielleicht noch wichtiger als im Falle der Armee. Nur auf diese Weise kann der wirkliche Charakter ihrer Relation zum Staat, ihrer Interventionsmechanismen, und ihre Orientierung beziehungsweise ihre gegenwärtige Einstellung zu den Problemen der Unterentwicklung und des Traditionalismus, an deren Zuspitzung sie einen wesentlichen Anteil hat, verstanden werden.

1. Die Kirche der Kolonialzeit

Die „Conquista“ Amerikas kann nicht isoliert als ein militärisches oder politisch-wirtschaftliches Unternehmen betrachtet werden. Für Spanien diente die Missionsidee der katholischen Religion als ein legitimer Motor für die Expansion und die Ausbeutung der lateinamerikanischen Länder. Infolge des im Jahre 1508 konzedierten Patronats von Papst Julius II. über die spanischen Könige erscheint die Entdeckung neuer Länder als ein heiliger Krieg im Namen der Religion. Zur „Bekehrung der Indios“ und der „Einführung des Christentums“ übte die Kirche während der Zeit der Eroberung und der Kolonisation die Funktion eines Verbündeten und des geistlichen Instruments der spanischen Militärmacht aus. Durch sie wurde der reaktionäre Geist der Gegenreform, der Inquisition und der Feudalherrschaft auf Amerika übertragen⁵³.

Während drei Jahrhunderten Kolonialzeit „l'Église toute puissante a été utilisée par la métropole comme un instrument de gouvernement et avec la grande propriété elle a été la force de conservation sociale la plus vigoureuse⁵⁴“.

In der Tat wurde die Kirche nicht nur infolge ihres geistigen und religiösen Missionsbewußtseins, das sich in der „Encomienda“ als dem Mittel zur Unterwerfung der Eingeborenen niederschlug, zur ersten Großgrundbesitzerin, sondern wirkte auch durch ihre zentralisierte Verwaltung als Integrationskraft für die zentrifugalen Tendenzen der Kolonisatoren, von denen dem Imperium eine Fragmentierung drohte. Es kann daher nicht verwundern, daß die Kirche eine reaktionäre Haltung einnahm und während des sogenannten Unabhängigkeitskrieges offen für die Krone Partei nahm, indem sie die Aufständischen verurteilte, viele als Häretiker bezeichnete und ihnen oft mit Exkommunizierung drohte⁵⁵.

2. Die Kirche in der Republik

Die Beziehung zwischen Staat und Kirche während der Zeit der Republik werden hier auf Grund der diversen historischen Ereignisse analysiert, die für die Beurteilung der Einflußnahme auf die Politik von besonderer Relevanz sind. Die folgende Einteilung erscheint uns angebracht:

a) Die ersten Jahre nach der Unabhängigkeit (1830 – 1863)

Durch die Erlangung der Unabhängigkeit wurde die Macht der Kirche in keiner Weise gebrochen. Die liberalen Prinzipien der französischen Revolution, welche in der Verfassung zum Ausdruck kamen, hatten eine rein ly-

rische Bedeutung und dienten in der Praxis lediglich der Verschleierung der feudalen Strukturen; die liberale Tradition des Laizismus nahm in Ecuador keine antiklerikale Form an. Die katholische Religion wurde, unter Ausschluß jeder anderen, von den Verfassungen als offizielle Staatsreligion anerkannt⁵⁶. Die Kirche blieb Großgrundbesitzerin, ja, es gelang ihr sogar, ihre Latifundien zu vergrößern, und sie war weiterhin im Besitz des Unterrichtsmonopols⁵⁷. Auf der anderen Seite folgte die politisch-administrative Organisation des Staates wie in der Kolonialzeit derjenigen der Kirche, die somit wiederum ein Vehikel der nationalen Integration wurde⁵⁸.

„Auf Grund der Tatsache, daß nach Erlangung der Unabhängigkeit die Verwaltungsbezirke [der Republik] mit denen der Kirche übereinstimmten, wurden in den Provinzhauptstädten Bischofssitze eingerichtet, und so bot sich den neuen Machthabern die Zusammenarbeit mit dem religiösen Führer an, dem vom Volk so verehrten Bischof. Für Politiker und Regierende war es daher wichtig, auf das Wohlwollen der kirchlichen Obrigkeit zählen zu können, und dieser wiederum war daran gelegen, Streitigkeiten zu vermeiden, welche sie um ihre Privilegien bringen würden. Die Erklärungen einiger Regierungen in bezug auf die Kirche beschreiben genau das Problem des königlichen *Patronats* als Kern der Verbindung weltlicher mit kirchlicher Gewalt. Die Regierung von Großkolumbien ruft sich durch die Verfassung von 1821 zum Beschützer der Kirche aus⁵⁹.“

Im Gegensatz zu anderen lateinamerikanischen Ländern, wo die Kirche zu Ende der ersten und Anfang der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts an Grund und Boden sowie das Unterrichtsmonopol und die Pressezensur verlor, infolge der Einführung der Zivilehen auch die Kontrolle über Eheschließungen aufgeben mußte und in Ländern wie Chile, Brasilien und Argentinien etc., wo die Missionen von Protestanten und Sekten schon zu Anfang des 19. Jahrhunderts in verstärktem Maße auftraten, sogar des Monopols der geistlichen Mission verlustig ging⁶⁰, wies die neue Taktik des Vatikans zur Erhaltung seines politischen Einflusses in Lateinamerika, das heißt die Ersetzung des Patronatsrechts durch Konkordate, in Ecuador ganz besondere Merkmale auf.

b) Die Theokratie García Morenos (1863 – 1895): Das Konkordat

Das Patronat dauerte bis zum Jahre 1863. In diesem Jahr unterschrieb Präsident García Moreno ein Konkordat mit dem Heiligen Stuhl, mit dem der Staat praktisch der Kirche unterstellt wurde. Greifen wir einige wesentliche Punkte heraus:

Art. 10: „Die römisch-katholische und apostolische Religion wird weiterhin die einzige Religion in der Republik Ecuador bleiben und alle Rechte und Vorrechte genießen, die ihr nach dem Gesetz Gottes und den Vor-

schriften des kanonischen Rechts zukommen. Es wird daher niemals ein anderer, dissidenter Kult oder irgendeine von der Kirche verdamnte Gesellschaft zugelassen werden⁶¹.“

Außer diesem Artikel gab es noch Vereinbarungen wie die Verpflichtung des Staates, den Unterricht in öffentlichen Schulen entsprechend der katholischen Lehre zu erteilen, und das Recht der Überwachung durch die Bischöfe, daß keine Lehre von ihren Prinzipien abweiche; das Recht der Kirche auf freien Erwerb von Gütern und die Garantie des Staates für die derzeitigen und künftigen Besitztümer; das Verbot der Veräußerung kirchlicher Güter ohne Erlaubnis des Heiligen Stuhls und der Regierung; die Verpflichtung der ecuadorianischen Regierung zur Bereitstellung aller erforderlichen Mittel für die Verbreitung des Glaubens sowie die Annullierung aller Gesetze und Dekrete, die sich im Widerspruch zum Konkordat befanden, da letzteres als Gesetz der Republik betrachtet wurde⁶².“

García Moreno, der Präsident, der zu jener Zeit (1860 – 75) Ecuador regierte, war ein religiöser Fanatiker. Er weihte das Land dem Herzen Jesu und betrachtete sich selbst als Verwalter eines päpstlichen Lehens. Er trieb es zu solchen Extremen wie dem der berühmten Verfassung von 1869, die den Gipfel seiner krankhaften Religiosität darstellte – von seinen Gegnern „Carta Negra“ genannt – und die als Voraussetzung für die Erlangung der Bürgerrechte den katholischen Glauben nannte. In dem von ihm 1871 herausgegebenen Strafgesetzbuch hieß es zum Beispiel in Art. 161: Versuch, in Ecuador die römisch-katholische und apostolische Religion abzuschaffen oder zu verändern ... Todesstrafe⁶³.

c) Die liberalen Regierungen (1895 – 1937)

Der von García Moreno eingeführte religiöse Despotismus und das Vorgehen der kirchlichen Hierarchie, die zum Zwecke der Verteidigung und Kontrolle der von ihr erworbenen immensen Privilegien und Reichtümer das politische Leben in extrem konservativem und reaktionärem Sinn praktisch bestimmte, fanden auch in Ecuador am Ende des Jahrhunderts ihre Antwort in der sogenannten liberalen Herausforderung, die sich im Laufe des 19. Jahrhunderts im größten Teil Lateinamerikas verbreitete. Wie zur Kolonialzeit, als sich die Kirche der Inquisition bediente, um, wie Houtart es ausdrückt, die Geburt einer Mittelklasse oder eines unternehmerischen Geistes zu verhindern, da diese sich gegen die Beibehaltung ihrer Interessen innerhalb der versteinerten und dualistischen Strukturen der kolonialen Gesellschaft gerichtet hätten⁶⁴, stand sie auch diesmal den Kreisen des Exporthandels an der Küste (Guayaquil) feindlich gegenüber und schlug sich mit ihrer Strategie der Subsistenzwirtschaft ihrer großen Reichtümer (Latifundien, Liegenschaften, Edelmetalle) auf die Seite der Groß-

grundbesitzer der Sierra. Denn diese waren ebenfalls an der Beibehaltung ihres Status, ihres Wohlstands und ihrer politischen Macht interessiert, die sie bisher im Staat durchsetzen konnten. Die antiklerikale Haltung der an der Küste entstehenden liberalen Export-Bourgeoisie stand nicht umsonst in direktem Zusammenhang mit den obenbeschriebenen Tatsachen⁶⁵.

Das Thema Klerikalismus – Antiklerikalismus, das sich schon 1869 an der „Carta Negra“ García Morenos entzündete und nach dem Tod des Tyrannen im Jahre 1875 die Form des offenen Konflikts annahm, wurde zum ideologischen Fundament der „historischen Parteien“, der Liberalen und der Konservativen, so wie sie mutatis mutandis bis heute existieren. Dieser Kampf konzentrierte sich im Lager der Klerikalen auf die Verteidigung der mittelalterlichen und tradierten Sozialtheorie der Kirche, die als Feigenblatt für nicht durchgeführte Reformen diente, und auf seiten der liberalen Elite auf einen Antiklerikalismus, der sich auf eine Ideologie der Gleichheit, des Laizismus und des Rationalismus stützte, wobei die Zugehörigkeit zum Katholizismus nicht gelehnet und zuvorderst das Ziel verfolgt wurde, durch Erreichung der Macht die Partikularität der wirtschaftlichen Interessen der Großbourgeoisie der Küste durchzusetzen und zu befestigen.

Die Revolution von 1895, durch welche die Liberalen zum ersten Male an die Macht kamen, zeigte dies klar und deutlich. Obwohl im Namen des Laizismus das Konkordat aufgehoben, das Erziehungswesen säkularisiert und durch die Verfassung von 1906 der weltliche Staat durch die Trennung von Staat und Kirche ausdrücklich institutionalisiert wurde, konnte die Kirche trotz gewisser Konfiszierungen seitens der Liberalen ihre wirtschaftliche und die daraus resultierende politische Macht mit Hilfe der Latifundien aufrechterhalten. Die Tatsache, daß sich die liberale Elite an der Macht befand, bedeutete zweifellos ein vorläufig retardierendes Element für die Entwicklung der politischen Macht der kirchlichen Institutionen; was jedoch die Transformation der feudalen sozio-ökonomischen Strukturen betraf, die mit der Kirche eng verknüpft und von ihr geprägt waren, so handelte es sich lediglich um „eine seltsame Koexistenz zwischen einer Gleichheitsideologie und feudalen Sozialstrukturen“⁶⁶.

d) Der „Modus vivendi“ (1937 bis heute)

Die Beziehungen zwischen Kirche und Staat, die seit der Trennung durch die von den Liberalen im Jahre 1906 verabschiedete „Carta Roja“ unterbrochen waren, wurden 1937 von dem Diktator Federico Páez durch ein als „Modus vivendi“ bekanntgewordenes Abkommen juristisch geregelt. Mit diesem Abkommen, das bis heute Gültigkeit besitzt, erhielt die Kirche Pfründen in großem Ausmaß, während die von den Liberalen erkämpften

sogenannten Errungenschaften des Laizismus spürbar verringert wurden. Unter den wichtigsten Abmachungen sind die folgende besonders hervorstechend. Sie lauten sinngemäß⁶⁷:

- Das unumschränkte Recht der Kirche auf alle ihre Besitztümer wird anerkannt. Die Latifundien, welche die Basis für ihre politische und wirtschaftliche Macht bilden, werden vom Staat als unantastbar betrachtet. (Art. 5)

- Im Rahmen der vom Staat garantierten Freiheit des Unterrichts wird der Kirche das volle Recht zur Weiterführung ihrer Konfessionsschulen sowie zu Neugründungen solcher Schulen zugestanden, unter der Bedingung, daß sie sich der Kontrolle des Staates unterwerfen. (Art. 2)

- Das Prinzip der Trennung von Kirche und Staat wird explizit aufgegeben. Der Staat erkennt die Kirche als eine Kraft der sozialen Integration und der Modernisierung an: „Staat und Kirche werden sich gemeinsam um die Förderung der Missionen im Oriente (Amazonasgebiet) bemühen. Sie werden sich in gleicher Weise für materielle und moralische Verbesserungen bei den Indios, deren Eingliederung in die Kultur der Nation sowie die Aufrechterhaltung des Friedens und sozialer Gerechtigkeit einsetzen.“ (Art. 3)

- „Der Heilige Stuhl erneuert seine genauen Anweisungen für den ecuadorianischen Klerus“, nämlich, daß er sich aus politischen Streitigkeiten heraushalten soll. (Art. 4)

Die in diesem „Modus vivendi“ enthaltenen Bestimmungen sind von allen bisher verabschiedeten Verfassungen garantiert worden. Was die Beteiligung der Kirche am politischen Leben betrifft, so steht das Verbot lediglich auf dem Papier und wird gegen dasselbe von seiten der Kirche ständig verstoßen.

„Sehr oft ist es vorgekommen, daß der Klerus von der heiligen Kanzel aus oder in Veröffentlichungen aller Art sich in Wahlkämpfe einmischte und durch Predigt die Kandidaten der Rechten unterstützte, die er als die einzigen Verteidiger der Religion darstellte, und daß so die Wahl zu einer Angelegenheit des Glaubens gemacht wurde; dieses Vorgehen ist sogar von konservativen Politikern verurteilt worden“⁶⁸.

Paradeferde für die Intervention des Klerus in der Politik sind der Kampf gegen das Gespenst des atheistischen Kommunismus und in nicht wenigen Fällen gegen das weltliche Erziehungswesen. Diese Haltung scheint sich jedoch in den letzten Jahren etwas geändert zu haben. Vor allem was das Erziehungswesen betrifft, erlaubt die Vermischung der Interessen von liberaler und konservativer Oligarchie der kirchlichen Hierarchie nicht mehr so leicht die Schwarzweißmalerei Laizismus gleich Antireligiosität oder sogar Kommunismus. Man kann daher nicht mehr von einer aus-

schließlichen Unterstützung der Konservativen Partei beziehungsweise einer gegen die Liberalen gerichteten Politik sprechen. Der Demokratisierungsprozeß innerhalb ihrer Strukturen erlaubt es der Kirche andererseits nicht länger, ohne weiteres als monolithischer Block in der Politik aufzutreten. Symptomatisch für diese Situation ist es, daß die Kirche anläßlich der letzten Präsidentschaftswahlen im Jahre 1968 zum ersten Male bestätigte, daß sie „über den Kämpfen der Parteien steht und entschlossen ist, auf keinen Fall über die Aufgaben der ihr eigenen Mission hinauszugehen“⁶⁹.

3. Der Kampf der beiden Theologien

Es bedarf trotz der obigen Ausführungen keiner besonderen Betonung, daß die Kirche auch heute noch als Institution einen hohen Rang einnimmt, wenn auch mit anderen Nuancen als im 19. Jahrhundert, und daß sie eine der traditionellen Kräfte des politischen Systems darstellt, welche die Prozesse des sozialen Wandels bremsen. Vor allem jedoch seit der Herausgabe der Enzyklika „*Mater et Magistra*“ durch Papst Johannes XXIII. macht sich ein langsamer Prozeß der Erneuerung der obsoleten Strukturen und der kolonialen Haltung der Kirche bemerkbar. Bei der Konfliktsituation, in der sich die Kirche heute befindet, handelt es sich in Wirklichkeit um den Kampf zweier Theologien, die in zwei verschiedenen Tendenzen zum Ausdruck kommen, nämlich in der der traditionellen Hierarchie des Klerus und in der der Reformer unter den Priestern und Laien, die das Evangelium seinem wahren christlichen und sozialen Inhalt nach begreifen.

a) Der traditionelle Klerus

Die theologische Tendenz des traditionellen Klerus ist die in Rom vorherrschende Richtung, welche eine in hohem Maße formalistische, juristische, statische und bürokratische Prägung aufweist⁷⁰ und deren Vertreter mit der existierenden starren Machtstruktur eng verbunden sind und, indem sie sich mit der konservativ-reaktionären Oberschicht identifizieren, die herrschenden Verhaltensnormen und das Wertsystem der Gesellschaft durch die Religion legitimieren⁷¹. Die Definition der Gerechtigkeit – so der brasilianische Soziologe Procopio Camargo – wird nach einem paternalistischen Modell aufgestellt, das „Rechte und Pflichten in sehr asymmetrischer Form an die verschiedenen Klassen verteilt“⁷². Der traditionelle Klerus ist nicht nur interessiert an der Aufrechterhaltung einer starren sozialen Rangordnung, sondern widersetzt sich Reformen und selbstverständlich auch

Revolutionen, da ja diese den Status der Kirche, den Status der ersten Großgrundbesitzerin des Landes tangieren würden⁷³, die gleich einem weltlichen Großgrundbesitzer dem sozio-ökonomischen Paternalismus einen religiösen Stempel aufdrückt. Wie wir oben schon kurz andeuteten, wurde die Trennung von Kirche und Staat von breiten Kreisen der kirchlichen Hierarchie nicht respektiert. Zur Verfolgung ihrer Ziele bedienten sie sich der traditionellen und mächtigen Waffe des Hirtenbriefes, mit dessen Hilfe zum Beispiel in letzter Zeit – unter dem Vorwand der Rettung des Vaterlandes vor kommunistischen Umtrieben⁷⁴ – die unwissenden Massen manipuliert und kontrolliert werden und jeder Versuch einer Reform, sei sie auch noch so gering, aus Furcht vor der Verringerung von Privilegien von vornherein unterdrückt und verurteilt wird. Die sechziger Jahre brachten im Zeichen der kubanischen Revolution und ihrer Reformen mit Hirtenbriefen, die mit religiösen Gefühlen bis ins Unerträgliche überladen waren, eine anti-kommunistische Kampagne hervor, von der ein Beispiel zu erwähnen genug ist: „Das im vergangenen Mai versammelte Komitee der Kommunisten hat die Invasion in Lateinamerika beschlossen. Für die Durchführung dieses kriminellen Unternehmens wurde ein Plan konzipiert, eine Frist gesetzt – nämlich das laufende Jahr 1961 – und ein Name ausdrücklich genannt: der der Republik Ecuador ... Was haben jene Unterseeboote zu bedeuten, die gesichtet wurden, wie sie unsere Meere erforschen, und die gar nichts Geheimnisvolles an sich haben, wie es unsere Presse glauben machen will, denn zweifellos sind sie eines der mächtigsten Instrumente, mit denen Rußland durch seinen Mittelsmann Kuba in Ecuador einfallen will ... Vor dem Heiligsten Herzen Jesu bete ich unter Seufzern der Seele und mit Tränen in den Augen: ... Schau uns gnädig an und erbarme Dich Ecuadors ... zerstreue die gottlosen Legionen, die Deinen Heiligsten Namen beleidigen ... Unbeflecktes Herz Mariä, errette Ecuador, unbeflecktes Herz Mariä, errette Ecuador, unbeflecktes Herz Mariä, errette Ecuador⁷⁵.“

Die reaktionär-konservative Haltung der Kirche brachte anlässlich des „Pronunciamiento“ zugunsten Velascos am 22. Juni 1970 etwas zum Ausdruck, was man als neue Theorie der politischen Philosophie bezeichnen könnte. Der Erzbischof von Guayaquil, Monseñor Bernardino Echeverría, setzte sich heftig für die Diktatur ein, da es eine Tatsache sei, daß das Volk die Diktatur verdient habe, denn die freiheitliche Ordnung sei erloschen, wenn man die Vorteile derselben nicht zu schätzen wisse. Lesen wir einige Sätze aus seinem „Aufruf zu Frieden und Vernunft“ aus Anlaß des obengenannten Ereignisses:

„Denken wir daran, daß eine entstandene Lage nicht ausschließlich dem Willen einer Person zuzuschreiben ist, sondern den unwiderstehlichen Er-

fordernissen kollektiver Verantwortlichkeit: das Geschenk der Freiheit muß verdient werden; manchmal verlieren es die Völker, da sie für den Umgang mit ihm nicht reif genug waren ... Obwohl mir ein Urteil über die Politik nicht zukommt, jedoch meiner Hirtenpflicht entsprechend, bitte ich in diesen Zeiten der Prüfung alle, nicht zu vergessen, daß die einzige Sache, für die es zu kämpfen gilt, die des Vaterlandes ist⁷⁶.“

Angesichts dieser Manipulierung der christlichen Doktrin und der Interpretation *sui generis*, mit welcher die traditionelle Elite die Gabe der Freiheit bedachte, können wir der Versuchung nicht widerstehen, quasi als Antwort die Worte von Monseñor López de Lama, dem Bischof von Corocoro (Bolivien), in bezug auf die christliche Freiheit zu zitieren, ehe wir uns dem zweiten Element, nämlich der reformistischen Elite innerhalb der Kirche Ecuadors zuwenden:

„Die Freiheit ist ein unaussprechliches Gut, das Gott dem Menschen verliehen hat. Dieses Gut findet im Evangelium Anerkennung und Rechtfertigung. Jedes Attentat gegen die legitime Freiheit ist ein Attentat gegen den Menschen und daher gegen Gott ... Die Wahrheit zu verhehlen, die Kenntnis von Zielen und Personen zu verhindern, heißt einen ersten Schritt tun zur Vereitelung der Ausübung der für den Christen gültigen Freiheit⁷⁷.“

b) Der reformistische Klerus

Was den derzeitigen Entwicklungsprozeß betrifft, so wird die positive Seite der Katholischen Kirche durch die Repräsentanten einer neuen Konzeption des Katholizismus vertreten, die zur dogmatischen und aristokratischen Richtung des Latifundienkatholizismus im Widerspruch stehen⁷⁸. Die Vertreter dieser neuen Tendenz in der Kirche Ecuadors, zu denen ein Großteil des jungen Klerus sowie Laien gehören und die innerhalb der etablierten Hierarchie in Monseñor Leonidas Proaño ihren „Ideologen“ gefunden haben, setzen sich im Kampf des ecuadorianischen Menschen für eine Befreiung in wirtschaftlicher, sozialer und politischer Hinsicht⁷⁹ für eine aktive und engagierte Partizipation der Katholischen Kirche ein. Die Philosophie dieser neuen Interpretation christlicher Prinzipien basiert hauptsächlich auf der Resolution der Bischofskonferenz von Medellín (Kolumbien) im Jahre 1968, nach der das Christentum soziales Elend nicht als immanente „*conditio humana*“ hinnehmen könne, da ein solches Elend „als Massenerscheinung eine Ungerechtigkeit ist, die zum Himmel schreit“⁸⁰. Im Gegensatz zur Interpretation der reaktionären Kräfte stützen sich die fortschrittlichen Elemente bei ihrer Auslegung christlicher Doktrin auf die Tatsache, daß der christliche Auftrag der Verwirklichung des Reiches Gottes in dieser Welt ist und nicht eine billige und unverbindliche Vertröstung der Armen auf ein Jenseits⁸¹.

„[Denn] wenn der Christ an die Fruchtbarkeit des Friedens glaubt, um zu Gerechtigkeit zu gelangen, glaubt er auch, daß die Gerechtigkeit eine unumgängliche Bedingung für den Frieden ist. Er übersieht nicht, daß sich Lateinamerika in vielen Gebieten *in einer Situation der Ungerechtigkeit befindet, die man institutionalisierte Gewalt nennen kann*. Nämlich dann, wenn durch Unzulänglichkeit der Strukturen der industriellen und landwirtschaftlichen Unternehmen, der nationalen und internationalen Wirtschaft, des kulturellen und politischen Lebens ganze Völker das Notwendigste entbehren und in einer Abhängigkeit leben, die sie an der Initiative und Verantwortung sowie am kulturellen Aufstieg hindert, und auf diese Weise fundamentale Rechte verletzt werden. Eine solche Situation erfordert vollständige, kühne, dringende und tiefgreifend erneuernde Umwandlungen⁸².“

Gegen diese Situation der institutionalisierten Gewalt, in der Ecuador sich befindet und die, wie Monseñor Proaño es ausdrückt, ein „Stand der Sünde“ ist, muß der Priester als Christ kämpfen:

„Seine Waffen sind das Wort, die prophetische Anklage, die Gewissensbildung, die Solidarität mit den Unterdrückten; solcher Kampf ist Nächstenliebe, und die Liebe, welche den Frieden schafft, ist in gewisser Weise gewalttätig: Wehe Euch, ihr Reichen!⁸³.“

Die reformistischen Kräfte treten für eine Verstaatlichung der Produktionsmittel und demzufolge für den Sozialismus ein, was mehr Respekt und Gerechtigkeit gegenüber dem Menschen als Person bedeutet. Die progressiven Gruppen des Klerus betrachten den Kapitalismus in seiner internen und externen Domination als direkte Ursache der Unterentwicklung, und sie wenden sich deshalb gegen die im kapitalistischen System praktizierte Verherrlichung des Privateigentums, denn dieses bedeute nur die exklusive Aneignung der Produktionsmittel und die Ausbeutung des Menschen und seiner Arbeitskraft⁸⁴.

In der Konferenz von Medellín erkannte die Kirche das Recht auf Gewalt als letzten Ausweg, als letzte Antwort auf die Gewaltanwendung der Unterdrückung an⁸⁵. Von dieser Prämisse ausgehend, kann nach der Meinung der Reformisten im ecuadorianischen Klerus der Gedanke an Revolution nicht beiseite geschoben werden, obwohl diese nicht als letztes Ziel anzusehen sei, – wenn Christsein bedeute, den Forderungen des Evangeliums in bezug auf die Armen und Entrechteten verpflichtet zu sein:

„Wir wollen, daß an die Stelle der etablierten Unordnung eine Ordnung tritt, in der der Mensch an erster Stelle der Wertskala steht. Dies kann jedoch nur durch eine Revolution erreicht werden. Und weil wir sie als Instrument benutzen möchten, um zu dem ersehnten Ziel zu gelangen, nennen wir uns revolutionär⁸⁶.“

Der Jesuit Pater Estuardo Arellano, einer der Führer der Gruppe „Reflexión“, bezeichnet die kirchliche Hierarchie ganz offen als eines der größten Hindernisse auf dem Wege der Modernisierung, das heißt eines revolutionären Umwandlungsprozesses:

„Ich muß frei heraus sagen, daß es sich um ein Hindernis handelt, wenn wir unter Hierarchie die Mehrzahl der Bischöfe und einen großen Teil der Priester verstehen. Es gibt vielleicht zwei oder drei Bischöfe, die eine Ausnahme darstellen, und bedeutende Gruppen junger Priester, die ebenfalls nicht unter diese Rubrik fallen. Im großen und ganzen jedoch stellt der Klerus einen Hemmschuh für die Umwandlung dar⁸⁷.“

Das oligarchische Gebaren von Mitgliedern der Kirche ist von den reformistischen Gruppen in letzter Zeit ständig offen kritisiert worden. Der päpstliche Nuntius wurde wegen seines Schweigens angesichts der Ausweisung des spanischen Priesters Hernández während der letzten Regierung Velasco, die ihn einen „unverschämten Pfaffen“ nannte, der kommunistische Ideen verbreite, der Komplizenschaft mit dem Status quo und der Regierung beschuldigt. Vom päpstlichen Nuntius selbst und seinem Lebensstil wurde ein sehr lebendiges und treffendes Bild gezeichnet:

„Er ist uns gut bekannt als ‚Playboy‘, der sich immer zusammen mit ‚feinen Leuten‘ photographieren läßt, auf Cocktailparties und Banketten glänzt, silberne Teller empfängt und weiterreicht. Sollte dies die Mission eines Botschafters Christi sein?“⁸⁸

Die reformistische Elite der Kirche in Ecuador leugnet nicht, daß die Kirche eine Hierarchie haben muß. Was sie ihr vorwirft, ist vielmehr die Tatsache, daß diese Hierarchie so eng an die herrschende Klasse gebunden ist und sich vom Volk isoliert:

„Eine Hierarchie ohne das Volk der Gläubigen ist wie ein Haupt ohne Körper oder ein verkrüppeltes Glied⁸⁹.“

„Sie leben im allgemeinen in wirtschaftlicher Sicherheit, genießen ein hohes gesellschaftliches Ansehen und befinden sich weit entfernt vom Volk; da sie nur sich allein als Kirche betrachten, kümmert sie nicht die Not, die Ausbeutung und der Kampf des Volkes gegen die Ungerechtigkeit. Dies sind nicht die Probleme der Kirche: die Priester sollten sich hier nicht einmischen⁹⁰.“

Diese Kritik ist in der Tat gerechtfertigt. Im Dezember 1967 zum Beispiel, dem Jahr der Herausgabe der Enzyklika „Populorum Progressio“, umgab sich die Hierarchie der Kirche in Ecuador ebenfalls mit dem Nimbus der Erneuerung. In der programmatischen Erklärung der Bischofskonferenz für die Kirche in Ecuador stellte sie entschieden „die Forderung nach tiefgreifenden Reformen der Strukturen und umwälzenden Veränderungen der Gesellschaft, der Überwindung einer ‚individualistischen Ethik‘, der

Pflege sozialer Tugend und Moral sowie der Mitbestimmung ... umfassender Agrarreform auf den Gütern der Kirche ... der Mitarbeit bei der edlen Aufgabe der Erziehung“⁹¹. Dieser reformistische Elan der Hierarchie muß jedoch unter Berücksichtigung der Tatsache betrachtet werden, daß eine Erneuerung der Prinzipien nicht notwendigerweise eine Änderung der Verhaltensweise innerhalb der versteinerten Strukturen herbeiführt. So wurden, wie Monseñor Proaño im Deutschen Fernsehen beklagte⁹², mit Ausnahme seiner Diözese auf den großen Latifundien der Kirche nirgends Agrarreformen durchgeführt. Was die Konfessionsschulen betrifft, ist es mehr als selbstverständlich, daß diese „weiterhin konservativ ausgerichtet sind und sich durch den aristokratischen Ton auszeichnen, der in der Tat eine soziale Diskriminierung hervorgerufen hat. Auf die vielleicht dramatischste Weise kommt dies im Fall der katholischen Universitäten zum Ausdruck“⁹³.

Ohne verschweigen zu wollen – eine solche Haltung wäre illusorisch –, daß die reaktionäre Gruppe des führenden Klerus in den Beziehungen zwischen Kirche und Staat den Ton angibt, glauben wir sagen zu können, daß den reformistischen Kräften innerhalb des Klerus eine immer größer werdende Bedeutung zukommt. Denn es ist ihnen nicht nur gelungen, das Bündnis mit dem Status quo zu durchbrechen und auf das Geschäft mit dem Evangelium zu verzichten sowie angesichts des Terrors und der Ungerechtigkeit der oligarchischen Regime eine kritische Haltung an Stelle absoluter Regierungstreue zu zeigen, sondern sie haben auch die von der herrschenden Klasse gepriesenen und mit Privilegien ausgestatteten hierarchischen Gruppen dazu gebracht, angesichts der Probleme dieser Welt in den Dialog der Christen einzutreten. Während der letzten Jahre hat es sich gezeigt, daß die Hierarchie es sich nicht länger leisten kann, die neuen reformistischen Tendenzen einfach zu übersehen, ohne daß ihre schon angeschlagene Autorität weiter Schaden nimmt und selbst die Einheit der Kirche in Gefahr gerät. Im Zeichen der unvermeidlichen Auflösung ihrer archaischen Strukturen kann daher die Perspektive für die Kirche der Zukunft als Trägerin des Wandels nur positiv eingeschätzt werden.

III · DIE WIRTSCHAFTSGRUPPEN

Hierbei handelt es sich um das, was die ecuadorianischen Politiker stereotyp die „Oligarchie“ nennen: Großgrundbesitzer, Import- Export- und Industrie-Großbourgeoisie. Sie sind organisiert in den sogenannten „Cámaras de la producción privada“ (s. Kap. IV, S. 139), welche eine streng

regionale Struktur aufweisen und ein Spiegelbild der Brüchigkeit der Gesellschaft darstellen, das heißt den Kampf um die Aufrechterhaltung des politischen Gleichgewichts zwischen den Wirtschaftsquellen der beiden Republiken aufzeigen, in die das Land praktisch zerfällt: Küste und Andenhochland. Bei den Wirtschaftsgruppen handelt es sich um einen begrenzten Kreis von Familien beziehungsweise um die zwanzig oder dreißig Sippen, die das Land beherrschen. Durch „Traumkombinationen“ sind sie mit den Parteien, den reaktionären Gruppen von Armee und Kirche, Banken und Presse⁹⁴ direkt und eng verschmolzen. Verwandtschaftliche Bande erlauben ihnen auch stets eine direkte Einflußnahme auf die Regierung. Sinn und Zweck ihres Handelns als Interessengruppen ist ausschließlich die klare und eindeutige Aufrechterhaltung ihrer privilegierten Stellung im Staat.

1. Die Gruppe der Großgrundbesitzer

Seit den ersten Tagen der Republik ist es ihre Tradition, zur Konservierung der archaischen sozio-ökonomischen Strukturen einen entscheidenden Beitrag zu leisten. Obwohl ihre politische Macht infolge der Urbanisierung und der Entwicklung einer Handelsbourgeoisie und deren wirtschaftlichem Wachstum gewisse Einbußen erlitten hat, kann man diesen Gruppen ihre hohe Bedeutung im politischen Entscheidungsprozeß nicht absprechen.

„In view of the significant role of the land in the economy of Latin America and the predominance of feudallike systems of land tenure, these groups are of high importance. Landowning groups yield considerable political as well as economic power⁹⁵.“

Für die traditionelle Oberschicht in Costa und Sierra ist Landbesitz ein Statussymbol. Auf Grund unterschiedlicher Produktionsstrukturen in den beiden Regionen handelt es sich jedoch nicht um eine in sich geschlossene Gruppe. Die Großgrundbesitzer der Küste, wo eine relativ intensive, auf den Export ausgerichtete Plantagenwirtschaft und Monokultur betrieben wird, besitzen größere wirtschaftliche Macht und treten oft gleichzeitig als Handelsbourgeoisie auf. Dies war schon oft der Grund für die ständigen politischen Reibungen zwischen den beiden Regionen des Landes, das heißt den Liberalen und den Konservativen. Andererseits ist zu bemerken, daß die interne Landbesitzstruktur und die auf dem Latifundium beruhende Vorherrschaft des Traditionalismus als sozio-ökonomischem Normen- und Wertsystem die Schaffung eines Junktims zwischen den Privatinteressen der Großgrundbesitzer (die Kirche inbegriffen) und denen des Staates erlaubt haben, so daß die ersteren auf die gesamte Politik entscheidenden Einfluß nehmen können. Zur heutigen Situation kann gesagt werden,

daß die Großgrundbesitzer zwar nicht einen monolithischen Block bilden, sie jedoch angesichts der Krise der traditionellen Gesellschaft nach außen hin als geschlossene Elitegruppe auftreten und durch direkte personelle Verbindungen in der politischen Spitze operieren.

Nach der Verabschiedung des Gesetzes über die Agrarreform durch die „Junta Militar“ im Jahre 1964 trat die politische Macht der Großgrundbesitzer in ein relatives Krisenstadium ein. Nachdem sich dieses Gesetz jedoch nach kurzer Zeit lediglich als Zerrbild einer Agrarreform herausstellte, gingen die Großgrundbesitzer in die Offensive. Während der Regierung Velasco wiesen die sogenannten Landwirtschaftskammern von Costa und Sierra im Jahre 1970 gemeinsam selbst die Durchführung gewisser Minimalreformen energisch zurück und boykottierten erfolgreich das von den Militärs verabschiedete Gesetz. Ihre Aktion erfolgt direkt über den damaligen Landwirtschaftsminister Rubén Espinoza Román, nach den Worten des C. F. P.-Abgeordneten Jaime Roldós „ein Vertreter des größten Bonzentums in der Sierra, dem der Großgrundbesitzer und des Milchmonopols“⁹⁶.

2. Die Gruppe der Großbourgeoisie

Vertreter dieser Gruppe sind die Export- und Importkaufleute beziehungsweise jene Sektoren der sogenannten Großbourgeoisie, die mit den Liberalen Ende des 19. Jahrhunderts an die Macht gekommen waren und sich besonders seit dem Ersten Weltkrieg relativ stark entwickelt haben.

Unter den Wirtschaftsgruppen, die hier als „pressure groups“ analysiert werden, stellt die Großbourgeoisie infolge ihrer wirtschaftlichen Macht vielleicht die stärkste politische Gruppe dar. Sie konzentriert sich in den Städten Quito und Guayaquil, vor allem der letzteren, und noch ausgeprägter als im Fall der Großgrundbesitzer ist ihre mangelnde Einheit bei politischen Interventionen. Der von beiden Gruppen bekundete Regionalismus ist wiederum echter Ausdruck der konfliktgeladenen Situation zwischen den beiden Hauptregionen des Landes, Folge des Gefälles wirtschaftlicher Macht von Costa zu Sierra.

Wenn wir die „typischen Fälle“ direkter politischer Intervention oder des internen Interessenkonflikts dieser Gruppen kurz beleuchten, bekommen wir ein klareres Bild von ihrer Macht über die Zentralregierung und von den Voraussetzungen, unter denen sie ausgeübt wird. Die Handelsoligarchie Guayaquils zum Beispiel, organisiert in ihrem Instrument, der „Cámara de Comercio“, war praktisch diejenige, welche der Regierung der „Junta Militar“ im Jahre 1966 ein Ende setzte. Um eine Rücknahme

der Exportsteuererhöhung zu erreichen, die nach ihrer Meinung den legitimen Interessen der „fuerzas vivas“, wie sie sich selbst nennt, geschadet hätte, rief sie zu allgemeiner Arbeitsniederlegung auf, um auf diese Weise auf die Regierung Druck auszuüben. Wenige Tage später wurde die Junta gestürzt, da sie der breiten Front, welche die Großbourgeoisie Guayaquils gegen sie gebildet hatte – die bekannten Opportunisten unter den Politikern, Arbeiter und Studenten, welche gegen die Junta protestiert hatten und direkte Opfer ihres Terrors geworden waren – nicht widerstehen konnte⁹⁷.

Während der Regierung Velascos lieferten sich die „fuerzas vivas“ aus Guayaquil neuerdings einen offenen Kampf mit der Regierung, die wiederum in der Einführung neuer Steuern den einzigen Ausweg aus dem Wirtschaftschaos des Landes gesehen hatte. Zuerst waren es die Inhaber des Bananenexportmonopols, später die Importeure, die sich gegen die steuerliche Mehrbelastung für die über den Hafen Guayaquil importierten Waren wandten. Diese Vorgänge sind in einem Artikel der Zeitschrift „Vistazo“ eingefangen, der sehr treffend wiedergibt, welche Macht diese Oligarchie besitzt, um eine Regierung herauszufordern, wenn sie auch nur die geringste Einschränkung ihrer Privilegien befürchtet:

„So oft haben wir die ‚fuerzas vivas‘ betrachtet in ihrem offenen Kampf gegen die Staatsgewalt, der bei einigen Gelegenheiten ein berechtigter Kampf war, aber fast immer mit falschen Methoden geführt wird, wie z. B. zu Zeiten der Junta Militar oder auch in der Gegenwart, wo rein interessenbedingte und sehr wenige vernünftige Standpunkte vertreten werden. Die Industrie- und Handelskammern Guayaquils widersetzen sich einer neuen Steuerauflage von 20 % auf alle über den Hafen Guayaquil importierten Waren. Der Grund für ihren Widerstand ist immer derselbe: die Verteidigung Guayaquils und seiner Institutionen. Aber in welcher Form wird Guayaquil in Mitleidenschaft gezogen?“⁹⁸.

Die von der Export- und Import-Oligarchie Guayaquils verfolgte Politik trägt rein regionalistische Züge und dient der Verteidigung ihrer partikularistischen Interessen sowie der Durchsetzung ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht gegenüber der Zentralregierung und indirekt auch gegenüber der Großbourgeoisie der Sierra, welche nach ihrer – nicht ganz unbegründeten – Meinung in parasitärer Weise die Privilegien genießt, die der Zentralismus bietet. Der während der Regierung Velasco im Namen der Interessen Guayaquils entbrannte Kampf gegen die Zentralregierung und ihre Schützlinge, die Oligarchie der Sierra, endete, wie wir schon gesehen haben, angesichts der Unmöglichkeit, ein Übereinkommen zu erzielen, mit dem „Pronunciamiento“ der Militärs zugunsten Velascos am 22. Juni 1970 (vgl. Kap. III, S. 110).

3. Die Industriellen

Diese Gruppe ist äußerst klein; ihre Macht übt sie aus zum Zwecke der Aufrechterhaltung der vom Staat für die industrielle Entwicklung gewährten Garantien und Privilegien. Abgesehen davon, daß die wenigen Industriebetriebe im Lande nicht zu einer bemerkenswerten Verringerung der Arbeitslosigkeit beigetragen haben, ist auch keinerlei Tendenz zu einer volkswirtschaftlichen Autonomie von seiten der Industrie spürbar. Ganz im Gegenteil, die existierenden kleinen Subsektoren der weiterverarbeitenden Industrien hängen nicht nur direkt von Kapital und Technologie aus dem Ausland ab, sondern in hohem Maße auch von importierten Rohstoffen. Diese Situation kann in der Tat als fiktive Industrialisierung bezeichnet werden. Genauso wie die Geschäftsleute, die gegen jede Steuer Sturm laufen, welche ihre großen Gewinne aus Exportmonopolen oder dem Import von Luxusgütern schmälern könnten, wehren sich die Industriellen gegen jede Abschaffung der Steuerfreiheit für Importgüter, das heißt für Rohstoffe und technisches Gerät zur Schaffung ihrer fiktiven Industrie. Beide Gruppen sind miteinander eng verbunden. Ein Teil der Import- und Export-Großbourgeoisie ist in der Industrie tätig. Es kann daher nicht verwundern, daß die Gruppe Guayaquils durch ihre Instrumente, die Industrie- und Handelskammern, während der Regierungszeit Velascos gegen die Erhöhung der Importsteuer für die über den Hafen Guayaquil eingeführten Waren⁹⁹ Protest anmeldete oder daß die Inhaber des Bananenmonopols sich weigerten, einen Teil ihres volkswirtschaftlichen Überschusses zum Zwecke der industriellen Expansion abzugeben, da ja die Erzielung höherer Gewinne mit Hilfe einer auf Kosten unbeschränkter Protektion durch den Staat betriebenen fiktiven Industrie viel bequemer ist, als das Risiko und die Unsicherheit einer Investition in eine Industrie auf sich zu nehmen, die, wenn auch geringen, Steuerbelastungen unterliegt und sich einem kleinen Absatzmarkt gegenüber sieht. Hinzu kommt, daß diese Situation gefördert wird durch die ewige Angst vor der Entstehung einer Arbeiterklasse, welche sich der geschichtlichen Situation ihrer Ausbeutung und Unterdrückung bewußt ist, sowie durch den beschleunigten Verfall von Privilegien im Rahmen der industriellen Expansion. Diese Lage trifft nicht nur auf die Industrie-Großbourgeoisie in Guayaquil zu, sondern auch auf die übrigen Gebiete des Landes, vor allem Quito. Eine wirkliche Industrialisierungspolitik würde in den Augen aller Wirtschaftsgruppen, die wir hier auch unter dem Namen „Oligarchie“ genannt haben, tatsächlich ein soziales Unglück bedeuten.

IV · DIE GEWERKSCHAFTEN

1. *Historischer Überblick*¹⁰⁰

Die Gewerkschaftsbewegung in Ecuador ist zweifellos von der geringen Industrialisierung bestimmt worden. Erst vom Ersten Weltkrieg an begann mit Einsetzen eines langsamen Industrialisierungsprozesses eine gewisse organisierte Aktivität der Arbeiter spürbar zu werden. Die Geburtsstunde der Arbeiterbewegung gewerkschaftlicher Prägung schlug im Jahre 1922. Zu Beginn des Jahres gelang es den Arbeitern kleiner Gewerkschaften, sich vorübergehend in einer Organisation zusammenzuschließen, die unter dem Namen FORE („Federación Obrera Nacional Ecuatoriana“) eine nationale Arbeiterbewegung werden sollte. Der 15. November desselben Jahres wurde zum historisch entscheidenden Datum für die Bewegung und ihre künftige Organisation. Proteste verschiedener Arbeitergruppen Guayaquils gegen die wirtschaftlich-soziale Not als Folge der durch die berühmte Krise in Kakao-Monokultur und -Export (schwindelerregender Preisverfall am Weltmarkt bei gleichzeitiger Heimsuchung der Plantagen durch Krankheiten, s. Kap. III, S. 84 ff.) hervorgerufenen Inflation, wurden von der Regierung der liberalen Oligarchie brutal niedergeschlagen und kosteten vielen Arbeitern das Leben. In den darauffolgenden Jahren gab es eine Serie von Streiks in verschiedenen Städten des Landes, doch obwohl die Bewegung eine gewisse Einheit und Macht erreichte, gelang ihr der Durchbruch zu einer Arbeiterorganisation auf nationaler Ebene nicht. Erst 1938 errang die Arbeiterbewegung trotz fehlender nationaler Strukturierung ihren ersten bedeutenden sozialen Erfolg. In jenem Jahr wurden von der Regierung des Generals Enríquez Gallo verschiedene Sozialgesetze verabschiedet, das wichtigste unter ihnen war der „Código de Trabajo“.

Nach Verabschiedung der Arbeitsgesetzgebung wurden die drei großen Gewerkschaftszentralen des Landes gegründet: 1938 die CEDOC („Confederación Ecuatoriana de Organizaciones Sindicales Cristianas“)¹⁰¹, welche unter der Schirmherrschaft der Katholischen Kirche ins Leben gerufen wurde; fünf Jahre später, im Jahre 1944, wurde von einem Arbeiterkongreß unter direktem Einfluß der Sozialistischen und der Kommunistischen Partei die C. T. E. („Confederación de Trabajadores del Ecuador“) und 1962 mit direkter Unterstützung der Botschaft der Vereinigten Staaten die CEOSL („Confederación Ecuatoriana de Organizaciones Sindicales Libres“) gegründet.

2. Die drei großen Gewerkschaftsorganisationen

Innerhalb des engen Rahmens dieser Arbeit beschränken wir uns hier auf die Analyse der gegenwärtigen Situation der drei zentralen Gewerkschaftsorganisationen hinsichtlich ihrer Funktion als politische Gruppe.

a) CEDOC („Confederación Ecuatoriana de Organizaciones Sindicales Cristianas“)

Ursprünglich hatte diese Gewerkschaftsbewegung einen rein konfessionellen Charakter. Wie die Konservative Partei auf politischem Gebiet, war sie der Ausdruck der Katholischen Kirche im Bereich der Arbeit. Ihr anfänglich rein reaktionäres Verhalten war aus ihrer Zusammensetzung zu erklären: ihr gehörten viele Handwerker aus den Provinzen der Sierra an, wo die Kirche stets einen starken Einfluß ausübte. In den letzten Jahren ist eine langsame Transformation zu bemerken, die sich in einer relativ dynamischen und modernisierenden Politik widerspiegelt. Durch die Änderung ihrer Organisation und Politik ist es der Bewegung seit 1965 gelungen, Gewerkschaften aus den Bereichen der Industrie und Dienstleistung zu integrieren. Der Einfluß der Organisation ist vor allem bei den Gewerkschaften der Hafenarbeiter, die eine Schlüsselstellung in der Gewerkschaftsbewegung Ecuadors einnehmen, spürbar geworden. Mit ihrer reformistischen Haltung plädierte sie in den letzten Jahren für einen Wandel der derzeitigen Gesellschaftsordnung und wandte in einigen Fällen Kampfmaßnahmen an¹⁰².

Nach ihrer Ideologie „hat im kapitalistischen System das Kapital das Primat über die Arbeitskraft, der Arbeiter hat nicht genügend Verfügungsgewalt über das Produkt der letzteren, was ihm eine freie Entwicklung unmöglich macht“¹⁰³. Diese Prinzipien haben jedoch mehr einen philosophischen Wert und äußern sich nicht unbedingt in konkreter politischer Aktion. Was die Anzahl ihrer Organisationen betrifft, nimmt die CEDOC unter den drei Großen den zweiten Platz ein. Wenn man jedoch berücksichtigt, daß 50 % ihrer Organisationen aus Genossenschaften bestehen, besitzt sie als Gewerkschaft nur eine beschränkte Macht (siehe Tabelle 17 und Kap. V, S. 191 ff.).

b) C. T. E. („Confederación de Trabajadores del Ecuador“)

Zur Gründung der C. T. E. kam es im Zeichen der Linkskräfte, die seit der Revolution vom 28. Mai in Ecuador an Boden gewannen, am 9. Juli 1944. Obwohl offiziell ohne jede Ideologie, wurde sie seit den ersten Tagen ihrer Existenz vom Marxismus, das heißt von seinen beiden Vertretern, der Sozialistischen und der Kommunistischen Partei, beeinflußt. Was sie

unter anderem von Anfang an von den beiden anderen Gewerkschaftsorganisationen unterschied, war die Präsenz von Intellektuellen, die den vorgenannten beiden Parteien angehörten, in Organisation und Direktion der Bewegung. In den fünfziger Jahren erreichte die C. T. E. ihre Blütezeit; sie gewann die wichtigsten Arbeitergewerkschaften für sich: die der Hafenarbeiter, Taxifahrer etc. Gleichzeitig gelang es ihr, von 1947 bis 1959 fast ununterbrochen den Kommunistenführer Pedro Saad als „legislador funcional“ für die Arbeiterschaft in das Parlament zu entsenden¹⁰⁴. Anfang der sechziger Jahre, im Strudel des Sieges von Velasco Ibarra, begann eine echte Krisenzeit. 1960 verlor Pedro Saad seinen Platz als „senador funcional“ an einen Gefolgsmann Velascos, und der „ideologisch begründete“ Austritt einiger der wichtigsten Gewerkschaften wie zum Beispiel der „Federación Nacional de Choferes“ schwächte die Organisation weiter. Die deutlich antikommunistisch orientierte „Junta Militar de Gobierno“ lähmte 1963 fast ihre gesamten Aktionen, verfolgte viele ihrer Führer, steckte sie ins Gefängnis und trug so zur Verschlimmerung der Krise bei. Von nun an war der innerhalb des internationalen Kommunismus aufgetretene ideologische Konflikt zwischen Peking und Moskau auch in den Reihen der C. T. E. zu spüren (die Sozialistische Partei hatte zu jener Zeit fast alle Bedeutung verloren).

Der innere Kampf um die Wiedergewinnung der Kontrolle über die Organisation dauert bis heute an, was eine einheitliche politische Aktion naturgemäß verhindert¹⁰⁵. Trotz der derzeitigen Lage kann der C. T. E. nicht abgesprochen werden, daß sie im Kampf um die Rechte der Arbeiter die bedeutendste Rolle gespielt hat – und trotz ihrer Zersplitterung scheinbar heute noch spielt –, wenn auch in rein reformistischer Hinsicht, das heißt auf die Erlangung gewisser unmittelbarer und konkreter Vorteile ausgerichtet. Unter den drei größten Organisationen vereint die C. T. E. die meisten Gewerkschaften. Ihre Stärke liegt in den Städten, wo sich 63,7 % ihrer Mitgliedsorganisationen befinden (vgl. Tabelle 17).

c) CEOSL („Confederación Ecuatoriana de Organizaciones Sindicales Libres“)

Diese Bewegung wurde am 1. Mai 1962 gegründet – angeblich als Absage der Arbeiterklasse an die kommunistische Politik der C. T. E. und den Konfessionalismus der CEDOC. Hinter ihr verbirgt sich die Politik der „Allianz für den Fortschritt“ in den einzelnen Ländern Lateinamerikas. Nicht umsonst gehörte die ORIT („Organización Regional Interamericana de Trabajadores“), die von den großen nordamerikanischen Monopolen und Trusts kontrolliert wird, vom ersten Moment an zu dieser Organisation. Angehörige der nordamerikanischen Botschaft fungieren

als Berater, und was die Finanzen anbetrifft, kann die Organisation mit der soliden Unterstützung der AID („Agency for International Development“) rechnen¹⁰⁶. Es bedarf keiner großen Phantasie, sich den ideologischen Rahmen vorzustellen, in den die gewerkschaftliche Tätigkeit gestellt ist.

„Die Programme betonen die Fortbildung des Arbeiters zwecks Steigerung seiner Produktivität sowie die Forderung nach höheren Löhnen, besseren Arbeitsbedingungen und Sozialleistungen. Die CEOSL ist also das typische Wirtschaftssyndikat, das keine substantiellen Veränderungen in Unternehmensstruktur und Gesellschaftsordnung anstrebt¹⁰⁷.“

Das Wachstum der Organisation seit ihrer Gründung war relativ stark, wobei ihr in der ersten Zeit die antikomunistische Politik der „Junta Militar“ sowie die Einschüchterung und Verfolgung vor allem der C. T. E. zugute kam. Heute ist sie die drittgrößte zentrale Gewerkschaftsorganisation des Landes. Ihre Stärke liegt in der Tatsache, daß sie die Industrie- und Dienstleistungsgewerkschaften zu ihren Mitgliedern zählt, die in der Gewerkschaftsorganisation Ecuadors als die „modernsten“ gelten. Die Syndikate dieser beiden Bereiche umfassen 81,3 % der dieser Bewegung angeschlossenen Organisationen (vgl. Tabelle 17).

d) Einige Bemerkungen

Wie aus der Tab. 17 zu entnehmen ist, werden die sogenannten Genossenschaften ebenfalls den landwirtschaftlichen Gewerkschaften zugeordnet. In diesem Zusammenhang möchten wir bemerken, daß Ecuador hier einen ausgesprochenen Sonderfall darstellt. Wie Robert J. Alexander bestätigt, ist Ecuador eines der wenigen Ländern Lateinamerikas, die von einer Differenzierung zwischen Genossenschaften und Gewerkschaftsverbänden weit entfernt sind¹⁰⁸. Zu den großen zentralen Gewerkschaftsverbänden werden auch die sogenannten Genossenschaften, vor allem aus dem Bereich der Landwirtschaft, gerechnet, was nach Meinung von Hurtado und Herudek auf die besondere Struktur des landwirtschaftlichen Sektors zurückzuführen ist¹⁰⁹. Wenn dies auch im ersten Moment einleuchtend erscheint, so zeigt sich doch gerade darin die Schwäche der zentralen Gewerkschaftsverbände, denn eben bei den Genossenschaften handelt es sich um kapitalistische Unternehmen, deren Ziel die Produktion ist und die andere Interessen vertreten als die Gewerkschaften. – Wie aus der Tabelle ebenfalls ersichtlich ist, verzeichnet die C. T. E. im Vergleich zu den anderen Bewegungen einen großen Vorsprung in bezug auf die Gewerkschaftsorganisationen auf dem Agrarsektor. Während die Relation Gewerkschaft : Genossenschaft für die C. T. E. bei 116 : 29 liegt, beträgt sie bei der CEDOC 104 : 102, bei der CEOSL kaum 9 : 5.

Tabelle 17

Zusammensetzung der drei großen Gewerkschaftsorganisationen sowie des Blocks unabhängiger Syndikate nach Wirtschaftssektor und Zahl der Mitgliederorganisationen im Jahre 1969

	Landwirtschaftliche Organisationen / Genossenschaftliche Gewerkschaften		Handwerker-Organisationen	Organisationen von Industriearbeitern	Organisationen aus dem Dienstleistungsbereich	Gesamt Zahl	%
CEDOC	102	104	61	34	85	386	15,5
C. T. E.	29	116	61	60	136	402	16,3
CEOSL	5	9	28	57	126	225	9,3
Unabhängige	256	153	305	121	611	1 446	58,9
Summen	392	382	455	272	958	2 459	100,0

Quelle: Oswaldo Hurtado und Joachim Herudek, *Organización popular...*, a. a. O., S. 71, nach: Lista de organizaciones socio-gremiales y cooperativas agrícolas del Ministerio de Previsión.

Anm.: Was die Mitgliederzahl der einzelnen Organisationen betrifft, so stößt man hier auf ein Vakuum.

Was aus der Tabelle weiterhin ins Auge springt, ist die ungeheuer hohe Zahl der Gewerkschaften, die unter der Bezeichnung „unabhängig“ zu finden sind. Diese unabhängigen Gewerkschaften liegen mit ganz wenigen Ausnahmen auf der Linie der CEOSL. Ihr Verhalten ist vor allem durch eine typische Pro-Unternehmer- und Anti-Streik-Einstellung gekennzeichnet; sie stellen einen Teil des großen Blocks der „Arbeiteraristokratie“ Ecuadors dar.

Schließlich ist noch darauf hinzuweisen, daß die zahlenmäßige Gliederung der Syndikate der Einteilung der ecuadorianischen Wirtschaft in Sektoren genau entspricht. Hurtado und Herudek nennen folgende Daten: 36 % der Organisationen gehören zum Bereich der Dienstleistungen, 31 % zur Landwirtschaft; es folgen die Handwerker mit 18 % und schließlich die Industriegewerkschaften mit 15 %. Sieht man diese Zahlen im Zusammenhang mit der Gesamtheit der arbeitenden Bevölkerung, so bestätigt sich die Konstante der sozio-ökonomischen Unterentwicklung: dem Primärsektor mit 55,9 % der arbeitenden Bevölkerung entsprechen nur 31 % der Or-

ganisationen; dagegen zählt der Sekundärsektor (Handwerk und Industrie) mit 17,9 % der arbeitenden Bevölkerung 33 % und der Tertiärsektor mit 26,2 % der arbeitenden Bevölkerung 36 % der gewerkschaftlichen Organisationen¹¹⁰.

3. Politische Bewertung

Die Bewertung der Stärke der Arbeiterbewegung als politische Kraft und die Tatsache, daß Organisation und Entwicklung eines Klassenbewußtseins seitens der Arbeiterschaft bis jetzt äußerst gering waren – was sogar so weit geht, daß sich die Arbeiter in zentralen Gewerkschaftsbewegungen wie der CEOSL oder den „Unabhängigen“ organisieren, welche gerade von jenen Elementen manipuliert werden, die sich gegen die Arbeiterinteressen stellen, oder daß Gewerkschaftsbewegungen wie C. T. E. und CEDOC keine konkrete und revolutionäre Strategie des Wandels entwickeln konnten, sondern sich ihre Aktion auf eine radikale Phrasologie der Solidarität mit den marginalen Sektoren in Stadt und Land beschränkt und gleichzeitig partikularistische und unmittelbare Interessen vertreten werden –, muß im Zusammenhang mit einer Reihe von Faktoren, die die Entwicklung eines Klassenbewußtseins behindert haben, objektiv betrachtet werden. Zu den wichtigsten Gegebenheiten, welche dazu beigetragen haben, daß die Gewerkschaftsbewegung noch heute in starkem Maße von ökonomisch-reformistischen Auffassungen beeinflusst wird, gehören diese:

a) Das Fehlen einer politischen Tradition in der Arbeiterklasse und ihre Unfähigkeit zur Entwicklung eines Klassenbewußtseins zu Beginn der Gewerkschaftsbewegung hatten zur Folge, daß die Arbeiterschaft unweigerlich im Einflußbereich jener Gruppen verblieb, die eine Alternative der Modernisierung anboten, oft aber auch leere Versprechungen einer Änderung des traditionellen Systems. Diese Elite aus der Mittelschicht repräsentierte die Sozialistische und die Kommunistische Partei. Diese Situation traf jedoch größtenteils nur auf den Exporthafen Guayaquil zu, wo ein gewisser Säkularisierungsprozeß stattgefunden hatte, während im reaktionären Andenhochland, wie wir bei der Beschreibung der Anfänge von CEDOC gesehen haben, die Arbeiterschicht von der Kirche und der Konservativen Partei abhängig blieb und sich nach deren Vorschriften organisierte. Daraus ist zu erklären, daß die politische Stellung der Syndikate von häufigen Verbindungen mit den Parteien gekennzeichnet war und ist, welche ihrerseits die Gewerkschaften im allgemeinen unter Kontrolle halten und sie als Instrument benutzen, um ihre eigenen Ziele zu erreichen¹¹¹.

b) Ein weiterer Grund für die beschränkten Möglichkeiten, die Wirkung gewerkschaftlicher Aktion zu erhöhen, ist die Tatsache, daß die Arbeits-

bedingungen im wesentlichen von der Regierung festgelegt werden. Die ecuadorianische Verfassung enthält eine Fülle von arbeitsrechtlichen Vorschriften, die die Arbeitsbedingungen regeln und die Verhandlungen mit dem Arbeitgeber zweitrangig erscheinen lassen. Die Gewerkschaften sind somit zwangsläufig einer direkten Einwirkung der Regierungsbehörden unterworfen, welche als Vertreter der großen Wirtschaftsgruppen ein breites Interesse daran haben, daß Konflikte zugunsten des Systems gelöst werden. Wie die Geschichte zeigt, wird zur Erreichung dieses Ziels oft auch ohne jede Scheu Gewalt angewandt. Im allgemeinen hat die vorgenannte Situation jedoch dazu beigetragen, daß die Gewerkschaften sich genötigt sehen, sich an die Regierung – fast immer an den Präsidenten oder das Arbeitsministerium – zu wenden, um ihre Probleme mit den Unternehmern zu lösen, und der Präsident dann als großer „Patrón“ erscheint, der die Bitten erhört und bei politischer Abstinenz oder Unterstützung seiner Politik kleine soziale und ökonomische Reformen bewilligt. Die unvermeidliche Konsequenz ist eine quasi paternalistische Dependenz der Gewerkschaften von der Regierung¹¹².

c) Der Handel der Gewerkschaftsfunktionäre mit der Regierung, der nur auf materielles Wohlergehen und wirtschaftliche Verbesserungen für die Mitglieder abzielt, anstatt eine profunde Transformation der Grundlagen der derzeitigen Gesellschaftsordnung anzustreben, kann nicht nur als Symptom der Schwäche der Bewegung gesehen werden; sondern muß auch als Konsequenz der Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung betrachtet werden, welche die gegenwärtigen sozio-ökonomischen Strukturen aufweisen. Vor allem in Unternehmen, welche von ausländischem Kapital kontrolliert werden, wird die Arbeiterklasse praktisch mit Hilfe von höheren Löhnen und anderen Privilegien entpolitisiert. Die Folge ist, daß sie zu einer wahren „Arbeiteraristokratie“ im marxistischen Sinne wird, die eher zur Konsolidierung des Status quo beiträgt und die Mobilitätskanäle für ländliches und städtisches Proletariat blockiert¹¹³.

Dieser Begriff der „Arbeiteraristokratie“ kann vor allem auf die Gewerkschaften angewandt werden, aus denen sich die CEOSL zusammensetzt; bezeichnend für sie ist eine blinde Pro-Unternehmer- und Pro-Nordamerika-Politik. Was die C. T. E. und CEDOC betrifft, so leisten diese, obwohl man sie lediglich reformistisch nennen kann, doch einen, wenn auch sehr geringen Beitrag zur Entwicklung eines politischen Bewußtseins in der Arbeiterklasse, indem sie mit Massendemonstrationen, Streiks und ähnlichen Mitteln Druck auf das Regime ausüben – oft auf Kosten des Lebens vieler Mitglieder.

ZUSAMMENFASSUNG

Nachdem in der vorangegangenen Untersuchung die wichtigsten Aspekte der Rolle der Parteien und ihre wahre Bedeutung für die politische Entwicklung aufgezeigt worden sind, soll neben einigen Schlußfolgerungen, die sich aus der durchgeführten Analyse ergeben, auch auf Möglichkeiten und Alternativen für die Zukunft hingewiesen werden.

1. Die repräsentative Demokratie westlicher Prägung ist ohne Zweifel einer der stärksten Mechanismen der Oligarchie, um ihre privilegierte Stellung im Staat, ihr Monopol auf die politischen Institutionen und die Verteidigung ihrer partikularistischen Interessen sowie gleichzeitig die gesellschaftliche Marginalität der großen Massen zu verschleiern. Mit anderen Worten: durch diese repräsentative Demokratie, die nur der weißen Minorität dient, versucht das kapitalistische und abhängige Herrschaftssystem unter dem Deckmantel seiner Zugehörigkeit zur christlichen Zivilisation der westlichen Welt sein wahres Gesicht zu verbergen, das nichts anderes aufweist als institutionalisierte Gewalt und ein unbeschreibliches „Elend als Massenerscheinung, eine Ungerechtigkeit, die zum Himmel schreit“¹¹⁴. Die Geschichte in 150 Jahren Republik zeigt in der Tat, daß dieses politische System der repräsentativen Demokratie nur ein Synonym ist für eine der höchsten Kindersterblichkeitsraten der Welt, für Analphabetentum, ungeheure wirtschaftliche und soziale Unterentwicklung sowie für politische Instabilität und Terror gegen Andersdenkende.

2. Die Parteien, die im politischen System operieren und die als Träger der Modernisierung und des Wandels dienen sollten, sind nur ein direktes Spiegelbild der anachronistischen sozio-ökonomischen Strukturen. Sie sind rein personalistisch, ohne permanente Organisation, verteidigen bestimmte lokale beziehungsweise regionale Interessen und stabilisieren den Status quo. Für die Linksparteien wie zum Beispiel die Sozialistische und die Kommunistische Partei, welche als Folge einer beginnenden Umstrukturierung des traditionellen liberal-konservativen Systems politischer Partizipation im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts auftauchen und sich revolutionär nennen, sind die Ambiguität ihrer Ideologien und die Rekrutierung ihrer Eliten aus der Kleinbourgeoisie charakteristisch. Von der Prämisse ausgehend, daß der großen Masse der Besitzlosen infolge ihrer Zugehörigkeit zu einem Subproletariat agrarischer Herkunft ein politisches Bewußtsein fehlt und sie meist nicht in den industriellen Produktionsprozeß integriert ist, hat sich diese Elite nie damit befaßt, eine Entwicklungsideologie zur Integration und Artikulierung der Interessen dieser Massen außerhalb der traditionellen politisch-sozialen Ordnung zu schaffen, sondern hat vielmehr nicht gezögert, von ihren vormals revolutionären

Ideen abzugehen und sich durch Pakte und Allianzen mit den traditionellen Parteien, besonders mit dem „Velasquismo“, dem determinierenden Faktor im politischen Leben der letzten vierzig Jahre, zusammenzutun. Dieses völlige Fehlen ideologischer Kohärenz und Organisation bei den Linksparteien läßt lediglich die Perspektive offen, daß die traditionellen Parteien und die Populisten, die aus dem „Velasquismo“ vor allem nach dem fünften Sturz des fast achtzigjährigen Führers Velasco hervorgegangen sind, beziehungsweise jene, die den „Velasquismo“ zum Vorbild haben, unter den gegenwärtigen Umständen im Falle eines „normalen“ Funktionierens der repräsentativen Demokratie – das heißt in dem Augenblick, in dem die Militärs nicht die Regierung stellen, sondern sich in ihre Kaserne zurückziehen – das Erbe der „ideologischen“ Disponibilität, in der sich die Massen befinden, antreten und damit fortsetzen, die Massen zu manipulieren und in ihnen statt eines politischen Bewußtseins ein irrationales Verhalten hervorzurufen.

3. Angesichts der Unfähigkeit des Parteiensystems, für die Rentabilität der oligarchischen Interessen als Faktor der „Rationalisierung des Status quo“ zu fungieren, scheint alles darauf hinzuweisen – und die politische Erfahrung der letzten Jahre nicht nur in Ecuador, sondern auch in den übrigen lateinamerikanischen Ländern bestätigt dies –, daß die politische Variable der gegenwärtigen Entwicklung aus rechtsgerichteten Militärdiktaturen besteht, die nicht nur das abhängige kapitalistische System „rationalisieren“, sondern auch die „Modernisierung“ des Systems ohne Veränderung der Strukturen garantieren. In diesem Sinne muß bemerkt werden, daß die formelle Demokratie, auf die die „Allianz für den Fortschritt“ gerade Anfang der sechziger Jahre ihre Hoffnung setzte, sich als unfähig erwiesen hat, ein günstiges Klima für die Investition ausländischen Kapitals zu schaffen und den revolutionären Gärungsprozeß in den Massen aufzuhalten. Für den Imperialismus und die lokale Oligarchie sind die Militärdiktaturen zur Aufrechterhaltung ihrer Interessen, Privilegien und der Kontrolle über den Staat besser geeignet als die formelle Demokratie. Diese Behauptung kann auf ganz Lateinamerika ausgedehnt und ausreichend mit Beispielen belegt werden: unter anderen die „Junta Militar de Gobierno“ 1963 – 66 in Ecuador, die Militärdiktaturen in Brasilien, Bolivien, Paraguay, der Dominikanischen Republik, Guatemala, Haiti, Argentinien etc.

4. Dem vorher Gesagten ist hinzuzufügen, daß die ständigen „Pronunciamientos“ – abgesehen davon, unter welchem Typ wir das letzte vom 15. Februar 1972 subsumieren wollen – angesichts der institutionellen Stabilität der Diktatur viel mehr als ein bloßes Symptom einer vorübergehenden Krise der repräsentativen Demokratie bedeuten, nämlich eine

Widerlegung der immer wiederholten „Theorie“ des zyklischen Pendels, nach der auf die Krise der Demokratie stets die Krise der Diktatur folgt. Die frühere Auffassung des Rechtsstaates mit der Teilung unabhängiger Gewalten – Exekutive, Legislative und Judikative – findet in der Verfassungswirklichkeit klar und deutlich ihren Niederschlag in Form des Supremats der Militärs über die zivilen Bereiche.

Was das von den Urhebern des letzten „Pronunciamiento“ aufgestellte nationalrevolutionäre Entwicklungsmodell betrifft, von dem die gegenwärtige Militärregierung beständig redet, so bestehen unsererseits große Zweifel daran, ob die Armee diesmal in ihrer Eigenschaft als einzige rational organisierte Kraft wirklich als Modernisierungsfaktor Impulse für die Entwicklung geben kann. Die – in ihrer Mehrzahl nordamerikanischen – großen Erdölgesellschaften, welche gegenwärtig in Ecuador eine große Aktivität entfalten, üben vielmehr direkten Einfluß und Kontrolle über die Regierung aus, und alles scheint darauf hinzuweisen, daß der „nationalrevolutionäre“ Plan der Regierung sich in gewissen Grenzen halten und ihre Interessen berücksichtigen muß, wenn die Regierung nicht ihre Existenz aufs Spiel setzen will. Die Politik der gegenwärtigen Militärregierung kann aber lediglich dann positiv bewertet werden, wenn sie wirklich darauf ausgerichtet ist, die nationalen Interessen zu verteidigen. Bis jetzt sind keine tiefgreifenden Reformen durchgeführt worden, geschweige denn, daß man sich an das anachronistische und überfällige System des Latifundiums herangewagt oder das ausländische Kapital in die Schranken gewiesen hätte, welches nicht nur die inländische Wirtschaft beherrscht, sondern, indem es direkt auf den Staat Einfluß ausübt, auch die politische Entscheidung kontrolliert und bestimmt. Außer der Erreichung dieser beiden Hauptziele, die sich die Regierung anscheinend gesetzt hat, darf sich die nationalrevolutionäre Entwicklungspolitik der gegenwärtigen Militärdiktatur, um diesen Namen zu verdienen, nicht in einer Außenpolitik erschöpfen, die unter dem Vorwand der Verteidigung nationaler Interessen in Wirklichkeit nur scheinbar im Widerspruch steht zu der von den USA ausgeübten wirtschaftlichen und politischen Hegemonie, dabei aber nur die Manipulation der Massen und die Ablenkung derselben von den internen Konflikten verfolgt. Eine Lösung für die angeführten Probleme hat die Militärdiktatur bisher nicht gefunden, weshalb sie bis jetzt nicht als „Entwicklungsdiktatur“ bezeichnet werden kann.

5. Obwohl die ecuadorianische Oligarchie bei der Verteidigung des Wertsystems und der Verhaltensnormen, welche sie der Gesellschaft aufgezungen hat, bisher erfolgreich gewesen ist, bedeutet dies nicht, daß ihre Macht zur Kontrolle und Herrschaft über die politischen Institutionen des Staates in Wirklichkeit nicht gefährdet ist. Die latente Krise ihrer politi-

schen Macht ist das Spiegelbild ihrer eigenen Entfremdung und des Bankrotts der nordamerikanischen Politik in Lateinamerika beziehungsweise der „Allianz für den Fortschritt“, deren beste Instrumente und Repräsentanten die Oberschicht und große Gruppen der Mittelschichten waren und noch sind.

Trotz der Rückschläge durch Rechtsdiktaturen, die versuchen, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, ist die Tendenz zur Suche nach anderen Modellen sozialer und politischer Partizipation unaufhaltsam und kann auch in Ecuador nicht übersehen werden. Sie nimmt zwar nicht die Gestalt von politischen Parteien an, welche im System operieren, sondern gärt teilweise in Institutionen wie der Armee und der Kirche, deren Trennung von der traditionellen Ordnung bis gestern unvorstellbar war. Die jungen Offiziere scheinen heute mehr Verständnis und soziale Gesinnung angesichts der Probleme der Unterentwicklung zu zeigen, und der junge Klerus erfüllt eine Mission der Bewußtseinsbildung und geistigen Emanzipation, und darüber hinaus der Organisation des Gemeinschaftslebens unter den besitzlosen Massen. Hinzuzufügen ist noch, daß von den Gruppen der Intelligenzia, welche die politische Elite der Zukunft bilden, eine große Anzahl im Ausland studiert und fast durchweg eine umfassende Kenntnis der Situation der Unterentwicklung aufweisen kann. Eine breite Front unter Beteiligung der Arbeiterschaft, der jungen Offiziere und des jungen Klerus sowie der Intellektuellen, deren gemeinsames Ziel nichts anderes ist als die Umwälzung der obsoleten Gesellschaftsstrukturen, wird in der Zukunft nicht als bloßes Phantasiegebilde abgetan werden können. Es wäre dies ein guter Weg, um die politische und wirtschaftliche Dependenz zu überwinden, und somit der erste Schritt im Kampf gegen die Unterentwicklung.

EINFÜHRUNG

- 1 Die Größe Ecuadors wird in diversen Quellen mit Flächen angegeben, die sich in der Nähe der oben genannten Zahl bewegen; die Angaben sind jedoch sehr unterschiedlich. Es ist in diesem Zusammenhang auch noch zu berücksichtigen, daß noch heute ein Grenzkonflikt mit Peru latent ist, eine Folge des nach der peruanischen Invasion Ecuadors (1941) im Jahre 1942 in Río de Janeiro geschlossenen Vertrages, nach dem Ecuador an Peru ca. 200 000 qkm abgeben mußte und den Ecuador 1961 einseitig kündigte.
- 2 Diese und die im weiteren Text genannten statistischen Angaben sind entnommen: Gesamtbevölkerung, Einwohnerzahl der Städte, Verhältnis der urbanen zur Landbevölkerung: Junta Nacional de Planificación, Departamento Técnico División de Estadística y Censos: Proyección de la Población del Ecuador 1960 – 1980, Quito o. J. (1970?).
Strukturelle Gliederung der Regionen und der Bevölkerung nach Rassen: Gerhard Maurer – Peter Molt, Lateinamerika. Eine politische Länderkunde. Berlin 1968, S. 93 ff.; vgl. auch: Statistisches Bundesamt Wiesbaden: Länderkurzberichte Ecuador 1968, S. 7 ff.
Kindersterblichkeit, jährliche Bevölkerungswachstumsrate, Anteil an Analphabeten: Inter American Development Bank, Socio-Economic Progress in Latin America, 10. Jahresbericht, 1970.
- 3 Constitución Política de la República del Ecuador, 1967.
- 4 „... il est impossible aujourd'hui de décrire sérieusement les mécanismes comparés des parties politiques; mais il est indispensable de le faire. On est enfermé dans un cercle vicieux: Seules, des monographies préalables, nombreuses et approfondies, permettent de construire un jour la théorie générale de parties; mais ces monographies ne pourront pas être réellement approfondies tant qu'il n'existera point une théorie générale des parties“. Maurice Duverger, Les parties politiques. Paris 1951, S. VII.
Siehe auch in diesem Sinne:
Frederick C. Engelmann, A critique of Recent Writings on political parties, in: Harry Eckstein, David E. Apter (Hrsg.), Comparative Politics. London 1963, S. 378 ff. David E. Apter, Einführung zu dem Kapitel „Political parties“, in: Harry Eckstein, David E. Apter (Hrsg.), Comparative Politics, a. a. O., S. 327 ff., hier S. 328.
- 5 Klaus v. Beyme, Möglichkeiten und Grenzen der vergleichenden Regierungslehre, in: Politische Vierteljahresschrift, Heft 1, VII. Jg. 1966, S. 63 ff., hier S. 69.
- 6 Seymour Martin Lipset, Political cleavages in „developed“ and „emerging“ Policies, in: Erik Allardt und Yrjö Littunen (Hrsg.), Cleavages, ideologies

- and party systems. Turku, 1964, S. 21 ff., hier S. 38 ff.
- 7 Gerhard Lehmsbruch, Einführung in die Politikwissenschaft, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1968, S. 148.
 - 8 Robert E. Scott, Parties and Policy Making in Latin America, in: Joseph LaPalombara and Myron Weiner (Hrsg.), Political Parties and Political Development, Princeton, New Jersey 1966, S. 331 ff., hier S. 332.
 - 9 Vgl. John D. Martz, Dilemmas in the Study of Latin American Political Parties, in: The Journal of Politics, Bd. 26, Nr. 3, August 1964, S. 509 ff., hier S. 512.
 - 10 Vgl. Hermann P. Gebhardt, Allmähliche Demokratisierung in Brasilien?, in: Stuttgarter Zeitung, 4. November 1969.
 - 11 Vgl. Robert E. Scott, Parties and Policy Making ..., a. a. O., S. 332.
 - 12 Peter Heintz, Ein soziologisches Paradigma der Entwicklung, mit besonderer Berücksichtigung Lateinamerikas, Stuttgart 1969, S. IV/V. Siehe auch: Wilbert E. Moore, Introduction; Social Change and Comparative Studies, in: International Social Science Journal, XV, Nr. 4, 1963, Paris (UNESCO), S. 519 – 527, hier S. 520.
 - 13 Vgl. Dankwart A. Rustow, New Horizons for Comparative Politics, in: World Politics 9, Nr. 4, Juli 1957, S. 530 ff.
 - 14 Vgl. Marcos Kaplan, La Ciencia Política Latinoamericana en la encrucijada, in: Aportes, Nr. 16, April 1970, S. 125 ff., hier S. 143 ff. – Siehe auch: Irving Louis Horowitz, Carisma del Partido: Un Análisis Comparativo de las Prácticas y Principios Políticos en las Naciones del Tercer Mundo, in: América Latina, 8. Jg., Nr. 1, Januar/März 1965, S. 77 ff.; Ann Ruth Willner, The Underdeveloped Study of Political Development, in: World Politics 16, 1963/64, S. 468 ff.
 - 15 Klaus v. Beyme, Möglichkeiten und Grenzen der vergleichenden Regierungslehre, a. a. O., S. 70.
 - 16 An erster Stelle kann hier die übertriebene Lobeshymne von Harry Kantor auf die APRA in Peru genannt werden. (Harry Kantor, The Ideology and Program of the Peruvian Aprista Movement, Berkeley 1953). Aber auch bei anderen Arbeiten ist das Ergebnis sehr dürftig. Siehe auch: Robert J. Alexander, The emergence of modern political parties in Latin America. A Reader. New York–Chicago–San Francisco–Toronto–London 1967, S. 385 ff. – P. Ramis, A two dimensional typology of Latin American Political Parties, in: The Journal of Politics, Bd. 30, Nr. 3, August 1968, S. 798 ff. – George I. Blanksten, The Politics of Latin America, in: Gabriel A. Almond, James S. Coleman, The Politics of the developing areas, Princeton, New Jersey 1960, S. 455 – 531, hier S. 479 ff. – Russell H. Fitzgibbon, The party potpourri in Latin America, in: Western Political Quarterly, Bd. X, Nr. 1, März 1957, S. 5 ff. – Federico G. Gil, Responsible Parties in Latin America, in: The Journal of Politics, Bd. 15, 1953, S. 333 ff.
 - 17 André Gunder Frank, América Latina: Subdesarrollo capitalista o Revolución Socialista. ¿Quién es el enemigo inmediato? Versión ampliada de la Ponencia presentada en el Congreso Cultural de La Habana, Januar 1968, in: Revista Latinoamericana – Asociación de Estudiantes Latinoamericanos AELA, Bielefeld, Nr. 15/16, Jg. III, Mai/August 1970, S. 1 ff., hier S. 24/25.
 - 18 Norbert Lechner, Sozialwissenschaftliches Krisenmanagement in Latein-

- amerika, in: Dankwart Danckwerts, Hermann Pfütze u. a., *Die Sozialwissenschaften in der Strategie der Entwicklungspolitik*, Frankfurt/M. 1970, S. 111 ff., hier S. 149.
- 19 Das Fehlen brauchbarer sozialwissenschaftlicher Arbeiten über Lateinamerika im allgemeinen und die Parteienforschung in diesem Gebiet im besonderen wird vor allem von den nordamerikanischen Autoren beklagt. Fitzgibbon zum Beispiel sieht sich veranlaßt, das Studium der lateinamerikanischen politischen Parteien einer ganzen Generation von Doktoranden zu empfehlen. Ob mit den von den Nordamerikanern angewandten Methoden etwas gewonnen wird, ist eine andere Frage. Vgl. Russell H. Fitzgibbon, *The party potpourri* . . . , a. a. O., S. 3 ff., hier S. 21 – 22. – Merle Kling, *The State of Research on Latin America: Political Science*, in: P. G. Snow (Hrsg.), *Government and Politics in Latin America. A Reader*, New York, Chicago, San Francisco, Toronto, London 1967, S. 1 ff., hier S. 7 ff. – Alan Angell, *The Study of Latin American Politics*, in: *Political Studies*, XII, 1964, S. 389 ff., hier S. 389. – George I. Blanksten, *The Politics* . . . , a. a. O., S. 455 – 531, hier S. 479. – Federico G. Gil, *Responsible Parties* . . . , a. a. O., S. 333 ff.
 - 20 Richard F. Behrendt, *Die Situation in Lateinamerika*, in: *Berner Beiträge zur Soziologie*, herausgegeben von Prof. Dr. R. F. Behrendt, Band 7: *Die wirtschaftlich und gesellschaftlich unterentwickelten Länder und wir*, Bern 1961, S. 130 ff., hier S. 139. Nach Behrendt übt die Dekoration, richtig verstanden als eindrucksvolle Fassade, einen großen Einfluß auf das Denken, Fühlen und Handeln der Lateinamerikaner aus.
 - 21 Im Fall der PRI in Mexiko sowie des chilenischen Parteiensystems ist u. E. eine Ausnahme insofern zu verzeichnen, als die Möglichkeit besteht, bedeutende Informationen zu diesen Themen zu bekommen, hier also ein Beitrag zur Parteienforschung, vor allem über den organisatorischen Aufbau, die soziale Zusammensetzung, Mitgliederzahlen, innerparteiliche Kommunikation, Willensbildung etc. existiert. Eine noch umfassendere Information zu den beiden eben genannten Fällen wäre wünschenswert; was jedoch die übrigen lateinamerikanischen Länder betrifft, so scheinen die bisher vorgenommenen Untersuchungen praktisch keinerlei Perspektiven zu eröffnen. Die Herrschaft der Militärs ist tief eingewurzelt – gegenwärtig sind in über zwei Dritteln der Länder Militärregierungen an der Macht – oder besser, die politische Entscheidung liegt direkt in Händen der Militärs oder der Oberschicht, die in der Regel gemeinsam mit der Mittelschicht regieren, welche dasselbe traditionelle Wert- und Normensystem zum Vorbild hat, wobei in jedem Fall die Billigung der Militärs ausschlaggebend ist (Costa Rica bildet in dieser Hinsicht eine Ausnahme).
 - 22 Schon vor vielen Jahren brachte Jesús de Galíndez, Professor an einer nordamerikanischen Universität, entführt und ermordet im Auftrag des Diktators Rafael Leonidas Trujillo, sein Unbehagen über die „Überfülle an Theorie“ in bezug auf die lateinamerikanischen Parteien zum Ausdruck: „Die ibero-amerikanische Realität, in der die Demokratie noch nicht befestigt ist, macht es haarspalterisch, den Parteiendualismus oder -Pluralismus zu analysieren; das Interessante ist, zu analysieren, ob Parteien existieren oder nicht.“ Siehe: Jesús de Galíndez, *Iberoamérica, su evolución política, socio-económica, cultural e internacional*. New York 1954, S. 438 ff. Siehe auch: Cary Hector, *Der Staatsstreich als Mittel der politischen Entwicklung in Süd-*

- amerika, Berlin 1964, S. 84.
- 23 So nach Joseph LaPalombara und Myron Weiner, *The origin and development of political parties*, in: Joseph La Palombara und Myron Weiner, *Political parties and political development*. Princeton, New Jersey 1966, S. 3 ff., hier S. 6 und S. 41 – 42.
 - 24 Vgl. Carlos S. Fayt, *La organización interna de los partidos y los métodos políticos en la Argentina*, in: José S. Campobassi, Carlos S. Fayt u. a., *Los partidos políticos, estructura y vigencia en la Argentina*. Buenos Aires 1963, S. 35 ff., hier S. 37/38.
 - 25 Maurice Duverger, *Les parties politiques . . .*, a. a. O., S. 19. Duverger bringt zwar in seiner Untersuchung einige objektive Beispiele über die latein-amerikanischen Parteien, wobei er aber die Anwendung seiner allgemeinen theoretischen Ansätze auf den Subkontinent entschieden ausschließt. In diese Richtung gehen auch andere Autoren: Frank R. Brandenburg ist der Meinung, daß „what Latin Americans call political parties are often regarded by North American political scientists as factions, pressure groups, and fraternal organizations“. Siehe: Frank R. Brandenburg, *Political parties and elections*, in: Harold E. Davis, *Government and politics in Latin America*, New York 1958, S. 186 ff., hier S. 188.
 „Die kleinen oligarchischen Gruppen, die in einigen Ländern Lateinamerikas, Afrikas und Asiens den Namen Parteien annehmen, haben mehr Ähnlichkeit mit der Faktion von Persönlichkeiten in der römischen Republik oder in mancher Hinsicht mit den (revolutionären) Clubs des späten 18. Jahrhunderts in Frankreich, als mit politischen Parteien moderner Demokratien oder totalitärer Staaten, die mit der Gewinnung oder Erhaltung der Unterstützung des Volkes beschäftigt sind.“ Joseph LaPalombara und Myron Weiner, *The origin and development . . .*, a. a. O., S. 7.
 - 26 Vgl. George I. Blanksten, *Ecuador, Constitutions and Caudillos*. New York 1964, S. 58. – Federico Guillermo Gil, *La Política Latinoamericana, Partidos Políticos, Bases Económicas*, Santiago de Chile 1957, S. 37 ff. – José Carlos Mariátegui, *Siete ensayos de interpretación de la realidad peruana*, Lima/Peru 1971, S. 50 ff.

KAPITEL I: WIRTSCHAFTS- UND GESELLSCHAFTSSTRUKTUR IN ECUADOR

- 1 Rodolfo Stavenhagen, *Las clases sociales en las sociedades agrarias*, Mexiko 1969, S. 9 ff.
- 2 Elena Hochman und Heinz Rudolf Sonntag, *Christentum und politische Praxis: Camilo Torres*. Frankfurt/M. 1969, S. 21 – 23. – Siehe auch: Alfonso Aguilar, *Refutación a teorías sobre el subdesarrollo*, in: Alfonso Aguilar, Rogelio Frigerio u. a. (Hrsg.), *Desarrollo y Desarrollismo*. Buenos Aires 1969, S. 11 ff., hier S. 82 ff.
- 3 Elena Hochman und Heinz R. Sonntag, *Christentum . . .*, a. a. O., S. 23.
- 4 Inter-American Development Bank, *Socio-Economic Progress in Latin America*, 10. Jahresbericht 1970, S. 202
- 5 Siehe: o. N., *Ecuador, wirtschaftliche Entwicklung 1970/71*, in: *Markt Information der Bundesstelle für Außenhandelsinformation*, Juni 1971, S. 2
- 6 Boletín del Banco Central del Ecuador, Nr. 510, Januar 1970, S. 25 – 26

- 7 Siehe: o. N., Markt Information, Juni 1971, a. a. O., S. 4
- 8 Vgl. Manuel Arias, Análisis de la estructura agraria ..., a. a. O., S. 50 – 51.
- 9 Ebenda, S. 32.
- 10 Vgl. Oswaldo Hurtado, Dos Mundos ..., a. a. O., S. 63.
- 11 Vgl. Carlos Romeo, Sur les classes sociales en Amérique Latine. Paris 1968, S. 52.
- 12 Schon vor dieser Zeit hatten sich die Großgrundbesitzer mit der Ausarbeitung von Programmen für eine Agrarreform befaßt. „Im Jahre 1962 existierten nicht weniger als sechs Projekte einer Agrarreform, von denen keines vom Parlament angenommen wurde ... gerade weil es sechs waren und es sich um einen schon aus anderen Ländern bekannten Trick handelte, daß die Proliferation von Reformprojekten bisher ein probates Mittel gewesen war, eine wirkliche Reform zu verhindern.“ (Víctor Alba, Parásitos, mitos y sordomudos – Ensayo sobre la Alianza para el Progreso y el colonialismo latinoamericano – [Suplemento a la revista „Panoramas“, Nr. 11, Sept./Okt. 1964], Mexiko 1964, S. 41.)
- 13 Siehe: Ley de Reforma Agraria y Colonización (Publicación del Instituto Ecuatoriano de Reforma Agraria y Colonización), o. O., o. J., S. 34.
- 14 Hugo Mas, El fracaso de la reforma agraria, in: Vistazo, Juli 1970, S. 77 ff., hier S. 79. (Hervorhebungen durch den Autor)
- 15 Vgl. Juan Pablo Franco, Reflexiones en torno al desarrollismo: el caso Frigerista, in: Alfonso Aguilar, Rogelio Frigerio u. a. (Hrsg.), Desarrollo y desarrollismo, Buenos Aires 1969, S. 341 ff., hier S. 346. „Desarrollismo“ hat im Spanischen einen pejorativen Sinn und bedeutet das Gegenteil von „desarrollo“ (Entwicklung). Dieser Terminus wird von den meisten lateinamerikanischen Sozialwissenschaftlern verwendet und soll die Wirtschaftspolitik der Abhängigkeit vom Kapitalismus seitens der Elite der lateinamerikanischen Wirtschaft bedeuten, und zwar unter einem Motto, das auf folgenden Nenner gebracht werden kann: „Modernisierung“ der wirtschaftlichen Abhängigkeit, vor allem der „terms of trade“, jedoch ohne Veränderung der inneren Strukturen.
- 16 César Raúl Robalino Gonzaga, El desarrollo económico del Ecuador, Junta Nacional de Planificación, Quito 1969 (?), S. 347.
- 17 Elena Hochman und Heinz Rudolf Sonntag, Christentum und ..., a. a. O., S. 28.
- 18 Vgl. Banco Interamericano de Desarrollo – Instituto para la Integración de América Latina – (Hrsg.), Estadísticas latinoamericanas, Band 3, Buenos Aires 1966, Tabelle 212.
- 19 Banco Central del Ecuador, Memoria del Gerente General, Quito 1964, S. 27 und 28, und Boletín del Banco Central del Ecuador, Nr. 510, Januar 1970, S. 26.
- 20 Siehe: Oswaldo Hurtado, Dos Mundos ..., a. a. O., S. 48 –49.
- 21 César Raúl Robalino Gonzaga, El desarrollo económico ..., a. a. O., S. 269.
- 22 Siehe: o. N., Marktinformation, Juni 1971, a. a. O., S. 6.
- 23 José Rodríguez, La dictadura de Velasco Ibarra en el Ecuador, in: S. E. U. L. (Servicio Europeo de Estudiantes Latinoamericanos), Brüssel, Jg. III, Nr. 28, November/Dezember 1971, S. 31.
- 24 Rede des chilenischen Präsidenten Salvador Allende bei der Eröffnung der

- Konferenz für Handel und Entwicklung der Vereinten Nationen (UNCTAD) vom 13. 4. – 19. 5. 72, in: *Revista Latinoamericana* (Asociación de estudiantes latinoamericanos), Bielefeld, Jg. V, Januar/März 1972, Beilage S. 11.
- 25 Vgl. Juan Pablo Franco, *La influencia de los Estados Unidos en América Latina*, Montevideo 1967, S. 44.
 - 26 Die großen Erdölvorkommen im Osten Ecuadors sind absolut kein Produkt lateinamerikanischer Fantasie! Nach den Angaben der Deutsch-Südamerikanischen Bank: Mitteilungen für den Außenhandel, 24. Nov. 1971, Ecuador 16/71, S. 1 – 3, wird Ecuador bald unter die leistungsfähigsten Erdölproduzenten und -lieferanten zu zählen sein. Allein die Vorräte im Gebiet der an das US-amerikanische Texaco-Gulf-Konsortium vergebenen Konzessionen werden auf über 5 Milliarden Faß (1 Faß = 212,5 Liter) geschätzt. Für 1972 ist zunächst eine Förderung von 250 000 Faß pro Tag vorgesehen; in einigen Jahren gilt eine Rohölförderung von 1 Million Faß als durchaus realisierbar. Nach neuesten Schätzungen wird sogar eine Tagesleistung von bis zu 5 Millionen Faß als möglich bezeichnet (zum Vergleich: USA 10 Millionen, Venezuela 3,7 Millionen Faß pro Tag).
 - 27 Oswaldo Hurtado, *Dos Mundos ...*, a. a. O., S. 99.
 - 28 Armando Córdova, Elemente einer Definition der wirtschaftlichen Unterentwicklung, in: Ders. und Héctor Silva Michelena, *Die wirtschaftliche Struktur Lateinamerikas. Drei Studien zur politischen Ökonomie der Unterentwicklung*, S. 22, zitiert bei: Elena Hochmann und Heinz Rudolf Sonntag, *Christentum ...*, a. a. O., S. 34.
 - 29 Vgl. Elena Hochman und Heinz Rudolf Sonntag, *Christentum ...*, a. a. O., S. 35.
 - 30 Mechthild König, Die Rolle der Mittelschichten in der wirtschaftlichen Entwicklung Ecuadors. Arbeitsberichte des Ibero-Amerika-Instituts für Wirtschaftsforschung an der Universität Göttingen. Göttingen 1969, S. 158.
 - 31 Nach einer Studie der kubanischen Zeitschrift „Bohemia“, Nr. 8, 25. Februar 1972, S. 32 ff., verliert Lateinamerika nur an Seefracht jährlich 700 Millionen Dollar. Zwischen 1958 und 1968 waren es 7 Milliarden Dollar. Der Seetransport von Produkten aus unterentwickelten Ländern durch die Handelsflotten der Industrieländer ist ein weiterer Ausdruck der Ungleichheit in den Handelsbeziehungen zwischen Entwicklungs- und Industrieländern.
 - 32 Vgl. Orlando Araujo, *Venezuela: Die Gewalt als Voraussetzung der Freiheit*, Frankfurt/M. 1971, S. 56 ff.
 - 33 Elena Hochmann und Heinz Rudolf Sonntag, *Christentum ...*, a. a. O., S. 38.
 - 34 S. E. U. L. (Servicio Europeo de Universitarios Latinoamericanos), Brüssel Jg. IV, Nr. 29, Januar/Februar 72 (*Noticias de América Latina: Ecuador podría ser el mayor productor de petróleo en Sudamérica*), S. 31.
 - 35 Banco Central del Ecuador, *Memoria del Gerente General*, Jg. 1969, S. 114. – Gegenwärtig sind die Auslandsschulden sicherlich beträchtlich höher. Anfang 1972 gewährte die Manufacturers Hanover Trust Company der ecuadorianischen Regierung einen Kredit von 40 Millionen US Dollar zur teilweisen Deckung des Haushaltsdefizits, mit einer Laufzeit von 4 Jahren und einem Zinssatz von 8 %. Die Rückzahlungen sollen zu Lasten der erwarteten Deviseneingänge aus Erdölexporten erfolgen (!). Siehe: Deutsch-Südamerikanische Bank, Mitt. für den Außenhandel, 17. Mai 1972, Ecuador 9/72.

- 36 Elena Hochman und Heinz Rudolf Sonntag, Christentum . . . , a. a. O., S. 39.
- 37 Die „Encomienda“ (dt.: Empfehlung) war nichts anderes als ein kolonialistisches System der Ausbeutung durch die Spanier in Südamerika. Wie Hans Magnus Enzensberger es darstellt, wurde „eine beliebige Zahl von Indianern von den lokalen Befehlshabern an die einzelnen Spanier verteilt und ihnen anempfohlen mit der Begründung, eine solche Schutzherrschaft sei zu ihrer prompten Bekehrung vonnöten. In Wirklichkeit war der Status dieser Schutzbefohlenen der von Leibeigenen: sie waren ihren neuen Herren auf Gnade oder Ungnade ausgeliefert und ohne Anspruch auf Entlohnung oder Unterhalt zu jeder Arbeitsleistung verpflichtet, die der „Schutzherr“ („Encomendero“) ihnen auferlegte“. Hans Magnus Enzensberger, *Las Casas oder Ein Rückblick in die Zukunft*, in: *Deutschland, Deutschland unter anderm. Äußerungen zur Politik*, Frankfurt/M. 1968, S. 123 ff., hier S. 135.
- 38 Vgl. Charles Wagley, *The Brazilian Revolution: Social Change since 1930*, in: Richard Adams u. a., *Social Change in Latin America Today – Its Implications for United States Policy*, New York 1960, S. 185.
- 39 Vgl. Oswaldo Hurtado (INEDES), *Dos Mundos . . .*, a. a. O., S. 174.
- 40 J. Heydecker, *Zweihundert Familien beherrschen Peru*, in: *Stuttgarter Zeitung*, 11. Januar 1969, S. 56.
- 41 Elena Hochman und Heinz Rudolf Sonntag, Christentum . . . , a. a. O., S. 43.
- 42 Rodolfo Stavenhagen, *Sieben falsche Thesen über Lateinamerika*, in: André Gunder Frank, Che Guevara u. a., *Kritik des bürgerlichen Antiimperialismus*, Berlin 1969, S. 15 ff., hier S. 23 ff.
- 43 Mechthild König, *Die Rolle der Mittelschichten . . .*, a. a. O., S. 40 – 42.
- 44 Vgl. Lilo Linke, *Ecuador. Country of Contrasts*. London, New York ³1960, S. 80.
- 45 Ebenda, S. 80.
- 46 Charles Wagley und M. Harris, *Typology of Latin American Subcultures*, in: *American Anthropologist*, Bd. 57, S. 428 ff., hier S. 441.
- 47 Rodolfo Stavenhagen, *Sieben falsche Thesen . . .*, a. a. O., S. 24.
- 48 Vgl. hierzu vor allem die Arbeiten von J. J. Johnson, *Political change in Latin America: the emergence of the middle sector*, Stanford 1958. – Luis Ratinoff, *The new urban groups: „The middle classes“*, in: Seymour Martin Lipset und Aldo Solari, *Elites in Latin America*, New York 1967, S. 61 ff.
- 49 Zitiert bei Luis Ratinoff, *The new urban groups . . .*, a. a. O., S. 61 ff.
- 50 Vgl. Elena Hochman und Heinz Rudolf Sonntag, Christentum . . . , a. a. O. S. 46 – 47.
- 51 Siehe: o. N.: *Da hilft nur Gewalt*, in: *Der Spiegel*, Nr. 36, 31. August 1970, S. 94 (Serie).
- 52 Elena de la Souchère, *América Latina: los mecanismos del poder*, Rezension des Buches gleichen Titels von Luis Mercier Vega, in: *Mundo Nuevo*, Nr. 17, November 1967, S. 85 ff., hier S. 86.
- 53 Vgl. George I. Blanksten, *The Aspiration for Economic Development*, in: *The Annals*, Bd. 334, März 1961 (*Latin America's Nationalistic Revolutions*), S. 10 ff., hier S. 17. – Antonio Díaz, *Cambios sociales de las clases dominantes del Ecuador*, in: *Revista Mexicana de Sociología*, Bd. XXV, Nr. 2, Mai/August 1963, S. 721 ff., hier S. 732. – Lilo Linke, *Ecuador, country of contrasts . . .*, a. a. O., S. 85.

- 54 Elena Hochmann und Heinz Rudolf Sonntag, *Christentum ...*, a. a. O., S. 48.
- 55 Vgl. hierzu Manuel D'Ornellas Suárez, *Militares y oligarquía en el Peru*, in: *Mundo Nuevo*, Nr. 43, Januar 1970, S. 19 ff.
In bezug auf die peruanische Oligarchie stellt D'Ornellas fest, daß „alle ihre Mitglieder europäische oder spanische Abstammung für sich in Anspruch nehmen; anders ausgedrückt, sie betrachten sich als Ausländer, die seit Jahrhunderten in einem eroberten Land ansässig sind“. (S. 19.)
- 56 Vgl. ebenda, S. 20. D'Ornellas beschreibt ein ähnliches Phänomen der Gesellschaft von Lima; hier treten die Italiener an die Stelle der Araber im Falle Ecuadors.

KAPITEL II: PARTEIEN UND POLITISCHE UNTERENTWICKLUNG

- 1 George I. Blanksten, Ecuador: The politics of instability, in: Martin C. Needler (Hrsg.), *Political System of Latin America*. New York, Cincinnati u. a. 21970, S. 300 ff., hier S. 307.
- 2 Robert E. Scott, Parties and Policy Making in Latin America, in: Joseph LaPalombara und Myron Weiner (Hrsg.), *Political Parties and Political Development*, Princeton, New Jersey 1966, S. 331 ff., hier S. 337 ff.
- 3 Vgl. Joseph LaPalombara und Myron Weiner, *The Origin and Development of Political Parties*, in: Joseph LaPalombara und Myron Weiner (Hrsg.): *Political Parties and Political Development*, University Press, Princeton, N. J., 1966, Kap. I, S. 3–42, hier S. 33 ff. – Beide Autoren schlagen für „competitive party systems“ eine vierfache Klassifikation vor, mit den Dimensionen „turnover-hegemonic“ in bezug auf das politische System und „ideological-pragmatic“ im Hinblick auf die Parteien selbst.
- 4 Was den Fall Chiles betrifft, so ist bekannt, daß am 11. September 1973 die „Frente Popular“ (Volksfront), die 1970 durch Wahlen an die Macht kam, von der Militärjunta gestürzt worden ist.
- 5 Vgl. Lorenz Stucki, Ohne Slums und Feudalismus? Südamerika sucht seinen eigenen Weg ins 20. Jahrhundert (Reihe I), in: *Die Zeit*, 13. November 1970, S. 52.
- 6 George I. Blanksten, *Ecuador: Constitutions and Caudillos*, New York 1964, S. 60.
- 7 José María Velasco Ibarra, *Conciencia o Barbarie – Exégesis de la Política Americana*, Buenos Aires 1938, S. 35.
- 8 José María Velasco Ibarra, *Conciencia ...*, a. a. O., S. 46.
- 9 Vgl. Jacques Chonchol, Warum beschleunigt sich die revolutionäre Entwicklung?, in: Peter Molt (Hrsg.), *Latinamerika. Eine Analyse seiner gegenwärtigen Probleme*. Bonn 1965, S. 142 ff., hier S. 146.
- 10 Bezeichnend ist das sog. „Llamamiento a la Paz y la Cordura“ (Aufruf zu Frieden und Vernunft) des Erzbischofs von Guayaquil, Monseñor Bernardino Echeverría Ruiz, welches er einen Tag nach der Proklamation der Diktatur von Velasco Ibarra veröffentlichte (vgl. wörtliches Zitat in Kap. V, S. 179 f.). – Siehe: o. N., *El Universo*, 23. Juni 1970, S. 1.
- 11 Raymond Aron, Die politischen Institutionen des Westens in der Welt des 20. Jahrhunderts, in: *Die Bewährung der Demokratie im 20. Jahrhundert*.

- Das Seminar von Berlin – Kongreß für kulturelle Freiheit, Zürich 1961, S. 17 ff., hier S. 35 ff.
- 12 Vgl. Nelson Rockefeller, *La Calidad de la Vida en las Américas. Informe sobre Latina*, presentado por una Misión Presidencial de los Estados Unidos de América, New York (?), o. J. (1970?), S. 6 ff.
 - 13 Hermann P. Gebhardt, *In Lateinamerika hat die Demokratie noch wenig Chancen*, in: *Stuttgarter Zeitung*, 15. Februar 1971, S. 6.
 - 14 Vgl. Rolf Schroers, *Lateinamerikanischer Kolonialismus*, in: *Frankfurter Hefte*, 19. Jg., Heft 7, Juli 1964, S. 467 ff., hier S. 472. – Siehe auch: Juan Carlos Mariátegui, *Siete Ensayos de Interpretación de la Realidad peruana*, Lima 1971, S. 50 ff.
 - 15 *Das wirtschaftliche Problem Lateinamerikas*, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 10. 1. 1969.
 - 16 Siehe Gustavo Beyhau, *Süd- und Mittelamerika II. Von der Unabhängigkeit bis zur Krise der Gegenwart*, Frankfurt/M. 1965, S. 23/24.
 - 17 Vgl. Mauro Jiménez Lazcano, *Integración económica e Imperialismo. Mexiko 1968*, S. 20. Siehe auch Rodolfo Puigros, *Historia crítica de los partidos políticos argentinos*, Buenos Aires 1956, S. 11 ff.
 - 18 Vgl. Tulio Halperin Donghi, *Historia contemporánea de América Latina*, Madrid 21970, S. 76.
 - 19 Ebenda, S. 77
 - 20 Vgl. Federico G. Gil, *Instituciones y desarrollo político de América Latina (INTAL)*, Buenos Aires 1966, S. 28 ff.
 - 21 Siehe Belisario Quevedo, *Texto de historia patria*, Quito 1959, S. 104 ff. Siehe auch: Gustavo Beyhau, *Süd- und Mittelamerika II ...*, a. a. O., S. 26 – 27. – Federico G. Gil, *Instituciones y desarrollo ...*, a. a. O., S. 28 ff.
 - 22 Vgl. Max Beloff, *Typologie der politischen Parteien*, in: *Beiträge zur allgemeinen Parteienlehre – Zur Theorie, Typologie und Vergleichung politischer Parteien*, Hrsg. Gilbert Ziebur, Darmstadt 1969, S. 331 ff., hier S. 338.
 - 23 Siehe: o. N., *Ecuador – Land der ungenützten Möglichkeiten*, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 16. April 1969, Blatt 3.
 - 24 Vgl. Jesús García, *Los obstáculos al desarrollo en América Latina*, in: *La iglesia, el subdesarrollo y la revolución (Colección Latinoamérica Hoy)*, Mexiko 1968, S. 54 ff., hier S. 58.
 - 25 Vgl. Maurice Duverger, *Les régimes politiques*, Paris 1951, S. 94 ff.
 - 26 Juan Beyneto, *Los puntos de partida de la organización política hispanoamericana*, in: *Revista de Estudios Políticos*, Nr. 91, Januar/Februar 1957, S. 145 ff., hier S. 148.
 - 27 Pio Jaramillo Alvarado, *El régimen totalitario en América. Tres ensayos políticos*. Quito 1962, S. 85.
 - 28 Vgl. Julio Icaza Tigerino, *Elementos de la anarquía hispanoamericana*, in: *Revista de Estudios Políticos*, Nr. 31 – 32, Bd. XVII, Madrid 1947, S. 273 ff., hier S. 274.
 - 29 Karl Löwenstein, *Der Staatspräsident*, in: *Archiv des Öffentlichen Rechtes*, Band 75, 1949, S. 129 ff., hier S. 129.
 - 30 Vgl. Antonio Carro Martínez, *El Caudillismo americano*, in: *Revista de Estudios Políticos*, Nr. 93, Mai – Juni 1957, S. 139 ff., hier S. 140 – 141. – Juan Beyneto, *Los puntos de partida ...*, a. a. O., S. 146.

- 31 Vgl. Stanislav Andresky, *Parasitismo y subversión en América Latina*, Buenos Aires 1967, S. 169. – José María Álvarez Romero, *Liquidación del actual ciclo histórico en Hispanoamérica*, in: *Revista de Estudios Políticos*, Nr. 123, Mai/Juni 1962, S. 235 ff., hier S. 248.
- 32 Siehe Belisario Quevedo, *Texto de historia patria*, a. a. O., S. 122 ff.
- 33 Carlos Widmann, *Ecuadors Volkstribun wieder Präsident – Velasco Ibarra schlägt mit seiner „Bewegung“ die Konservativen und die Linke*, in: *Süd-deutsche Zeitung*, 6. Juni 1968, S. 8.
- 34 Alfredo Espinoza Tamayo, *Psicología del pueblo ecuatoriano*, Guayaquil 1918, S. 134.
- 35 Vgl. Federico G. Gil, *La política latinoamericana. Partidos políticos, bases económicas*. Santiago de Chile 1957, S. 27 ff., hier S. 28 – 29. – Oswaldo Hurtado, *Dos mundos superpuestos ...*, a. a. O., S. 221.
- 36 Vgl. Rafael Salillas, *Teoría del caciquismo (Boceto de Psicología política)*, in: *Anales de Sociología* (Barcelona), Nr. 3, 1967, S. 183 ff., hier S. 189. – Stanislav Andresky, *Parasitismo y subversión ...*, a. a. O., S. 184.
- 37 Vgl. E. J. Hobsbawn, *Peasants and rural migrants in politics*, in: Claudio Véliz (Hrsg.): *The politics of conformity in Latin America*, London, New York, Toronto 1967, S. 43 ff., hier S. 49.
- 38 Nach der bis zur Proklamation Velascos als Diktator (22. 6. 70) gültigen letzten Verfassung aus dem Jahre 1967 waren nur Personen über 18 Jahre wahlberechtigt, die lesen und schreiben konnten.
- 39 Wir beziehen uns hier vor allem auf die Großstädte, wo in der Tat ein Urbanisierungsprozeß stattgefunden hat und die Großgrundbesitzer infolge des starken Wachstums derselben notgedrungenerweise untereinander oder zu anderen Wirtschaftsgruppen in Konkurrenz stehen. Dies gilt in erster Linie für die beiden größten Städte des Landes Guayaquil und Quito. Daneben gibt es aber eine große Anzahl von Provinzen, in deren Hauptstädten ein oder zwei „Caciques“ uneingeschränkt herrschen und die nicht als „Zentren nationaler Politik“ angesehen werden können.
- 40 Vgl. S. F. Finer, *Military and society in Latin America*, in: *The sociological Review Monograph*, Nr. 11, *Latin American Sociological Studies*, Hrsg. Paul Halmos, Keele University, Februar 1967, S. 133 ff., hier S. 134. – Lucian W. Pye, *Politics, personality and nation building – Burma's Search for Identity –*, New Haven, London 1963, S. 15 ff., hier S. 20 – 21.
- 41 Vgl. Leopoldo Benites Vinuesa, *Ecuador: drama y paradoja*, Mexiko 1950, S. 15.
- 42 Joaquín Costa, *Oligarquía y Caciquismo, Colectivismo agrario y otros escritos*, Madrid 1969, S. 24/25, Joaquín Costa (1846 – 1911), ein berühmter spanischer Schriftsteller, war zu seiner Zeit vielleicht der bedeutendste politische Theoretiker in Spanien. Seine Abhandlungen haben auch im heutigen Spanien noch Gültigkeit.
- 43 Vgl. Russell H. Fitzgibbon, *A political Scientist's point of view*, in: *APSR*, Bd. XLIV, 1950 – W. W. Pierson (Hrsg.), *Pathology of democracy in Latin America: A Symposium*, S. 118 ff., hier S. 122.
- 44 Vgl. George I. Blanksten, *Ecuador: The politics of instability*, a. a. O., S. 302 – 304.
- 45 Vgl. Angel F. Rojas, *La novela ecuatoriana*, Mexiko, Buenos Aires 1948, S. 9 – 10, 73 – 74.

- 46 Vgl. Richard F. Behrendt, Lateinamerika: Labilität und Rivalität der Integrationsgebilde, in: Gilbert Ziebur (Hrsg.): Nationale Souveränität oder übernationale Integration?, Berlin 1966, S. 86 ff., hier S. 90.
- 47 Vgl. Frank Tannenbaum, Lateinamerika, Stuttgart 1964, S. 24.
- 48 Vgl. Richard Behrendt, Lateinamerika: Labilität und Rivalität ..., a. a. O., S. 89.
- 49 Gino Germani, Política y sociedad en una época de transición – De la sociedad tradicional a la sociedad de masas, Buenos Aires 1965, S. 147 ff.
- 50 Siehe: o. N., Conclusiones y programa de acción elaborado por el Comité Directivo de la Comisión Justicia y Paz del Ecuador, in: Nadoc (Servicio Latinoamericano de documentación para el desarrollo, publicado por Noticias Aliadas), Lima, Nr. 192, 3. März 1971, S. 1 ff.
- 51 Víctor Alba, Parásitos, mitos y sordomudos, „Ensayo sobre la Alianza para el Progreso y el Colonialismo Latinoamericano“ (Suplemento a la revista Panoramas, Nr. 11, September/Oktobre 1964), Mexiko 1964, S. 37. – Unter „Ecuadorianer“ versteht V. Alba die Minderheit, die am politischen Prozeß teilnimmt. Wenn er von Indios spricht, bezieht er dies auf die verschiedenen nicht privilegierten Gruppen im allgemeinen.
- 52 Vgl. Atilio A. Boron, Movilización política y crisis política en Chile (1920 – 1970), in: Aportes, Nr. 20, April 1971, S. 42 ff.
- 53 Vgl. Roger Vekemans und Ismael Silva Fuenzalida, Integration und Sozialreform, in: Sozio-ökonomische Typologie Lateinamerikas – Beiträge zur Soziologie und Sozialkunde Lateinamerikas, Hrsg. Hanns-Albert Steger, Bad Homburg v. d. H. – Berlin – Zürich 1968, S. 33 ff., hier S. 40. – Vgl. auch Lucian W. Pye, Politics, Personality and Nation Building ..., a. a. O., S. 16 – 17.
- 54 Vgl. Kalman H. Silvert, The conflict society: Reaction and Revolution in Latin America, New Orleans, Louisiana 1961, S. 28.
- 55 Harry J. Benda, Non-western intelligentsias as political elites, in: John J. Kautsky (Hrsg.): Political change in underdeveloped countries – Nationalism and Communism, New York – London 1964, S. 235 ff., hier S. 247.
- 56 Robert K. Furtak, Die politischen Parteien Lateinamerikas, in: Ibero-Amerika – Ein Handbuch, Hamburg 1966, S. 15 ff., hier S. 15.
- 57 Vgl. Julio Icaza Tigerino, Sociología de la política hispanoamericana, Madrid 1962, S. 50 – Edmund Stephan Urbansky, Ecuador's socio-political mosaic, in: Current History, Januar 1964, Bd. 46, Nr. 269, S. 19 ff., hier S. 19. – Die Präsidentschaft Fernando Belaúnde Terrys in Peru – Kompliziertes Parteienmosaik, in: Neue Zürcher Zeitung, 10. Juni 1967, Blatt 4.
- 58 Vgl. Martin C. Needler, Latin American Politics in Perspective, Princeton – New York – Toronto – London 1963, S. 106. – William W. Pierson und Federico G. Gil, Government of Latin America, New York – Toronto – London 1957, S. 315 ff. – Robert K. Furtak, Die politischen Parteien ..., a. a. O., S. 15. – Federico G. Gil, Instituciones y desarrollo ..., a. a. O., S. 106 ff.
- 59 „Tribunal Supremo Electoral“ = autonomes Staatsorgan, nach der Verfassung zuständig für die gesetzliche Anerkennung der Parteien, Ausrufung, Durchführung und Überwachung von Wahlen. – In bezug auf die gesetzliche Anerkennung der Parteien siehe vor allem: Reglamento a la Ley de Elecciones, Art. 57 ff., in: Recopilación de Códigos y Leyes de la República del Ecuador (Corporación de Estudios y Publicaciones), Band

- II, Quito 1968. Nach diesem Gesetz ist nichts leichter als die Erreichung der Anerkennung als Partei. Ein entsprechender Antrag muß lediglich von den Unterschriften der Parteiführung und 5000 „eingeschriebener Mitglieder“ begleitet sein. Die Erfüllung der anderen wichtigen Voraussetzung, nämlich die Vorlage eines Programms, welches Lösungen für die Probleme Ecuadors anbietet und die Verfassung nicht verletzt, ist eine reine Formalität. – Siehe auch in bezug auf die chronologische gesetzliche Anerkennung und Proliferation der Parteien den Aufsatz von Manuel Naranjo Toro, *Proliferación de partidos políticos*, in: *Revista de la Asociación Escuela de Derecho de la Universidad Central del Ecuador*, Quito 1969, Nr. 19, S. 41 ff.
- 60 Gustavo Salgado: *Aritmética electoral*, in: *El Comercio*, Quito, 23. Januar 1970, S. 4.
- 61 Siehe: o. N., *Ecuador auf dem Weg von der Militärdiktatur zur Demokratie*, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 6. Juli 1967, Blatt 3.
- 62 Siehe: o. N., *El Régimen de Partidos*, in: *El Universo*, 17. März 1970 (Leitartikel).
- 63 Vgl. Robert E. Scott: *Parties and policy making in Latin America . . .*, a. a. O., S. 339 – 340.
- 64 Vgl. James D. Cochrane, *Ecuador: A present-day Portrait*, in: *Current History*, November 1966, Bd. 51, Nr. 303, S. 264 ff., hier S. 269 ff.
- 65 Seit dem Staatsstreich zugunsten Velascos am 22. Juni 1970 ist diese Verfassung außer Kraft.
- 66 *Registro Oficial* (Quito), 19. April 1967, Nr. 109.
- 67 Siehe: o. N., *Ayuda a la alfabetización*, in: *El Universo*, 12. März 1970 (Leitartikel).
- 68 Siehe: o. N., *Ecuador – ein Bauernland*, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 20. Juni 1967, Blatt 3.
- 69 Vgl. George I. Blanksten, *Ecuador: Constitutions and Caudillos . . .*, a. a. O., S. 59 – 60.
- 70 Vgl. Joseph LaPalombara und Myron Weiner, *The origin and development of politics and parties . . .*, Kapitel I, a. a. O., S. 3 ff.
- 71 Vgl. Alan Angell, *Party Systems in Latin America*, in: *The Political Quarterly*, Bd. 37, Juli/Sept. 1966, S. 309 ff. – Siehe: o. N., *Regierungsparteien und Opposition in Kolumbien*, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 9. April 1969, S. 5.
- 72 Vgl. Kalman H. Silvert, *The Costs of Anti-Nationalism*, in: Kalman H. Silvert (Hrsg.): *Expectant Peoples: Nationalism and development*, New York 1963, S. 355 – 56. – Siehe auch in diesem Sinn den Vorwurf von Erzbischof-Koadjutor Aníbal Muñoz Duque von Bogotá (Kolumbien), den er im April 1970 dem Präsidentschaftskandidaten machte, nämlich „das Volk mit aufgeblasenen Versprechungen, die niemand erfüllen kann“, zu den Wahlurnen gerufen zu haben, statt ein wirklich tragfähiges Programm zur Hebung der sozialen Situation der Bevölkerung zu verfolgen. In: *Adveniat* „70“: „Gerechtigkeit besiegt Gewalt“, Hrsg. Geschäftsstelle der bischöflichen Aktion *Adveniat*, Essen, Oktober 1970, S. 6.
- 73 Leslie F. Manigat, *Introduction*, in: Jean-Pierre Bernard, Silas Cerqueira u. a. *Tableau des parties politiques en Amérique du Sud*, *Cahiers de la fondation nationale des sciences politiques*, Paris 1969, S. 9 ff., hier S. 19 – 20.

- 74 Vgl. François Bourricaud, La formación de las élites en América Latina y los problemas del desarrollo, in: Aportes, Nr. 1, Juli 1966, S. 121 ff., hier S. 148 ff.
- 75 Vgl. Seymour M. Lipset, Political Cleavages in „developed“ and „emerging“ Policies, in: Erik Allardt und Yrjö Littunen (Hrsg.): Cleavages, ideologies and party systems. Contributions to comparative political sociology, Turku 1964, S. 21 ff., hier S. 25/26. – Cláudio Ary Dillon Soares, The politics of uneven development: The case of Brazil, in: Seymour M. Lipset und Stein Rokkan (Hrsg.): Party systems and voter alignments. Cross-national perspectives. New York, London 1967, S. 467 ff., hier S. 475 ff.
- 76 Vgl. Russell H. Fitzgibbon, The party potpourri in Latin America, in: Western Political Quarterly, Bd. 10, März 1957, S. 13. Zitiert bei George I. Blanksten, Political Groups in Latin America, in: John H. Kautsky, Political change in underdeveloped countries . . . , a. a. O., S. 140 ff., hier S. 149.
- 77 Vgl. Bolívar Echeverría, Horst Kurnitzky, Vorwort in: André Gunder Frank, Ché Guevara u. a., Kritik des bürgerlichen Anti-Imperialismus, Berlin 1969, S. 7 ff., hier S. 9 ff. – Eine Bestätigung in dieser Hinsicht sind auch die Aussagen des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei Ecuadors Pedro Saad in einem Interview mit der Zeitung El Universo, 25. April 1970, S. 8/9.
- 78 Surcos (Órgano de la F. E. U. E. de Quito), Oktober 1953, zitiert bei: Luis Maldonado Estrada, Una etapa histórica en la vida nacional, Quito 1954, S. 189.
- 79 Vgl. John H. Kautsky, An Essay on the politics of development, in: John H. Kautsky (Hrsg.), Political change in underdeveloped countries . . . , a. a. O., (Note 55, Kap. II), S. 3 ff., hier S. 20.
- 80 Vgl. Myron Weiner, Political modernization and evolutionary theory, in: Herbert R. Barriger, George I. Blanksten und Raymond W. Mack (Hrsg.): Social change in developing areas, Cambridge/Mass. 1965, S. 102 ff. – John H. Kautsky, An Essay on the politics of development . . . , a. a. O., vor allem S. 18 – 21.
- 81 Vgl. William S. Stokes, Violence as a power factor in Latin-American Politics, in: Western Political Quarterly, Bd. V, Nr. 3, September 1952, S. 445 ff.
- 82 Vgl. Leopoldo Zea, En torno a una filosofía americana, in: Jornadas, Nr. 52, El Colegio de México, Centro de Estudios Sociales, 1945, S. 54/55.
- 83 Nach Blasco Peñaherrera, Ecuador, un país paralizado, in: Vistazo, Dez. 1970, belief sich der Haushalt Ecuadors im Jahre 1971 auf 5 127 Millionen Sucres (etwa 200 Millionen US Dollar), von denen zwischen 13 und 15 % für Entwicklungsprojekte vorgesehen wurden und dieser Prozentsatz wurde – wie dies schon seit 20 Jahren geschah – für Begrädnungen und Verbesserungen schlecht gebauter Straßen angewandt. Der Rest wurde für die laufenden Kosten der Administration verwendet (wieviel davon den Militärs zufiel, ist aus diesen Statistiken nicht ersichtlich; die Summe ist jedoch beträchtlich). – Siehe auch: Efraín Pérez Castro, Reorganización del Banco Central, in: El Universo, 11. Juli 1970, nach diesem Artikel verdienen die leitenden Angestellten der Banco Central im Durchschnitt 26 000 Sucres (nach dem jetzigen Kurs von 1 Dollar = 25 Sucres mehr als 1000 US Dollar, damaliger Kurs: 1 Dollar = 18 Sucres), der Generaldirektor 55 000

- Sucres und die Boten und Portiers je 5000 Sucres. Diese Summen werden erst verständlich, wenn man in Betracht zieht, daß das monatliche Pro-Kopf-Einkommen in Ecuador 300 Sucres betrug. Allein die leitenden Angestellten der Banco Central kosteten den Staat monatlich 350 000 Sucres.
- 84 Vgl. Mechthild König, Die Rolle der Mittelschichten in der wirtschaftlichen Entwicklung Ecuadors – Arbeitsberichte des Ibero-Amerika-Instituts für Wirtschaftsforschung an der Universität Göttingen, Heft 6. Göttingen 1969, S. 156 ff.
 - 85 Vgl. Justino Cornejo, El monstruo de la burocracia, in: El Telégrafo, 27. Februar 1970. – De la huerta, Sin plan económico, gobierno no atinará jamás a salir de crisis, in: El Telégrafo, 15. 2. 1970.
 - 86 Vgl. Frank R. Brandenburg, Political Parties and Elections, in: Harold E. Davis, Government and Politics in Latin America, New York 1958, S. 186 ff., hier S. 189 – 190. – Boris Goldenberg, Gewerkschaften in Lateinamerika, Hannover 1964, S. 15. – George I. Blanksten, Ecuador: Constitutions . . . , a. a. O., S. 59. – Kalman H. Silvert, The conflict society . . . , a. a. O., S. 25.
 - 87 Rafael Galarza Arízaga, Esquema Político del Ecuador, Guayaquil 1963, S. 148 – 149. (Hervorhebungen durch den Verfasser).
 - 88 Das Gesetz – auf spanisch „Ley de Servicio y Carrera Administrativa“ – wurde von der „Junta Militar de Gobierno“ durch Dekret Nr. 412 am 28. Februar 1964 verabschiedet und im „Registro Oficial“ Nr. 198 am 6. März 1964 veröffentlicht. Es existierte aber nur auf dem Papier, weil es von niemanden respektiert wurde. Dies läßt darauf schließen, daß Velasco nur publikumswirksame Demagogie betrieb. Seine Drohung richtete sich diesmal vor allem auch gegen die Schaffung eines neuen Amtes, dem des „Jefe Nacional de Personal“, der nach Velascos Meinung „eine eigene Republik“ bilden sollte, um ihn in seiner Freiheit, Beamte zu ernennen, zu beschränken.
 - 89 Siehe: o. N., Dr. Velasco insiste en no asumir el poder, in: El Universo, 24. Juli 1968.
 - 90 Siehe: o. N., Soy la única víctima entre velasquistas y los empleados, in: La Razon, 30. Juli 1968. – Siehe auch: o. N., Velasquismo apoyaría a Dr. Otto Arosemena para presidente en 1972, in: El Universo, 31. Juli 1968.
 - 91 Siehe: o. N.; Pretensión lesiva, in: El Telégrafo, 27. Februar 1970 (Leitartikel).
 - 92 Siehe: o. N., Izquierda democrática y Velasquismo se unifican, in: El Universo, 31. Juli 1968, S. 1.
 - 93 Colbert, Con viejos partidos!, in: El Telégrafo, 30. Mai 1969.
 - 94 Einem Artikel in: El Universo, 18. Februar 1970, unter dem Titel „11 millones de sucres al País Pacto Liberal-Velasquista“ ist zu entnehmen: Die Dissidentenclique der Liberalen Partei, die von der Direktive aus der Partei ausgeschlossen worden war, demaskierte die Parteiführung und brachte die Vorteile, die diese unter anderem aus den sogenannten „pactos a nivel parlamentario“ genoß, ans Tageslicht. Demnach erfreute sich zum Beispiel die gesamte Direktive der Liberalen Partei großer Pfründen im Verwaltungsapparat (der Superintendent der ecuadorianischen Banken 30 000 Sucres = ca. 1200 US Dollar, der Rechtsanwalt der „Superintendencia de Bancos“ 18 000 Sucres = ca. 800 US Dollar). – Siehe auch: o. N., Disciplina de

Partido?, in: El Telégrafo, 17. Februar 1970 (Leitartikel). – Pedro Tinto, Tremendismo liberal electoral, in: El Telégrafo, 14. Februar 1970.

KAPITEL III: „POPULISMO“ ALS MODELL DER POLITISCHEN ENTWICKLUNG – „VELASQUISMO“ UND MASSENMANIPULATION

- 1 Vgl. Alfonso Aguilar, Refutación a teorías sobre Subdesarrollo, in: Alfonso Aguilar, Rogelio Frigerio, Conrado Eggers Lan u. a.: Desarrollo y Desarrollismo, Buenos Aires 1969, S. 12 ff., hier S. 86 ff.
- 2 Unter Nationalbourgeoisie sind hier vor allem die Gruppen der Handels- und Industriebourgeoisie zu verstehen, welche auf Grund der Krise des Kapitalismus vom Jahre 1929 an und bis zu seiner Erholung etwa ab 1950 durch die schon früher erwähnte Politik der „Substitution der Importe“ die Produktion im Lande beherrschen.
- 3 Vgl. Fernando Henrique Cardoso und Enzo Faletto, Dependencia y desarrollo en América Latina (Ensayo de interpretación sociológica), Mexiko 1971, vor allem Kap. V, S. 102 ff., Kap. IV, S. 54 ff. – Marcos Kaplan, Desarrollo socioeconómico y estructuras estatales en América Latina, in: Aportes, Nr. 4, April 1967, S. 24 ff., hier S. 27 ff. – Obwohl beachtet werden muß, daß in politischer Hinsicht der Verfall des „oligarchischen“ Systems, wie Cardoso und Faletto anführen, schon vor der Weltwirtschaftskrise von 1929 einsetzte, scheint fast Übereinstimmung darüber zu herrschen, daß die Krise den entscheidenden Faktor darstellt.
- 4 Die wichtigsten populistischen Parteien Lateinamerikas sind heute: „Peronismo“ (Argentinien), „Acción Popular Revolucionaria Americana“ – A. P. R. A. (Peru), „Federación Nacional Velasquista“ (Ecuador), „Acción Democrática“ (Venezuela), „Movimiento Nacional Revolucionario“ – MNR (Bolivien), „Partido Revolucionario Dominicano“ – PRD (Dominikanische Republik), „Partido de Liberación Nacional“ – PLN (Costa Rica).
- 5 Vgl. François Bourricaud, El destino de las oligarquías y la sobrevivencia del hombre oligárquico, in: Aportes, Nr. 4, April 1967, S. 4 ff. – J. Lambert, Amérique Latine, Structures sociales et institutions politiques, Paris 1963, S. 246 ff. – Hugo Neira, Populismes ou Césarismes Populistes? Quelques remarques sur une famille de partis politiques d'Amérique Latine, in: Revue Française de Science politique, Bd. XIX, Nr. 3, Juni 1969, S. 536 ff. – Alan Angell, Party Systems in Latin America, in: The Political Quarterly, Bd. 37, Juli/September 1966, S. 309 ff., hier S. 315 ff. – Osvaldo Sunkel, Change and frustration in Chile, in: Obstacles to Change in Latin America, Hrsg. von Claudio Véliz, London, New York, Toronto 1965, S. 116 ff., hier S. 131.
- 6 Vgl. Hugo Neira, Populismes ou Césarismes . . ., a. a. O., S. 537.
- 7 Unter dem Begriff „marginale urbane Massen“ verstehen wir hier die nach der Stadt migrierten großen Bevölkerungsteile ländlicher Herkunft, die vom „Populismo“ mobilisiert werden, jedoch nicht im politisch-sozialen System integriert sind. Sie werden oft als „Opfer der steigenden Erwartungen“ bezeichnet und bilden die Basis für den „Populismo“. Es muß aber gesagt werden, daß die Bezeichnung des „Populismo“ auch auf die Mittelschichten und das Industrieproletariat durchaus zutreffen kann in dem Sinn, daß diese

- ebenfalls Elemente der Mobilisation gegen die traditionelle Herrschaft der Oberschicht darstellen und im politischen Prozeß nicht integriert sind.
- 8 Vgl. Torcuato Di Tella, *Populism and Reform in Latin America*, in: Claudio Véliz (Hrsg.), *Obstacles to Change in Latin America*, London, New York, Toronto 1965, S. 47 ff.
 - 9 Vgl. Alan Angell, *Populism and Political Change. The Case of Columbia*, in: *The Sociological Review Monograph*, Nr. 11, *Latin American Sociological Studies*, Hrsg. von Paul Halmos/Keele University, Februar 1967, S. 79 ff., hier S. 80.
 - 10 Vgl. Atilio A. Boron, *Movilización política y crisis política en Chile (1920 – 1970)*, in: *Aportes*, Nr. 20, April 1971, S. 42 ff., hier S. 43 – 45.
 - 11 Vgl. Gino Germani, *Política y sociedad en una época de transición (De la sociedad tradicional a la sociedad de masas)*, Buenos Aires 1965, S. 158.
 - 12 Vgl. Gino Germani, *Política y sociedad ...*, a. a. O., S. 158.
 - 13 Hugo Neira, *Populismes ou Césarismes ...*, a. a. O., S. 568.
 - 14 Ebenda, S. 572.
 - 15 Vgl. Juan Carlos Rubinstein, *Desarrollo y discontinuidad política en Argentina*, Buenos Aires 1968 S. 80.
 - 16 Vgl. Helio Jaguaribe, *Los modelos políticos y el desarrollo nacional en América Latina*, in: *Aportes*, Nr. 6, Oktober 1967, S. 87 ff., hier S. 104.
 - 17 Ebenda, S. 104.
 - 18 Zwei relevante Aspekte im Hinblick auf diese Rolle der Mittelschichten lassen sich hier herauskristallisieren: a) Es ist eine Realität, daß die Mittelschichten in den lateinamerikanischen Ländern nicht in der Lage gewesen sind, fortschrittliche Parteien zu bilden (vielleicht mit gewissen Einschränkungen im Fall Chile). b) Wie die Geschichte zeigt, ist die Armee, deren Offizierscorps sich in erster Linie aus den Mittelschichten rekrutiert, immer bereit zu intervenieren, wenn die Mechanismen der Manipulation nicht wirksam genug sind, um die Massen in den Grenzen des traditionellen Systems zu halten.
 - 19 Helio Jaguaribe, *Los modelos políticos ...*, a. a. O., S. 104.
 - 20 Unter „chusma“ versteht Velasco seine Anhänger im Volk, das heißt jene nicht integrierte Masse, die nach seiner Meinung von der Oligarchie unterdrückt wird. Dasselbe gilt für Peróns „descamisados“ oder „cabecillas negras“.
 - 21 Augustín Cueva, *Introducción a la mitología velasquista*, in: *Mañana*, Nr. 191, 27. April 1967, S. 8 ff., hier S. 11.
 - 22 Vgl. Max Weber, *Soziologie, Weltgeschichtliche Analysen, Politik*. Stuttgart 41968, S. 151 ff., hier S. 159 ff.
 - 23 Vgl. Carlos Fayt, *El fenómeno peronista*, in: *Aportes*, Nr. 1, 1966, S. 5 ff., hier S. 7. – Alan Angell: *Party Systems ...*, a. a. O., S. 319.
 - 24 Vgl. Carlos Fayt, *El fenómeno peronista ...*, a. a. O., S. 8.
 - 25 Siehe: o. N., *Da hilft nur Gewalt*, in: *Der Spiegel*, Nr. 38, 14. September 1970 (Serie Lateinamerika), S. 178.
 - 26 Persönliche Mitteilung von dem Intellektuellen Iván Carvajal in Quito, Februar 1970.
 - 27 Carlos Palacios Saénz, *Soldados Oligarcas*, in: *El Universo*, 15. August 1970, S. 4.
 - 28 Vgl. K. H. Silvert, *Nationalism in Latin America*, in: *The Annals*, Bd. 334, März 1961 (*Latin America's nationalistic revolutions*), S. 1 ff., hier S. 3.

- 29 Vgl. Roger Bastide, Les mythes politiques nationaux de l'Amérique Latine, in: Cahiers Internationaux de Sociologie, Bd. XXXIII, 1962, S. 75 ff.
- 30 Diese „christliche“ Interpretation der Demokratie, verbunden mit „ideologisch“ prägnantem Antikommunismus, ist die Antwort auf jegliche Art von Reformen, die die Privilegien der herrschenden Klasse in Gefahr bringen könnten. Siehe hierzu: Anzeige des „Komitees zum Kampf gegen den Kommunismus“ unter dem Titel: „Glück ohne Kommunismus, Ecuadorianer“, in: El Universo, 10. Januar 1970.
- 31 Martín Fierro, Espectro de la crisis mortal del sistema, in: Mañana, Nr. 320, 25. Dezember 1969, S. 9.
- 32 So nach Peter Heintz, Ein soziologisches Paradigma der Entwicklung – Unter besonderer Berücksichtigung Lateinamerikas. Stuttgart 1969, S. 61.
- 33 Der berühmte Fußballkrieg von 1970 zwischen Honduras und El Salvador paßt in diese Richtung der populistischen Manipulation. Die von der Regierung El Salvadors herausgegebenen Schatzanweisungen der „nationalen Würde“, welche an die Unternehmen und von diesen unter Zwang an die Arbeiter verkauft wurden, erhöhten das Opfer der Arbeiterschaft noch lange Zeit danach durch die Warnung: „Jeder Streik ist Verrat am Vaterland.“ – Siehe: Documento de Nadoc (Servicio Latinoamericano de Documentación para el Desarrollo), Nr. 195, Lima, 17. März 1971: Informe sobre la realidad socio-religiosa de Centro América, S. 2.
- 34 Persönliche Erfahrung bei einer Rede Velascos im Jahre 1961.
- 35 Siehe Kommentar von Manuel de J. Real Murillo zu dem Buch von Rafael A. Borja, El descalabro del 41, in: Vistazo, September 1971, S. 126 ff., hier S. 127.
- 36 Siehe: o. N., Ecuador – US-Repressalien – Wal und Sardine, in: Der Spiegel, Nr. 7, 8. Februar 1971, S. 87 – 89, und o. N., Erdöl: Thunfisch in Öl, in: Der Spiegel, Nr. 35, 23. August 1971, S. 81 – 82.
- 37 Torcuato S. Di Tella, Populism and Reform . . . , a. a. O., S. 52.
- 38 Siehe: Raúl Haya de la Torre, El antiimperialismo y el APRA. Trujillo: Comité Aprista Rebelde de la Libertad, 1960. – Haya de la Torre behauptet nicht zu unrecht, daß der Kapitalismus für Lateinamerika, im Gegensatz zu den industrialisierten Ländern des Westens, nicht die letzte, sondern die erste Etappe des Imperialismus ist. Deshalb müssen auch die politischen, sozialen und ökonomischen Lösungen für Lateinamerika anders lauten, da es sich ja um andersartige Realitäten und Probleme handelt. S. 10 und 16.
- 39 Vgl. o. N., Die Präsidentschaft Fernando Belaúnde Terrys in Peru – Kompliziertes Parteimosaik, in: Neue Zürcher Zeitung, 27. Juni 1967, Blatt 4.
- 40 Rafael Galarza Arízaga, Esquema político del Ecuador, Guayaquil 1963, S. 158.
- 41 José María Velasco Ibarra, Conciencia o Barbarie – Exégesis de la Política Americana. Buenos Aires 1938, S. 65.
- 42 Carlos Widmann, Ecuadors Volkstribun wieder Präsident – Velasco Ibarra schlägt mit seiner „Bewegung“ die Konservativen und die Linke, in: Süd-deutsche Zeitung, 6. Juni 1968, S. 8.
- 43 Siehe: o. N., Entrevista al Presidente Velasco – ¿ Un sexto Velasquismo?, in: Vistazo, August 1969, S. 31 ff., hier S. 33. In diesem Interview (S. 33) stellt Velasco klar, daß der „Velasquismo“ nur auf Grund eines „absurden Gesetzes“, das nur Parteien die Teilnahme an Wahlen erlaubt, die Bezeich-

nung „Partei“ angenommen habe. Er bezieht sich auf die 6. Übergangsbestimmung (*disposición transitoria*) der Verfassung von 1967, nach der nur jene Gruppen an Wahlen teilnehmen dürfen, die bis zum 31. Dezember 1970 vom „Tribunal Supremo Electoral“ als Parteien anerkannt worden sind. Velasco selbst machte diese Bestimmung durch seine am 22. Juni 1970 beginnende Diktatur, mit der dieses Gesetz außer Kraft gesetzt wurde, zunichte.

44 Ebenda, S. 33.

45 In den entwickelteren Ländern Lateinamerikas entstehen während dieser Periode die Bewegungen von Vargas (Brasilien), Perón (Argentinien), Cárdenas (Mexiko), Aguirre Cerda (Chile) und Betancourt (Venezuela), in einigen von Agrargesellschaften gekennzeichneten Ländern die ebenfalls für eine Industrialisierung plädierenden Organisationen von Haya de la Torre (Peru), Arévalo und Arbenz (Guatemala) und Paz Estensoro (Bolivien). Siehe: André Gunder Frank, *América Latina: Subdesarrollo capitalista o revolución socialista. Quién es el enemigo inmediato?* ..., in: *Revista Latinoamericana* (*Revista teórica e informativa de la Asociación de Estudiantes Latinoamericanos*), Bielefeld, Jg. II, Nr. 15 – 16, Mai/August 1970, S. 1 ff., hier S. 13.

46 Vgl. Fernando Enrique Cardoso y Enzo Faletto, *Dependencia ...*, a. a. O., S. 105.

47 Ebenda, S. 57 – 58 und S. 105.

48 Vgl. Silvio Frondizi, *La realidad argentina*, Buenos Aires 1957, S. 292. – José Nun, *The Middle-Class Military Coup*, in: Claudio Véliz (Hrsg.), *The politics of conformity in Latin America*, London, New York, Toronto 1967, S. 66 ff., hier S. 95. – Marcos Kaplan, *Estado y Sociedad*, Heft 12 (*Colección de Impresiones*), Centro Paraguayo de Estudios Sociológicos, Asunción (?), o. J., S. 20 – 22. Für diese Autoren handelt es sich beim „Peronismo“ um ein bonapartistisches System in dem Sinne, daß Perón, unterstützt von der Armee und den Arbeitern, als besonderer Schiedsrichter erscheint und für sich in Anspruch nimmt, über den Klassen zu stehen. Diese Position ist schwerlich mit der klassischen Definition des „Bonapartismo“ à la Napoleon III. in Einklang zu bringen, die sich direkt als Verschwörung zugunsten der kapitalistischen Interessen der Großbourgeoisie entpuppt.

49 Vgl. Alan Angell, *Party Systems ...*, a. a. O., S. 314.

50 Innerhalb des engen Rahmens dieser Arbeit können wir hier nicht näher auf die tatsächliche Rolle des Imperialismus, wie zum Beispiel der Intervention der USA in Guatemala 1954 zur Unterdrückung der reformistischen Bewegung von Arbenz, oder auf den Sturz von Juan Bosch in der Dominikanischen Republik und die spätere nordamerikanische Intervention (1965), um seine Rückkehr an die Macht zu verhindern, eingehen. Weitere Beispiele in diesem Zusammenhang wären der Fall Peru mit der A. P. R. A. („*Acción Popular Revolucionaria Americana*“), wo Haya de la Torre daran gehindert wurde, die Macht zu ergreifen, sowie die bekannten Fälle des „Getulismo“ und des „Peronismo“, welche angesichts der Gefahr, die Kontrolle über die Massen zu verlieren, von der alten und der neu formierten Oligarchie der Industriellen und der Mittelschichten mit Gewalt zum Rückzug von der Macht gezwungen wurden, unterstützt vom nordamerikanischen Imperialismus.

- 51 Vgl. Luis Vitale, Ist Lateinamerika feudal oder kapitalistisch? Brauchen wir eine bürgerliche oder eine sozialistische Revolution?, in: Frank/Guevara/Marini u. a., Kritik des bürgerlichen Anti-Imperialismus, Berlin 1969, S. 67 ff., hier S. 88 – 89.
- 52 Vgl. Fernando Enrique Cardoso y Enzo Faletto, Dependencia . . . , a. a. O., S. 60 – 61.
- 53 Hugo Neira, Populismes ou Césarismes . . . , a. a. O., S. 548.
- 54 Ebenda, S. 553.
- 55 Vgl. Augustín Cueva, Introducción a la mitología Velasquista . . . , a. a. O., S. 8.
- 56 Vgl. José María Barnadas, El laicismo en el Ecuador: aspectos históricos, in: Revista de Estudios Políticos, Nr. 145, Januar/Februar 1966, S. 113 ff.
- 57 Das Berufsheer ist die Schöpfung der Liberalen bzw. des „Vaters der Liberalen“ und „Caudillo“ Eloy Alfaro. Im Machtkampf der Liberalen Partei gegen die Konservativen war das Heer fast ausschließlich auf der Seite der Liberalen, und zwar bis zum Jahr 1944, dem Zeitpunkt, seit dem es keine offizielle liberale Regierung mehr in Ecuador gegeben hat, nachdem durch die sogenannte Revolution des 28. Mai zugunsten Velascos das Regime des liberalen Präsidenten Arroyo del Río beendet worden war.
- 58 Wir folgen hier im großen und ganzen dem aufschlußreichen Buch von Oswaldo Albornoz P., Del Crimen del Ejido a la Revolución del 9 de Julio de 1925, Guayaquil 1969.
- 59 In einer (vervielfältigten) 1970 (?) in Quito gehaltenen Rede zum Thema „Estudios sobre la realidad nacional“ gibt José Moreano auf S. 16 in dieser Beziehung interessante Daten: Der kolossale Abfall der Kakaopreise auf Grund der Superproduktion in anderen Anbaugebieten (Brasilien, Afrika) sah so aus, daß der Pfundpreis für Kakao vom Höchststand von 26,74 Dollarcents im Jahre 1920 auf ein Minimum von 5,57 Dollarcents pro Pfund im Jahre 1921 sank. Der Wert der Exporte verringerte sich von 20 788 302 US Dollar 1920 auf 11 030 562 US Dollar im Jahre 1922. Der Dollarkurs stieg andererseits von 2,11 im Jahre 1920 auf 4,80 im September 1922.
- 60 Abgesehen von gewissen geringen sozialen Reformen zur Verbesserung der Situation der Arbeiter, beschränkte sich das Programm auf einige Maßnahmen wirtschaftlicher Natur. Die wichtigsten Punkte können wie folgt zusammengefaßt werden: Einführung einer konvertierbaren Währung und Stopp der ungedeckten Geldemissionen, die infolge des Nichtvorhandenseins einer Zentralbank von der liberalen Oligarchie der Küste vor allem über die „Banco Comercial y Agrícola“ durchgeführt worden waren. Kampf gegen Inflation, Spekulation, Kreditmißbrauch, Anarchie und Rivalitäten der Banken. Nivelierung der Zahlungsbilanz, Stopp übermäßiger Importe, etc. – Siehe: Oswaldo Albornoz, Del Crimen del Ejido . . . , a. a. O., S. 140.
- 61 Ebenda, S. 156 – 157.
- 62 Vgl. Colón Serrano, Caminos para la sucesión presidencial, in: Vistazo, Juni 1971, S. 6 ff., hier S. 8.
- 63 Vgl. Manuel Enrique Ayala, El partido conservador: ¿condenado a muerte?, in: Mensajero, April 1970, S. 24 ff., hier S. 25.
- 64 Ebenda, S. 25.
- 65 Ebenda, S. 26 (unterstrichen vom Verf.).
- 66 Siehe in dieser Hinsicht die Aussagen des Chefs der Konservativen Partei,

- Francisco Salazar Alvarado, in: Vistazo, September 1971, S. 15. Diese sind von der genannten Zeitschrift wie folgt zusammengefaßt worden: „Der Chef der Konservativen Partei brachte zum Ausdruck, daß Velasco den Konservativen sein Erscheinen auf der politischen Bühne verdanke und daß für ihn, Velasco, die Parteien nur einen Wert hätten, wenn sie seine Regierung unterstützten, er aber ihre Existenz leugne, sobald sie sich gegen ihn stellten. Er sagte ferner, daß, wenn es eine Krise in den Parteien gebe, diese auf den ungesunden Einfluß dessen zurückzuführen sei, der während der letzten 40 Jahre in das politische Leben des Landes eingegriffen habe.“
- 67 Vgl. o. N., Velasco anhela por 5a vez la presidencia, in: Vistazo, Mai 1968, S. 19 ff., hier S. 20.
- 68 Zitiert bei: Rafael Galarza Arízaga, El esquema político ..., a. a. O., S. 153 (unterstrichen vom Verf.).
- 69 Siehe: o. N., Velasco anhela por 5a vez la presidencia, a. a. O., S. 20.
- 70 Siehe in diesem Zusammenhang die Aussagen von Velasco selbst in seinem Buch: Conciencia y Barbarie, a. a. O., S. 63 – 70, vor allem S. 66.
- 71 Siehe: Puntos Programáticos de la Alianza Democrática Ecuatoriana, in: Lecturas Ecuatorianas, Guayaquil 1968, S. 629 – 630, hier S. 629.
- 72 Die liberale Oligarchie wird nicht nur dadurch charakterisiert, daß sie eng mit den Interessen der großen internationalen Monopole verflochten war und ist, sondern vor allem auch dadurch, daß sie eben diese Monopole auf nationaler Ebene vertritt. Vgl. Jorge Bravo Bresani, Naturaleza del poder peruano, in: Aportes, Nr. 16, April 1970, S. 6 ff., hier S. 8. Für Bresani ist die peruanische Oligarchie in seiner Studie über dieses Thema „in ihrer Mehrheit zusammengesetzt aus leitenden Angestellten, Vertretern und Kunden des internationalen Kapitals“.
- 73 Vgl. hierzu L. A. Costa Pinto, Clase, partido y poder: el caso colombiano, in: Aportes, Nr. 22, Oktober 1971, S. 86 ff., hier S. 104.
- 74 Vgl. Esteban del Campo, Introducción al Velasquismo, in: Procontra (Frente Cultural, Quito), Nr. 1, S. 5 ff., hier S. 9.
- 75 Hugo Neira, Populismes ou césarismes ..., a. a. O., S. 561.
- 76 Wie del Campo richtig feststellt, hatte das Subproletariat am Sturz der liberalen Oligarchie durch die Revolution des 28. Mai seinen Anteil und seine Opfer gebracht. Es war, wenn man so will, in dieser Hinsicht ein entscheidender Faktor. Das Fehlen von Organisation und Klassenbewußtsein verhinderten jedoch die Artikulation seiner Interessen.
- 77 Esteban del Campo, Introducción al Velasquismo, a. a. O., S. 9.
- 78 Bezeichnend in dieser Hinsicht ist die von der M. N. R. mit der Revolution von 1952 durchgeführte Agrarreform in Bolivien sowie die Zusammenarbeit der beiden genannten Organisationen mit den Gewerkschaften.
- 79 Vgl. Rodolfo Stavenhagen, Sieben falsche Thesen über Lateinamerika, in: André Gunder Frank, Che Guevara u. a., Kritik des bürgerlichen Anti-Imperialismus, Berlin 1969, S. 15 ff., hier S. 25.
- 80 Vgl. L. A. Costa Pinto, Clase, partido y poder ..., S. 105.
- 81 Wir haben schon, als wir die unmittelbaren Ursachen des „Velasquismo“ analysieren, auf die Rolle der Kleinbourgeoisie bei der „Revolution“ des 9. Juli 1952 (s. Kap. III, S. 84 ff.) hingewiesen. Damals praktisch von der mächtigen traditionellen Oligarchie betrogen, versuchte sie mit der „Revolution“ vom 28. Mai mit allen Mitteln, ihre Position zu sichern und zu untermauern.

- 82 Puntos Programáticos de la Alianza Democrática Ecuatoriana, a. a. O., S. 629 (unterstrichen vom Verf.).
- 83 Ebenda, S. 630 (unterstrichen vom Verf.).
- 84 Ebenda, S. 630 (unterstrichen vom Verf.).
- 85 Ebenda, S. 630.
- 86 Esteban del Campo, Introducción al Velasquismo, a. a. O., S. 9.
- 87 Manuel Enríque Ayala: „El partido conservador . . .“, a. a. O., S. 26 (unterstrichen vom Verf.).
- 88 Vgl. o. N., Velasco anhela por 5a vez la presidencia, a. a. O., S. 21
- 89 Alejandro Moreano, Estudios sobre la realidad nacional (Note 59, Kap. III), a. a. O., S. 20.
- 90 Vgl. ebenda, S. 20.
- 91 Die marxistischen Autoren erkennen an, daß ein Teil dieser Schicht zu revolutionär-demokratischen Anschauungen tendiert. Ebenso wie bestimmte Kreise der Intelligenz, der Studentenschaft, werden, wenn auch in relativ geringem Ausmaß, die Mitglieder des Offizierskorps dazu gerechnet. Obwohl der anti-imperialistische Charakter dieser revolutionär-demokratischen Strömung anerkannt wird, werden die Unterschiede zum Marxismus herausgestellt und diese Gruppen vor allem im Hinblick auf ihre Revolutionsstrategie und -taktik kritisiert: Unterschätzung der Rolle der Arbeiterklasse, Nichtanerkennung der revolutionären Situation als Voraussetzung für die Durchführung der Revolution; Verabsolutierung des Partisanenkampfes. Vgl. Wilhelm M. Breuer, Bernd Hartmann, Herbert Lederer, Revolution in Lateinamerika, Köln 1969, S. 39 – 60.
- 92 Esteban del Campo, Introducción al Velasquismo, a. a. O., S. 12.
- 93 Vgl. Documento de Nadoc, Nr. 122, 21. Januar 1970 (Erklärung des II. Seminars lateinamerikanischer Priester), S. 2.
- 94 Vgl. Oscar Karadima, La planificación económica y social: sus aspectos sociológicos, in: Aportes, Nr. 22, Oktober 1971, S. 123 ff., hier S. 142. – Nadoc, Nr. 122, a. a. O., S. 2 – 3.
- 95 Víctor Alba, Parásitos, mitos y sordomudos – Ensayo sobre la Alianza para el Progreso y el colonialismo latinoamericano, in: Panoramas, Nr. 11, September/Oktobre 1964 (Beilage), Mexiko 1964, S. 117.
- 96 Vgl. Agustín Cueva, La crisis política de los últimos años, in: Hora Universitaria, Quito, Nr. 1, November/Dezember 1969, S. 57 ff., hier S. 58. – Zur Erhärtung seiner Behauptungen nimmt Cueva in diesem Teil seiner Analyse Bezug auf eine Anzahl von Statistiken über diese Zeit. So ist zum Beispiel aus „El Banco Central del Ecuador: Memoria del Gerente General, correspondiente al ejercicio de 1961“ zu entnehmen, daß im Jahre 1961 die Exporte von Bananen und Kaffee jeweils um 5,8 % und 19,5 % abgenommen haben und eine „allgemein fallende Tendenz der internationalen Preise bei Kakao, Kaffee und Bananen festzustellen war, die während der vorangegangenen Jahre das niedrigste Preisniveau aufgewiesen hatten“. Nach der „Junta Nacional de Planificación y Coordinación Económica: Resumen del Plan General de Desarrollo Económico y Social del Ecuador, Quito 1963, S. 9,“ ist „im Jahre 1961 die Kaufkraft aus den Exporten im Vergleich zu 1955 um 636 Millionen Sucres zurückgegangen“.
- 97 Velasco errichtete ein Terrorregime. Repressive Maßnahmen der Polizei gegenüber Studenten und Arbeitern erforderten viele Opfer. Er ging so weit, seinen eigenen Vizepräsidenten, Carlos Julio Arosemena, einzusperren. Unter

dem Druck des Heeres und der Oligarchie, für die es nun ebenso unmöglich wie nutzlos war, ihn weiter zu unterstützen, beschuldigte man ihn jetzt, die Verfassung mißachtet zu haben, und um den Schein der demokratischen Ordnung zu wahren, wurde Arosemena (7. November 1961) als Übergangsißel akzeptiert. Da dieser jedoch in den Augen der Oligarchie und der USA als links gerichtet galt, wurde er schon im Juli 1963 Opfer eines Staatsstreichs.

- 98 Zitiert in: ¿Cubanizar al Ecuador? – Luchando contra las infiltraciones comunistas. Publicado bajo el Patrocinio de Acción Anticomunista Ecuatoriana. Editorial Don Bosco, Quito 1961, S. 24.
- 99 Agustín Cueva, La crisis política . . . , a. a. O., S. 64.
- 100 Leslie F. Manigat, Introduction, in: Jean-Pierre Bernard, Siles Cerqueira u. a., Tableau des parties politiques en Amérique du Sud. Cahiers de la fondation nationale des sciences politiques, Nr. 171, Paris 1969, S. 9 ff., hier S. 16. – Obwohl es richtig ist, daß sich zum Beispiel in Chile ein modernisierendes Parteiensystem entwickeln konnte, ist die Intervention der USA im politischen Leben Chiles eine Tatsache. Einige Ausschnitte aus dem an Präsident Nixon gerichteten Schreiben nordamerikanischer Missionare in Chile, welches im „Documento de Nadoc“, Nr. 215, vom 4. August 1971 veröffentlicht wurde, verdienen hier zitiert zu werden: „Herr Präsident, wir bitten Sie, das Recht Chiles auf die Bestimmung seines eigenen Schicksals peinlich genau zu achten und von jeglicher Art der Intervention abzu- sehen“ (S. 6). „Die Reaktion der offiziellen Kreise in der Regierung ist höchstens von bloßer Toleranz gekennzeichnet. Mehr noch, sie scheint direkt auf eine Kränkung Chiles ausgerichtet . . . Ihre Botschaft zur Lage in der Welt, mit dem Rat an Chile, dem Beispiel Mexikos und nicht dem Kubas zu folgen, als ob die Qualität einer Regierung davon bestimmt würde, wie hoch sie bei den Vereinigten Staaten in Gunst steht, scheint dies zu bestätigen“ (S. 5).
- 101 Siehe: Documento de Nadoc, Nr. 122, a. a. O., S. 2.
- 102 Im Hinblick auf die Anstrengungen der nordamerikanischen Monopole im karibischen Raum, sich der Wirtschaft zu bemächtigen und über die Kompradorenbourgeoisie politische Macht auszuüben, ist das ausgezeichnete und gut dokumentierte Buch von Manuel Medina Castro aufschlußreich: Estados Unidos y América Latina – Siglo XIX, Havanna 1968. – Über die Politik der USA im 20. Jahrhundert: Arthur S. Link, La política de EE. UU. en América Latina (1913 – 1916), Mexiko 1960. – Edwin Lieuwen, US policy in Latin America. A short history, New York 1965. – Victor Perlo, Der amerikanische Imperialismus, Berlin 1953. Manuel Espinoza García, La política económica de los Estados Unidos hacia América Latina entre 1945 y 1961, Havanna 1971. Ekkehard Krippendorff, Die amerikanische Strategie. Entscheidungsprozeß und Instrumentarium der amerikanischen Außenpolitik, Frankfurt/M. 1970.
- 103 Vgl. Hugo Neira, Populismos ou césarismes . . . , a. a. O. S. 561 – 562.
- 104 José María Álvarez Romero, Liquidación del actual ciclo histórico en Hispanoamérica, in: Revista de Estudios Políticos, Madrid, Nr. 123, Mai/Juni 1962, S. 235 ff., hier S. 238.
- 105 Persönliche Mitteilung einiger der Betroffenen.
- 106 Zitiert bei Juan Pablo Franco, La influencia de los Estados Unidos en América Latina, Montevideo 1967, S. 31 – 32. Nach Franco handelt es

sich um ein Geheimdokument, welches dem Botschafter Teodoro Moscoso aus seinem Auto gestohlen wurde, das vor den Toren der „Ciudad Universitaria“ von Caracas in Brand gesteckt wurde. Die Vervielfältigungen wurden von der kubanischen Delegation bei der Zusammenkunft der CIES in Punta del Este verteilt.

- 107 Siehe die Rede des ehemaligen Präsidenten Ecuadors, Carlos Julio Arosemena, im Parlament (1. Dezember 1966), in: *Diario de Debates* (Órgano de la H. Asamblea Nacional Constituyente), Quito 1966 – 67, Bd. 3, S. 543 ff. – Rumiñahui, Cómo se preparó el golpe dictatorial, in: *Mañana*, Nr. 182, 1. Februar 1967, S. 4 ff.
- 108 Vgl. Ludwig Graf von Isenburg, Die politische Entwicklung in Lateinamerika im Jahre 1963, in: *Europa Archiv*, Folge 6, 1964, S. 208 ff.
- 109 Das besagte Gesetz gestattet einen praktisch unbeschränkten Handel mit Devisen ohne jegliche staatliche Kontrolle sowie den freien Transfer des beträchtlichen Gewinnes in beliebiger Höhe. Siehe: Cyrano Tama Paz, *Devisas del Petróleo*, in: *La Razon*, 4. November 1971.
- 110 L. A. Costa Pinto, *Clase, partido ...*, a. a. O., S. 96.
- 111 Vgl. Atilo A. Boron, *Movilización política y crisis ...*, a. a. O., S. 43 – 45.
- 112 José María Velasco Ibarra, *Entrevista con Carlos Enrique Carrión*, in: *La Calle*, Nr. 553, Quito o. J. (1970), o. M., S. 2 ff., hier S. 3 – 4.
- 113 Siehe: o. N., *Entrevista al presidente Velasco ...*, S. 33.
- 114 In einer seiner vielen Reden gegen die Parteien sagte Velasco, diese seien erstarrte Institutionen aus der Zeit der Bourgeoisie, und die Welt von heute sei die der Volksbewegungen. In seiner Antwort auf die Velasco entgegengebrachten Kritiken sagte der „Secretario General de la Administración“ wörtlich, daß die Rede Velascos „voll und ganz ein Traktat politischer Philosophie und kreativer Soziologie“ gewesen sei. Siehe in: *Vistazo*, April 1969, S. 14.
- 115 Der Artikel aus der Zeitung „*El Comercio*“ vom 20. Oktober 1953 ist zitiert bei: Luis Maldonado Estrada, *Una etapa histórica en la vida nacional*, Quito 1954, S. 137.
- 116 *El Universo*, 16. Juni 1970, S. 1.
- 117 Vgl. L. A. Costa Pinto, *Clase Clase, partido ...*, a. a. O., S. 96.
- 118 Vgl. Oswaldo Hurtado, *Dos mundos superpuestos – Ensayo de diagnóstico de la realidad ecuatoriana*, Quito 1969, S. 226. – Siehe o. N., *Entrevista al Presidente Velasco ...*, a. a. O., S. 34.
- 119 Mit der Entführung des Luftwaffengenerals César Rohn (26. 10. 1970) hatte die ecuadorianische Oligarchie einen guten Vorwand, ihrer Kampagne gegen den „internationalen Kommunismus“ neuen Auftrieb zu geben. Wie später festgestellt wurde, hatten Feindseligkeiten zwischen Rohn und einem seiner früheren Kameraden der Luftwaffenschule zu der Entführung durch die letzteren Anlaß gegeben. Vgl. o. N., *Reportaje de un secuestro: el caso del Gral. Rohn*, in: *Vistazo*, November 1970, S. 82 ff. – Auch: die Berichte in: *El Universo*, 29. Oktober 1970, S. 3.
- 120 Ebenda, S. 3. – Es muß bemerkt werden, daß die Aufblähung der Verwaltung in den unteren Rängen durch Boten, Arbeiter oder einfach Schmarotzer aus der Wählerschaft gigantisch ist (vgl. Kap. II). Es versteht sich von selbst, daß die typischen Büroangestellten der Mittelschichten ihr Schmarotzertum bei diesen Unterstützungsdemonstrationen ebenfalls aktivierten.

- 121 Vgl. Gunter Hofmann, Staatsbesuch in einer geschlossenen Gesellschaft, in: Stuttgarter Zeitung, 2. April 1971, S. 3. Das „Pronunciamiento“ drehte sich um die Notwendigkeit des Rücktritts von Velascos Neffen und Verteidigungsminister Jorge Acosta Velasco. „Die Dinge begannen sich zu überstürzen (während des Besuchs von Heinemann), aber kurioserweise war es ein und derselbe Grund, der beide Parteien am Vorgehen hinderte: *die Anwesenheit des deutschen Präsidenten auf ecuadorianischem Boden.*“ Siehe o. N., La caída del hombre fuerte, in: Vistazo, Mai 1971, S. 30 ff., hier S. 32.
- 122 Siehe o. N., Entrevista . . . , in: Vistazo, August 1969, S. 33 – 34.
- 123 „Es scheint keinen Zweifel zu geben, daß die populistischen Bewegungen in Lateinamerika auf lange Sicht immer Rechtsdiktaturen waren oder damit geendet haben; vor allem wurden sie immer manipuliert von „Caudillos“, die in der Tat oder ihrem Wesen nach Diktatoren sind, aber nicht von wirklichen Massenorganisationen.“ (L. A. Costa Pinto, Clase, partido . . . , a. a. O., S. 106)
- 124 Colón Serrano, Tres caminos pa la sucesión presidencial, in: Vistazo, Juni 1971, S. 6 ff., hier S. 8.
- 125 Rede von Velasco, Los grandes criminales han entrado ya al Ecuador, in: El Universo, 1. November 1970, S. 3.
- 126 Aus der Rede Velascos vom 2. März 1952 anlässlich eines Meetings zu seiner Begrüßung. Zitiert in: Hugo Neira, Equateur, S. 227 ff., hier S. 243, Aufsatz in dem Buch: Tableau des parties politiques en Amérique du Sud, hrsg. von Jean-Pierre Bernard, Silas Cerqueira u. a., Paris 1969.
- 127 Nach Velasco „ist die Verfassung ein Mythos“. Siehe: Hernán Malo, Citas citables del Dr. Velasco, in: Mensajero, Juli 1970, S. 15.
- 128 Pressekonferenz mit Velasco, in: El Universo, 1. September 1970, S. 3.
- 129 Rede von Velasco, Los grandes criminales . . . , a. a. O., S. 3.
- 130 Rede Velascos, wenige Stunden nachdem er sich zum Diktator ernannt hatte, vor einer Unterstützungsdemonstration seiner Parteigenossen in „jener schweren Zeit“. Siehe: Mensaje de Velasco a raíz del pronunciamiento del 22 – 6 – 70, in: El Universo, 23. Juni 1970, S. 10.
- 131 Siehe den Artikel „La Declaración de Cuenca“, in: Vistazo, Juli 1971, S. 17. Der „nazistische Ewigkeitswahn“, von dem Cueva Tamariz spricht, ist von Velasco mit Regelmäßigkeit zum Ausdruck gebracht worden. In blasser Nachahmung der Visionen Hitlers vom tausendjährigen Deutschen Reich spricht Velasco seit seinem großen Triumph von 1960 nur noch vom vierzigjährigen „Velasquismo“.
- 132 Jorge Acosta Velasco, Stellungnahme zitiert in: La Razon, 22. Juni 1970, S. 1.
- 133 Zitiert in: El Universo, 23. Juni 1970, S. 7.
- 134 José Rodríguez, La dictadura de Velasco Ibarra en el Ecuador, in: S. E. U. L. (Servicio Europeo de Universitarios Latinoamericanos), Brüssel, Jg. III, Nr. 28, November/Dezember 1971, S. 31 – 32.
- 135 Zitiert bei: Gregorio Selser, Ecuador: ¿experiencia „perunista“?, in: Revista Latinoamericana (Asociación de Estudiantes latinoamericanos, Bielefeld), Jg. V, Januar/März 1972, S. 188 ff., hier S. 191.
- 136 Siehe o. N., A dónde van los impuestos, in: Vistazo, Juni 1970, S. 20. – Unter den „revolutionären Mitteln“ verdient die als Folge des „Pronunciamiento“ am 17. August 1970 vorgenommene Abwertung des Sucre um

28 % erwähnt zu werden. Der neue Paritätskurs lautete auf 25 Sucres pro Dollar gegenüber bisher 18 Sucres. (Deutsch-Südamerikanische Bank, Kurzbericht über Lateinamerika, Stand August 1970, Nr. 3/70, S. 56). Daß die Abwertung und die „zugunsten des Volkes“ neu erhobenen Steuern für dieses Volk keinerlei positiven Effekt hatten, zeigt die Tatsache, daß zum Beispiel in Guayaquil die Lebenshaltungskosten 1970 um 12,5 % anstiegen gegenüber 5,4 % im Jahre 1969. (Deutsch-Südamerikanische Bank, Kurzbericht über Lateinamerika, Stand Mai 1971, Nr. 2/71, S. 52). Nach den Daten des „Instituto Nacional de Estadística“ für das 1. Halbjahr 1971 waren die Hauptgebrauchsartikel einer Verteuerung wie folgt unterworfen: Lebensmittel 24,3 %, Kleidung 27,2 %, Wohnung 15,3 %, Verschiedenes 18,7 %. (Siehe: Vistazo, Juli 1971, S. 17).

- 137 Zitiert in: El Universo, 16. Juni 1970, S. 1.
- 138 Zitiert in: El Universo, 15. April 1970.
- 139 Für Velasco wurden jedesmal die „Methoden der sogenannten nihilistischen Revolution“ eingesetzt, wenn die Studenten gegen sein Regime protestierten. Als Gegenpol zum Nihilismus und zur „Aufrechterhaltung der zivilisatorischen Ordnung“ blieb lediglich die Armee. José María Velasco Ibarra, Ohne die Armee würde die Zivilisation verschwinden, in: El Universo, 19. November 1969. Vgl. auch: Mensaje de Velasco a raíz del pronunciamiento del 22 – 6 – 70, in: El Universo, 23. Juni 1970, S. 12.
- 140 Die Präsidentschaftswahlen von 1968, bei denen Velasco zum ersten Mal nur mit knapper Mehrheit gewann, zeigten deutlich, daß der Glaube an die repräsentative Demokratie bei breiten Teilen der Bevölkerung im Schwinden war. Von 1 198 887 Personen, die sich für die Wahl eingeschrieben hatten, blieben 269 906 der Wahl fern, das sind 23 %; von den 928 981, die zur Wahl gingen, lehnten 75 507 die repräsentative Demokratie ab (8 %), indem sie ungültige Stimmzettel abgaben. Siehe Tabelle 10 über die Wahlen von 1968, Kap. III.
- 141 Siehe: Mensaje de Velasco . . . , a. a. O., S. 3.
- 142 Vgl. Leonardo Izurieta, Funcionamiento y orientación de nuestro sistema político, in: Mensajero, April 1970, S. 4 ff., hier S. 11. – Die Diktaturen Velascos, vor allem die letzte, die mit dem 22. Juni 1970 begonnen hatte, schienen auf beide Ziele ausgerichtet zu sein: strikte Ausschaltung der Massen von der politischen Entscheidung einerseits, und Kontrolle der ökonomischen Übermacht der Handels- und Industrie-Oligarchie zugunsten anderer Gruppen (Großgrundbesitzer, Militär, Bürokratie) andererseits, wobei das Militär als Hauptnutznießler sich zur Erhaltung des politischen Gleichgewichts berufen fühlte.
- 143 Esteban del Campo, Introducción al Velasquismo . . . , a. a. O., S. 9.
- 144 Velasco hat die These von der „nationalen Einigkeit“ immer öffentlich gepriesen. In seiner Proklamation nach der diktatorischen Machtübernahme am 22. Juni 1970 beteuerte er, daß die „sauren, von Haß und Rachegehrten erfüllten Politiker“, welche die Subversion förderten, seine „wiederholte Forderung nach nationaler Einigkeit und aktiver Zusammenarbeit mit den Männern des Guten“ zunichte machten. Siehe: Mensaje de Velasco . . . , a. a. O., S. 12.
- 145 Vgl. den Artikel: El gobierno arreció sus ataques a los partidos políticos, in: Vistazo, September 1970, S. 14
- 146 Ebenda, S. 14.

- 147 Entique Ayala M., Partidos políticos y Dictadura, in: Mensajero, Juli 1970, S. 5 ff.
- 148 Ebenda, S. 8.
- 149 Ebenda, S. 9.
- 150 Nach der Verfassung von 1967, Art. 21 und 74, erhielten nur Personen über 18 Jahren, welche lesen und schreiben konnten, das Wahl- und Bürgerrecht. Außerdem war nach Art. 4 des bis heute gültigen Wahlrechts für den Gang zur Wahlurne eine Kennkarte erforderlich, die nach Einschreibung im „Registro Civil“ (etwa Einwohnermeldeamt) ausgestellt wurde. Nach dem Erlaß des Erziehungsministeriums wurde eine Person als Alphabet bezeichnet, wenn sie in der Lage war, „einen einfachen Text in irgendeiner Sprache zu lesen und zu schreiben; das Mindestalter für die Feststellung, ob eine Person Alphabet oder Analphabet war, wurde auf 15 Jahre angesetzt“. Nach der Volkszählung von 1962 gab es auf Grund dieser Richtlinien 799 535 Analphabeten, das sind 33,4 % der Gesamtheit der Ecuadorianer über 15 Jahre. Das Erziehungsministerium stellte in einer Studie aus dem Jahre 1966 außerdem fest, daß 79,1 % hiervon in der Landwirtschaft arbeiteten. Siehe: Oswaldo Hurtado (INEDES), *Dos Mundos* . . . , S. 186 – 187.
- 151 Die Küstenprovinzen Guayas, Los Ríos und El Oro hatten zwischen 1950 und 1962 80 % der Migration innerhalb Ecuadors aufgenommen. (Oswaldo Hurtado (INEDES), *Dos Mundos* . . . , a. a. O., S. 137) Als Konsequenz der Migration war außerdem das Wachstum der urbanen Bevölkerung zu verzeichnen. 1950 war das Verhältnis von Land- zu Stadtbevölkerung 71,5 zu 28,5 %. 1962 war die Landbevölkerung auf 64 % zurückgegangen, die Stadtbevölkerung auf 36 % angewachsen. Als Stadtbevölkerung wurden die Einwohner von Hauptstädten der Provinzen und Kantone bezeichnet, als Landbevölkerung die Bewohner von Dörfern, Weilern, Höfen etc. Siehe: Oswaldo Hurtado (INEDES), *Dos Mundos* . . . , a. a. O., S. 124.
- 152 Rodrigo Borja C., Panorama de la política ecuatoriana, in: Combate, San José, Costa Rica, Nr. 19, November/Dezember 1961, S. 16 ff., hier S. 18.
- 153 Ebenda, S. 19.
- 154 Siehe die Erklärungen des Chefs der Konservativen Partei, Carlos Arízaga Vega, in: El Universo, 20. Februar 1970. Siehe auch: o. N., Habla Arízaga, el candidato azul, in: Vistazo, März 1970, S. 94 ff., hier S. 96.

KAPITEL IV: PARTEIEN UND POLITISCHE MACHT

- 1 Vgl. Richard F. Behrendt, Die Situation in Lateinamerika, in: Berner Beiträge zur Soziologie, hrsg. von Prof. Dr. R. F. Behrendt, Band VII: Die wirtschaftlich und gesellschaftlich unterentwickelten Länder und wir, Bern 1961, S. 130 ff., hier S. 139. Siehe bei der Einführung Fußnote 1, S. 12.
- 2 Klaus von Beyme, Politische Eliten in Lateinamerika, in: Der Bürger im Staat, 20. Jg., Heft 1, März 1970, S. 13 ff.
- 3 Vgl. Cary Hector, Der Staatsstreich als Mittel der politischen Entwicklung in Südamerika, Berlin 1964. Hector stellt fest, daß „die Kluft zwischen Verfassungsnorm und Verfassungswirklichkeit so weit auseinanderklafft, daß die tatsächliche Rolle des Verfassungstextes geradezu unerheblich scheint“. S. 179. Siehe auch: Hans Jürgen Puhle, Politik in Uruguay. Einige Bemerkungen

- kungen zum uruguayischen Parteien- und Verfassungssystem, Hannover 1967 (Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Vierteljahresberichte, Sonderheft 1), S. 19.
- 4 Charles W. Anderson, *Politics and economic change in Latin America*, Princeton, New Jersey, Toronto, London 1967, S. 87 ff.
 - 5 Der Verrat an der Klasse besteht darin, daß eine Regierung, die sich aus Angehörigen der Ober- und Mittelschicht zusammensetzt, das politische Potential der Massen mobilisiert und sich auf eine Machtquelle stützt, die von der traditionellen Oberklasse unabhängig ist, und politische Entscheidungen so außerhalb ihrer Kontrollsphäre getroffen werden. In diesem Fall betrachtet die traditionelle Oberklasse die Auflösung der Verpflichtung als Herausforderung und führt ein „Pronunciamiento“ durch, in vielen Fällen mit direkter ausländischer Hilfe, um die „demokratische Ordnung“ wiederherzustellen und das Land gegen den internationalen Kommunismus abzusichern. Typische Beispiele dafür sind: der Sturz von Jacobo Arbenz 1954 in Guatemala durch die Intervention der von den USA unterstützten Söldner; die ständigen Versuche eines Sturzes von Fidel Castro; der Sturz von Juan Bosch durch ultrareaktionäre Militärs und die Invasion der „Marines“ in der Dominikanischen Republik zur Verhinderung seiner Rückkehr an die Macht (1965); ebenso die Fälle Perón in Argentinien und Getulio Vargas in Brasilien, die mit Kommunismus zwar nichts zu tun hatten, deren geschickte Sozialpolitik aber den Interessen der traditionellen Oberschicht und des internationalen Kapitals widersprach. – In Ecuador kann der Fall Arosemena in diese Kategorie eingestuft werden. Obwohl Arosemena nicht – wie in den vorgenannten Fällen – die Massen gegen die herrschende Klasse mobilisiert hat, traf er doch in seiner Außenpolitik Entscheidungen, die gegen den Status quo der Interessen der USA und der kreolischen Oligarchie gerichtet waren. Nicht umsonst fanden sein Sturz und die Einsetzung der „Junta Militar de Gobierno“ im Jahre 1963 im Namen des Antikommunismus statt. Vgl. Peter Heintz, Ein soziologisches Paradigma der Entwicklung mit besonderer Berücksichtigung Lateinamerikas. Stuttgart 1969, S. 102.
 - 6 Siehe: o. N., Ecuador – Land der ungenutzten Möglichkeiten, in: NZZ, 16. April 1969, Blatt 3. Was die Anzahl der Präsidenten Ecuadors betrifft, so streiten sich die Geister der Historiker und Autoren politischer Bücher. George Blanksten, dem wir in der Tabelle 13, Seite 122, teilweise folgen, spricht von 62 Präsidenten bis zur Regierung Galo Plaza 1948 – 1952. Wenn wir die weiteren 11 Regierungen bis 1972 dazu rechnen, haben wir in 142 Jahren Republik 73 Präsidenten. Dies würde einen Durchschnitt von 2 Jahren pro Präsident ergeben. Unsere Tabelle beginnt mit dem Jahr 1925, da die Umstrukturierung des traditionellen dichotomischen Parteiensystem und das Auftauchen der „modernen Parteien“ unseres Erachtens zu diesem Zeitpunkt erfolgt.
 - 7 Vgl. Claudio Véliz, Einführung zu dem Buch: *Obstacles to change in Latin America*, Claudio Véliz (Hrsg.), London, New York, Toronto 1965, S. 1 ff.
 - 8 Vgl. Kingsley Davis, *Political Ambivalence in Latin America*, in: *Journal of Legal and Political Sociology*, Bd. I, Oktober 1943, S. 127 – 150.
 - 9 Vgl. Merle Kling, *Towards a theory of power and political instability in Latin America*, in: John H. Kautsky (Hrsg.), *Political change in under-*

- developed countries: Nationalism and Communism, New York, London 1964, S. 123 ff., hier S. 136 – 39.
- 10 Vgl. Renato Poblete und J. L. Segundo, S. J., La variable Política, in: Revista Interamericana de Ciencias Sociales (Unión Panamericana, Secretaría General, Organización de los Estados Americanos, Washington D. C.) Bd. 2, Sondernummer: Tipología socioeconómica de los países latinoamericanos. 1963, S. 241 ff. – Irving Louis Horowitz, Carisma del Partido: Un Análisis Comparativo de las Prácticas y Principios Políticos en las Naciones del Tercer Mundo, in: América Latina, Centro Latinoamericano de investigaciones en Ciencias Sociales. Jg. 8, Nr. 1, Río de Janeiro, Januar/März 1965, S. 77 ff. – Kenneth F. Johnson, Causal factors in Latin American Political Instability, in: The Western Political Quarterly, Bd. XVII, 1964, S. 432 ff. – Gabriel A. Almond, Introduction: A functional approach to comparative politics, in: Gabriel A. Almond, James S. Coleman (Hrsg.), The Politics of the Developing Areas. Princeton, New Jersey 1960, S. 3 ff., hier S. 18. – Ders., Comparative Political Systems, in: Journal of Politics, Bd. XVIII, Nr. 3, August 1956, S. 391 ff.
 - 11 Leonardo Izurieta, Funcionamiento y orientación de nuestro sistema político, in: Mensajero, April 1970, S. 4 ff., hier S. 10.
 - 12 Merle Kling, Violence and politics in Latin America, in: The Sociological Review Monograph, Nr. 11 (Latin American Sociological Studies), Paul Halmos (Hrsg.), Februar 1967, S. 119 ff., hier S. 128.
 - 13 Vgl. Merle Kling, Towards a theory of power and political instability, in: John H. Kautsky (Hrsg.), a. a. O., S. 125. – Irving Louis Horowitz, Political legitimacy and the institutionalization of crisis in Latin America, in: Comparative Political Studies, Bd. I, Nr. 1, April 1968, S. 45 ff.
 - 14 Die direkte Intervention des Auslandes als politische Variable manifestiert sich in Ecuador, wie in vielen anderen Ländern Lateinamerikas, durch gewalttätige Marionettenregime mit militärischem Charakter oder von den Militärs unterstützte zivile Diktaturen. Die Diktaturen der „Junta Militar de Gobierno“ (1963 – 66) und von Velasco Ibarra (1970 bis 15. Februar 1972) gehen ohne Zweifel auf das Konto einer Intervention der USA mit dem Ziel, ein günstiges Investitionsklima zu schaffen. Die Intervention der USA zugunsten ihrer Favoriten bei „freien Wahlen“ ist ebenfalls eine Realität. Die direkte Intervention durch „Marines“ dagegen ist typisch für die Länder Mittelamerikas.
 - 15 José Luis Comellas, Los primeros pronunciamientos en España 1814 – 1820 – Consejo Superior de Investigaciones Científicas. Escuela de Historia Moderna. Madrid 1958. Auf S. 24 definiert Comellas das „Pronunciamiento“ so: „Eine Art Staatsstreich der Militärs gegen die Machthaber mit dem Zweck der Durchführung politischer Reformen, wie er für die Geschichte Spaniens im 19. Jahrhundert typisch ist.“
 - 16 Cary Hector, Der Staatsstreich als Mittel ..., a. a. O., S. 170. Hector typologisiert den Staatsstreich in: restaurativ-reaktionär und reformistisch-evolutionär.
 - 17 Vistazo, Dezember 1970, S. 17. Hier werden die Erklärungen des früheren Präsidenten und Großgrundbesitzers Ponce Enríquez sinngemäß wiedergegeben. Er suchte Anlehnung an die Diktatur von Simón Bolívar, um seinen eigenen „demokratischen Geist“ zu unterstreichen.
 - 18 Vgl. Cary Hector, Die Staatsstrieche als Mittel ..., a. a. O., S. 73.

- 19 Diese „Junta Militar de Gobierno“ setzte sich ursprünglich aus vier Mitgliedern zusammen (zwei Vertreter des Heeres, je einer der Marine und der Luftwaffe). Infolge von Streitigkeiten mit dem Vertreter der Luftwaffe wurde die Junta auf die klassischen drei Mitglieder reduziert.
- 20 Alfredo Pareja Diez Canseco, *La lucha por la democracia en el Ecuador*, Quito 1956, S. 16.
- 21 Eine weitere Abweichung von der Regel, wenngleich in ihrer Durchführung anders als der oben genannte Fall, fand statt, als der General Alberto Enríquez Gallo (1937 – 1938) Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung ausschrieb und dieser dann freiwillig die Macht übergab, somit also darauf verzichtete, zum Präsidenten gewählt zu werden. Siehe: Alfredo Pareja Diez Canseco, *La lucha por la democracia ...*, a. a. O., S. 111 – 112.
- 22 Siehe: o. N., *Ecuador auf dem Weg von der Militärdiktatur zur Demokratie*, in: NZZ, 6. Juli 1967, Blatt 3. Arosemena tat sein Möglichstes, Ponce Enríquez zu unterstützen; zu dessen Pech jedoch hieß der Konkurrent Velasco Ibarra, der „Messias der Massen“.
- 23 Siehe: o. N., *Pacto que precedió a la elección de Arosemena Gómez*, in: *La Calle*, Nr. 525, 1968, S. 6.
- 24 *Constitución Política del Estado Ecuatoriano*, Nr. 17, promulgada en el año 1967 (Jetzt außer Kraft seit der Diktatur von Velasco 1970).
- 25 Angel F. Rojas, *La novela ecuatoriana*, Mexiko, Buenos Aires 1948, S. 72. Siehe auch: Alfredo Pareja Diez Canseco, *La lucha por la democracia ...*, a. a. O., S. 68.
- 26 Vgl. über die Präsidentschaftswahlen in Uruguay den „Spiegel“ vom 6. Dezember 1971, S. 107.
- 27 Vgl. Joaquín Mena Soto, *De la Dictadura militar al quinto Velasquismo*, Quito 1968, S. 153 – 154.
- 28 Die „Imposición“ bzw. der „Continuismo constitucional“ entspricht dem Wunsch der Parteigänger eines amtierenden Präsidenten, ihren Platz an der Futterkrippe des Staates nicht zu verlieren. Die Folge ist stets eine weitere Aufblähung des Verwaltungsapparates, da ja der neue Präsident seinen Getreuen ebenfalls Posten verschaffen muß.
- 29 Zitiert bei Alfredo Pareja Diez Canseco, *La lucha por la democracia ...*, a. a. O., S. 139.
- 30 *Constitución Política del Estado Ecuatoriano* (Nr. 16), verabschiedet im Jahre 1946 und gültig zur Zeit der obengenannten Wahlen im Jahre 1956, Der Art. 190 der Verfassung von 1967 (Nr. 17) war fast gleichlautend.
- 31 Diese Beschuldigung ist darauf zu beziehen, daß sich Martínez Mera in einem kleinen Krieg, den sich Peru und Kolumbien 1933 wegen einiger Amazonasgebiete lieferten, neutral erklärte. Die Feinde von Martínez wollten Ecuador als Gegner seines jahrhundertealten Feindes Peru sehen.
- 32 Der Antrag des Parlaments, welcher der Disqualifizierung von Martínez Mera vorausging, ist erwähnenswert, da er die ganze Absurdität der demokratischen Fiktion zeigt, in der Ecuador lebt: „Der Kongreß der Republik Ecuador beklagt zutiefst, daß die Exekutive mangels Überzeugungskraft und demokratischer Legitimität keines der schwerwiegenden Probleme gelöst hat, welche die ecuadorianische Nation beunruhigen; es wird daher der Antrag gestellt, daß der Herr Präsident der Republik in einer patriotischen Geste die demokratischen Wege für eine neue, freie und spontane Manifesta-

- tion des Volkswillens ebne.“ Zitiert bei: Rafael Galarza Arízaga, *Esquema político del Ecuador*, Guayaquil 1963, S. 153.
- 33 Alfredo Pareja Diez Canseco, *La lucha por la democracia ...*, a. a. O., S. 96 – 97.
- 34 *El Telégrafo*, 11. Februar 1971.
- 35 Ebenda.
- 36 Vgl. u. a. Karl Loewenstein, *Verfassungslehre*, Tübingen 1959, S. 119. – Ders., *Der Staatspräsident*, in: *Archiv des Öffentlichen Rechtes*, Bd. 75, Heft 2, 1949, S. 129 ff. – J. Lloyd Mecham, *Latin American Constitutions*, in: Peter Snow (Hrsg.), *Government and politics in Latin America: a reader*, New York 1967, S. 144 ff., hier S. 152. – Rosendo A. Gómez, *Latin American Executives: Essence and variation*, in: Peter Snow (Hrsg.): *Government and ...*, a. a. O., S. 174 ff. – Harold E. Davis, *The Presidency*, in: Harold E. Davis (Hrsg.), *Government and politics in Latin America*, New York 1958, S. 252 ff. – George I. Blanksten, *Constitutions of the nature of power*, in: Harold E. Davis, *Government and politics ...*, a. a. O., S. 229 ff.
- 37 Nach der letzten Verfassung von 1967.
- 38 Robert E. Scott, *Political parties and policy making in Latin America*, in: Joseph LaPalombara und Myron Weiner (Hrsg.), *Political parties and political development*, Princeton, New Jersey 1966, S. 331 ff. – Ders., *Political elites and political modernization: the crisis of transition*, in: Seymour Martin Lipset und Aldo Solari (Hrsg.), *Elites in Latin America*, New York 1967, S. 117 ff.
- 39 Nach Karl Loewenstein (*Der Staatspräsident*, a. a. O., S. 140 ff.) wären in Lateinamerika drei Arten des Präsidialismus zu unterscheiden:
a) der Präsidialismus alten Stils, zu dem die Mehrzahl der lateinamerikanischen Länder gehören würden,
b) der gemilderte Präsidialismus: hier wird die Macht gemeinsam vom Präsidenten und dem Kabinett ausgeübt (Beispiel: Bolivien 1945, El Salvador 1945, Venezuela 1947, Kuba 1940),
c) eine Annäherung an den Parlamentarismus (typischer Fall: Chile).
- 40 Die Verfassung von 1967 nannte in ihrer sechsten Übergangsbestimmung das Datum des 31. Dezember 1970 als letzten Termin für die Einschreibung von Parteien, die vom „Tribunal Supremo Electoral“ noch nicht als solche anerkannt waren. Auf diese Weise wurde das Parteiensystem von der Verfassung her in den institutionellen Rahmen eingegliedert. Es erübrigt sich, zu betonen, daß diese Bestimmung denselben nominellen Charakter wie so viele andere Verfassungsbestimmungen hatte. Bis zum 22. Juni 1970, dem Tag, an dem durch die Diktatur Velascos die konstitutionelle Ordnung aufgehoben wurde, bestand nicht die geringste Hoffnung auf eine Erfüllung der besagten Bestimmung.
- 41 Siehe: o. N., *Ecuador: A Case study in politics*, in: *Latin American Report*, Juli 1956, S. 24 ff.
- 42 Vgl. hierzu, Lunarejo: 20 años de elecciones en el país. Un reportaje histórico para refrescar la memoria, in: *Vistazo*, Mai 1968, S. 36 ff.
- 43 Vgl. Federico G. Gil, *Instituciones y desarrollo político de América Latina*, (INTAL) Buenos Aires 1966, S. 107.
- 44 Ein typisches und klares Beispiel für diese „politische Geflogenheit“ war der Fall des Parteichefs des „Velasquismo“, Pedro Menéndez Gilbert.

Er forderte den Rücktritt des damals in der Regierung Velasco amtierenden Finanzministers, als dieser nicht allen seinen Wünschen bezüglich Posten in der Bürokratie nachkam. Seine Logik basierte vor allem darauf, daß „sein Vermögen für die Sache des Velasquismo verschwendet“ worden war und „der Mensch des Velasquismo einen Magen hat und essen muß“. Siehe: Pedro Menéndez Gilbert und seine Stellungnahme in: Vistazo, März 1970, S. 14.

- 45 Persönliche Erfahrung des Autors aus den Zeitungsberichten unmittelbar nach der Ernennung von Clemente Yerovi als „presidente interino“ am 29. März 1966.
- 46 Merle Kling, Towards a theory of power . . . , a. a. O., S. 136.
- 47 Wenn dem Präsidenten auch konstitutionelle Mittel wie zum Beispiel die Erklärung des *Ausnahmezustands* zur Verfügung stehen, um seine Position zu stärken, so handelt es sich doch hierbei mehr oder weniger um eine obsolette Methode aus der Zeit der Machtmonopole von Liberalen und Konservativen, die heute zur Beilegung von Streitigkeiten innerhalb der Oligarchie nicht mehr praktikabel ist. Sie wird nun vielmehr angewandt, um soziale Rebellionen zu unterdrücken und im Namen des nationalen Friedens und der repräsentativen Demokratie die Fassade der Konstitutionalität zu wahren.
- 48 Nach Blanksten (Ecuador: Constitutions . . . , a. a. O., S. 32.) waren die acht Kabinettsposten im Laufe der zweiten Amtszeit von Velasco Ibarra, das heißt zwischen dem 29. Mai 1944 und dem 23. August 1947, von nicht weniger als 27 Ministern besetzt. Nach unserer Rechnung hatte Velasco während seiner fünften Amtsperiode von seinem Amtsantritt am 1. September 1968 bis zu seinem Sturz am 15. Februar 1972 27 Kabinettsänderungen vorgenommen.
- 49 Blasco Peñaherrera, Democracia vs. Dictadura, in: Vistazo, September 1970, S. 32 ff., hier S. 34.
- 50 Vgl. Claudio Véliz, Centralism and nationalism in Latin America, in: Foreign Affairs, Bd. 47, Nr. 1, Oktober 1968, S. 68 ff., hier S. 76.
- 51 Die sogenannten autonomen Körperschaften waren von der Verfassung des Jahres 1967 garantiert. So Art. 256, Abs. 2: „Die Stabilität und die *administrative und finanzielle Dezentralisierung* der Juntas de Beneficencia, der regionalen und provinziellen Corporaciones de Fomento Económico sowie der übrigen schon bestehenden *gemeinnützigen autonomen Körperschaften* werden garantiert. Die öffentlichen Mittel, über die sie verfügen, können ohne die entsprechende Kompensation weder annulliert noch herabgesetzt werden.“ (Unterstrichen vom Verf.)
- 52 Die Situation während der Regierung der „Junta Militar de Gobierno“ im Jahre 1966 ist vielleicht das typischste Beispiel dafür. Als die mächtige Oligarchie Guayaquils ihre Interessen von den in der neuen Zollverordnung verankerten minimalen Reformen bedroht sah, beschränkte sie sich zunächst auf eine aktive Opposition durch Streiks etc. Als jedoch die „Junta Militar“ versuchte, durch ihre Intervention bei den sogenannten autonomen Körperschaften in Guayaquil den Einzug der Steuern, zu dem einige dieser Körperschaften berechtigt waren, zu zentralisieren, wurden die partikularistischen Wirtschaftsinteressen der Oligarchie, die sich hinter diesen Körperschaften verbargen, an ihrem neuralgischen Punkt getroffen. Obgleich die Junta die Kompetenz der autonomen Körperschaften praktisch umgehend

- wiederherstellte, so daß diese den Einzug der Steuern wieder in eigener Regie durchführen konnten, hatte sie ihr Schicksal bereits besiegelt. Zu den Streiks kam wirtschaftliche Sabotierung und als entscheidender Faktor die Tatsache, daß es den „lebendigen Kräften der nationalen Produktion“ gelang, die Arbeiterschaft gegen die Zentralregierung zu mobilisieren und den Protest der Studenten gegen die Unterdrückung der Militärregierung für ihre Zwecke zu nutzen. Angesichts dieser unhaltbaren Zustände blieb den Offizieren der Armee nichts anderes übrig, als den Rücktritt der Junta-Mitglieder zu fordern. Vgl. George P. Atkins, Ecuador: La Junta Militar (1963 – 66), in: Aportes, Nr. 24, April 1972, S. 6 ff., hier S. 13 – 15.
- 53 Vgl. hierzu: Mensaje Presidencial de Velasco en 1952, bei Luis Maldonado Estrada, Una etapa histórica en la vida nacional, Quito 1954, S. 149 – 50.
- 54 Vgl. die Presseerklärungen von Velasco in: El Universo, 17. März 1970, S. 1 und 5. – Vgl. auch die Erklärungen des „Velasquismo“-Führers Pedro Menéndez anlässlich eines Interviews der Zeitung El Universo zum Thema: „Soll die Verfassung aufrechterhalten oder reformiert werden?“. Menéndez erklärte, daß die Reform notwendig und unvermeidlich sei, denn in Ecuador gebe es eine „juristische Katastrophe“: die Existenz von mehr als *eintausendvierhundert* autonomen Körperschaften, die die Aktionsfähigkeit und die wirtschaftlichen Mittel der Exekutive mehr oder weniger stark behindern und beschränken. In: El Universo, 23. Februar 1970, S. 10 und S. 11.
- 55 Diario de Debates del Congreso Nacional del Ecuador (pleno), Quito August 1968, Bd. II, S. 255 ff., hier S. 263.
- 56 El Universo, 23. Juni 1970, S. 1.
- 57 Ebenda, S. 3.
- 58 Siehe: o. N., Encuesta a los líderes políticos: ¿Debe mantenerse o reformarse la constitución?, in: El Universo, 23. Februar 1970, S. 10 – 11.
- 59 Raúl Cereceda, Las instituciones políticas en América Latina, Freiburg (Schweiz) und Bogotá 1961, S. 128.
- 60 Es ist eine bekannte Maxime in Lateinamerika, daß die letzte Stufe auf der militärischen Karriereleiter die Präsidentschaft der Republik ist.
- 61 Siehe: o. N., Mesa redonda sobre el tema ¿vacío de poder o ansia de mando?, in: Vision, 27. Februar 1970, S. 20 ff.; vgl. intervención de Facundo Roberto Suárez, S. 26.
- 62 Leo B. Lott, Venezuela, in: Martin C. Needler (Hrsg.), Political Systems of Latin America, zweite Ausgabe, New York, Cincinnati, Toronto, Melbourne 1970, S. 262 ff., hier S. 283.
- 63 In dem Leitartikel „Por el honor de la institución armada“ der konservativen Tageszeitung „El Tiempo“, 15. Januar 1970, S. 7, ist zu lesen: „Es besteht in der Tat kein Zweifel daran, daß die Militärgesetze von der Zivilmacht verabschiedet worden sind. In dem vielfach demagogischen Bestreben, die hohen Offiziere zufriedenzustellen, wird eine privilegierte Schicht und eine Verbürgerlichung geschaffen, die diejenigen verführt, die durch ein bestimmtes Verhalten gegenüber der schrecklichen Armut des Landes sich Pfründen mit unverhältnismäßig hohen Einkünften schaffen können.“ In dem Artikel heißt es weiter, daß sich ein Oberst der Luftwaffe im Alter von 38 Jahren mit 7000 Sucres Rente und einer Abfindung von 360 000 Sucres pensionieren läßt. Zum Vergleich: 1000 Mark sind etwa

7000 Sucres. Wenn man die vielfältigen Verwendungsmöglichkeiten bedenkt, (passiver Militärdienst), die jedes Jahr neu durch Dekrete festgelegt werden, wächst diese Zahl auf Millionen Sucres an, die auf den Staatsfinanzen lasten, die sich in der Nähe eines Kollapses bewegen, der unvorhersehbare soziale Auswirkungen nach sich ziehen würde.

- 64 Nach der Meinung der „Welt“ hatte es Velasco nichts genutzt, daß er den Streitkräften die Hälfte der Staatseinnahmen aus der neuen Ausbeutung der Erdölquellen versprach, um im August 1972 seine vierjährige Amtszeit zu beenden und nicht ins Exil zu gehen. Siehe: o. N., Ecuador: el cóndor pasa, in: Die Welt, 17. Februar 1972, S. 4.
- 65 George I. Blanksten, Ecuador, Constitutions . . ., a. a. O., S. 100.
- 66 Siehe: o. N., Ecuador – ein Bauernland, in: NZZ, 29. Juni 1967, Blatt 3.
- 67 Rede des Abgeordneten Heinz Moeller Freile im Kongreß am 10. April 1969, in: Diario de Debates des „Congreso Nacional del Ecuador (Pleno)“, Periode März bis Mai 1969, Bd. II, Talleres Gráficos Nacionales, Quito 1969, S. 281. Moeller Freile sprach aus Anlaß des Angriffs auf einen Abgeordneten im Kongreßpalast, seitens einiger Verwaltungsangestellter unter den Schreien „Viva Velasco“. (Unterstrichen vom Verf.)
- 68 Interessant sind in diesem Zusammenhang, angesichts der Parallelen zur gegenwärtigen Lage Ecuadors, die Bemerkungen von M. Tunón de Lara über die politische Macht der Großgrundbesitzer oder „Parlamentarierfamilien“ vor Gründung der Republik in Spanien: „Das Parlament war ein Ergebnis der auf dem Caciquismo basierenden Aktivität der Oligarchie.“ Siehe: M. Tunón de Lara, Historia y realidad del poder – El poder y las élites en el primer tercio del siglo XX, Cuadernos para el diálogo, Madrid 1967, S. 26 ff. und S. 32 ff. Das kleine Zitat S. 32.
- 69 Oswaldo Hurtado (INEDES), Dos Mundos Superpuestos . . ., a. a. O., S. 222, bringt folgende interessante Daten über die Macht der Großgrundbesitzer in der Politik Ecuadors: Von 34 Kongreßabgeordneten aus dem Andenhochland waren im Jahre 1962 28 Großgrundbesitzer. Bei den letzten Präsidentschaftswahlen (1968) waren zwei der Kandidaten prominente ehemalige Chefs von Landwirtschaftskammern. Von den Direktoren der „Cámara de Agricultura de la I Zona de la Sierra“ (ausgenommen die Provinzen Cañar, Azuay und Loja) zwischen 1947 und 1962 waren: 4 Präsidenten der Republik, 51 Abgeordnete, 21 Staatsminister; 29 hatten andere wichtige politische Funktionen.
- 70 George I. Blanksten, Ecuador: Constitutions . . ., a. a. O., S. 100.
- 71 Wie aus Tabelle 15 über die Parlamentswahlen von 1968 ersichtlich, ist die Zahl der *unabhängigen* Senatoren und Abgeordneten besonders groß; sie machen nicht weniger als ein Fünftel des Parlaments aus. In vier der zwanzig Provinzen (Esmeraldas, Pastaza, Morona Santiago, Galápagos-Inseln) fällt kein einziges Parlamentsmandat an eine vom „Tribunal Supremo Electoral“ anerkannte Partei. Alle Volksvertreter sind „unabhängig“. In einer weiteren Provinz, Napo, sind die Hälfte der Abgeordneten Unabhängige, die anderen beiden Konservative. Die Unabhängigen, im allgemeinen „*Caciques*“, *Disidenten politischer Parteien oder einfach „unabhängige Politiker“*, die direkt vom ausländischen Kapital unterstützt werden und ein offenes Herz haben für jeglichen „demokratischen Pakt auf parlamentarischer Ebene“, stellen nicht nur ihrer Anzahl wegen, sondern auch infolge der wirtschaftlichen Stärke der meisten von ihnen einen

determinanten Faktor in den politischen Entscheidungen des Parlaments dar.

- 72 Die Differenz zwischen den Ergebnissen der Parlaments- und der Präsidentschaftswahlen, das heißt der Sieg der Konservativen im Parlament einerseits und der Sieg Velasco als Präsidentschaftskandidat trotz der Niederlage des „Velasquismo“ andererseits, erlaubt drei Schlußfolgerungen: a) die Konservative Partei ist die auf nationaler Ebene am besten organisierte; ihr Hauptwahlpotential liegt im Andenhochland; b) viele der Unabhängigen standen zwar als solche auf den Abgeordnetenlisten, unterstützten aber den Präsidentschaftskandidaten Velasco; c) das Votum für das „Charisma“ des „Caudillos“ war entscheidend. Auf der einen Seite siegte Velasco in den Küstenprovinzen Guayas, Los Ríos und El Oro, die, zusammen mit der Provinz Pinchincha, die höchste Migrationsquote des Landes aufweisen (vgl. Note 151, Kap III) andererseits ist es in der Politik Ecuadors eine bekannte Tatsache, daß vor allem in diesen „säkularisierten Provinzen“ die Massen Velasco als Präsidenten wählen, wenngleich sie auch zu einer anderen „Partei“ gehören mögen und dies in anderen Wahlen zum Ausdruck bringen.
- 73 Das Zustandekommen von Koalitionen und Pakten zwischen Gruppen, deren Ideologie und Parteiprogramme unvereinbar erscheinen („Velasquismo“ und Liberale des linken Flügels, „Velasquismo“ und „unabhängige Sozialisten“, oder einfach „Velasquismo“ und Sozialisten) ist nicht nur für die „pactos a nivel parlamentario“ typisch. Bei den Wahlen zum Präfekten und Bürgermeister von Guayaquil bildete sich eine sogenannte „Frente Cívico“, der nicht weniger als die folgenden politischen Gruppen angehörten: Konservative, Sozialisten, Angehörige beider Gruppen der C. F. P., der C. I. D., Christlich-Soziale und unabhängige Republikaner. Vgl. *El Universo*, 24. Januar 1970.
- 74 Siehe: o. N., *Festín del poder*, in: *Vistazo*, Mai 1968, S. 25 (Leitartikel).
- 75 Nach der Verfassung muß das Parlament den vom Präsidenten der Republik eingebrachten Haushalt billigen. Die Abgeordneten kämpfen derart heftig um die Verteidigung der „nationalen Interessen“, daß, abgesehen von Ausnahmefällen, dieser Verfassungsvorschrift Genüge getan wird.
- 76 Der Abgeordnete der Konservativen Partei, Salvador Lara, *El Congreso*, in: *Vistazo*, Oktober 1968, S. 25.
- 77 Hermann P. Gebhardt, Costa e Silva stellte die Uhr der Revolution zurück, in: *Frankfurter Rundschau*, 8. Januar 1969, S. 4.
- 78 Siehe: o. N., *Festín del poder*, in: *Vistazo*, Mai 1968, S. 25.
- 79 Alberto Lleras, *Partidos políticos y parlamentos*, in: *Visión* 2, 16. Januar 1970, S. 21.
- 80 Verfassung von 1967.
- 81 George I. Blanksten, *Ecuador: Constitutions . . .*, a. a. O., S. 107. In der Zeitschrift „*Vistazo*“ war im Mai 1968 über die „senadores funcionales“ zu lesen: „Was die Stellen der „senadores funcionales“ betrifft, so befinden sich diese oft in Händen von „pressure groups“, die Druck auf die Allgemeinheit ausüben und deren Ziel es ist, eine Struktur aufrechtzuerhalten, die sich doch früher oder später ändern muß. Durch die Anzeige eines Führers der Konservativen Partei ist bekannt geworden, daß ein hoher Vertreter des Klerus, in Vertretung eines Sektors, sein Vorgehen durch politische Verpflichtungen der Regierung gegenüber, und nicht von doktrinären Auf-

fassungen leiten ließ, wobei aber auch verwandtschaftliche Beziehungen mit seinen Begünstigten im Spiel waren. Und all das für die Ernennung zum Senator für das private Erziehungswesen.“ Siehe: o. N., *Festín del poder*, in: Vistazo, Mai 1968, S. 24.

- 82 Hinsichtlich der Bedingungen, vom „Tribunal Supremo Electoral“ als „Partei“ anerkannt zu werden, siehe Note 59, Kap. II, und Note 43, Kap. III. Daß die Parteien, die bis zur Diktatur Velascos vom „Tribunal Supremo Electoral“ anerkannt waren, an sich eine unendlich verworrene Proliferation personalistischer Bewegungen darstellten, geht klar und deutlich aus den folgenden Daten hervor: Nicht eine einzige Partei hatte für die Wahlen zur Abgeordnetenkommission im Jahre 1970 – die Velasco mit seiner Diktatur für nichtig erklärte – im ganzen Land ihre Listen ausgelegt. Die am besten repräsentierte Partei waren die Konservativen in 14 von 20 Provinzen. Der „Velasquismo“ war in 11, die Liberalen in 8 und die A. R.N. E. in 10 Provinzen vertreten, wobei zu bemerken ist, daß letztere überhaupt kein Mandat erringen konnte (fast allen anderen Parteien erging es ähnlich). Nur in den beiden Provinzen, in denen sich fast die ganze politische und wirtschaftliche Aktivität des Landes konzentrierte, war die Mehrzahl der Parteien vertreten. In Pichincha gab es 13, in der Provinz Guayas 15 Listen, wobei die Zahl 13 in der Provinz Pichincha nicht mit den anerkannten Parteien identisch war, sondern vielmehr lediglich mit Hilfe einiger ad-hoc-Organisationen erreicht wurde. Nur in Guayas waren alle Parteien vertreten; bei den beiden überzähligen handelte es sich ebenfalls um ad-hoc-Organisationen. Nach den am 8. Juni 1970 verfügbaren Angaben des „Tribunal Supremo Electoral“ für 17 Provinzen wurden folgende Listen vorgelegt: Carchi 3, Imbabura 2, Pichincha 13, Cotopaxi 8, Tungurahua 4, Chimborazo 8, Bolívar 5, Cañar 3, Loja 6, Esmeraldas 5, Manabí 9, Los Ríos 6, Guayas 15, El Oro 4, Napo 3, Pastaza 3, Zamora Chinchipe 2. Das Verhältnis der Anzahl von Listen zu Parteien in den Provinzen spiegelt die bekannten Zweckverbindungen wider, welche die politischen Cliquen vor Wahlen eingehen, abgesehen davon, daß sie nicht auf nationaler Ebene operieren. Siehe: *El Universo*, 8. Juni 1970. Eine weitere interessante Tatsache ist, daß für die im Juni 1972 vorgesehenen Präsidentschaftswahlen, die auf Grund des „Pronunciamiento“ der Militärs gegen Velasco vom 15. Februar 1972 auf unbestimmte Zeit verschoben wurden, nicht weniger als 20 „Parteien“ sowie eine außerordentlich große Zahl von ad-hoc-Organisationen in Aktion waren. Vgl. Hermann P. Gebhardt, *Der Putsch in Ecuador*, in: *Stuttgarter Zeitung*, 7. März 1972, S. 12.
- 83 J. Jijón Caamaño, *Política conservadora*, Bd. I, Riobamba 1929, S. 19.
- 84 Artículo 1 de los Estatutos del Partido Conservador Ecuatoriano, Quito, 16. Januar 1970.
- 85 Declaración de Principios del Partido Conservador Ecuatoriano, Quito, 21. Juni 1966.
- 86 Vgl. Hugo Neira, *Equateur*, in: Jean Pierre Bernard, Slias Cerqueira u. a., *Tableau des parties politiques en Amérique du Sud*, Cahiers de la fondation nationale de sciences politiques, Nr. 171, Paris 1969, S. 227 ff., hier S. 233.
- 87 Vgl. Antonio Díaz, *Los partidos políticos del Ecuador*, in: *Política* (Caracas), Nr. 28, November 1963, S. 105 ff., hier S. 112 –13. Hugo Neira, a. a. O., S. 232 – 33.
- 88 Vgl. Vistazo, Februar 1972, S. 15.

- 89 Vgl. Hugo Neira, *Ecuator, a. a. O.*, S. 232.
- 90 Jorge Crespo Toral, *El comunismo en el Ecuador*, Quito 1958, S. 8. Das Mitglied der Parteileitung, Crespo Toral, war bei den Wahlen 1968 Präsidentschaftskandidat der A. R. N. E.
- 91 Vgl. Oswaldo Hurtado (INEDES), *Dos Mundos Superpuestos . . .*, a. a. O., S. 227.
- 92 *Declaración de principios doctrinarios del Partido Liberal Radical Ecuatoriano*, Quito 1970.
- 93 Vgl. Oswaldo Hurtado (INEDES): *Dos Mundos Superpuestos . . .*, a. a. O., S. 225.
- 94 Bei unseren Ausführungen beziehen wir uns ausschließlich auf die Minipartei „Partido Socialista Ecuatoriano“, die seit Jahren von Oleas Zambrano geleitet wird und als einzig legitime Fraktion der P. S. E. vom „Tribunal Supremo Electoral“ anerkannt ist. An ihrem Hauptsitz Quito (Provinz Pichincha) legte sie eine eigene Liste vor, und, wie schon oben bemerkt, erlitt sie nicht nur eine vernichtende Niederlage, sondern ihr „Parteiführer“ verlor auch das einzige Mandat, das die offiziell anerkannten „Sozialisten“ bisher im Parlament gehabt hatten. Was die anderen beiden Fraktionen der Partei angeht, so nahmen diese nicht direkt an Wahlen teil und waren bisher auch noch nicht im Parlament vertreten.
- 95 Auch die Kommunistische Partei ist in drei Fraktionen gespalten: die Pekingier, die Moskauer und die castroistische Linie.
- 96 Vgl. Oswaldo Hurtado (INEDES): *Dos Mundos Superpuestos . . .*, a. a. O., S. 225 – 26.
- 97 Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang die Replik von Leví Castillo, auf Anschuldigungen von Velasco gegen seine Person: „Ich erkläre öffentlich, daß ich, wenn ich mich jemals eines Betrugs schuldig gemacht habe, zu diesem Betrug stehe; es war ein Betrug meines Vaterlandes, ein Betrug meiner selbst, an der Seite eines falschen Idols [Velasco] zu kämpfen. Wenn ich je einen solchen Betrug auf dem Gewissen habe, so gestehe ich heute: der größte Betrug meines Lebens war die Unterstützung der Kandidatur von Velasco Ibarra.“ Siehe: *El Telégrafo*, 13. Februar 1970.
- 98 Die „Partido Republicano Independiente Ecuatoriano“ erhielt nur 2342 der in der Provinz Guayas abgegebenen 162 536 Stimmen, das heißt kaum 1,5 %. Siehe: *El Universo*, 9. Juni 1970, S. 4.
- 99 Siehe: o. N., *Qué pasa en el Ecuador?* Opina Colón Serrano, in: *Vistazo*, August 1970, S. 11 ff., hier S. 14.

KAPITEL V: DIE INTERESSENGRUPPEN

- 1 Vgl. Frank R. Brandenburg, *Political parties and elections*, in: Harold E. Davis (Hrsg.), *Government and politics in Latin America*, New York 1958, S. 186 ff., hier S. 188.
- 2 Edwin Lieuwen, *Arms and politics in Latin America*, New York 1960. – Ders., *Generals vs. Presidents: Neo-militarism in Latin America*, London 1964. – Ders., *The changing role of the military in Latin America*, in: *Journal of Inter-American Studies*, Nr. 3, Oktober 1961, S. 559 ff. – Ders., *The military: a revolutionary force?*, in: Peter G. Snow (Hrsg.), *Govern-*

- ment and politics in Latin America: a reader, New York 1967, S. 286 ff. – Ders., Militarism and politics in Latin America, in: J. J. Johnson (Hrsg.), The role of the military in underdeveloped countries, Princeton, New Jersey 1967, S. 131 ff. – Ders., The military. A force for continuity or change?, in: John J. Tipaske/Sidney N. Fisher, Explosion forces in Latin America, Columbus 1964.
- 3 J. J. Johnson, Military and society in Latin America, Stanford 1964. – Ders., The Latin American military is a politically competing group in transicional society, in: John J. Johnson (Hrsg.), The role of the military ..., a. a. O., S. 91 ff. – Ders., Algunas características sociales de los militares latinoamericanos, in: Revista Paraguaya de Sociología, Mai/August 1965, S. 41 ff.
 - 4 José Nun, La crisis hegemónica y el golpe militar, in: Desarrollo Económico, Buenos Aires, Juli/Dezember 1966, S. 355 ff. – Ders., The middle-class military coup, in: Claudio Véliz (Hrsg.), The politics of conformity in Latin America, London, New York, Toronto 1967, S. 66 ff.
 - 5 Vgl. Victor Alba, El militarismo: ¿sucedáneo de la participación popular?, in: Aportes, Nr. 6, Oktober 1967, S. 77 ff., hier S. 79 – 82.
 - 6 Vgl. Cary Hector, Der Staatsstreich als Mittel der politischen Entwicklung in Südamerika, Berlin 1964, S. 76 – 77.
 - 7 Abgesehen von den stürmischen Jahren der Regierung Alfaro (1895 – 1911), die mit seiner Ermordung endeten, wurden während dieser Epoche, nämlich vom Jahre 1912 an bis 1924, viermal freie Wahlen durchgeführt, und drei Präsidenten konnten ihre Amtszeit beenden (vgl. Tabelle 13). Was den reaktionären Charakter der Armee als Verbündete der Kirche und der Großgrundbesitzer angeht, so darf außerdem nicht vergessen werden, wie rückhaltlos am 15. November 1922 auf das Subproletariat von Guayaquil geschossen wurde.
 - 8 Aus dem „Programm für die Erneuerung der Armee“, welches nach siegreicher Beendigung der „Revolution“ von den Militärs ausgearbeitet wurde, ist unter anderem der Absatz erwähnenswert, der sich mit der Rolle der Armee im nationalen Leben befaßt. Die Feststellung der Militärs aus dem Jahre 1925 besitzt zweifellos auch heute absolute Gültigkeit: „Diese große Last [die Übernahme der Regierung] hat die Armee freiwillig und uneigennützig auf sich genommen, da sie nicht länger der Polyp oder Parasit sein will, der, gleichgültig gegenüber den Problemen des Vaterlandes, nur konsumiert und nichts produziert, der ohne Bewußtsein in den Kasernen vegetiert, Instrument in den Händen ehrgeiziger Politiker, die sich dieses unglücklichen Landes bemächtigt haben, um ihre eigene Lage zu verbessern, ihre Rachegeleüste zu befriedigen und ihren unersättlichen Hunger nach Gold zu stillen, selbst auf Kosten der Gesundheit und des Lebens aller Bewohner dieses unglücklichen Ecuadors und, wenn nötig, auch auf Kosten ihrer Ehre.“ Zitiert bei: Oswaldo Albornoz, Del crimen del Ejido a la revolución del 9 de Julio de 1925, Guayaquil 1969, S. 137.
 - 9 S. P. Huntington, Political order in changing societies, New Haven 1969, S. 201, zitiert bei: Klaus von Beyme, Politische Eliten in Lateinamerika, in: Der Bürger im Staat, 20. Jg., Heft 1, 1970, S. 13 ff., hier S. 16.
 - 10 Vgl. César Enrique Romero, ¿Crisis del gobierno civil en América Latina?, in: Revista de Estudios Políticos, Nr. 122, März/April 1962, S. 227 ff., hier S. 228. – Nach der Meinung einiger Autoren geht die Doktrin

von der Armee als einer „pressure group“ an der realistischen Interpretation ihrer Funktion vorbei, da ja die Armee an sich einen Machtfaktor darstelle und im Innern des Staates agiere. So argumentiert Imaz: „In Argentinien stellen die Streitkräfte keine pressure group dar. Pressure groups treten sporadisch auf und verfolgen ein unmittelbares Ziel. Sie wollen die formelle Autoritätsstruktur weder ändern noch ersetzen, sondern lediglich einen konkreten und unmittelbaren Zweck erfüllt sehen. Nach Erfolg oder Mißerfolg ihres Strebens verschwinden sie wieder. Oder sie sind wieder wie vorher einfache Interessengruppen ... In Argentinien stellen die Streitkräfte Machtfaktoren dar ... Die Ziele von Machtfaktoren sind permanent, wie auch ihre offenen und latenten Funktionen sowie die von ihnen verkörpert Interessen permanent sind. Dies gilt gleichfalls für die Machtfaktoren in den politisch reifen Gesellschaften. Was diese jedoch von den anderen unterscheidet, sind die Mittel und Wege, über die die permanent artikulierten Interessen der Armee in das System eingegliedert werden.“ Siehe: José Luis de Imaz, *Los que mandan*, Buenos Aires 1969, S. 51. – Tuñón de Lara schreibt in diesem Zusammenhang: „Die Armee ist eine im Staatsapparat integrierte Institution. Es ist daher unlogisch, von einem Druck auf die Zentren der Macht zu sprechen, wenn man sich innerhalb des von diesen Zentren der Entscheidung, der Macht, artikulierten Mechanismus befindet. Wenn, in seltenen Ausnahmen, die Armee zugunsten oder gegen eine bestimmte Entscheidung interveniert, sehen wir uns einem Problem der, wie Heller es nannte, Macht in der Organisation gegenüber, nämlich der Frage, wer in eben der institutionalisierten Machtstruktur zu befehlen hat ... Was häufig vorkommt, ist, daß die Organe der Macht nicht in der Lage sind, ihre Entscheidungen gegenüber einer Institution durchzusetzen, die im Prinzip ein Machtinstrument ist, sich aber bewußt geworden ist, daß sie selbst eine Machtstruktur darstellt, welche Entscheidungen innerhalb des Staates durchsetzen kann.“ Siehe: Manuel Tuñón de Lara, *Historia y realidad del poder – El poder y las élites en el primer tercio de la España del siglo XX*, Madrid 1967, S. 45 – 46 und S. 60.

- 11 Unbestreitbar existieren interne Rivalitäten, vor allem in bezug auf die Taktik bei „Pronunciamientos“ und die nachfolgende Verteilung der Privilegien. Das letzte „Pronunciamiento“ vom 15. Februar 1972 stand zweifellos unter dem Zeichen, Interessensphären für die drei Waffengattungen zu gewinnen. Der Sturz der Junta oder des „Consejo de Gobierno“, der zunächst den Präsidenten, General Rodríguez, unterstützen sollte, aus dem sich eine Konsolidierung der persönlichen Autorität des Präsidenten ergab, ist dafür ein klarer Beweis.
- 12 Obwohl nur spärliches empirisches Material zur Verfügung steht, besteht fast völlige Übereinstimmung darin, daß die Offizierscorps in Lateinamerika sich seit Ende des 19. Jahrhunderts vorwiegend aus der Mittelschicht rekrutieren. – Vgl. Maurice Duverger, *Instituciones políticas y derecho constitucional*, Barcelona-Caracas 1961, S. 353. – L. A. Costa Pinto, *Nacionalismo y militarismo ...*, a. a. O., S. 73. – Cary Hector, *Der Staatsstreich als Mittel ...*, a. a. O., S. 77. – José Nun, *The middle class military ...*, a. a. O., S. 71. – José Luis de Imaz, *Los que mandan ...*, a. a. O., S. 58.
- 13 Vgl. José Nun, *The middle class military ...*, a. a. O., S. 112.
- 14 Die Berufsarmee Ecuadors basiert auf einem Stamm von besoldeten Soldaten

- auf Dauer. Es besteht ebenfalls „Wehrpflicht“; die Wehrpflichtigen im Alter von 20 Jahren werden jeweils für ein Jahr eingezogen.
- 15 Vgl. Stanislav Andresky, *Parasitismo y subversión en América Latina*, Buenos Aires 1967, S. 239.
 - 16 Vgl. Wolf Grabendorf, *Lateinamerika – wohin?*, Informationen und Analysen, München 1970, S. 105.
 - 17 Vgl. L. A. Costa Pinto, *Nacionalismo y . . .*, a. a. O., S. 81 ff.
 - 18 Vgl. Edwin Lieuwen, *Generals vs. presidents . . .*, a. a. O., S. 124 ff. – Robert P. Case, *El entrenamiento de los militares latinoamericanos en los Estados Unidos*, in: *Aportes*, Nr. 6, Oktober 1967, S. 44 ff., hier S. 53.
 - 19 Dokument des Senats der Vereinigten Staaten, Nr. 82 – 963 0.1967, zitiert bei: E. Ruiz García, *América Latina, la explosión de los poderes tradicionales*, Madrid 1970, S. 29.
 - 20 Siehe den Bericht von Nelson A. Rockefeller, der in der spanischen Ausgabe unter dem Titel erschien: *La calidad de la vida en las Américas* (Informe sobre América Latina, presentado por una Misión presidencial de los Estados Unidos de América), o. O. (New York?), o. J. (1970?), vor allem S. 12, S. 28 – 32.
 - 21 Diese Zahl nennt Noé de Andrade in dem Artikel: *El militarismo Ecuatoriano*, in: *Vistazo*, Februar 1969, S. 62 ff. De Andrade spricht zuerst davon, daß Ecuador an „mehr als hundert Leiden der Unterentwicklung krank ist“ und bringt in etwa zum Ausdruck, daß man es sich nicht leisten könne, 25 – 35 % des Staatshaushaltes für das Militär auszugeben (S. 63). Später fixiert er die Zahl: „Wir können uns den Luxus nicht weiter leisten, 25 % unseres Staatshaushaltes in einen Militärapparat zu stecken, der keine Früchte bringt.“ (S. 67).
 - 22 Ebenda, S. 63.
 - 23 Zitiert bei: Hermann P. Gebhardt, *Komplexe Rüstungsprobleme in Lateinamerika*, in: *Außenpolitik*, April 1968, S. 220 ff., hier S. 224.
 - 24 Bei dieser Einteilung der Militärs in Technokraten und Bürokraten folgen wir der Interpretation der inneren Struktur der Armee Lateinamerikas bei L. A. Costa Pinto, *Nacionalismo militarismo*, a. a. O., S. 63 ff. Die Tatsache, daß die sogenannten Technokraten in der Marine und Luftwaffe zu finden sind, ist im Fall Ecuadors allem Anschein nach darauf zurückzuführen, daß diese Waffengattungen nach der Tradition des lateinamerikanischen Militarismus einen „aristokratischen Charakter“ haben. Obwohl keine diesbezüglichen empirischen Studien vorhanden sind, kann behauptet werden, daß die Offiziere von Marine und Luftwaffe in der Regel aus der oberen Mittelschicht kommen.
 - 25 Unter den Technokraten im Offizierscorps gibt es Ingenieure in den Fachgebieten Elektronik, Atomenergie etc., welche nicht die geringste Möglichkeit haben, ihre Kenntnisse innerhalb des Landes in der Praxis zu verwerten. Fast immer verlassen sie nach einer gewissen Zeit die Armee, um in den USA zu arbeiten. Während der Militärdiktatur von 1963 – 66 war ein großer Teil der Marineoffiziere als Professoren am Polytechnikum von Guayaquil tätig. Durch ihre Ausbildung waren sie dem zivilen Lehrkörper weit überlegen.
 - 26 Vgl. Hans-Ulrich Reh, *Der Staatsstreich in Peru 1968, Ursachen und Konsequenzen*, Mainz 1970, S. 42.

- 27 Noé de Andrade, *El militarismo ...*, a. a. O., S. 65. Einen Einblick in die Summen der Abfindung und des Ruhehaltes eines hohen Offiziers in der ecuadorianischen Armee gibt die Fußnote 63, Kap. IV.
- 28 Ebenda, S. 63.
- 29 Ebenda, S. 62.
- 30 Rede des Verteidigungsministers Acosta Velasco, *Función de las fuerzas armadas es prepararse para la guerra interna y externa*, in: *El Universo*, 27. Februar 1970. Anlässlich einiger Zwischenfälle zwischen Offizieren von Marine und Luftwaffe und der Verkehrspolizei Guayaquil betonte derselbe Minister in einer Presseerklärung nachdrücklich, daß die zivilen Kräfte der Armee besonderen Respekt schuldig seien, und daß die Ehre der letzteren niemals befleckt werden dürfe. „Es ist m. E. nicht erforderlich, daß sich die Offiziere der Armee bei den Mitgliedern der Verkehrspolizei entschuldigen. Diese müssen sich vielmehr bei der Armee für ihre Provokationen entschuldigen. Die Mitglieder der Armee können sich nicht demütigen lassen, und ich als Verteidigungsminister werde dies auch niemals zulassen.“ In: *El Telégrafo* und *El Universo*, 28. Februar 1972.
- 31 Vgl. Oswaldo Hurtado (INEDES), *Dos Mundos Superpuestos ...*, a. a. O., S. 232.
- 32 Daß diese offene Intervention durch Veto nur das Vorspiel des bald folgenden „Pronunciamiento“ darstellte, wurde bei dieser Gelegenheit deutlich. Unter dem gleichen Vorwand, und obwohl er die Wünsche der Militärs erfüllte und die diplomatischen Beziehungen mit Kuba und einigen anderen sozialistischen Ländern abgebrochen hatte, wurde Arosemena ein Jahr später abgesetzt.
- 33 Siehe: *Intervención en el parlamento del Coronel Banderas Román*, in: *Diario de Debates de la Honorable Asamblea Nacional Constituyente*, Bd. 2, Quito 1966 – 67, S. 394.
- 34 Ebenda, S. 395 – 404. Zur Untermauerung seiner Intervention zitierte Oberst Banderas Román eine Serie von Dokumenten: Kommuniqués, Presseerklärungen, Briefe, mit denen die Oligarchie ihr Einverständnis zur Intervention gab. Die Logik war immer gleich.
- 35 Oswaldo Hurtado (INEDES), *Dos Mundos Superpuestos ...*, a. a. O., S. 232.
- 36 *El Universo*, 9. Dezember 1969, S. 1.
- 37 *La Razon*, 26. November, S. 25.
- 38 Siehe Teilwiedergabe eines von Oberst der Luftwaffe Manuel Chicaíza Méndez für die Zeitschrift der FAE geschriebenen Artikels: „Las fuerzas armadas y la guerra revolucionaria“, in: *El Universo*, 3. November 1969, S. 7. Chicaíza begründete die Notwendigkeit der Intervention wie folgt: „Die Erfahrung hat gezeigt, daß die Regierenden, verblendet durch die periodisch auftretende Selbsttäuschung der Wahlen, erst dann die Tragweite des Problems erkennen, wenn die Subversion offen zutage tritt und so die Intervention der Streitkräfte erforderlich macht; das heißt also, wenn die Partie auf politischer, wirtschaftlicher und sozialer Ebene verlorenzugehen beginnt, dann erwartet man die Erwiderung der Militärs. Nur dies Eine genügt, um die große Verantwortung der Institution Armee klarzumachen.“
- 39 Die letzte direkte militärische Intervention fand am 15. Februar 1972 unter dem Motto „Rettung des Vaterlandes“ statt. Angesichts der während des Wahlkampfes und der für Juni 1972 vorgesehenen Präsidentschaftswahl

vorauszu sehenden Anarchie, erklärte der Präsident der Republik, General Rodríguez Lara, in einem Interview für die spanische Zeitung „El Pueblo“ (Madrid, 21. Februar 1972, S. 22): „Genau kann ich den Zeitpunkt nicht nennen, zu dem wir von der Armee beschossen haben, zur Rettung des Vaterlandes zu Hilfe zu eilen. Aber wir, die Soldaten Ecuadors, sahen, wie die politische Lage sich zuspitzte. Wir sahen das Chaos vor der Tür stehen. Mit Fortschreiten des Wahlkampfes sahen wir Militärs immer klarer, daß die Familie Ecuador sich in einem Zersetzungsprozeß befand und dem nationalen Zusammenleben tiefe Wunden geschlagen wurden. Es gab keine Spur von Versöhnung, noch Einheit in den Zielsetzungen oder sonst etwas. Im Gegenteil, die Differenzen wurden immer größer, so daß das Land drauf und dran war, in jenes Chaos zu stürzen, das Ecuador so ungeheuren Schaden zugefügt hätte.“

- 40 Dies ist zweifellos – es genügt ein Blick auf die politischen Verhältnisse nicht nur in Ecuador, sondern in den meisten lateinamerikanischen Ländern während der letzten zehn Jahre – ein Zeichen dafür, daß der Militarismus die frühere Theorie vom Wechsel zwischen Zivil- und Militärregierungen überwunden hat. Mehr denn je ist die Zivilmacht heute der militärischen untergeordnet. Deutliche Erklärungen, daß es „für die Militärregierung keine bestimmte Zeitspanne gebe“ und daß man „nicht an Wahlen in unmittelbarer Zukunft denke“, hat der Präsident selbst, General Rodríguez Lara abgegeben. Siehe: El Pueblo (Madrid), 21. Februar 1972, S. 22, und El Tiempo (Quito), S. 1 – 2.
- 41 José Luis de Imaz, Los que mandan . . . , a. a. O., S. 84.
- 42 Die militärische Intervention beziehungsweise die Diktatur durch Velasco ab 1970 wird hier absichtlich nicht erwähnt, da die Regierung hier als Diktatur von Zivilpersonen auftrat. In bezug auf das „Pronunciamiento“ vom 22. Juni 1970 siehe Kap. III, S. 110 ff.
- 43 Vistazo, Juli 1963.
- 44 Vistazo, April 1964.
- 45 Vistazo, Juli 1964.
- 46 Leitartikel der Zeitung „El Telégrafo“, zitiert von Oberst Banderas Román bei seiner Rede vor dem Parlament, als Beweis für die Unterstützung der Armee nach dem „Pronunciamiento“ vom 11. Juli 1963. Siehe: Diario de Debates de la Asamblea Nacional Constituyente 1966 – 67 . . . , a. a. O., S. 399.
- 47 Artikel von Efraín Pérez Castro, La dignidad nacional, in: El Universo, 13. Juli 1963 zitiert von Oberst Banderas, a. a. O., S. 398.
- 48 Siehe: Proclama del Gobierno Militar, erschienen in: El Comercio, 16. Februar 1972, S. 1.
- 49 Ursprünglich bestand die Regierung aus einer Junta beziehungsweise einem „Consejo de Gobierno“, welcher die Ranghöchsten der drei Armeezweige – Heer, Marine, Luftwaffe – angehörten. Sie sollten zusammen mit General Rodríguez Lara regieren, welcher als Dienstältester zum Präsidenten bestimmt wurde. Vier Tage nach dem „Pronunciamiento“ (19. Februar 1972) blieb Rodríguez unumschränkter Herrscher, und die Befehlshaber von Marine und Luftwaffe wurden abgesetzt. Der Posten des Befehlshabers des Heeres war zu dieser Zeit noch unbesetzt, da Rodríguez Lara seit seiner Ernennung zum Präsidenten noch keinen Nachfolger für das früher von ihm ausgeübte Amt bestimmt hatte. Siehe: El Tiempo, 19. Februar 1972, S. 2.

- 50 Siehe: Proclama del Gobierno Militar, a. a. O., S. 1.
- 51 Nach Angaben von S. E. U. L. („Servicio Europeo de Universitarios Latino-americanos“), Brüssel, Jg. IV, Nr. 29, Januar/Februar 1972, S. 31, könnte Ecuador der größte Erdöllieferant Südamerikas sein. Außerdem „sichern die Konzessionen dem Land einen Mindestanteil von kaum 12,5 % an Gewinnanteilen, und 50 % dieser 12,5 % sind für militärische Ausgaben bestimmt . . . Die Beobachter erinnern sich, daß es Ländern wie Venezuela und anderen in letzter Zeit gelungen ist, 50 % der Einnahmen in Form von Steuern zu kassieren, während in Ecuador der große Strom des aus dem Erdöl gewonnenen Reichtums an die Lizenzinhaber und die Armee geht!“
- 52 Gerhard Maurer und Peter Molt, Lateinamerika. Eine politische Länderkunde, Berlin 1968, S. 94.
- 53 Vgl. François Houtart, Die Wirkungen des sozialen Wandels und die katholische Religion in Lateinamerika, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 6 (Probleme der Religionssoziologie), 1962, S. 166 ff., hier S. 171 – 72.
- 54 Jacques Lambert, Amérique Latine: structures sociales et institutions politiques, Paris 1963, S. 254.
- 55 Vgl. Stanislav Andresky, Parasitismo y subversión . . . , a. a. O., S. 244 – 45.
- 56 Oswaldo Hurtado (INEDES), Dos Mundos Superpuestos . . . , a. a. O., S. 213.
- 57 Vgl. Roger Bastide, Nicht-katholische Religionen und die ökonomische und soziale Entwicklung in Brasilien, in: Internationales Jahrbuch für Religionssoziologie (Religionen im sozialen Wandel), Band VI, Köln-Opladen 1970, S. 83 ff.
- 58 Jacques Lambert stellt fest: „L'existence d'une force politique de l'Église posait des problèmes nationaux et non plus des problèmes locaux; elle a de ce fait été indirectement un élément de modernisation de la vie politique latino-américaine, si l'on veut bien admettre que cette modernisation exigeait d'abord que la vie politique s'organisait en fonction des thèmes nationaux, sur le plan de l'Etat et non de la famille, du domaine ou de la region.“ Jacques Lambert, Amérique Latine: structures . . . , a. a. O., S. 255.
- 59 Juan Beneyto, Los puntos de partida de la organización política hispano-americana, in: Revista de Estudios Políticos (Madrid), Nr. 91, Januar/Februar 1957, S. 145 ff., hier S. 166.
- 60 Vgl. Roger Bastide, Nicht-katholische Religionen . . . , a. a. O., S. 83 ff.
- 61 Zitiert bei: Oswaldo Alborno, Historia de la acción clerical en el Ecuador – Desde la conquista hasta nuestros días –, Quito 1963, S. 122 – 23.
- 62 Vgl. Jorge Morán Córdova, El XXI Concilio Ecuaménico. Las relaciones entre la Iglesia y el Estado. La Iglesia Católica y el laicismo, (Broschüre), Guayaquil 1962, S. 17. – Oswaldo Alborno, Historia de la acción clerical . . . , a. a. O., S. 122 – 24.
- 63 Oswaldo Alborno, Historia de la acción clerical . . . , a. a. O., S. 119.
- 64 Siehe François Houtart, Die Wirkungen des sozialen Wandels . . . , a. a. O., S. 172.
- 65 Vgl. Stanislav Andresky, Parasitismo y subversión . . . , a. a. O., S. 246. – I. Vallier, Religious Elites, in: Seymour M. Lipset und Aldo Solari

- (Hrsg.), *Elites in Latin America*, New York 1967, S. 190 ff., hier S. 194.
- 66 François Houtart, *Die Wirkungen des sozialen Wandels ...*, a. a. O., S. 173.
- 67 Siehe: *Modus Vivendi con la Santa Sede*, in: *Recopilación de Leyes y Códigos de la República del Ecuador*, Band 2, Gesetz Nr. 25, Quito 1968.
- 68 Jorge Morán Córdova: „El XXI Concilio Ecuaménico. Las relaciones ...“, a. a. O., S. 20.
- 69 Oswaldo Hurtado (INEDES), *Dos Mundos Superpuestos ...*, a. a. O., S. 233 – 34.
- 70 Siehe: Alberto Methol Ferré, *Iglesia y Sociedad Opulenta*, in: *Víspera*, Beilage „Foro“, Montevideo, Jg. 3, Nr. 12, September 1969, S. 3 ff.
- 71 Vgl. Peter Molt, *Die politische Programmatik der christlich-demokratischen Parteien Lateinamerikas*, in: *Civitas, Jahrbuch für christliche Gesellschaftsordnung*, Fünfter Band 1966 (Sonderdruck), S. 62 ff., hier S. 64.
- 72 Siehe: o. N., *Eine Typologie des brasilianischen Katholizismus*, in: *Herder Korrespondenz, Monatshefte für Gesellschaft und Religion*, 22. Jg., Heft 5, Freiburg i. Br. 1968, S. 215 ff., hier S. 216.
- 73 Trotz der Herausforderung des Liberalismus zu Ende des 19. Jahrhunderts gelingt es der Kirche, ihre Macht als Großgrundbesitzerin zu halten. Sie ist gegenwärtig die erste Großgrundbesitzerin des Landes. Siehe zu diesem Thema das brillante Werk von Jaime Galarza Zavala, das auch mit statistischen Untersuchungen diese Behauptung belegt: Jaime Galarza Zavala, *El Yugo feudal*, Quito 1966.
- 74 Das Schreckgespenst des Kommunismus als Vorwand zur Verhinderung jeder möglichen Reformen ist nichts Neues. Seit dem Sieg der sowjetischen Revolution sind die Pastoralbriefe gegen kommunistische Umtriebe und Gefahren das bevorzugte Thema der kirchlichen Hierarchie. Schon im Jahre 1923 schrieb der damalige Bischof von Riobamba, Carlos María de la Torre, einen Hirtenbrief unter dem Titel „El Socialismo“, in dem unter anderem folgendes zu lesen war: „Der Mensch, durch den Sozialismus zur Bestie geworden ... die Brust zerfressen von der alles vertilgenden Flamme des Hasses, aus offenem Schlund und geröteten Pupillen Rache und Furie speiend, das Schwert des Mörders und die Brandfackel schwingend, stürzt sich auf die heiligen heimischen Mauern, auf die gesegnete Festung des Vaterlandes, auf den allerheiligsten Tempel der Religion.“ Zitiert bei: Oswaldo Alborno, *Del crimen de El Ejido a la revolución del 9 de Julio de 1925*, Guayaquil 1969, S. 123.
- 75 Carta Pastoral del Arzobispo de Quito Carlos María de la Torre, zitiert bei: Oswaldo Alborno, *Historia de la acción clerical ...*, a. a. O., S. 286 – 87.
- 76 *El Universo*, 23. Juni 1970, S. 1.
- 77 Mons. López de Lama, *El vía crucis de algunos hombres de iglesia en Bolivia*, in: *NADOC*, Nr. 240, 9. Februar 1972, S. 6.
- 78 Vgl. Henri Desroche, *Religionssoziologie und Entwicklungssoziologie*, in: *Internationales Jahrbuch für Religionssoziologie (Religion, Kultur und sozialer Wandel)*, Band V, Köln-Opladen 1969, S. 20 ff., hier S. 28 – 29.
- 79 Siehe Interview der Zeitschrift „Vistazo“ mit Monseñor Leonidas Proaño: *La iglesia ecuatoriana y la posición de dos prelados: ¿Dos iglesias?*, in: *Vistazo*, Juli 1971, S. 88 ff. – *NADOC*, Nr. 192 (Comisión ecuatoriana de justicia y paz), 3. März 1971, S. 2.

- 80 Beschlüsse der II. Generalversammlung des lateinamerikanischen Episkopats (Medellín 24. 8. – 6. 9. 1968). Deutsche Veröffentlichung und Übersetzung der Bischöflichen Aktion „Adveniat“ 1968, S. 17.
- 81 Während Monseñor Proano in dem Interview mit „Vistazo“ im Juli 1971 die oben erwähnte reformistische Linie der Kirche vertrat, war der rechte Flügel der Kirche durch Monseñor Juan Larrea Holguín, Weihbischof von Quito, vertreten. Für ihn ist „die letzte Konsequenz des christlichen Werks der Befreiung die ewige Seligkeit: der Himmel. Dies ist der übernatürliche Sinn christlicher Mission, der niemals beiseite geschoben werden kann. *Suchet das Reich Gottes und seine Gerechtigkeit, und alles andere wird Euch dazu gegeben*“. (S. 89, Hervorhebungen vom Verf.).
- 82 Beschlüsse der II. Generalversammlung des lateinamerikanischen Episkopats, a. a. O., S. 34 – 35 (Hervorhebungen vom Verf.).
- 83 Interview mit Monseñor Proaño, in: Vistazo, Juli 1968, a. a. O., S. 89.
- 84 Ebenda, S. 90 – 91.
- 85 Vgl. Interview mit Erzbischof Dom Helder Câmara, in: Der Spiegel, Nr. 39, 21. September 1970, S. 188 ff.
- 86 Leitartikel in: La Juventud Denuncia, Jg. I, 1. Mai 1970, Quito-Riobamba, Presseorgan der „Christen der Linken“.
- 87 Interview mit dem Jesuitenpater Estuardo Arellano in: La Juventud Denuncia, 1. Mai 1970, S. 4.
- 88 Siehe: o. N., ¿La autoridad o el poder de las tinieblas?, in: La Juventud Denuncia, 1. Mai 1971, S. 2.
- 89 Siehe: o. N., Relaciones latinoamericanas ante el sínodo de obispos: Posición de los presbíteros del Ecuador frente al Sínodo, in: Documento de NADOC, Nr. 237, 19. Januar 1972, S. 3.
- 90 Ebenda, S. 2.
- 91 Declaración programática de la conferencia episcopal para la iglesia en el Ecuador, Cuenca 1967, S. 55 – 56, S. 57, S. 16 – 17. Was in der „Declaración programática“ auffällt, ist die Tatsache, daß sich die Kirche der Erziehung in nicht-konfessionellen Schulen nicht mehr widersetzt, welche sie zusammen mit dem Kommunismus in früheren Hirtenbriefen als größten Feind des Vaterlandes und der Religion bezeichnet und bekämpft hatte. Wörtlich ist unter Punkt 25, S. 16 und 17, zu lesen: „Die Kirche in Ecuador stellt mit Freude fest, daß der religiöse Kampf in unserem Lande überwunden wird. Sie erkennt mit Genugtuung die Arbeit der staatlichen und privaten nicht-konfessionellen Schulen zum Wohle des Landes an und sie empfindet Befriedigung über ihre Mitarbeit bei der edlen Aufgabe der Erziehung.“ Anschließend wird bemerkt, daß 18 % (!) der Schüler Konfessionsschulen besuchen.
- 92 Interview mit Monseñor Leonidas Proaño von der ARD, ausgestrahlt am 8. April 1972 (Am Fuße des Chimborazo. Indianerkommunen in Ecuador).
- 93 Oswaldo Hurtado (INEDES), Dos Mundos Superpuestos ..., a. a. O., S. 215.
- 94 Als weitere mächtige Wirtschaftsgruppe, welche direkt auf den Staat Einfluß nimmt, kann zweifellos die Presse genannt werden, die von den Politikern in ihren demagogischen Reden als „Prensa amarilla“ (mit Geld geschmierte Presse) bezeichnet wird. Eine Analyse wird hier nicht gegeben, da ihre Funktion unseres Erachtens entlang der Linie sozialer Hierarchie

und regionaler beziehungsweise partikularistischer Formen innerhalb des Kommunikationssystems liegt. Innerhalb einer traditionellen, reaktionären, kapitalistischen Ideologie ist ihr Ziel lediglich die Verteidigung und Gewährleistung der Interessen der obengenannten Wirtschaftsgruppen und des ausländischen Kapitals, mit dem sie eng verflochten ist und sich daher in einem Abhängigkeitsverhältnis befindet. In Anbetracht der vorgenannten Tatsachen erscheint uns ein Studium der Art und Funktion ihrer Induktionsmechanismen in bezug auf die Bewußtseinsbildung der Nation und die politische Modernisierung dienlicher. Dies würde jedoch den Rahmen dieser Untersuchung sprengen.

- 95 George I. Blanksten, Political groups in Latin America, in: John H. Kautsky (Hrsg.), Political change in underdeveloped countries. Nationalism and communism, New York, London ³1964, S. 140 ff., hier S. 151 – 52.
- 96 El Universo, 14. Februar 1970, S. 2.
- 97 Vgl. George Pope Atkins, La Junta Militar Ecuatoriana (1963 – 66). Los militares latinoamericanos de nuevo tipo, in: Aportes, Nr. 24, April 1972, S. 6 ff., hier S. 13 ff.
- 98 Siehe: o. N., Autoridad portuaria: piedra de escándalo, in: Vistazo, März 1970, S. 4 ff., hier S. 6.
- 99 Ebenda, S. 6 – 7.
- 100 In bezug auf die historische Entwicklung der ecuadorianischen Gewerkschaftsbewegung folgen wir den Büchern: Moisés Poblete Troncoso, El movimiento obrero latinoamericano, Mexiko 1946, S. 203 ff.; Robert J. Alexander, El movimiento obrero en América Latina, Mexiko 1967, S. 163 ff.; Oswaldo Hurtado und Joachim Herudek, Organización popular y desarrollo, (INEDES), Versión preliminar, o. J., o. O., S. 62 ff.
- 101 Bei ihrer Gründung im Jahre 1938 gab sich die Organisation den Namen „Confederación Ecuatoriana de Obreros Católicos“. Dieser wurde 1957 in „Confederación Ecuatoriana de Obreros, Empleados y Artesanos Católicos“ umgeändert. Im Rahmen einer Öffnung auch für nicht rein katholische Elemente entstand 1965 die Bezeichnung „Confederación Ecuatoriana de Organizaciones Sindicales Cristianas“, welche die Organisation bis heute beibehielt.
- 102 Vgl. Oswaldo Hurtado und Joachim Herudek, Organización popular ..., a. a. O., S. 63 ff.
- 103 Ebenda, S. 15.
- 104 Vgl. Saludo del Comité Central del Partido Comunista Ecuatoriano (P. C. E.) al camarada Pedro A. Saad, Secretario General del Partido, en su Sexagésimo aniversario, in: Bandera Roja (Revista del partido comunista del Ecuador), Nr. 7, Juni 1969, S. 17 ff., hier S. 21 ff.
- 105 Vgl. Oswaldo Hurtado und Joachim Herudek, Organización popular ..., a. a. O., S. 65 ff.
- 106 Oswaldo Hurtado und Joachim Herudek, Organización popular ..., a. a. O., S. 66.
- 107 Ebenda, S. 15.
- 108 Siehe: Robert J. Alexander, El movimiento obrero ..., a. a. O., S. 164.
- 109 Vgl. Oswaldo Hurtado und Joachim Herudek, Organización popular ..., a. a. O., S. 71.
- 110 Ebenda, S. 72.
- 111 Vgl. Robert J. Alexander, Organized Labour and politics, in: Harold E.

- Davis (Hrsg.), *Government and politics in Latin America*, New York 1958, S. 166 ff., hier S. 173 ff.
- 112 Vgl. Hans-Ulrich Büniger, Zur politischen Rolle der lateinamerikanischen Gewerkschaften, in: Klaus Lindenberg (Hrsg.), *Politik in Lateinamerika*, Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Hannover 1971, S. 126 ff., hier S. 140 – 41.
- 113 Vgl. Wilhelm M. Breuer, Bernd Hartmann, Herbert Lederer, *Revolution in Lateinamerika*, Köln 1969, S. 50. – Klaus von Beyme, *Interessengruppen in der Demokratie*, München 1969, S. 72.
- 114 Beschlüsse der II. Generalversammlung des lateinamerikanischen Episkopates, Medellín 24. 8. – 6. 9. 1968. Deutsche Übersetzung herausgegeben von der Bischöflichen Aktion „Adveniat“, Essen 1970, S. 17.

LITERATURVERZEICHNIS

A · PROBLEMATIK DER PARTEIENFORSCHUNG UND POLITISCHE ENTWICKLUNG

Bücher:

- Aguilar, Alfonso: Teoría y política del desarrollo latino-americano. Universidad Nacional Autónoma, Mexiko 1967.
- Aguilar, Alfonso / Frigerio, Rogelio u. a.: Desarrollo y Desarrollismo. Editorial Galerna, Buenos Aires 1969.
- Allardt, Erik / Littunen, Yrjö (Hrsg.): Cleavages, ideologies and party systems. Contributions to comparative political sociology. Tidnings, Turku 1964.
- Almond, Gabriel A. / Coleman, James S. (Hrsg.): The politics of developing areas. University Press, Princeton, New Jersey 1960.
- Apter, David E.: Some conceptional approaches of the study of modernization. Prentice Hall, Engelwood Cliffs 1968.
- Barringer, Herbert / Blanksten, George I. / Mack, Raymond W. (Hrsg.): Social change in developing areas. Schenkman, Cambridge, Mass. 1965.
- Bühl, Walter L.: Evolution and revolution – Kritik der symmetrischen Soziologie. Wilhelm Goldmann Verlag, München 1970.
- Danckwerts, Dankwart / Pfütze, Hermann u. a.: Die Sozialwissenschaften in der Strategie der Entwicklungspolitik. edition suhrkamp 411, Frankfurt/M. 1970.
- Diamant, Alfred: Modellbetrachtung der Entwicklungsverwaltung (Politik und Verwaltung, Heft 4), Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1967.
- Duverger, Maurice: Les parties politiques. Librairie Armand Colin, Paris 1951.
- Germani, Gino: Política y sociedad en una época de transición – de la sociedad tradicional a la sociedad de masas. Paidós, Buenos Aires 1962.
- Heintz, Peter (Hrsg.): Soziologie der Entwicklungsländer – Eine systematische Anthologie. Kiepenhauer & Witsch, Köln-Berlin 1962.
- Heintz, Peter: Ein soziologisches Paradigma der Entwicklung, mit besonderer Berücksichtigung Lateinamerikas. Ferdinand Enke Verlag, Stuttgart 1969.
- Huntington, Samuel P.: Political order in changing societies. Yale University Press, New Haven, London 1968.
- Jäger, Wolfgang / Schmitz, Matthias: Partei und System. Eine Einführung in die kritische Parteienforschung. Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart 1972.
- Kaplan, Marcos: Estado y Sociedad, Heft 12 (Colección de Impresiones), Centro Paraguayo de Estudios Sociológicos, Asunción (?), o. J.
- Kautsky, John H. (Hrsg.): Political change in underdeveloped countries. John Wiley, New York, London ³1964.
- Kebschull, Harvey G. (Hrsg.): Politics in transitional societies. Apleton, New York 1968.

- Kress, Gisela / Senghaas, Dieter (Hrsg.): Politikwissenschaft. Eine Einführung in ihre Probleme. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M. 1969.
- LaPalombara, Joseph / Weiner, Myron (Hrsg.): Political parties and political development. University Press, Princeton, New Jersey 1966.
- Lehmbruch, Gerhard: Einführung in die Politikwissenschaft. Kohlhammer Verlag, Stuttgart, Berlin u. a. ²1968.
- Lenk, Kurt / Neumann, Franz: Theorie und Soziologie der politischen Parteien. Luchterhand Verlag, Neuwied 1968.
- Lipset, Seymour M. / Rokkan, Stein (Hrsg.): Party systems and voter alignments: Cross national perspectives. The Free Press, London 1967.
- Michels, Robert: Zur Soziologie des Parteienwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens. Neu- druck der 2. Auflage, hrsg. und mit einem Nachwort versehen von Werner Conze. Kröners Taschenausgabe Band 250, Stuttgart 1967.
- Neumann, Sigmund (Hrsg.): Modern political parties: Approaches to comparative politics. University of Chicago Press, Chicago 1956.
- Organski, A.F.K.: The stages of political development. Alfred A. Knopf, New York 1965.
- Parry, Adolfo E.: Partidos políticos. La Ley, Buenos Aires 1960.
- Pye, Lucian W.: Politics, personality and nation building. Burma's search for identity. Yale University Press, New Haven, London 1962.
- Pye, Lucian W.: Aspects of political development; an analytical study. Little Brown, Boston 1966.
- Renesse, Ernst-Albrecht von, u. a.: Unvollendete Demokratien. Organisationsformen und Herrschaftsstrukturen in nichtkommunistischen Entwicklungsländern in Asien, Afrika und im Nahen Osten. Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen 1965.
- Ders. (Hrsg.): Revolte und Revolution in Entwicklungsländern. Bertelsmann Universitätsverlag, Bielefeld 1969.
- Stammer, Otto (Hrsg.): Party systems, party organisations and the politics of new masses. Beiträge zur 3. Internationalen Konferenz für Vergleichende Politische Soziologie, Berlin, 15. – 20. Januar 1968. Institut für politische Wissenschaft an der FU Berlin, Berlin 1968.
- Weber, Max: Soziologie, Weltgeschichtliche Analysen, Politik. Kröner Verlag, Stuttgart ⁴1968.
- Ziebur, Gilbert (Hrsg.): Beiträge zur allgemeinen Parteienlehre – Zur Theorie, Typologie und Vergleichung politischer Parteien. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1969.

Aufsätze:

- Almond, Gabriel A.: A functional approach to comparative politics. In: Gabriel A. Almond / James S. Coleman (Hrsg.): The politics of the developing areas. University Press, Princeton, New Jersey 1960, S. 3 ff.
- Almond, Gabriel A.: Comparative political systems. In: Journal of Politics, Bd. XVIII, Nr. 3, August 1956, S. 391 ff.
- Apter, David E.: „Introduction“ zu dem Kapitel „Political Parties“. In: Harry Eckstein und David E. Apter (Hrsg.): Comparative politics. A reader. The Free Press of Glencoe, London 1963, S. 327 ff.
- Beloff, Max: Typologie der politischen Parteien. In: Gilbert Ziebur (Hrsg.):

- Beiträge zur allgemeinen Parteienlehre – Zur Theorie, Typologie und Vergleichung politischer Parteien. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1969, S. 331 ff.
- Benda, Harry J.: Non-western intelligentsias as political elites. In: John H. Kautsky: Political change in underdeveloped countries: nationalism and communism. John Wiley, New York, London 1964, S. 235 ff.
- Beyme, Klaus von: Möglichkeiten und Grenzen der vergleichenden Regierungslehre. In: Politische Vierteljahresschrift, VII. Jg., H. 1 (1966), S. 63 ff.
- Bossano, Luis: Una modalidad política de la sociedad de masas. In: Revista de la Casa de la Cultura Ecuatoriana, Quito, Bd. XIII, Nr. 23, 1961, S. 7 ff.
- Eckstein, Harry: Introduction: The Impact of Electoral Systems on Representative Government. In: Harry Eckstein und David E. Apter (Hrsg.): Comparative politics. A reader. The Free Press of Glencoe, London 1963, S. 247 ff.
- Engelmann, Frederick C.: A critique of recent writings on political parties. In: Harry Eckstein und David E. Apter (Hrsg.): Comparative politics. A reader. The Free Press of Glencoe, London 1963, S. 378 ff.
- Frank, André Gunder: América Latina: Subdesarrollo capitalista o revolución socialista. ¿Quién es el enemigo inmediato? In: Revista Latinoamericana – Asociación de Estudiantes Latinoamericanos (AELA), Jg. III, Nr. 15/16, Bielefeld Mai/August 1970, S. 1 ff.
- Horowitz, Irving Louis: Carisma del partido: Un análisis comparativo de las prácticas y principios políticos en las naciones del tercer mundo. In: América Latina, Jg. 8, Nr. 1, Januar/März 1965, S. 77 ff.
- Kahin, George Mct. / Pauker, Guy J. / Pye, Lucian W.: Comparative politics of non-western countries. In: American Political Science Review, Bd. XLIX, Nr. 4, Dezember 1965, S. 1022 ff.
- Kaplan, Marcos: La ciencia política latinoamericana en la encrucijada. In: Aportes, Nr. 16, April 1970, S. 125 ff.
- Kling, Merle: The state of research on Latin America: Political Science. In: P. G. Snow (Hrsg.): Government and politics in Latin America. A reader. Rinehart and Winston, New York, Chicago u. a. 1967, S. 1 ff.
- LaPalombara, Joseph / Weiner, Myron: The origin and development of political parties. In: Joseph LaPalombara / Myron Weiner (Hrsg.): Political parties and political development. University Press, Princeton, New Jersey 1966, S. 3 ff.
- Lechner, Norbert: Sozialwissenschaftliches Krisenmanagement in Lateinamerika. In: Dankwart Danckwerts / Hermann Pfütze u. a.: Die Sozialwissenschaften in der Strategie der Entwicklungspolitik. edition suhrkamp 411, Frankfurt/M. 1970, S. 111 ff.
- Lenke, Hans-Helmut: Politische Agenturen als intervenierende Variable in politischen Prozessen. In: Otto Stammer (Hrsg.): Party systems, party organisations and the politics of new masses. Beiträge zur 3. Internationalen Konferenz für Vergleichende Politische Soziologie, Berlin 15. – 20. Januar 1968. Institut für politische Wissenschaft an der FU Berlin, Berlin 1968.
- Lipset, Seymour M. / Rokkan, Stein: Cleavages, structures, party systems and voter alignments. An introduction. In: Dies.: Party systems and voter alignments: Cross national perspectives. The Free Press, London 1967, S. 1 ff.
- Lipset, Seymour Martin: Political cleavages in "developed" and "emerging" politics. In: Erik Allardt und Yrjö Littunen (Hrsg.): Cleavages, ideologies and party systems. Contribution to comparative political sociology. Tidsnings, Turku 1964, S. 21 ff.

- McDonald, Neil A.: Party Perspectives; a survey of writings. In: Harry Eckstein und David E. Apter (Hrsg.): Comparative politics. A reader. The Free Press of Glencoe, London 1963, S. 332 ff.
- Mackenzie, W.J.M.: The export of electoral systems. In: Harry Eckstein und David E. Apter (Hrsg.): Comparative politics. A reader. The Free Press of Glencoe, London 1963, S. 315 ff.
- Martz, John D.: The place of Latin America in the study of comparative politics. In: The Journal of Politics, Nr. 1, Februar 1966, S. 57 ff.
- Moore, Wilbert E.: Introduction: Social change and comparative studies. In: International Social Science Journal, Bd. XV, Nr. 4 (1963), Paris (UNESCO), S. 519 ff.
- Neumann, Sigmund: Toward a comparative study of political parties. In: Harry Eckstein und David E. Apter (Hrsg.): Comparative politics. A reader. The Free Press of Glencoe, London 1963, S. 351 ff.
- O. N.: Entwicklungsländer zwischen Diktatur und Demokratie. In: Neue Zürcher Zeitung, 30. März 1969.
- Pye, Lucian W.: The non-western political process. In: Harry Eckstein und David E. Apter (Hrsg.): Comparative politics. A reader. The Free Press of Glencoe, London 1963, S. 657 ff.
- Rustow, Dankwart A.: New horizons for comparative politics. In: World Politics 9, Nr. 4 (Juli 1957), S. 530 ff.
- Weiner, Myron / LaPalombara, Joseph: The impact of parties in political development. In: Joseph LaPalombara und Myron Weiner (Hrsg.): Political parties and political development. University Press, Princeton, New Jersey 1966, S. 399 ff.
- Weiner, Myron: Political modernization and evolutionary theory. In: Herbert Barringer / George I. Blanksten / Raymond W. Mack (Hrsg.): Social change in developing areas. Schenkman, Cambridge/Mass. 1965, S. 102 ff.
- Willner, Ann Ruth: The undeveloped study of political development. In: World politics 16 (1963/64), S. 468 ff.
- Xifra Heras, Jorge: Democracia, despolitización y partido único. In: Revista de Estudios Políticos (Madrid), Nr. 122, März/April 1962, S. 63 ff.

B · ALLGEMEINE POLITISCHE ENTWICKLUNG

1. Lateinamerika

Bücher:

- Adams, Richard N. u. a.: Social change in Latin America today – its implications for United States policy. Harper and Brother, New York 1960.
- Alba, Víctor: Parásitos, mitos y sordomudos. Ensayo sobre la Alianza para el Progreso y el colonialismo latinoamericano. Suplemento a la revista "Panorama", Nr. 11, Sept./Okt. 1964, Mexiko 1964.
- Anderson, Charles W.: Politics and economic change in Latin America. Van Nostrand, Princeton, New Jersey, Toronto, London 1967.
- Andresky, Stanislav: Parasitismo y subversión en América Latina. Editorial Americana, Buenos Aires 1967.
- Araujo, Orlando: Venezuela: Die Gewalt als Voraussetzung der Freiheit. edition suhrkamp 494, Frankfurt/M. 1971.

- Arciniegas, Germán: Entre la libertad y el miedo. Editorial Sudamericana, Buenos Aires ¹⁰1958.
- Arevalo, Juan José: Fábula del tiburón y las sardinas. – América Latina estrangulada. Editorial Palestra, Buenos Aires ⁶1961.
- Barreiro, Julio: Violencia y política en América Latina. Siglo XXI Editores, Mexiko 1971.
- Beyhaut, Gustavo: Süd- und Mittelamerika. Von der Unabhängigkeit bis zur Krise der Gegenwart. Fischer Weltgeschichte, Band 23, Frankfurt/M. 1965.
- Breuer, Wilhelm M. / Hartmann, Bernd / Lederer, Herbert: Revolution in Lateinamerika. Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln 1969.
- Burnett, Ben G. / Johnson, Kenneth F.: Political forces in Latin America. Dimensions of the quest for stability. Wadsworth Publishing, Belmont/Kalif. 1968.
- Calvert, Peter: Latin America. Internal Conflict and international peace. Macmillan, London 1969.
- Cardoso, Fernando Henrique / Falleto, Enzo: Dependencia y desarrollo en América Latina. – Ensayo de interpretación sociológica. Siglo XXI Editores, Mexiko 1971.
- Cereceda, Raúl: Las instituciones políticas en América Latina. Oficina Internacional de Investigaciones Sociales de Feres, Freiburg (Schweiz) und Bogotá 1961.
- Davis, Harold E. (Hrsg.): Governments and politics in Latin America. Ronald Press, New York 1958.
- Espinoza García, Manuel: La política económica de los Estados Unidos hacia América Latina entre 1945 y 1961. Casa de las Américas, Havanna 1971.
- Franco, Pablo: La influencia de los Estados Unidos en América Latina. Ediciones Tauro, Montevideo 1967.
- Frank, André Gunder: Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M. 1969.
- Frondizzi, Silvio: La realidad argentina. Praxis, Buenos Aires 1957.
- Galíndez Suarez, Jesús de: Iberoamérica. Su evolución política, socio-económica, cultural e internacional. Las Américas Publ. Co., New York 1954.
- Gil, Federico G.: Instituciones y desarrollo político de América Latina. INTAL, Buenos Aires 1966.
- Gomez, Rosendo A.: Government and politics in Latin America. University of Arizona Press, Random House, New York 1960.
- Grabendorf, Wolf: Lateinamerika – wohin? Informationen und Analysen. dtv, München 1970.
- Halmos, Paul (Hrsg.): Latin American sociological studies (The Sociological Review Monograph Nr. 11), Keele University, Februar 1967.
- Halperin Donghi, Tulio: Historia contemporánea de América Latina. Alianza Editorial, Madrid ²1970.
- Hochman, Elena / Sonntag, Heinz Rudolf: Christentum und politische Praxis: Camilo Torres. edition suhrkamp 363, Frankfurt/M. 1969.
- Ianni, Octavio: Imperialismo y cultura de la violencia en América Latina. Siglo XXI Editores, Mexiko ²1971.
- Imaz, José Luis de: Los que mandan. Editorial Universitaria de Buenos Aires, Buenos Aires 1969.
- Italiaander, Rolf: Terra Dolorosa – Wandlungen in Lateinamerika. F. A. Brockhaus, Wiesbaden 1969.
- Jaguaribe, Helio / Ferrer, Aldo / Wionczek, Miguel S. / Dos Santos, Theotonio:

- La dependencia político-económica de América Latina. Siglo XXI Editores, Mexiko ³1971.
- Jaramillo Alvarado, Pío: El régimen totalitario en América. Tres ensayos políticos. Editorial Casa de la Cultura Ecuatoriana, Quito 1962.
- Koch, Thilo: Interview mit Südamerika. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1971.
- Krippendorff, Ekkehard: Die amerikanische Strategie. Entscheidungsprozeß und Instrumentarium der amerikanischen Außenpolitik. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1970.
- Lambert, Jacques: Amérique Latine: structures sociales et institutions politiques. Presses Universitaires de France, Paris 1963.
- Léon, Pierre: Économies et sociétés de l'amérique latine – Essai sur les problèmes du développement à l'époque contemporaine 1815 – 1967. Société d'Édition d'enseignement supérieur, Paris 1969.
- Lieuwen, Edwin: US policy in Latin America. A short history. Frederick A. Praeger, New York 1965.
- Lindenberg, Klaus (Hrsg.): Politik in Lateinamerika. Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung. Verlag für Literatur und Zeitgeschehen, Hannover 1971.
- Lindqvist, Sven: Lateinamerika. Der gehinderte Kontinent. Marion von Schröder-Verlag, Hamburg 1971.
- Link, Arthur S.: La política de Estados Unidos en América Latina (1913 – 16). Fondo de Cultura Económica, Mexiko 1960.
- Lipset, Seymour Martin / Solari, Aldo (Hrsg.): Elites in Latin America. Oxford University Press, New York 1967.
- Marini, Ruy Mauro: Subdesarrollo y revolución. Siglo XXI Editores, Mexiko ³1971.
- Maurer, Gerhard / Molt, Peter: Lateinamerika. Eine politische Länderkunde. Colloquium Verlag, Berlin 1968.
- Marriategui, José Carlos: Siete ensayos de interpretación de la realidad peruana. Empresa Editora Amauta, Lima 1971.
- Medina Castro, Manuel: Estados Unidos y América Latina en el Siglo XIX. Casa de las Américas, Havanna 1968.
- Molt, Peter (Hrsg.): Lateinamerika. Eine Analyse seiner gegenwärtigen Probleme. Eichholz Verlag, Bonn 1965.
- Needler, Martin C. (Hrsg.): Political systems of Latin America. Van Nostrand, New York, Cincinnati u. a. ²1970.
- Ders.: Latin American Politics in Perspective. University of Michigan, Princeton, New York u. a. 1963.
- Perlo, Victor: Der amerikanische Imperialismus. Dietz Verlag, Berlin 1953.
- Pierson, William W. / Gil, Federico G.: Governments of Latin America. McGraw-Hill Book Comp., New York 1957.
- Rockefeller, Nelson A.: La calidad de la vida en las Américas. Informe sobre América Latina presentado por una Misión presidencial de los Estados Unidos de América. New York (?), ohne Jahr (1970?).
- Rubinstein, Juan Carlos: Desarrollo y discontinuidad política en la Argentina. Siglo veintiuno editores, Buenos Aires 1968.
- Ruiz García, Enrique: América Latina. La Explosión de los Poderes Tradicionales. Cuadernos para el Diálogo, Colección Los Suplementos, Madrid 1970.
- Sánchez, Luis Alberto: Examen espectral de América Latina. Editorial Losada, Buenos Aires 1972.
- Schütt-Mogro: Geschichte der Ausbeutung Lateinamerikas. Vervielfältigtes Ma-

- nuskript des Informationszentrums Dritte Welt, Freiburg 1971.
- Silvert, Kalman H.: *The conflict society. Reaction and revolution in Latin America.* Hauser Press, New Orleans, Louisiana 1961.
- Silvert, Kalman H. (Hrsg.): *Expectant peoples: Nationalism and development.* Random House, New York 1963.
- Snow, Peter G. (Hrsg.): *Government and politics in Latin America: a reader.* Rinehart and Winston, New York, Chicago u. a. 1967.
- Steger, Hans Albert (Hrsg.): *Die aktuelle Situation Lateinamerikas. Akten des Zweiten Wissenschaftlichen Übersee-Kolloquiums.* Athenäum Verlag, Frankfurt/M. 1971.
- Stokes, William S.: *Latin American politics.* Th. Y. Cromwell Comp., New York 1959.
- Tannenbaum, Frank: *Lateinamerika.* Kohlhammer Verlag, Stuttgart 1964.
- Véliz, Claudio (Hrsg.): *Obstacles to change in Latin America.* Oxford Press, London 1969.
- Véliz, Claudio (Hrsg.): *The politics of conformity in Latin America.* Oxford Univ. Press, London, New York u. a. 1967.
- Ycaza Tigerino, Julio: *Sociología de la política hispanoamericana.* Dianas Artes Gráficas, Madrid 1962.
- Zea, Leopoldo: *En torno a una filosofía americana.* Jornadas Nr. 52. El Colegio de México. Centre de Estudios Sociales, 1945.

Aufsätze:

- Adveniat „70“ (Hrsg.): *Gerechtigkeit besiegt Gewalt. Geschäftsstelle der Bischöflichen Aktion „Adveniat“, Essen Oktober 1970.*
- Allende, Salvador: *Rede bei der Eröffnung der Konferenz für Handel und Entwicklung der Vereinten Nationen (UNCTAD) vom 13. 4. – 19. 5. 1972.* In: *Revista Latinoamericana (Asociación de estudiantes latinoamericanos),* Bielefeld, Jg. V, Januar/Februar 1972 (Beilage). Auch in: *Entwicklungspolitik. Materialien* Nr. 32, Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, S. 1 ff.
- Alvarez Romero, José María: *Liquidación del actual ciclo histórico en Hispanoamérica.* In: *Revista de Estudios Políticos.* Nr. 123, Mai/Juni 1962, S. 235 ff.
- Bastide, Roger: *Les mythes politiques nationaux de l'Amérique Latine.* In: *Cahiers Internationaux de Sociologie,* Bd. XXXIII, 1962, S. 75 ff.
- Behrendt, Richard F.: *Lateinamerika: Labilität und Rivalität.* In: Ziebur, Gilbert (Hrsg.): *Nationale Souveränität oder übernationale Integration. Colloquium* Verlag, Berlin 1966, S. 86 ff.
- Behrendt, Richard F.: *Die Situation in Lateinamerika.* In: *Berner Beiträge zur Soziologie,* hrsg. von R. F. Behrendt, Band 7: *Die wirtschaftlich und gesellschaftlich unterentwickelten Länder und wir,* Bern 1961, S. 130 ff.
- Beyme, Klaus von: *Politische Eliten in Lateinamerika.* In: *Der Bürger im Staat,* 20. Jg., Heft 1, März 1970, S. 13 ff.
- Beyneto, Juan: *Los puntos de partida de la organización política hispanoamericana.* In: *Revista de Estudios Políticos,* Nr. 91, Januar/Februar 1957, S. 145 ff.
- Blanksten, George I.: *Modernization and revolution in Latin America.* In: Herbert R. Barringer (Hrsg.) u. a.: *Social change in developing areas.* Schenkman Publ. Co., Cambridge, Mass. 1965, S. 225 ff.
- Blanksten, George I.: *The aspiration for economic development.* In: *The Annals,* Bd. 334, März 1961 (*Latin America's nationalistic revolutions*), S. 10 ff.

- Boron, Atilio A.: Movilización política y crisis política en Chile (1920 – 1970). In: Aportes, Nr. 20, April 1971, S. 42 ff.
- Bourricaud, François: El destino de las oligarquías y la supervivencia del hombre oligárquico. In: Aportes, Nr. 4, April 1967, S. 4 ff.
- Ders.: La formación de las élites en América Latina y los problemas del desarrollo. In: Aportes, Nr. 1, Juli 1966, S. 121 ff.
- Cerqueira, Silas: Sur la crise brésilienne. In: Revue Française de Science Politique, Bd. XVIII, Nr. 1, Februar 1968, S. 20 ff.
- Chonchol, Jacques: Warum beschleunigt sich die revolutionäre Entwicklung? In: Peter Molt (Hrsg.): Lateinamerika. Eine Analyse seiner gegenwärtigen Probleme. Eichholz-Verlag, Bonn 1965, S. 142 ff.
- Davis, Kingsley: Political ambivalence in Latin America. In: Journal of Legal and Political Sociology, Bd. I, Oktober 1943, S. 127 ff.
- De la Souchère, Elena: América Latina: Los Mecanismos del poder. (Rezension des Buches gleichen Titels von Luis Mercier Vega, Edit. Sur, Buenos Aires 1967). In: Mundo Nuevo, Nr. 17, November 1967, S. 85 ff.
- Echeverría, Bolívar / Kurnitzky, Horst: Vorwort zu Rotbuch 15, André Gunder Frank / Ché Guevara u. a.: Kritik des bürgerlichen Anti-Imperialismus, Wagenbach-Verlag, Berlin 1969, S. 7 ff.
- Enzensberger, Hans Magnus: Las Casas oder Ein Rückblick in die Zukunft. In: Ders.: Deutschland, Deutschland unter anderem. Äußerungen zur Politik. edition suhrkamp 203, Frankfurt/M. 1968, S. 123 ff.
- Fitzgibbon, Russel H.: A political scientist's point of view. In: American Political Science Review, Bd. XLIV, 1. März 1950. W. W. Pierson (Hrsg.): Pathology of democracy in Latin America: A Symposium, S. 118 ff.
- García, Jesús: Los obstáculos al desarrollo en América Latina. In: Bernardo Castro Villagrana / Horacio Labastida / J. J. García u. a. (Hrsg.): La iglesia, el sub-desarrollo y la revolución. Editorial Nuestro Tiempo, Mexiko 1968, S. 54 ff.
- Gebhardt, Hermann P.: Bolivien zwischen Diktatur und Bürgerkrieg. In: Stuttgarter Zeitung, 6. August 1968.
- Ders.: Allmähliche Demokratisierung in Brasilien? In: Stuttgarter Zeitung, 4. November 1969.
- Ders.: In Lateinamerika hat die Demokratie noch wenig Chancen. In: Stuttgarter Zeitung, 13. Februar 1971.
- Ders.: Costa e Silva stellte die Uhr der Revolution zurück. In: Frankfurter Rundschau, 8. Januar 1969.
- Hobsbawn, E. J.: Peasants and rural migrants in politics. In: Claudio Véliz (Hrsg.): The politics of conformity in Latin America. Oxford Univ. Press, London, New York u. a. 1967, S. 43 ff.
- Jaguaribe, Helio: Los modelos políticos y el desarrollo nacional en América Latina. In: Aportes, Nr. 6, Oktober 1967, S. 87 ff.
- Kaplan, Marcos: Desarrollo socioeconómico y estructuras estatales en América Latina. In: Aportes, Nr. 4, April 1967, S. 24 ff.
- Karadima, Oscar: La clasificación económica y social: sus aspectos sociológicos. In: Aportes, Nr. 22, Oktober 1971, S. 123 ff.
- Kling, Merle: Towards a theory of power and instability in Latin America. In: John H. Kautsky (Hrsg.): Political change in undeveloped countries: Nationalism and communism. John Wiley, New York, London ³1964, S. 123 ff.
- Kling, Merle: Violence and politics in Latin America. In: Paul Halmos (Hrsg.): Latin American sociological studies (The Sociological Review Monograph

- Nr. 11), Keele University, Februar 1967, S. 119 ff.
- Lott, Leo B.: Venezuela. In: Martin Needler (Hrsg.): Political systems of Latin America. Van Nostrand, New York, Cincinnati u. a. ²1970, S. 262 ff.
- O. N.: Da hilft nur Gewalt. In: Der Spiegel, Nr. 36–39 (Serie), 1970.
- O. N.: Uruguay: Zu den Waffen (Präsidentschaftswahlen). In: Der Spiegel, 6. Dezember 1971.
- Poblete, Renato / Segundo, J. L.: La variable política. In: Revista Interamericana de Ciencias Sociales (Unión Panamericana, Organización de los Estados americanos) Bd. 2, Sonderausgabe: Tipología socioeconómica de los países latinoamericanos. Washington 1963, S. 241 ff.
- Reh, Hans Ulrich: Revolutionäre Formen für die lateinamerikanische Gesellschaft? In: Christliche Demokratie in Lateinamerika. Institut für internationale Solidarität der Konrad-Adenauer-Stiftung, Schriftenreihe Band 10, Von Hase und Koehler Verlag, Mainz 1970, S. 139 ff.
- Schloz, Rudolf: Problematik der Veränderung der lateinamerikanischen Gesellschaft. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, B 23/70, 6. Juni 1970, S. 3 ff.
- Schroers, Rolf: Lateinamerikanischer Kolonialismus. In: Frankfurter Hefte, 19. Jg., Heft 7, Frankfurt/M. 1964, S. 467 ff.
- Scott, Robert E.: Political elites and political modernization. The crisis of transition. In: Seymour Martin Lipset / Aldo Solari (Hrsg.): Elites in Latin America. Oxford University Press, New York 1967, S. 117 ff.
- Soares, Glauco Ary Dillon: The politics of uneven development: The case of Brazil. In: Seymour M. Lipset and Stein Rokkan (Hrsg.): Party systems and voter alignments: Cross national perspectives. The Free Press, London 1967, S. 467 ff.
- Stavenhagen, Rodolfo: Sieben falsche Thesen über Lateinamerika. In: Rotbuch 15, André Gunder Frank / Ché Guevara u. a.: Kritik des bürgerlichen Anti-Imperialismus. Wagenbach-Verlag, Berlin 1969, S. 15 ff.
- Stokes, William S.: Violence as a power factor in Latin American politics. In: The Western Political Quarterly, Bd. V, Nr. 3, September 1952, S. 445 ff.
- Stucki, Lorenz: Ohne Slums und Feudalismus? Südamerika sucht seinen eigenen Weg ins 20. Jahrhundert. In: Die Zeit, 13. November 1970, S. 52.
- Sunkel, Oswaldo: Change and frustration in Chile. In: Claudio Véliz (Hrsg.): Obstacles to change in Latin America. Oxford University Press, London 1965, S. 116 ff.
- Vekemans, Roger / Silva Fuenzalida, Ismael: Integration und Sozialreform. In: Hans Albert Steger (Hrsg.): Sozio-ökonomische Typologie Lateinamerikas. Cosal, Band 3, Gehlen-Verlag, Homburg v.d.H., Berlin, Zürich 1968, S. 33 ff.
- Véliz, Claudio: Centralism and Nationalism in Latin America. In: Foreign Affairs, Bd. 47, Nr. 1, Oktober 1968, S. 68 ff.
- Véliz, Claudio: Introduction zu dem Buch „Obstacles to change in Latin America. Claudio Véliz (Hrsg.), Oxford University Press, London New York u. a. 1965, S. 1 ff.
- Vitale, Luis: Ist Lateinamerika feudal oder kapitalistisch? Brauchen wir eine bürgerliche oder eine sozialistische Revolution? In: Rotbuch 15, Frank / Guevara u. a.: Kritik des bürgerlichen Anti-Imperialismus. Wagenbach-Verlag, Berlin 1969, S. 67 ff.
- Ycaza Tigerino, Julio: Elementos de la anarquía hispanoamericana. In: Revista de Estudios Políticos, Bd. XVII, Nr. 31–32, Madrid 1947, S. 273 ff.

Ysenburg, Ludwig Graf von: Die politische Entwicklung Lateinamerikas im Jahre 1963. In: Europa-Archiv, 19. Jg., Teil 1, Folge 6, 1964, S. 208 ff.

2. Ecuador

Bücher:

Acción Anticomunista Ecuatoriana: ¿Cubanizar al Ecuador? Editorial Don Bosco, Quito 1961.

Albornoz P., Oswaldo: Del crimen del Ejido a la Revolución del 9 de Julio de 1925. Editorial Claridad, Guayaquil 1969.

Benítez Vinuesa, Leopoldo: Ecuador, drama y paradoja. Fondo de Cultura Económica, Mexiko 1950.

Blanksten, George I.: Ecuador: Constitutions and Caudillos. Russell and Russell, New York 1964.

Cárdenas de Bustamante, Hipatia: Encuesta ¿Qué debe hacer el Ecuador para librarse de las dictaduras? Imprenta Romero, Quito 1939.

Cascy, Alfredo: Tiempo y ambiente de la República del Ecuador. La Plata 1962.

Cueva, Patricio: Ecuador. Casa de las Américas, Havanna 1964.

Espinoza Tamayo, Alfredo: Psicología y sociología del pueblo ecuatoriano. Imprenta Municipal, Guayaquil 1918.

Galarza Arízaga, Rafael: Esquema político del Ecuador. Editorial Alborada, Guayaquil 1963.

Gálvez, Manuel: Vida de Don Gabriel García Moreno. Editorial Difusión, Buenos Aires 1942.

Girón, Sergio Enrique: La revolución de Mayo. Editorial Atahualpa, Quito 1945.

González Suárez, Federico: Historia General de la República del Ecuador, 7 tomos y Atlas Arqueológico. Imprenta del Clero, Quito (1. Bd. 1890; 2. Bd. 1891; 3. Bd. 1892; 4. Bd. 1893; 5. Bd. 1894; 6. Bd. 1901; 7. Bd. 1903; Atlas Arqueológico 1891).

Hurtado, Oswaldo (INEDES): Dos Mundos Superpuestos – Ensayo diagnóstico de la realidad ecuatoriana. Quito 1969.

Jijón y Caamaño, Jacinto: Política Conservadora. La Buena Prensa de Chimborazo, Riobamba 1934.

Jordán M., Aniceto: Revoluciones Criollas. Ediciones Antorcha, Quito 1938.

Lecturas Ecuatorianas. Editorial Claridad (Ediciones „Viento del Pueblo“), Guayaquil 1968.

Linke, Lilo: Ecuador: Country of contrasts. Oxford University Press, London, New York, Toronto ³1960.

Llerena, José Alfredo: Frustración política en veintidós años. Editorial Casa de la Cultura Ecuatoriana, Quito 1959.

Lobo, Eulalia María Lahmeyer: Análise do panorama político de 1956. Colombia, Ecuador, Venezuela, 1957.

Maldonado Estrada, Luis: Una etapa histórica de la vida nacional. Editorial Rumiñahui, Quito 1954.

Mena Soto, Joaquín: De la dictadura militar al quinto velasquismo. Editorial Fray Jodocko Ricke, Quito 1968.

Moreano, José: Estudios sobre la realidad nacional. (Conferencia mimeografiada). Quito (1970).

Pareja Díez Canseco, Alfredo: La Hoguera bárbara, vida de Eloy Alfaro. Compañía General Editora, Mexiko 1944.

- Ders.: La lucha por la democracia en el Ecuador. Editorial Rumiñahui, Quito 1956.
- Ders.: Historia del Ecuador, Bd. I, II. Editorial Casa de la Cultura Ecuatoriana, Quito, 2. erw. Aufl. 1958.
- Partee, Richard: Gabriel García Moreno y el Ecuador de su tiempo. Editorial Jus, Mexiko 1944.
- Pérez Guerrero, Alfredo: Ecuador. Editorial Casa de la Cultura Ecuatoriana, Quito 1948.
- Ponce Enríquez, Camilo: Mensaje al asumir la Presidencia constitucional de la República para el período 1956–1960. Talleres Gráficos Nacionales, Quito 1956.
- Quevedo, Belisario: Texto de historia patria. Editorial Casa de la Cultura Ecuatoriana, Quito 1959.
- Reyes, Oscar Efrén: Breve Historia General del Ecuador, Bd. I – III. Fray Jodoco Ricke, Quito, 5. verb. und erw. Aufl. 1955 – 1957.
- Ders.: Brevisima historia del Ecuador – desde sus orígenes hasta nuestros días. Editorial Espejo, Quito 1960.
- Rojas, Angel F.: La novela ecuatoriana. Fondo de Cultura Económica, Mexiko 1948.
- Saad, Pedro Antonio: El Ecuador y la guerra. Emporio Gráfico, Guayaquil 1943.
- Trabucco, Federico E.: Síntesis histórica de la República del Ecuador. Editorial Santo Domingo, Quito 1968.
- Velasco Ibarra, José María: Conciencia o Barbarie – Exégesis de la política americana. Editorial Claridad, Buenos Aires 1938.
- Ders.: Experiencias jurídicas hispanoamericanas. Editorial Americalee, Buenos Aires 1943.
- Ders.: Obra doctrinaria y práctica del gobierno ecuatoriano (Mensajes, discursos, declaraciones de prensa), Band I, II. Talleres Gráficos Nacionales, Quito 1956.
- Vera, Alfredo: Anhelo y pasión de la democracia ecuatoriana. Casa de la Cultura, Guayaquil 1948.

Aufsätze, Berichte, Artikel:

- Arízaga Vega, Carlos: Entrevista con „Vistazo“ („Habla Arízaga, el candidato azul“), März 1970, S. 94 ff.
- Arosemena, Carlos Julio: Rede im Parlament, 1. Dezember 1966. In: Diario de Debates (Órgano de la H. Asamblea Nacional Constituyente). Bd. 3, Quito 1966 – 1967, S. 543 ff.
- Atkins, George Pope: La Junta Militar Ecuatoriana (1963 – 1966), los militares latinoamericanos de nuevo tipo. In: Aportes, Nr. 24, April 1972, S. 6 ff.
- Barnadas, José María: El laicismo en el Ecuador: aspectos históricos. In: Revista de Estudios Políticos, Nr. 149, Januar/Februar 1966, S. 133 ff.
- Belfrage, Cedric: El Ecuador en 1963 – En la puerta hay un hombre armado. In: Cuadernos Americanos, Bd. 132, Mexiko, Januar/Februar 1964, S. 31 ff.
- Blanksten, George I.: Ecuador: The politics of instability. In: Martin C. Needler (Hrsg.): Political systems of Latin America. Van Nostrand, New York, Cincinnati u. a. ²1970, S. 300 ff.
- Borja C., Rodrigo: Panorama de la política ecuatoriana. In: Combate (San José, Costa Rica), Nr. 19, November/Dezember 1961, S. 16 ff.
- Cochrane, James D.: Ecuador: A present-day portrait. In: Current History, Bd. 51, Nr. 303, November 1966, S. 264 ff.

- Cueva, Agustín: La crisis política de los últimos años. In: Hora Universitaria (Quito), Nr. 1, November/Dezember 1969, S. 57 ff.
- Ders.: El Ecuador y la crisis actual de su cultura. In: Víspera, Jg. 3, Nr. 12, September 1968, S. 15 ff.
- Del Campo, Esteban: Aspectos de nuestra realidad. In: Hora Universitaria, Nr. 1, Quito November/Dezember 1969, S. 27 ff.
- Fierro, Martín: Espectro de las crisis mortal del sistema. In: Mañana, Nr. 320, 25. Dezember 1969, S. 9.
- Gabbert, Jack B.: Ecuador. In: Ben G. Burnett und Kenneth F. Johnson: Political forces in Latin America. Dimensions of the quest for stability. Wadsworth Publishing, Belmont/Kalif. 1968.
- Galarza, Jaime: La orgia de petróleo del Ecuador. In: Revista Latinoamericana (Asociación de Estudiantes Latinoamericanos, Bielefeld), Jg. V, Januar/März 1972, S. 193 ff.
- Gebhardt, Hermann P.: Der Putsch in Ecuador. Kampf ums Erdöl führt zu Präsidentensturz. In: Stuttgarter Zeitung, 7. März 1972.
- Gester, Martín: Warum Putsch in Ecuador? In: Frankfurter Allgemeine, 18. Februar 1972.
- Hofmann, Gunter: Staatsbesuch in einer geschlossenen Gesellschaft. In: Stuttgarter Zeitung, 2. April 1971.
- Kantor, Harry: Patterns of politics and political systems in Latin America. Kapitel: Ecuador – „The politics of regionalism“. Rand McNally, Chicago 1969, S. 427 ff.
- Linke, Lilo: Ecuador's politics: President Velasco's fourth exit. In: The World Today, Februar 1962, S. 57 ff.
- Lunarejo: 20 años de elecciones en el país. Un reportaje histórico para refrescar la memoria. In: Vistazo, Mai 1968, S. 36 ff.
- Marquardt, Otto: Neuer Wind in Ekuador. In: Deutsche Außenpolitik, Jg. 7, Berlin (Ost) 1962, S. 325 ff.
- Muñoz Vicuña, Elías: ¿Que es el Ecuador? Publicación del Partido Comunista del Ecuador. Comisión Nacional de Educación. Editorial Claridad, Guayaquil 1969.
- O. N.: Comisión Ecuatoriana de Justicia y Paz: Conclusiones y programa de acción elaborado por el Comité Directive. In: Nadoc, Nr. 192, 3. März 1971.
- O. N.: Ecuador: A case study in politics. In: Latin American Report, Juli 1965, S. 24 ff.
- O. N.: Ecuador auf dem Weg von der Militärdiktatur zur Demokratie. In: Neue Zürcher Zeitung, 6. Juli 1967.
- O. N.: Ecuador, ein Bauernland. In: Neue Zürcher Zeitung, 20. Juni 1967.
- O. N.: Ecuador: El cóndor pasa. In: Die Welt, 17. Februar 1972.
- O. N.: Ecuador – Land der ungenützten Möglichkeiten. In: Neue Zürcher Zeitung, 6. Juli 1967.
- O. N.: Ecuador – US-Repressalien – Wal und Sardine. In: Der Spiegel, Nr. 7, 8. Februar 1971.
- O. N.: Erdöl: Thunfisch in Öl. In: Der Spiegel, Nr. 35, 23. August 1971.
- O. N.: Erdöl und Politik in Ecuador. In: Neue Zürcher Zeitung, 18. April 1969.
- Pareja Díez Canseco, Alfredo: Democracia o demagogia en el Ecuador. In: Combate. Instituto Internacional de Estudios político-sociales, San José, Costa Rica März/April 1961, S. 18 ff.
- Peñaherrera, Blasco: Ecuador, un país paralizado. In: Vistazo, Dezember 1970, S. 7 ff.

- Ders.: Democracia vs. dictadura. In: Vistazo, September 1970, S. 32 ff.
- Real Murillo, Manuel de J.: Kommentar zu dem Buch „El descalabro del 41“ von Rafael A. Borja. In: Vistazo, September 1971, S. 126 ff.
- Rodríguez, José: La dictadura de Velasco Ibarra en el Ecuador. In: S.E.U.L. (Servicio Europeo de Universitarios Latinoamericanos), Brüssel, Jg. III, Nr. 28, November/Dezember 1971, S. 31 ff.
- Rumiñahui: Cómo se preparó el golpe dictatorial. In: Mañana, Nr. 182, 1. Februar 1967, S. 4 ff.
- Saad, Pedro: Entrevista con El Universo (Revolución seguirá camino no pacífico), 25. April 1970.
- Selser, Gregorio: Ecuador ¿experiencia "perunista"? In: Revista Latinoamericana (Asociación de Estudiantes Latinoamericanos, Bielefeld), Jg. V, Januar/März 1972, S. 188 ff.
- Serrano, Colón: ¿Qué pasa en el Ecuador? In: Vistazo, August 1970, S. 11 ff.
- Ders.: Caminos para la sucesión presidencial. In: Vistazo, Juni 1971, S. 6 ff.
- Urbanski, Edmund Stephen: Ecuador's socio-political mosaic. In: Current History, Bd. 46, Nr. 269, Januar 1964, S. 19 ff.
- Velasco Ibarra, José María: Entrevista con Carlos Enrique Carrión. In: La Calle, Nr. 553 (Quito, o. J. - 1970? - o. M.), S. 2 ff.
- Ders.: Entrevista al presidente Velasco - ¿Un sexto Velasquismo? In: Vistazo, August 1969, S. 31 ff.
- Ders.: Discurso con motivo de la toma de posesión del mando como presidente constitucional el 1º de Setiembre, 1968. In: Diario de Debates del Congreso Nacional del Ecuador (Pleno), Bd. II, Quito, August 1968, S. 255 ff.
- Widmann, Carlos: Ecuadors Volkstribun wieder Präsident - Velasco Ibarra schlägt mit seiner „Bewegung“ die Konservativen und die Linke. In: Süddeutsche Zeitung, 6. Juni 1968.

C · PARTEIENLITERATUR

1. Lateinamerika

Bücher:

- Aguilar, Luis E. (Hrsg.): Marxism in Latin America. Alfred A. Knopf, New York 1968.
- Aguirre Gamio, H.: Liquidación histórica del APRA y del colonialismo neoliberal. Ediciones Debate, Lima 1962.
- Alba, Víctor: Historia del frente popular (Análisis de una táctica política). Libro Mex, Mexiko 1959.
- Ders.: Historia del Comunismo en América Latina. Ed. Occidentales, Mexiko 1954.
- Alexander, Robert J.: The Perón Era. Columbia University Press, New York 1951.
- Ders.: Labor Parties of Latin America. League for Industrial Democracy, New York 1942.
- Ders.: Communism in Latin America. Rutgers University Press, N. Brunswick, New Jersey 1957.
- Allmeyer, Werner: Christliche Demokratie in Europa und Lateinamerika - Geschichte - Strukturen - Programme. Eichholz-Verlag, Bonn 1964.

- Arévalo, Juan José: Anticomunismo en América Latina – Radiografía del proceso hacia una nueva colonización. Editorial Palestra, Buenos Aires 1959.
- Bernard, Jean Pierre / Cerqueira, Silas, u. a.: Tableau des parties politiques en Amérique du Sud. Cahiers (Nr. 171) de la fondation nationale des sciences politiques. Armand Colin, Paris 1969.
- Campobassi, José S. / Fayt, Carlos S., u. a. (Hrsg.): Los partidos políticos. Estructura y vigencia en la Argentina. Cooperadora de Derecho y Ciencias Sociales, Buenos Aires 1963.
- Cautagno, Antonio: Los partidos políticos argentinos. Análisis de los antecedentes del régimen legal. Rege und Palma, Buenos Aires 1959.
- Ciria, Alberto: Partidos y poder en la Argentina moderna. Editorial J. Alvarez, Buenos Aires, 1964.
- Corsi Otalora, Luis: De la democracia al partido único. Editorial Tercer Mundo, Bogota 1970.
- Furtak, Robert K.: Kuba und der Weltkommunismus. Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen 1967.
- Ders.: Revolutionspartei und politische Stabilität in México. Schriftenreihe des Instituts für Iberoamerikakunde. Übersee Verlag, Hamburg 1969.
- Galleti, Alfredo: La realidad argentina en el siglo XX. La política y los partidos. Fondo de Cultura Económica, Mexico 1961.
- Gil, Federico G.: Genesis and modernization of political parties in Chile. University of Florida Press, Gainesville, Florida 1962.
- Ders.: La política latinoamericana. Partidos políticos, bases económicas. Universidad de Chile, Instituto de Ciencias Políticas y Administrativas, Santiago 1957.
- Guilisasti, Sergio: Partidos políticos chilenos: doctrina, historia, organización interna y fuerza electoral. Editorial Nascimento, Santiago ²1964.
- Haya de la Torre, Raúl: El antiimperialismo y el APRA. Comité Aprista Rebelde de la Libertad, Trujillo 1960.
- Hernandez Urbina, Alfredo: Los partidos y la crisis del APRA. Ed. Raíz, Lima 1956.
- Hübner Gallo, Jorge Iván: Los católicos en la política. Zig-Zag, Santiago/Chile 1959.
- Instituto de Estudios Políticos: El Comunismo en la América Hispana. Madrid 1961.
- Kantor, Harry: The ideology and programme of the Aprista Movement. University of California Press, Berkeley 1953.
- Kennedy, John J.: Christian Democracy in Latin America. Notre Dame/Indiana 1967.
- Loewenstein, Karl: Brazil under Vargas. The Macmillan Co., New York 1942.
- Lux-Wurm, Pierre: Le Péronisme. Librairie Générale de Droit et de Jurisprudence, Paris 1965.
- Martz, John D.: Acción democrática: Evolution of a modern political party in Venezuela. Princeton University Press, Princeton 1965.
- Monteforte Toledo, Mario: Partidos políticos de Iberoamérica. Universidad Nacional Autónoma de México, Mexico 1961.
- Morodo, Raúl: Política y partidos en Chile. Taurus Ediciones, Madrid 1968.
- Puiggrós, Rodolfo: Historia crítica de los partidos políticos argentinos. Ed. Coyoacán, Buenos Aires 1962.
- Teran Gomez, Luis: Los partidos políticos y su acción democrática. Editorial La Paz, La Paz 1942.

- Waiss, Oscar: *Nacionalismo y socialismo en América Latina*. Ediciones Iguazú, Buenos Aires 1961.
- William, Edward J.: *Latin American Christian Democratic Parties*. University of Tennessee Press, Knoxville, Tenn. 1967.
- Aufsätze, Artikel:
- Abbott, Roger S.: The Role of contemporary political parties in Chile. In: *American Political Science Review*, Bd. 45, Juni 1951, S. 450 ff.
- Alexander, Robert J.: The Emergence of Modern Political Parties in Latin America. In: Peter G. Snow (Hrsg.): *Government and politics in Latin America*. Rinehart and Winston, New York, Chicago u. a. 1967, S. 385 ff.
- Ders.: Organized Labor and Politics. In: Harold E. Davis (Hrsg.): *Government and Politics in Latin America*. The Ronald Press, New York 1958, S. 166 ff.
- Ders.: Die kommunistische Durchdringung Lateinamerikas. In: *Europa-Archiv*, 17. Jg., Teil I, 1962, S. 417 ff.
- Ders.: Nationalism, Latin America's predominant ideology. In: *Journal of International Affairs*, Bd. XV, Nr. 2, 1961. S. 108 ff.
- Ders.: The Latin American Aprista Parties. In: *The Political Quarterly*. XX., 1949, S. 236 ff.
- Alvarez Romero, José María: Los partidos demócratas de izquierdas en Iberoamérica. In: *Revista de Política Internacional*, Nr. 56–57, Madrid 1961, S. 139 ff.
- Angell, Alan: The study of Latin American politics. In: *Political Studies*, XII, Oktober 1964, S. 389 ff.
- Ders.: Party systems in Latin America. In: *The Political Quarterly*, Bd. 37, Juli/September 1966, S. 309 ff.
- Ders.: Co-operation and conflict in Columbian party politics. In: *Political Studies*, XIV, 1966, S. 53 ff.
- Ders.: Populism and political change. The Case of Colombia. In: Paul Halmos (Hrsg.): *Latin American Sociological Studies (The Sociological Review Monograph, Nr. 11)*. Keele University, Februar 1967, S. 79 ff.
- Blanksten, George I.: The politics of Latin America. In: Gabriel A. Almond / James S. Coleman: *The politics of the developing areas*. Princeton University Press, Princeton, New Jersey 1960, S. 455 ff.
- Ders.: Political groups in Latin America. In: John H. Kautsky (Hrsg.): *Political change in underdeveloped countries: Nationalism and communism*. John Wiley and Sons, New York, London 1964, S. 140 ff.
- Brandenburg, Frank R.: Political Parties and Elections. In: Harold E. Davis (Hrsg.): *Government and politics in Latin America*. The Ronald Press, New York 1958, S. 186 ff.
- Bray, Ronald W.: Latin American parties and ideologies: an overview. In: *Review of politics*, Bd. 29, Nr. 1, Januar 1967, S. 76 ff.
- Christensen, Asher N.: The general nature of political parties in Latin America. In: Asher N. Christensen (Hrsg.): *The evolutions of Latin American Government*. Henry Holt, New York 1951, S. 501 ff.
- Ciria, Alberto: La doctrina peronista y sus fuentes. In: *Mundo Nuevo*, Nr. 47, Mai 1970, S. 16 ff.
- Costa Pinto, L. A.: Clase, partido y poder: el caso colombiano. In: *Aportes*, Nr. 22, Oktober 1971, S. 96 ff.
- Davis, Harold E.: Political Movements and political thought. In: Harold E. Davis

- (Hrsg.): *Government and Politics in Latin America*. The Ronald Press, New York 1958, S. 94 ff.
- Di Tella, Torcuato: *Populism and Reform in Latin America*. In: Claudio Véliz (Hrsg.): *Obstacles to change in Latin America*. Oxford University Press, New York, London 1965, S. 47 ff.
- Fayt, Carlos S.: *La organización interna de los partidos y los métodos políticos en la Argentina*. In: José S. Campobassi / Carlos S. Fayt, u. a. (Hrsg.): *Los partidos políticos. Estructura y vigencia en la Argentina*. Cooperadora de Derecho y Ciencias Sociales, Buenos Aires 1963, S. 35 ff.
- Ders.: *El fenómeno peronista*. In: *Aportes*, Nr. 1, Juli 1966, S. 5 ff.
- Fitzgibbon, Russell H.: *The party potpourri in Latin America*. In: *Western Political Quarterly*, Bd. X, Nr. 1, März 1957, S. 3 ff.
- Fraga Iribarne, Manuel: *Tendencias políticas de Hispanoamérica después de la segunda guerra mundial*. In: *Revista de Estudios Políticos*, Nr. 120, 1960, S. 209 ff.
- Furtak, Robert K.: *Die politischen Parteien Lateinamerikas*. In: *Ibero-Amerika – Ein Handbuch*. Hamburg 1966, S. 15 ff.
- Gil, Federico G.: *Responsible parties in Latin America*. In: *Journal of Politics*, Bd. XV, Nr. 3, August 1953, S. 333 ff.
- Goldenberg, Boris: *Nationalismus und Kommunismus in Lateinamerika*. In: *Europa Archiv*, 19. Jg., Teil I, Folge 15, 1964, S. 549 ff.
- Halperin, Ernst: *Sowjetisches und sino-castristisches Modell in Lateinamerika*. In: *Entwicklungsländer zwischen nationaler und kommunistischer Revolution*. Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Hannover 1965, S. 37 ff.
- Hillekamps, Carl H.: *Konservative Kräfte in Lateinamerika*. In: *Außenpolitik*, Bd. XV, Heft 9, Stuttgart 1964, S. 629 ff.
- Hübner Gallo, Jorge Iván: *El Conservatismo. Ideario, acción y futuro*. In: *Revista de Estudios Políticos*, Nr. 123, Mai/Juni 1962, S. 267 ff.
- Jahn, Hans Edgar: *Einflußnahme der Sowjetunion und des Weltkommunismus in Lateinamerika*. In: *Politische Studien*, 13. Jg., München 1962, S. 422 ff.
- Kantor, Harry: *Los partidos populares de América*. In: *Journal of Inter-American Studies*, Bd. 6, Nr. 2, Gainesville 1964, S. 221 ff.
- Lamberg, Robert F.: *Die marxistisch-leninistische Theorie in den Entwicklungsländern. Wunschenken und Verwirrung*. In: *Europa Archiv*, 18. Jg., 1/1963, S. 567 ff.
- Li, Auiami: *Tapado y tapadismo en México*. In: *Mundo Nuevo*, Nr. 47, Mai 1970, S. 6 ff.
- Lleras, Alberto: *Partidos políticos y parlamentos*. In: *Vision* 2, 16. Januar 1970, S. 21.
- Löwenthal, Richard: *Die Haltung der Sowjets zu den Einparteiensystemen der Entwicklungsländer*. In: *Entwicklungsländer zwischen nationaler und kommunistischer Revolution*. Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Hannover 1965, S. 9 ff.
- McDonald, R. H.: *Electoral systems, party representation and political change in Latin America*. In: *The Western Political Quarterly*, Bd. 20, Nr. 3, September 1967, S. 694 ff.
- Manigat, Leslie F.: *Introduction*. In: Pierre Bernard, Silas Cerqueira u. a.: *Tableau des parties politiques en Amérique du Sud*. Cahiers de la fondation nationale des sciences politiques. Armand Colin, Paris 1969, S. 9 ff.

- Martz, John D.: Dilemmas in the study of Latin American political parties. In: *The Journal of Politics*, Bd. 26, Nr. 3, August 1964, S. 509 ff.
- Molt, Peter: Die politische Programmatik der christlich-demokratischen Parteien Lateinamerikas. In: *Civitas, Jahrbuch für christliche Gesellschaftsordnung*, Fünfter Band 1966 (Sonderdruck), S. 62 ff.
- Murillo Rubiera, Fernando: Hispanoamérica y el Comunismo Internacional. In: *Revista de Política Internacional/Madrid*, Nr. 56–57, 1961, S. 185 ff.
- Naya, Enrique: La crisis argentina: Peronismo y Antiperonismo. In: *Cuadernos (Paris)*, Nr. 43, Juli/August 1960, S. 45 ff.
- Neira, Hugo: Populismes ou césarismes populistes? Quelques remarques sur une famille de partis politiques d'Amérique latine. In: *Revue Française de Science Politique*, Bd. XIX, Nr. 3, Juni 1969, S. 536 ff.
- O. N.: Die Präsidentschaft Fernando Belaúnde Terrys in Peru – Kompliziertes Parteienmosaik. In: *Neue Zürcher Zeitung*, 10. Juni 1967.
- O. N.: Regierungsparteien und Opposition in Kolumbien. In: *Neue Zürcher Zeitung*, 9. April 1969.
- O. N.: Venezuela unter der Herrschaft der ehemaligen Oppositionspartei. In: *Neue Zürcher Zeitung*, 9. August 1970.
- Ramis, P.: A two dimensional typology of Latin American political parties. In: *The Journal of Politics*, Bd. 30, Nr. 3, August 1968, S. 798 ff.
- Silvert, Kalman H.: The costs of anti-nationalism. In: Ders. (Hrsg.): *Expectant peoples: nationalism and development*. Random House, New York 1963, S. 355 ff.
- Silvert, Kalman H.: Nationalism in Latin America. In: *The Annals*, Bd. 334, März 1961 (Latin America's nationalistic revolutions), S. 1 ff.
- Scott, Robert E.: Political parties and policy-making in Latin America. In: Joseph LaPalombara und Myron Weiner (Hrsg.): *Political parties and political development*. Princeton University Press, Princeton, N.J. 1966, S. 331 ff.

2. Ecuador

Bücher:

- Aguirre, Manuel Agustín: *El partido Socialista en la revolución del 28 de Mayo*. Departamento de Publicaciones, Quito 1945.
- Crespo Toral, Jorge: *El Comunismo en el Ecuador*. Quito 1958.
- Maldonado Estrada, Luis: *Socialismo ecuatoriano, ensayo sobre la realidad nacional*. Editorial Páginas Selectas, Guayaquil 1935.
- Ders.: *Bases del partido socialista ecuatoriano*. Ediciones Antorcha, Quito 1938.
- Miranda Ribadeneira, Francisco: *Política cristiana*. Editorial Fray Jodoco Ricke (Colección Pensamiento católico, 7), Quito 1955.
- Tamayo Mancheno, Gustavo (Hrsg.): *El Velasquismo. Una interpretación práctica y un violento período de lucha*. Editorial Royal Print, Guayaquil 1960.

Aufsätze, Berichte, Artikel:

- Aguirre, Manuel Agustín: *Informe al X Congreso del Partido Socialista Ecuatoriano*. Quito 1943.
- Ayala, Manuel Enrique: *El partido conservador ¿Condenado a muerte?* In: *Mensajero*, April 1970, S. 24 ff.

- Cueva, Agustín: Introducción a la mitología velasquista. In: Mañana, Nr. 191, 27. April 1967, S. 8 ff., und Nr. 192, 4. Mai 1967, S. 10 ff.
- Del Campo, Esteban: Introducción al Velasquismo. In: Procontra (Frente Cultural, Quito), Nr. 1, S. 5 ff.
- Díaz, Antonio: Los partidos políticos del Ecuador. In: Política (Caracas), Nr. 28, November 1963, S. 105 ff.
- Naranjo Toro, Manuel: Proliferación de partidos políticos. In: Revista de la Asociación Escuela de Derecho de la Universidad Central del Ecuador, Nr. 19. Quito 1969, S. 41 ff.
- Neira, Hugo: Equateur. In: Pierre Bernard, Silas Cerqueira u. a.: Tableau des parties politiques en Amérique du Sud – Cahiers de la fondation nationale de sciences politiques. Armand Colin, Paris 1969, S. 227 ff.
- O. N.: El régimen de partidos. In: El Universo, 17. März 1970 (Leitartikel).
- Puntos Programáticos de la Alianza Democrática Ecuatoriana (1944). In: Lecturas Ecuatorianas. Editorial Claridad, Guayaquil 1968.

Dokumente:

- Acción Revolucionaria Nacional Ecuatoriana (ARNE): Ideario, Quito 1968.
- Coalición Institucionalista Demócrata (C.I.D.): Manual para los Militantes del nuevo Partido. Manifiesto. Declaración de Principios y Estatutos. o. O., o. J.
- Concentración de Fuerzas Populares: ¿Qué es el CFP? Doctrina, Estatutos y Programa. o. O., o. J.
- Democracia Cristiana Ecuatoriana: Principios Doctrinarios. Quito 1964.
- Partido Comunista del Ecuador: Programa y estatutos. In: VII Congreso del Partido Comunista del Ecuador. Editorial Claridad, Guayaquil 1968, S. 67 ff.
- Partido Conservador Ecuatoriano: Declaración de Principios. Quito 1966.
- Partido Conservador Ecuatoriano: Estatutos del Partido. Quito 1970.
- Partido Conservador Ecuatoriano: Reglamento Especial de la Asamblea General. Quito 1967.
- Partido Liberal Radical Ecuatoriano: Declaración de Principios Doctrinarios. Quito 1970.
- Partido Nacional Guevarista (A.P.R.E., Acción Popular Revolucionaria Ecuatoriana): Crítica Doctrinaria y Estatutos. o. O., o. J.
- Partido Nacionalista Revolucionario: Declaración de Principios y Estatutos. Guayaquil 1969.
- Partido Patriótico Popular: Programa Doctrinario y Estatutos. Quito 1968.
- Partido Republicano Independiente Ecuatoriano: Declaración de Principios. Reglamento interno del partido. Guayaquil 1969.
- Partido Social-Cristiano (P.S.C.): Estatutos. o. O. 1967.
- Partido Socialista Ecuatoriano: Declaración de Principios. Quito 1960.
- Partido Socialista Ecuatoriano: Programa mínimo. Quito 1960.
- Unión Democrática Popular (U.D.P.): ¿Qué es el U.D.P.? Declaración de Principios, Programa, Estatutos. Editorial Claridad, Guayaquil o. J.

1. *Lateinamerika*

Bücher:

- Beyme, Klaus von: Das präsidentielle Regierungssystem der Vereinigten Staaten in der Lehre der Herrschaftsformen. Verlag C. F. Müller, Karlsruhe 1967.
- Comellas, José Luis: Los primeros pronunciamientos en España: 1814–1820. Consejo Superior de Investigaciones Científicas, Madrid 1958.
- Costa, Joaquín: Oligarquía y caciquismo y otros escritos. Alianza Editorial, Madrid ²1969.
- Duverger, Maurice: Les regimes politiques. Presses Universitaires de France, Paris 1951.
- Ders.: Instituciones políticas y derecho constitucional. Ediciones Ariel, Barcelona-Caracas 1961.
- Franco, Alfonso Arinos de Mello / Pilla, Raúl: Presidencialismo ou parlamentarismo? Olympio, Rio de Janeiro 1958.
- García Kohly, Mario: El problema constitucional de las democracias americanas. Cultural, Havanna 1931.
- Gil, Federico G.: The political system of Chile. Houghton and Mifflin, Boston 1966.
- Kornberg, Allan / Musolf, Lloyd D. (Hrsg.): Legislatures in developmental perspective. Duke University Press, Durham, North Carolina 1970.
- Loewenstein, Karl: Verfassungslehre. J.C.B. Mohr, Tübingen ¹1959.
- Loureiro Junior, José: Parlamentarismo e presidencialismo. Editora Revista dos Tribunais, Sao Paulo 1962.
- Machin, J. M.: Caudillismo y democracia en América Latina. Ediciones Humanismo, Mexiko 1955.
- Miranda, José: Reformas y tendencias constitucionales recientes de la América Latina, 1945–1956. Universidad Nacional Autónoma de México. Instituto de Derecho Comparado, Mexiko 1957.
- Prieur Koelling, Wolfgang: Die Verfassung der Republik Chile. Mit einer Einführung in das chilenische Staatsrecht. Universidad de Chile, Facultad de Ciencias Jurídicas y Sociales, Santiago 1958.
- Puhle, Hans Jürgen: Politik in Uruguay. Einige Bemerkungen zum uruguayischen Parteien- und Verfassungssystem. Verlag für Literatur und Zeitgeschehen, Hannover 1967.
- Tuñón de Lara, Manuel: Historia y realidad del poder (El poder y las élites en el primer tercio de la España del siglo XX). Editorial Cuadernos para el Diálogo, Madrid 1967.

Aufsätze, Artikel:

- Agor, Weston H.: The senate in the chilean political system. In: Allan Kornberg/ L. D. Musolf (Hrsg.): Legislatures in developmental perspective. Duke University Press, Durham, North Carolina 1970, S. 228 ff.
- Anderson, Charles W.: Toward a theory of Latin American politics. In: Peter G. Snow (Hrsg.): Government and politics in Latin America. A reader. Rinehart and Winston, New York, Chicago u. a. 1967, S. 230 ff.
- Aron, Raymond: Die politischen Institutionen des Westens in der Welt des 20.

- Jahrhunderts. In: Die Bewährung der Demokratie im 20. Jahrhundert. Das Seminar vom Berlin-Kongreß für kulturelle Freiheit. Zürich 1961, S. 17 ff.
- Blanksten, George I.: Constitutions and the structure of power. In: Harold E. Davis (Hrsg.): Government and politics in Latin America. The Ronald Press, New York 1958, S. 225 ff.
- Carro Martínez, Antonio: El Caudillismo americano. In: Revista de Estudios Políticos, Nr. 93, Mai/Juni 1957, S. 139 ff.
- Davis, Harold E.: The presidency. In: Harold E. Davis (Hrsg.): Government and politics in Latin America. The Ronald Press, New York 1958, S. 252 ff.
- Gomez, Rosendo A.: Latin American executives: Essence and variation. In: Peter G. Snow (Hrsg.): Government and politics in Latin America. A reader. Rinehart and Winston, New York, Chicago u. a. 1967, S. 174 ff.
- Horowitz, Irving Louis: Political legitimacy and the institutionalization of crisis in Latin America. In: Comparative Political Studies, Bd. I, Nr. 1, April 1968, S. 45 ff.
- Kornberg, Allan / Musolf, Lloyd D.: On legislatures in developmental perspective. In: Allan Kornberg / Lloyd D. Musolf (Hrsg.): Legislatures in developmental perspective. Duke University Press, Durham, North Carolina 1970, S. 3 ff.
- Lambert, Jaques: La transposition du régime présidentiel hors des États-Unis: Le cas de l'Amérique Latine. In: Revue Française de Science Politique, Bd. XIII, Nr. 3, September 1963, S. 577 ff.
- Loewenstein, Karl: Der Staatspräsident. In: Archiv für öffentliches Recht, Bd. 75, 1949, S. 129 ff.
- Mecham, Lloyd J.: Latin American Constitutions. In: Peter G. Snow (Hrsg.): Government and politics in Latin America. A reader. Rinehart and Winston, New York, Chicago u. a. 1967, S. 144 ff.
- Needler, Martin: Cabinet Responsibility in a presidential system. The case of Peru. In: Parliamentary Affairs, Bd. XVIII, Nr. 2, November 1964 / Februar 1965, S. 156 ff.
- O. N.: Mesa Redonda sobre el tema: ¿vacío de poder o ansia de mando? In: Vision, 27. Februar 1970.
- Payne, James: Peru: The Politics of structured violence. In: The Journal of Politics, Bd. 27, Mai 1965, S. 362 ff.
- Phillip Jr., Taylor, B.: The electoral system in Uruguay. In: The Journal of Politics, Bd. XVII, 1955, S. 19 ff.
- Puhle, Hans-Jürgen: Sehnsucht nach Revolution. Zur Typologie der Faktoren und Bedingungen des politischen Prozesses und des politischen Stils in Lateinamerika. In: Klaus Lindenberg (Hrsg.): Politik in Lateinamerika, Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung. Verlag für Literatur und Zeitgeschehen, Hannover 1971, S. 13 ff.
- Romero, César Enrique: Crisis del gobierno civil en América Latina. In: Revista de Estudios Políticos, Madrid, Nr. 122, März/April 1962, S. 227 ff.
- Salillas, Rafael: Teoría del caciquismo. In: Anales de Sociología, Nr. 3, Barcelona 1967.
- Stokes, William: Parliamentary government in Latin America. In: American Political Science Review, Bd. 39, Nr. 3, Juni 1945, S. 522 ff.
- Weber, Max: Die drei Typen der legitimen Herrschaft. In: Ders.: Soziologie, Weltgeschichtliche Analysen, Politik. Kröner Verlag, Stuttgart 1968, S. 151 ff.

2. Ecuador

Bücher, Aufsätze, Artikel:

Borja y Borja, Ramiro: Las constituciones en el Ecuador. Ediciones Cultura Hispánica, Madrid 1951.

Ders.: Reforma de la constitución. Casa de la Cultura Ecuatoriana, Quito 1963.

Borja, Rodrigo: Principios de Derecho político y constitucional. Editorial Casa de la Cultura Ecuatoriana, Quito 1964.

Izurietta, Leonardo: Funcionamiento y orientación de nuestro sistema político. In: Mensajero, April 1970, S. 4 ff.

Jacome, Rodrigo: Derecho constitucional ecuatoriano. Imprenta de la Universidad Central, Quito 1941.

O. N.: Encuesta a los líderes políticos ¿Debe mantenerse o reformarse la constitución? In: El Universo, 23. Februar 1970, S. 10 – 11.

Gesetze, Reden im Parlament, Berichte, Wahlergebnisse:

Constituciones de la República del Ecuador: 1830, 1835, 1843, 1845, 1850, 1852, 1861, 1869, 1878, 1883, 1897, 1906, 1929, 1945, 1946, 1967.

Ley de Elecciones. In: Recopilación de Leyes y Códigos de la República del Ecuador, Band II (Corporación de Estudios y Publicaciones) Editorial Artes Gráficas, Quito 1968.

Reglamento de la Ley de Elecciones. In: Recopilación de Leyes y Códigos de la República del Ecuador, Band II (Corporación de Estudios y Publicaciones), Editorial Artes Gráficas, Quito 1968.

Diario de Debates de la Honorable Asamblea Nacional Constituyente, 1966 – 1967, Bd. 2, Talleres Gráficos Nacionales, Quito.

Diario de Debates de la Honorable Asamblea Nacional Constituyente, 1966 – 1967, Bd. 3, Talleres Gráficos Nacionales, Quito.

Diario de Debates del Honorable Congreso Nacional, 1967, Bd. 2, Talleres Gráficos Nacionales, Quito.

Diario de Debates del Congreso Nacional del Ecuador – Pleno – August 1968, Bd. II, Talleres Gráficos Nacionales, Quito.

Diario de Debates del Congreso Nacional del Ecuador – Pleno – März bis Mai 1969, Bd. II, Talleres Gráficos Nacionales, Quito.

Documentos del Senado, Sitzungsperiode vom 6. März bis Mai 1969, Publicaciones del Senado, Quito 1961.

Tribunal Supremo Electoral: Informes al H. Congreso Nacional, für die Jahre 1948, 1949, 1950, 1953, 1954, 1955, 1956, 1957, 1958, 1959, 1962. Talleres Gráficos Nacionales u. a., Quito.

Tribunal Supremo Electoral: Persönliche Informationen über die Resultate der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen von 1948, 1952, 1956, 1960 und 1968.

I. Das Militär

1. Lateinamerika

Bücher:

- Alba, Víctor: El Militarismo – Ensayo sobre un fenómeno político-social iberoamericano. Mexiko 1959.
- Barnet, R. J.: Der amerikanische Rüstungswahn oder die Ökonomie des Todes. Rowohlt (Taschenbuch 1450-1), Reinbek 1971.
- Bosch, Juan: Der Pentagonismus oder die Ablösung des Imperialismus? Rowohlt (Taschenbuch 1151), Reinbek 1969.
- Bray, Arturo: Militares y Civiles. Aconcagua, Buenos Aires 1958.
- Cannabrava Filho, Paulo: Militarismo e imperialismo in Brasile. Jaca Book, Milano 1969.
- Costa Pinto, L. A.: Nacionalismo y militarismo. Siglo veintiuno editores, Mexiko 1969.
- Finer, S. E.: The Man on Horseback (The role of the Military in Politics). Pall Mall Press, London 1962.
- Galbraith, John Kenneth: Wie man Generale bändigt. Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg 1970.
- Hector, Cary: Der Staatsstreich als Mittel der politischen Entwicklung in Südamerika. Colloquium Verlag, Berlin 1964.
- Johnson, John J.: Military and society in Latin America. Stanford University Press, Stanford 1964.
- Lieuwen, Edwin: Arms and politics in Latin America. Frederick A. Praeger, New York 1960.
- Ders.: Generals vs. presidents: neomilitarism in Latin America. Frederick A. Praeger, New York 1964.
- Reh, Hans Ulrich: Der Staatsstreich in Peru 1968: Ursachen und Konsequenzen. Von Hase und Koehler-Verlag, Mainz 1970.
- Senghaas, Dieter: Rüstung und Militarismus. edition suhrkamp 498, Frankfurt/M. 1972.

Aufsätze:

- Alba, Víctor: El militarismo ¿sucedáneo de la participación popular? In: Aportes, Nr. 6, Oktober 1967, S. 77 ff.
- Case, Robert P.: El entrenamiento de los militares latinoamericanos en los Estados Unidos. In: Aportes, Nr. 6, Oktober 1967, S. 44 ff.
- D'Ornellas Suarez, Manuel: Militares y oligarquía en el Perú. In: Mundo Nuevo, Nr. 43, Januar 1970, S. 19 ff.
- Finer, S. E.: Military and Society in Latin America. In: Paul Halmos (Hrsg.): Latin American sociological studies (The Sociological Review Monograph, Nr. 11), Keele University, Februar 1967, S. 133 ff.
- Gebhardt, Hermann P.: Komplexe Rüstungsprobleme in Lateinamerika. In: Außenpolitik, Jg. 19, Heft 4, 1968, S. 220 ff.
- Guillen, Fedro: Militarismo y golpes de estado en América Latina. In: Cuadernos Americanos (Mexiko), Mai/Juni 1965, S. 7 ff.

- Horowitz, Irving L.: The military elites. In: Seymour Martin Lipset und Aldo Solari (Hrsg.): *Elites in Latin America*. Oxford University Press, New York 1967, S. 146 ff.
- Johnson, John J.: The Latin American military as a political competing group in transitional society. In: John J. Johnson (Hrsg.): *The role of the military in underdeveloped countries*. Princeton University Press, Princeton, New Jersey 1967, S. 91 ff.
- Ders.: Algunas características sociales de los militares latinoamericanos. In: *Revista Paraguaya de Sociología*, Mai/August 1965, S. 41 ff.
- Lieuwen, Edwin: The changing role of the military in Latin America. In: *Journal of International Studies*, Bd. 3, Nr. 4, Oktober 1961, S. 559 ff.
- Ders.: The military: a revolutionary force? In: Peter G. Snow (Hrsg.): *Government and politics in Latin America. A reader*. Rinehart and Winston, New York, Chicago u. a. 1967, S. 286 ff.
- Ders.: Militarism and politics in Latin America. In: John J. Johnson (Hrsg.): *The role of the military in underdeveloped countries*. Princeton University Press, Princeton, New Jersey 1967, S. 131 ff.
- Ders.: The military. A force for continuity or change? In: John J. Tipaske/Sidney N. Fisher: *Explosion forces in Latin America*. Columbus 1964.
- Lindenberg, Klaus: Zur politischen Funktion des Militärs in Lateinamerika. In: Klaus Lindenberg (Hrsg.): *Politik in Lateinamerika*. Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung. Verlag für Literatur und Zeitgeschehen, Hannover 1971, S. 61 ff.
- McAlister, L. N.: Changing concepts of the role of the military in Latin America. In: *The Annals* 360, Juli 1965, S. 85 ff.
- Nun, José: The middle-class military coup. In: Claudio Véliz (Hrsg.): *The politics of conformity in Latin America*. Oxford University Press, London, New York u. a. 1967, S. 66 ff.
- Ders.: La crisis hegemónica y el golpe militar. In: *Desarrollo Económico*. Buenos Aires, Juli/Dezember 1966, S. 355 ff.
- Silva Herzog, Jesús: Las Juntas Militares de Gobierno. In: *Cuadernos Americanos* (Mexiko), Juli/August 1949, S. 7 ff.
- Stokes, William: Violence as a power factor in Latin American politics. In: *The Western Political Quarterly*, Bd. V, Nr. 3, September 1952, S. 445 ff.
- Wyckhoff, Theodore: The role of the military in Latin American politics. In: *The Western Political Quarterly*, Bd. 13, 1960, S. 744 ff.
- Ders.: Tres modalidades del militarismo latinoamericano. In: *Combate*, San José / Costa Rica, Bd. 2, Nr. 12, 1960, S. 7 ff.

2. Ecuador

Bücher, Aufsätze, Artikel:

- Andrade, Noé de: El militarismo ecuatoriano. In: *Vistazo*, Februar 1969, S. 62 ff.
- Banderas Román, Gustavo (Coronel): Rede im Parlament. In: *Diario de Debates de la Asamblea Nacional Constituyente 1966 – 1967*, Bd. 2, S. 389 ff. Talleres Gráficos Nacionales, Quito.
- Hidalgo, Daniel B.: *El Militarismo: Sus causas y remedios*. R. Racines C., Quito 1913.

- Needler, Martin C.: *Anatomy of a Coup d'Etat: Ecuador 1963*. Institute for the Comparative Study of Political Systems. Washington 1964.
- O. N.: Militärjunta herrscht in Ecuador. Präsident Velasco zum fünften Mal gestürzt. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 17. Februar 1972.
- Rodríguez Lara, Guillermo (General): Interview mit der spanischen Zeitung „El Pueblo“. Madrid, 21. Februar 1972, S. 22.

II. Die Kirche

1. Lateinamerika

Bücher:

- Beschlüsse der 2. Generalversammlung des lateinamerikanischen Episkopats... Medellín 24. 8. – 6. – 9. 1971. Deutsche Veröffentlichung und Übersetzung der Bischöflichen Aktion „Adveniat“, Essen 1968.
- Castro Villagrana, Vernardo / Labastida, Horacio / García, J. J., u. a., (Hrsg.): *La iglesia, el subdesarrollo y la revolución*. (Colección Latinoamérica hoy). Editorial Nuestro Tiempo, Mexiko 1968.
- Hillekamps, Carl A.: *Religion, Kirche und Staat in Lateinamerika*. Kosel-Verlag, München 1966.
- Rycroft, W. Stanley: *Religion and Faith in Latin America*. Westminster Press, Philadelphia, Pennsylvania 1958.

Aufsätze, Artikel, Dokumente:

- Bastide, Roger: Nicht-katholische Religionen und die ökonomische und soziale Entwicklung in Brasilien. In: *Internationales Jahrbuch für Religionssoziologie (Religionen im sozialen Wandel)*, Band VI, Vol. VI, Westdeutscher Verlag, Köln – Opladen 1970, S. 83 ff.
- Camara, Dom Helder: Interview in „Der Spiegel“, Nr. 39, 21. September 1970, S. 188 ff.
- Condal, Elias: El Vaticano y el Tercer Mundo. In: Bernardo Castro Villagrana / Horacio Labastida / J. Jesús García u. a. (Hrsg.): *La iglesia, el subdesarrollo y la revolución*. Editorial Nuestro Tiempo, Mexiko 1968, S. 170 ff.
- Desroche, Henri: Religionssoziologie und Entwicklungssoziologie. In: *Internationales Jahrbuch für Religionssoziologie (Religion, Kultur und sozialer Wandel)*, Band V, Vol. V, Westdeutscher Verlag, Köln – Opladen 1969, S. 20 ff.
- Houtart, François: Die Wirkungen des sozialen Wandels auf die katholische Religion in Lateinamerika. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderheft 6, 1962, S. 166 ff.
- Krumwiede, Heinrich W.: Der Wandel der sozialverantwortlichen Rolle der katholischen Kirche in Lateinamerika. In: Klaus Lindenberg (Hrsg.): *Politik in Lateinamerika*. Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung. Verlag für Literatur und Zeitgeschehen, Hannover 1971, S. 82 ff.
- Kuehnelt-Leddihn, Erik Ritter von: Glaube und Kirche in Südamerika. In: A. Gansser: *Lateinamerika – Land der Sorge und der Zukunft*. Rentsch, Erlenbach – Zürich – Stuttgart 1962.
- Lage Pessoa, Francisco: Brasil: La iglesia y el movimiento revolucionario. In: Bernardo Castro Villagrana / Horacio Labastida / J. Jesús García u. a. (Hrsg.):

- La iglesia, el subdesarrollo y la revolución. Editorial Nuestro Tiempo, Mexiko 1968, S. 153 ff.
- Mendez Arceo, Sergio: Desacralización para el desarrollo. In: Bernardo Castro Villagrana / Horacio Labastida / J. Jesús García u. a. (Hrsg.): La iglesia, el subdesarrollo y la revolución. Editorial Nuestro Tiempo, Mexiko 1968, S. 239 ff.
- Methol Ferré, Alberto: Iglesia y Sociedad Opulenta. In: Vispera, Beilage „Foro“, Jg. III, Nr. 12, Montevideo, September 1969, S. 3 ff.
- Nadoc, Nr. 122, 21. Januar 1970: Declaración del II Seminario de Sacerdotes latinoamericanos.
- Nadoc, Nr. 195, 17. März 1971: Informe sobre la realidad socioreligiosa de Centro América.
- Nadoc, Nr. 240, 9. Februar 1972: Monseñor López de Lama: El vía crucis de algunos hombres de iglesia en Bolivia.
- Tondi, Alighiero: Der kirchliche Kolonialismus in Lateinamerika. In: Deutsche Außenpolitik, Berlin-Ost, Sonderheft II, 1961, S. 120 ff.
- Vallier, Ivan: Religious Elites. In: Seymour Martin Lipset und Aldo Solari (Hrsg.): Elites in Latin America. Oxford University Press, New York 1967, S. 190 ff.

2. Ecuador

Bücher, Aufsätze, Artikel:

- Albornoz, Oswaldo: Historia de la acción clerical en Ecuador – desde la conquista hasta nuestros días. Editorial Espejo, Quito 1963.
- Arellano, Estuardo, S. J.: Interview der Zeitung „La Juventud Denuncia“, Jg. I, 1. Mai 1970, Quito-Riobamba, S. 4.
- Declaración programática de la Conferencia Episcopal para la Iglesia en el Ecuador (Broschüre), Editorial Don Bosco, Cuenca 1967.
- Modus vivendi con la Santa Sede. In: Recopilación de Leyes y Códigos de la República del Ecuador, Band II, Gesetz Nr. 25, Ediciones Corporación de Estudios y Publicaciones, Quito 1968.
- Morán Córdova, Jorge: El XXI Concilio Ecuménico. Las relaciones entre la Iglesia y el Estado. La Iglesia Católica y el Laicismo (Broschüre). Editorial Casa de la Cultura, Guayaquil 1962.
- Nadoc, Nr. 141, 22. April 1970: Conclusiones de la primera conversión nacional de presbíteros del Ecuador.
- Nadoc, Nr. 171, 14. Oktober 1970: Posición de la iglesia en la cuestión social ecuatoriana.
- Nadoc, Nr. 237, 19. Januar 1972: Relaciones latinoamericanas ante el sínodo de obispos: Posición de los prebiteros del Ecuador ante el sínodo. S. 3 ff.
- Nadoc, Nr. 256, 14. Juni 1972: Conspiración conservadora contra Monseñor Leonidas Proaño.
- Proaño, Monseñor Leonidas: Interview mit der Zeitschrift „Vistazo“ (La Iglesia Ecuatoriana y la Posición de dos Prelados: ¿Dos Iglesias?), Juli 1971, S. 88 ff.

III. Die Gewerkschaften

1. Lateinamerika

Bücher:

- Alba, Victor: Esquema histórico del movimiento obrero en América Latina. Costa-Amic, Mexiko 1958.
- Alexander, Robert J.: El movimiento obrero en América Latina. Editorial Roble, Mexiko 1967.
- Goldenberg, Boris: Gewerkschaften in Lateinamerika. Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung. Verlag für Literatur und Zeitgeschehen, Hannover 1964.
- Poblete Troncoso, Moisés: El movimiento obrero latinoamericano. Fondo de Cultura Económica, Mexiko 1946.
- Szankay, Zoltan: Die argentinische Gewerkschaftsbewegung. Arbeitsberichte des Ibero-Amerika Instituts für Wirtschaftsforschung an der Universität Göttingen. Verlag Otto Schwartz, Göttingen o. J.

Aufsätze:

- Alexander, Robert J.: Organized Labor and Politics. In: Harold E. Davis (Hrsg.): Government and politics in Latin America. Ronald Press, New York 1958.
- Bourricaud, François: Sindicalismo y política (Peru 1962). In: Cuadernos Americanos (Mexiko), Nr. 57, Februar 1962, S. 32 ff.
- Bünger, Hans-Ulrich: Zur politischen Rolle der lateinamerikanischen Gewerkschaften. In: Klaus Lindenberg (Hrsg.): Politik in Lateinamerika. Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung. Verlag für Literatur und Zeitgeschehen, Hannover 1971, S. 126 ff.
- Landsberger, Harry A.: The Labor Elite: Is it revolutionary? In: Seymour Martin Lipset / Aldo Solari (Hrsg.): Elites in Latin America. Oxford University Press, New York, 1967, S. 256 ff.

2. Ecuador

Bücher, Berichte:

- Hurtado, Oswaldo / Herudek, Joachim: Organización popular y desarrollo (INEDES). Versión preliminar, o. O. (Quito?), o. J. (1971?).
- Saad, Pedro: CTE y su papel histórico. Editorial Claridad, Guayaquil o. J. (1968?).
- Ders.: Los artesanos del Ecuador y la lucha por el mejoramiento de su situación. Editorial Claridad, Guayaquil 1968.
- XI. Congreso C.T.E., Cuenca, Diciembre 1968: Documentos. Editorial Claridad, Guayaquil o. J. (1968?).

Ecuador und Lateinamerika

Bücher, Berichte:

- Arias, Manuel B.: Análisis de la estructura agraria del Ecuador. Junta Nacional de Planificación, Quito 1969.
- Banco Central del Ecuador: Memoria del Gerente General – Jahre 1960 ff.
- Banco Central del Ecuador: Boletín, Jahre 1969 ff. (monatlich).
- Banco Interamericano de Desarrollo – Instituto para la Integración de América Latina (Hrsg.): Estadísticas latinoamericanas, Band 3, Buenos Aires 1966.
- Bundesstelle für Außenhandelsinformation – Marktinformation: Ecuador – Wirtschaftliche Entwicklung 1970 – 1971.
- Bundesstelle für Außenhandelsinformation – Mitteilungen für Ecuador und Lateinamerika, Januar 1970 ff.
- Cordova, Armando / Silva Michelena, Héctor: Die wirtschaftliche Struktur Lateinamerikas. Drei Studien zur politischen Ökonomie der Unterentwicklung. edition suhrkamp 311, Frankfurt/M. 1969.
- Deutsch-Südamerikanische Bank: Kurzbericht über Lateinamerika – Jahre 1970 ff.
- Dies.: Mitteilungen für den Außenhandel: Ecuador. Jahre 1970 ff.
- Deutsche Überseeische Bank (Hrsg.): Lateinamerika. Wirtschaftliche Daten. Hamburg 1970.
- Dies.: Beilage zum Wirtschaftsbericht September 1969.
- Eisenlohr, Edda: Agrarreform in Ecuador im entwicklungspolitischen Kräftespiel. COSAL (Sozialforschungsstelle an der Universität Münster), Dortmund 1969.
- Galarza Zavala, Jaime: El Yugo Feudal – visión del campo ecuatoriano. Ediciones Solitierra, Quito ²1966.
- Hochman, Elena: Über die Entwicklung der Unterentwicklung. Jugenddienst-Verlag, Wuppertal 1971.
- Inter American Development Bank: Socio-Economic Progress in Latin America. 10. Jahresbericht 1970.
- Jimenez Lascano, Mauro: Integración económica e imperialismo. Editorial Nuestro Tiempo, Mexiko 1968.
- Johnson, John J.: Political Change in Latin America – The Emergence of the Middle Sectors. Stanford University Press, Stanford, Kalifornien 1958.
- Junta Nacional de Planificación y Coordinación Económica: Resumen del Plan General de Desarrollo Económico y Social del Ecuador. Quito 1963.
- Junta Nacional de Planificación y Coordinación – Departamento Técnico – División de Estadísticas y Censos: 1967: República del Ecuador: añoario de Estadísticas vitales. Quito 1967.
- Junta Nacional de Planificación y Coordinación: Encuesta Agropecuaria Nacional 1968. Quito 1969.
- Junta Nacional de Planificación y Coordinación – Departamento Técnico – División de Estadísticas y Censos: Proyección de la Población del Ecuador 1960 – 1980. Quito o. J. (1970?).
- König, Mechthild: Die Rolle der Mittelschichten in der wirtschaftlichen Entwicklung Ecuadors. Arbeitsberichte des Ibero-Amerika-Instituts für Wirtschaftsforschung an der Universität Göttingen. Verlag Otto Schwartz, Göttingen 1969.

- Ley de Reforma Agraria y Colonización. Publicación del Instituto Ecuatoriano de Reforma Agraria y Colonización, o. O., o. J.
- Merlo J., Pedro M.: Estructura y crecimiento de la población. Junta Nacional de Planificación y Coordinación. Quito 1967.
- Robalino Gonzaga, César Raúl: El desarrollo económico del Ecuador. Junta Nacional de Planificación. Quito 1969.
- Romeo, Carlos: Sur les classes sociales en Amérique latine. François Maspero, Paris 1968.
- Rump, Kay: Probleme der Monokultur, dargestellt am Beispiel der Bananenwirtschaft Ecuadors. Arbeitsberichte des Iberoamerikanischen Instituts für Wirtschaftsforschung an der Universität Göttingen. Verlag Otto Schwartz, Göttingen 1969.
- Statistisches Bundesamt, Wiesbaden: Länderberichte – Ecuador 1965.
- Statistisches Bundesamt, Wiesbaden: Länderberichte – Ecuador 1968.
- Stavenhagen, Rodolfo: Las clases sociales en las sociedades agrarias. Siglo XXI Editores, Mexiko 1969.
- Steger, Hans Albert (Hrsg.): Sozio-ökonomische Typologie Lateinamerikas. COSAL – Band 3. Gehlen Verlag, Homburg v. d. H. – Berlin – Zürich 1968.
- Union Panamericana – Revista Interamericana de Ciencias Sociales: Tipología socio-económica de los países latinoamericanos. Bd. 2, Sondernummer, Washington 1963.
- Wionczek, Miguel S.: Lateinamerika und das ausländische Kapital. Schriftenreihe des Instituts für Iberoamerikakunde, Nr. 15. Übersee-Verlag, Hamburg 1969.

Aufsätze, Artikel:

- Adams, Richard N.: Political power and social structures. In: Claudio Véliz (Hrsg.): The politics of conformity in Latin America. Oxford University Press, London, New York u. a. 1967.
- Baraona, Rafael: Una tipología de haciendas en la Sierra ecuatoriana. In: Oscar Delgado (Hrsg.): Reformas agrarias en América Latina. Fondo de Cultura Económica, Mexiko, Buenos Aires 1965.
- Behrendt, Richard F.: Einige Probleme der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung im gegenwärtigen Lateinamerika im Lichte europäischer Erfahrungen. In: H. D. Ortlieb (Hrsg.): Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 7. Jg., Tübingen 1962.
- Ders.: Kulturzusammenstöße und soziale Spannungen in Lateinamerika. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 9. Jg., Heft 2, 1957, S. 232 ff.
- Casals, Juan F.: Ecuador: La estructura agraria. In: Oscar Delgado (Hrsg.): Reformas Agrarias en América Latina. Fondo de Cultura Económica, Mexiko, Buenos Aires 1965.
- Cordova, Armando: Elemente einer Definition der wirtschaftlichen Unterentwicklung. In: Ders. und Héctor Silva Michelena: Die wirtschaftliche Struktur Lateinamerikas. Drei Studien zur politischen Ökonomie der Unterentwicklung. edition suhrkamp 311, Frankfurt/M. 1969.
- Díaz, Antonio: Análisis espectral de la sociedad ecuatoriana. In: Cuadernos (Paris), Nr. 44, September/Oktobre 1960, S. 57 ff.
- Ders.: Cambios sociales de las clases dominantes del Ecuador. In: Revista Mexicana de Sociología, Bd. XXV, Nr. 2, Mai/August 1963, S. 721 ff.
- Franco, Juan Pablo: Reflexiones en torno al desarrollismo: el caso Frigerista. In:

- Alfonso Aguilar / Rogelio Frigerio u. a. (Hrsg.): *Desarrollo y desarrollismo*. Editorial Galerna, Buenos Aires 1969.
- García Ortiz, Humberto: La clase media en el Ecuador. In: *Materiales para el estudio de la clase media en la América Latina*. Publicaciones de la Oficina de Ciencias Sociales. Unión Panamericana, Bd. VI, Washington 1951, S. 15 ff.
- Herudek, Joachim: Revolution in Südamerika? In: *Im Gespräch*, 1-2/71 (Hrsg. Institut für Begabtenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung), S. 9 ff.
- Heydecker, J.: Zweihundert Familien beherrschen Peru. In: *Stuttgarter Zeitung*, 11. Januar 1969, S. 56.
- Mas, Hugo: El fracaso de la reforma agraria. In: *Vistazo*, Juli 1970, S. 77 ff.
- Mejía Valera, José: La estratificación social en el Perú. In: *Cuadernos Americanos* (Mexiko), Bd. 133, März/April 1964, S. 107 ff.
- O. N.: Die wirtschaftliche Entwicklung Ecuadors. Versuche zur Überwindung der Finanzkrise. In: *Neue Zürcher Zeitung*, 11. Juli 1967, Blatt 3.
- O. N.: Das wirtschaftliche Problem Lateinamerikas. In: *Neue Zürcher Zeitung*, 10. Januar 1969.
- Paredes, Angel Modesto: Estudio de la clase media en Ecuador. In: *Revista Mexicana de Sociología*, Jg. IX, Bd. XI, Nr. 1, Mexiko Januar/April 1949, S. 7 ff.
- Ratinoff, Luis: The new urban groups: "The middle classes". In: Seymour Martin Lipset und Aldo Solari (Hrsg.): *Elites in Latin America*. Oxford University Press, New York 1967, S. 61 ff.
- Wagley, Charles: The Brazilian Revolution: Social Change since 1930. In: Richard N. Adams u. a. (Hrsg.): *Social change in Latin America today – Its implications for United States Policy*. Harper and Brother, New York 1960, S. 180 ff.
- Wagley, Charles / Harris, M.: Typology of Latin American Subcultures. In: *American Anthropologist*, Bd. 57, S. 428 ff.

VERZEICHNIS DER ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN

1. Zeitungen

Tageszeitungen in Ecuador: El Comercio, Quito / El Telégrafo, Guayaquil / El Tiempo, Quito / El Universo, Guayaquil / La Razón, Guayaquil.

Wochenzeitungen in Ecuador: El Pueblo, Guayaquil (Órgano del partido comunista, línea Moscú) / La Juventud Denuncia, Quito-Riobamba ("Cristianos de izquierda").

Ausländische Zeitungen: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, Hamburg / Die Welt, Hamburg / Die Zeit, Hamburg / El Pueblo, Madrid / Frankfurter Allgemeine, Frankfurt / Frankfurter Rundschau, Frankfurt / Le Monde, Paris / Neue Zürcher Zeitung, Zürich / Stuttgarter Zeitung, Stuttgart / Süddeutsche Zeitung, München / The Guardian, London / The New York Times, New York.

2. Zeitschriften

Ecuador: Anales, Revista de la Universidad Central del Ecuador, Quito (unregelmäßig) / Bandera Roja (kommunistisch, Moskauer Linie), Guayaquil (monatlich) / Hora Universitaria, Universidad Central, Quito (erscheint nicht mehr) / Iuris, Revista de la facultad de Jurisprudencia de la Universidad de Cuenca (unregelmäßig) / La Calle, Quito (wöchentlich) / La Mañana, Quito (wöchentlich) / Mensajero (cristianos de izquierda), Quito (monatlich) / Procontra, Revista del Frente Cultural, Quito-Riobamba (unregelmäßig) / Revista de la Asociación Escuela de Derecho, Universidad Central, Quito (unregelmäßig) / Revista de la Casa de la Cultura Ecuatoriana, Quito (unregelmäßig) / Surcos, Quito (erscheint nicht mehr) / Vistazo, Guayaquil (monatlich).

Ausland: América Latina, Rio de Janeiro / American Anthropologist, Menasha, Wiss / American Political Science Review (APSR), Washington / Anales de Sociología, Barcelona / Aportes, Paris / Außenpolitik, Stuttgart / Bohemia, Havana / Cahiers internationaux de sociologie, Paris / Combate, San José de Costa Rica / Comparative political studies, New York / Cuadernos Americanos, Mexiko, D. F. / Cuadernos, Paris / Cuadernos para el diálogo, Madrid / Current History, Philadelphia / Der Spiegel, Hamburg / Der Bürger im Staat, Stuttgart / Deutsche Außenpolitik, Ost-Berlin / Europa Archiv, Frankfurt a. M. / Foreign Affairs, New York / Herder Korrespondenz (Monatshefte für Gesellschaft und Religion), Freiburg / Internationales Jahrbuch für Religionssoziologie, Köln-Opladen / Jornadas, Mexiko, D. F. / Journal of Inter American Studies, Gainesville / Journal of legal and political Sociology, New York / Journal of Politics, Gainesville / Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Köln / Lateinamerika heute (Zeitschrift des Vereins lateinamerikanischer Studenten), München / Mundo Nuevo, Paris / Panoramas, Mexiko / Política, Caracas / Political Quarterly, London / Politische Vierteljahresschrift, Köln / Revue française de science politique, Paris / Revista de Estudios Políticos, Madrid / Revista Interamericana de Ciencias Sociales, Washington / Revista Latinoamericana (Asociación de Estudiantes Latinoamericanos), Bielefeld / Revista Mexicana de Sociología, Mexico, D. F. / The Annals, Philadelphia / The Latin American Report, New Orleans / The Sociological Review Monograph, Keele / The World Today, London / Vierteljahresberichte der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn / Visión, Mexico, D. F. / Víspera, Montevideo / Western Political Quarterly, Salt Lake / World Politics, Princeton.

3. Berichtsreihen

NADOC – Servicio Latinoamericano de Documentación para el desarrollo publicado por Noticias Aliadas, Dokumente Nr. 1, Oktober 1968; Nr. 262, Juli 1972. S.E.U.L. Servicio Europeo de Universitarios Latinoamericanos, Brüssel 1969 ff.

TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 1:	Anteil der wichtigsten Exportprodukte lateinamerikanischer Länder am Gesamtexport	20
Tabelle 2:	Direktinvestitionen und Gewinne westlicher Industrieländer in einigen lateinamerikanischen Ländern 1960 – 1968	21
Tabelle 3:	Beschäftigte in den 3 Sektoren der ecuadorianischen Wirtschaft (Jahre 1950 und 1962)	23
Tabelle 4:	Beschäftigte in der Landwirtschaft 1968	24
Tabelle 5:	Anzahl und Gesamtnutzfläche der landwirtschaftlichen Betriebe in Ecuador nach ihrer Größe	25
Tabelle 6:	Wachstumsraten der verarbeitenden Industrie in Lateinamerika	28
Tabelle 7:	Exporte, Importe und Bilanzen in Ecuador 1969 bis 1971	33
Tabelle 8:	Die sozio-ökonomischen Schichten in Ecuador (nach der Volkszählung von 1950)	35
Tabelle 9:	Gesamtzahl der Beschäftigten in Ecuador (1962)	65
Tabelle 10:	Wahlbeteiligung der Ecuadorianer bei den Präsidentschaftswahlen vom Juni 1968	116
Tabelle 11:	Präsidentschaftswahlen 1960	119
Tabelle 12:	Präsidentschaftswahlen 1968	120
Tabelle 13:	Präsidenten Ecuadors ab 1925	122
Tabelle 14:	Regierungen und Regierungszeiten zwischen 1830 und 1972	126
Tabelle 15:	Wahlergebnis der Parlamentswahlen vom 2. Juni 1968	148
Tabelle 16:	Zahl der regulären Streitkräfte, paramilitärische Einheiten, Zahl der Angehörigen beider Verbände auf je 10.000 Einwohner, Anteil des Militärbudgets am Gesamthaushalt in Prozent	164
Tabelle 17:	Zusammensetzung der drei großen Gewerkschaftsorganisationen sowie des Blocks unabhängiger Syndikate nach Wirtschaftssektor und Zahl der Mitgliederorganisationen im Jahre 1969	192

PERSONEN- UND SACHREGISTER

Die *kursiven* Zahlen beziehen sich auf den Textteil. – Die geraden Zahlen mit den Zahlen in Klammern verweisen auf längere Ausführungen bzw. Fußnoten im Anmerkungssteil.

I. PERSONENREGISTER

- Acosta Velasco, Jorge 110, 112, 138 *f.*, 167 *f.*, 221 (121), 238 (30)
 Aguilar, Alfonso 203 (15)
 Aguirre Cerda, Pedro 216 (45)
 Alarcón Falconí, Ruperto 152
 Alba, Victor 57, 97 *f.*, 203 (12), 209 (51)
 Albornoz, Oswaldo 217 (60), 235 (8)
 Alexander, J. Robert 191, 200 (16), 243 (100)
 Alfaro, Eloy 52, 129, 152, 159, 217 (57), 235 (7)
 Allende, Salvador 203 (24)
 Alvaraz Romero, José María 101, 145
 Anderson, Charles 122
 Arbenz, Jacobo 81, 216 (45, 50), 225 (5)
 Arellano, Estuardo 181 *f.*
 Arévalo, Juan José 81, 216 (45)
 Arias B., Manuel 25
 Arízaga Vega, Carlos 150, 151, 227 (32)
 Arosemena, Carlos Julio 99, 102 *f.*, 105 *f.*, 149, 155, 168 *f.*, 219 (97), 221 (107), 225 (5), 227 (22), 238 (32)
 Arosemena Gómez, Otto 66, 67, 128, 129, 156
 Arroyo del Río, Carlos Alberto 89 *f.*, 217 (57)
 Arroyo Robelly, Alfonso 111
 Atkins, George P. 229 (52)
 Ayala, Manuel Enrique 86, 87, 94, 114, 148, 149
 Banderas, Román 238 (34), 239 (46)
 Bastide, Roger 76
 Behrendt, Richard F. 14, 201 (20)
 Beyme, Klaus von 122, 199 (5), 200 (15)
 Blanksten, Georg I. 46, 60, 123, 147, 225 (6), 229 (48), 232 (81)
 Bolívar, Simon 11, 50, 51, 87, 147, 226 (17)
 Bonifaz, Neptalí 87, 131 *f.*
 Bosch, Juan 81, 216 (50), 225 (5)
 Bravo Bressani, Jorge 218 (72)
 Breuer, Wilhelm M. 219 (91)
 Bucaram, Assad 114, 155
 Camargo, Procopio 178
 Cárdenas, Lazare 216 (45)
 Cardoso, Fernando Enriquez 213 (3)
 Castro, Fidel 103, 225 (5)
 Chicaíza Méndez, Manuel 238 (38)
 Comellas, José Luis 226 (15)
 Cordero Crespo, Gonzalo 117, 119
 Córdova, Andrés F. 118, 120
 Costa, Joaquín 54, 208 (42)
 Costa Pinto, L. A. 104, 222 (123), 237 (24)
 Cox, Robert 102
 Crespo Toral, Jorge 118, 120, 233 (90)
 Cueva, Agustín 99, 219 (96)
 Cueva Tamariz, Carlos 110, 222 (131)
 De Andrade, Noe 237 (21)
 De Imaz, José Luis 171, 235 (10)
 De la Torre, Carlos María 99
 Del Campo, Esteban 94, 97, 218 (76)
 D'Ornellas Suárez, Manuel 206 (55, 56)
 Duverger, Maurice 11, 15, 72, 199 (4), 202 (25), 236 (12)
 Echeverría Ruiz, Bernardino 179, 206 (10)
 Enríquez Gallo, Alberto 160, 188, 227 (21)

- Enzensberger, Hans Magnus 205 (37)
 Espinoza García, Mael 220 (102)
 Espinoza Román, Rubén 185
 Espinoza Tamayo, Alfredo 52
- Faletto, Enzo 213 (3)
 Ferdinand VII. 49
 Fitzgibbon, Russell H. 201 (19)
 Flores, Juan José 52
 Franco, Juan Pablo 203 (15), 220 (106)
 Frank, André Gunder 216 (45)
 Frondizi, Silvio 216 (48)
- Galarza Arízaga, Rafael 65, 228 (32)
 Galarza Zavala, Jaime 241 (73)
 Galíndez, Jesús de 201 (22)
 Gallegos Anda, Elías 120
 García Moreno, Gabriel 52, 128, 132, 149, 174 *f.*
 Gebhardt, Hermann P. 233 (82)
 Germani, Gino 38, 55
 Goebbels, Joseph 77
 Gordon, Lincoln 165
 Guevara Moreno, Carlos 154 *f.*
- Halperin Donghi, Tulio 49
 Hartmann, Bernd 219 (91)
 Haya de la Torre, Raúl 78, 81, 215 (38), 216 (45, 50)
 Hector, Cary 224 (3), 226 (16)
 Heintz, Peter 225 (5)
 Hernández, Luis 182
 Herudek, Joachim 191, 192, 243 (100)
 Hitler, Adolf 77
 Hochman, Elena 33
 Houtart, François 175
 Huerta Montalvo, Francisco 169
 Huntington, Samuel P. 160
 Hurtado, Oswaldo (INEDES) 23, 25, 35, 191, 192, 224 (150, 151), 231 (69), 243 (100)
- Izquierdo, Gomez 65
- Jácome, Héctor 110
 Johannes XXIII. 178
 Johnson, John J. 158
 Johnson, Lyndon 165
 Julius II. 173
- Kantor, Harry 200 (16)
 Kaplan, Marcos 216 (48)
 Kling, Merle S. 125
 König, Mechthild 31, 38
 Krippendorff, Ekkehard 220 (102)
- Lambert, Jacques 240 (58)
 LaPalombara, Joseph 45, 202 (25), 206 (3)
 Larrea Holguín, Juan 242 (81)
 Lechner, Norbert 14
 Lederer, Herbert 219 (91)
 Leví Castillo, Vicente 154, 234 (97)
 Lieuwen, Edwin 158
 Link, Arthur S. 220 (102)
 Lipset, Seymour Martin 12
 Lleras Camargo, Alberto 146
 Loewenstein, Karl 133, 228 (39)
 López de Lama, Mons. 180 *f.*
- Martínez Mera, Juan de Dios 22, 87, 132
 Maurer, Gerhard 199 (2)
 Medina Castro, Manuel 220 (102)
 Menéndez Gilbert, Pedro 107, 228 (44), 230 (54)
 Moeller Freile, Heinz 231 (67)
 Molt, Peter 199 (2)
 Moreano, José 217 (59)
 Muñoz Duque, Aníbal 210 (72)
- Naranjo Toro, Manuel 210 (59)
 Neira, Hugo 73, 101
 Nixon, Richard 47, 220 (100)
 Nun, José 158, 162, 216 (48)
- Odría, Manuel 78
 Oleas Zambrano, Gonzalo 234 (94)
- Páez, Federico 176
 Pareja Diez Canseco, Alfredo 132, 227 (21)
 Parra, Antonio 117, 119
 Paz Estensoro, Víctor 216 (45)
 Peñaherrera, Blasco 138, 211 (82)
 Pérez Castro, Efraín 211 (83)
 Perlo, Víctor 220 (102)
 Perón, Juan Domingo (Peronismo) 75, 216 (45), 225 (5)

- Plaza, Galo (Placismo) 47, 54, 95 f., 98, 99, 117, 119, 130, 135, 153
 Poblere Troncoso, Moisés 243 (100)
 Ponce Enríquez, Camilo (Poncismo) 54, 95, 98, 118, 120, 129, 130, 131, 133, 149, 151, 226 (17), 227 (22)
 Proaño, Leonidas 180 ff., 242 (81)
 Rockefeller, Nelson A. 47, 163, 237 (20)
 Rodríguez Lara, Guillermo 127, 238 (39, 40, 49)
 Rohn, César 211 (119)
 Roldós, Jaime 185
 Roosevelt, Franklin D. 100
 Roosevelt, Theodore 100
 Saad, Pedro 190, 211 (77)
 Salazar Alvarado, Francisco 113, 217 (66)
 Salgado, Gustavo 58
 Scott, Robert E. 44, 45, 133, 200 (8, 11)
 Snow, Peter G. 200 (16)
 Stavenhagen, Rodolfo 38, 40
 Tama Paz, Cyrano 221 (109)
 Torres Caicedo, Reinoldo 35, 41
 Tragen, Irvin 102
 Trujillo, Rafael Leonidas 201 (22)
 Tuñón de Lara, Manuel 231 (68), 236 (10)
 Vargas, Getulio (Getulismo) 76, 216 (45), 225 (5)
 Velasco Ibarra, José María (Velasquismo – Federación Nacional Velasquista – Movimiento Femenino Velasquista) 15, 34, 37, 41, 46, 50, 52, 54, 55, 58, 59, 66 ff., 70, 75 ff., 77, 78 f., 81, 82, 83–118, 123, 125, 128, 131, 132 f., 136, 137, 138, 139, 141, 144, 145, 149, 152, 154 ff., 160, 168, 179, 182, 185, 186, 187, 190, 212 (88), 213 (4), 214 (20), 215 (43), 217 (66), 219 (97), 221 (114, 121), 223 (139, 140, 144), 226 (14), 228 (40, 44), 229 (48), 231 (64), 232 (72, 73), 233 (82), 234 (97), 239 (42)
 Weber, Max 75
 Weiner, Myron 45, 202 (25), 206 (3)
 Widman, Carlos 78
 Yerovi, Clemente 128, 130, 136, 229 (45)

II. SACHREGISTER

- Abgeordnetenhaus 10, 87, 146, 147, 233 (82)
 Abhängigkeit 16 f., 19, 97, 100 f., 196
 Acción Democrática (Venezuela) 213 (4)
 Administrative Organisation 10 f., 174
 Ämterpatronage 31, 60, 64 ff.
 Afrika 82
 Agrarreform 26, 32, 143, 150, 153, 185
 Agrarsystem 15, 26
 A.I.D. (Agency for International Development) 191
 Allianz für den Fortschritt 41, 101, 102, 190, 196, 198
 Amiguismo 136, 144
 Analphabetismus 10, 31
 Antiklerikalismus 83 f., 86, 174, 176
 Antikommunismus 162 ff., 168, 169 f., 177, 190, 191, 238 (32, 39), 242 (91)
 A.P.R.A. (Acción Popular Revolucionaria Americana, Peru) 71, 78, 91, 101, 105, 213 (4), 216 (50)
 Arbeiteraristokratie 29, 37, 63, 97, 192, 194
 Arbeiterschaft, -klasse 37, 42, 63, 91, 97, 186, 188 ff., 193 ff., 198
 Argentinien 70, 75, 91, 170, 174, 196, 213 (4), 216 (45), 225 (5)
 Arroyismo (siehe Arroyo del Río, Carlos Alberto)
 Artikulation 16, 58
 Aufklärung 49
 Ausländisches Kapital 17, 19, 22, 42, 70, 80, 96, 111, 155, 160, 170, 173, 194, 197
 Ausnahmezustand 229 (47)
 Autonome Republiken 134

- Banco Central del Ecuador 22, 30, 219 (96)
- Banken 45, 184
- Besitzstruktur 24, 25, 34, 205 (37)
- Bevölkerung 10
- erwerbstätige 22, 23, 24, 65
 - ländliche und städtische 9, 10
 - marginale 26, 31, 32, 36, 37, 46, 57, 60, 72, 74, 81, 91, 142, 155, 193, 213 (7)
 - Zuwachsrates 10, 21, 22
- Bewußtseinsbildung 63
- Big stick policy 100
- Bischofskonferenz von Medellín 180, 181
- Bolivien 28, 196, 216 (45)
- Bonapartistisches System 80, 216 (48)
- Brasilien 71, 82, 91, 111, 174, 196, 216 (45), 225 (5)
- Bruttoinlandsprodukt 22, 28
- Bürokratie 64 ff., 71, 111, 136
- Cacique (Caciquismo) 16, 50 ff., 54, 55, 58, 61, 124, 231 (68, 71)
- Cámara de Comercio (Handelskammer) 45, 185, 186, 187
- Cámara de Diputados (siehe Abgeordnetenhaus)
- Cámara de Industrias (Industriekammer) 45, 186, 187
- Cámaras de Agricultura (Landwirtschaftskammern) 27, 185
- Cámaras de Producción Privada 184
- Caudillo (Caudillismo) 15, 16, 37, 50 ff., 53, 54, 55, 57, 58, 60, 61, 62, 64, 67, 73, 74, 75, 78, 81, 88, 104, 106 f., 117, 118, 124, 127, 128, 130, 135, 144, 153, 154, 159, 168, 232 (72)
- CEDOC (Confederación Obrera de Organizaciones Sindicales Cristianas) 188, 189, 191, 192, 193, 194, 243 (101)
- CEOSL (Confederación Ecuatoriana de Organizaciones Sindicales Libres) 188, 190, 191, 192, 194, 243 (101)
- Charisma 58, 71, 73, 75 f.
- Chile 26, 45, 174, 214 (18), 220 (100)
- Clientelas electorales 53, 62, 129
- Código de trabajo 188
- Colegios electorales 147
- Comparative Government 12
- Competitive party system 45, 206 (3)
- Continuismo 131, 227 (28)
- Costa Rica 45, 213 (4)
- CTE (Confederación de Trabajadores del Ecuador) 188, 189 ff., 191, 194
- Demokratische Dekoration 14, 121
- Desarrollismo 27, 32, 41, 42, 96, 98, 99, 146, 160, 165, 170, 203 (15)
- Deutschland (Drittes Reich, Bundesrepublik Deutschland) 101, 107
- Deutsch-Südamerikanische Bank 21, 24, 28, 33
- Deutsch-Überseeische Bank 20
- Diktatur
- Militär-, Zivil- 11, 14, 47, 64, 83, 94, 95, 103, 107, 108, 109, 112 ff., 122, 123, 124, 125, 130, 132, 133, 141, 146, 149, 169, 170, 179, 196, 197, 233 (82)
 - Entwicklungs- 197
 - Theokratische 149
 - Typen 127
- Direktinvestitionen (Ausland) 21
- Domination
- externe 94 ff., 181
 - interne 94 ff., 97, 103, 181
- Dominikanische Republik 81, 196
- El Salvador 215 (33)
- Encargo del poder 131
- Encomienda 34, 173
- England 48, 69, 101
- Entidades Autónomas 138 ff.
- Entwicklungsideologie 46
- Entwicklungsländer 11 ff., 161
- Entwicklungspolitik 46
- Erdöl (ausländische Ölgesellschaften) 10, 21, 30, 32, 33, 77, 103, 110, 111, 172, 197, 231 (64), 239 (51)
- Ethnozentrismus 13
- Exekutive 10, 13, 16, 121, 125, 131, 133, 134, 136, 137 ff.
- Faschismus 63, 93
- FORE (Federación Obrera Nacional Ecuatoriana) 188
- Freie Marktwirtschaft 77

- „Fuerzas Vivas“ 160
 Funktion der Parteien 14, 16, 44, 59 ff.
- Genossenschaften 189, 191
 Gerichtsbarkeit (Justiz) 133, 197
 Geschichte Ecuadors 11
 Gesellschaftsstruktur 34 ff.
 Getulismo (siehe Getulio Vargas)
 Gewerkschaften 37, 38, 82, 154, 157, 188 ff.
 Golpismo (siehe Pronunciamiento)
 Good neighbour policy 100
 Großkolumbien 11, 174
 Guatemala 81, 196, 216 (45), 225 (5)
- Haciendasystem 34, 41, 52 ff., 54, 62, 153
 Haiti 45, 196
 Handelsbilanz 33
 Honduras 215 (33)
 Huasipungo 25, 27, 36
 Hypertrophie des Politischen 124
- Ideologie 58, 61 ff., 63, 68, 73, 77, 78 ff., 85, 86, 90 f., 92, 105, 108 f., 117, 118, 150, 152, 170, 176, 189, 195, 215 (30)
 Imperialismus 30, 72, 77, 81, 94, 102, 103, 153, 196, 216 (50)
 – Anti- 155
 Imposición 122, 127, 130 ff. (Typen)
 Industrie 28 ff., 189
 INEDES (Instituto Ecuatoriano de Planificación para el Desarrollo Social – siehe Oswaldo Hurtado)
 Inka-Reich 11
 Interessengruppen („pressure groups“) 16, 58, 105, 138, 139, 157 ff.
 Internationaler Kommunismus 61, 99, 112, 162, 167, 168, 179, 189 f., 241 (74)
 Intervention
 – USA 100, 216 (50), 220 (100)
 – Militär 168 ff., 238 (32)
- Juntas Constitucionalistas 130
 Junta Militar de Gobierno 26, 27, 47, 99, 102, 113, 127, 128, 130, 137, 170, 171, 172, 185, 186, 190, 196, 225 (5), 226 (19)
- Junta Nacional de Planificación 10
 Junta Patriótica Nacional 130
- Kapitalismus (kapitalistisches System) 14, 17, 19, 22, 42, 49, 69, 70, 72, 78, 81, 111, 173, 181, 189, 195
 Kastensystem 34
 Kindersterblichkeit 10
 Kirche 36, 55, 61, 84, 86, 99, 100, 121, 122, 150, 151, 157, 159, 173 ff., 184, 188, 189, 193, 198, 235 (7)
 Koalitionen 144 f., 151, 232 (73)
 Kolumbien 9, 11, 28, 146, 167, 227 (31)
 Konkordat 174 ff.
 Korea-Krieg 98
 Kuba 26, 45, 168, 179, 220 (100), 238 (32)
 Kubanische Revolution 26, 98, 102, 163, 179
- Laizismus 55, 154, 174, 175, 176
 Landwirtschaft 19, 22, 24, 191
 Lateinamerika 9, 12 ff., 26, 28, 44 ff., 51, 56, 69 ff., 75, 78, 81, 146, 157 ff., 161, 163, 173, 174, 175, 179, 180, 181, 184, 195 ff., 213 (4), 215 (38), 236 (12), 239 (40)
 Latifundium 15, 24, 25 ff., 27, 34, 36, 48, 53, 85, 86, 124, 143, 177, 183, 184, 197, 231 (68)
 Legisladores funcionales (siehe auch „senadores funcionales“) 54, 190
 Ley de Elecciones 209 (59)
 Ley de Reforma Agraria y Colonización 26, 185
 Ley de Servicio Civil y Carrera Administrativa 66, 212 (88)
 Liberalismus 50, 51, 72, 84
- Manipulierung 42, 63, 69, 73, 74, 106, 117, 196, 197, 214 (18)
 – Mechanismen der ... 74 ff.
 Marxismus 78, 189
 Massenparteien 56
 Mater et Magistra 178
 Methoden zur Erlangung der Macht 126 ff.
 Mexiko 45, 220 (110)

- Militär (Armee) 12, 14, 16, 36, 39, 41, 42, 43, 45, 47, 61, 84, 88, 95, 98, 99, 108, 109, 111, 113, 118, 122, 125, 130, 131, 132, 139, 140, 141, 145, 146, 149, 157 ff., 195 ff., 214 (18), 223 (142), 230 (63), 233 (82)
- Minifundium 24, 25, 26
- Mittelschicht (Kleinbourgeoisie) 16, 31, 35, 36, 38 ff., 56 f., 63, 70, 74, 79, 80, 82, 84, 88, 89, 91 f., 99, 100, 103, 122, 135, 152, 153, 158, 160, 161 f., 170, 175, 196, 198, 213 (7), 216 (50), 236 (12)
- MNR (Movimiento Nacional Revolucionaria, Bolivien) 91, 213 (4)
- Mobilisierung 63, 69, 71 ff., 80, 103, 104, 106 f., 116, 213 (7)
- Modus vivendi 176, 177
- Monokultur 22, 95, 184, 188
- Nationalbourgeoisie 41, 70, 79, 80, 81, 213 (2)
- Nationale Einheit 61, 137, 143, 229 (47)
- Nationale Einigung 113, 223 (144)
- Nationale Integration 9, 44, 60, 174
– Desintegration 47 f., 55, 161
- Nationalismus 72, 76, 79, 168, 169
- Nazismus 93
- Neokolonialismus 19
- OAS (Organisation Amerikanischer Staaten – OEA –) 168
- Oberschicht 16, 35, 39, 41 ff., 45, 48, 49, 51, 57, 59, 61, 62, 76, 82, 86, 91, 92, 97, 124, 135, 143, 150, 159, 161, 184, 198
- Oligarchie 16, 17, 42, 50, 51, 53, 54, 56, 62, 64, 71, 73, 74, 76, 77, 78, 79, 81 ff., 86, 88 ff., 91, 92, 94, 96 ff., 103, 108, 109, 110, 118 f., 126, 127, 128, 130, 138, 139, 143, 146, 151, 153, 155, 156, 158, 159, 160, 162, 167, 168, 170, 171, 177, 178, 183, 185 ff., 195 ff., 231 (68), 238 (34)
- One party system 45
- Opposition 67, 68, 89, 109, 114, 133, 136, 144, 168, 169
- ORIT (Organización Regional Interamericana de Trabajadores) 190
- Pacto a nivel parlamentario 67, 68, 145, 212 (94), 232 (73)
- Parlament (Legislative) 10, 12, 87, 110, 127, 128, 131 f., 138, 141 ff., 147 ff., 168, 190, 197, 227 (21, 32), 231 (67, 68, 69, 71), 232 (81)
- Paraguay 45, 196
- Parteien in Ecuador
- ADE (Alianza Democrática Ecuatoriana) 89, 91, 92 ff.
 - ARNE (Acción Revolucionaria Nacionalista Ecuatoriana) 97, 114, 151 f.
 - C.F.P. (Concentración de Fuerzas Populares) 114, 118, 152, 154 f., 232 (73)
 - C.I.D. (Coalición Institucionalista Democrata) 114, 129, 142, 156, 232 (73)
 - Frente Cívico 232 (73)
 - Frente de Izquierda Nacional 155
 - Frente Democrático Nacional 93, 131
 - Izquierda Democrática 114
 - Movimiento Cívico Democrático Nacional 135
 - Partido Comunista 15, 37, 40, 63, 82, 85, 89, 91 f., 93, 115, 118, 135, 153, 155, 188, 190, 195, 232 (73)
 - Partido Conservador 15, 40 f., 50, 55, 59, 68, 82, 83 ff., 94, 96, 97, 113, 114, 117, 118, 129, 131, 135, 136, 137, 144, 145, 149 ff., 155, 156, 176, 178, 184, 189, 193, 196, 232 (72, 73), 233 (82)
 - Partido Demócrata Cristiano 114, 155
 - Partido Liberal Radical 15, 41, 42, 46, 50, 52, 59, 68, 82, 83, 84, 85 f., 88, 89, 90, 91, 93, 96, 97, 113, 114, 117, 129, 135, 152 ff., 159, 160, 169, 176 ff., 184, 185, 188, 196, 217 (57), 229 (47)
 - Partido Liberal Radical Independiente 93
 - Partido Nacional Guevarista 58, 155
 - Partido Republicano Independiente 144, 154, 232 (73), 234 (97)
 - Partido Social Cristiano 114, 135, 151, 156, 232 (73)

- Partido Socialista Ecuatoriano 15, 37, 40, 63, 82, 85, 89, 91, 94, 115, 135, 153, 232 (73)
- Partido Socialista Revolucionario 115, 153
- Partido Socialista Unificado 153
- Pläncismo (siehe Plaza, Galo)
- P.N.R. (Partido Nacionalista Ecuatoriano) 115, 154
- Poncismo bzw. Frente Poncista Nacional (siehe Ponce Enríquez, Camilo)
- P.P.P. (Partido Patriótico Popular) 152
- U.D.P. (Unión Democrática Popular) 154
- Unión Democrática Universitaria 93
- Vanguardia Socialista Ecuatoriana 93
- Velasquismo bzw. Federación Nacional Velasquista (siehe Velasco Ibarra, José María)
- Parteien, Parteiensystem 10, 17, 37, 44, 53, 58 ff., 88, 100 ff., 118, 130 f., 134 f., 149 ff., 195, 220 (100), 228 (40), 233 (82)
- Parteienanerkennung 58, 149, 209 (59), 233 (82)
- Parteientheorie 10 ff.
- Parteiorganisation 53, 61, 87, 143 ff., 195
- Paternalismus 53, 61, 73, 74, 115, 164, 179
- Patriotismus 76 ff., 167, 215 (37)
- Patrón 26, 34, 36, 53, 56, 62, 74, 75, 106, 130, 194
- Patronat 173, 174
- Personalismo 15, 46, 56, 57 ff., 125, 136, 140, 142, 144
- Peru 9, 25, 36, 71, 77, 81, 167, 146, 199 (1), 206 (55), 213 (4), 216 (45), 227 (31)
- Plebiszit 132
- PLN (Partido de Liberación Nacional, Costa Rica) 213 (4)
- Politische Desintegration 50 ff., 54 ff., 57, 124
 - Entscheidung 62
 - Instabilität 64, 98, 108, 124, 137, 161
- Kultur 121, 125
- Organisation 10 f., 57, 58, 174
- Partizipation 56 ff., 61, 62, 72, 74, 85, 91, 92, 103, 106 (*Typen*), 198
- Stabilität 95, 98, 112, 113, 124, 163, 168, 196
- Unterentwicklung 44 ff.
- Willensbildung 58
- Politischer Status quo 56 ff., 65
- Politisches System 12, 14, 15, 16, 45 f., 47 f., 54, 60, 61, 64, 81, 113, 121, 122, 125, 151, 161, 167, 173, 178, 195
- Populismo 15, 16, 34, 63, 69 ff., 170, 196
- Portugal 19
- Positivismus 49
- Präsidentialismus 51, 134, 152, 228(39)
- Präsidentielles Regierungssystem 10, 121, 133 ff.
- Präsidentchaftswahlen 53, 108
- PRD (Partido Revolucionario Dominicano) 213 (4)
- Presse 184, 242 (94)
- Private Regierungen 45, 134, 138
- Proliferation der Parteien 58 ff.
- Pronunciamiento 11, 14, 41, 42, 47, 64, 81, 99, 100, 103, 107, 108 ff., 125, 126 ff., 136, 137, 138, 141, 143, 145, 158, 160, 163, 166, 168, 169, 170, 171, 186, 196, 197, 222 (121), 226 (15), 229 (52)
- Provinzen 11, 119, 120, 144, 147, 189, 231 (69, 71), 233 (82)
- Putsch (siehe Pronunciamiento)
- Rassismus 35, 43
- Real Audiencia de Quito 11
- Regierungsform 46, 47, 50 ff.
- Regierungspartei 68
- Regionalismus 9 f., 50, 54 ff., 56, 124, 139, 185
- Regionen 9 ff., 16, 36, 54, 55, 184, 185
 - Costa (Küstengebiet) 9, 25, 36, 42, 50, 54, 61, 82, 84, 85, 89, 90, 96, 129, 135, 147, 150, 153, 159, 175, 184, 185
 - Galapagos-Inseln 9, 10, 11, 146, 147
 - Oriente 9, 10, 21

- Sierra (Andenhochland) 9, 10, 16, 25, 36, 42, 50, 54, 55, 61, 82, 84, 86, 90, 135, 147, 150, 151, 153, 159, 162, 176, 184, 185, 186, 189, 193
- Rekolonialisierung 70
- Rekrutierung (militärische) 161, 162
- Repräsentative Demokratie 11, 14, 46, 47, 50, 54, 56, 57, 59, 60, 71, 83, 111, 112, 116, 127, 129, 142, 145, 146, 149, 151, 153, 158, 195, 196
- Republik 10, 50, 126, 129, 168, 171, 173, 174, 184, 195, 239 (49)
- Revolution 55, 63, 64, 110 f., 125 ff., 160, 179, 182
 - 5. Juni 1895 52, 83, 84, 152, 176
 - 9. Juli 1925 15, 84 ff., 160, 235 (8)
 - 28. Mai 1944 89, 91, 94, 96, 160, 189, 217 (57)
 - Russische 82, 153, 241 (74)
 - Nihilistische 112, 223 (139)
- Rockefeller-Bericht 47
- Säkularisierungsprozeß 57, 72, 193
- Senadores funcionales (siehe auch „legisladores funcionales“) 146, 147, 232 (81)
- Senat 10, 146
- S.E.U.L. (Servicio Europeo de Universitarios Latinoamericanos) 239 (51)
- Sozialismus 72, 181
- Sozialstruktur 34, 35 ff., 62
- Spanien 19, 48 ff., 54, 173, 182
- Sprache
 - Spanisch 10
 - Quechua 10
- Staatsstreich (siehe Pronunciamiento)
- Steigende Erwartungen 53, 72
- Studentenschaft 97, 98, 112, 186, 223 (139)
- Subproletariat 75, 82, 85, 87, 88, 89, 92, 98, 112, 130, 195
- Substitution der Importe 29, 32, 42, 70, 74, 79, 90, 96
- Tertiärer Sektor 30 ff.
- Texaco Gulf 21, 31, 111
- Traditionalismus 16, 55, 59, 63, 158, 167, 173, 184
- Traditionelle Parteien 42, 59, 68, 72, 73 ff.
- Tribunal Electoral Provincial 60
- Tribunal Supremo Electoral 58, 116, 119, 120, 148, 149, 153, 154, 155, 209 (59), 215 (43), 228 (40), 231 (71), 233 (82), 234 (94)
- Übergangsdemokratie 63
- Übergangsperiode 70
- Unabhängige (Independientes) 87, 135, 144
- Unabhängige Listen 144
- Unabhängigkeitskrieg 48 ff., 51, 56, 76, 173
- Unitarismus 11
- United Fruit Co. 96
- Unterschicht 35, 36, 57
- Uruguay 45
- USA 10, 12, 15, 19, 29, 36, 47, 48, 69, 100 ff., 110, 157, 162, 163, 165, 167, 168, 188, 194, 197, 220 (100), 225 (5)
- Velasquismo (siehe Velasco Ibarra, José María)
- Venezuela 11, 28, 32, 33, 102, 213 (4), 216 (45)
- Verfassung 11, 51, 52, 54, 60, 67, 109, 110, 123, 125, 129, 131 ff., 138, 139, 147, 157, 173, 174, 194, 197, 224 (150)
- Weltwirtschaftskrise (1929) 37, 69, 70, 72, 87, 101
- Westeuropa 12, 19, 157
- Willensbildungsprozeß 37
- Wirtschaftsgruppen 183 ff., 194, 242 (94)
 - Großbourgeoisie 185
 - Großgrundbesitzer 183, 184, 185
 - Industrielle 187
- Wirtschaftsstruktur 19 ff., 192 f.
- Zentralismus 186
- Zweckallianzen, -verbindungen 59, 106, 135, 144, 231 (71), 232 (74), 233 (83)

INHALT

VORWORT	5
EINFÜHRUNG	9
I. Das Land	9
1. Regionen	9
2. Bevölkerung	10
3. Politische und administrative Organisation	10
4. Geschichte	11
II. Parteientheorie und Entwicklungsländer	11
 KAPITEL I: WIRTSCHAFTS- UND GESELLSCHAFTSSTRUKTUR IN ECUADOR	 19
I. Die Wirtschaftsstruktur	19
1. Grundsätzliches	19
2. Die Landwirtschaft	22
a) Minifundien und Latifundien	25
b) Die Agrarreform	26
3. Die Industrie	28
4. Der tertiäre Sektor	30
5. Schlußbemerkung	32
II. Die soziale Struktur	34
1. Einleitender Exkurs	34
2. Die Unterschicht	35
a) Die ländliche Unterschicht	36
b) Die städtische Unterschicht	36
3. Die Mittelschicht	38
a) Die untere Mittelschicht	39
b) Die mittlere Mittelschicht	39
c) Die obere Mittelschicht	39
4. Die Oberschicht	41
 KAPITEL II: PARTEIEN UND POLITISCHE UNTERENTWICKLUNG	 44
I. Zur Realität des Parteiensystems	44

II. Parteien und nationale Desintegration	47
1. Die politische Befreiung	48
2. „Caudillismo“	50
a) Die politische Fassade	50
b) Haciendasystem und „Caciquismo“	52
c) „Regionalismo“	54
3. Parteien und Status quo	56
a) Beschränkung der politischen Partizipation	56
b) „Personalismo“	57
c) Die Funktion der Parteien	59
III. Parteien und Ideologie	61
1. Ideologie und sozialer Status	62
2. Bürokratie als Grundlage der Politik	64
3. Der Kampf um die Futterkrippe – ein paradigmatisches Beispiel	66

KAPITEL III: „POPULISMO“ ALS MODELL DER ENTWICKLUNG – „VELASQUISMO“ UND MASSENMANIPULATION 69

I. Einführung in den „Populismo“	69
1. Wesen des „Populismo“	71
2. Mechanismen der Manipulation	74
a) Die Bedeutung des Charisma	75
b) Nationalismus	76
c) Die anti-oligarchische Ideologie	78
3. Typen	79
a) Reformistischer „Populismo“	79
b) Restaurativer „Populismo“	81
II. Der „Velasquismo“: Seine Hintergründe in Vergangenheit und Gegenwart	83
1. Die unmittelbaren Ursachen	83
a) Die „Revolution“ vom 9. Juli 1925: Das Debüt der Kleinbourgeoisie	84
b) Die „Umstrukturierung“ in der Konservativen Partei	85
c) Der Kampf um „freie Wahlen“	87
2. Traditionelle Oligarchie versus Kleinbourgeoisie: Velasco als politische Variable	88
a) Die traditionellen Parteien	89
b) Die Situation der Kleinbourgeoisie	90
c) Glanz und Elend der „Alianza Democrática Ecuatoriana“	92
3. Die interne und externe Domination: Integration der Mittelschichten und Imperialismus	94
a) Die Integration der Mittelschichten	95
a.1.) Die Epoche von 1948 – 1960	95
a.1.1.) Galo Plaza und der „Desarrollismo“ (1948 – 1952)	95

a.1.2.) Die dritte Amtszeit Velascos oder „Die goldene Epoche“ (1952 – 1956)	96
a.2.) Die Jahre von 1960 bis heute	98
b) Die externe Abhängigkeit	100
III. Massenmobilisierung und politische Krise	103
1. Die formelle Partizipation	104
a) Die Diskontinuität der „Mystik“	104
b) Die Typen der Partizipation	106
b.1.) Die Partizipation durch Akklamation	106
b.2.) Die Partizipation durch Legitimierung	106
2. Das „Pronunciamiento“ als Regulativ	108
a) Die Dämonie der Macht	108
b) Der Schwindel mit der Sozialisierung	110
c) Die Parteien und die Diktatur	112
3. Das Wachstum des Parteien-Establishments	115
a) Die Wahl von 1960	117
b) Die Wahl von 1968	117
 KAPITEL IV: PARTEIEN UND POLITISCHE MACHT	 121
I. Das Wesen des politischen Systems	121
1. Die diversen Machthaber	122
2. Die Hypertrophie des Politischen	124
3. „Revolution“ als Faktor der politischen Kultur	125
II. Methoden zur Erlangung der Macht	126
1. „Pronunciamiento“	126
a) Ein-Mann-Diktatur	127
a.1.) Militärische Ein-Mann-Diktatur	127
a.2.) Zivile Ein-Mann-Diktatur	127
b) „Junta Militar de Gobierno“	128
2. Verfassunggebende Versammlung	128
3. Wahlen	129
4. „Imposición“	130
a) „Imposición de facto“	130
b) „Imposición constitucional“	130
5. Einsetzung des Präsidenten durch das Parlament	131
6. Plebiszit	132
III. Die Macht des Präsidenten	133
1. Die Exekutive und das Parteiensystem	134
a) Die Umstrukturierung des Parteiensystems	135
b) „Amiguismo“	136
c) Kompromiß oder Sturz	136
2. Die „sieben Exekutiven“	137
3. Der Präsident und das Militär	140

IV. Die Macht der Legislative	141
1. Das starre Klassensystem	142
2. Die Organisation der Parteien	143
3. Entpolitisierung und Diktatur	145
4. Das Parlament aus der Sicht der Verfassungsnorm	146
a) Zusammensetzung	146
a.1.) Der Senat	146
a.2.) Die Abgeordnetenkammer	147
b) Voraussetzungen für die Wahl zum Volksvertreter	147
c) Rechte und Pflichten	147
V. Das Parteiensystem	149
1. „Partido Conservador“	149
1.1.) „Partido Social Cristiano“	151
1.2.) „Acción Revolucionaria Nacionalista Ecuatoriana“ (A.R.N.E.)	151
1.3.) „Partido Patriótico Popular“ (P.P.P)	152
2. „Partido Liberal Radical“	152
3. „Partido Socialista Ecuatoriano“ (P.S.E.)	153
4. „Unión Democrática Popular“ (U.D.P.)	154
5. „Velasquismo“	154
6. „Partido Republicano Independiente Ecuatoriano“	154
7. „Concentración de Fuerzas Populares“ (C.F.P.) und „Movimiento Nacional Guevarista“	154
8. „Partido Nacionalista Revolucionario“	155
9. „Coalición Institucionalista Demócrata (C.I.D.)“	156

KAPITEL V: DIE INTERESSENGRUPPEN 157

I. Das Militär	157
1. Ansätze der Forschung	158
2. Gesellschaftlicher Wandel und Militarismus	159
a) 1830 – 1895	159
b) 1895 – 9. Juli 1925	159
c) 9. Juli 1925 – 28. Mai 1944	160
d) 28. Mai 1944 bis heute	160
3. Die Institution Militär: Ihr politisches Supremat	161
a) Organisation	161
b) Rekrutierung	161
c) Der externe Faktor	162
d) Stärke und Bewaffnung	163
e) Technokraten und Bürokraten	165
f) Der Mythos des Nationalismus	166
4. Formen der Intervention	167
a) Intervention durch Veto	168
b) Direkte Intervention	169

II. Die Kirche	172
1. Die Kirche der Kolonialzeit	173
2. Die Kirche in der Republik	173
a) Die ersten Jahre nach der Unabhängigkeit (1830 – 1863)	173
b) Die Theokratie García Morenos (1863 – 1895): Das Konkordat	174
c) Die liberalen Regierungen (1895 – 1937)	175
d) Der „Modus vivendi“ (1937 bis heute)	176
3. Der Kampf der beiden Theologien	178
a) Der traditionelle Klerus	178
b) Der reformistische Klerus	180
III. Die Wirtschaftsgruppen	183
1. Die Gruppe der Großgrundbesitzer	184
2. Die Gruppe der Großbourgeoisie	185
3. Die Industriellen	187
IV. Die Gewerkschaften	188
1. Historischer Überblick	188
2. Die drei großen Gewerkschaftsorganisationen	189
a) CEDOC („Confederación Ecuatoriana de Organizaciones Sindicales Cristianas“)	189
b) C.T.E. („Confederación de Trabajadores del Ecuador“)	189
c) CEOSL („Confederación Ecuatoriana de Organizaciones Sindicales Libres“)	190
d) Einige Bemerkungen	191
3. Politische Bewertung	193
Zusammenfassung	195
Anmerkungen	199
Literaturverzeichnis	245
Tabellenverzeichnis	275
Personen- und Sachregister	276

BIBLIOTHECA IBERO-AMERICANA

Veröffentlichungen des Ibero-Amerikanischen Instituts

Preußischer Kulturbesitz

Herausgegeben von Hans-Joachim Bock

- Band 1 Max Uhle
Wesen und Ordnung der altperuanischen Kulturen
Aus dem Nachlaß herausgegeben von Gerdt Kutscher
132 Seiten, 2 Tafeln, 7 Abbildungen, engl. Broschur DM 19,-
- Band 2 Hans Horkheimer
Nahrung und Nahrungsgewinnung im vorspanischen Peru
160 Seiten, 8 Tafeln, 7 Abbildungen, engl. Broschur DM 19,-
- Band 3 Miguel de Ferdinandy
En torno al pensar mítico
Nueve variaciones sobre el tema del mito en folklore, arte, poesía e historia
260 Seiten engl. Broschur (vergriffen)
- Band 4 Peter A. Schmitt
Paraguay und Europa
Die diplomatischen Beziehungen unter Carlos Antonio López und Francisco Solano López 1841–1870
368 Seiten engl. Broschur DM 29,-
- Band 5 Rudolf Geske
Góngoras Warnrede im Zeichen der Hekate
Ein Deutungsversuch zu den Versen 366–502 der Soledad Primera
136 Seiten engl. Broschur DM 19,-
- Band 6 Cary Hector
Der Staatsstreich als Mittel der politischen Entwicklung in Südamerika
226 Seiten engl. Broschur DM 24,-
- Band 7 Fritz Hoppe
Portugiesisch-Ostafrika in der Zeit des Marquês de Pombal (1750–1777)
360 Seiten engl. Broschur DM 29,-

- Band 8 Juan Carlos Agulla
Soziale Strukturen und soziale Wandlungen in Argentinien
278 Seiten engl. Broschur DM 24,-
- Band 9 Friedel Maurer-Rothenberger
Die Mitteilungen des Guzmán de Alfarache
132 Seiten engl. Broschur DM 19,-
- Band 10 Georg Thomas
Die portugiesische Indianerpolitik in Brasilien 1500–1640
244 Seiten engl. Broschur DM 29,-
- Band 11 Ulrich Fleischmann
Ideologie und Wirklichkeit in der Literatur Haitis
312 Seiten engl. Broschur DM 29,-
- Band 12 Ronald Daus
Der epische Zyklus der Cangaceiros in der Volkspoesie Nordostbrasilens
156 Seiten engl. Broschur DM 19,-
- Band 13 Martin Gerbert
Religionen in Brasilien
128 Seiten engl. Broschur DM 19,-
- Band 14 Käte Harms-Baltzer
Die Nationalisierung der deutschen Einwanderer und ihrer Nachkommen
in Brasilien als Problem der deutsch-brasilianischen Beziehungen
248 Seiten engl. Broschur DM 29,-
- Band 15 Thomas Baecker
Die deutsche Mexikopolitik 1913/1914
352 Seiten engl. Broschur DM 29,-
- Band 16 Klaus Rother
Wirtschaft und Berufserziehung in Venezuela
200 Seiten engl. Broschur DM 24,-

Band 17 Gustav Siebenmann

Die neuere Literatur Lateinamerikas und ihre Rezeption im
deutschen Sprachraum

96 Seiten engl. Broschur DM 19,-

Band 18 Reinhard Peterwerth

Das Vertragswerk des zentralamerikanischen gemeinsamen Marktes

144 Seiten engl. Broschur DM 19,-

COLLOQUIUM VERLAG BERLIN

nalität der großen Massen zu verschleiern. Selbst die Linksparteien haben es bisher verabsäumt, für die große Masse der Besitzlosen eine Entwicklungsideologie außerhalb der traditionellen politisch-sozialen Ordnung zu schaffen. Statt dessen haben sie mit den traditionellen Parteien paktiert, vor allem dem „Velasquismo“, dem determinierenden Faktor im politischen Leben Ecuadors. Bis heute sind keine tiefgreifenden Reformen durchgeführt worden. Der revolutionäre Gärungsprozeß in den Massen scheint unaufhaltsam. Aber an der Suche nach neuen Modellen sozialer und politischer Partizipation sind nicht mehr nur Linksruppen beteiligt. Verstärkten Rückhalt finden sie bereits in bestimmten Kreisen der Armee und Kirche, deren Trennung von der traditionellen Ordnung bis gestern undenkbar war. Hier liegt die Hoffnung für Ecuador. — Diese Faktoren der historischen und jetzigen Realität Ecuadors zu erhellen ist Ziel der vorliegenden Untersuchung, die der Verfasser, ein gebürtiger Ecuadorianer, mit neuestem, umfangreichem Material wissenschaftlich-kritisch fundiert.

